Wolfgang Fritz Haug

Versuch

beim täglichen Verlieren des Bodens unter den Füßen neuen Grund zu gewinnen

Das Perestrojka-Journal

Argument – Hamburg 1990

Vorweg: Träume vom Aufwachen

»Lernen tut weh"
Aristoteles, *Politik,* VIII.5

I.

Meine Studie über das politische Denken Michail Gorbatschows, im Frühjahr 1989 fertiggestellt, zog die berechtigte Frage nach dem Wirklichkeitsbezug dieses Denkens auf sich. Ich nahm mir vor, den realen Prozeß zu verfolgen und Erfahrungen niederzuschreiben, die im Verlauf der »revolutionären Umgestaltung« der Sowjetunion zu machen waren. Unter dem vorläufigen Titel »Perestrojka-Journal« begab ich mich an die Arbeit. Die Notizen waren ursprünglich nicht zur Veröffentlichung gedacht. Erst die Ereignisse vom Oktober 1989 über, zeugten mich, daraus ein Buch zu machen, das Proben aufs Exempel des Perestrojka-Diskurses enthalten würde.

Arbeitsdefinition: »Perestrojka« (russischer Ausdruck für »Umbau« oder »Umgestaltung«) — steht für das Projekt der Demokratisierung jenes Sozialismus, der sich unter Stalin zum befehlsadministrativen Parteistaat gebildet hatte. Was dabei im weiteren Sinn auf dem Spiel steht, ist die Umgestaltung der gesamten sozialistischen Denkwelt — und zwar nicht nur der östlichen -, Selbstprüfung und Wirklichkeitswahrnehmung in einem. Zugleich steht Perestrojka im weitesten Sinn für den Umbau der politischen Weltordnung, fürs Ende des Kalten Krieges, für den Eintritt in man weiß noch nicht welches Zeitalter, mit welchen Verwandlungen der Klassenkämpfe, des Nord-Süd-Antagonismus ... Jedenfalls hängt daran die noch kaum gestellte Frage nach einer Perestrojka im Westen und in dessen Verhältnis zu den Entwicklungsländern, nach den kulturellen und sozialen Friedens-Dividenden, die Entmilitarisierung und Demokratisierung begleiten könnten, wenn ... ja, wenn die Perestrojka nicht nur ein Traum bleibt und es nicht einfach auf den Sieg des kapitalistischen Westens hinausläuft.

II.

Es ist eine Sisyphus-Arbeit, aus dem Strom der Ereignisse und dem Gewirr der Diskurse, wovon für einen einzelnen nur winzige Ausschnitte wahrnehmbar werden, Material an Land zu ziehen; wissend, dass man vieles verpaßt, von Tag zu Tag Reflexionen an Einzelnes zu knüpfen und immer wieder neu dazu anzusetzen, dem Schwarm von //6/ Einzelheiten ein Gesicht abzugewinnen. Aufschreiben heißt nicht nur, das Aufgeschriebene dem Vergessen zu entreißen, sondern das Aufzuschreibende zunächst zu *lesen.*

Was ich vorhatte, war nur in Gestalt eines Werkstatt-Journals zu leisten. Die Form des Tagebuchs schien geeignet für den Versuch, beim täglichen Verlieren des Bodens unter den Füßen neuen Grund zu gewinnen. An objektive und zusammenfassende Analyse und Einschätzung der im folgenden protokollierten Ereignisse und Gedanken war und ist noch nicht zu denken. Einzelheiten, subjektive Sicht und der jeweilige Moment dürfen in ihrer Abfolge das Bild ausmachen. Und nicht nur das. Das Subjektive macht sich auch darin geltend, dass es sich zurücknimmt, seinen Anspruch auf Geschlossenheit ermäßigt: mit vielen Stimmen sprechend, in vielen Gedanken denkend; nicht das schneidende Wort, sondern das tastende. Nachzustreben war jener Art von Wahrheitssuche im Widersprüchlich-Vielstimmigen, die Peter Weiss in den Notizbüchern zur *Ästhetik des Widerstands* entwickelt hat.

Ein tägliches Werkbuch also, in das Nachrichten und Eindrücke, Beobachtung und Lektüre einzutragen wären. Auch das Exzerpieren und Kritisieren von Texten, diese Elementararbeit der aktiven Lektüre, erhält in diesem Rahmen sein Datum und seine Subjektivität.

III.

Gleich in den ersten Tagen kam die Nachricht von der blutigen Unterdrückung der

chinesischen Demokratiebewegung, und mir war klar, das Thema mußte allgemeiner gefaßt, die sowjetische Perestrojka in einen weiteren Kontext gestellt werden. Soweit es meine übrigen Aufgaben erlaubten, wollte ich von nun an für eine gewisse Zeit möglichst täglich Beobachtungen und Überlegungen niederschreiben, die mit Reform, Revolution und Restauration in den »kommunistisch« regierten Ländern zusammenhängen, sowie mit Reaktionen des Westens, politischen Veränderungen der West-Linken und Konsequenzen für unser theoretisches Denken.

Auf die Perestrojka in der Sowjetunion richtete ich Hoffnungen, die ich für begründete Erwartungen glaubte halten zu dürfen. Zunächst schienen sie in Erfüllung zu gehen. Das Unwahrscheinliche wurde noch im Frühjahr 1989 wirklich: zum ersten Mal kam es in der SU zu Wahlen, die diesen Namen verdienten. In Gestalt des neuen Parlaments schien eine Institution zu entstehen, in der die kontroversen Fragen — von der Wirtschaftsreform bis zu den ethnischen und nationalen //7/ Konflikten — einer konsensfahigen Lösung zugeführt werden konnten. Ganz im Gegensatz zu China, wo eine pragmatische Wirtschaftsreform ohne Demokratisierung in die Katastrophe geführt hatte, schien der revolutionäre Umbau in eine demokratisch-sozialistische Gesellschaft möglich.

Bald lief es wie eine Kettenreaktion durch die Länder des vormaligen Ostblocks. Der revolutionäre Oktober 1989 rückte die DDR ins Zentrum, die Umbrüche, die zu deren Untergang führten, und die Herausbildung erster Formen einer neuen pluralen gesamtdeutschen Linken und ihres Denkens. Wie die beiden Brennpunkte einer Ellipse strukturieren von da an diese beiden Themen die Aufzeichnungen: das Schicksal der sozialistischen Umgestaltung in der Sowjetunion und die Prozesse von Revolution, Restauration und Umgruppierung der Kräfte in Deutschland.

IV.

Vor falscher Erwartung sei jedoch gewarnt. Ausnahmsweise stimmt die Angabe auf

dem Etikett. Den andersartigen Stoff, den das soziologische Experiment eines System-Wechsels auf dem Boden der DDR hervorbringt, überlasse ich anderen. Ebenso die Deutschlandpolitik. Perestrojka-Journal- *nicht:* deutsches Tagebuch (obgleich viele Seiten desselben darin aufgeschlagen werden), sondern unzeitgemäße Betrachtungen zum Schicksal des sozialistischen Projekts. Unzeitgemäß schon deshalb, weil der herrschende Geisteszustand es verwehren möchte, im Untergegangenen auch das Uneingelöste zu sehen, im Defekten und Defizienten auch den Funken eines Unaufgebbaren.

V.

Ich gestehe, ich hatte gehofft, zum Chronisten einer glückenden Umgestaltung zu werden. Aber dann mußte ich mehr und mehr gegen meine Erwartungen schreiben. Von Tag zu Tag und fast immer gegen die eigenen Wünsche die Veränderungen zu begleiten, war ein hartes Geschäft, das schlaflose Nächte eintrug.

Nun sieht es aus, als wären diese Aufzeichnungen zum Journal eines Scheiterns geworden. Das mag wohl wahr sein. Wenn dennoch viele, die mich reden gehört oder Stücke aus diesem Buch gelesen haben, einen optimistischen Grundton wahrzunehmen meinten, dann vielleicht deshalb, weil der Versuch zu lernen, Erfahrungen zu formulieren, etwas Optimistisches hat. //8/ Zu sagen, ich hätte die Aufzeichnungen gegen meine Erwartungen geschrieben, ist nur die halbe Wahrheit. Denn natürlich brachte es der Zeitrahmen dieser Aufzeichnungen mit sich, dass sich mir in diesen zwölf Monaten, die die Welt veränderten, Horizont und Maßstäbe immer wieder verschoben — im Blick auf den Sozialismus nicht minder als im Verhältnis zur deutschen Einheit. Ich habe die Spuren dieser Verschiebungen nicht getilgt. Nichts geht über Erfahrung; zu fürchten ist nicht die Bloßstellung von Hoffnungen als illusionär, sondern einzig Erfahrungslosigkeit. Ich versprach mir vom Protokollieren, dem Vergessen auch in der Hinsicht einen

Streich zu spielen, dass ich mich selbst würde beobachten können bei alsbald widerlegten oder zumindest zu revidierenden Urteilen, bei falscher Selbstsicherheit, großen Worten oder Denkschwäche. Man fühlt sich wie einer, der aus einem Traum erwacht, um wenig später dieses Erwachen als Traum zu sehen: *Träume vom Aufwachen* ...

Nun, da ich diese Aufzeichnungen beende, kämpft die Perestrojka unter unermeßlichen Schwierigkeiten um ihr Überleben. Sie ist bedroht von Nationalitätenkonflikten, die zum Teil den Charakter nationaler Befreiungsbewegungen angenommen haben und die ich in meinem Buch über Gorbatschow ebenso vernachlässigt hatte wie dieser selbst. Inzwischen stellen sie das Fortbestehen der Sowjetunion in Frage. Aber auch *innemational* bedrohen Polarisierungen und Konfrontationen, die den Übergang zum Parteienpluralismus begleiten, die Entwicklung der politischen Kultur. Vor allem aber werden die Konflikte und Krisen vervielfacht und verstärkt durch die katastrophale Störung aller ökonomischen Prozesse im Zuge des Abbruchs der Planwirtschaft und des erst partiellen und oft genug parasitären Funktionierens marktwirtschaftlicher Elemente.

Welche Veränderungen sich in diesem einen Jahr vollzogen haben!

Systemkonkurrenz, Kalter Krieg und bipolare Weltordnung verschwanden mit dem ehemaligen Ostblock. Es zeigte sich, dass der »reale Sozialismus« in den meisten Ländern, die einmal zu ihm gehört haben, das sowjetisch hegemonisierte Zwangsregime, dessen Ende die Perestrojka brachte, nicht zu überleben vermochte. Ob das Projekt der Demokratisierung des Sozialismus in der Sowjetunion überlebt, ist ungewiss, ja eine Wette gegen alle Wahrscheinlichkeit.

Aber auch wenn das große Umgestaltungsprojekt als sozialistisches scheitern sollte, so hat es doch den Horizont erschlossen, in den jedes künftige sozialistische Projekt sich hineinzustellen hat.

//9/

VI.

Wer in der DDR gelebt hat, möge westliche Einseitigkeiten mit Nachsicht aufnehmen. Der Blick ist unverkennbar der eines Westdeutschen, der in jenem »Westberlin« gelebt hat, das inzwischen ebenso der Geschichte angehört wie die DDR. Waren die DDR-Bürger einge, mauert, so waren wir Westlichen »ausgemauert«, auf andere Weise beschädigt. Für Marxisten galt das bedenkenswerterweise doppelt und dreifach.

Das Ende des Marxismus-Leninismus als Staatsideologie des befehlsadministrativen Systems wird heute von vielen fürs Ende des Marxismus genommen. Es kann aber genau umgekehrt kommen. Die Marxsche Theorie, verstanden als Herrschaftskritik, Krisendiagnose und Befreiungstheorie, war im alten Regime gefangen, in der kritisch, befreienden Hauptsache unterdrückt und in verfälschter Version zur Dienerin der autoritärstaatlichen Führung degradiert. Es ist gut möglich, dass marxistisches Denken nach dem Untergang der bisherigen Herrschaftsmacht neu entspringt. Wir können nicht wissen, welche gesellschaftsverändernden Projekte in der Zukunft hervorgebracht werden. Aber die Nöte werden unaufhaltsam anwachsen, die eine globale Solidarität der Menschheit zur Überlebensfrage machen. Damit taucht die von Marx gestellte Frage nach der gesellschaftlichen Menschheit und ihren Naturverhältnissen neu auf. Eine theoretische Analyse der Problematik und eine Verständigung über das, was not tut, sollen die im folgenden protokollierten Entwicklungen und Gedanken vorbereiten helfen.

Vor allem andern halten diese Aufzeichnungen den immer neu ansetzenden Versuch fest, in einer Zeit des Übergangs den Übergang zu denken, auch den des Denkens selbst: nicht ohne Gründe bisherige Positionen zu räumen, nicht erfahrungslos weiterzufahren, übergangslos überzugehen, nicht zu räumen, sondern zu erschließen, nicht zu verkünden, sondern zu erkunden. Die großen alten

»Erzählungen« des Sinns sind blamiert, unaufgebbar ist der Anspruch der Vernunft, zu begreifen im Blick auf Praxis.

Zunächst hatte ich vor, Ende März aufzuhören, und das hat seine Spuren hinterlassen: Die Tagespolitik tritt zurück hiner Reisenotizen und Gesprächen. Nachdem ich im Juli 1990 als Sonderkorrespondent zweier Wochenzeitungen zum KPdSU-Parteitag gereist war, verspürte ich den Impuls, die Aufzeichnungen weiterzuführen. Aber dann machte ich mir klar, dass das Perestrojka-Journal kein abgeschlossenes Werk sein kann. Es kann überhaupt keinen Schluß haben, sondern nur //10/ irgendwann aufhören. Mein Umdenkprozeß ist ebensowenig abgeschlossen, wie der reale Umwandlungsprozeß selbst.

VII.

Ursprünglich wollte ich die Aufsätze und Vorträge, die im Kontext dieses Journals entstanden sind und im Unterschied zu diesem den Ton objektiver Analyse anschlagen und die Vereindeutigung im Vieldeutigen riskieren, in das Perestrojka-Journal aufnehmen. Um die Lesbarkeit von beidem, des Journals wie der Aufsätze, zu verbessern, gliederte ich letztere aus und faßte sie unter dem Titel *Wahrnehmungs-Versuche* in einem schmalen Bändchen zusammen, das neben diesem Journal gelesen werden möchte.

Ich danke all denen, die mir auf die eine oder andere Weise geholfen oder mir erlaubt haben, Auszüge aus ihren Briefen oder Notizen zu verwenden. Wolfgang Bialas, Achim Engelberg, Frigga Haug, Michael Haupt, Thomas Laugstien, Karen Ruoff und Erich Wulff haben das Manuskript durchgelesen und mir wertvolle Ratschläge erteilt.

WFH August 1990

ERSTER TEIL

1989

1. Juni 1989

Die Wahlen haben zu einer neuen Etappe der Perestrojka geführt, sagt Monty Johnstone in M*arxism Today* vom Mai: „Zum erstenmal ... haben die Menschen einen selbständigen Auftritt in der Arena gehabt (have made an independent entry into the arena).“ Im Arbeiterviertel war er bei Wahlversammlungen. Enorme Beteiligung. Die KPdSU „in einer kuriosen Position“, insofern Parteimitglieder gegeneinander mit alternativen Programmen kandidiert haben: „embryonale Parteien“ in der einen Partei. Die Hegemonie der Partei, „deren Reihen nun tief gespalten sind, ist schlimm zerbeult (dented), obwohl keine gegen-hegemoniale Kraft aufgetaucht ist, um sie ernstlich herauszufordern“.

2. Juni 1989

Auf der Titelseite der ZEIT verkündet Theo Sommer „das Zeitalter der Entsimplifizierung“. Als Ergebnis der Demokratisierung hat Gorbatschow nun extensive Präsidialvollmachten, wenngleich mit parlamentarischer Rechenschaftspflicht. Anders als Chruschtschow könnte er vom Politbüro nicht mehr abgesetzt werden.

3. Juni 1989

Auf die Frage von Moskau News (Sonderausgabe), ob eine Gesellschaft möglich sei, „die die Vorteile der westlichen Demokratie und des Kommunismus in sich vereinigt und doch frei von den Nachteilen beider ist“, sagt Steiniger, ein westdeutscher Ostforscher: „Das ist unseres Erachtens eine falsche Fragestellung: Das Gegenstück zu Kommunismus ist nicht westliche Demokratie, sondern Kapitalismus. Kommunismus und Kapitalismus sind Abstraktionen oder ‘Idealtypen’ im Sinne von Max Weber. So wenig es in der Realität den Kommunismus gibt, so wenig gibt es heute noch den Kapitalismus, wie Marx, Engels und Lenin ihn analysiert haben.“ Er und sein Kollege Wädekin schlagen zwei Fliegen mit einer Klappe: Dass es keinen Kommunismus gibt, spricht gegen

die Kommunisten, indem es ihnen den t*erminus ad quem* nimmt; dass kein Kapitalismus existiert, spricht erst recht gegen sie, indem es ihnen auch noch den t*erminus a quo* entzieht. Im übrigen ist jene Frage gerade richtig gestellt, weil „Kommunismus“ und „Demokratie“ auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelt sind. Es ist Unsinn, dass notwendig Kapitalismus = Demokratie, Kommunismus = Diktatur ist, obwohl es momentan so aussieht. — Otto Lacis versteht die Frage anders, wenn er die Meinung bekennt, „dass eine Gesellschaft, die die Werte der kapitalistischen und der sozialistischen Gesellschaft in sich vereint, möglich ist“. Er hätte sagen sollen: die Werte der Demokratie und des Sozialismus. Und so sieht er die Zukunft des Marxismus: „Ich glaube, wir sollten die marxistische Ideologie jetzt als eine allgemeine Philosophie betrachten, die weiterentwickelt werden muss, nicht aber als eine Rezeptsammlung.“ So wahr das Zweite, so schwach das Erste: hinter Marx zurückfallend das an ihn anschließende Denken als „allgemeine Philosophie“ zu fassen.

Es fragt sich, ob wir fähig sind, einen nicht-religiösen Marxismus als ohne Erfolgsgarantien eingreifendes Denken mitzutragen.

*

In der FAZ fürchtet der „Hauptgeschäftsführer“ des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (Siegfried Mann) den „Machtrutsch in einen Währungsraum“, falls eine gemeinsame EG-Notenbank geschaffen würde. Über seine eigne Macht spricht das Kapital nur diskret, daher nicht ganz klar, was für einen „Machtrutsch“ er meint. Anscheinend denkt er an einen strategischen Zusammenhang der innergesellschaftlichen Sozialintegration mit der Macht zur Expansion auf dem Weltmarkt: „Im Umfeld relativer Kosten- und Geldwertstabilität gelang es der deutschen Wirtschaft, ihre internationale Wettbewerbskraft auszubauen“, u.a. weil „konfliktbegrenzend“, d.h. die Lohnkämpfe in Maßen haltend.

4. Juni 1989, Zürich

In Peking ein Massaker, die Bewegung für Demokratie wird niedergemacht. Nach

langem abwartendem Hin-und-her. Kurzfristige Machtsicherung im Tausch für langfristige Unterhöhlung. Ein Panzer, der im Morast versinkt. Mir fällt ein, was Krippendorf über Dummheit geschrieben hat: dass der Staat ein ausgezeichneter Ort für sie ist.

4. Juni 1989 (2)

Gestern Abend mit Giaco Schiesser und Michael Stötzel, die jetzt als Redakteure bei der hiesigen „Wochenzeitung" arbeiten, L*enins Tod* von Volker Braun im Theater am Neumarkt gesehen. Was für eine vertane Chance der DDR, dieses Stück zu verbieten! Der Text muss aber unter der Hand zirkuliert sein, denn Giaco Schiesser erzählt, dass er 1975 oder 1976 im germanistischen Institut in Rostock eine Abschrift gelesen und diskutiert hat. Nun kommt das Stück — im Einklang mit Gorbatschow, nicht mit Gorbatschows Ära, die sich von Lenin absetzt.

Trauerarbeit des Bolschewismus, plötzlich erwachend aus dem großen Alptraum.

Anti-Requiem: Die ungute Unruhe, die Lenins Sterben hinterließ. Dass L noch denken, aber nicht mehr handeln konnte; dieser eingesperrte und desartikulierte G*edanke* in seiner wachsenden Diskrepanz zur Politik bildet das Medium.

Stalins graue Stärke gegen die gespaltenen Helden. Nichts Anklagendes.

Man dächte, das Stück könnte allenfalls von historisch bewanderten Altgenossen verstanden werden. Aber es zeigte sich spielbar, obwohl weniger „Stück" als szenisches Rezitativ. Das Publikum ging mit.

*

Am Vormittag interviewten mich Giaco und Michael für die WoZ. Die Fragen galten der Einschätzung der Perestrojka und ihrer theoretischen Bedeutung für westliche Marxisten. Ich argumentiere, dass gerade diejenigen Elemente der Politik Gorbatschows, die von manchen Westlinken als Anleihen beim Neoliberalismus verstanden werden, auf ein Unvermögen linken Denkens verweisen. Die Thatcher,

Reagan u.a. beuteten mit ihrer Bürokratiekritik und ihrer „Deregulation“ ja die lähmenden Erfahrungen von Millionen mit staatlichen Apparaten aus, während die Linke hier passen musste. Für unbedarfte Zeitgenossen musste es so aussehen, als wären die Linken notwendig aufseiten der Bürokratien. Indem Gorbatschow zumindest in strategischer Perspektive die Individuen und ihr Selberhandeln ins Zentrum rückt, vollzieht er einen sozialistischen Paradigmenwechsel von größter Bedeutung.

Von der Sowjetunion lernen, heißt die Krise ihres Sozialismus denken, die auch eine Chance ist, da ein Neuanfang zwingend.

*

Abends in der „Kanzlei“, wo Sebastian Hefti eine Volksuni-Woche als Gegenstück zur offiziellen sowjetisch-schweizerischen Woche veranstaltet. Mit Helmut Fleischer, der vor mir spricht und seine Thesen von der imperialen Überwältigung des Sozialismus und dessen fälliger Historisierung vorträgt, einige ich mich darauf, dass sich heute in der SU nichts so schnell bewegt wie die Vergangenheit. Wo ich meine, Rückgewinnung der Dialektik zu sehen, sieht er bloße Lockerung der Zügel.

5. Juni 1989

Hodeks unglückliche Liebe zu dem Alptraum, der sich DDR nennt. Die Auftritte dort bedeuten ihm sehr viel. Ein zwischen Liebe und Entsetzen aufgespanntes Bild. „Wer nur Berlin kennt, weiß nichts von der DDR. Seit ich in die Kleinstädte kann... Die Leute sind fertig mit dem Sozialismus. Du kannst es Dir nicht vorstellen.“ Zurückgeblieben, stillstehende Zeit. Noch offen, ob er bei der Dreißigjahrfeier des *Argument* mitmacht. „Wenn ich jetzt zusage, werd ich verrückt.“ Mit den Nerven am Ende. Wir tauschen Krisenerfahrungen aus.

Heute Abend springe ich für den sowjetischen Botschafter, der überraschend zur Instruktion nach Moskau gerufen wurde, mit einem Vortrag in der „Urania“ über die Perestrojka ein.

Botho Kirsch, Leiter der Osteuropa-Redaktion der D*eutschen Welle,* sagte im Deutschlandfunk: „Gorbatschow hat aus einem schlecht-funktionierenden System ein nicht-funktionierendes System gemacht." Das hilft dem Populismus zu Klischees. „Die Menschen wollen nicht Reform, die Menschen wollen Demokratie." Das ganze eine „Masche", denn Gorbatschow möchte „anstelle von echtem Privateigentum die Ersatzformen des Pacht- und Leiheigentums".

6. Juni 1989

Die SED rechtfertigt die Repression in China.

Mao wird der antipolitische Satz zugeschrieben, alle Macht komme aus den Gewehrläufen. Deng, meint die Int.Herald Tribune, glaube daran. Das Niedermachen der Studentenbewegung hat jedoch den Boden der Politik verbrannt. Dieses Regime wird keine stabile politische Handlungsfähigkeit mehr bilden können. Deng verachtet Intellektuelle, Theorie, auch marxistische — vielleicht gerade die. Nur zur Legitimation krimineller Staatsdummheit wird der „Marxismus-Leninismus" herangezogen. Auf den unterdrückten Marxismus kommt auch noch das Blut, das seine Unterdrücker vergießen. So etwas zu denken, wird immer esoterischer.

7. Juni 1989

„Pogrome" (Prawda) in Usbekistan gegen Mescheten. In Fergana wurde die Parteizentrale gestürmt, wo Verfolgte Zuflucht gesucht hatten.

Gestern abend las ich in der Hamburger Akzente-Buchhandlung, einem Stützpunkt der DKP-Neuerer, ein Kapitel aus meinem Gorbatschow-Buch. In der anschließenden Diskussion Schematisches von Trotzkisten und MG. Trotzkistin: Die CDU sage dasselbe: der private Anreiz fehle. Ein anderer: Mein Vortrag könnte aus dem Mund eines Unternehmensberaters gekommen sein. Eine Dritte: Eine Revolution wäre die Perestrojka erst, wenn es wie in China zugeht, wenn gewaltsame Volksmassen auftauchen. Weitere: Friedman sei das Idol des

Nowosibirsker Forschungsinstituts, das Ziel seien Verhältnisse wie im Westen, aber die Widersprüche würden explodieren. Ein Markt sozialistischer Akteure sei ein Wunschbild.

Nicht dass ihre Zweifel grundlos wären; ihr eigentlicher Fehler, der sie hinterrücks mit dem Stalinismus zu verbinden scheint, ist das, was sie wie selbstverständlich und zweifellos als das Richtige unterstellen: ihre Art von Orthodoxie. Das eigentliche Gespräch, eine Art kritisch-marxistischer Wiedervereinigung, mit den Neuerern und mit Michael Stamm, der an Bahros seinerzeit als konterrevolutionär eingestuftes Buch D*ie Alternative* erinnert; dort die These, dass Staatssozialismus eine spezifische Art von Produktionsverhältnisse darstellt; auch die Widersprüchlichkeit der Ideologie, die sich als Zwiespalt in der Brust der Funktionäre wiederholt, bereits begriffen.

10. Juni 1989

Die Initiierung des sowjetischen Parlamentarismus nannte Gorbatschow „das größte Ereignis in der ganzen Geschichte des sowjetischen Staates".

12. Juni 1989

Gestern in der Theatermanufaktur die Feier „30 Jahre 'Argument'„. Den Abend verdankten wir Otto Zonschitz und der Theatermanufaktur, die ähnlich wie wir gegen Isolation kämpfen müssen. Ich fühle mich noch so ausgelaugt von dem Gorbatschow-Buch und den Zweifeln und Krisen im Zusammenhang damit, dass ich heilfroh war, nichts sagen zu müssen, für nichts verantwortlich zu sein. Benommen vom Wiedersehen mit so vielen, mit denen ich während der dreißig Jahre irgendwann ein Stück Weges gemeinsam gegangen war. Helmut Gollwitzer sprach über die Notwendigkeit der Zeitschrift und der Erneuerung marxistischen Denkens. So hinfällig sein kleiner Greisenkörper wirkte, so unwiderstehlich glühten die Worte aus ihm. Dorothee Sölle las ein Märchen über Solidarität. Erich Wulff sprach über die Krise der Kommunisten, unsere Schwierigkeiten mit ihnen und — ihre politische Unentbehrlichkeit. Johannes Hodek erntete den größten Beifall des

Abends mit seiner Zwitterkomposition aus den beiden deutschen Hymnen. Frigga und mir widmete er zum Schluss das Lied von der haltbaren Graugans, von der es, nachdem sie alle Gefahren überstanden hat, heißt, dass man sie hat gen Osten fliegen sehen — wie unser Denken zur Perestrojka.

13. Juni 1989

Gorbatschow wird von der westdeutschen Bevölkerung stürmisch gefeiert. Er wirkt gelöst, geradezu glücklich. „Realpolitisch" zeichnen sich Wirtschaftsabkommen ab. Die BRD, sagte Kohl gestern in seiner Tischrede, ist sich „als größter westlicher Wirtschaftspartner Ihres Landes ihrer Rolle bewusst". Die deutsche Teilung „empfinden wir wie eine offene Wunde". Wenn die Berliner Mauer, „Symbol" des Systems „künstlicher Trennungen", abgerissen wird, dann wird die BRD für eine europäische Ordnung eintreten, in der auch die SU ihren Platz findet. — In seiner Erwiderung nennt G. die Perestrojka „einen Bestandteil der zunehmenden Demokratisierung der Weltordnung". Er rühmt die DDR für ihre Friedenspolitik und ihren Beitrag zur Ermöglichung einer Wende in der europäischen Politik. „Wir ziehen einen Strich unter die Nachkriegsperiode." Ob die Politik des Schlussstrichs unter die NS-Vergangenheit, die zwischen 1985 und 1987 für so viel Konflikte gesorgt hat, aus solchen Bemerkungen, damals noch unter vier Augen beim Besuch bundesdeutscher Politiker gemacht, ihr Selbstbewusstsein zog?

14. Juni 1989

Ich habe Bahro, der 1987 als einer der ersten die Bedeutung Gorbatschows erkannt hatte, mein Buch geschickt und gefragt, ob er an seiner Einschätzung festhalte. Heute eine Karte: „Ich denke, sie i*st* bestätigt worden, auch was Aitmatows Anteil an seinem geistigen Haushalt betrifft: der hatte die Ehre, ihn f*or president* vorzuschlagen." Unser beider Differenz bringt Bahro in die Formel: „'Religion' versus 'High-Tech-Sozialismus' als Schlüssel zum Verständnis". Das ist seine Retourkutsche auf meine Bemerkung über seine „religionsbegierige" Sprache.

Die in Bonn gestern unterzeichnete „Gemeinsame Erklärung“ schreibt das „neue politische Denken“ fest. Das ist möglich wegen dessen Kompromisscharakter, dem eine bestimmte Art von Allgemeinheit entspricht, die vom je besonderen Standpunkt auslegbar und verbal bedienbar ist. Der erste Punkt lautet zum Beispiel: „Der Mensch mit seiner Würde und seinen Rechten und die Sorge für das Überleben der Menschheit müssen im Mittelpunkt der Politik stehen.“ Dazu kommen allgemeine Ziele wie Kriegsverhinderung, Förderung der Entwicklungsländer, Umweltschutz, Bekämpfung von Seuchen und internationalem Terrorismus; ferner der Abbau der Hightech-Blockade. Schließlich das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das die bundesdeutsche Seite auf die beiden deutschen Staaten beziehen kann. Sicherheitspartnerschaft und Gleichgewichtsdenken sollen die militärischen Beziehungen zwischen den Blöcken bestimmen. Dazu kommen konkrete Ziele der beiderseitigen Rüstungsreduktion. Westberlin einbezogen.

14. Juni 1989 (2)

Im Juni-Heft von „Sinn und Form“ ist ein Text von Becher, „Selbstzensur“ überschrieben, veröffentlicht. Er war im Manuskript seines Buches „Das poetische Prinzip“ enthalten, das Becher im Juni 1956 dem Aufbau-Verlag übergeben hat; in den Druckfahnen hat dieser ihn gestrichen. Der Autor müht sich, eine Sprache zu finden, „um all das Ungeheuerliche beredt zu machen und wiedergutzumachen, was ich durch Schweigen mitverschuldet habe“. Marcel Reich-Ranicki zieht nun in der FAZ gegen diesen Versuch zu Felde. Zu dem zitierten Satz sagt er: „Interessant: Für Becher scheint also seine Mitschuld an dem ‘Ungeheuerlichen’ vor allem ein sprachliches — und nicht etwa ein politisches oder ein moralisches — Problem gewesen zu sein.“ — Aber zu sagen, dass man etwas „mitverschuldet“ hat, behandelt es doch als moralisches Problem. Und zu sagen, dass man durch Schweigen (zum Unrecht) schuldig geworden ist, heißt doch nicht, das Unrecht als ein sprachliches Problem behandeln. Wo Becher den stalinistischen Selbstverrat der Arbeiterbewegung als „Jahrhunderttragödie“ bezeichnet, die sie ja auch ist und als

die sie seither in bedeutenden Romanen und Theaterstücken immer wieder gestaltet wurde, höhnt Reich-Ranicki: „Aber kaum hat er zugegeben, dass er die Verbrechen des Stalinismus nicht nur geahnt hat, sondern über sie sehr wohl informiert war — und schon versucht er, dem Ganzen etwas Feierliches und Monumentales abzugewinnen." Reich-Ranickis Urteil gegen Becher steht immer schon fest: „Nicht der Terror Stalins hat ihn erschüttert..., vielmehr das überraschende Faktum, dass Chruschtschow diesen Terror in vollem Ausmaße enthüllte." — Dass Becher jene Selbstkritik strich, vermehrte seine Schuld und trug zur Tragödie der DDR bei, weil die Chance der Wahrheit einmal mehr verspielt und der Konformismus der Lüge zementiert wurde. Aber Reich-Ranickis verurteilungssüchtiger Blick sieht ins schwarze Innere Bechers: „Er hatte keine Hemmungen, ... zu streichen." Woher will man das wissen? Ich dächte, wir sollten eher davon ausgehen, dass er feige war, wie alle Mitmacher-wider-besseres-Wissen.

15. Juni 1989

Von einer Rede Margot Honeckers, die gestern im ND (auf sechseinhalb Seiten!) abgedruckt wurde, lässt sich auf wachsende Unruhe in der DDR schließen. Es grummelt anscheinend gewaltig, nachdem die DDR wie ein Ostblockland ohne Ostblock dasteht. MH haut auf „jene, die nicht müde werden, spektakuläre Definitionen über den Sozialismus in die Welt zu setzen" und von einem pluralistischen, humanen und modernen Sozialismus sprechen. Ein Echo aufs Echo, das Gorbatschows neues Denken in der DDR findet: „Wir haben kein Recht, unsere Jugend in der Illusion aufwachsen zu lassen, es gebe keine Feinde mehr in dieser Welt, der Klassenkampf sei beseitigt und der Friede könne sich ungehindert ausbreiten über den ganzen Erdball." Natürlich ist das nicht einfach gegenstandslos. Auch kann man davon ausgehen, dass „unter dem Motto der Vielfalt Konterrevolutionäre versuchen, ihr Süppchen zu kochen", was aber nichts besagt, da jeder jederzeit das tut. Eine von Grund auf verfehlte, weil den Konsens verfehlende Politik gibt der Konterrevolution erst ihre Chance. Sklerotische Ratlosigkeit hinter festen Worten.

In Ungarn, das den „eisernen Vorhang“ als Souvenir verscherbelt, Gespräche am Runden Tisch, die der Rekonstruktion des Konsenses dienen.

16. Juni 1989

Bei der Hoesch AG in Dortmund, wohin Gorbatschow von den Betriebsräten und Vertrauensleuten eingeladen worden war, erinnerte Johannes Rau an die Demo hunderttausender von Arbeitern am 1. Mai 1972 für Willy Brandt und die Ostverträge. Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende, Werner Nass, sagte in seiner Begrüßung unter dem Jubel seiner Kollegen, wenn es nach den Stahlarbeitern des Ruhrgebiets ginge, würde G. der Friedensnobelpreis zuerkannt. G. sagte, er wolle für sein Land „mehr Sozialismus, mehr Demokratie, mehr Freiheit, damit sich die arbeitenden Menschen im Lande wohlfühlen. Wir verzichten also nicht auf den Sozialismus, wir wollen ihm neue Qualitäten verleihen und sein humanes Potential entfalten.“ Alles abzulehnen, „was den Menschen fesselt, ihn der Initiative beraubt. Wir weisen die Bürokratie, das Kommandosystem zurück, und zwar durch die Demokratisierung der Wirtschaft, der politischen Institutionen und des gesamten politischen Lebens.“ Den stärksten Eindruck trägt er aus der Begegnung mit Menschen davon: „Wir haben viele Gesichter gesehen, wir haben vielen in die Augen geschaut und haben eine gewaltige Sympathie gespürt, ich würde sagen, eine ‘Bewegung der Seele’, den Wunsch, einander entgegenzukommen“.

17. Juni 1989

K.S.Karol kommt im Nouvel Observateur (Special Moscou, S.35-38: „Jusqu`où veut aller Gorbatchev?“) zu den gleichen Schlüssen wie ich im WoZ-Artikel. Er zeigt, wie Gorbatschow mehrmals im entscheidenden Moment gegen den Rat seiner Umgebung gehandelt hat — und zwar richtig, wie sich alsbald gezeigt hat. „Statt dem Rat seiner Umgebung zu folgen, die ihn dazu bringen wollte, zunächst diese brennenden Probleme zu lösen“ — nämlich die Versorgungsprobleme --, „hat sich Gorbatschow im Gegenteil entschieden, die Bewegung zu überstürzen (précipiter), indem er die Wahlen zum Kongress der Volksdeputierten auf den 26.

März festlegte. Und es hat sich gezeigt, dass seine Obstination sich auszahlte.“ Dieses Mal hat das Land sich mit unerwarteter Kraft voranbewegt.

Gorbatschow „widersetzt sich dem einseitig produktivistischen Kalkül (wörtlich: Wette) à la Deng Xiaoping, um nicht daraus resultierende Volksbewegungen unterdrücken zu müssen“. Daher riskierte er die Verwandlung des Kongresses der Volksdeputierten in „Generalstände“ mit dem Auftrag, „alle Beschwerdebücher (cahiers de doléances)“ zu prüfen, und das vor den Fernsehkameras und in einem Land, wo bislang jeder die eignen Beschwerden kannte, aber nicht die der andern. Bemerkenswert, wie bei Karol die Begriffe der französischen Revolution im Blick auf die Perestrojka neues Leben bekommen.

Gorbatschow geht schnell voran, sehr schnell, aber zugleich mit Geduld, f*estina lente.* Bemüht um Kontinuität im Bruch, versucht er, das historische Erbe kritisch differenzierend anzunehmen, „um die seelische Verfassung (le moral) des Landes zu bewahren“. Und er muss sich auf den Parteiapparat stützen, „der zur Stunde die einzige Kraft darstellt, welche die Gesellschaft zusammenhält (unifiant)“. Gorbatschow applaudiert Ligatschow, der sich gegen Korruptionsvorwürfe verteidigt und die enorme Arbeitsbelastung von seinesgleichen ins Feld führt; zugleich weiß jeder, dass er sich von Tatjana Saslawskaja beraten lässt, die ihrerseits Funktionärsprivilegien anprangert und Ligatschow als Bremser attackiert. Daher die Ungeduld vieler Reformer: „Er muss wählen, ob er mit dem Volk geht oder mit der Nomenklatura.“ Gorbatschow aber setzt alles daran, das Auseinanderfallen der politischen Kräfte der Perestrojka zu verhindern, das zum Zerfall politischer Handlungsfähigkeit führen würde. Der Einsatz bei alledem: „eine neue Form sozialistischer Demokratie zu erfinden“. „Einzig mögliches Heilmittel: die Demokratie in die Betriebe einführen und den von der Basis gewählten Räten (Sowjets) die Macht zurückgeben.“ Die Glasnost gab Gorbatschow Trümpfe in die Hand. Was die Presse an Missständen und Verbrechen enthüllte, hatte das alte System unverteidigbar gemacht. „Also hat man alle Brücken hinter sich verbrannt. Und Gorbatschow war der einzige, der ein kohärentes Projekt vorweisen konnte,

um das Land aus dem Zustand des Steckenbleibens (enlisement) herauszubringen, mit dem Versprechen, dass am Ende des Weges der wahre Sozialismus neu erblühen würde, so wie Lenin ihn gewollt hatte."

Pacht (bail) kein Universalrezept. Die Erfahrung zeigt, dass die Genossenschaften sich den lukrativen Bereichen zuwenden, also für die wohlhabenderen Teile der Bevölkerung produzieren. Daher reagieren die Arbeiter unwillig. Nicht aus Orthodoxie, sondern weil es scheint, als führte die Konkurrenz paradoxerweise zu Preissteigerungen, was z.T. auch damit zusammenhängen mag, dass sie ohne Subventionen arbeiten müssen. Bei seiner Rückkehr aus China erteilte Gorbatschow den ungeduldig nach mehr Markt verlangenden Ökonomen eine klare Absage. Der sozialistische Markt, der Angebot und Nachfrage ausgleichen muss, bleibt ein Hilfsmittel einer weniger imperativen und weniger zentralisierten, gleichwohl unverzichtbaren Planung.

19. Juni 1989

Gorbatschows Besuch in der Bundesrepublik wurde zu einem „deutsch-sowjetischen Friedensfestival" („Spiegel"). Charisma, ungeheure Begeisterung, eine Intensität der Gefühle, die an den historischen Besuch Kennedys erinnert. Nicht zu vergessen die Wirkung Raissas, von der Brandt gesagt haben soll, nur im Zusammenhang mit ihr sei G. für ihn verständlich.

G. erwidert die Gefühle. Die BRD sei das erste Land, wo er neues Denken, genauer: neues Fühlen angetroffen habe.

G. auf dem Höhepunkt. Und doch meint Jürgen Leinemann, der ihn vor zwei Jahren bei Weizsäckers Besuch in Moskau aus der Nähe erleben konnte, Anzeichen des Kraftverlusts in seinem Gesicht zu lesen: „Bitternis und Müdigkeit haben sich um die Mundwinkel festgesfressen, aber dafür ist ein ungeduldiger Trotz dazu gekommen."

20. Juni 1989

Schwerter zu Pflugscharen. Den westdeutschen Kapitalvertretern hat G. angeboten, mit der sowjetischen Rüstungsindustrie zu kooperieren. In ihr könnten sie einen lieferfähigen Wirtschaftspartner entdecken, „insbesondere jetzt, da wir unser inneres COCOM, also alle diese Hindernisse und Barrieren aufgehoben haben, die zwischen dem zivilen und dem Verteidigungssektor unserer Wirtschaft bestanden." Er lädt ein zur Beteiligung „an dem Konversionsprozess der Betriebe des Verteidigungssektors". Dort im Gegensatz zur Zivilwirtschaft bereits jetzt optimale Bedingungen für die Implementierung neuer Technologien. In der Sprache der französischen Psychoanalytiker: einer „Auftreffstruktur" (structure d`accueil). Wie ein Messevertreter zählt er einzelne Angebote auf.

21. Juni 1989

Unruhen in Kasachstan. Jugendliche machen Jagd auf kaukasische Einwanderer, bei denen es sich um die Betreiber gutgehender genossenschaftlicher Kantinen und Lebensmittelgeschäfte handeln soll.

In New York behauptete Grigorjanz, Herausgeber der Zeitschrift „Glasnost", seit einem Jahr seien jegliche Reformbemühungen zum Stillstand gekommen, und die Behörden steckten hinter den nationalistischen Unruhen, um Sündenböcke für die Misere und Vorwände für militärische Kontrolle zu erhalten. Die FAZ von heute druckt das auf Seite 2.

Myrle Dziak interviewte mich für die „Roten Blätter" und schreckte mich mit der Mitteilung, mein Gorbatschow-Buch sei unverständlich. Ich versuche, die Frage nach der „Krise des Sozialismus" auf Fragen nach der Sowjetgesellschaft und des Sowjetstaats zu bringen. Hat man das befehlsadministrative System im Auge, geht es nicht um dessen Krise, sondern um sein Ende. Also Rückkehr zum Kapitalismus? Vorläufig kann man von der Suche nach einem sozialistischen Schnittpunkt von Demokratisierung und hochtechnologischer Produktionsweise sprechen. Das neue Denken des Michail Gorbatschow bezeugt E*insicht in die Notwendigkeiten unserer Zeit,* das ist, mitten in der gewaltigen Krise, ein großes Glück.

23. Juni 1989

In der F*rankfurter Rundschau* Dengs Rede vor Offizieren, gehalten am 9. Juni im Kriegsrechtshauptquartier. Das Lob der Armee und der „Älteren Genossen“ läuft auf die Erneuerung einer autoritären Modernisierungspolitik hinaus. Absage an Gewaltenteilung. Die Führung will die Entwicklung im Griff behalten, will aber E*ntwicklung,* Modernisierung in Zusammenarbeit mit dem internationalen Kapital. „Die Frage ...ist nicht, ob die Politik der Reformen und der Öffnung falsch ist und ob wir sie weiter verfolgen sollten, die Frage ist vielmehr, wie wir diese Politik ausführen.“ Das Wie, für das man sich entschieden hat, könnte zum Nie werden.

Dengs Zielkonflikte: Gegen „geistige Verschmutzung“, aber für „Informationsaustausch“. („Geistige Verschmutzung“ umfasst vom cartesischen Zweifel bis zur Pornographie alles unreglementierte Denken.) „Wenn ein Manager nicht über hinreichende Informationen verfügt, dann ist er nicht besser als einer, dessen Nase verstopft und dessen Ohren und Augen geschlossen sind. Ich sage es noch einmal, wir sollten niemals zurückgehen zu jenen Tagen, als die Wirtschaft zu Tode getrampelt wurde.“ „Es ist wichtig, dass sich China niemals mehr in ein abgeschlossenes Land zurückentwickelt.“ „Die zukünftige Politik sollte immer eine Symbiose aus Markt- und Planwirtschaft sein.“

Arbeit an der Moral: Deng beschwört „den unternehmerischen Geist im harten Kampf und einfachen Leben“. Die Beschwörung wird wenig nützen, zumal sie unter Bajonetten erfolgt.

24. Juni 1989

Auf eine Interviewfrage der „Roten Blätter“: Ich sehe die Blockierung politischer Reformen in der DDR mit größter Sorge. Nicht nur, weil mir vieles zuwider ist, z.B. die Existenz von Zensoren, wie überhaupt die allseitige Vormundschaft, die der Staat ausübt. Sondern weil ich wie viele andere die Sorge habe, dass die DDR zu einem späteren Zeitpunkt Reformen versuchen müssen wird, die dann nicht mehr gehen könnten. Andere Länder haben vorgemacht, wie man den Moment

verpassen kann. Natürlich denken wir alle an Polen. Früher haben manche von uns geglaubt, wir könnten auf Jugoslawien verweisen als eine Reformalternative. Heute quälen wir uns damit herum, gleichzeitig die polnische, die rumänische, die chinesische und die jugoslawische Misere zu analysieren. Das sind vier verschiedene Modelle, man kann die Misere nicht auf eine Richtung schieben.

#tb#Juli 1989

3. Juli 1989

In der FAZ meint (im Doppelsinn von meinen und meinen machen) E.Fuhr, in Osteuropa sei jetzt „vielleicht die geschichtliche Erledigung der sozialistischen Idee überhaupt zu beobachten". Aus einer versagenden Antwort schließt er auf die Erledigung der F*rage*.

4. Juli 1989

Im „Argument" bringen wir Labicas furiose „Rehabilitation der Revolution": Revolution als Grundbegriff der Anthropologie; dessen Verdrängung führt zu Regressionen (heute erkennbar zumeist an den Vorsilben Neo- und Post-). Man muss, sagt Labica, von einem neuen Verrat der Intellektuellen sprechen.

Die Zweihundertjahrfeier der Französischen Revolution wird von ihnen als Ende der Revolution schlechthin begangen.

Golo Manns „Blick aus der Vogelperspektive auf das, was von der großen Revolution... auf uns gekommen ist", sieht erstens den bürokratischen Zentralstaat, zweitens die „unteilbare Nation" (die z.B. in der Donaumonarchie „geradezu katastrophale Folgen gehabt hat"), drittens die konservative Staatsphilosophie, viertens den marxistischen Revolutionsbegriff. Keinen Sinn für Dialektik; schläfert sein historisches Material ein. Marx also gab den im Blick auf Frankreich entwickelten Revolutionsbegriff an Lenin weiter: „Ein Danaergeschenk; Revolution anstatt rechtzeitiger Reformen." Mythenbildung: „Die bolschewistische Revolution war essentiell das Werk eines einzigen Mannes, was einen gewaltigen Unterschied

zur französischen macht. Gemeinsam war beiden der Wille, die alten Institutionen zu vernichten und das Reich von unten bis oben völlig neu und nach einer einzigen Idee zu gestalten. Gemeinsam auch das Prinzip, nicht nur offene Feinde, auch Kritiker oder theoretische Gegner umzubringen.“ Letzteres lässt sich von Stalin sagen, für Lenin erlogen.

Genealogie: „Die chinesische Revolution wäre nicht möglich gewesen ohne die russische, so wie die russische nicht ohne die französische.“ In Europa verbreitete sie sich nur in Gestalt moskauhöriger kommunistischer Parteien, die „kein Mensch... mehr ernst“ nimmt (während sie früher durch ihren Verbalradikalismus das Bürgertum dem Faschismus zugetrieben hatten).

Das „neue Denken“ in der sowjetischen Außenpolitik, das den Klassenkampf von den zwischenstaatlichen Beziehungen fernhalten will, kommentiert Golo Mann flau: „Vielleicht ist das Schwindel, aber es könnte auch realistisch sein.“

7. Juli 1989

Ein Gedanke, der immer öfter durch die FAZ spukt: Die Demokratie „könnte in eine Lage geraten, in der sie sich zwischen Mehrheitsvotum und Zukunftsfähigkeit entscheiden muss“, was ein Verständnis dafür vorbereitet, sich gegen Demokratie zu entscheiden (denn was soll eine Demokratie ohne Mehrheitsvotum sein). Konrad Adam, der jenen gefährlichen Gedanken im Leitartikel ventiliert, arbeitet seit einiger Zeit an der Vision einer „neuen Art von Klassenkampf“: dem Kampf zwischen Alten und Jungen. „In gut 10 Jahren ... dürften die unter Zwanzigjährigen den mehr als Sechzigjährigen gegenüber in der Minderheit sein: eine historisch beispiellose Situation, der Politik und Wirtschaft kaum gewachsen erscheinen. Indem sie Rentner und Pensionäre als wahlentscheidende Klientel umwerben und in den Bau von Seniorenresidenzen investieren, verspielen sie dem mittelfristigen Gewinn zuliebe langfristig die Zukunft. Auf Dauer nämlich werden auch die Alten nur so viel verbrauchen können, wie sie von den Jüngeren erhalten: von immer weniger Jungen also immer weniger.“ Dazu passt die Briefmarke zum 100.

Geburtstag der gesetzlichen Rentenversicherung, auf der die Alterspyramiden der Jahre 1889, 1989 und 2.000 miteinander verglichen werden. Als wäre es nicht eine Katastrophe, wenn wir heute das Bevölkerungswachstum von 1889 hätten. Mir kommt das „Entvölkerungs"-Schreckbild in den Sinn, das so viele Schrecken des Krieges und reale Entvölkerung vorbereitet hat. (Siehe „Faschisierung des bürgerlichen Subjekts".)

8. Juli 1989

Das j*oint venture* „Schanghai Volkswagen" baut die Produktion aus. Dem b*usiness* sind Demokratie und Menschenrechte egal. Von ihm würde Deng kriegen, was er will. Mangels gesellschaftlich-politischer Auftreffstruktur wird ihm das wenig nützen.

9. Juli 1989

In „Sowjetunion heute" Gorbatschows Bericht an den Kongress der Volksdeputierten vom 31. Mai. Paradox eines Zivilisierungsprojekts: er sagt Kontroversen den Konsens an. Sein Hauptfeind ist ja eine Mentalität, für die in jedem Kontrahenten der Führung der „Volksfeind" lauert. G.s Kontrahenten glauben spontan, sie müssten seine Feinde sein. Perestrojka bedeutet zunächst Freisetzung der Kontroversen. Sie braucht dazu ihrerseits eine Mentalität, die wie eine Infrastruktur politischer Kultur funktioniert: zum Habitus gewordener Konsensrahmen für Streit. (Sei es auch ein formaler Konsens, Formen betreffend, aus dem alle Wärme geschwunden ist.)

Jetzt sind freilich „konkrete Lösungen" überfällig, von abstrakten Losungen hat man genug. G. geht noch einmal alles durch, ganz der große Geschäftsführer, alle Fronten auf einmal. Ich frage mich, ob er das Parlament nicht mit einem Parteikongress verwechselt. Es schiene mir besser, er spräche an Widersprüchen entlang; das könnte die Probleme zu einer Gestalt zusammenfügen, ihrem verwirrenden Durcheinander das Gesicht einer P*roblematik* geben. G. berichtet Positives und spricht darüber, warum es nicht als solches wahrgenommen wird. Er

versucht, „Schmerzpunkte, eine Art Knotenpunkte der Spannung herauszustellen, die sich auf dem Wege der entstandenen positiven Tendenzen... herausgebildet haben“. Alle möglichen Unzulänglichkeiten verdichten sich in der „Desorganisation des Marktes“. Vom Sprung in den totalen Markt die Lösung zu erwarten, „würde die gesamte soziale Situation zur Explosion bringen“.

Schließlich geht es um die durch die Parlamentarisierung entstehenden neuen Macht- und Entscheidungsstrukturen. Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit, Föderalisierung, Kommunalisierung sollen die Nationalitätenkonflikte verarbeitbar machen. Dabei soll versucht werden, die „sowjetische, von der sozialistischen Revolution hervorgebrachte Tradition mit den in der Welt allgemein anerkannten Erfahrungen der Arbeit der Repräsentationsorgane organisch zu vereinigen“, „die Vorteile des Parlamentarismus mit den Vorteilen der direkten Demokratie zu verbinden“. Aber was dann kommt, gleicht eher einer Machtreservierung für den Obersten Sowjet, der „sowohl gesetzgebende wie auch die wichtigsten verwaltenden Funktionen“ ausüben soll. Eben doch eine Vorsichtsmaßregel, ein zweites Filtersystem, das ständige Parlament von einem gelegentlich tagenden wählen zu lassen. Gorbatschows Hoffnung, dass der Kongress „dem kollektiven Verstand des Volkes Ausdruck verleiht“.

Das Schlusswort vom 10. Juni zum Volksdeputiertenkongress hört sich anders an: „Die Volksmacht wird sich nicht behaupten können, solange sie nicht eine höhere Wirksamkeit aufweist als jede sonstige Machtform.“

9. Juli 1989 (2)

Von Karen Ruoff die furchtbare Nachricht, dass Johannes Hodek sich gestern erhängt hat --

Abends Vortrag vor türkischen Kommunisten über die Perestrojka im Unterschied zur chinesischen Reformpolitik. Ömer, der lange Jahre in Prag in der Redaktion von „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ gearbeitet hat, will vor allem die Bedeutung der M*oral* hervorgehoben haben. Andere können sich nichts anderes als

handfeste G*ewalt* als Grundlage vorstellen. In meiner Sicht ist die Alternative zwischen Gewalt und Moral wie eine zwischen Regen und Traufe. Moral ruft nach Gewalt, sobald die Mechanismen gesellschaftlicher Vermittlung in Politik und vor allem Ökonomie nicht stimmen. Entscheidend sind die Praxisformen, in denen die Menschen sich bewegen und „selbst überzeugen". Die Stellung von Moral und Gewalt abhängig von der Anordnung der gesellschaftlichen Praxisfelder. Aber wo ist sie, die glückende Anordnung?

10. Juli 1989

Karen erzählt, dass Johannes Hodek am Donnerstag lange mit ihr telefoniert hat, tags drauf mit David. Nachträglich wissen wir: Er hat sich verabschiedet. Mir fällt ein, dass er mich vor vierzehn Tagen angerufen hat, um, wie er sagte, die Veranstaltung in der Theatermanufaktur nachzubesprechen, und ich, der ich nicht gern telefoniere, habe das Gespräch abgekürzt und vorgeschlagen, wir sollten uns zu einer Flasche Wein verabreden. Nun ist es für immer so, als hätte ich ihm seinen letzten Wunsch abgeschlagen.

11. Juli 1989

Immer wieder die tönende Stimme

Das Gefühl, als hätte er einen Todeswunsch erledigt

12. Juli 1989

Die heutige Leitglosse der FAZ zeigt die strategische Bewusstheit, mit der Un-Klarheit aufrechterhalten werden kann: „Die Besonderheit des deutschen Nachkriegsschicksals hat dazu geführt, dass es über die Grenzen des Staatsgebiets Klarheit nicht gibt. Da sind die Nachkriegsverträge der Siegermächte, da gibt es die Vorbehalte der Westmächte, aber auch der Sowjetunion hinsichtlich 'Deutschlands als Ganzem'. Dies alles ist im Verhältnis zu den Fakten, die niemand ändern will und kann, ein rechtlicher Schwebezustand über einem Abgrund. Ihn zu erhalten, liegt im deutschen Interesse. Das erfordert einige intellektuelle Anstrengung, das

Vermeiden des Überdeutlichen. Denn Klarheit ist nicht zu erreichen, sie nützt niemandem."

13. Juli 1989

Gorbatschow vor der Belegschaft einer Werkzeugmaschinenfabrik in Leningrad, wohin er unangemeldet gereist war: Es komme jetzt darauf an, „nicht den Kopf zu verlieren". Heißt das, dass viele Arbeiter jetzt „den Kopf verlieren"?

14. Juli 1989

Der Gebietsparteichef von Leningrad abgelöst, Solowjow, den die Wähler hatten durchfallen lassen. Ein promovierter Chemiker namens Gidaspow, der bei den Wahlen gut abgeschnitten hatte, wurde Nachfolger. Gorbatschow war aus Moskau gekommen, den Vorgang mit den regionalen Genossen zu „beraten".

Reißmüller in der heutigen Leitglosse der FAZ noch immer dabei, der russischen Revolution von 1917 den Titel Revolution abzuerkennen. Es war nur ein „Putsch".

19. Juli 1989

E.O.Maetzke, dem ich mein Gorbatschow-Buch geschickt und geschrieben hatte, ohne Antwort zu erhalten, wurde heute von einem Rundfunkredakteur gefragt, ob er zu einer Radiodiskussion mit mir bereit sei. Er lehnte ab. Er könne mein Buch nicht lesen, er verstehe es einfach nicht, es sei zu schwierig geschrieben. Und wie der Haug zitiere, er selber verstehe etwas davon... Wie wäre es, fragte der Redakteur, einfach mit einer Diskussion über Gorbatschow? Jetzt wich M. aus auf die Erlaubnis der Herausgeber. Ein glattes Nein. Werden sie (ver-)schweigen?

*

Streikwelle in der SU, Massenstreiks, ausgehend von den Kohlegruben Sibiriens. Die Forderung: bessere Versorgung, aber auch weitergehende Unabhängigkeit der Zechenleitung von Moskau. Der Kohleminister verhandelt mit einem Streikkomitee, das sich unabhängig von der Gewerkschaft gebildet hat. Sein

Sprecher ein Volksdeputierter namens Awaliani. Derweil verlautet aus dem Rechtsausschuss des Obersten Sowjets, man werde sich vorrangig mit dem Streikgesetz befassen, dessen Entwurf dem Komitee erst 24 Stunden zuvor zugeleitet worden war.

20. Juli 1989

Heute Vormittag wurde Hans Hodek auf dem Stubenrauchfriedhof beerdigt. Als ich ankam, war die Kapelle bereits überfüllt. Eine erstarrte Prozession staute sich am Eingang. Ich reihte mich hinten ein, bald umschlossen von immer neuen Nachdrängenden. Fetzen von Musik aus der Kapelle. War es die Stimme Hanns Eislers vom Tonband? Ich lauschte den Vögeln, sah den Wolken zu. Konfrontiert mit dem, woran die Worte versagen.

Als ich mich umsah und die Trauergemeinde sah, trauerte ich um diese Gemeinde. Nach Hodeks Tod wird keiner sie mehr so zusammenbringen. Ich dachte an Peter Weiss und wie auch dieser Menschen zusammengebracht hatte.

20. Juli 1989 (2)

Die Streiks zweideutig. Zwar wachsen die Versorgungslücken durch den Streik u*nd* durch die Zugeständnisse an die Streikenden. Aber die Streikenden könnten auch ein Motor der Perestrojka werden. Nicht irgendein Motor, in irgendwelche Richtungen treibend, sondern die Arbeiterklasse, die Änderungsimpulse spezifisch filternd und bündelnd.

Mehrstündige Rede Gorbatschows vor Funktionären aus dem ganzen Land. Die Partei im „Belagerungszustand“; sie drohe die Führung zu verlieren, wenn sie nicht zur Reformkraft werde. (Sie ist es also noch immer nicht!) Gegen die Übernahme von Werten aus dem „Arsenal bürgerlicher Demokratien und des privaten Unternehmertums“, das Ziel bleibe die „sozialistische Erneuerung“. Ich entnehme dem, dass „kapitalistische“ Orientierungen auf dem Vormarsch sind.

Eine schwierige Balance besteht darin, alle Entscheidungsmacht von der Partei auf

die parlamentarischen Körperschaften aller Ebenen, die Sowjets, zu übertragen, und dabei dieselbe Partei als entscheidende Trägerin dieses Prozesses zu gewinnen, auch als einigende Klammer in den vielgestaltigen Antagonismen, die ja nun freigesetzt werden. Das neue Parlament hat einen Politisierungsschub in der Bevölkerung bewirkt, wodurch der „Rückstand" der Partei in Bezug auf die innere Perestrojka noch deutlicher geworden sei. Dennoch sei das keine Krise der Partei, sondern „eine Krise ihrer früheren Funktionen und ihres überholten Arbeitsstils".

Die neue Hauptaufgabe der Partei bestehe in der „konstanten Entwicklung und Anreicherung öffentlichen Denkens, Ausarbeitung der Prinzipien der Innen- und Außenpolitik auf wissenschaftlicher marxistisch-leninistischer Grundlage, sowie ideologischer und organisatorischer Arbeit, um den Kurs der Partei zu einem Teil des Denkens und praktischen Handelns weiter Kreise der Bevölkerung zu machen". Der Generalartikulator KPdSU soll den eignen Generalismus desartikulieren. Ein Paradox: Täte „die Partei", was G. von ihr verlangt, täte sie auch das Gegenteil des Verlangten. Das Abtreten aus der Generalzuständigkeit kann nicht nach deren Muster erfolgen.

Gorbatschow muss beides wollen: Parteidisziplin u*nd* individuelle Selbstverantwortlichkeit; würden die Mitglieder der Partei im Parlament einfach deren Instruktionen folgen, wäre der Kurzschluss der administrierten Apathie wiederhergestellt.

Die Regional- und Kommunalwahlen werden vom Herbst aufs kommende Frühjahr verschoben und die vor einem Jahr beschlossene Koppelung von Parteiführung und Kandidatur für die Sowjets wieder aufgehoben. Zwei Rückzüge, notwendig geworden durch die Haltung und die beschränkte demokratische Handlungsfähigkeit so vieler Funktionäre, auf die Gorbatschow angewiesen ist. Dafür wird der 28. Parteikongress vom Frühjahr 1991 auf Herbst 1990 vorverlegt. Das ZK-Plenum zur Nationalitätenpolitik ein weiteres Mal verschoben, diesmal auf September. Das Nahe wird entfernt, das Ferne näher herangeholt. Balanceakte eines Seiltänzers überm Abgrund.

G. verkündet ein Not-Importprogramm für Konsumgüter in Höhe von umgerechnet ca. 30 Milliarden DM. Um Löcher zu stopfen, werden Löcher aufgerissen. Getrieben, nicht treibend.

*

In der Zeitschriftenschau der FAZ behauptet Arnulf Baring, in der Sowjetunion verbreite sich „die Einsicht, dass gar nichts anderes übrig bleibe, als kapitalistisch zu werden." Aus der konservativen Publizistik liest er einmal mehr das Spiegelbild längst erkannter Misere und alle erdenkliche Nahrung für Skepsis gegenüber der Perestrojka.

Seit 1986 sind dem Sowjetstaat 36 Mrd Rubel durch Einbußen beim Alkohol entgangen; 40 Mrd Rubel durch Preisverfall beim Erdöl. 18 Mrd durch das Erdbeben in Armenien. Summe ca. 100 Mrd Rubel. Staatsdefizit 1989 weitere 100 Mrd Rubel. Die Inflationsrate geht gegen 10 Prozent.

Baring zitiert Robert H. Kaiser (Washington Post) aus der Europäischen Rundschau (Heft 2): „Der Niedergang der Sowjetunion". Das Scheitern sei Tatsache, die Perestrojka nur Hoffnung. Baring bemüht, Kaiser rechts zu überholen. Weder in diesem Jahrhundert, noch in der nächsten Generation sei mit modernen Industriekapazitäten zu rechnen, anders denke „kein einziger Volkswirtschaftler in Moskau". Ursache „die unflexible, anpassungsunfähige Haltung der Sowjetbürger". Als ginge es darum, den Russen den Schneid auszureden, sie zu demoralisieren. Auch uns.

21. Juli 1989

Gorbatschow sieht die Chance und die Gefahr. Vor allem wenn ein Eisenbahnerstreik hinzukäme, geriete die Perestrojka in Gefahr.

Und noch immer weitere Nationalbürgerkriege. Als ob sich die Parteiungen angesichts des Einparteisystems von den Interessengegensätzen auf die nationalen Unterschiede verschöben.

Jelzin will eine oppositionelle Fraktion im Obersten Sowjet gründen und die Einführung eines Mehrparteiensystems diskutieren.

*

In der „Volkszeitung“ rezensiert Georg Fülberth mein Gorbatschow-Buch. Er sieht mich „statt Kritik ... vor allem Nacherzählung“ betreiben. Ich hätte sagen sollen, „dass Glasnost und Perestrojka am ehesten als nachholende Modernisierung zu fassen wären“, dass Gorbatschow von Philosophie „keine Ahnung hat und auch keine haben will“, dass es ihm nicht um Erneuerung des Sozialismus geht. Zu den „Einzelbeobachtungen, deren Weitergabe sich gelohnt hat“, rechnet er die Unterscheidung zwischen „produktiver“ und „konsumtiver“ Korruption und die Beschreibung der „Küchen-Glasnost“. „Als ein attraktiver Ertrag der theoretischen Arbeit in der Perestrojka erweist sich die Auffassung vom ‘herrenlosen Eigentum’ und von der Notwendigkeit, die formelle Vergesellschaftung in eine reale aufzuheben.“ „Der Informationswert des Buches besteht somit im knapp kommentierenden Referieren jenes endlosen journalistischen und ideologischen Geplappers, mit dem der Reformprozess im Lande selbst begleitet wird.“

Fülberth sieht nicht, dass sich im Stimmengewirr der SU ein neues diskursives Universum herausarbeitet, das jenes alte, in dem Fülberth und ich uns zunächst geformt haben, hinter sich lässt. Er sieht nicht die immanente Kritik, die mit meiner Arbeit an der Dialektik dieses Materials verbunden ist, denn das ist es wohl, was ihm wie kritiklose Nacherzählung vorkommt. Die Rezension endet etwa derart (verschlungen formuliert): ich hätte nur zum Schein Gorbatschow erhöht, in Wirklichkeit mich selbst.

22. Juli 1989

Laut FAZ von heute wurden gestern in Moskau Gorbatschows und Ryschkows Reden von jenem Funktionärstreffen vom 19. Juli veröffentlicht.

R*yschkow:* Offenkundig macht die Ämterhäufung Gorbatschows Probleme, nicht

nur der Machtakkumulation wegen, sondern auch als Engpaß an Führungskapazität. Der Präsident des Obersten Sowjets geht der Partei ab: er kann nicht beides zugleich tun, denn die Parteiaufgaben ruhen nicht, wenn der Oberste Sowjet seinen Präsidenten fordert. Die andern Parteiführer sollten ihn mehr entlasten, und man solle aufhören, ihn mit „kleinen oder nichtigen Fragen" zu befassen.

Die TV-übertragenen Sitzungen des Obersten Sowjets hatten in der Bevölkerung den Eindruck erweckt, Gorbatschow habe die angestrebte Machtverlagerung von der Partei zu den Sowjets schneller als erwartet verwirklicht. Nun zeigt sich die Partei wie überrumpelt. Außer Gorbatschow und Ryschkow habe keines der Mitglieder des Politbüros Reden gehalten. Sie hätten zur Kritik an der Partei geschwiegen. Das sei ein „strategischer Fehlschlag". Das ZK bedürfe Veränderungen „kardinalerer Art" als die im vergangenen Jahr beschlossenen; auch Pflichtenverteilung und „Zusammensetzung" des Politbüros seien zu überprüfen; Ryschkow rügte, dass zwei höchste Funktionäre „mit dem Dorf" befasst sind (Ligatschow und Nikonow). Wenn es so weiter gehe, werde bald der Ruf nach „Sowjets ohne Kommunisten" laut.

L*igatschow* nahm sich der Verunsicherung durch Nationalkonflikte und Kriminalität an: „Was ist das für ein sozialistischer Staat, der seinen Bürgern keine persönliche Sicherheit zu gewährleisten vermag? Warum geschieht das alles und wohin gehen wir?" Aber für gefährlicher als antisozialistische Kräfte hielt auch er den Bürokratismus, die Entfremdung der Kader von den einfachen Menschen und „unsere schlechte Arbeit". Und wieder sein Thema von der 19.Unionsparteikonferenz: Der durch Kritik an Stalinismus und Stagnation geöffnete „Freiraum für Demokratisierung" werde von gewissen Leuten für eine „Verleumdungskampagne" gegen die KPdSU benutzt. Bisher habe die sowjetische Geschichte „Kraft verliehen", fährt Ligatschow fort, und diese Kraft sei den Menschen nun „in bedeutendem Maße" genommen. Sie müsse ihnen durch neue Beanspruchung der Geschichte wiedergegeben werden, auch „für unsere Freunde

im Ausland“. Die Stärkung der Sowjets gehe „nur durch eine Stärkung der Partei und nicht durch ihre Schwächung“, nur über Disziplin und Einheit. Gegen Vorschläge, die Partei parlamentarischer Kontrolle zu unterwerfen. Die Medien müssten unter Parteieinfluss bleiben, da sie sich sonst in Organe einer „Diktatur einzelner Kräfte“ verwandeln würden.

G*orbatschow* drängte auf eine „Erneuerung der Kader und den Zufluss frischer Kräfte in allen Bereichen vom Arbeitskollektiv bis zum ZK und Politbüro“. Noch immer, auch ganz oben, die „Haltung passiven Abwartens“. Man kann der Partei die benötigte Autorität nicht verordnen, sie muss sie sich verdienen, und das geht nur durch „entschlossene und konsistente Fortsetzung der Politik der Perestrojka“.

Der Streik in Westsibirien soll beendet sein; in der Ukraine geht er weiter, obwohl die Bergleute von Makejewka (Donezbecken) wieder eingefahren sind und an die andern appelliert haben, gleichfalls die Arbeit wieder aufzunehmen.

Ryschkow gab bekannt, die Produktion an Lebensmitteln sei um weniger als 3 Prozent gestiegen. Erst ab 5 Prozent würde der akute Mangel nachlassen.

24. Juli 1989

Besuch von Gajo Petrovic, dessen Buch über „Philosophie und Revolution“ mir schon 1971, als es bei Rowohlt erschien, Eindruck gemacht hat. Es überraschte mich, dass er, der in Kroatien lebende Serbe, den serbischen Nationalstandpunkt vertrat. Bisher sei Jugoslawien von den Kroaten und Slowenen dominiert worden.

In den DDR-Nachrichten eine Übertragung aus der heutigen Sitzung des neuen sowjetischen Parlaments. Gorbatschow, der an die Streikenden appellierte, die Perestrojka nicht scheitern zu lassen, wirkte ernst. Bedrückt auch alle andern Gesichter, die gezeigt wurden. Gajo Petrovic sagte mir, Jelzin habe vorgestern in einer Fernsehrede zur Einheit aufgerufen. Es sieht gefährlich aus.

Im West-Fernsehen wurde die Forderung eines Abgeordneten berichtet: M*an soll die Fabriken den Arbeitern übergeben.* Die Redakteurin gab vor sich zu wundern, dass dies

mehr als 70 Jahre nach der Oktoberrevolution noch gefordert werden müsse.

25. Juli 1989

Für den Deutschlandfunk ein Streitgespräch zu meinem Gorbatschow-Buch mit Botho Kirsch, moderiert von Uwe Eckart Böttger. Kirsch und ich haben einen Berührungspunkt im Antagonismus: Er sieht denunzierend, ich hoffend, dass Gorbatschow eine Erneuerung des Sozialismus anstrebt. Ohne zu wissen, ob es gelingen wird, meine ich zu wissen, dass die Vereinigung von Sozialismus und Demokratie stattfinden muss, oder dem Sozialismus droht sein historisches Ende. Kirsch sagte, die Vereinigung von Sozialismus und Demokratie haben wir schon, das ist die Sozialdemokratie. Böttgers Schlussfrage gilt den anderen ehemaligen Ostblockstaaten, vor allem der DDR. Kirsch hält mehr Meinungsvielfalt für möglich, schließt aber einen Rückfall wie in China nicht aus, auch für die SU.

Zum Abschluss soll ich eine Prognose zur DDR-Entwicklung abgeben. Vom Standpunkt eines westlichen Marxisten, der nicht wünschen kann, dass die DDR einfach von der Bundesrepublik geschluckt wird, sage ich, zu unserem Unglück geht es der DDR im Vergleich zur SU und zu anderen Ländern des RGW noch gut, und genau das ist unser Unglück, denn ihre Führung meint, ohne einschneidende Reformen weitermachen zu können. Abgesehen von allem andern, ist das auch vom Theoriestandpunkt eine Katastrophe. Wer nicht Scholastik treiben will, kann keinen Kirchenstaat brauchen; auch deshalb bin ich als „Theoretiker“ existenziell auf Demokratisierung verwiesen, ohne die es keine Öffnung der theoretischen Diskussion gibt. An dieser strategischen Stelle macht die DDR-Führung besonders dicht.

Böttger weist mich auf Walter Jankas Erinnerungen hin, die in der selben Sendung besprochen und auszugsweise gelesen werden.

28. Juli 1989

Die F*rankfurter Allgemeine* ist hin und hergerissen — gegen die chinesischen

„Kommunisten“, aber um „unsere“ China-Kontakte fürchtend. Demokratie wird ihr unheimlich. Diese „ist fast so etwas wie das Opium des Volkes geworden“, schreibt Uwe Schmitt („Stille Tage in Peking“).

*

Gestern Abend bei Sigrun Anselm. Vor 25 Jahren waren wir befreundet, hatten uns dann getrennt, und ich hatte sie aus den Augen verloren, bis ich ihr bei Johannes Hodek wiederbegegnete. Nun führt sein Tod uns wieder zusammen und steht doch auch zwischen uns. Sigrun ist es, die an jenem Samstag den Toten gefunden hat. Eine Puppe, von der Decke hängend. Wie geschlagen von dieser Erinnerung. Das Bild verfolgt mich, als hätte ich es gesehen.

29. Juli 1989

Dem Vorschlag Gorbatschows folgend hat der Oberste Sowjet den Esten weitgehende wirtschaftspolitische Autonomie zugestanden, genauer: ab 1.1.1990 die „eigenständige wirtschaftliche Rechnungsführung“.

Mühsame (und immer auch erpresste) Versuche, aber bislang erfolgreich, die Arbeiter und die kleinen Nationen als Triebkräfte der Perestrojka zu gewinnen.

30. Juli 1989

H*odek*. Ich war mir nie sicher, ob er bloß kokettierte oder wirklich unsicher war im Verhältnis zu „Theorie“ und „Wissenschaft“. Ich vermute Ambivalenz. Er wurde den einmal angenommenen Anspruch marxistischen Begreifens nicht mehr los und spürte zugleich, wie die alten Konzepte daneben griffen.

Hodek landete auf dem Boden der Tatsachen auf andere Weise als wir „Theoretiker“. Er war der Kommunikator, der den Kontakt mit den Gefühlen der Menschen, die er zu seinem Publikum versammelte, zu halten versuchte. Dünnhäutig und ungeschützt wie er war, spürte er blitzartig, wo Theorie und Utopie ins Leere griffen, wo sie die Menschen nicht erreichten. Und er verzieh es

einer Formation nicht, wenn sie nicht ankam. Sie bedrohte ihn in seiner Existenz als Künstler.

31. Juli 1989

Der Oberste Sowjet Lettlands hat mit Estland und Litauen gleichgezogen und eine Souveränitäts-Erklärung verabschiedet. Gesetze der Sowjetunion bedürfen fortan der formellen Übernahme.

In Moskau gründeten 368 der 2250 Volksdeputierten eine Parteiopposition. Die Vorstellungen schwanken zwischen einer Partei-in-der-Partei und einer Art Argument-Klub. Der Ökonom Popow berief sich auf sozialistischen Pluralismus. Juri Afanasjew sagte, man solle über die Grenze des Sozialismus hinausschauen, ohne von der sozialistischen Idee abzuweichen. Die FAZ tradiert von ihm die Äußerung, man müsse von „Jesus Christus über Lenins Todeskampf bis zur heutigen sozialen Demokratie“ weiterschreiten. Über Gorbatschow soll A. gesagt haben, er werde „zu Recht als der Begründer der Reformen“ betrachtet, doch falle ihm die Einsicht schwer, dass er „nicht mehr der einzige Anführer der Perestrojka ist, dass ganze Teile unserer Gesellschaft neue Reformführer hervorbringen“. Der „Gorbatschowsche Status quo, diese verunglückte Kreuzung“, behindere die Reformen. Das passt nicht ganz zu dem, was ich bislang von A. kenne.

Jelzin nannte die Streikkomitees der Bergarbeiter „Embryonen der wirklichen Volksmacht“. Die Streiks zeigten, dass die Arbeiterklasse jeden Glauben an die Partei verloren habe. „Die Partei-Aristokratie ist zu einer eigenen Klasse geworden. Die Arbeiterbewegung richtet sich gegen diese Klasse, auch wenn diese das noch nicht begriffen hat“.

In der TASS-Meldung über die Fraktionsgründung wurde erwähnt, Gorbatschow habe unterschiedliche Meinungen zu den Schwierigkeiten des Landes eine „natürliche Sache genannt“. Aber hier sind Unterschiede dabei, sich in Bruchlinien zu verwandeln. Die „Partei der Perestrojka“ antagonisiert sich.

#tb#August 1989

1. August 1989

Der Oberste Sowjet diskutierte ein Genossenschaftsgesetz. Tichonow, Ökonom und einer der stellvertretenden Ministerpräsidenten, kritisierte die vorgesehene Besteuerung als zu hoch. Viele Kooperativen müssten schließen oder zu Schwarzarbeit übergehen.

„Die vierzig Jahre ostmitteleuropäischer Abkoppelung von der Moderne gehen zu Ende", schreibt der nationalkonservative Historiker H.-P.Schwarz im Europa-Archiv (Folge 11). Der Kapitalismus ist natürlich „die Moderne". Und vierzig Jahre zurück — das führt in die unmittelbare Nachkriegszeit. „In der einen oder anderen Form wird es zu einer Wiedervereinigung Europas kommen." Als das e*hedem einige* und daher jetzt w*iederzuvereinigende* Europa gilt ihm anscheinend jenes, dessen Interessengegensätze zwei Weltkriege hervorgebracht haben. Meint er den Zusammenschluss der vor vierzig Jahren gegeneinander gegründeten beiden deutschen Staaten? Oder meint er den alten Traum von Großeuropa unter deutscher Hegemonie? Hat er die Gesetze des Symptomhandelns, der Verschiebung und Kompromissbildung usw. so verinnerlicht, dass er wie im Traum spricht?

„Aller Augen richten sich auf die westlichen Modelle: westlicher Rechtsstaat, westliche Menschen- und Bürgerrechte, politischer Pluralismus in vielen Formen, Marktwirtschaft in vielerlei Formen, nationale Selbstbestimmung." Interessant, wie er den heißen Brei des transnationalen Kapitalismus umgeht. Den schönen Schatten des Westens für den Westen gesetzt.

Und dennoch knüpfen wir an ebendieses Bild an, wenn wir wünschen, dass in Europa ein Neues entsteht, welches jene Momente der bürgerlichen Gesellschaft, in denen sich deren transitorische historische Würde verkörpert und in der sie eine allgemeinmenschliche Zivilgesellschaft ankündigt, erbt und verwirklicht.

Die Krise des staatsautoritären Sozialismus steigt den Kapitaldenkern zu Kopf. In der SU sehen sie nicht Umbruch, sondern Zusammenbruch, nicht Zweite Revolution, sondern Restauration.

2. August 1989

Die K*omsomolskaja Pravda,* die Zeitung des „kommunistischen Jugendverbandes" der SU, hat Leserbriefe veröffentlicht, in denen apokalyptische „Zeichen" der Zeit gelesen werden: Tschernobyl, was „Wermut" bedeutet, als von der Apokalypse des Johannes vorausgesagt (der Stern Wermut, der auf die Erde stürzt und die Gewässer verseucht); der „Große Fürst Michael" als letzter Herrscher vor dem Weltende... Die Redaktion hat einem Theologen das Wort erteilt, um den Aberglauben der „Jungkommunisten" zu bekämpfen.

Die FAZ liest jenen falschen Mystizismus ideologiekritisch, als irrationale Reaktion bedrohter Interessen: „Nicht wenige, die das System bisher begünstigte, empfinden die Perestrojka als 'apokalyptisch'."

4. August 1989

Elias Torra referiert (in der FAZ von vorgestern) den Romanisten und Semiotiker Karl-Heinz Stierle mit folgender Bemerkung: „Es habe Benjamin sehr geschadet, dass er versucht habe, 'eine marxistische Vorstellung vom 19. Jahrhundert in seine Befunde hineinzupressen'." Dagegen lobt Torra nun Stierle folgender Erträge seines Denkens wegen: „Rousseau schreibt seine R*êveries* aus den Erfahrungen des Wanderers und des Fußgängers, wie Montaigne seine Essays aus der Erfahrung des Reiters geschrieben hatte." — Denken, das keinem (Mächtigen) weh tut.

5. August 1989

In der „Zeit" schreibt Ralf Dahrendorf über „Das sonderbare Ende des Sozialismus". Er versteht den Umbruch als Zusammenbruch. Er nützt den historischen Moment, um triumphierend zu wiederholen, was er, Popper und Hajek immer schon gesagt haben. Hajek hat gesagt, „der Sozialismus sei von

Anfang an zum Niedergang verurteilt gewesen“. „Der andere große liberale Philosoph der L*ondon School of Economics,* Karl Popper, zerschmetterte den Anspruch auf ewig gültige Wahrheiten ein für allemal in seinem säkularen Buch ‘Die offene Gesellschaft und ihre Feinde’ und in seinen Essays über ‘Das Elend des Historismus'.“ Im Unterschied zu Hayek und Popper artikuliert Dahrendorf damit heute die Meinung des Moments und schmiedet das Eisen, solange es heiß ist: die Mentalität der von der Krise des Sozialismus bereits tief verunsicherten sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Eliten — natürlich auch der Kommunisten.

Dahrendorfs Zusammenbruchsthese meint vor allem die Sowjetunion. Folgende Evidenzen reiht er aneinander, um sie plausibel zu machen: Führende Politiker machen Wahlkampf; im Fernsehen wird Kritik an hohen Funktionären geübt; Anhänger von Marktwirtschaft treten auf. Ein fairer Beobachter könnte darin auch mögliche Anzeichen einer Demokratisierung des Sozialismus sehen, dessen endlich freigesetzte Öffentlichkeit und den Übergang zum sozialistischen Rechtsstaat. Dahrendorf sieht nur Bestätigung seines alten Vorurteils, Sozialismus und Demokratie seien inkompatibel.

Auch im Westen verliere der Sozialismus „letztlich seine Bedeutung“. Dies illustriert er damit, dass die KPI ihn, D., eingeladen habe, für sie zum Europaparlament zu kandidieren. Oder man denke an Craxi, Gonzalez, Hawke, Lange — jeder von diesen sei ein „Thatcher der Linken“. Was sie dazu bekehrt hat? Der Einfluss von Gewerkschaften und Sozialdemokratie brachte „eine übermächtige Regierung und eine Wohlfahrts-Bürokratie“ hervor, „staatliche Wirtschaftspolitik, öffentliches Eigentum, steigende Steuern und Sozialpolitik“, vorangetrieben durch „kollektive Aktionen“. Die Reformen gingen in den siebziger Jahren „einfach zu weit“. Stichwörter: Keynesianismus als „allzuständige Regierung“, Bürokratie, Korporatismus (Gewerkschaften) — Stagflation die Folge. „Sogar der Wohlfahrtstaat verwandelte sich von einer Hoffnung in eine Bedrohung.“ Nach Mancur Olson („Aufstieg und Niedergang der Nationen“)

musste das „zu einer sozialen Entropie führen, die nur durch Revolution oder Krieg beendet werden könnte."

Mittendrin verschiebt D. das Thema wieder auf die Sowjetunion, als ob dort Sozialkeynesianismus geherrscht hätte: „Olsons Vision erwies sich als zu düster, wenn auch das, was wir als Perestrojka erleben, an Revolution grenzt." Dieses Schillern zwischen Sozialdemokratie und befehlsadministrativem Staatssozialismus ist anscheinend gewollt. Dahrendorf beutet je die Schwäche des einen für die Totsagung des andern aus, um den Sozialismus insgesamt zu beerdigen.

Der Artikel, den der „Zeit"-Herausgeber Helmut Schmidt gewiss nicht ohne Hintergedanken in diesem Moment bringt, ist eine populäre Kurzfassung der „Kernaussage" von Dahrendorfs Buch „The Modern Social Conflict". Dessen Denkweise ist im Grunde phantastisch. Spätere werden das wieder distanziert lesen können: „Es gab gewiss Gründe, das Angebot des Kapitalismus um die Ansprüche seiner Bürger zu erweitern ... Aber — wie alle historischen Entwicklungen — erreichte er einen Punkt, an dem die Kosten die Erträge ... überstiegen. ... Plötzlich, und fast gleichzeitig an vielen Orten, riefen jene nach Eigeninitiative und individuellen Möglichkeiten, deren Chancen durch den starren Korporativismus verbaut wurden." D. leitet das aus einem allgemeinen Gesetz ab; den Wandel in der Produktionsweise, die Ablösung des Fordismus durch den transnationalen High-Tech-Kapitalismus übergeht er. Alles läuft schließlich auf einen Machtwechsel im bürgerlichen Gedankenreich hinaus: „Schumpeter, der Theoretiker des Unternehmers als des Motors wirtschaftlicher Entwicklung, lief schließlich ... Keynes den Rang ab, dem Theoretiker der Regierung als einem Bürgen der effektiven wirtschaftlichen Nachfrage." All das hat mit der konkreten Wirtschafts- und Sozialpolitik vor allem der Bundesrepublik nichts zu tun. Auch der Militärkeynesianismus der USA (SDI) bleibt ungedacht.

Die Kategorie der „Modernisierung" lässt alles Bestimmte verschwinden. Die russische Revolution war nur eine „moderne Version jener großen Transformationen des 18. Jahrhunderts ...: der Französischen Revolution und der

industriellen Revolution.“ Man schaue sich den Brei von vermeintlichen „‘Modernisierern’ der Dritten Welt“ an, den D. anrichtet: Amin, Bokassa, Pol Pot. „Modernisierung“ als Deckwort fürs Mithalten am kapitalistischen Weltmarkt und für den Anschluss an den Komfort der hochentwickelten Industriegesellschaften. Sicher ist etwas daran, dass für viele Gruppen der Dritten Welt „Sozialismus“ eine so verstandene Modernisierung bedeutete. Tatsächlich bekamen diese Länder statt Demokratie und Wohlstand „Diktatur und Armut“, weil sie, wie es in Dahrendorfs die Produktionsverhältnisse entnennender Sprache heißt, „Modernisierung ohne Modernität“ bekamen. Die „beiden Schlüsselfaktoren der westlichen Modernisierung“ artikuliert er als „politische Partizipation und ökonomische Eigeninitiative“. Das stimmt für die kapitalistischen Entwicklungszentren, übergeht aber das völlige Versagen von beidem in der kapitalistischen Dritten Welt.

7. August 1989

V*errat der Intellektuellen — Geschäft der Intellektuellen:* Man muss die latenten B*edingungen der Produktion „legitimer“ Diskurse* manifest machen: Ein System von U*mleitungen, die sich als die Route selbst zeigen;* reden, a*ls ob eine Idee herrschte;* dann streiten, o*b nicht eine andere Idee herrsche;* das Verfahren der modischen Veraltung auf Wirklichkeitsanalysen anwenden; z.B. von der Warenästhetik sagen: „davon spricht man heute nicht mehr“, das Reden von dieser Wirklichkeit veralten; letzteres durch rein diskursive Innovation: Unterscheidungsmerkmale (d*istinctive features)* konfigurieren, taufen, in Verdrängungswettbewerb mit bisherigen Diskursgrößen bringen. — Strategisch: die Infrastruktur möglicher Kritik gesellschaftlicher Herrschaft demontieren — und zwar nicht nur konkrete Medien, sondern das Medium p*ar excellence,* das kategoriale Netz, die Sprache (im Sinne der möglichen p*arole,* die man tatsächlich sprechen kann).

11. August 1989

In der „Zeit“ die Fortsetzung des Artikels von Dahrendorf, wo es um die „Kernfrage des Sozialismus: die Frage nach dem Verhältnis von Wirtschaft und

Politik“ gehen soll. D. unterstellt Gorbatschow die Illusion, „politische Liberalisierung“ führe „automatisch zu wirtschaftlichen Fortschritten“, wogegen er, D., die Einsicht bringt: „vielleicht steht beides sogar in einem Konflikt“. Augenschein, in scheintheoretische Form gebracht: „Politische Reformen ohne eine auf Eigeninitiative gegründete Ökonomie münden ein in verschlechterte Lebensbedingungen und ein Murren, das leicht in politischen Protest umschlagen kann.“

Ausdrücke wie „eine auf Eigeninitiative gegründete Ökonomie“ sind doppeldeutig: sie bedeuten nicht notwendig Kapitalismus, wie D. sie jedoch unausdrücklich gebraucht. „Eigeninitiative“ ist sowenig Privatinitiative, wie Eigentum = Privateigentum. Zudem hält die Kategorie folgenden Unterschied bedeckt: wenn Siemens eine Initiative startet, ist es nicht die „Eigeninitiative“ der Siemens-Belegschaft, auch wenn Siemens „Initiative“ von Angestellten durch Management-Taktiken nutzt (und auch darin dem befehlsadministrativen Sozialismus voraus war). Geht es um die Negation staatlichen Initiativemonopols, dann strebt Gorbatschow ausdrücklich „eine auf Eigeninitiative gegründete Ökonomie“ an. Antagonistisches Profitstreben hat doch nicht auf ewig die Eigeninitiative gepachtet. Für die transnationalen Kapitale, deren jedes bald so viel umsetzt wie der gesamte Staat DDR, bildet alle (dem Weltmarkt auf die eine oder andre Weise angeschlossene und unterworfene) „Eigeninitiative“ eine Art Variantenvorrat. Was Marx für seine Zeit feststellte, gilt ins Globale erweitert für die unsrige: die Rechtfertigung des Kapitals spricht die Sprache selbsterarbeiteten Eigentums (zurückgehend auf den individuellen Produzenten und sein Produkt).

Schlechten Gewissens muss deshalb der tote Marx immer noch einmal getötet werden. Z.B. legt D. sich folgendes zurecht: „Marx irrte, als er die industrielle und die Französische Revolution zusammenwarf, als wären sie ein und dasselbe Ereignis gewesen. Andererseits aber hatte er recht, als er die Bourgeoisie als jene soziale Gruppe identifizierte, die an beidem, an politischen Rechten und wirtschaftlichem Wachstum interessiert war.“ 1. Marx hat keineswegs Französische

mit industrieller Revolution identifiziert; 2. die Bourgeoisie hat nicht Rechte schlechthin, sondern Rechte für sich selbst gefordert (unter Ausschließung etwa der Arbeiter und Frauen); 3. sie war nicht bloß an wirtschaftlichem Wachstum interessiert, das waren allenfalls ihre Politischen Ökonomen, sondern an Profit. Die Zeiten des E*nrichissez-vous* waren nicht notwendig Zeiten der Demokratie. Um Marx zu widerlegen, versteigt sich Dahrendorf zu der Behauptung, England, wo die industrielle Revolution zuerst ablief, „erlebte ... keine politische Revolution". Man möchte ihm Christopher Hills T*he Century of Revolution* als Urlaubslektüre empfehlen. Ferner: Frankreich habe seinen „wirtschaftlichen Wohlstand" „in jener schicksalhaften Zeit" nicht wesentlich erhöhen können — dies erst Ende des 19. Jahrhunderts. Er sieht nicht, dass dies in etwa den gleichen Zeitabschnitt ausmachen würde wie die Distanz zwischen der englischen Revolution und dem Aufschwung des Industriekapitalismus, nämlich jeweils etwa ein Jahrhundert.

Es ist, als schlüge Dahrendorf sich mit einem Echo der Tatsache herum, dass Kapitalismus und Demokratie nicht ohne weiteres zusammengehen, sich ab einem gewissen Punkt sogar widersprechen. Die Moderne mit ihrem Imperativ des Wandels, der die Tradition zum Problem macht — das wäre die Einheit von Industriekapitalismus (von dem der Innovationszwang kommt, als Wandlung um der Wandlung willen, um dem Fall der Profitrate zu entgehen) und Privatismus (mit dem aus traditionellen Bindungen herausgelösten Individuum als Träger jenes Wandels). Ihrer sozioökonomischen Formen entkleidet, scheint sie = Industriegesellschaft + Individualrechte. In dieser Hinsicht hapert es überall auf der Welt. Bei der chinesischen Studentenbewegung sieht D. „nur wenige Zeichen für Forderungen nach einer zivilen Gesellschaft, die eine Marktwirtschaft trägt", und befürchtet, sie könnte sich gegen „den gesamten Modernisierungsprozess" wenden. Und was die Sowjetunion angeht: „Existiert denn wirklich ein fundamentales Menschenrecht, wonach Armenier unter Armeniern leben müssen? Unterstehen die fundamentalen Menschen- und Bürgerrechte über das Zusammenleben von Menschen unterschiedlichen Glaubens, ethnischer Abstammung und Kultur nicht insgesamt der Rechtsstaatlichkeit?" Die Alternative zum rechtsstaatlichen

Universalismus präsentiert sich als Völkermord, Rassenhaß, Fundamentalismus, ja Faschismus. Weltweit wächst „das Unbehagen über Heterogenität, über ein Leben in einer multikulturellen Welt“. Alles nur halb gedacht, wächst doch weltweit auch das Unbehagen an der Homogenität transnationaler Massenkultur.

Dass der Sozialismus „seinen langsamen Tod“ stirbt, oder, wie in immer neuen Formulierungen wiederholt wird, die „Todesanzeige des Sozialismus“, „der Tod des Sozialismus“ bedeute nicht umstandslos Sieg des Kapitalismus oder gar „einer aufgeklärten moderne Version der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit ... Deshalb lautet der Tagesbefehl nicht Triumph“, sondern „wenn uns der sonderbare Tod des Sozialismus eine Lektion lehrt, so ist es diese: Reine und einfach erscheinende Systeme funktionieren nicht.“

Ein Mäuslein, was der kreißende Berg zur Welt gebracht hat. Kapitalismus und Sozialismus sind tot — sie leben als Mischsysteme unter je spezifischer Dominanz. Auf die kommt es freilich an.

13. August 1989

In einer „Theaterkritik“ betitelten und zur Archäologie des NS gehörenden Broschüre notierte Hans Knudsen 1928: „Das Ewige siegt über die Zeit“. Darunter verstand er „nobelstes, erfüllendes, Russlandfernes, klischeefreies, wirkliches und doch über die Dinge hinausreichendes Theater“. Das sollte sich gegen Piscator richten (bzw. diesen richten). Merkwürdig, wie da „Ewigkeit“ als „Russlandferne“ artikuliert wird. Heute taucht in Russland die Chiffre „Ewigkeit“ auf wie eine Abbitte an die eigene Geschichte.

15. August 1989

Dass die SED-Führung sich gegen die Perestrojka anstemmt, hat eine weitere Front im Innern aufgemacht, in und außerhalb der SED. Die Sozialisten im Untergrund oder unter anderen Namen in der Kirche, der Bruch mit dem Sozialismus als Ausreiseverlangen. Die BRD-Botschaften fungieren wie jene

Positionen bei Mensch-ärgere-dich-nicht, durch deren Erreichung man „raus“ ist: wo immer DDR-Füße bundesdeutschen Boden betreten, werden sie zu BRD-Füßen. Die Prager Botschaft wegen Überfüllung geschlossen.

16. August 1989

Beim Aufräumen fand ich „Fiktive Briefe zum Zustand der Republik“ von Peter Glotz im Spiegel vom 29.5.89. Glotz stark im Prägen eingängiger Formeln, die man nie auf die Goldwaage legen darf. „Gott sei Dank, dass wir die Weizsäckers haben; ein einziges Brüderpaar ersetzt eine ganze Elite.“

Lob der BRD: „Endlich einmal ist den Deutschen ein ziviler Staat gelungen ... Natürlich hat die Minimalisierung der Staatsmacht auch Nachteile. ... Der Handlungsspielraum von Politik und Verwaltung ist enger geworden; mag sein, dass ein paar der stärkeren Naturen aus Eurer Generation (er wendet sich an einen Jungsozialisten) eher an die Spitze von BMW streben als an die Spitze des Staates. Aber nach Hitler blieb uns keine Wahl; wir mussten das große Tier zähmen. Es ist uns gelungen.“

Der Kapitalismus floriert: „Der einzig vitale ‘Gesellschaftsfaktor’ ist die Wirtschaft; mit dem Rest geht's bergab.“ Die Kapitalisten sind verkümmert: „Ein Bürgertum als integrierende oder gar führende Klasse gibt es in der Bundesrepublik nicht mehr; das hat Hitler zerstört.“

Er sieht den „nachhaltigsten Individualisierungsschub“ seit der Entstehung der bürgerlichen Kultur. Heimat, Ehe, Familie und Beruf hätten nur noch „den Charakter einer freiwilligen Verbindung auf Widerruf“.

Ohne eine neue Industriepolitik im Westen werden die Japaner „im ‘Fertigungskrieg’ (manufacturing war) siegen“, zitiert er zustimmend einen japanischen Unternehmer. Für die allfällige europäische Gegenoffensive empfiehlt Glotz sein Modell „antagonistischer Kooperation“: „Wir dürfen die geistigen und materiellen Ressourcen in diesem Land nicht verschwenden, wir müssen sie

bündeln, hat AEG-Chef Dürr gesagt."

„Kiesinger stürzte durch die NPD, Schmidt durch die Grünen, und Kohl wird vermutlich durch die Republikaner stürzen".

Er sieht „niemanden", der deutsche Hegemonie in Mitteleuropa will. „Die Anschlussidee gegenüber der DDR wird endgültig überwunden werden."

*

Henning Ritter, der Sohn des Philosophen Joachim Ritter, in der FAZ von heute („Über-Soziologie"): Man müsse die Soziologie dafür loben, dass sie, wie Rainer M. Lepsius festgestellt hat, kein spezifisches Rationalitätskriterium ausgebildet hat. Zeitweise habe es so ausgesehen, als könnte die D*emokratisierung aller Lebensbereiche* dazu werden. Das kann R. sich nicht anders als totalitär vorstellen. „Es wäre eine nur formal demokratisch zu nennende Variante jenes Sozialismus zustande gekommen, dessen Zusammenbruch gegenwärtig zu beobachten ist." Er wirft Abwesenheit totalitärer Rationalisierung mit gesellschaftlicher Irrationalität zusammen. Nur diese garantiere den „Freiheitsspielraum, der die Demokratie heute in aller Welt anziehend macht." Freiheitsspiele, vor dem Hintergrund transnationaler Imperien und globaler Verdüsterung.

Ritter wandelt auf Spuren eines Artikels von Dahrendorf in der „Sozialen Welt" (1/2, 1989). „Die Soziologie wirke wie eine 'Geschwindigkeitsbegrenzung des sozialen Wandels'„ referiert er ihn. Für solchen Wandel steht die Konfiguration von Einkommensteuersenkung, „die marktwirtschaftliche Deregulierung, die Reduktion des Wohlfahrtsstaates, die Ermutigung des Konsums auf Kredit".

17. August 1989

Ausgerechnet von Joachim Bischoff, der in den Zeiten des „Projekts Klassenanalyse" und der „Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus" (inzwischen nur noch „Sozialismus") für meine Arbeiten nur Hohn übrig gehabt hat, kommt die erste ernsthafte Rezension meines Gorbatschow-Buches. Jetzt der

Hohn aus der „Volkszeitung“ und von Fülberth, von dem ich eine ernsthafte Auseinandersetzung erwartet hätte. Nach so viel Kärrnerarbeit zur Wiedergewinnung eines zukunftsfähigen sozialistischen Diskurses war diese Nicht-Rezeption deprimierend. Bischoff lässt sich auf die Widersprüche ein. Er verfolgt mich sozusagen an Grenzen, die zunächst die des Perestrojka-Projekts selbst sind, vor allem im Hinblick auf die nicht zuende gedachte Vorstellung von einer sozialistischen Marktwirtschaft. Bei alledem begreift er, dass es eine Existenzbedingung marxistischen Denkens geworden ist, die sowjetische Erfahrung marxistisch zu denken.

24. August 1989

Endlich ein Zeichen aus der DDR: Werner Mittenzwei bekundet „starkes, lebhaftes Interesse“ an meiner Gorbatschow-Studie. Dass die DDR für dieses Buch zugemauert ist, bringt es um einen Teil seines Sinns.

25. August 1989

DDR-Urlauber in Ungarn, die ihre „Trabis“ irgendwo stehen lassen und versuchen, über die durchlässig gewordene Grenze nach Österreich zu gelangen. Zwischen Psychose und Volksentscheid.

26. August 1989

Der indische Altmarxist Ajit Roy hat mir über Bé Ruys seinen Artikel über die „Chinesische Tragödie“ (aus dem „Economical and Political Weekly“ vom 5.8.) geschickt. Deng hat für ein paternalistisch garantiertes reibungsloses „Funktionieren“ optiert. Wenn sich dieses Muster weiterentwickelt, rechnet Roy mit der Transformation der angeblichen Diktatur des Proletariats in eine verselbständigte Parteiherrschaft bonapartistischen Typs, „genauer ein cäsaristisches Phänomen des progressiven Typs, um Gramscis Begriff zu folgen“. Indem die chinesische Führung das Demokratieverlangen der Massen unterschätzt, missachtet und unterdrückt, „kann sie nur zur Antagonisierung der Massen

beitragen und so indirekt und objektiv den konterrevolutionären Kräften innerhalb wie außerhalb des Landes dazu verhelfen, im Volk tiefere Wurzeln zu schlagen". Ajit Roys Perspektive ist die einer Verwirklichung der führenden Rolle der Arbeiterklasse. Er warnt, dass selbst eine kontrollierte Öffnung zum Kapitalismus hin den sozialistischen Charakter in Frage stellt. Momentan wäre die reale Alternative zur Parteiherrschaft allenfalls die Anarchie, der Kollaps. Dies mag zutreffen, doch glaube ich nicht, dass sein Standpunkt noch eine Politik tragen kann.

29. August 1989

Die DDR wird hinterrücks von den Umgestaltungsprozessen in ihren „Bruderländern" ereilt, katastrophisch, als Abwanderung. Der Ostblock blockierte den Weg in den Westen; seine Auflockerung gibt ihn frei. In Prag ist die von Westwanderern aus der DDR überfüllte Botschaft geschlossen, aber ständig klettern weitere über den Zaun aufs Botschaftsgelände. Sowie sie dessen Boden unter den Füßen haben, verwandeln sie sich in Bundesbürger. Der Polizeistaat könnte sie leicht hindern, seine Zurückhaltung muss Absicht sein, falls hier nicht inzwischen einfach kopfloses Chaos herrscht.

Die braungebrannten Urlauber, die massenhaft und voll des fröhlichen Hasses auf ihren Vormundschaftsstaat über die ungarische Grenze nach Österreich drängen, stehen nicht gegen diesen auf, sondern laufen ihm davon. Keine Not, allenfalls Überdruss treibt sie, vor allem ziehen die Chancen. Das Armeleutekaisertum und das parteistaatliche Untertanentum haben sie satt, das Regime der Reichen öffnet auch den Ärmeren mehr Möglichkeiten. Sie siedeln in den Weltmarkt über.

Viele junge Paare mit Kindern. Durchschnittsalter 24 Jahre. Die PKWs zeigen einen gewissen Wohlstand. Qualifizierte Arbeitskräfte, privilegierte Flüchtlinge, abstechend von den fremden „Asylanten"; was sie erwartet mit Paß, Geld, Hilfen aller Art, ist der Weltmarkt deutscher Nation. Die Kameras und Mikrophone sind auf sie gerichtet. Sie werden benutzt und nützen das aus. In der „Jungen Welt" wird

die BRD des Arbeitskräftediebstahls bezichtigt. Da ist etwas dran, und doch ist der Vorwurf ein Offenbarungseid, verlangt er doch Anerkennung des Staatseigentums der DDR an der Arbeitskraft ihrer Bürger. Diese wollen keine Arbeitskräfte s*ein,* sondern die ihre n*ützen.*

*

Im FAZ-Leitartikel bekennt sich der Neoliberale Hans D. Barbier zu den Grenzen der Marktwirtschaft: „Das urliberale Modell der Verhandlung aller mit allen bricht beim Umweltschutz zusammen." In die entscheidende Position rückt der Staat ein, merkwürdigerweise nicht als Institution von Demokratie, sondern als Staat s*ans phrase.* „Über die Qualität von Luft und Wasser käme es im Widerstreit der Interessen nie zu einer Einigung, wenn nicht der Staat — hier wirklich einmal stellvertretend für die Mitglieder der Gesellschaft — Normen setzte." Nicht die Gesellschaftsmitglieder und nicht ihre Abgeordneten — Lobby + Bürokratie, ggf. ein Pinochet.

30. August 1989

In der FAZ eine Besprechung meines Gorbatschow-Buches von Kerstin Holm, deren Berichte (etwa über den KGB) in dem Buch mehrfach zitiert sind. Der Titel ist denunziatorisch: „Perestrojka als sanfter Totalitarismus". Sie liest aus dem Buch die zu der in der FAZ vertetenen konträre Auffassung, „die jetzigen Reformversuche zeugten keineswegs vom Bankrott der kommunistischen Ideologie. Nach Haugs Meinung erleben wir vielmehr deren Erneuerung." Angeblich halte ich „an einem tragenden Element der Ideologie fest: dem 'neuen Menschen', der für das allgemeine Wohl lebt" usw. „Haug zeichnet das Modell eines 'sanften' Totalitarismus, der dem einzelnen in gewissem Maß Eigeninitiative und Rechtsschutz gewährt, wobei die Partei aber alle gesellschaftlichen Institutionen kontrolliert ... Als einen zeitgemäßen Ersatz für die 'Parteilichkeit' in Kultur und Wissenschaft schlägt Haug Antonio Gramscis Konzept der 'Hegemonie' vor, welche die Partei sich in diesen Sphären sichern soll. ... von

Menschenrechten ist nicht die Rede.“ Wer „das Buch gelesen und Haugs eigentümlich ausweichende Sprache kennengelernt hat, erkennt hierin möglicherweise einen Aufruf an seine Glaubensgenossen, in der Krise ideologische und politische Monopole nicht aufzugeben.“

Nach der Lektüre fing ich unwillkürlich an, in meinem Buch nachzuschlagen, wo von Menschenrechten die Rede ist und jeder Monopolanspruch verworfen wird (im „Pluralen Marxismus“ war das alles schon auf den Punkt gebracht) usw., aber dann weicht dieser Impuls einem Gefühl, wie es in Ionescos N*ashörnern* in Szene gesetzt ist. Ich könnte mir vorstellen, dass Kerstin Holm glaubt, mit ihren Behauptungen nicht zu lügen, weil sie die Dinge aus solcher Ferne sieht, dass links alles sich gleicht. Ich hätte lieber respektablere Gegner. Sollte ich sie in gleicher Weise behandeln, wie sie mich, würde ich mich schämen.

*

Der gemütliche pensionierte Apotheker, der uns beim Knödelessen die schönen Wanderwege empfahl und davon schwärmte, wie „wir die russischen Partisanen erledigt ham“: die Strohdächer der Bauernhäuser in Brand geschossen, gewartet, bis „sie“ herauskamen, dann abgeknallt ...

*

Dass es das träge Medium der Staatsklasse ist, durch das Gorbatschows Reflexion sich durcharbeiten muss, hat, bei aller Erschwerung und Verlangsamung, seine Vorteile. Er muss den Staat umarbeiten. Herkules oder Sisyphos? Herkules a*ls* Sisyphos?

31. August 1989, Steyr

In diesem alten Zentrum der Waffenproduktion, an der Eisenstraße gelegen, hat sich Kultur angesiedelt. Wir tagen in einer ehemaligen Waffenfabrik, die als Industriemuseum konserviert worden ist, und reden über Frieden.

Pessimismus weht mich an aus der SU. Schwächt die selbstverständliche Kraft, die mich anderen als selbsternannten Botschafter der Perestrojka erscheinen ließ. Es ist wahr: dass ich nicht aufhöre, Wahrnehmungsversuche zu machen, hat etwas Optimistisches.

SU: Ist der Moment der relativen Einheit vorbei? Anfangs versammelte sich alles Unzufriedene unterm Dach der Perestrojka. Jetzt Spaltung.

Was nicht vergehen kann, verkommt.

#tb#1. September 1989

Von Ratten überlaufen, die das sinkende Schiff

MIT UNS DIE SINTFLUT — Man überlegt sich, beim Abschmelzen der Polarkappen das Land einzudeichen.

2. September 1989

„Zukunftswerkstatt" in Steyr: Frigga und ich erfahren uns merkwürdig tangential zu diesem Kreis sozialdemokratischer Aspiranten. Gemütlicher Zynismus. Und doch sind wir froh über den Kontakt zur Österreichischen Sozialdemokratie, den wir seit Jahren pflegen. In einem ähnlichen Kreis haben wir seinerzeit Kreisky kennengelernt. Marxismus, denkt er gutmütig-großväterlich, ist etwas für die Jugend. Eine gewisse Unverbindlichkeit unsere Daseinsbedingung in diesem Milieu als M.v.D. — Marxisten vom Dienst. Zweifelnd und Dampf machend in einem.

Knödler-Bunte sieht in der Perestrojka nicht die zweite Revolution, sondern die zweite Industrialisierung der SU, die möglicherweise wieder gewalttätig wird. Aus Osteuropa komme ein neuer Konservatismus, angetrieben vom Verlangen nach Teilhabe am Konsumniveau des Westens. Was sich derzeit abspielt, sei der Übergang zu einer zweiten Moderne (als „Postmoderne"), mit einem Freisetzungsschub von Subjektivität-Individualität. Daher der Kulturb*oom*. — Mir fällt auf, wie unpraktisch dieses „Wissen" ist, wie sehr es zugeschnitten ist aufs

öffentliche Gesprächswesen. Er berät nicht mit „uns“ über Handlungsmöglichkeiten. — In gewisser Weise tut dies Dieter Kramer, der die Handlungsmöglichkeiten von Intellektuellen folgendermaßen bestimmt: 1. D*iskurse* vom Zaun brechen; 2. S*tandards* verteidigen, die fürs Setzen von Diskursen wichtig sind; 3. A*nalyse* statt Moral.

Die FAZ deutet an, die verlassenen Arbeitsplätze in der DDR würden mit Vietnamesen aufgefüllt.

3. September 1989

Traf mit Rolf Reißig auf dem Abschlusspodium in Steyr zusammen. Er hat von DDR-Seite aus das SPD-SED-Dokument mitverfasst (mit Eppler und Meyer als SPD-Vertretern). Er wird angekündigt als leitender Mitarbeiter des „Instituts für wissenschaftlichen Sozialismus“, ich meine mich zu entsinnen, dass im Institutsnamen von „Kommunismus“ die Rede ist, und er flüstert mir zu, es sei „noch nicht umbenannt“. Er bestimmt den historischen Moment als U*mbruchsituation* und spricht von der Schlüsselbedeutung der Perestrojka für „alle Sozialismen“. Es gilt auf alle erdenkliche Weise nachzuhelfen, dass die große Umgestaltung gelingt. Die DDR sei in diesem Zusammenhang verantwortlich für die gesamte Modernisierung der Leichtindustrie, und von keinem sozialistischen Land erhalte Gorbatschow so viel Hilfe.

Er erinnert daran, dass die DDR auf dem Tiefpunkt der Beziehungen, der auf den Nachrüstungsbeschluss gefolgt war, den Dialog eingeleitet hatte, noch vor der Gorbatschow-Ära. Damals standen im Osten zwei mögliche Antworten zur Debatte: entweder gleichfalls neue Waffen anzuschaffen oder Schadensbegrenzung. Letzteres die Option der SED. Sie spielte damals eine Vorreiterrolle in der Neuanknüpfung des Ost-West-Dialogs; Rückendeckung erhielt sie einzig von den Ungarn. Zwei Jahre später (1985) ging auch die SU zur Dialogpolitik über. Der Dialog ist möglich geworden, nicht weil es keine Gegensätze mehr gäbe, sondern weil sie anders eingeordnet werden. Heute gehe es um Überwindung der Spaltung

Europas; um sie zu ermöglichen, muss man vom EG-Typ (homogen kapitalistisch) abrücken. Systemunterschiede hat es immer gegeben; sie müssen nicht spalten. Die Koexistenz unterschiedlicher Systeme denkt er in einem „pluralen Europa".

Zur inneren Entwicklung der DDR sagt er, es fehle in der sozialistischen Welt an Vorbildern für eine attraktivere DDR. Immerhin seien von den 5,5 Millionen Westreisenden nur 0,1 Prozent im Westen geblieben. Aber wie verträgt sich das mit der Belagerung der BRD-Vertretungen in Ostberlin, Warschau, Prag und Budapest durch Ausreisewillige?

Vieles nur glatte Oberfläche, und doch mache ich zum erstenmal mit einem DDR-Funktionär die Erfahrung, dass in der Perspektive einer radikalen Demokratisierung des Sozialismus miteinander gesprochen werden kann. Aber wen oder was vertritt er wirklich? Wenn ich ihm glauben darf, ist innerhalb seiner Partei die Partei der Demokratisierung dabei, zum Zuge zu kommen. In Vorbereitung des Parteitags von 1990 gibt es anscheinend schon jede Menge Schubladenpapiere, in denen es u.a. um die „Verwirklichung der Subjektrolle der Werktätigen" geht, um eine spezifisch sozialistische Rechtsstaatsentwicklung usw.

Luciana Castellina sieht die Gefahr, dass es nicht zur Überwindung der Blöcke, sondern zum Rollback kommt, dass „Freiheit" und „Pluralismus" einzig und allein auf Privateigentum und Kapitalismus hinauslaufen. Sie sieht die Strategie einer Erpressung der SU und der Dritten Welt zur Kooperation zu Bedingungen des Westens. Der Kommunismus sei nicht tot, denn die Ziele seien noch da, die Fragen noch ohne Antworten.

4. September 1989

Mit Brecht-Hasek könnte man sagen, der Massenexodus sei eine der Formen, in denen die Pläne der Großen am Ende zuschand werden. Aber das wäre nicht alles. Die Perestrojka, die das alles angestoßen hat, ist wiederum Plan eines Großen, und die Tausende, die jetzt die DDR verlassen, exekutieren diesen Plan auf die diffus osmotische Weise, wie wir im Alltag die Verhältnisse in unser Verhalten

umzusetzen pflegen.

5. September 1989

Im Sprachkonflikt mit den Moldawiern setzte sich der von Gorbatschow eingebrachte Kompromiss durch, das Russische als „interethnisches Kommunikationsmittel“ festzuschreiben. Der Vorschlag bezeichnete die Linie, hinter die nicht zurückgegangen werden konnte, wollte man nicht die Auflösung des Staatsverbandes hinnehmen. Ausgerechnet die moldawischen Russen waren mit dem Kompromiss nicht zufrieden und setzten ihren Streik fort.

In Aserbaidschan fanatisierte Massendemonstrationen, wo Nagorny-Karabach reklamiert wird.

Diese Virulenz verselbständigter Nationalismen unerwartet. Etwas anderes, wenn Sprachkompetenz im eignen Land gefordert wird.

Gorbatschow im Urlaub. Von Ligatschow und Tschebrikow Ordnungsrufe, seltsam leere Kraftsprüche.

Die bulgarische Perestrojka heißt „Preustrojstwo“. Die Pläne zur Wirtschaftsreform seien „origineller“ als die sowjetischen (FAZ, 2.9., 13).

6. September 1989

Henning Ritter schreibt im Feuilleton der FAZ („Wer glaubt noch an den Marxismus?“), die „Demontage des Sozialismus östlicher Prägung“ bedeute die „wahrscheinlich letzte der Krisen des Marxismus“. Ich halte das für eine interessierte Täuschung. Sie wird fast mit einem Hauch von Nostalgie vorgetragen, indem es heißt, selbst für seine Kritiker habe der Marxismus als Staatsideologie den großen Status von T*heorie* garantiert. „Warum also diesmal keine Rettungsversuche? Warum das Schweigen der Theorie? Ist es keine ‘Krise’ des Marxismus mehr, sondern sein Ende und mit ihm das der großen, zur Verwirklichung drängenden Theorie?“ Die Frage Paul Veynes, ob die Griechen an ihre Mythen „geglaubt“

haben, prospektiv an unsere Epoche gestellt, ob „die Menschen des 20. Jhdts. an den Marxismus geglaubt“ haben. Antwort: „Ja, sie haben daran geglaubt, denn für sie war Theorie eine Dimension des Imaginären: das große, einfach erscheinende Bild vom Ganzen, an welchem man, solange es irgend geht, festhält.“ Wie seinerzeit die Trennung des Mythos vom Logos jenen vollends unwiderleglich machte, so könnte es jetzt zu einem „Rückzug der Theorie von der Wirklichkeit“ kommen, und marxistische Theorie würde eine bloße Funktion des Imaginären. Hier lässt sich beobachten, wie der Nachrufschreiber sich aufs Weiterleben des Totgesagten einstellt.

Künftige Historiker könnten auch einmal die Frage stellen: „Haben die FAZ-Redakteure an ihre Marxismus-Totsagungen geglaubt?“ Antwort: Ja, sie haben daran geglaubt, wie man an Magie glaubt, wenn man die Wirkung des Zaubers herbeiwünscht. Es ist interessant zu sehen, was Ritter heraufziehen oder bereits gesiegt haben sieht: „Für die Zukunft der Nationen scheint nun einzig ausschlaggebend, wieviel Freiheitssinn, Eigenart und Unternehmergeist sie sich bewahrt haben, um sie im Spiel der Ökonomie einsetzen zu können.“ Die totale und globale Konkurrenz der Nationen auf dem Weltmarkt als letztes Geschehen.

9. September 1989

Am Montag eine gespaltene Demo in Leipzig: „Reisefreiheit statt Massenflucht“ die einen, „Wir wollen raus!“ die andern.

Von 1970 bis 1988 hat sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger in der BRD mehr als verdoppelt. Letztes Jahr waren es 3,3 Millionen, 202.000 oder 6,4 Prozent mehr als 1987. 1970 wurden 3,5 Mrd DM dafür ausgegeben, 1988 mehr als 28 Mrd, also 8 mal soviel, während sich das Sozialprodukt (sein Geldausdruck!) in der gleichen Zeit verdreifacht hat. Schon Marx hat gesagt, dass der Reichtum einer kapitalistischen Gesellschaft sich daran zeigt, wieviele Unproduktive sie ernährt. Er dachte aber an die Privilegierten.

10. September 1989

„Sowjetunion heute“ bringt einen Angriff der Jugendzeitschrift J*unost* auf „das befehlsadministrative System für Gedanken und Gefühle ... Der Kern dieses Systems ist unsere Hochschulphilosophie.“ „Nur die Philosophen haben der Welt nichts zu sagen. Bei ihnen herrscht Totenstille.“ Gegen antidialektische Festschreibungen im missbrauchten Namen der marxistischen Klassiker, die „von oben nach unten“ eingepaukt werden nach folgendem Schema: „als Verdrängung falscher Ideen aus dem Bewusstsein der Studenten und als Auffüllen der entstandenen Lücken mit abgesegneten und versiegelten Binsenweisheiten“. Heute das Gegenteil von gestern als ebenso „ewige“ Wahrheit. „Der Skandal besteht genau darin, dass sich eine winzige Personengruppe das Recht anmaßt, rücksichtslos darüber zu befinden, was Marxismus ist und was nicht. Solange der Imperativ des Monopols herrscht, siegt der, der die anderen der Untergrabung geheiligter Werte bezichtigt.“

Sacharow möchte möglichst viel Macht beim Volksdeputiertenkongress belassen und dem Obersten Sowjet die Gesetzgebungskompetenz vorenthalten. An der Wirtschaftspolitik kritisiert er die Subventionierung defizitärer Staatsbetriebe mit dem Argument, dass dabei „den Schwachen die Schulden auf Kosten der Starken erlassen werden“, was das Wachstum blockiere, da die Schwachen ohne wirtschaftlichen Nutzen die für Akkumulation benötigten Mittel verschlingen. Durch die Wahlen und die Fernsehübertragung der Sitzungen sei eine „sprunghafte“ Politisierung der Bevölkerung erfolgt. Über Gorbatschow sagt er: „Er versteht es, Kombinationen zu schaffen, durch die eine Art Zugzwang entsteht, bei dem er das erreicht, was er gerade will.“

Der Augenchirurg S.Fjodorow sieht aufgrund der Dominanz des Apparats über den Volksdeputiertenkongress folgende Probleme ungelöst: „Übergabe von Grund und Boden an die Bauern, von Fabriken an die Werktätigen und der Macht an die Sowjets“. Das Kollektiv soll vom Staat Gesellschaftseigentum pachten, darüber verfügen, es entwickeln und davon profitieren.

Der Chefredakteur von A*rgumenty i Fakty,* W. Starkow, erzählt, 1978 habe seine

Zeitschrift 36 Leserbriefe erhalten, jetzt monatlich tausend.

11. September 1989

Die Ukraine gerät in Bewegung. Mit ihren 50 Millionen Einwohnern ist sie nicht Peripherie wie die baltischen Republiken. Schtscherbizkij im Schussfeld, der letzte Amtierende aus der Breschnew-Zeit.

Nach fünf Wochen Urlaub griff Gorbatschow mit einer vom Fernsehen übertragenen Ansprache in die Auseinandersetzungen (und Stimmungsprozesse) ein. Er sprach von dem „vielstimmigen Chor", der die Bevölkerung „mit Drohungen vor einem heraufziehenden Chaos, mit Gerede über Gefahren eines Umsturzes, ja sogar eines Bürgerkrieges" zu verunsichern sucht. Die Probleme und Krisen bildeten einen „zugezogenen Knoten". Die „Verletzungen der Staats- und Arbeitsdisziplin" drohten gefährlich zu werden. Gorbatschow kündigte ein wirtschaftliches Sonderprogramm an.

Kommentar der FAZ (F.U.Fack im Leitartikel): „Bewundernswert immer wieder die Gelassenheit Gorbatschows, mit der er zwar vor Übertreibungen warnt, aber zu erkennen gibt, dass er viele Forderungen der rebellischen Nationalitäten für berechtigt hält. Sein Widersacher Ligatschow hat sich am Wochenende wieder zu Wort gemeldet und den Untergang des Reichs beschworen; andere wie der unstete Boris Jelzin erklären Gorbatschows Reformen schon für gescheitert. Den Mann mit den 'eisernen Zähnen' (Gromyko) ficht das offensichtlich nicht an. Er geht gelassen seinen Weg. Und er geht ihn womöglich um so sicherer, je tiefer die reformerische Unruhe reicht. Denn dort stehen seine Verbündeten, und je mehr Einfluss sie gewinnen, desto schwerer wird es den 'Dinosauriern', den Reformer zu stürzen." Ich bin da nicht so sicher.

Streng genommen ist es eine unzulässige Wortverwendung, Mitglieder der Kommunistischen Partei „Kommunisten" zu nennen (Karrieristen sind doch wohl keine Kommunisten). Es kommt dann zu Sätzen wie dem von Ligatschow, dass K*ommunisten antikommunistisch* agierten („antisozialistische Parolen" äußerten). Man

hat die Wahl zwischen zwei Paradoxien.

13. September 1989

Der chinesische Ministerpräsident Li Peng hat drei Gründe der Unzufriedenheit anerkannt: 1. die Inflation (er nannte 18,5 Prozent für 1988), 2. die Korruption, 3. die ungerechte Verteilung des Reichtums. Der Ausnahmezustand soll für unbestimmte Zeit aufrechterhalten bleiben.

Bundesdeutsche Unternehmen auf der Suche nach Billiglohnarbeit sollen sich von China ab- und Nordkorea zuwenden. Die Ausschussquote in den chinesischen Lieferungen soll inzwischen so hoch sein, dass Handelsabmachungen vor der Aufkündigung stehen.

In der Sowjetunion wirken die nationalen Zentrifugalkräfte weiter. Zugleich ein vom Umkippen bedrohter Prozess der Verfassungsänderung: die Republiken selbständiger, die vorwiegenden Nationalsprachen überall als Staatssprache (zuletzt in der Ukraine), das Russische als „interethnisches Kommunikationsmittel". Das entspricht dem von Gorbatschow Vorgedachten. Aber unklar, ob sich, wie im gleichen Zuge angestrebt, als letztlich entscheidende Instanz die universalistische des I*ndividuums* durchsetzen lässt. Sie wäre eine Gegenkraft zu den partikularen Kollektivitäten der Nation oder der Religion (bzw. der Nation/Religion). Zur Zeit scheinen diese dumpfen Kollektivitäten die Oberhand zu bekommen. Was sich bisher wehrt, sind in Gestalt der „Interfront" wiederum nur ethnisch/nationale Kollektive.

Der KGB soll darauf beschränkt werden, solche Organisationen zu beobachten, welche die Verfassung g*ewalttätig* ändern wollen, nicht mehr Opposition schlechthin.

Die ungarische Wirtschaft im Schleudern. Die Legalisierung von Devisenkonten für jedermann führt zur Flucht aus dem Forint (im 1. Halbjahr für 28 Mrd Forint). Der für Auslandsreisen gedachte Anspruch auf begrenzte Devisenmengen zum

offiziellen Kurs wird auch von den Nichtreisenden ausgeschöpft, um die Devisen alsbald auf dem Schwarzmarkt weiterzuverkaufen. Die Fremdenverkehrsindustrie wird fürs Land so zur Verlustquelle: Man rechnet mit 350 Millionen Dollar Verlust (statt 82 Mio $ Gewinn). Der Staat subventioniert die Privaten. Er tut es in der Hoffnung, über die Devisenkonten kurzfristig über Dollars zu verfügen. Die Gläubigerbanken des Westens dahinter.

„Marktwidrige Vorleistungen des Westens wirken wie eine Reformbremse“ (Alfred Schüller, in: FAZ, 9.9.89, 13).

14. September 1989

Nonnenmacher sieht (im Leitartikel der FAZ) die „Ablösung des Spätstalinismus durch eine Ideologie, die vielleicht einmal ‘Gorbatschowismus’ heißen wird“. Angesichts der sich multiplizierenden Krisen und Konfliktherde habe G. „sich — es zeigt seinen Realismus — auf eine Strategie des anhaltenden Krisenmanagements eingestellt“. Die Kunst des Politischen sieht Nonnenmacher in der Anordnung der Kräfte: „Als Gegengewicht hat Gorbatschow radikalen Reformern wie Jelzin oder Sacharow in den parlamentarischen Institutionen des Landes eine Plattform verschafft. Ideologiepolitisch ist er in eine vermittelnde Position gerückt: er bekräftigt die Unausweichlichkeit von Reformen, warnt aber gleichzeitig vor Übereifer und Ungeduld.“ Im Grunde alte Hüte, siehe mein Buch.

Da es keine Alternative zum Russischen als Verkehrssprache, l*ingua franca,* gibt, stellt die Offizialisierung der „alten“ Sprachen an sich keine Bedrohung des staatlichen Zusammenhalts der SU dar. Aber den russischen Minderheiten in den nichtrussischen Republiken scheint es zu wenig, ihre Sprache als „interethnische“ Gemeinsprache anerkannt zu bekommen. Amts- und arbeitssprachliche Gleichberechtigung scheint ihnen nicht zu genügen.

Für Detlev Albers ist die Perestrojka schon verloren. Er spricht von ihr wie von einem Trauerfall. Denkt man so im linkssozialdemokratischen Milieu? Sein Buch über B*auer und Gramsci* sei erschienen, als die Moro-Entführung der Politik des

Historischen Kompromisses, um dessen Theorie es in diesem Buch gehe, den Todesstoß versetzt habe; und nun erst recht mein G*orbatschow* ... Gorbatschow scheint für ihn schon gestürzt oder umgebracht — jedenfalls t*ot*. Selbst wenn das so wäre, hätte das Projekt der Perestrojka analysiert und für Theoriebildung genutzt werden müssen. Ich habe schließlich das Buch nicht aus Anlehnungsbedürfnis geschrieben. Ich finde auch Detlevs Buch weiterhin unentbehrlich. Theorie ist nicht auf Direktkontakt mit Politik angewiesen, im Gegenteil, sie braucht ihren autonomen Raum.

Polen erhält Wirtschafts-, Finanz- und Industrieminister, die laut FAZ eine „radikale Umorientierung auf Privatwirtschaft versprechen". Die bislang offizielle Gewerkschaft kündigt an, sich an die Spitze der Proteste gegen Sozialabbau zu stellen. Die Kommunisten behalten das Kommando über die Gewaltapparate, aber Kiszcak, neuer Innenminister, projektiert deren Umbau: die Abteilungen zur Überwachung von Telefon, Korrespondenz und Kirchen werden aufgelöst, desgleichen die militärischen Einheiten des Innenministeriums.

Die Blockfreien haben ihr Programm in Übereinstimmung gebracht mit den Koordinaten der Perestrojka: Menschenrechte und Umweltpolitik werden zu den Grundzielen hinzugenommen. In der Abschlusserklärung heißt es: „Der Schutz der Umwelt ist zu einem globalen Anliegen geworden, welches auf dramatische Weise die wachsende wechselseitige Abhängigkeit in der Welt betont." So weit, so gut. Der Antiimperialismus tritt zurück hinter einer globalen (menschheitlichen) Interdependenzpolitik. Die uneingelöste Forderung nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung wird übersetzt in die nach Integration in die Weltwirtschaft. Aber wie soll das gehen? Die Schwachen werden geschluckt und nicht integriert, und wenn sie nichts bringen, ausgespuckt. Der Sozialdarwinismus des Weltmarkts belässt ihnen keine menschliche Chance. Menschenrechte unter solchen Umständen — ein Witz. Selbst Individualrechte ad absurdum geführt, weil alle Individuen mehr oder weniger mitgefangen sind in den großen sozialen Kollektiven.

16. September 1989

Jelzin in den USA. Die FAZ zeigte einen Marx, der sich entsetzt die Augen zuhält. Die Gesellschaft der USA sei „sehr gesund". Was mich wundert, sind Jelzins herablassende Äußerungen gegenüber Gorbatschow. Mir unklar, ob J. sich einfach aufseiten der vorherrschenden Stimmungen hält, sozusagen Wählergunst repräsentiert, oder ob sich da tatsächlich etwas Substanzielleres ankündigt, was ohne Gorbatschow auskäme. Oder spricht Jelzin einfach die bewusstlose Sprache des Verfalls?

Werner Adam interpretiert (in der FAZ) Ryschkows Intervention (beim ZK-Kadertreffen) als „gegen den Gang der politischen Reformen" gerichtet. Vor allem die Kritik an der Doppelbesetzung des Agrar-Ressorts, in das der frühere „Zweite Sekretär" Ligatschow versetzt worden war. Ein Parteisekretär aus Swerdlowsk, dem früheren Wirkungsbereich von Ryschkow, habe Ryschkows Meinung „deutlicher" ausgesprochen, indem er die Wiedereinsetzung eines „Zweiten Sekretärs" forderte. Bei diesen Auseinandersetzungen geht es um die Partei als Einheitsfaktor in den Zerreißproben. Jelzins „linksradikale" Abgeordnetengruppe markiert „nach allgemeinem Eindruck den Beginn einer Fraktionsbildung". Inzwischen soll die K*rasnaja Swesda* die Bildung eines „Klubs der militärischen Deputierten" angekündigt haben. Dazu regionale Aufsplitterungen. „Zu Moskau auf Distanz zu gehen, ist für die baltischen Kommunisten, und nicht nur für sie, beinahe schon zu einer Frage des politischen Überlebens geworden."

In Aserbaidschan die Forderungen der „Volksfront" im wesentlichen angenommen: Mehr Selbständigkeit für die Republik ist durchaus im Sinne der Perestrojka. Die Eingliederung von Nagorny-Karabach wäre es nicht. Hieran könnte sich der Nationalismus die Zähne ausbeißen. Er gewinnt nur, wo er gegen den Zentralstaat steht, nicht wo gegen seinesgleichen; im Gegenteil, dort reproduziert er die Notwendigkeit des Zentralstaats.

Der ungarische Parteipräsident Nyers für eine „neue sozialistische Partei". Die

Philosophie vom Staatssozialismus sei endgültig gescheitert. „Wir wollen nicht auf den Irrweg des Liberalismus gehen, sondern einen demokratischen Sozialismus haben, dessen Einzelheiten noch zu klären sind."

Die DDR kommt durch Ungarns Grenzöffnung unter noch stärkeren Druck. Zehntausende suchen den Weg in den Westen. Für uns deutsche Marxisten existenziell wichtig, ob die DDR ein überzeugendes Reformkonzept hervorbringt. Otto Reinhold hat nicht unrecht, es müssten genuin s*ozialistische* Reformen sein. Eine kapitalistische DDR hätte kein Existenzrecht und fiele dem kapitalistischen Deutschland in den Schoß. Dass man, wie Reinhold sagt, nicht ein Viertel des Kapitalismus übernehmen könne, schließt aber nicht aus, vom Kapitalismus zu lernen. Die Diskussion krankt daran, dass ökonomistisch Basis und Überbau zusammengedacht werden, als führte Kapitalismus automatisch die Demokratie mit sich, die mit Sozialismus nicht zusammenginge. Wann wird endlich historische Tat diesen falschen Schein aufsprengen, dem Kapitalismus die „bessere" Pornographie und schärfere Zerstreuung überlassen und ihm etwas auf dem Gebiet der Demokratie und der Betätigungs- und Entfaltungsmöglichkeit assoziierter I*ndividuen* vormachen?

17. September 1989 — auf Mljet

Im Klosterhotel Melita, das auf einer Insel im Großen See auf der Insel Mljet liegt, wo wir früher immer dem alten belgischen Kommunisten Pierre Joye begegneten: Schlimmer denn je die gleichgültige Schlamperei, Quittung für Pseudo-Selbstverwaltung. Schließlich blieb uns nichts anderes übrig, als die Zeche zu prellen, um das Boot nicht zu versäumen.

21. September 1989

Die DDR-Führung will die Erschütterungen vermeiden und definiert sie just darum als eindeutig feindselig, eine Politik, die jede Befürchtung alsbald wahrwerden lässt. Die SED sah sich gezwungen, die SPD-Delegation auszuladen, die sich ihrerseits gezwungen gesehen hatte, angesichts der Flüchtlingswelle und

deren Wirkung auf die öffentliche Meinung die Bedingungen höherzuschrauben.

In der Bundesrepublik hat sich infolge der Krise der DDR das politische Klima jäh gewandelt. Die DDR-Flüchtlinge sollen zu zwei Dritteln CDU-Sympathisanten sein. Ob das der CDU die nächsten Wahlen gewinnt? Trotz ihrer inneren Zerklüftung, die sich durch die Abspaltung am rechten Rand und den Versuch, diesen zu reintegrieren, verschärft hat. Dass einmal das „Cleverle", wie die Schwaben ihren Späth nennen, aus dem CDU-Präsidium abgewählt würde, wer hätte das noch vor kurzem für möglich gehalten? Könnte es sein, dass die CDU trotz dieses Rechtsrucks die Wahlen wieder gewinnt?

In der SU muss vorgestern das immer wieder verschobene ZK-Plenum zur Rekonstruktion „zwischennationaler Beziehungen" stattgefunden haben. Zuvor hatte Gorbatschow die baltischen Führer zu sich gerufen. Wettlauf im Zweideutigen: diese Gefahren sind im Grunde erwünscht oder das Erwünschte ist auch gefährlich. Wenn die Revolution-von-oben unten ankommen will (und sie muss das wollen), stoßen die Kräfte zusammen und erschüttern den bisherigen Staatsaufbau.

22. September 1989

Auf der Rückreise die S*üddeutsche* von gestern: Gorbatschow hat vorgeschlagen, dem Russischen den Status einer „Gesamtstaatssprache innerhalb der Sowjetunion" zu verleihen. Das ist auf jeden Fall besser, als drumherumzureden. Frontal angegangen und auf seine funktionale Größe reduziert, müsste das Problem lösbar sein.

Maetzke überschwänglich: Gorbatschow hat „etwas fast titanisch zu Nennendes vollbracht" — und zwar „mit seinen personellen Entscheidungen, überhaupt mit seinem Management einer besonders schwierigen Sitzung des Zentralkomitees". Maetzke, seine vielen gegenteiligen Äußerungen vertuschend, meint gar auf ein nunmehr „berechenbarer" gewordenes „Psychogramm" Gorbatschows schließen zu können: „Immer, wenn er aus dem Urlaub kommt, gibt er ein weithin sichtbares

Zeichen ungebrochener Kraft — alle überraschend, die aus einer fünf oder sechs Wochen langen Abwesenheit schon auf einen Verfall seiner Macht schließen wollten."

24. September 1989 — West-Berlin

Vom Bahnhof Wannsee direkt zum Friedenspädagogischen Kongress, wo ich mit Gert Meyer eine Arbeitsgruppe über die sowjetische Geschichtsdebatte und den bundesdeutschen Historikerstreit machen soll. Gegen Gerts behutsamere, Kontinuitäten betonende Darstellung zeichne ich den Bruch mit dem alten Regime möglichst trennscharf, um davon des Projekt der Perestrojka abzuheben. Gert sieht mehr Schwierigkeiten und Zweideutiges. Einige der Teilnehmer sprechen davon, dass sie über Jahre hinweg immer wieder auf Delegationsreisen in der SU waren und sich nur zu gern im Ganzen täuschen ließen, obwohl sie viele einzelne Warnsignale wahrgenommen hatten. Man muss die Dialektik von Stalinismus und Nazismus denken, ohne in Gleichsetzung zu verfallen.

*

Veränderungen hinterrücks, Mutationen, die uns desto blinder ereilen, je bewusst-trotziger wir am Alten Wahren festhalten.

Wir halten am Marxismus fest und werden zu — ?

Wozu wurden die chinesischen Kommunisten?

Siehe jene Analyse aus der SU von 1988 („Der soziale Fortschritt in der Welt von heute", in: Sowjetwissenschaft, H.6), wo dargelegt wird, dass „die traditionelle, in der Produktion tätige Arbeiterklasse — zumindest in den Ländern der nichtsozialistischen Welt (??)-- sich überraschenderweise nicht mehr in der Avantgarde des Kampfes ...findet". Eine Arbeiterpartei, sich als Fortschrittspartei umartikulierend, auf der Suche nach einer neuen Klassenbasis? Das Fortschrittssubjekt als „'Bündnis der Antikrisenkräfte',.

24. September 1989 (2)

Beim Nachholen von Zeitungslektüre stoße ich auf eine Polemik in der TAZ, die sich an der Einschätzung der Perestrojka entzündet hat. Ausgangspunkt ist ein Artikel von Detlev Pracht (TAZ, 20.9.), dem Koordinator des „Linken Forums" innerhalb der Grünen. Er bemüht sich um eine dialektische Rezeption der Perestrojka, die linksradikale Vorbehalte zurechtrückt. Sein Ausgangspunkt ist, dass die unmittelbare Verpflanzung der Perestrojka-Ideen in unseren kapitalistischen Westen diese Ideen und die hiesige Linke zugleich ruinieren würde. Würde die Linke unter Bedingungen der Klassenherrschaft, in der sie die Unterworfenen vertritt, in ihren Stellungnahmen das Verbindende über das Trennende stellen, dann hieße das: „Hier macht sich ein neuer Sozialdemokratismus auf den Weg." Zur Dialektik des Vorgangs gehört, dass gerade bisherige Dogmatiker diesen Weg gehen, „denen endlich die 'Krise des (besser: ihres) Marxismus' erlaubt wurde, und die ständig die Rede von den 'vielen neuen Fragen' im Mund führen". Die neuen Linksradikalen spüren das ohne Klarheit, ohne die Vermittlungen mitzudenken, und sind daher gegen die Perestrojka. Die fehlende Übersetzung versucht Pracht zu leisten, um den Konflikt bearbeitbar zu machen. Kognitiv gesehen, operiere Gorbatschow „nicht selten mit falschen, weil unkonkreten Kategorien", und zwar mit „falschen Allgemeinheiten". Es sei aber wesentlich für das Neue Denken, „dass es, weit davon entfernt, Nachfolger eines k*anonisierten* Marxismus-Leninismus zu sein, zur Ausdifferenzierung der Themen und Theorien führt, statt zu deren Vereinheitlichung". (Die Linksradikalen täuschen sich sozusagen in der Adresse, indem sie kanonisiertes Denken erwarten.)

„Sozialismusaufbau durch Massenbewegung" — „in der Wieder-Kombinierung dieser beiden Elemente" sieht Pracht „das Grundmuster der sowjetischen Erneuerung".

Erhard Stölting, mein FU-Kollege von der Soziologie, wendet sich in der TAZ vom 22.9. gegen Pracht. Von „Sozialismusaufbau durch Massenbewegung", d.h. einer „Wieder-Kombinierung dieser beiden Elemente" könne keine Rede sein.

Auch sei die von Stalin in die Praxis umgesetzte Idee „keineswegs unmarxistisch“ gewesen. Das ist nicht einfach als Denunziation allen Marxismus zu verstehen, sondern dahinter steckt die radikale Absage an die Hoffnung, eine demokratisch-sozialistische Planungsalternative wäre irgendwann möglich. Unter Verhältnissen demokratischer Mitbestimmung würden die Mitbestimmenden zu allen Zeiten in Wirklichkeit immer nur interessierte Tricks anwenden, um Ressourcen zu horten und „mittels weicher Normen hohe Prämien zu kassieren“. Also gibt es kein Heil außerhalb des Marktes. Nun hat ja auch Pracht für Markt gesprochen, aber zu „sozialistisch“. Exportieren, sagt Stölting, heißt konkurrenzfähig sein: „Das heißt, man muss sich den Mechanismen des Weltmarkts unterwerfen.“ Ich fürchte, er meint das mit der Unterwerfung wörtlich und in vollem Umfang.

Insofern spricht er auch gegen sozialistischen Pluralismus; das Antisozialistische ist das einzige Kriterium, das für ihn entscheidet.

Mit kritischem Marxismus sei nicht mehr zu rechnen, die Reformen kämen „in dieser Hinsicht um mindestens 20 Jahre zu spät“.

Stölting wirft Pracht vor, seine Wünsche in die sowjetische Wirklichkeit zu projizieren. Wer wäre frei davon, seine Wünsche in die Wirklichkeit zu projizieren? Es gibt freilich Gradunterschiede, und vor allem sind es unterschiedliche Wünsche. Stöltings Wunsch, zugunsten dessen er alles, was er gleichfalls wissen könnte, ausblendet, ist die Marktfunktion. Man merkt, dass er sich mit Projektionen herumschlägt, an der Aggressivität. Als Prachts Vorbild stellt er Stalin hin. Schimpft die Linke als Weltmeisterin im Verdrängen. Das Böse bleibt bös. Er rennt Türen, die lange und weit offen stehen, mit großem Geschrei ein. Will Ethik, hat damit recht, führt aber eine moralische tabula rasa in die Geschichte ein, deren Funktion nur sein kann, dem Kapitalismus die Weltherrschaft zu überlassen.

Man bräuchte heute statt solchen Eiferns für die Absage an die Hoffnung ein kritisches Denken, wie Max Horkheimer es einst in „Montaigne und die Funktion der Skepsis“ entfaltet hat.

25. September 1989, Frankfurt

Aufspaltung des Marxismus in einen exoterischen und einen esoterischen. Der e*soterische* hält die Kategorien in radikal-utopischer Perspektive. Hier zielt das Denken auf Herrschaftsfreiheit, d.h. auf klassenlose Selbstvergesellschaftung bei Staatsabbau und Ende aller Herrschaftsideologien, ja der Ideologie schlechthin und damit auch der formellen Philosophie. Der e*xoterische* hält den Kontakt zur jetzigen Realität und zum gegebenen Bewusstseinsstand. Er geht nicht über das hinaus, was Rosa Luxemburg „revolutionäre Realpolitik" nannte. Er kennt marxistische Philosophie und ethische Grundwerte des Sozialismus.

Nicht zu vergessen die „Marxismen der Sache selbst"; dazu die „Marxisten der Sache nach", die nie etwas von Marx gelesen haben müssen...

*

Michael Stürmer im FAZ-Leitartikel: „Das Ringen um Deutschland, um Osteuropa, um das Gleichgewicht der Welt beginnt aufs neue. Der Einsatz ist groß, groß ist aber auch der Gewinn." Stürmer hofft auf „eine Österreich-Lösung für die DDR". „Aber wenn die Sowjetunion den Schlüssel zur deutschen Frage hält, wird Amerika gebraucht, damit er nicht in die falsche Richtung gedreht wird." Es ist wirklich so, wie ich es im Antifaschismus-Buch 1987 angenommen habe: „Die Welt scheint neu verteilt zu werden." Der „Historikerstreit" war die Vorbereitung. Was damals noch latent war, das Ende der Nachkriegsordnung, nimmt jetzt Gestalt an — erwartet und doch überraschend.

Stürmer scheint das entnennende Benennen verinnerlicht zu haben: es ist „Modernisierungsdruck, der Gorbatschow legitimiert und trägt".

„Dialektik" in der FAZ: Gorbatschow will dringend Abrüstung, um Manövriermasse für die Füllung der Ladenregale zu bekommen. Zugleich muss er Rücksicht aufs Militär und den Apparat nehmen, die ihm Gefährdung der Sicherheitsinteressen der Sowjetunion vorwerfen könnten. Feldmeyer: „so schlägt

die Dialektik gegen diejenigen zurück, deren Staatstheorie sie zugrunde liegt". Abgesehen von der Schlichtheit des Arguments und der merkwürdigen Disproportion, hieran ein derart gewichtiges Philosophem zu hängen (die Dialektik schlägt zurück gegen ihre Anhänger), ist da etwas daran, wenn auch anders, als Feldmaier meint: Unter dem Namen Dialektik wurde ein festgenommenes Denken geführt, ein un- oder antidialektisches Gerede von Dialektik. Man kann sagen, dass diese sich verewigende Ordnung hinterrücks von der Dialektik eingeholt worden ist. Nicht aber jetzt, da Gorbatschow versucht, die Politik den bewegten Widersprüchen anzumessen.

26. September 1989

Von Landolf Scherzer gibt es eine Art Reportage über den 1.Kreissekretär der SED von Bad Salzungen, Hans-Dieter Fritschler („Der Erste", Rudolstadt, 1988). Beobachtung seines tätigen Daseins, damit zugleich seines Bezirks. Nun das Gewöhnliche als Arrangement, als Sisyphus-Muster besichtigbar. Der Staat, der so etwas eigentlich hätte wünschen müssen und es schließlich ja auch genehmigt hat, führte zugleich seine Kontraproduktivität vor: Sechs volle Jahre soll es gedauert haben, bis „von ganz oben" für diese „Wirklichkeitsbeziehung" eines Schriftstellers grünes Licht gekommen sei. Solche Genehmigungsverfahren sind sozusagen historisch unerlaubt. Mir kommt die absurde Erfahrung in den Sinn, die ich mit dem „Dienstweg" gemacht habe, nachdem ich Projekte (Schwejk; Brecht als Philosoph) eingereicht hatte, bei denen ich auf Kooperation angewiesen gewesen wäre: Es kam n*ie eine Antwort.* Auf Nachfrage wurde gelogen. Da gab ich es endgültig auf.

29. September 1989

Nun verkauft man also sogar schon „LSD-Trips mit Gorbatschow-Konterfei" (FAZ, 28.9.89). Anstelle von Batman. Bzw. Batman mit Gorbatschow-Kopf.

Der XXVIII.Parteikongress auf Oktober 1990 vorverlegt. Ein neues ZK steht ins Haus.

Die Pravda hat sich bei Boris Jelzin wegen des Nachdrucks eines polemischen Artikels aus der R*epubblica* entschuldigt.

30. September 1989

Brief von Erich Wulff aus einer Hannoveraner Klinik. Der Konflikt der baltischen Republiken mit Gorbatschow hat ihm buchstäblich das Herz zerrissen.

„18.9. — Vor 3 Tagen haben sie mich aus Tartu (Dorpat nannten die Deutschen das Städtchen früher) hierher zurückgeflogen mit einem Herzinfarkt, der mich mitten in der ersten Vorlesung, die ich dort hielt, erwischt hatte. Widerspruchsgewohnt, wie ich bin, war es doch wohl zu viel für mich gewesen — die Aufbruchstimmung (aber wohin?); das Gefühl, nun sei alles möglich, man brauche es nur selber zu machen, z.B. eine eigne estnische Psychiater-Vereinigung zu gründen, der auch ich beitreten soll; vor den Esten katzbuckelnde russische Portiers und Gepäckbewacher in den großen Ausländerhotels — früher übten sie Polizeihilfsfunktionen aus und wiesen die Esten aus den Hotelfluren, jetzt versuchen sie estnisch zu brabbeln; Eindrucksfetzen einer nationalen Befreiung (... Erhebung?), die sich dort vollzogen hat — aber zugleich auch die Richtungslosigkeit; Sekten, die ihre Traktate verbreiten; Parteizeitschriften — der EKP wohlgemerkt, denn inzwischen gibt es eine Fülle verschiedenster Parteien --, in denen ein Autor die Frage stellt, ob die Brände in der Nikolaikirche (vor 10 Jahren, inzwischen kostspielig restauriert), im Freiluft-Landmuseum Roca al Mare, in einigen anderen Baudenkmälern nicht samt und sonders das Werk von Russen waren, angezettelt, um das estnische Volk seiner Kulturdenkmäler, seiner Nationalheiligtümer und so seiner nationalen Identität zu berauben — ein naiv klingender Diskurs, vorerst in Form von an die Polizei gestellten Fragen, aber wir kennen ihn leider nur zu genau. Kurz, für mich, der gehofft hatte, seine eigene Vergangenheit dort in einem umgebauten, transparenten, zu neuem Leben erwachten estnischen Sozialismus innerhalb der SU wiederzufinden, war das eine kaum auszuhaltende innere Spannung vor allem, weil die Bewegung, die dort in Gang gekommen ist, so sanft, so zivilisiert, so maßvoll in ihren Ausdrucksformen

geblieben ist, weil Du vielem nur zustimmen kannst und die meisten Leute Zweifel und Kritik daran gar nicht verstehen. Gleichwohl baut sich auf so sanfte, zivilisierte Weise ein immer größeres Aggressionspotential gegen die russischen „Brandstifter" auf, verstärkt noch durch den inflationären Gebrauch des Genozid-Vorwurfs — 50 bis 60.000 Menschen (bei einer Gesamtbevölkerung von 1 Million) waren nach Sibirien deportiert, um die 20.000 sind nicht zurückgekehrt, und da es sich vorwiegend um Angehörige der Intelligenz bzw. des „gebildeten" Mittelstands gehandelt hat, hat fast jede der „alten", dem Bürgertum entstammenden Intelligenzlerfamilien Opfer zu beklagen. Aber Du kannst hier niemandem klarmachen, dass das estnische Volk einen viel geringeren Blutzoll im Zweiten Weltkrieg zu bezahlen hatte als die Russen selbst, auch an den Stalinismus einen viel geringeren. So wirst Du leicht zum Störenfried, wenn Du den Genozid-Vorwurf nicht gelten lassen willst — auch wenn Du anerkennst, dass noch genug übrigbleibt an Vergewaltigung, gewaltsamer Annektion, menschenverachtender Besserwisserei, Einzelerschießungen, Massendeportationen.

27.9. — Trotzdem waren es zwei wunderschöne Tage, bevor es mich erwischt hat, die völlig wiederhergestellte Bewegungsfreiheit, der Respekt vor dem Citoyen, der nicht nur wieder sagen darf, was er meint, sondern dem das geradezu aberwartet wird, als erste Bürgerpflicht gewissermaßen, und natürlich auch, dass er dafür eintritt. Die Subjekte haben sich, vielleicht nur für eine kurze historische Stunde, ihrer eigenen Subjektivität bemächtigt, sie sind erst dabei, einen neuen Diskurs zu produzieren, von dem niemand sehr genau weiß, wie er sich gliedern und ordnen wird — vieles wird auch versuchsweise gesagt und gedacht, von der alten Unterwerfung ist kaum mehr etwas übrig, die neue noch nicht konstruiert. Bedrohliche, aber auch befreite Elemente lassen sich erkennen, nebeneinander, manchmal gehen sie unmerklich ineinander über."

#tb#1. Oktober 1989

Fürs „Argument" geschrieben:

Musik gegen die Dummheit — Erinnerungen an Johannes Hodek

Im Juli 1989 hat Johannes Hodek sich das Leben genommen. Warum bloß? Seine Freunde lässt er zurück voller Entsetzen und mit dem Gefühl von Versäumnissen, die nicht wieder gutzumachen sind.

Anscheinend zerstörte ihn jahrelange Schlafunfähigkeit. Wir haben darüber gesprochen, auch über die ultima ratio, den Notausgang in den Tod. Dass er diesen letzten Schritt tat, traf mich dennoch wie ein Blitz aus heiterem Himmel. In den Tagen davor hatte ich den Impuls verspürt, ihm eine Karte zu schreiben: Weißt Du, dass Karl Marx zehn Jahre lang unter Schlaflosigkeit gelitten hat?

Wir waren gute Freunde, wenn auch aus vorsichtiger Entfernung. Vielleicht überdauerte diese Freundschaft, die sich unterwegs und bei der Arbeit formte, gerade deshalb die Wendungen und Brüche der letzten 22 Jahre, wo so viele zeitweilige Weggefährten sich voneinander abgewandt haben. Die folgenden Erinnerungen sind entsprechend partiell: Erinnerungen an eine Zusammenarbeit, an Stationen einer Entwicklung, die uns immer wieder zusammenführten.

Hervorgetreten ist Hodek im historischen Moment der Studentenbewegung, als ASTA-Vorsitzender der Hochschule für Musik. Bei der Abschiedsfeier für Boris Blacher als Direktor der HfM charakterisierte er 1970 jenen historischen Moment rückblickend (unter wachsender Unruhe der anwesenden Vertreter des „Establishments“):

„Der 2. Juni 1967 war auch für Musikstudenten ein wesentliches Ereignis, das Konsequenzen erfordert hat. Der Mord an Benno Ohnesorg, quasi vor den Toren der Deutschen Oper, ausgerechnet bei den versöhnenden Klängen von Mozarts Zauberflöte, verwies uns zuerst auf allgemein gesellschaftliche Zusammenhänge.“

Nach einem Blick auf die Geschichte der Musik im Dienste der ideologischen Mächte Staat und Kirche forderte er die Aufnahme von Musiksoziologie ins Lehrangebot. So viel Aufwand für eine im nachhinein so bescheidne Forderung.

Aber man muss sich vor Augen führen, dass unterhalb des spektakulärsten Nazismus und diesen tragend die herrschende Ideologie im wesentlichen dessen Ende überdauert hatte.

Als studentische Selbstorganisation gab es bereits, von Hodek mitbetrieben, Seminare über Musik und Gesellschaft. Ein Adorno-Arbeitskreis und ein K*apital*-Kurs waren besonders folgenreich. Diese Bestrebungen brachten uns zusammen. Als 1969 die Hochschule für Musik ihren hundertsten Geburtstag feierte, organisierte der ASTA eine einwöchige „Gegenveranstaltung", weil, wie es im Programmheft hieß, „die Hochschulleitung sich weigerte, kritische Reflexionen anzustellen über die heutige Situation des Kulturbetriebs und dessen gesellschaftlichen Stellenwert". Das offizielle Festprogramm stelle „mit der Opernaufführung des F*igaro,* dem Kammermusikabend etc. einerseits das dar, was in der Hochschule produziert wird — nämlich Artisten, die möglichst schnell und hoch singen oder spielen, also: musikalische Facharbeiter, die von ihrem Werkgegenstand ebensowenig verstehen wie ein VW-Arbeiter von der Konzeption des Produktionsplans". Andrerseits werde dadurch „die Konzeptionslosigkeit der Lehrenden, das fehlende theoretische Musikverständnis, der fehlende Sinn für gesellschaftspolitische Zusammenhänge vertuscht". Der Zweck der einwöchigen Gegenhochschule sollte sein, „das zu tun, was den Lehrern der Hochschule angedichtet wird, was sie aber nicht leisten". So wurden u.a. Boehmer, Metzger und Prieberg ans Werk gesetzt. Brinkmann sprach über Eislers Projekt einer „Musik, die dem Sozialismus nützt". Hodek hielt einen Vortrag „Bemerkungen zum Beat", um aus dem Gegensatz von „ernster" und „unterhaltender" Musik herauszukommen und „alternative Ansätze" zu diskutieren. Mir selber war der Eröffnungsvortrag zugedacht, just am 2. Jahrestag der Ermordung von Benno Ohnesorg, unter dem Titel „Stellung und Indienstnahme des Ästhetischen im Verwertungsprozess des Kapitals". (Daraus ging zwei Jahre später ein Abschnitt der K*ritik der Warenästhetik* hervor.)

Der Studentensprecher und -organisator Hodek hat jenen historischen Moment,

von dem alle wachen Zeitgenossen mehr oder minder geprägt worden sind, auf seine Weise auch mitgestaltet, und wesentliche Elemente waren hier beisammen, die bis zu seinem Tod bestimmend bleiben sollten. Denn Hodek ging nicht nur p*olitisch* nach links, sondern m*usikalisch und musiktheoretisch,* nicht ohne einen zeitweiligen Ausschlag ins antiästhetische Extrem, woraus er aber bald wieder in eine dialektische Haltung zurückfand. Zunächst ging der Trend in die „Politik". War es doch eine Zeit rasender Politisierung, bei der oftmals gerade das Zurückhängende an die Front geschleudert wurde, was unvermeidlich zu Übertreibungen und Gegenfehlern führte. Was da nicht alles ins kurze gedrängt anzueignen war oder gewesen wäre! Ein ganzes Milieu junger Intellektueller lernte die historische Bedeutung der Arbeiterbewegung, vertreten durch die Gewerkschaften und „die Partei der Arbeiterklasse". Aber das war nicht aus der konkreten Analyse der konkreten Situation gewonnen, eher aus dem Nein zu dem halben Dutzend „Kommunistischer Parteien", die von Studenten gegründet wurden und eine Phänomenologie linken Sektierertums entfalteten. So wandten wir uns in abstrakter Vernünftigkeit und mit desto größeren Illusionen dem zu, was uns demgegenüber als reale Arbeiterbewegung erschien. Im September 1970 veranstaltete das A*rgument* ein „Schulungsseminar" über Lenin, an dessen Organisation Hodek leitend mitwirkte und zu dem auch Theoretiker der DKP und der SED eingeladen wurden. Eine aktualpolitische und eine literarisch-theoretische Komponente klafften auf eine Weise auseinander, die wir mehr fühlten als erkannten. Die Referate der Parteivertreter waren dürftig. Doch da ereignete sich etwas Bestürzendes: Unsere Gruppe von über 40 kritischen, aufbegehrenden jungen Intellektuellen verwandelte sich in ein Akklamationsgremium. Es war nicht zu fassen. Die Diskussion, die keine war, hielt sich auf dem Niveau einer RIAS-Schülerstunde. Aber andrerseits, wenn dann jene Berühmtheiten gegangen waren, lasen wir miteinander Lenin, vertieften uns in die atemberaubenden historischen Erfahrungen, die in seinem Werk in immer neuen Anstrengungen und Wendungen durchdacht waren. Das war etwas ganz anderes. Dumpf übertrugen wir die Autorität Lenins auf diejenigen, die sich uns als Leninisten vorgestellt hatten. Wir

wussten nicht, wie wir zwischen Lenin und dem auf ihn sich berufenden staatgewordenen „Leninismus“ unterscheiden sollten, ohne sektiererisch zu werden. Aber doch ging da zunächst unmerklich ein Spalt durch diese Intellektuellengruppe. Einige traten „der Partei“ bei, andere, zu denen Frigga und ich gehörten, hielten sich in „kritisch-solidarischem“ Abstand, wobei sie ihr „theoretisches“ Verhältnis zu Lenin desto intensiver gestalteten. Hodek ging in die erste Richtung. Es kam zu einer gewissen Entfremdung zwischen uns. Später würde er in heftiger Enttäuschung ins andere Extrem gehen. Aber wieder später würde er eine dialektische Haltung entwickeln und die widersprüchlichen Erfahrungen verarbeiten.

Seiner Dissertation von 1975, die der „Musikalisch-pädagogischen Bewegung zwischen Demokratie und Faschismus“ galt, gab er den Untertitel: *Zur Konkretisierung der Faschismus-Kritik Th.W. Adornos.* Welch ein Anspruch! Der Tendenz Adornos zur abstrakt-totalen Negation setzte er auf dem Feld der Musikpädagogik nach zwei Seiten Konkretisierungsanstrengungen entgegen: nach der Seite der kritisierten Musikbewegung, der er mit einer Kritik begegnete, der es zugleich um Rettung der berechtigten Momente ging, und nach der Seite gesellschaftsverändernder Praxis. Hanns Eisler stand in gewisser Weise für beides.

Eislers Musik war wie ausgelöscht gewesen. Das gehörte zum Postfaschismus, in dem viele der von den Nazis bewirkten Zerstörungen weiterwirkten (und von den Herrschenden bewusst aufrechterhalten wurden). „Selbst während des offiziellen Musikstudiums an der Musikhochschule“, erinnerte sich Hodek 1981, „habe ich kaum von ihm gehört, geschweige denn eine Note von ihm zu Gesicht bekommen“. Der Chemiker Werner Haberditzl, der mit Havemann zusammengearbeitet hatte, brachte die Noten aus der DDR mit zu einer Sylvesterfeier, die, vermutlich 1967/68, in unserm Haus in der Altensteinstraße, wo damals noch das A*rgument* untergebracht war, stattfand. Haberditzl spielte Eislers Lieder auf dem Klavier. Johannes probierte die Singstimme. Die Lieder elektrisierten ihn und ein ganzes Milieu. Von nun an würde Hans Hodek Eisler

singen.

Seine ersten öffentlichen Auftritte als Sänger hatte er beim Eislerchor. Bei dessen Gründungskonzert am 6. Juli 1973, dem 75. Geburtstag Hanns Eislers, trug Hodek, als er Eislers Massenkampflieder sang, eine Perücke, denn damals begann gerade die Zeit der „Berufsverbote". Als Konzertagentur fungierte übrigens der Argument-Verlag, der dann auch eine kleine Platte mit einem Stück des Live-Mitschnitts herausbrachte. Die Platte erschien zusammen mit dem Eisler-Sonderband (AS 5, 1975), dessen Redaktion sich aus je vier Vertretern des Eislerchors und der Argument-Redaktion zusammensetzte.

Im Vorgriff auf die Dissertation veröffentlichte Hodek im A*rgument* (Heft 77/1972, 1006-1028) einen vorzüglichen Aufsatz „Zur Funktionsbestimmtheit der Musik" mit dem Untertitel „Musikpädagogik als Ideologie und Herrschaftstechnik". Er endet mit Adornos vernichtender Diagnose des Zustands der Musikpädagogik und lässt die Frage nach einer sinnvollen Erneuerung offen. Genau diese Frage beantwortete Hodek wenig später durch die Tat. Nach der Promotion ging er als Lehrer an eine Bremer Gesamtschule. Seine vibrierenden Berichte habe ich noch im Ohr. Er schilderte die Schule als pädagogische Katastrophe, nicht zuletzt als Katastrophe für die Pädagogen, die im Zusammenstoß mit einer bei den Schülern verbreiteten Mischung aus Konsumismus und Verweigerung zu scheitern drohten. Hodek erfuhr die Macht der Musik, ein anderer Orpheus, als Zähmung der wildesten pubertierenden Flegel. Die Lehrer, die nach ihm die Klasse hatten, profitierten davon.

1978 wurde Hodek als Professor für Musikpädagogik an die Berliner Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik berufen. Aber seine eigentliche Begabung zeigte sich in einer „Musikpädagogik" ganz neuer Art. Er trat mit einem Programm an die Öffentlichkeit, in dem er sang und erklärte, erzählte und spielte. Man kann sagen, dass er ein Paradigma revolutionärer Kulturarbeit ausbildete, das zur Sprache und zum ästhetischen Ausdruck der Linken beitrug, seinem Publikum Hörfähigkeiten anerzog und Erfahrungen weitergab, dies alles

mit großem Witz, Feuer und liebenswürdiger Heiterkeit.

1979 tritt er dem Gründungskuratorium der Volksuni bei. Auf der ersten Volksuni, 1980, bringt er sein Eisler-Programm: „Musik gegen die Dummheit", von dem D*as Argument,* zum zweiten Mal als Plattenverlag agierend, eine LP mit einem Programmheft herausbrachte. Freundlichkeit und Witz Eislers vermittelte und übersetzte er unnachahmlich. Er führte Eislers Umgang mit musikalischem Material vor, unvergeßlich die Paraphrasen des Sehnsuchtsmotivs aus dem Tristan im „Lied eines Freudenmädchens". Der Bildband der ersten Volksuni zeigt Hodek auf dem Eröffnungspodium im Audimax der FU (9), als begeisterten Zuschauer im Frauentheater (140) und bei seinem Auftritt (151). Zehn Jahre begleitet er die Volksuni als Planer, Kritiker, Diskussionsleiter. Deutlicher als andere nimmt er wahr, wie gegenkulturelle Formen und Gehalte der 70er Jahre veralten, und drängt auf Erneuerung.

Im Rahmen des Projekts Ideologie-Theorie (PIT) sollte er ein Musik-Kapitel zur Studie über F*aschismus und Ideologie* (vgl. AS 60, 12) beisteuern. Daraus wurde nichts; theoretisches Schreiben faszinierte ihn ebenso, wie es ihn abstieß. Aber er hielt einen Vortrag vor der Forschungsgruppe, natürlich am Flügel, mit musikalischen Materialanalysen. Einiges davon ist eingeflossen in einen Aufsatz über „Sangeslust und Gewalt in Naziliedern" von 1984. Hier reflektiert er seinen eignen, in der Linie Hanns Eislers verfolgten „musikalischen Antifaschismus, der sich in gewisser Weise als hilflos herausstellen musste", solange „der Tummelplatz der Leidenschaften, der Faszination und Begierde, Lust und Spaß, Angst und Depression, der ganze Rausch subjektiver Emotionen in der Musik, ohne den auch die politische Macht und Gewalt des Faschismus nicht denkbar gewesen wäre", tabuisiert bleibt (22). So spürte er nun der „verborgenen Dialektik von 'Erfüllung' und 'Erfassung' nach", am Beispiel der Nazilieder, die der 1940 Geborene als Junge gesungen hat — denn der Kernbestand der Lieder „in den fünfziger Jahren in der Schule und 'auf Fahrt', in Gruppen des katholischen N*eu-Deutschland"* stammte von der „Hitler-Jugend" (ebd., 25).

Im Januar 1982 trug die A*rgument*-Redaktionsversammlung Hodek den Status eines „Ständigen Mitarbeiters“ an.

„Natürlich freue ich mich über Eure Wahl und weiß Euer Vertrauen zu schätzen, das Ihr meiner Mitarbeit entgegenbringt. Immerhin habe ich mir seit fast 15 Jahren manche Anregung aus dem A*rgument* geholt und sicherlich auch manche Idee eingebracht, zuletzt wohl mit dem Eisler-Workshop und allem, was dranhängt, mit der Platte usw.

Aber damit bin ich auch schon mitten drin: Ich meine nicht, dass mein Name im Impressum der Zeitschrift abgedruckt werden sollte, denn dadurch, dass ich mit Euch zusammen einen konzertanten Abend aufgezogen und eine Platte davon produziert habe, bin ich noch nicht ein Produzent der Theorie in einem Organ, das sich mit Recht in erster Linie als theoretische Zeitschrift begreift. Gegenüber den zum Teil doch hochkarätigen Theoretikern aus dem Impressum des A*rgument* fühle ich mich eher als der ‘erschöpfte Bote’, um es mit der von Eisler gelernten Geste der Bescheidenheit zu sagen.“

Das war eine ambivalente Mischung aus Ironie und Ernst. „Erschöpfte Boten“ konnten wir uns alle nennen. Aber da schwang die Vorstellung mit, dass er ein besonderes Gut abzuliefern hatte. Hodek war im Begriff, einen Beitrag zur alternativen Kultur zu entwickeln, der weit über die Grenzen des A*rgument,* ja über die der Linken hinausreichte. Es war, als würde er den divergierenden Richtungen, mehr noch den vielen Enttäuschten und Vereinzelten, all denen, die zusammenkommen müssten, um eine gesellschaftsverändernde Handlungsfähigkeit entstehen zu lassen, als würde er all diesen ihre Utopie ästhetisch und gestisch vergegenwärtigen. Diese Tendenz verstärkten die aus der Bundesrepublik hinausführenden Tourneen. Zunächst kam er mit seinem Eislerprogramm in die DDR. Das muss im Mai 1982 gewesen sein, denn direkt vor seinem Auftritt erfuhr Hodek vom Tode von Peter Weiss.

1984 nutzte Hodek ein Forschungssemester für eine Eisler-Tournee in den USA.

Die dort gewonnenen Erfahrungen verarbeitete er in einem neuen Programm „Mit Hanns Eisler in der Tasche am Grab von Elvis Presley“. Hier war die schon im Vortrag von 1969 angefangene Problematik eingeholt. Mit diesem Programm, das er 1986 bei der Volksuni darbot, gelang ihm der Durchbruch. Mehrere Male gastierte er damit in der DDR. Seinen größten Erfolg hatte er mit einer musikalischen Montage aus den beiden Nationalhymnen. Seine Erzählungen aus der DDR bekundeten bekümmerte Zuneigung, eine Mischung von Liebe und Schrecken.

Auch wenn er nicht im Impressum des A*rgument* stehen mochte --für uns war er „Ständiger Mitarbeiter“. Unsere letzte „theoretische“ Diskussion galt dem Stichwort „Dummheit in der Musik“ fürs N*eue Wörterbuch des Marxismus.* Sein letzter öffentlicher Auftritt, das war die Feier zum dreißigsten Geburtstag des A*rgument,* am 11. Juni 1989 in der Theatermanufaktur am Halleschen Ufer. Hodek redete, spielte und sang, indem er durchs Programm führte. Das war ganz charakteristisch, denn er verkörperte, nicht ohne Spannungen, den Zusammenhalt auseinanderdriftender Elemente, zwischen Musik und Theorie, zwischen der Brecht-Eisler-Linie und neuen Formen der Subjektivität — auch zwischen auseinanderstrebenden Tendenzen beim A*rgument.* Angesichts der historischen Zeitstrecke von dreißig Jahren der Zeitschrift widmete er den Herausgebern das Lied von die „haltbaren Graugans“. Die letzte Strophe, wo es heißt: „ostwärts ist sie gesehen worden“, bezog er auf unser (gemeinsames) Interesse an Gorbatschow und der sowjetischen „Perestrojka“.

Man merkte ihm nichts an. Seine Stimme tönte so wunderbar wie eh und je. Er gewann das Publikum, wie dieses sich selbst in ihm. Aber was weiß man schon voneinander. An seiner Hochschule fühlte er sich nicht integriert, dabei integrierte er, wie Kollegen erzählen, gelegentlich die Hochschule. Wem wäre es sonst gelungen, mehr als die Hälfte seiner Kollegen nach Ost-Berlin zu bewegen, um bei seinem Auftritt dabei zu sein? Hat diese Diskrepanz zwischen dem, was er für andere repräsentierte, und seiner Selbstwahrnehmung zu seiner tödlichen Krise

beigetragen? Dass er dünnhäutig und ungeschützt war, war wohl nur die andere Seite dessen, was ihn auf Menschen so offen zugehen und ihn den Kontakt zu seinem Publikum finden ließ, wobei er blitzschnell merkte, wenn etwas nicht ankam. So ausgestattet permanent gegen den Strom zu gehen, das zermürbt. Zu spüren, wo Theorien und Utopien die Menschen kaum mehr erreichen und ins Leere laufen, zugleich ihren Anspruch nicht aufgeben zu können, trug das zu jener Hölle bei, als die er die Folgen seiner Schlafstörung beschrieb? War er, der für die andern das glückende Gemeinwesen ästhetisch vergegenwärtigte, von allen guten Geistern verlassen, wenn er mit sich allein war?

Ich erinnere mich an einen Impuls, der ihn nach einem Bild greifen ließ, das einen utopischen Reiz auf ihn ausübte. Und zwar hing über unserm Klavier in der Altensteinstraße ein kleiner Stich aus dem 18. Jahrhundert, einen schwebenden Hermes darstellend, der über die Schulter zum Betrachter zurücklächelte. Das war ein Bild des „nie erschöpften Boten". Johannes wollte ihn sofort haben, was ganz ungewöhnlich war, aber ich hing daran. Jahre später, als die Schlafstörung ihren Schrecken entfaltet hatte, schenkte ich ihm den Hermes, der als Gott auch für den Schlaf zuständig war. Ach hätte der kleine Hermes doch geholfen!

Als ich die Trauergemeinde sah, trauerte ich um diese Gemeinde. Nach Hodeks Tod wird keiner sie mehr so zusammenbringen. Ich dachte an Peter Weiss und wie auch dieser Menschen zusammengebracht hatte. Aber es wird neue „Gemeinden" dieser Art geben. Die Sache, für die Hodek gelebt hat, lebt in anderen weiter, auch wenn sein Tod eine Lücke gerissen hat, die niemand schließen wird.

3. Oktober 1989

Detlev Hensche: „Die zentralistische Weichenstellung hat sich als verhängnisvoll erwiesen." Gesucht wird ein „lernfähiges" politisches und wirtschaftliches System. „Insofern kann man die Blindheit der DDR-Führung nur fassungslos zur Kenntnis nehmen." Die FAZ (30.9.) berichtet darüber unter der Schlagzeile: „'Der Kapitalismus ist lebendiger denn je' — Gewerkschaft IG Medien verweist auf

Unterlegenheit des Sozialismus“. Das schmeckt ihnen zum Frühstück.

Rockgruppen (City, Silly, Pankow, Karat), Liedermacher und andere aus der künstlerischen Intelligenz der DDR haben eine Resolution für Demokratisierung unterzeichnet. Sie erklären sich „besorgt ... über den massenhaften Exodus vieler Altersgenossen, über die Sinnkrise dieser gesellschaftlichen Alternative und über die unerträgliche Ignoranz der Staats- und Parteiführung, die vorhandene Widersprüche bagatellisiert und an einem starren Kurs festhält“ und dadurch den Sozialismus gefährdet. „Es geht nicht um ‘Reformen, die den Sozialismus abschaffen’, sondern um Reformen, die ihn weiterhin in diesem Land möglich machen.“ Sie begrüßen, dass sich basisdemokratische Bürgerinitiativen bilden, „um die Lösung der anstehenden Probleme in die eigene Hand zu nehmen; dieses Land braucht die millionenfache Aktivierung von Individualität; die alten Strukturen sind offenbar kaum in der Lage dazu.“ Das „Neue Forum“ ein Ansatz. „Es ist nun wichtig, dass der politische Wille großer Teile der interessierten Bevölkerung eine positive Entsprechung ‘von oben’ findet. ...Wir fordern jetzt und hier sofort den öffentlichen Dialog mit allen gesellschaftlichen Kräften. Wir fordern eine Öffnung der Medien für diese Probleme. Wir fordern Änderung der unaushaltbaren Zustände. ...Feiges Abwarten liefert gesamtdeutschen Denkern Argumente und Voraussetzungen.“ Denn: „Das Anwachsen rechtsextremer und konservativ-nationaler Elemente auch bei uns, das Beliefern gesamtdeutscher Anschauung ist ein Ergebnis fehlenden Reagierens auf angestaute Widersprüche und historisch unverdaute Tatsachen.“

In der DDR wurde die Resolution bislang nicht veröffentlicht. Immerhin brachte die FDJ-Zeitung „Junge Welt“ gestern ein Interview mit einem der Unterzeichner (Toni Krahl von City).

Die F*rankfurter Allgemeine* hat im Leitartikel vom Samstag dargelegt, dass sie sich zu sozialistischen Neuerern in der DDR positiv abwartend verhält — wie die Katze gegenüber der Maus. „Im anderen Teil Deutschlands ... wartet eine neue Generation auf ihre Chance. Mit ihr sollten wir uns verbünden, auch wenn sie

heute noch (notwendigerweise) den 'Sozialismus' auf ihre Fahnen geschrieben hat. Gemeint sind allemal Freiheit, Demokratie und Menschenwürde. Und wenn dies zur Richtschnur von Politik und gesellschaftlicher Entwicklung wird, dann findet sich in überschaubarer Zeit alles andere von selbst." (Fritz Ullrich Fack, 1.10.)

Demokratie gilt ihnen automatisch gleich Kapitalismus. Unter den gegebenen Umständen mögen sie recht haben. Längerfristig bleibt das nicht so. Aber der angestaute Überdruss mit dem u*ndemokratischen Sozialismus* würde jetzt reichen, die DDR wegzuschwemmen.

5. Oktober 1989

Lafontaine: „Jede vitale Gesellschaft hat Gewinner und Verlierer. Es ist eine der vornehmsten Aufgaben der Sozialdemokratie, dafür Sorge zu tragen, dass die Verlierer von heute die Gewinner von morgen sein können und umgekehrt." Ein demokratischer Sozialismus könne nur vom Individuum, nicht vom Kollektiv her entwickelt werden. Die Wirtschaft sei so zu organisieren, „dass schlechte Regierungen und Politbüros verkraftbar sind". Steuerung durch Steuern („Preise für soziale Güter"). Er rechnet fürs Jahr 2.000 mit „einer reichen Vielfalt von Arbeitsformen und Arbeitszeiten".

In der Sowjetunion geht das Spezialpapier für Rubelnoten zur Neige. Die Scheine, für die es zu wenig Waren gibt, werden zuhause gehortet. Die Geld-Zirkulation stockt. Nur ein Teil fließt zu den Banken zurück. Ein Viertel der Gesamtmenge muss pro Jahr neu ausgegeben werden.

6. Oktober 1989

Am Vorabend der 40-Jahrfeiern ein Professorenpodium im DDR-Fernsehen: Reinhold, Schmidt, Hahn, Schnitzler. Sie lassen keine Wahrnehmung der Krise herein. Reinhold bremst manchmal ein bißchen, wenn die andern allzu triumphalistisch. Hahn, täte er sich nicht „als Philosoph schwer mit dem Wunderbegriff", würde nicht zögern, die Errungenschaften der DDR ein Wunder

zu nennen.

Das illustriert, was Walter Süß in der TAZ über die auf die Honecker-Generation folgende Altersschicht von Funktionären, die der Sechzigjährigen, die Erich-Hahn-Generation, schreibt, aus der „die künftige Führungselite der SED früher oder später hervorgehen“ wird: „Sie sind geübt darin, etwas öffentlich als Vorbild darzustellen, auf das sie im stillen herabschauen, und etwas zu verteufeln, was sie im verborgenen beneiden.“

Wenn es einen Änderungszwang gibt, so dadurch, dass die Menschen ihre Angst verlieren, „nicht zuletzt durch Gorbatschow“.

8. Oktober 1989

Gestern in Hannover bei Erich Wulff im Krankenhaus, wo er auf die Herzoperation wartet. Seine Hauptbeschäftigung der letzten 14 Tage: Fotos sortieren, in Alben kleben, mit Erklärungen versehen. Er zeigte mir drei dicke Alben, jedes einem der drei Länder gewidmet, mit denen Erichs Leben besonders verbunden ist: Estland, seine Heimat, Vietnam, wo er seine politischen Lehrjahre verbracht hat und an dessen Entwicklung er noch immer Anteil nimmt, schließlich Algerien, wo Edith herstammt. Seine Kinder, sagt er, sollen die Stationen seines Leben verfolgen können. Aber zunächst lebt er selbst die Stationen nach. Bevor er in den dunklen Schacht steigt, aus dem er vielleicht nicht wiederkehrt, steigt er in den nächtlichen Schacht der Bilder, von dem Hegel spricht.

Mein Gorbatschow-Buch war seine Ferienlektüre gewesen. Wir verständigen uns darüber, wie wir durch die Krisen an unsere Grenze geführt werden, gehen prüfend unsere (mit Sanktionen belegten) Versuche durch, das Scheitern bisheriger Sozialismus-Vorstellungen wahrzunehmen.

Von Hodeks Tod hatte Erich noch nichts gewusst. Wir sprechen über die Schlaflosigkeit. Erich, dem ja die Krise des Sozialismus das Herz „zerrissen“ hat, vermutet entsprechendes bei Johannes.

9. Oktober 1989

In der DDR neben den 40-Jahrfeiern Unruhen, Straßenschlachten. Doch die Repression greift nicht.

FAZ: „Honecker hat in dem Gespräch mit Gorbatschow noch einmal eindeutig grundlegende Reformen in der DDR abgelehnt. 'Reformen in Richtung bürgerlicher Demokratie hin zum Kapitalismus' kämen nicht in Frage." — Aber was ist mit Reformen in Richtung mehr Sozialismus? Die Reaktionäre in Ost und West scheinen ein gemeinsames Interesse daran zu haben, die historische Vereinigung von Sozialismus und Demokratie, wofür Gorbatschow steht, undenkbar zu machen.

Die DDR kocht über, nach draußen als Massenexodus, innen entlang der Route der Transitzüge, in denen die Abwanderer durch die DDR in den Westen geschleust werden. Auch in der SED brodelt es. Irene Dölling am Telefon: Ihre Parteigruppe hat soeben eine Resolution verabschiedet, in der eine Generaldebatte in der Partei gefordert wurde. Thema: Wie gedenkt die Partei ihre führende Rolle in dieser Situation wahrzunehmen?

10. Oktober 1989

In Leipzig die größte Demonstration seit 1953. Das Westfernsehen sprach von 80.000. Die Bilder beeindruckend. Ein riesiger Chor skandierte: „Gorbi! Gorbi!" Die Polizei hielt sich zurück. Der Oberbürgermeister bot Gespräche an.

Hermann Kant in einem offenen Brief an die „Junge Welt" (die offenbar Züge einer Tribüne für demokratische Reformen annimmt): Den DDR-Flüchtlingen geht es um eine Freiheit, „von der sie da drüben glauben, sie hätten die Fülle davon, und von der wir hierzulande denken, sie bestünde in der Abwesenheit von Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Sozialelend und Bildungsnot". Darin bestehe sie sicher zu größeren Teilen, und in der Abwesenheit von Kriegsfurcht, Konzerndiktat, Ausbeuterei und Großgrundbesitz bestehe sie zuallererst. „Aber

zum einen hält der Mensch derlei Güter, verfügt er nur lange genug über sie, für selbstverständlich und will sich nicht immerfort für sie dankbar erweisen müssen, und zum anderen fressen bürokratische Gängelung, allwaltender Pädagogismus, verordnete Abstinenz gegenüber Gütern, die anderswo als Normbestandteile des 20. Jahrhunderts gelten, mangelnde Freizügigkeit von Ideen im eigenen Lande und der Trichterbegriff von Agitation an dieser bei uns doch so reichlich vorhandenen Substanz."

Das Beste an der DDR sei, dass es sie gibt; das Schlechteste, dass so wie derzeit.

*

Mark Siemons in der FAZ: „Vielleicht wird dieses Jahr einmal in die Geschichte eingehen als eines, in dem Flüchtlinge die Gewichte des Kontinents veränderten. Aber keine Flüchtlinge, wie wir sie kannten, solche, die Mitleid herausforderten. Die deutschen Flüchtlinge neuen Typs sind braungebrannt, vergnügt und selbstsicher. Sie scheinen sich ertrotzt zu haben, wonach viele Seßhafte sich vergeblich sehnen: eine Art Urlaub von der Geschichte, eine Befreiung von der Schwere der Zeit, die Chance, wieder ganz von vorne anzufangen. Sie ziehen das Glück geradezu an, selbst Arbeitsangebote bekommen sie jede Menge. So erregen sie schon mehr Misstrauen als Mitleid".

10. Oktober 1989 (2)

Diese Züge voller Flüchtlinge, viele junge Paare mit kleinen Kindern, die direkt aus dem Urlaub in die BRD drängen, alles zurücklassend, von einer unwiderstehlich gewordenen Abstoßung aus der DDR getrieben, lachend, weinend. Eine Stimmung wie in jenen seltenen Ausnahmezuständen, in denen plötzlich die normalen Regeln des Alltags außer Kraft gesetzt sind. Wann gab es das zuletzt in Deutschland? Unheimliche Erinnerungen an Szenen im Zusammenhang mit dem Anschluss Österreichs, mit der Einverleibung des Sudentenlands. Aber die jetzigen „Wiedervereinigungen" verhalten sich wie ergänzende Gegenteile dazu. Damals schob das Reich seine Grenzen vor und umschloss mit den neuen Gebieten deren

Bevölkerungen. Heute kommen, in der Architektur der auf der deutschen Niederlage begründeten Nachkriegsordnung, nicht Gebiete „heim ins Reich“, sondern Bevölkerungsteile, und sie drängen dorthin, wo der Ausbeuterordnung durch Kompromisse nicht nur Freiheit und Chancen, sondern auch soziale Sicherheit und ein hohes Lebensniveau abgewonnen wurden. Was verschlägt dagegen, dass es weiterhin eine Ausbeuterordnung ist?

Die Idee, diese Übersiedlerzüge durch die DDR fahren zu lassen, sollte Souveränität und staatliche Humanität demonstrieren, ein weiterer Schritt zur zivilisierten Durchlässigkeit der Grenzen. Es zeigt sich jetzt, dass dieser Geste mehr Blindheit als Selbstsicherheit zugrunde lag. Die Bahnhöfe, diese merkwürdigen Orte des Übergangs, werden dadurch zu Grenzübergängen, dass die Züge mit den Grenzübergängern durchfahren, zu symbolischen Orten, wo sich Ausreiseverlangen in desto fassungsloserer Wut staut.

11. Oktober 1989

In Dresden, wo die Zusammenstöße schon früh besonders heftig gewesen sind, ist unter Modrow anscheinend die Wende zum „Dialog“ eingeleitet worden. „Von der Sekunde an, als durch ein Megaphon die Dialogbereitschaft des Staates bekanntgegeben wurde, ruhte der Kampf, fielen sich die Gegner sozusagen in die Arme.“ (Monika Zimmermann in der FAZ, 3) Montag früh um 9h empfing der Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer 20 Vertreter der Demonstranten. Abends wurde in vier Kirchen darüber berichtet. Kommenden Montag das nächste Gespräch. Sehr moderat. In Leipzig haben sich drei Sekretäre der SED-Bezirksleitung (Kurt Meier, Jochen Pommert, Roland Wötzel) und der Generalmusikdirektor Masur für „freien Meinungsaustausch über die Weiterführung des Sozialismus in unserem Lande“ erklärt.

In der SU hat der Oberste Sowjet das langdiskutierte Streikgesetz verabschiedet. Die FAZ spricht von „strengen und weitreichenden Beschränkungen“ des Streikrechts, ohne zu erwähnen, dass sie mit den hiesigen vergleichbar sind.

Kagarlitzki („Die Spielregeln der Macht“, in: Liber 1, 10): „Gorbatschow wiederholt mit verblüffender Konsequenz alle Fehler, die Edward Gierek in Polen von 1970 bis 1980 machte, nämlich inkonsequente Wirtschaftsreformen bei realer, jedoch halbherziger Demokratisierung und den Versuch, die inneren Probleme durch Annäherung an den Westen zu lösen... Rezept zur Destabilisierung.“ „Die Hauptlehre ... ist verblüffend simpel: Notwendig ist eine selbständige, von den Massen getragene politische Kraft, die den Erfolg der Veränderungen ‘von unten’ garantieren kann.“ Das Wie und Was sei „nur durch praktisches Handeln zu beantworten“. — Als gäbe es nicht solche Kräfte (vor allem die „Volksfronten“) bereits und als wären sie nicht Kräfte ethnischer oder nationaler Gegensätze. Allzu simpel. Ein Intellektueller wäscht sich die Hände in Unschuld — in der Kulturbeilage der FAZ.

Der FAZ-Leitartikel von Gustav Seibt („Bücher ohne Gegenwart“) sieht ein weiteres Vordringen von „Posthistorie“ und Geschichtsboom „...in einer Gegenwart, in der die folgenreichste historische Utopie der letzten hundertfünfzig Jahre, der Marxismus, endgültig erledigt und aller Hoffnung beraubt am Boden liegt.“ Diese Überzeugung scheint zum vorherrschenden Geisteszustand zu werden. — Angesichts der Umwälzungen im Osten notiert Seibt nur geringe intellektuelle Anteilnahme: „Der historische Moment wird nicht miterlebt.“

Allensbach-Umfrage: Nur noch 30 Prozent der Bundesbürger würden den Abzug der US-Truppen bedauern, 38 Prozent ihn begrüßen; 14 Prozent machen sich über eine Bedrohung aus dem Osten Sorgen, 73 Prozent haben solche Sorgen nicht.

11. Oktober 1989 (2)

Schon am 29. September hat eine Gruppe gewerkschaftlicher Vertrauensleute aus dem technischen Bereich des VEB Bergmann-Borsig in Berlin/DDR einen offenen Brief an Harry Tisch gerichtet: Er soll alles irgend Mögliche tun, „um den öffentlichen Dialog über dringend notwendige Veränderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen einzuleiten und durchzusetzen. ... Wir müssen den

Menschen neue Perspektiven bieten, die es ermöglichen, das bisher Erreichte auf der Basis wirklicher individueller Einflussnahme weiterzuentwickeln. Der Sozialismus muss zu einer neuen Attraktivität entwickelt werden, die alle motiviert, sich mit ihm zu identifizieren." Kritik, Befremden, Unzufriedenheit nehmen in den Betrieben zu. „Insbesondere stößt die offizielle Interpretation der politischen Realität und aktueller Geschehnisse durch die Massenmedien der DDR mehr als bisher auf Unverständnis. Es liegt auf der Hand, dass sich in einem derartigen Klima Wettbewerbsmüdigkeit und nachlassende Leistungsbereitschaft breitmachen ... In Diskussionen ist eine nahezu einhellige Ablehnung der Art und Weise festzustellen, wie Presse, Rundfunk und Fernsehen tiefgreifende und die Werktätigen bewegende aktuelle politische Probleme abhandeln oder zum Teil verschweigen. Dabei wird in keiner Weise der Tatsache Rechnung getragen, dass es sich bei unseren Menschen um politisch urteilsfähige, mündige sozialistische Persönlichkeiten handelt... Besonders kraß ... Realität und Propaganda voneinander entfernt" in bezug auf die Abwanderungsbewegung. „Es trifft nicht im entferntesten die Überzeugung und Empfindung der Mehrzahl unserer Kollegen, wenn die Medien nach peinlichem Schweigen nun den Versuch unternehmen, die Abkehr so vieler unserer Menschen ausschließlich als Machwerk des Klassengegners zu entlarven, bei dem diese DDR-Bürger nur Opfer und Statisten sein sollen." Man solle nicht glauben, „dass die Hiergebliebenen die Zufriedenen seien". Das Donnergrollen heranwachsender Streikbereitschaft. Unglaublich, dass die Parteispitze das nicht gehört haben wollte. Gorbatschow anläßlich der Feiern: „Gefahren warten nur auf jene, die nicht auf das Leben reagieren."

Und der Westen? „Geld gegen Reformen ... Je nach Tonlage ist es eine Aufforderung zur Kapitulation oder zur Korruption." (Walter Süß, „Kein Weg führt zurück", in: TAZ, 9.10.89, 8) Eine veritable Perestrojka, geführt von einem „radikalen Reformer an der Spitze von Partei und Staat", ist nach Süß „so unwahrscheinlich, dass zu spekulieren sich nicht lohnt". „Die Regierenden können die Entwicklung nur wieder kalkulierbarer machen, wenn sie zulassen, dass sich aus dem gesellschaftlichen Protest Sprecher und glaubwürdige Vermittler

herauskristallisieren.“ (Ebd.)

*

Während in der SU-Publizistik der Totalitarismusbegriff Karriere macht, rückt die neuere westliche Stalinismusforschung davon ab. Dies referiert ein interessanter Literaturbericht von Claudio Ingerflom („Gab es einen sowjetischen Totalitarismus?“ in: Liber 1, 10) aus Büchern von Benvenuti, Getty, Kuromiya, Rittersporn, Schröder, Siegelbaum und Viola. Der Forschung dieser Autoren ist gemeinsam, dass sie nicht „den totalitären Willen mit dem tatsächlich existierenden Totalitarismus verwechselt“ und zu folgender Schlussfolgerung berechtigt: „Die sowjetische Herrschaft war sicher autoritär, aber nicht totalitär.“ Die referierten Forscher stoßen von überall her auf „die gleichen Phänomene: die gesellschaftliche und politische Vielschichtigkeit und Gegenströmungen bei völliger Erfassung und Gleichschaltung aller Lebensbereiche“. Die Reduzierung auf Stalin erscheint nun äußerst borniert. L. Viola beschreibt, wie der enthusiastische Radikalismus der 25.000 Freiwilligen, die bei der Kollektivierung der Landwirtschaft eingesetzt werden, dem des Zentrums vorausgeht. Rittersporn leuchtet die widersprüchlichen Bedingungen aus, in denen der Terror seine Richtungen erhält: Lokale Funktionäre, die der Widerstand dazu zwingt, Anweisungen der Zentrale zu umgehen, wofür sie Sündenböcke brauchen; Betriebsleiter, die aufsässige Arbeiter abholen lassen, Arbeiter, die mit willkürlich vorgehenden Betriebsleitern Gleiches machen. Beide, Widerstand und Unterdrückung, bedienen sich des Terrors. Der „totalitäre“ Wille des Zentrums ist nur ein Faktor in einem widersprüchlichen Prozess, dessen blinde Dialektik im Terror resultiert. Stalin gibt einem forttaumelnden Bündel kämpfender Erscheinungen seinen Namen und nur bis zu einem gewissen Grad eine allgemeine Richtung. Die gewaltige und gewaltsame Formation wird vom ständigen Zerfall mitgebildet.

12. Oktober 1989

Vor vier Tagen sagte Christa Wolf im Deutschlandfunk, befragt nach ihrer

Reaktion auf die Bilder von den DDR-Flüchtlingen: „Es gab innerhalb der letzten 4, 5 Wochen ... eine Zeit, da waren wir alle in der DDR von diesen Bildern beherrscht, erschüttert, verzweifelt. Und dann gab es einen Umschlag, dass plötzlich Leute da waren und zueinander sagten: Wir wollen uns nicht davon bis in die Verzweiflung und bis in Nihilismus treiben lassen, sondern wir sind hier, wir bleiben hier und wir wollen das artikulieren, was wir von diesem Land uns noch erhoffen. Und seitdem sind diese Bilder immer noch schrecklich, aber nicht mehr zum Verzweifeln. Ich habe seit zwei oder drei Wochen nicht mehr dieses hoffnungslose Gefühl, sondern inzwischen habe ich erlebt, was ich noch nie in der DDR erlebt habe: e*in massenhaftes Gespräch aller Leute, fast aller Leute mit fast allen Leuten, wo immer sie sich treffen. Es ist eine Gesellschaft in Bewegung.* ... Es passieren jetzt sehr viele Tragödien in der DDR. Eltern verlieren ihre Kinder. Und das ist doch etwas, was die Leute aufreißt. Wenn man eine Krise richtig versteht, ist es etwas, ... was Leute nach vorne stößt mit einer solchen Gewalt, von innen heraus, aus ihren Emotionen, wie ich es in der DDR noch nicht erlebt habe. Ich weiß es von allen Künstlern ..., dass überall das Gespräch in einer solchen Vehemenz in Gang gekommen ist ... Das Neue ist eigentlich, dass diese große Chance besteht, dass die Veränderungen, die nötig sind, von so weiten Teilen der Gesellschaft getragen werden. ... Ich bin mir vollkommen sicher, dass das Neue Forum und andere Gruppen, die anfangen, sich zu etablieren, ganz entschieden gegen Gewalt sind ... und dass die meisten von ihnen ganz entschieden dafür sind, sozialistische Umgangsformen und Strukturen in der DDR zu befördern. ... Es gibt sehr weite Kreise innerhalb der Partei, die sehr stark beunruhigt sind und die genau wie alle anderen versuchen wollen, die DDR wirklich zu erhalten.“ Wiedervereinigung? „Dies halte ich für ein ganz gefährliches Geschwätz.“ Die neuen Gruppen: „wissen Sie, soviel Phantasie, soviel Lustigkeit auch, wie jetzt da aufkommt, soviel Ideen, wie da produziert werden — ich hab’ das noch nicht erlebt.“ Für „entscheidende Veränderungen — ich benutze sehr ungern das Wort ‘Reform’, weil das auch so ein Wort ist, das jetzt immer hineingeblasen wird, und eigentlich sagt niemand — ich meine jetzt mal von den Westmedien --, was sie wirklich damit meinen.“

Wirtschaftsreformen? „Das müssten Leute tun, die etwas davon verstehen. Was ich verstehe, ist, dass das Gespräch, das in der DDR an der Basis im weitesten Umfang begonnen hat, öffentlich werden muss. Das bedeutet, dass die Medien — das ist meiner Meinung nach der erste Schritt — ... sich für dieses Gespräch öffnen müssen. Wenn in den Medien eine andere Sprache gesprochen wird ... Aber es müssen A*rgumente* sein.“ Das wäre keine Schwächung des Staats, im Gegenteil: „Ich verstehe unter ‘Macht’ etwas anderes. Vielleicht gelingt es uns doch zu zeigen, dass das kein Machtverlust wäre, sondern dass es sich darum handeln würde, in einem besseren, in einem richtigen Sinn vielleicht nicht Macht, aber Stärke, Kraft zu gewinnen. Und man kann sie wirklich nur gewinnen als Partei — und gerade als kommunistische, als sozialistische Partei --, indem man sie daher holt, wo sie ist, nämlich bei den Leuten.“

Sondersitzung des Politbüros der SED, erweitert um ZK-Mitglieder (vermutlich Bezirkssekretäre). Ausgerechnet Kurt Hager signalisiert Gesprächs- und Reformbereitschaft. Die Wende kündigt sich an.

Erklärung des Politbüros der SED: „Wir sind und bleiben ... auch künftig ... immer besser ... Weiterführung ...“ — trotz dieser hohlen Kontinuitätsbeschwörungen ist in den Text, als gefesselte Kompromissform, ein Angebot eingeschrieben: Die Gründe für die massenhafte Abwanderung, „wir müssen und werden sie auch bei uns suchen“. Zur nächsten ZK-Tagung „werden wir ... im Sinne unserer strategischen Konzeption von Kontinuität und Erneuerung dafür unsere Vorschläge unterbreiten. Alle Meinungsäußerungen und Vorschläge für einen attraktiven Sozialismus in der DDR sind dafür wichtig. Wir stellen uns der Diskussion. Wir haben dafür alle erforderlichen Formen und Foren der sozialistischen Demokratie. ... DDR, Sozialismus und Frieden, Demokratie und Freiheit gehören für immer zusammen. Nichts und niemand kann uns davon abbringen.“ Wörtlich unklar, ob Demokratie und Sozialismus in der DDR schon zusammen sind, oder ob sie nur an sich „zusammengehören“. Aber natürlich ist es die Ewigkeit der Ideologie, die hier das „Für-Immer“ des Bestehenden ausdrückt.

In Aussicht gestellt: „Es geht um wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und ihren Nutzen für alle, um demokratisches Miteinander und engagierte Mitarbeit, um gute Warenangebote und leistungsgerechte Bezahlung, um lebensverbundene Medien, um Reisemöglichkeiten und gesunde Umwelt.“ Usw. Zögerlich, reagierend-defensiv. Das wird nicht genügen.

Uwe Engelbrecht berichtet aus Moskau, in der sowjetischen Delegation, die Gorbatschow zu den 40-Jahresfeiern in die DDR begleitet hatte, habe man den Eindruck gewonnen, „eine erdrückende Mehrheit“ im Politbüro sei für Ablösung Honeckers; und man hält „das Reformpotential der DDR für erheblich“ (Kölner Stadt-Anzeiger, 12.10., 5).

Gorbatschow am 8.10. bei der Festveranstaltung über die „Entwicklungsprobleme“ der DDR: „Sie sind sowohl vom inneren Bedürfnis der Gesellschaft zur ständigen Weiterentwicklung hervorgerufen als auch vom allgemeinen Prozess der Modernisierung und der Erneuerung, der jetzt im sozialistischen Lager vorgeht. ... Keiner kann gegenüber den globalen Problemen der wissenschaftlich-technischen Revolution teilnahmslos bleiben.“ Die SED werde imstande sein, „in Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Kräften Antwort auf die Fragen zu finden, die durch die Entwicklung der Republik auf die Tagesordnung gesetzt wurden und die ihre Bürger bewegen.. Eigentlich geht es um die Entfaltung der Möglichkeiten, die unserer sozialistischen Ordnung innewohnen — der Ordnung der Werktätigen, der Volksherrschaft.“ Die Rede schließt damit, allen gesellschaftlichen Kräften der DDR Erfolg zu wünschen „bei der weiteren Vervollkommnung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen, bei der Entfaltung der sozialistischen Demokratie in allen Bereichen des Lebens“.

In der „Wahrheit“ mein Buch über Gorbatschow aufs merkwürdigste besprochen. Fülberths Insinuation taucht wieder auf: Ich wolle mich zum PR-Mann „hochschreiben“. Diese Armleuchter sehen nicht, dass ich immanent kritisch an der Kohärenz der Perestrojka gearbeitet, nicht nach dem Mund geredet habe. Jetzt kreidet mir die „Wahrheit“ an, dass ich Gorbatschows Versuch einer

Rekonstruktion der KPdSU zur Avantgarde der Perestrojka nachzeichne, statt ihn zu brandmarken. Verrückte Zeiten, täglich verrückter. Aber nicht langweilig.

13. Oktober 1989

Panik an der Wallstreet. Wie im Bilderbuch.

Brecht/Eislers Einheitsfrontlied soll laut Maria Meister (DVZ) in der DDR oppositionelle Bedeutung bekommen haben.

14. Oktober 1989

Gestern wurde ich im Radio-Interview **g**efragt, ob die Sozialismus-Utopie vor dem Hintergrund der Krisen in den sozialistischen Staaten noch eine Zukunftsperspektive habe. Es stimmt, unsere schönen Pläne stehen in diesem historischen Moment bis auf die Knochen blamiert und entsetzlich verwandelt da. Aber wenn Utopie bedeutet: vorausdenken, soziologische Phantasie aufbringen, sich nicht in Betriebsblindheit erschöpfen, nicht im kurzfristig-Opportunen — dann ist der Begriff brauchbar. Dann muss man den vermeintlichen Realisten sagen: Kein Realismus mehr ohne Utopie, weil Eure Realität einer negativen Utopie zustrebt. Über den freilich schwarzen Tag hinaus eröffnet die Krise dem Sozialismus zugleich eine ungeheure Chance. Und zwar als Krise (genauer: historisches Ende) des autoritären Staatssozialismus. Dieser unvereinbar mit der hochtechnologischen Produktionsweise. Über den Tag hinaus geht es um die Neuentdeckung des Individuums — die Auflösung der falsch-selbstverständlichen Gleichung „Sozialismus = autoritär-staatlicher Kollektivismus“. Gefragt ist Selbsttätigkeit auf allen Ebenen — freilich auch Selbstverwaltung und Demokratie, die dem Wirtschaftshandeln sozial und ökologisch bestimmte Rahmen setzen. In diesem Sinne ist die Notwendigkeit von Sozialismus auch bei uns größer denn je. Durch das Abwirtschaften von Politiken, die den Begriff bislang besetzt hielten, wird das momentan verdeckt. Die sozialen Gebrauchsweisen und Folgen der Hochtechnologie mit ihrer ungeheuren Reichweite in den Mikrokosmos wie in den Makrokosmos erfordern mehr denn je soziale Kontrolle — sozial nicht nur im

technischen Sinn, sondern zuvor im normativen Sinn von Bedingungen eines menschenwürdigen Lebens. Ökokatastrophe, Kriegsgefahr, Verelendung der Dritten Welt, Perspektiven von Frankensteins Monster aus dem gentechnischen Labor — dies alles zu zähmen, in humane und umweltverträgliche Formen umzuwandeln, macht menschheitliche Solidarität mit allen Völkern und nicht zuletzt mit den kommenden Generationen zum kategorischen Imperativ. RLs Satz: Kein Sozialismus ohne Demokratie — keine Demokratie ohne Sozialismus. Heute zu ergänzen: Kein Sozialismus ohne Ökologie — keine Ökologie ohne Sozialismus.

Die zweite Frage: Welche Auswirkung hat das Bestehen/Verschwinden dieser Utopie auf den Kapitalismus? E*rstens* muss man zunächst daran erinnern, dass die Anhänger des Kapitalismus — sehr bundesdeutsch! — behaupten, es gebe ihn gar nicht mehr; uneins sind sie darüber, wann sie ihn enden lassen. *Zweitens* gilt es sich klar zu machen, was für ein „Kapitalismus" gegenwärtig in Entwicklung ist: transnationaler Kapitalismus auf High-Tech-Basis. Wie wird er sich gestalten ohne Systemgegensatz, ohne Konkurrenz? Im Innern steht Sozialpolitik auf dem Spiel und droht Dehumanisierung der Arbeit. Nach außen die Ent/Fesselung der Antagonismen und Aggressionen. Der historische Moment hält sich noch bedeckt. Insgesamt hat er bisher die D*emokratie* nach vorne gestellt. Man bilde sich nicht ein, Kapitalismus und Demokratie seien Zwillinge. Allenfalls existiert bisher ein historischer Kompromiss in hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften, der sich unter Bedingungen der Systemkonkurrenz gebildet hat. Kehren nun, da diese Systemkonkurrenz verblasst, Kriege zwischen kapitalistischen Ländern bzw. Zentren wieder? Kapitalistische Diktaturen?

Die Utopie eines dritten Weges aufzugeben wäre Selbstaufgabe.

15. Oktober 1989

Am 4. Oktober hatte das Präsidium der Akademie der Künste der DDR unter Vorsitz von Manfred Wekwerth eine Erklärung zur Lage der DDR verabschiedet. Mit acht Tagen Verzögerung, nach den großen Demonstrationen und der

folgenden Erklärung des Politbüros, wurde die Resolution von ADN und im Neuen Deutschland veröffentlicht. Gestern in der FAZ.

Das Jubiläum als Grund, „ein offenes und öffentliches Gespräch zu beginnen. Der Sozialismus, der sich auch als alternativer Entwurf zur bürgerlichen Weltordnung versteht, ist für die Mehrheit der Menschen da, und die Mehrheit muss sich an ihm beteiligen, damit er die materielle, geistige und moralische Produktivität gewinnt, um sich durchzusetzen. Er braucht öffentliches Denken als Instrument und Korrektiv seiner Pläne, als Vermittlung zwischen historischem Anspruch und alltäglicher Erfahrung. Öffentlichkeit ist notwendig auf allen Ebenen der Gesellschaft. ... Der wissende und informierte Mensch ist handlungsfähig. Wer gebraucht wird, auch mit seinem Kopf, fühlt sich zu Hause. Wir haben einen Vorrat an Denksubstanz, die beste Währung unseres Landes. Er stellt die eigentliche Produktionsreserve dar, sie muss freigesetzt werden. Das heißt, dass keine Frage von Belang unausgesprochen bleiben darf.“ Reale öffentliche und veröffentlichte Meinung stehen „oft genug im Gegensatz“, es herrscht „Ritualisierung der politischen Sprache, die häufig den gemeinten Sinn nicht mehr trägt“. Diese Widersprüche zu lösen „durch ein neues Verständnis für den Gebrauch der Medien“. Durch offene Diskussion und Aufgeschlossenheit für Vorschläge „motivieren wir Menschen verschiedener Generationen, Gemeinwohl und eigenes Leben miteinander in Beziehung zu setzen.“ Unbegründete, undurchschaubare Entscheidungen und Anonymität der Macht führen zu einem „ohnmächtigen Bewusstsein der Bevormundung, das in direkten Gegensatz zu dem von der veröffentlichten Meinung propagierten Bild des mündigen Staatsbürgers gerät.“ Schutz zivilgesellschaftlicher Artikulationen vor dem Staat: „Niemand darf verdächtigt werden, der sich Sorgen um die Zukunft unseres Landes macht.“ — Verweis auf die „gesellschaftliche Strategie, die der XII. Parteitag der SED zu erarbeiten hat“.

Nun auch im ND kritische Leserbriefe. In der „Aktuellen Kamera“ kommen jetzt Arbeiter zu Wort, die ungewohnt normal reden, ohne die gewohnte Statistenstarre,

aus gut funktionierenden Produktionskollektiven; Werner Eberlein, glaubwürdiger als andere Politbüromitglieder, sagt zu ihnen, aus den Betrieben müsse die Entscheidung kommen.

16. Oktober 1989

Honecker kündigte im Gespräch mit den Vorsitzenden der Blockparteien an, dass das nächste ZK-Plenum „dem gesamten Volk die Vorschläge der SED unterbreiten wird". Der Sozialismus sei „durch unser strategisches Konzept der Kontinuität und Erneuerung, durch tiefgreifende Wandlungen und Reformen ständig weiter zu vervollkommnen". Die Verhältnisse „ständig weiter zu vervollkommnen" — das war die Diktion unter Breschnew, außerdem nichts als die allen bekannte Erklärung des Politbüros.

In der Sowjetunion ging die Parteiführung mit ihrer Perestrojka-Politik 1985 in Führung. Die DDR-Führung macht heute Zugeständnisse aus der Defensive. Mit dem Rücken zur Wand. Die SED-Spitze überlässt ihren Gegnern das Vordenken. Auch die Blockparteien und vor allem die Kirchen artikulieren Forderungen, die von der SED nicht mehr abgewiesen werden können. Ist es fünf Minuten vor oder schon nach Zwölf? Gibt es für die SED noch die Chance, durch bewusstes Bedienen der Dialektik von Bruch und Kontinuität, von Reform und Revolution die Initiative zurückzugewinnen? Sie müsste Vorschläge bündeln, die keine andere Kraft derart profiliert zu bündeln vermag und die in einer für die Mehrzahl anziehenden Richtung am weitesten gehen. Sich der Reorientierung in den Betrieben zu vergewissern, wäre das eine, entscheidend die Anerkennung der Zivilgesellschaft.

Die (unfreiwillige) Dialektik des „Wahrheits"-Monopols besteht darin, dass seinen Inhabern niemand mehr etwas glaubt, auch nicht die Wahrheit; die des Machtmonopols bewirkt das Primat der Form vorm Inhalt. „Bevormundung und väterliche Gesten", die ein Leserbrief in der „Neuen Zeit" mit Recht anprangert, gehören zu einer Politik, die „die Menschen" hauptsächlich als G*egenstände,* nicht als

Zuständige behandelt.

Indem die Kirche an Staatsmacht und Demonstranten appelliert, Gewalt zu vermeiden, unterstellt sie Demonstrationsfreiheit. Die Kirche warnt den Staat, „Kritiker als Staatsfeinde abzutun". Dies ist offenbar eine Schlüsselstelle: die Definitionsgewalt, was sozialistisch und was sozialismusfeindlich. Hier greift auch die Akademie der Künste an.

Paradoxe Situation: Dass eine Interessenkongruenz von Ost und West eine Aufrechterhaltung der DDR garantiert.

Eppler bezweifelt, ob die Politbüro-Erklärung mehr als ein taktischer Schachzug war, und falls sie ernst gemeint ist, ob sie nicht zu spät kommt. Gegen Reinhold, der es für unmöglich erklärt hatte, „ein bißchen Kapitalismus" zu importieren, sagte Eppler, nicht das sei das Problem, sondern die Verbindung des Sozialismus mit Demokratie und Freiheit, erreichbar nur im Bündnis mit allen reformwilligen Kräften außerhalb der SED und gegen diejenigen, „die weder die DDR noch irgendeine Form des Sozialismus wollen". In dem Maße, in dem die Reformerwartungen enttäuscht würden, komme dafür die nationale Frage hoch. Das an die Bedingung von Systemänderungen geknüpfte Geldangebot des Bundeskanzlers stütze eher die Argumente der „Betonköpfe".

Schily setzt keine Hoffnung in die Erklärung des Politbüros. Die Diktatur fällt mit der führenden Rolle der Partei, dem Machtmonopol, zusammen. Wirtschaftliche „Gesundung" der DDR, „das heißt, es muss Markt möglich sein, und es muss eine freie Unternehmerinitiative möglich sein, was nicht heißt, dass die DDR die Eigentumsform ändern müsste. Freie Unternehmerinitiative kann sich durchaus in anderen Eigentumsformen, als wir sie haben, entfalten. Es ist auch nicht so, dass die DDR eine Kopie dessen sein muss, was wir in der Bundesrepublik als Gesellschaftsstruktur haben. Aber eine Diktatur, wie sie heute vorhanden ist, eine Struktur, in der keine freie Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit, keine politische Vereinigungsfreiheit möglich ist, die ist auf die Dauer nicht haltbar." Er

sei sicher, dass die Epoche des „Realsozialismus“ zu Ende gehe. Die Option der „Wiedervereinigung“ will er offen halten.

Viele (etwa Genscher) führen die Wende in der Politik der DDR-Führung auf Gorbatschows Rede vom 7. Oktober zurück.

Dietmar Czok vom Präsidium der DDR-CDU: „Nicht die Produktion ist das wichtigste, sondern deren Verkauf.“

Die Rezension der Jungen Welt kreidet Rolf Henrichs Buch D*er vormundschaftliche Staat* (mit Recht) an, dass er den Staatssozialismus als halbasiatische Despotie mehr abschiebt als begreift. Gorbatschow gilt ihm als „der wohl aufgeklärteste industrielle Despot“. Die Rezension benutzt solche Zitate, um Henrich ihrerseits definitiv abzuschreiben: „Dieser Mann ist fertig mit uns und deshalb eine Enttäuschung.“ Das könnte sich bald als unbrauchbarer Satz herausstellen.

Rolf Henrich: „Sozialismus ist eine Gesellschaft, die ihre ökonomische Grundlage in dem Gemeineigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln findet.“ Das Neue Forum soll nicht Partei sein, sondern Bürgerinitiative. Sie fördert den Übergang zu Parteienpluralismus, sei es infolge von Neugründungen, sei es kraft Verselbständigung der Blockparteien, wie sie sich derzeit abzeichne. Vor allen andern Problemen ist der Obrigkeitsstaat abzutragen.

Das Neue Forum hielt am Wochenende sein erstes DDR-weites Koordinierungstreffen. Bärbel Bohley, Mitgründerin, nennt die Zugeständnisse „eine Art Dialog“ in alten Bahnen.

In Westberlin hat sich die „Wahrheit“ umbenannt: Seit Sonnabend heißt sie „Neue Zeitung“.

In Frankfurt erhält André Glucksmann das Wort zur Laudatio von Vaclav Havel: Der 40. Jahrestag der DDR sei in kultureller und intellektueller Hinsicht zur „Todesurkunde“ geworden. Das ist der Moment der großen Absage. Glucksmann betreibt sie seit langem; aber nun räumt man ihm dafür das geistige Podest des

Friedenspreises des deutschen Buchhandels ein.

Der Offizialdiskurs der DDR hat rettungslos vom Boden der Realität abgehoben. Das nutzt der Antikommunismus zu neuen Triumphen. Aber er scheint bereits wieder dabei, sich zu verselbständigen, zur westlichen Offizialideologie zu werden. Dann wird er abheben, erstarren, verlogen werden — und die Entwicklung wird ihm in unerwarteter Richtung davonlaufen.

16. Oktober 1989 (abends)

Westnachrichten: Versammlung der DDR-Rockmusiker in Ost-Berlin. Gegen behördlichen Wunsch hat man dem West-Fernsehen Zutritt verschafft. Die in der DDR unveröffentlicht gebliebene Resolution wird verlesen. — Aufnahmen von einem Konzert „Rock gegen Gewalt“ aus einer Kirche: Ein Song verspottet die vom Politbüro bekundete Dialogbereitschaft, reimt dialogeln auf mogeln und besteht auf Widerspruch. — Demonstrationen in mehreren Städten. — Kein Zweifel: Dieses Land ist im Aufbruch. Das ist eine tiefgehende Bewegung. Der Schriftstellerverband der DDR forderte „die revolutionäre Reform“. Ideologische, ökonomische und soziale „Stagnation“ gefährden zunehmend das bisher Erreichte. „Nicht die Reform ist zu fürchten, sondern die Furcht vor ihr.“ Notwendig ist der Übergang zur „Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist (Kommunistisches Manifest)“. „Die Ignoranz der Medien ist unerträglich. Der öffentliche demokratische Dialog auf allen gesellschaftlichen Ebenen über Gleichgültigkeit, Verantwortungslosigkeit, Misswirtschaft und Bevormundung muss sofort beginnen.“ Unter den zeichnenden Präsidiumsmitgliedern Volker Braun. Nicht das ND wird die Resolution zunächst veröffentlichen, sondern der „Morgen“, das in kleiner Auflage erscheinende LDPD-Organ.

DDR-TV: Die „Aktuelle Kamera“ wie eine Probe aufs Exempel dieser „Ignoranz“. Es ist nicht zu glauben. Länglich über den Besuch einer Handelsdelegation aus Österreich. Leere Ministerworte anläßlich einer KSZE-Tagung über Umweltfragen

in Sofia. Der freigelassene Sissulu bedankt sich für Solidarität der DDR. Usw. Und die ganze Zeit wartet man — wenn man überhaupt noch etwas erwartet. Dann ohne Film oder Foto, nur mit Landkarte, die sonderbare Mitteilung: In Leipzig „trafen sich" Bürger zu einer Demonstration, die „dank Besonnenheit der Sicherheitskräfte ohne Ausschreitungen" verlief. Dann Filmaufnahmen von einem FDGB-Ferienheim, wo die ersten Besucher mit Blumenstrauß empfangen werden. Die Einrichtung sei nicht ganz fertig, weil der Leiter „verantwortungslos Land und Heimat verlassen" hat.

16. Oktober 1989 (noch später)

Morgen das Politbüro. In Leipzig heute abend, wenn es stimmt, was Pfarrer Christoph Wonneberger dem ZDF sagte, über 120.000 auf der Straße. Plakate wie: „Junge Leute an die Macht", „Reformen à la Hager sind uns zu mager", „Berufsverbot für Schnitzler", „Zulassung aller oppositionellen Parteien". Die Staatsgewalt griff nicht ein.

Wonneberger sagte, das in der Politbüro-Erklärung enthaltene Versprechen von Selbstkritik der Führung sei nicht eingelöst. Es herrsche die von Brecht im Gedicht über den 17. Juni beschriebne Haltung. Ich fand es ermutigend, hier Brecht zu begegnen.

Schauspieler des Deutschen Theaters sollen die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gefordert haben, der die Polizeiaktionen der letzten Tage unter die Lupe nehmen soll. Die morgige Bildzeitung wird die Behauptung bringen, 13 von 15 Bezirkssekretären seien für die Ablösung Honeckers.

Daschitschew im ZDF: Das „alte leninistische Modell des Sozialismus" sei zum Absterben verurteilt. Nach der Ablösung der Alten aus der DDR-Führung gefragt, weicht er aus auf die 70er Jahre der Sowjetunion: Breschnew war unfähig, die Notwendigkeiten zu begreifen. Politischer Pluralismus sei mit Sozialismus nicht unvereinbar.

Und wieder schwillt der Flüchtlingsstrom an. Heinemann ist dagegen, die Aussiedler den einheimischen Arbeitslosen vorzuziehen.

17. Oktober 1989

Die Politbürositzung dauert an; noch nichts bekannt. Im Fernsehen die Vorsitzenden der Blockparteien, Vorschläge und Forderungen formulierend, Eigenständigkeit betonend. Die CDU bündelt sechs Forderungen: Verbesserungen hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeit, der Wahlen, der Medien, des behördlichen Umgangs mit den Bürgern, des Reisens und Ausreisens sowie der Versorgung. Am dringlichsten Gerlach von der LPDP: Die Politbüroerklärung ist (nur) „ein erster Schritt in die richtige, eine n*eue* Richtung", in der Öffentlichkeit und Offenheit essentiell sind. „Sehr schnell, schon morgen" sollen Entscheidungen (wessen?) fallen, die spürbare Erleichterungen im Leben der Menschen brächten. Er nennt die Gebiete: Entfaltung der Demokratie, Wirtschaftspolitik, Medienpolitik. Dann rutscht auch er in die alte Sprache: das Leben soll „immer noch schöner" werden.

Der Dresdener OB gibt in einer vom Fernsehen z.T. ausgestrahlten Pressekonferenz die mit Vertretern der Demonstranten geschlossenen Kompromisse bekannt: Bei der Stadtverordnetenversammlung werden zehn Kommissionen eingesetzt, in denen Interessierte unter Hinzuziehung von hohen Politikern und namhaften Intellektuellen zehn Problemfelder bearbeiten und „neue Lösungen" entwickeln sollen. Die Felder reichen vom Sozialismus-Begriff über Stadtplanung bis zu Fragen der Reisefreiheit. Die Kompromisse sollen „ein Zeichen setzen". Beschwörend immer wieder die Gewaltfreiheit und das Weg-von-der-Straße. Ähnlich an der Humboldt-Universität, wo die FDJ seit heute nachmittag ein großes Teach-in durchführt, um die Diskussion, wie der Reporter sagt, von der Straße wegzuholen. Der Fernseh-Kommentator: „Wir als Journalisten wollen ein Signal setzen".

18. Oktober 1989

Helmut Fleischer schreibt im Oktoberheft der „Kommune" zum „Ende" des

Sozialismus („An die Gebildeten unter seinen Freunden und seinen Verächtern"): Ein Grundfehler war es, den Sozialismus als leitendes „Endziel" aufzufassen. „Das war aber schon der Rückfall in ein ideologisches, d.h. an einer 'Idee' wie an einem höheren Wesen festgemachtes Bewusstsein." Habe „sich dann zu einem S*ystembegriff* ausgewachsen, der sich als eine Totalität dem ebenso total gefassten Begriff 'des Kapitalismus' entgegensetzte" (statt der kapitalistischen Produktionsweise). Dahrendorf, mit dem er sich hier teilweise berührt, wirft er „eine unhistorische, doktrinäre Manier" vor. Eine der „bedenkenswerten gedanklichen Leistungen" von Marx und Engels liege gerade darin, „dass sie dazu kamen, große geschichtliche Veränderungsinitiativen nicht auf ihre 'Ziele' ... hin, sondern von ihren (wirklich-geschichtlichen) V*oraussetzungen* her zu bedenken." Die „Zielvision" hatten sie vorgefunden (Utopischer Sozialismus). An Marx sei allenfalls zu kritisieren, „dass er in seiner mittleren Zeit entschieden zu hohe Erwartungen in die ... Arbeiter-Emanzipationsbewegung gesetzt hat."

Renate Damus hatte im Septemberheft der K*ommune* geschrieben, erledigt sei nur ein Sozialismus, der sich an der kapitalistischen Industriegesellschaft orientiert habe. F. dagegen: das wiederholt nur die alte Spaltung in Realität und Idee. Im übrigen widersetzt er sich wacker dem Triumphalismus der Kapitalanhänger: „Dass die realsozialistischen Regimes an ganz elementaren Aufgaben scheitern ist doch wohl nur ein schwacher Trost dafür, dass die Gesellschaften mit kapitalistischer Produktionsweise ihren höherstufigen Schwierigkeiten ebensowenig gewachsen sind."

Ich verstehe F. besser als im Juni in Zürich. (Die Ereignisse haben mir Nachhilfeunterricht erteilt.) Seine Konsequenz überzeugt mich dennoch nicht: Wozu, fragt er, überhaupt einen Sozialismus-Begriff hochhalten? Und antwortet: „Sozialist ohne Sozialismus" zu sein, habe er, F., schon vor zehn Jahren überlegt. Es bleibt ihm allenfalls Joscha Schmierers vage Sozialismus-Bestimmung: „eine umfassende, wenn auch vage Vorstellung vom guten Leben".

19. Oktober 1989

Gestern Honecker aus allen Ämtern. Krenz der Nachfolger. Kein Reformer. Vielleicht will er sich grad deshalb als solcher profilieren. Honeckers Ende deprimierend. Frigga findet, Krenz sieht „verschlagen“ aus. Honeckers Gesicht eigentlich nicht schlecht; schlecht seine Politik (falls man das zum Schluss so nennen konnte).

Aus dem Politbüro immerhin zwei Reformgegner entfernt: Herrmann (Propaganda) und Mittag (Wirtschaft).

Die Absetzungen, an sich gewiss konsensfähig, erfolgen gleichsam konsensabweisend, hinter weiterhin verschlossenen Türen. Konsens unterscheidet sich von Akklamation dadurch, dass er aus Einbeziehung hervorgeht. Der nunmehr verkündete Übergang zu Öffentlichkeit schließt diese noch immer aus. Und „das ist ja gerade die Syphilis dieses Systems“, wie Biermann in der TAZ schreibt: „Öffentliche Angelegenheiten sind nicht öffentlich.“ Die Politik ist unter solchen Bedingungen formell unpolitisch.

Krenz: Vormundschaftliche, pädagogische Rhetorik, paternalistisch in der Struktur, das heißt im Sprecher-Adressaten-Verhältnis, aber ohne Populismus, in Unkenntnis der Adressaten gesprochen.

*

Die FAZ druckt einen ungewöhnlich langen „Leserbrief“ von Peter Schütt unter dem Titel „Wie veränderbar ist die SED?“, worin dieser über Unruhe und Neuerungsverlangen in der SED berichtet, aber auch mit Interna über Krenz, Honecker u.a. höchste Funktionäre aufwartet. Von Axen erzählt er, wie dieser 1986 auf einem DKP-Parteitag „ausgerechnet gegenüber Boris Jelzin meinte, Tschernobyl sei ‘vor allem dank der westlichen Medien zur Katastrophe geworden'„. Hauptsächlich Hager wird aufs Korn genommen, der über Schütts Gedicht „Der Chefideologe“ persönlich beleidigt gewesen sei und von der DKP eine „amtliche Entschuldigung“ verlangt habe. (Ich hatte geglaubt, beim „Chefideologen“ gehe es um Robert Steigerwald.) Der Brief ist anscheinend vor

der Umbesetzung verfasst.

Der Oberste Sowjet hat mit großer Mehrheit einen Gesetzentwurf gebilligt, der den Besitz von Produktionsmitteln zur individuellen „und anderweitigen“, wie die FAZ schreibt, wirtschaftlichen Betätigung vorsieht. Insbesondere sollen die Bauern das Recht erhalten, Pachtverträge zu vererben. Mit der Einführung von Erbpacht verkleinert sich der Abstand zum Privateigentum am Boden, das formell ausgeschlossen bleibt.

Medwedew soll den Chefredakteur von „Argumenty i fakty“, Wladislaw Starkow, zum Rücktritt aufgefordert haben. Laut Starkow deshalb, weil Gorbatschow ihn auf dem Treffen mit Medienverantwortlichen dafür kritisiert habe, dass er Ergebnisse einer Popularitätsumfrage abgedruckt hatte, wo Sacharow, Jelzin und andere Gorbatschow-Kritiker vor Gorbatschow rangieren. Auch weil er Leserbriefe mit Kritik an Gorbatschow veröffentlicht habe.

20. Oktober 1989

Geld gegen Reformen, sagt Kohl. Aber wer definiert, was „Reformen“ wären? Fack fordert (in der heutigen FAZ-Leitglosse) den „Systemwechsel“. Maetzke wünscht sich, dass „hüben und drüben darauf gepocht würde — auch auf der Straße --, dass bei Meinungspluralismus auch an anderes als Sozialismus gedacht werden kann“, was er mit dem „Veränderungswort ‘Demokratie',„ artikulieren zu können glaubt (als könnte es keine sozialistische geben). Und Karl Feldmeyer erläutert (im Leitartikel des Wirtschaftsteils) die Auffassung der Regierung: Ausweitung des zwischendeutschen Handels wäre nur möglich, „wenn sich die DDR-Unternehmen für eine breite Zusammenarbeit mit westdeutschen Partnern öffnen dürften. Hierzu müssten auch Kapitalbeteiligungen gehören, weil sich anders die ... Angebotspalette der DDR kaum verbreitern lasse.“ Die DDR-Wirtschaft brauche „in großem Umfange westliches Kapital, westliche Lizenzen, westliches Know-how und eine entsprechende Arbeitsproduktivität“, was zusammengenommen unter ihrer „Umstrukturierung“ verstanden wird. Als derart „Umstrukturierte“ wäre sie in

ihren modernen und rentablen Sektoren binnen kurzem ein Anhängel transnational operierenden Kapitals, vor allem des westdeutschen. Im Sinne der FAZ bedeutet Kohls Geld-gegen-Reformen: K*apital im Austausch gegen Kapitalismus*. Ihr enteignet Euch, dafür eignen wir uns an. Als unsere Klientel soll es die Bevölkerung materiell besser haben.

Sie richten den Warenhunger der Bevölkerung gegen das Volkseigentum in der Warenproduktion. Solange keine dynamische sozialistische Marktwirtschaft erfunden wird, reproduziert dies Arrangement die Attraktivität des Kapitalismus. Der Witz ist, dass auch die immateriellen Potenzen des Sozialismus auf Seiten des Kapitalismus zu wirken scheinen: Handlungsfähigkeit, geistige Freiheit. Lassen sich potentielle Attraktionskräfte des Sozialismus durch dessen Demokratisierung freisetzen? Offenheit, Beteiligung, Solidarität — ließe sich nicht einem scheinhaften und brutalisierten Simulationssystem im Westen ein wirkliches Leben, wenngleich auf ärmerem Niveau, entgegensetzen? Ein Stück davon wird jetzt ausprobiert. Nachdem die Unteren es sich unlizensiert herausgenommen haben, machen die Oberen zunächst einmal gute Miene und räumen mehr Kompetenzen ein.

Denkwürdiges Schauspiel der Diskussion des neuen Generalsekretärs mit Arbeitern. Lasst die Rede von dem Unten und Oben, sagte er irgendwann; lasst uns als Genossen sprechen. Aber er ist nun mal oben, und wie. Ein Arbeiter redete mit ihm gutmütig-überlegen. Es ist nicht das Reisen oder das Warenangebot, es ist überhaupt nichts einzelnes, was geändert werden muss, sondern es kommt alles zusammen in der Unzufriedenheit, muss also auch alles geändert werden. „Dann hört die Flitzerei auf." Krenz versucht es pädagogisch: Wir dürfen nicht nur reden, wir müssen auch Entscheidungen fällen und handeln. „Klar", sagt der Arbeiter, „entscheiden und handeln, haben wir nichts gegen." Er erwidert den Paternalismus mit einer fast therapeutischen Geduld, die desto unwiderstehlicher ist. — Seltene Szene eines Stücks, das da heißt: Erziehung eines Staats durch sein Volk. Noch utopischer: nur ein Arbeiter kann genau so sprechen.

Thomas Metscher („Sozialismus und Kultur. Pariser Meditationen III", in: Kultur

& Gesellschaft 4, Juli/Aug. 1989, 13) sucht noch immer nach dem „granitenen, unzerstörbaren Kernbestand“ des Sozialismus, kraft dessen dieser „den Todeskampf mit den Mächten des Kapitals langfristig gewinnen“ kann. Keinen Sinn für Dialektik. Er findet den Granit bei — Thomas Mann, als das Gute und Edle, um dessen spätbürgerliche Zurücknahme es beim „Doktor Faustus“ geht. Andrerseits hat er gelernt, dass „diese Kriterien keine andere Wirklichkeit haben als die des diskursiven Arguments“, also auch „jederzeit kritisierbar, korrigierbar, durch andere (bessere) ersetzbar“ sind und „auf keiner anderen Gewalt als auf der ‘sanften Gewalt der Vernunft’ (Brecht, Kaukasischer Kreidekreis)“ beruhen.

Zum Problem des revolutionären Subjekts der Perestrojka: Sie bündelt nicht einfach den Protest gegen alle Formen von Ungerechtigkeit, nicht der Armen und Enterbten gegen die Reichen. Sie ist die Revolution der Initiative gegen ihre Lähmung, der I*nteressierten,* Freizusetzenden. Sie ist eine zivilgesellschaftliche Revolution. Spießbürgerlich, sie für eine bürgerliche (bourgeoise) Revolution zu halten.

Ajit Roy sieht für China die Möglichkeit, dass sich die „behauptete (advertised) demokratische Volksdiktatur letztlich in eine autonome Parteiherrschaft bonapartistischen Charakters wandeln kann — eher eine Erscheinung von Cäsarismus progressiven Typs, um Gramscis Begriff zu folgen.“ („The Chinese Tragedy“, in: Economic and Political Weekly, 5.Aug.1989, S. 1789) Roy meint aber, ein Nachgeben gegenüber einer bürgerlich gewordenen Bewegung hätte alle Errungenschaften der Revolution gefährdet. Er vermag sich kein nach vorn ins Sozialistische mitreißendes Projekt vorzustellen.

21. Oktober 1989

Viktor Afanasjew als Chef der Pravda abgesetzt. Nachfolger ausgerechnet der Ewigkeits-Philosoph I.T.Frolow. Gorbatschow soll die Massenmedien zur Ordnung gerufen haben: „Wer bis zu den Knien im Benzin watet, spielt nicht mit dem Feuer.“

Gestern Wolfgang Eichhorn im DDR-Radio über die sozialistische Leistungsgesellschaft. Der Gestus nachdenklich. So wäre es vielleicht gegangen.

Deutschlandfunk und FAZ bescheinigen Krenz, dass er Tempo vorlegt. Reiseregelung, Rechtsstaatlichkeit, Transparenz (Mediengebrauch) sind die ersten Parameter. D*ialog* eine fragwürdige Kategorie, wegen der horizontalen Ich-Du-Beziehung, die sie suggeriert. Eine diskutierende und sich im Endeffekt selbst verwaltende Gesellschaft führt keinen Dialog. Es hätte von einer Partei, die nicht einmal in sich selbst richtig diskutiert, keinen Sinn zu sagen, sie führe einen Dialog, etwa mit „den Werktätigen".

In Polen der jüngste Tag der volkseignen Wirtschaft. Der bisherige Schwarzmarkt soll die neue Wirtschaft werden. Und vor allem das Auslandskapital. In Warschau schießen Hotels hoch, die im Ausland geplant sind und auch so aussehen — wie in einer Metropole der Dritten Welt. Der Neoliberalismus zeigt, was er kann. Der Westen lohnt es mit stattlichen — Almosen.

22. Oktober 1989

Ich traute meinen Augen kaum: Gestern Abend zeigte die „Aktuelle Kamera" eine Demonstration in Ost-Berlin, zu der ein anonymes Flugblatt aufgerufen hatte. Schabowski, Berliner Parteichef, diskutierte mit Demonstranten. Im Gegensatz zu Krenz fand er die Sprache des Umgangs unter Leuten. Es folgten Aufnahmen von einer Aktivistenversammlung (über dreitausend) im Bezirk Magdeburg, wo Eberlein „Wende" als ein völliges Sich-Umkrempeln der Partei und ihrer Arbeitsweise zuspitzte.

Dann wurde eine Meldung des Westfernsehens dementiert, Festgenommene hätten sich nackt ausziehen müssen und seien von Polizisten auf die Geschlechtsteile geschlagen worden. Wir waren geneigt, dem Dementi zu glauben, jedoch erzählt Irene Dölling heute, sie habe es von glaubwürdigen Zeugen: Zweihundert festgenommene Demonstranten und unbeteiligte Passanten hätten sich ausziehen müssen, hätten stundenlang nackt mit dem Gesicht zur Wand stehen müssen, seien

das Treppenhaus rauf und runter gescheucht worden zwischen zwei Reihen prügelnder Polizisten hindurch, Spießrutenlaufen...

Wenn kein Druck von der Parteibasis kommt, bleibt es bei Kosmetik, meint Irene. Jetzt muss die Demokratisierung der Delegiertenwahl zum kommenden Parteitag durchgesetzt werden. Und jetzt entscheidet sich, ob das bloß wieder eine Akklamationsveranstaltung wird.

Von oben ein rasches Revirement im Verhältnis DDR-Sowjetunion: Gorbatschow hat Krenz telefonisch eingeladen, sich vor Ort über die Perestrojka sachkundig zu machen. Ein Kommuniqué erklärt den erneuten „Schulterschluss" von SED und KPdSU, und Krenz erklärt, mit seiner Politik der sowjetischen Politik folgen zu wollen. Wer immer Krenz vorher war, alles Alte soll jetzt auf Honecker und mit ihm fallen.

24. Oktober 1989

„Schulterschluss" mit der Sowjetunion erneuert. Die Zeitschrift „Sputnik" wieder zugelassen.

Hager wirkt alt, tatterig. Dieses unfrohe Greisengesicht, das nach Magengeschwür aussieht, dementiert die frohe Botschaft von der Erneuerung, als deren Sprecher er sich vorstellen möchte. Im übrigen druckst er herum: Honecker habe sich die Verdienste für die Friedenspolitik der DDR gutschreiben lassen; insofern habe es Personenkult gegeben. Sündenbock-Strategie. Wird nicht greifen.

Demos im DDR-Fernsehen gezeigt: Leipzig („mehr als hunderttausend Bürger"), Erfurt, wo anscheinend eine Art pluralistischer Kundgebung abgehalten worden ist.

Die Polizeigemeinheiten müssen nun doch als öffentliches Thema anerkannt werden. Die Kraft, die das erzwingt, kommt aus den Massendemonstrationen. Formell läuft der Weg über die Synode der Evangelischen Kirche. Ihr wurden die Zeugenaussagen übergeben; sie reicht sie an den Generalstaatsanwalt weiter. Dieser sieht vor den TV-Kameras nurmehr eine letzte Schwierigkeit: die Protokolle sind

(aus Angst vor Repressalien) nicht unterschrieben.

Der nervöse Eifer der Staatsbürokratie nimmt paradoxe Formen an: „Der Staat muss n*och genauer* planen“, verspricht der Bauminister.

Die Entwicklung in der DDR beschleunigt noch immer ihr Tempo. Es ist ein Wettrennen mit dem (noch latenten) Bürgerkrieg. Jedem ein Paß versprochen.

Ungarn hat das Sozialistische im Staatsnamen weg-erklärt. Der Staat gründet sich neu als „bürgerlich-demokratische Republik“ mit „Ideen des demokratischen Sozialismus“. Die Ungarn werden national, während transnationales Kapital ihre Ökonomie durchdringt. Allen Parteien verboten, Gruppen in den Betrieben zu unterhalten. Die neuen Sozialisten stimmten gegen ihren diesbezüglichen Parteitagsbeschluss.

Schieder gründet mit einer polnischen Partnerfirma, die Fabriken und Möbel einbringt, ein Gemeinschaftsunternehmen („Masuren Möbel International“). Schieder hält nur 49 Prozent, aber die „industrielle Führerschaft“ liegt auf Wunsch der polnischen Seite ausdrücklich bei ihm. — Die Sowjetunion versucht jetzt, ihre Raumfahrtindustrie mit High-Tech in Joint Ventures einzubringen. Zum Beispiel das Lawotschkin-Kombinat mit Bergsteigerausrüstung: Kletterhaken aus Titan.

26. Oktober 1989, Formia

Hier war Gramsci eingesperrt. Wir versammeln uns vor dem Haus, wo sein Krankenquartier war. Mit Staunen sehe ich seinen Sohn, als nähme ich jetzt erst wahr, dass er wirklich gelebt hat.

Gramscis Kategorie s*ocietà civile* eine Schlüsselkategorie zur Theorie der Perestrojka. Vor einem Kongress von Übersetzern erörtere ich die Verwirrungsquelle, die darin liegt, dass wir Deutschen nur „bürgerliche Gesellschaft“ haben, wo die andern bourgeoise von zivilen Formen unterscheiden. Die Übersetzung fiel aus, kaum jemand verstand etwas. Es wurde höflich zugehört.

27. Oktober 1989, Formia

Als Gramscis G*efängnishefte* in Moskau ankamen, ein Paket, in faschistische Zeitungen mit Mussolinis Foto gewickelt, hielt der sowjetische Zoll es für faschistisches Propagandamaterial und wollte es vernichten.

Tamburrano (PSI): Nur dank Gramsci hat die KPI die Katastrophe des Kommunismus überlebt.

*

Neue Bergarbeiterstreiks in der SU. Die Versprechen seien nicht eingehalten worden. Am 18. Oktober war einer der Arbeitervertreter, Alexandr Sotnikow, umgebracht worden. Die Arbeiterdeputierten behaupten im Telegramm an Gorbatschow, die Mörder seien von der lokalen Bürokratiemafia geschickt. Die Regierung scheint ratlos. Wird das Land „unregierbar"?

Massendemo in Dresden, illegal, aber unbehindert. Der „Corriere" spricht von „Hunderttausenden". Die SED multipliziert fieberhaft den „Dialog". (Die Kategorie „Dialog" ist insofern tatsächlich angebracht, als vorläufig noch alles polarisiert vor sich geht, als Gegensatz der Unteren zu den Oberen, eine Kluft, die auch die SED durchzieht. Die Regierenden bieten den Regierten Verhandlungen an.) Schabowski sprach zweieinhalb Stunden mit Vertretern des Neuen Forums.

Daneben die andere „Kommunikation", zwischen Regierenden der beiden deutschen Staaten, Kohl und Krenz am Telefon. Nur die Frage der DDR-Staatsbürgerschaft stört den Frieden der Regierenden, sonst legt Krenz die Ohren an.

A propos Staatsbürgerschaft: Michael Grabek besitzt neben seinem westberliner Ausweis einen gültigen DDR-Paß, mit Visum und allem. Er behauptet, in der DDR hätten viele zwei Pässe. Ob die Liberalisierung der Ausreise zur Ausbreitung solcher Doppelstaatsbürgerschaften führen wird? Dürfte unseren Polizistengemütern kaum schmecken.

Schönhuber erklärt, er wolle in die DDR reisen, um seine (neofaschistische) Partei und die „Wiedervereinigung“ zu propagieren. Aufregungen im Netzwerk der öffentlichen Diskurse; waren vermutlich der Zweck.

28. Oktober 1989

In einer gewissen Phase erscheint eine Revolution immer als Wortergreifung durch die Massen (prise de parole), sagte G.Labica, als ich ihm von der allgemeinen Redebewegung in der DDR erzählte.

In der DDR werden die Zeitungen, die neuerdings Dutzende kritischer Leserbriefe bringen, den Verkäufern aus der Hand gerissen. Das ND bringt ein Interview mit Markus Wolf, der sagt, man solle aufpassen, dass Worte wie „Wende“, „Dialog“, „Umgestaltung“ und „Veränderung“ nicht zu „blankgeputztem Blech“ werden. Der Staatsrat verkündet die Amnestie für alle, die wegen versuchter „Republikflucht“ oder Demos sitzen (mit Ausnahme nachgewiesener Gewaltausübung oder Waffenbesitz). Es soll um 2.000 Personen gehen; bis Ende November sollen sie frei sein. Warum dauert das so lange?

Demos auch in Erfurt, Jena, Rostock. Modrow versprach am Donnerstag in Dresden vor „über hundertausend“ Demonstranten, sich mit aller Kraft für eine „revolutionäre Wende“ einzusetzen (laut SZ). Ein Arzt namens Frank Tellenbach soll unter großem Beifall die Frage nach der Überlebensberechtigung des Sozialismus gestellt haben. Seine Forderungen: Reisefreiheit, bedürfnisnahe Marktwirtschaft, freie Wahlen, Ende des Machtmonopols der SED.

Stoph soll im Fernsehen mehr Importe von Unterhaltungselektronik und Lebensmitteln angekündigt haben. Jeder soll pro Jahr dreißig Reisetagesgelder à 15 DM erhalten. Wovon zu bezahlen?

Die Intellektuellen der DDR rühren sich. Die ADN-Redakteure verabschieden eine Resolution, in der sie sich dafür stark machen, dass in Zukunft tatsächlich informiert wird. Im Fernsehen verliest Manfred Wekwerth eine Erklärung für die

„Erneuerung der DDR an Haupt und Gliedern“, beschlossen von einer außerordentlichen Vollversammlung der Akademie der Künste: „Endlich, um Jahre zu spät, die Erkenntnis, dass wir von der Sowjetunion die Umgestaltung lernen werden und müssen.“ Noch ist Hoffnung, „es möge uns auf deutschem Boden eine sozialistische Reform gelingen“.

Das Pen-Zentrum der DDR an Krenz: „Umbau des Staates und weiter Bereiche der Gesellschaft“, weil andernfalls der Bestand des Sozialismus gefährdet sei und die DDR zum „Gefahrenherd in Europa“ würde. Gegen die Kriminalisierung gesellschaftlicher Zusammenschlüsse. Für Gewaltenteilung und die Einrichtung eines Verfassungsgerichts. Gegen Polizeibrutalität. Die persönliche und kollektive Verantwortung der DDR-Führung müsse klargelegt werden. Dem folgt ein Aufruf zur allgemeinen Teilnahme an Demonstrationen für Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und für die Unantastbarkeit der Persönlichkeit. — Heinz Kamnitzer, seit 19 Jahren Vorsitzender, trat wegen dieser Einmischung in Politik zurück.

29. Oktober 1989 — Tübingen

Demos in Prag, parallel dazu die Parade des repressiven Staatsapparats. Knüppelei.

Erwartungsvoll zum Perestrojka-Festival, wo ich mit einem halben Dutzend sowjetischer Intellektueller zusammentreffe, deren Äußerungen in meiner Gorbatschow-Studie verarbeitet sind. Auf dem Podium zusammen mit Michail Schatrow, Alexandr Bowin und Wassili Seljunin, Iring Fetscher moderiert.

Bowin, der berühmte Kommentator der Iswestija, versteckt Ratlosigkeit hinter einem Fettsack von komödiantischer Häßlichkeit: In der SU gehe es derzeit zu, als gälten zwei Verkehrsordnungen gleichzeitig, Rechtsverkehr und Linksverkehr. Seljunin erklärt Stalin für das mögliche Maximum und Optimum von Marxismus. „Den möglichen Sozialismus haben wir gemacht, einen anderen gibt es nicht.“ Kurz, er will Kapitalismus. Bowin mildert das ab als psychologisch verständliche Übertreibung: Vorher habe es keinen Markt gegeben, jetzt scheine der Markt

wunderbar, ein Sprung von Extrem zu Extrem. Das werde sich ausgleichen.

Schatrow der einzige, der an einem marxistischen Verständnis der Perestrojka festhielt. Er zieht sich zwar darauf zurück, ein „einfacher Schriftsteller" zu sein, sagt dann aber lauter solche Sätze (die von keinem seiner Landsleute erwidert wurden), wie: Theorie kann man nicht unterkriegen, immer wieder kommen wir darauf zurück; Marx wird jetzt von Jüngeren wieder gelesen; die wirkliche Krise des Marxismus, ja der Mord am Marxismus, war der Stalinismus; jetzt gilt es, das Gepäck der Vergangenheit abzuwerfen. Nach diesem Statement flüchtet er vom Podium.

Die Sowjets, die ich hier kennengelernt habe, wollen Kontakte mit der konservativ-liberalen Regierung, mit dem Kapital. Meine Gesprächsversuche scheitern, man lässt mich einfach stehen. Eine Ausnahme bildet neben Schatrow der Historiker Wadim Jerusalimski, der als F.-Ebert-Stipendiat Kontakte auch mit Sozialdemokraten will. Bin ich ein Traumtänzer gewesen, als ich mein Buch über Gorbatschow und die Theorie der Perestrojka schrieb? Ich erwartete einen Diskussionszusammenhang, in den ich mich hätte hineinbegeben können. Indes vertieft keiner dieser Intellektuellen die Ansätze zur Analyse des Alten und zum Entwurf des Neuen. Sie denken nicht nach vorn, es sei denn ans Ufer des Wohlstands-Kapitalismus. Ihre Möglichkeiten halten sie für unerreichbar, das Unerreichbare für möglich, scheint mir. Fetscher spricht von den Grenzen des Marktes und davon, dass der westdeutsche Sozialstaat einen aus Angst vorm Kommunismus geschlossenen Kompromiss darstellt. Was wenn diese Angst nun entfällt? Unsere sowjetischen Podiumskollegen mögen solche Hinweise nicht. Was ich zu sagen versuche, kann ihnen noch weniger gefallen. Ihr seht, sage ich, dieses zu großen Teilen wohlbesorgte und reiche Musterländchen, und Ihr fragt Euch, wie Ihr solche Verhältnisse bei Euch kriegen könnt. Bedenkt aber, dass der kapitalistische Weltmarkt einem Taifun gleicht. Die Schrecken der Peripherie sind nur die andere Seite des Wirtschaftswunders im Zentrum. Im Auge des Taifuns herrscht Windstille.

Mit Jutta Ditfurth und Wadim Jerusalimski ein Gespräch im Südwestfunk, als Gegenstück zur Nicht-Diskussion auf dem Podium. Juttas kämpferische Radikalität, die manchmal an Rosa Luxemburg erinnert, ein unentbehrliches Ferment. Sonst hätte Heuchelei, gestützt auf Dumpfheit, unangefochtene Hegemonie.

30. Oktober 1989

Támas Bácskai (ehemals Direktor der Ungarischen Staatsbank): „Wir haben uns geirrt, als wir dachten, dass eine Reform der Wirtschaft ohne eine Umwälzung der Eigentumsfrage zu dem gewünschten Resultat führen würde. Ohne Privatisierung geht es nicht. ohne Privatisierung gibt es keine wirklichen Leistungsanreize.“ Gefragt nach Überfremdung durch ausländisches Kapital, winkt er ab. Man braucht Kapital tout court. „Und schließlich geht der technische Fortschritt hauptsächlich von den internationalen Gesellschaften aus.“ Es gibt bereits 800 Joint Ventures. Die meisten klein, im Durchschnitt weniger als 10 Mitarbeiter.

Zunächst habe man die Eigentümerrechte den Belegschaftsvertretern und Direktoren übertragen. „Das ist meist der Freundeskreis des Direktors. Diese Leute wissen, dass der ausländische Käufer sie zuerst auf die Straße setzen wird, und darum sträuben sie sich sehr stark.“ Die „künstlich aufgeblähte Beschäftigung“ reduzieren, vor allem die Frauen freisetzen. Artikuliert sie „mit einer unseligen Bürokratie“.

Das Bisherige sei „schlechter Staatskapitalismus“ gewesen. Der große Denker Marx habe sich mit seiner Perspektive der Vergesellschaftung geirrt. Selbst die skandinavischen Länder sind ihm zu sozialistisch, soziale Marktwirtschaft, Österreich und Thatcher seine Vorbilder.

#tb#1. November 1989

Im FAZ-Wirtschaftsteil eine Art Rubrik unter dem Titel „Umbruch in der DDR“ (war der Titel meines DVZ-Artikels).

Die Pravda fordert die Einführung von Arbeitslosenunterstützung. Im Obersten Sowjet laute Proteste, als es um die Finanzierung eines zusätzlichen Sozialhaushalts geht (zum Beispiel ein 18-monatiger Erziehungsurlaub, Kinderkranken- und Waisenhäuser etc.). Der Finanzminister will die Tabakpreise um 30 Prozent erhöhen, auch Preise für Bier und Kaviar (was für ein absurdes Nebeneinander von Volksnahrung und Luxus). Öffentliche Organisationen, einschließlich der KPdSU, sollen ihre Wolga-Limousinen verkaufen, schlug er vor.

China rückt ab von der zeitweilig angestrebten Marktwirtschaft und will „geplante Warenwirtschaft".

Karl Schlögel denkt sich (in Nr.6 der „Lettre Internationale") vollends hinein in die kapitalistische Mentalität, indem er das schöpferische Individuum aufs Kapitalistenparadigma festnagelt: „Es zeigt sich jetzt, dass es ... unmöglich ist, die Wirtschaft zu entstaaten, wo der Privatmann und seine Wirtschaftsform nicht mehr vorhanden sind." Diskrete Konfiguration: „Privateigentum, Unternehmerschaft, Arbeitskultur und Wettbewerb". Was da „Arbeitskultur" heißt! Kapitalförderlich lohnzuarbeiten.

2. November 1989

Die DDR-Philosophen tagen. Vorne und oben zunächst wie üblich Hahn und Eichhorn. Aber von unten und aus dem Hintergrund Unmut. Sollten Hahn und Eichhorn bleiben, wäre an nichts Neues zu glauben. Dieter Segert von der Forschungsgruppe „philosophische Grundlagen eines modernen Sozialismus" darf ein paar redliche Forderungen im TV vorbringen.

Zu den erkämpften neuen Freiheiten zählt nun auch die Veröffentlichung von Umwelt-Meßergebnissen.

3. November 1989

Die Rücktritte häufen sich: die Vorsitzenden zweier Blockparteien, zwei Bezirksparteivorsitzende. Vor allem Harry Tisch. Sein Verschwinden durch eine

Austrittsbewegung erzwungen. Eine Frau als Nachfolgerin! Klasseninteressen gegen den Staat und die Betriebe geltend machen, Leistungsprinzip durchführen. Die Einheitsgewerkschaft, als Lehre aus dem Faschismus, solle unbedingt verteidigt werden. Nichts darüber, was mit der in Gründung befindlichen Gewerkschaft „Reform" geschehen soll.

Die Abwanderung soll überproportional den Medizinsektor getroffen und partiell entvölkert haben. Die „eingesparten" Gehälter sollen jetzt für Leistungszuschläge verwendet werden. Auch überlegt man, arbeitslose Mediziner aus dem Westen anzustellen.

In der „AK" vom Ende des Philosophiekongresses. Buhr hat anscheinend das Schlusswort, worin er der materialistischen (er sagt „matralistischen") Dialektik aufträgt, Widersprüche künftig zu mögen. Daneben noch immer Hahn. Es ist zum Heulen. Nicht mehr lange.

3. November 1989 (2)

Überraschende Fernsehansprache von Krenz, um am Vorabend der vom Künstlerverband angemeldeten Demonstration die neuesten Beschlüsse des Politbüros bekanntzugeben. Nach den Exponenten der Administrativplanung in der Wirtschaft und des Propagandasystems, die mit Honecker zurücktraten, sind nun der Stasi-Minister und der Chef-Ideologe weg: Mielke und Hager, dazu Axen, Mückenberger und Neumann. Die Schlüsselbereiche der alten Festung sind aufgebrochen.

Konfiguration der schon angegangenen Politik-Änderungen: Reisegesetz, 213 Strafgesetzbuch (?), Medienreform, Öffentlichkeit von Umweltdaten, Amnestie; Treffen und Abstimmung mit Gorbatschow. Ein Aktionsprogramm (das am Mittwoch dem ZK vorgelegt werden soll): politische Reform in Richtung auf eine um den „mündigen Bürger" zentrierte „reiche politische Kultur der sozialistischen Gesellschaft", mit „Meinungsvielfalt und Meinungsstreit"; Verfassunggerichtshof; Vereinigungsgesetz; Verwaltungsreform; Abschaffung „übertriebener

Repräsentation und Inanspruchnahme von Sonderrechten“; Gesetzbindung der Polizei; Recht auf Wehrdienstverweigerung mit zivilem Ersatzdienst; „umfassende Wirtschaftsreform“; gegen „ausufernde bürokratische Gängelei“ (nicht gegen nichtausufernde?); Bildungsreform; „Demokratisierung der Kaderpolitik und die Begrenzung der Zeitdauer für die Ausübung von Wahlfunktionen“. — Dieses Profil, vor kurzem noch atemberaubend revolutionär, nurmehr ein Profil von Zugeständnissen.

Sonderbare Reflexion des Vorgangs: „Führung durch die Partei heißt, politische Konzepte ... zu entwickeln und die Mitglieder und Organisationen in den Volksvertretungen, in der Regierung, den Räten und anderen Organen des Staates und der Wirtschaft zu deren Verwirklichung zu befähigen.“ Noch immer muss nicht gesagt werden, von w*elcher* Partei geführt werden soll, das Subjekt ist einfach „d*ie* Partei“, obwohl es formell ein Mehrparteiensystem gibt. Die Forderung der LDPD auf Einberufung einer außerordentlichen Volkskammersitzung mit Rücktritt der Regierung und Neuwahl des Volkskammerpräsidenten steht in dieser Rede wie ein Zeichen dafür, dass die Initiative von anderen Kräften und letztlich von den Massen auf der Straße ausgeht. Zu den Forderungen der LDPD, heißt es jetzt, soll das ZK Stellung nehmen. Krenz sagt nicht einmal, was er dem ZK vorschlagen wird.

Der Komparativ der weiteren Vervollkommnung ist aus der Rhetorik von Krenz verschwunden. Nicht „n*och* lebenswerter“, sondern einfach „lebenswerter“ soll der Sozialismus gestaltet werden. „Erneuerung“, „Neubeginn“, „Aufbruch des Volkes“ — nicht mehr die Kontinuität wird vor allem beschworen. Was an der alten Phrase Sinn hatte, tritt deutlicher vor: dass Sozialismus nicht preisgegeben werden soll. Versuch, die Widersprüche in eine Losung zu verdichten: „Mehr Demokratie für mehr und besseren Sozialismus.“ Es wird aber nicht gesagt, wie diskreditiert dieser ist. Immerhin wird „Ungeduld“ als „verständlich“ und möglicherweise „sogar der Sache dienlich“ ausgesprochen. „Aber es birgt auch Gefahren. In wenigen Wochen oder gar in ein paar Tagen können nicht Entwicklungen korrigiert werden, die sich

über Jahre zu einem Knäuel ernsthafter Widerprüche und Krisenerscheinungen angehäuft haben.“ Unter den legitimen Akteuren der Suche nach neuen Wegen werden auch die „neuentstandenen Bewegungen“ genannt.

Freiwillige Rücktritte bisher die Form, in der Kader abgelöst werden. Es wird nie abgewählt oder abgesetzt.

4. November 1989

Auf dem Alex eine riesige Kundgebung, es könnte eine Million Menschen gewesen sein. Über drei Stunden. Eine Revolution — und wir haben, sagt Stefan Heym, bisher noch keine in Deutschland, die geglückt ist. Doppelmacht. Merkwürdige Dialektik zwischen den beiden Mächten, der zivilgesellschaftlichen und der staatlichen. Ein Glück für das Land viele dieser Intellektuellen, die da plötzlich eine Revolution in Worte fassen. Vor allem die Schriftsteller: Christa Wolf und Heym; aber auch Christoph Hein, von dem ich bislang eher Kaltes und Absurdistisches kannte, spricht klar und eingreifend. Heiner Müller liest mit düsterer Stimme einen Aufruf für die oppositionelle Gewerkschaft „Reform“. Ein bißchen klingt es so, als müsste nur permanent gestreikt werden, um gleiche Löhne und Arbeitszeiten wie in der BRD zu kriegen.

Stefan Heym redete die Demonstranten mit „Liebe Bürger und Bürgerinnen“ an. Wir stecken nun mal in dieser Sprache. Wird diese Revolution sich deswegen eine bürgerliche nennen?

Gerlach, der Volkskammerpräsident werden will, wird akzeptiert. Hauptsache, er ist nicht von der SED. Schabowski niedergeschrien. Aber immerhin kann er überhaupt noch vor den Leuten auftreten. Markus Wolf wagt es, gutzusagen für Teile des Stasi. Er erntet Schreie, aber man respektiert ihn. Gysi, ein Rechtsanwalt, schreibt Krenz die Entscheidung zu, am 9. Oktober in Leipzig die Polizei zurückzuziehen und den Massen die Straße zu überlassen. Dies der Umbruch.

Fürs Dezemberheft des A*rgument,* das übermorgen in Druck geht:

Stell Dir vor, es ist Sozialismus und keiner geht weg

Heillos verspätet, dennoch schneller, als erwartet, mit täglichem Crescendo, ist die DDR unterm Ansturm demonstrierender Massen in Bewegung geraten. Die neue — sich fast täglich personell und institutionell weiter erneuernde — Führung hat das Ruder ruckartig herumgerissen. „Endlich, um Jahre zu spät, die Erkenntnis, dass wir von der Sowjetunion die Umgestaltung lernen werden und müssen", erklärte die Akademie der Künste in der Hoffnung, „es möge uns auf deutschem Boden eine sozialistische Reform gelingen".

Massenaktionen, beantwortet mit einer Politik der Verhandlung zwischen Regierenden und Regierten („Dialog"), haben seither die Initiative. Die Regierenden versuchen, reformierend Schritt zu halten. Reform und Revolution verdichten sich in einem Moment, dessen Signatur Christa Wolf formuliert hat: „Unten und Oben wechseln ihre Plätze im Wertesystem. Und dieser Wechsel stellt den Sozialismus vom Kopf auf die Füße."

Könnte die revolutionäre Umgestaltung der DDR zu einer sozialistischen Demokratie gelingen? Arbeitsproduktivität und Lebensstandard liegen unterm Niveau der BRD. Die Ökonomie liefert die Schwächeren den übermächtigen Konkurrenten aus, wo man diesen keine Grenzen zieht. Aber wie? Die allseitige Entschiedenheit, dass etwas getan werden müsse, kontrastiert mit der Unklarheit, was getan werden kann. Noch sind die Fragen kaum heraus, geschweige die Antworten.

Diese Zeitschrift, die in linksakademischer Isolation die „Erneuerung marxistischer Theorie" zu ihren Aufgaben zählte, musste durch die sowjetische Umgestaltung in Bewegung geraten. Der Versuch, diese zu denken und dadurch die Theorie umzugestalten, erhielt für uns erst 1987 Priorität. Es ist, als hätten wir uns zuvor durch Angriffe, die zwar uns schlugen, aber vielleicht schon das Neue meinten, davon ablenken lassen, dieses wahrzunehmen: dass man uns auf dem VI. Philosophenkongress der DDR als „intellektuelles Lumpenproletariat" beschimpfte

(vgl. Heft 156/1986), trug dazu bei, eine epistemologische Barriere aufrechtzuerhalten. Indes hieß das letzte Heft von 1986 bereits „Reform der sozialistischen Länder“. Aber das historisch Neue in seinem ganzen Umfang war noch nicht im Bewusstsein. Erst in den Heften 167 („Politik des Kulturellen“) und 170 („Projekt Perestrojka“) von 1988 und nicht zuletzt in der Studie zur Theorie der Perestrojka wird es bearbeitet.

Der Umbruch in der DDR stellt nun die Fragen auf Nähe. Soweit möglich, werden wir Theorie ans Niveau der realen Bewegung anschließen.

5. November 1989, Sonntag

Überall in der DDR „Sonntagsgespräche“.

Der Strom der Ausreisenden schwillt wieder an. Lange Trabi-Schlangen an der tschechoslowakischen Grenze. Weder die gestrige Demo noch die Rede vom Freitag konnten diese Leute zum Bleiben bewegen.

Mit dem Machtmonopol der SED ist es faktisch schon vorbei. Aber noch ist sie außer jener Millionenpartei eben zunächst der Apparat, das Leitungs- und Verwaltungspersonal der Gesellschaft, besitzt also momentan das Apparatmonopol. Die Karriereratten werden dieses sinkende Schiff schon bald verlassen und ihren bisherigen Opfern den ganzen Dreck anhängen, den sie angerichtet haben.

6. November 1989

In Moskau eine staatsinterne Devisenauktion, um herauszufinden, was der Rubel wert ist. Geheimnis zweiten Grades: sich von einem instrumentell benutzten Geldzeichen aus dem wirklichen Geld zu nähern. Ein Experiment zur Erzeugung eines echten Fetischs.

Die FAZ lobt die Volkskultur und die revolutionären Intellektuellen, wie sie sich gestern auf dem Alex manifestiert haben. Vermisst (und bestellt) analoge

Kreationen der hiesigen Intellektuellen, ohne zu bedenken, dass es hierzu auch bei uns einer Revolution bedürfte. Wer sich hier revolutionslos von der revolutionären Sprache in der DDR inspirieren ließe, wäre ziemlich genau das, wovon man sich drüben befreit: ein Tui, ein Liebediener der Macht. — Übrigens entziffert die FAZ die Zeichen schlecht. Christa Wolf hat gesagt, auf die Frage „Was tun?“ komme das Echo: „(Et)was tun!“. Für die FAZ trägt dieses Echo unverändert das Fragezeichen: „Was tun?“ Aus Christa Wolfs Aufforderung zum Handeln macht sie Ratlosigkeit. Auch bei der Rede von Heym macht sie Transkriptionsfehler: Die „s*chön* gezimmerte Tribüne“, auf der Honecker wenige Tage zuvor den Triumphzug hatte abnehmen dürfen, wird zur „s*chon* gezimmerten Tribüne“, als gälte es, darauf Köpfe rollen zu lassen.

Die beiden am Wochenende neu ernannten Bezirkssekretäre, beide promoviert, waren zuvor für Wissenschaft und Kultur zuständig. Als sollten diese Bereiche als solche rehabilitiert werden.

7. November 1989

Roland Wötzel in Leipzig niedergeschrien. Die Masse honoriert nicht, dass er — neben Masur — am 9.November das erste Gesprächsangebot unterbreitet und damit die Wende mit-eingeleitet hat. Die bisherige repressiv-administrative Herrschaft der SED hat eine regelrechte Antihegemonie hinterlassen.

Der Entwurf für ein Reisegesetz wiederum halbherzig und bürokratisch durchsetzt mit Klauseln der Einschränkung, Antragsprozeduren. Das bringt Dickel, Innenminister, vor die Kameras. Drei Minuten genügen, ihn bloßzustellen. Diese Regierung regiert nurmehr auf Abruf. — Warum braucht man überhaupt ein Ausreisevisum? Um das Pendeln zu unterbinden? Die Doppelexistenz, im privatistischen Westen zu verdienen und im sozialsubventionierten Osten privilegiert zu leben? Der erzwungene Rückzug des Staats legt die ökonomischen Zwangsbedingungen frei, die jede Rückzugsstellung sogleich wieder destabilisieren.

Otto Reinhold spricht jetzt von „marktorientierter Planwirtschaft“.

Eigenerwirtschaftung der Mittel durch die Betriebe läuft nur unter Marktbedingungen. Planfunktionen: Optimierung der Rahmenbedingungen für die Betriebe und soziale Ausrichtung der Ökonomie. Keine direkten staatlichen Eingriffe ins betriebliche Geschehen. Angebot und Nachfrage sollen, wenn die FAZ ihr Gespräch mit Reinhold richtig wiedergibt, weitestmöglich die Steuerung von Produktion und Absatz, Löhnen und Preisen bewirken. Für Beibehaltung gewisser Subventionen (z.B. beim Brot).

Die polnischen Kommunisten wollen ihre Partei auflösen, weil sie keinen Fuß mehr auf den Boden kriegen. Sie betreiben die Gründung einer neuen Linkspartei.

Der Strom der Auswanderer hält an.

8. November 1989

Die DDR-Regierung zurückgetreten. Vom Standpunkt der Machterhaltung der SED kommen alle Maßnahmen zu spät.

Hans-Joachim Hoffmann, Kulturminister seit 1973, hat schon im Juni 1988 in einem Gespräch mit „Theater heute“ gesagt: „Das Sicherste ist die Veränderung.“ Die ihn damals deswegen angriffen und die Zeitschrift einzogen, sind in der Versenkung verschwunden.

Die SPD in der Defensive. Ihre Gesprächsdiplomatie mit der SED ist durch die Revolution in der DDR desavouiert. Auf die neue Aktualität der „deutschen Frage“ ist sie schlecht vorbereitet. Und sie muss fürchten, von der Abwertung des Sozialismus mitgetroffen zu werden. Farthmann wehrt sich dagegen, pauschal von einem Bankrott des Sozialismus zu sprechen. Das Scheitern des DDR-Sozialismus dürfe nicht in Beziehung zum „freiheitlichen Sozialismus“ der SPD gesetzt werden. Selbst der Ausdruck „demokratischer Sozialismus“ ist ihnen nicht mehr sicher genug.

Kuczynski im ND über „Konservative Revolutionen“: unter diese Rubrik bringt er die Revolution in der DDR. Ohne es sagen zu müssen, setzt er diese dadurch dem

Gespenst einer Konterrevolution entgegen. „Eine Art von Absolutismus an der Spitze und ein entsprechender Machtverlust der herrschenden Klasse, deren Rechte verletzt werden“, mache auch im Sozialismus Revolution notwendig. Zitiert Marx über den „konservativen Charakter der englischen Revolution“, die im Unterschied zur französischen durch eine „fortwährende Allianz“ der „Bourgeoisie mit dem größten Teil der großen Grundbesitzer“ getragen war (MEW 7, 210). „Konservativ“, weil einem seit hundert Jahren sich entwickelnden Kapitalismus gegen „reaktionäre feudale und halbfeudale Kräfte“ den Ausgangspunkt für eine stürmische Entwicklung schaffend.

K. hätte das Kapitel „Rückkehr zu Lenin?“ in meinem Gorbatschow-Buch lesen sollen (er war einer der Ersten, denen ich es gegeben habe, Pfingsten bei der Volksuni). Dort habe ich — ebenfalls im Vergleich zur englischen Revolution — die Losungen der „Wiederherstellung“ („The Good Old Cause“) zusammengetragen. K. wusste natürlich das /114//Marx-Zitat dazu. Es dient zur Absegnung des Kommenden, ihm zu attestieren, dass es „zur Erneuerung des Sozialismus, zu seiner Stärkung“ beitragen werde. „Die erste solche Revolution unter Chruschtschow scheiterte nach einiger Zeit. Die zweite, unter Gorbatschow, hat bereits beachtliche Erfolge gebracht. Unsere Haltung zu dieser Revolution war eine schlimme.“ Schwejk auf Byzantinisch: „Endlich haben auch die Führenden in Partei und Staat eingesehen, dass es bei uns einer ‘konservativen Revolution’ ... bedarf. Und wir können stolz darauf sein, dass es unser Volk, auch nicht zum wenigsten die Masse der Parteimitglieder war, die eine solche Wandlung der Verhältnisse herbeiführten.“ — „Konservative Revolution“ artikuliert K. auch mit „konservativer Behandlung“ in der Medizin, was er aus dem Wörterbuch als „Behandlung zur Bewahrung, Erhaltung verletzter oder krankhaft veränderter Körperteile“ bestimmt. „Chirurgische Eingriffe ins Gesellschaftliche übersetzt: ohne dass eine neue Klasse die Herrschaft übernehmen muss.“ Listiger alter Kutsch!

9. November 1989

Alles wird vorstellbar. Nur was gestern selbstverständlich war, ist heute unvorstellbar.

Modrow, der Zurückgesetzte von gestern, als Regierungschef designiert.

Vor dem ZK-Gebäude eine rasch anschwellende Demo von SED-Mitgliedern, die das noch bestehende ZK desavouierten und einen Sonderparteitag forderten mit Direktwahl der Delegierten durch die Basis. Eine Grundorganisation (die des Instituts für Gerätebau der Akademie der Wissenschaften) war es auch, die zur Demo aufgerufen hatte. Redner auf Redner, Sprache der Revolution. Interessanter als Shakespeare. Sprechchöre riefen nach Krenz, der schließlich aus der ZK-Sitzung geholt wurde. Er nahm den Druck von unten entgegen.

Michael Grabek meint, die Demo sei als Jubeldemo zentral angeordnet worden. Wenn ja, ist daraus das Gegenteil geworden, Wortergreifung revolutionärer Ungeduld von unten, aus „der" Partei selbst.

Eine neue Lüge oder Selbsttäuschung, die in den Besserungsgelöbnissen enthalten ist, lautet, die Partei müsse zur inneren Demokratie „zurückfinden". Gesagt werde müsste: dieser historische Moment, der uns vermutlich die Regierungsmacht kosten wird, birgt die Chance, dass wir uns als demokratisch-kommunistische oder sozialistische Partei neu gründen. Unter stalinistischen Vorzeichen und sowjetischer /115//Übermacht gegründet, war die SED immer eine vorwiegend befehlsadministrative Partei gewesen. Ließe sich aus dem Umbruch revolutionäre Qualität gewinnen? Aber dazu bräuchte es einer führenden Person, die von den aufgebrochenen Massen gewollt wird und deren Bestrebungen in einem mitreißenden Projekt verdichten kann.

Im Schriftstellerverband ist Hermann Kant gescheitert mit dem Vorschlag, ausgeschlossne Mitglieder pauschal zu rehabilitieren und die Ausschlüsse rückgängig zu machen. Dabei wäre er als seinerzeit an der Repression Mitwirkender zu billig davongekommen.

Das CDU-Organ „Neue Zeit“ veröffentlichte eine Erklärung zur politischen Lage in der DDR, unterzeichnet von Volker Braun, Helga Königsdorf und 26 anderen Mitgliedern der Berliner Bezirksversammlung. Rechtsstaatliche Einrichtungen und Umstrukturierungen gefordert, „innere Abrüstung“, Unabhängigkeit der Medien, Wirtschaftsreform in der Perspektive einer konvertierbaren Währung, ein Programm gegen Umweltzerstörung und Ruin der Infrastruktur, Demokratisierung des Bildungswesens, gleichberechtigter Zugang zu allen höheren Bildungswegen und Ämtern. Staatssicherheit wird zu „einer Frage funktionierender demokratischer und ökonomischer Institutionen“ erklärt. „Die Schwierigkeit der augenblicklichen Lage besteht darin, dass der erforderliche Wandel schnell genug eintreten muss, um die Behebung des alten, abgewirtschafteten Monopol- und Kommandosystems dauerhaft sicherzustellen, und bedacht genug, um wirklich zu greifen. In diesem Sinn ist die Formel ‘Kontinuität und Veränderung’ die Forderung des Tages. ... Dazu bedarf es in der Führung des Staates und der SED politischer Autoritäten, die in ihrem Veränderungswillen glaubhaft und in ihrer Beziehung zur Kontinuität nicht verschlissen oder kompromittiert sind. ... Nach dem zweiten Weltkrieg ging es um ein neues Deutschland. Heute geht es um eine neue Deutsche Demokratische Republik.“ Wer wären jene Autoritäten? Welches realisierbare Projekt würde die Ziele zusammenfassen? Wo doch die ganze Zeit die demokratisch-kapitalistische BRD lockt, eines der drei reichsten Wirtschaftszentren der Welt und einer der am besten verwalteten Sozialstaaten zugleich.

Brief von Helmut Ridder: Gorbatschow „scheint es doch tatsächlich zu schaffen, dass 1789 die BRD nun einfach überspringt und irgendwie in der DDR ‘ankommt’ und ‘dieses unser Land’ einzukreisen beginnt, in dem schon wieder ein realitätsblinder Siegeswahn ausgebrochen war. ... Im Gegensatz zu mancher Kritik meine ich, dass Sie Gorbatschow nicht überschätzen: die ohne ihn jedenfalls nicht schon jetzt eingetretenen positiven Unumkehrbarkeiten häufen sich!“

/116//10. November 1989

Gestern Abend gab Schabowski auf der live übertragenen Pressekonferenz die

faktische Öffnung der Grenzübergänge für Ausreisewillige bekannt. Heute Nacht dann die Grenze umstandslos geöffnet. Seitdem strömt es nach Westberlin.

Brigitte Kahl erzählte von den Aktivitäten des Neuen Forum in Schöneiche: sie verbinden das Nahe mit dem Fernen, das Lokale mit dem Staat, sie regieren (sich) selber. Das vorherrschende Gefühl: Zur Zeit ist alles möglich. Wie lang dauert dieser Moment? Die kurze ganz andere Zeit.

Sibylle Wirsing beschreibt im Feuilleton der FAZ die vorgestrige (war es wirklich erst vorgestern?) Demo der SED-Basis. Der Bericht glänzend, hat jedoch eine dumpfe Stelle, wo die Pointe verschluckt ist, und das Verschluckte ist zufällig genau das, was der FAZ nicht ins Konzept passt. Ihr Bericht endet so: „Ein wendiger Ordner packte den Moment beim Schopf: 'Brüder zur Sonne, zur Freiheit'. Die Revolutionäre verabschiedeten sich singend von ihrem historischen Moment am Abend des 8. November." In Wahrheit aber hatten die Demonstranten, als sie aufgefordert wurden, „Brüder, zur Sonne..." zu singen, die Internationale gesungen. Von hinten fing es an, ergriff immer mehr Menschen, bis der Gesang vorgedrungen war bis zum Podium. Sie sangen alle vier Verse. Und der Text passte!

10. November 1989 (2)

Ein Oberst erklärt im Fernsehen, warum an den Grenzübergängen unterschiedlich verfahren wird: Als die neue Regelung bekannt wurde, strömten die Ostberliner noch in derselben Nacht zu den Übergangsstellen, die meisten ohne vorherige Beantragung eines Visums. „Um schwierigen Situationen vorzubeugen", gaben „die Organe" (der Staat vor Ort) nach und ließen kurzerhand alle durch.

Das Fernsehen interviewte einige dieser „Touristen": alle waren zufrieden, ja, mit solchen Maßnahmen könne der Staat Vertrauen bilden. — Es ist bisher allein der Rückzug des Staates, sein Absterben aufgrund von Nichtbeachtung, wozu sie Vertrauen haben. Glücksgefühle. Die Menschen dehnen sich aus, richten sich auf. Mir fällt ein, was Marx in der D*eutschen Ideologie* geschrieben hat: die Proletarier „müssen den Staat stürzen, um ihre Persönlichkeit durchzusetzen" (MEW 3, 77).

Aber es ist doch auch der despotische Arbeiterstaat, den sie bei der Durchsetzung ihrer Persönlichkeit hier beiseiteschieben, /117//und was kommt dann? Was tun, damit nicht ein fremder Staat verstärkt wiederkehrt?

Tausende junger Leute haben auf Westberliner Seite die Mauer besetzt, Mauerschau haltend. Palaver mit Polizisten.

Das ZK hat 4 vorgestern gewählte Politbüromitglieder bzw. -kandidaten wieder abgewählt (darunter Böhme, der 60 Gegenstimmen erhalten hatte und inzwischen in seinem Bezirk abgewählt worden war). Eine revolutionäre Kraft, die man hinter diesem Stolpern als unwiderstehliche Nachhilfe zur Fortbewegung ahnt.

10. November 1989 (3)

Kohl, Brandt, Weizsäcker — der deutsche Westen bietet alles auf zur nationalen Kundgebung. Wird der Aggregatzustand der Masse ins Nationale kippen?

Linke Rückzugsposition, gerade bei denen, die lange Zeit die Kritik von der DDR abgewehrt hatten: Der Sozialismus gescheitert; es gilt die „Werte“ zu bewahren, die er (falls überhaupt) hervorgebracht hat, sowie vor allem jene andern „Werte“, die seinen Sturz bewirkt haben, nämlich die des demokratischen Umbruchs. Von „Sozialismus“ fürs Erste nicht mehr die Rede, weil bei den Menschen unterschiedslos diskreditiert.

Fritz Wolf von der Redaktion der DVZ erklärt, zurück nach Österreich zu wollen. Er sieht die Partei und ihre Führung konzeptionslos reagieren. Die Demo vom 4. November hatte ihn zunächst in der Hoffnung bestärkt, da entpuppe sich eine für den Sozialismus begabte Gesellschaft. Aber nun stehen ihm die übermächtigen Gesetze der Ökonomie vor Augen. Seine Stimmung ist umgeschlagen, als er eine Fernsehdiskussion sah, bei der ein Unternehmer (Spätmann, stellvertretender Thyssen-Chef) erklärte, er warte nur aufs grüne Licht, um in der DDR Boden zu kaufen, Fabriken zu bauen, Arbeiter gegen Westgeld zu beschäftigen und so zur Sanierung dieses Landes beizutragen. Fritz stellt sich vor, wie, allen anderen

Bestrebungen zum Trotz, die Westwährung hereinwirken und das gesamte gesellschaftliche Leben durchdringen wird. Dagegen sieht er kein Kraut gewachsen. Pessimismus.

Ich soll über die abzusehenden Folgen in der Bundesrepublik schreiben. Aber was mich interessiert, ist etwas anderes: Den Vorgang als Revolution lesen.

Am Ende einer Nacht offner Grenzen sind 1.500 im Westen geblieben. Die meisten zurück, oft direkt zum Arbeitsplatz.

/118//Gegenszene zum fast ordnungswidrigen Singen der Internationale am Ende der vorgestrigen Demo der SED-Basis: Heute vorm Rathaus Schöneberg wollte Wohlrabe das Deutschlandlied gesungen haben. Man hörte ein Konzert von Buhrufen und Pfiffen und dazwischen vier dissonante heisere Stimmen. Ich war überglücklich, denn dies bedeutete, dass von den Massen nicht der Nationalismus, sondern die demokratische Revolution gefeiert wurde. Hierzu stimmten die meisten Antworten vor der Kamera. „Wiedervereinigung" sei kein Thema. Vereinzelt sogar bei Jungen die Zuversicht, die DDR würde sich jetzt zum Musterländle entwickeln. Als ein Bus mit Reklame für die Wodkamarke „Gorbatschow" vorbeifuhr, brachen diese Westberlinbesichtiger aus der DDR in Gorbi-Gorbi-Sprechchöre aus.

Momper und Brandt fanden wohlwollendes Gehör, Genscher Beifall; allein als Kohl sprach, hörten Pfeifkonzert und Sprechchöre keinen Moment auf. Momper, der Historiker, erinnerte daran, dass heute der 71. Jahrestag der deutschen Revolution ist, und feierte die „friedliche und demokratische Revolution in der DDR".

Derweil im Ostberliner Lustgarten eine Großkundgebung der SED, unabsehbare Massen, viele rebellische Losungen. Ein Dutzend SprecherInnen verschiedener Organisationsebenen und Richtungen der Partei. Dieter Klein sprach von einer Revolution unter der Arbeit, die nämlich derweil weiter getan wird. Ruth Werner, die Schwester Kuczynskis, ihr hohes Alter geschickt ausspielend, hatte eingewilligt

zu sprechen, weil man zum ersten Mal ihre Rede nicht vorher hatte sehen und zensieren wollen. Ähnlich fingen auch andre an. Ruth Werner erzählte, wie sie ihren (bereits erwachsenen) Enkeln eingeschärft hatte, ja nicht in den Apparat zu gehen, weil man dort entweder ein Magengeschwür kriegte oder sich den Hals brach oder von der Macht korrumpiert wurde. Nun aber rief sie den Jungen zu, in den Apparat zu gehen und dort alles zu tun, dass sich die alten Zustände nie wiederholten.

Ein Borsigmeister sprach dem ZK sein Misstrauen aus und forderte seine umgehende Neuwahl sowie den Abbau der Bürokratie. Frauen und Arbeiter ins ZK — die Forderungen noch auseinander. Dieter Klein verlangte eine Revolutionierung der Machtwege in der Partei. Was jetzt geschieht, bedeutet die endgültige Legierung von Sozialismus und Demokratie — oder es wird keinen Sozialismus mehr geben.

Viele sprachen sich für ein Bündnis mit allen reformtragenden Kräften aus. Am radikalsten ein Arzt aus der Charité. Am 9. Oktober habe er den Impuls verspürt, das Parteibuch zurückzugeben. Dann habe er verstanden, dass er mitverantwortlich sei und die Erneuerung /119//mit vorantreiben müsse. Er verlangte, das Fernsehen solle Kameras und Mikrofone auch hinten postieren, damit die Zuschauer nicht glaubten, die vorderen Reihen drückten die Meinung der Parteibasis aus. Misstrauen gegen das alte ZK, sofortige Neuwahl, Erneuerung der Partei von unten. Unter wachsendem Gegengeschrei rief er, die Alten bräuchten nicht zu fürchten, dass dabei auf ihre Erfahrung verzichtet würde, Schabowski, Modrow und Eberlein müssten unbedingt wieder ins Politbüro.

Als Krenz sprach, war es, als sollte die alte Zeit sich wieder über den revolutionären Aufbruch legen. Es war weitgehend die alte Rhetorik mit ihrer Verblendung. Keine wirkliche Wahrheit wurde sichtbar, und die vielgestaltige Aktivität der aufgebrochenen Massen schien vorübergehend in den Schlaf der Passivität zurückzufallen. Täuschte sich der Redner am Ende selbst über die tödliche Gefahr hinweg? „Es ist die große Volksbewegung dieses Landes, die uns

auf diesem Wege vorwärtsbringen wird.“ Als wäre es nicht zunächst eine Revolution gegen das alte Regime der SED, und als würde der Redner nicht tatsächlich alle erdenklichen Anstrengungen und Selbstverleugnungen aufbieten, um nicht mitsamt seiner Partei und dem gesamten Sozialismus überhaupt endgültig weggefegt zu werden.

*

Vermutliche Gründe, warum die DVZ-Redakteure den Sozialismus schon für verloren geben: 1) Ökonomismus; 2) Identifikation des Sozialismus mit der Herrschaft der SED (sie sehen nicht, dass es darum geht, eine „Partei der Umgestaltung“ quer durch die vorhandenen Teilungen zu bilden; 3) sie sehen nicht, dass die Ausdehnung von Demokratie über die engen Schranken politischer Repräsentation in die wirkliche Lebensgestaltung und Arbeitswelt hinein sie zu Sozialismus macht.

Brigitte Kahl hat das Gerücht gehört, ein hoher Kirchenmann wolle Außenminister werden.

Dieter Klein viel besser, als Grabek ihn gelten lassen will.

Ein Schild auf der Demo: „Vorwärts zu Marx“.

Paradoxie: Man kann zusehen, wie viele Menschen sich unglaublich ändern, erzählt Brigitte. Zu denken, dass dies der Moment ist, den die FAZ-Schreiber zum Beweis nehmen, dass der Mensch sich nie ändere, woran wiederum der Marxismus endgültig gescheitert sei.

Die Szene an der Mauer wurde zum Volksfest. In allen Revolutionen gibt es dieses Moment.

/120//Die Besichtiger Westberlins außerordentlich zufrieden mit dieser Möglichkeit, zu kommen und zu gehen nach eignem Belieben. J*etzt glauben sie, dass sich alles geändert hat.*

11. November 1989

Die BRD-Politik spaltet sich momentan entlang der Linie „Wiedervereinigung“ vs. „Selbstbestimmungsrecht des Volkes der DDR“. Verstellte Formen der Annektionshoffnung, politisch die einen, ökonomisch die andern. „Ähnlich wie wir nach dem Krieg“ soll die DDR eine Währungsreform machen (Jungbluth). Kohl fordert Abbruch der Planwirtschaft und marktwirtschaftliche Bedingungen fürs westdeutsche Kapital, das dort investieren will. Anders soll es kein Geld geben. „Wir“ müssen doch sowieso nach Anlagemöglichkeiten suchen, da ist es doch hier, wo es keine Sprachprobleme gibt, viel praktischer.

Das Menschenmaterial solcher Pläne feiert derweil.

Momper: „Heute sind wir Deutschen das glücklichste Volk der Welt.“ Glückspilz, auf diesen historischen Moment als Regierender zu treffen. Man stelle sich vor: Diepgens ölige Deutschlandrhetorik an dieser Stelle.

Heute etwa eine halbe Million aus der DDR in West-Berlin. Auf dem Kudamm wird getanzt.

Die BRD beim Wort genommen. Das „Begrüßungsgeld“, das vor allem als ideelles Geld funktionieren sollte, nun für alle DDR-Bürger zugänglich. Die Durchführung hochtechnologisch, Banken und Post datenvernetzt. Allerlei Genüsse gratis: Kaffee, Glühwein, eine Suppe, der Eintritt zum Vergnügungslokal. Ein paar Jungs begeistert, weil der Kaufhauschef ihnen Geld in die Hand gedrückt habe. Der Antikommunismus wird zu einer Probe auf den Kommunismus. Um die DDR-Bürger dazu zu bringen, sich den Kommunismus aus dem Kopf zu schlagen, begrüßt man sie mit einer Kostprobe desselben als Ausnahmezustand. In den Kaufhäusern feiert der Kapitalismus. Selbst DDR-Geld wird heute angenommen, zum Kurs von 10 : 1 . Die Banken halten (laut FAZ von heute) 10 : 2,5 für real, rechnen bei diesem Tauschgeschäft also mit einem Riesenschnitt. An der Börse haussieren Kaufhausaktien und Papiere aus dem Bausektor.

In den letzten Wochen wurde jedes Zugeständnis der Führenden zum Vehikel neuer Forderungen. Die Reise-Sensation verschafft der DDR-Führung zunächst Zeit. Die Massen zu Besuch im Westen. Gestern nahmen sie sich dieses Vergnügen mit Naturgewalt. Es war ja /121//nicht ganz so gedacht gewesen. Die „Maßnahmen“ wurden um jedes Maß gebracht. Die Ankündigung der Regelung führte die Menschen dazu, die Regelung alsbald außer Kraft zu setzen. Sie wollten Alles, und sie wollten es Jetzt. Der Staat war klug genug, sich ihnen nicht in den Weg zu stellen. Das Unwahrscheinlichste musste wahr und sinnlich erfahrbar werden, damit den Regierenden einmal wirklich geglaubt werden konnte. Weil alle wegbleiben könnten, erfahren sie die Veränderung als unumkehrbar. Das ist ein Ansatzpunkt für das sogenannte „Vertrauen“. Inzwischen arbeitet die Bürokratie auf Hochtouren, um mit ihren bedingungslos erbrachten Formalitäten wieder die wenigstens formelle Bedingung zu werden. Heute hat man 2,7 Millionen Visa für Westreisen ausgestellt.

Auf westlicher Seite der vom Osten her durchlässig gewordenen Mauer ziehen sich jetzt Krawalle zusammen. Die DDR nimmt nicht mehr hin, dass die Mauer vom Westen aus besetzt wird wie gestern. Die westberliner Polizei wartete mit dem Eingreifen, bis es nicht mehr anders ging. Als hätte man Gewalteskalation nicht ungern gesehen. Heute Nacht wirds nun für sie kritisch.

*

In Leipzig eine Demo der SED, etwa 6.000, mit radikaler Kritik von unten nach oben. Sonderparteitag gefordert statt der Parteikonferenz. Wieder zwei Bezirkssekretäre abgesetzt.

Modrow im ZK: „Es geht in dieser Zeit um die Existenz der Partei und um die Existenz des Sozialismus in unserem Lande.“ „Die Wende ist von der Straße ausgegangen, und wir dürfen das Leninsche Prinzip nicht vergessen, dass eine Partei, die ihre Fehler nicht erkennt und anerkennt, die Kraft zur Führung verliert.“ Jetzt braucht es ein überzeugendes Parlament. Modrow fasst eine „große

Koalition“ ins Auge. Das Verhältnis zwischen Partei und Regierung völlig umzugestalten.

Hermann Kant: „Falls wir uns allzu schnell beruhigen, werden wir die Unruhen nicht los.“ Er beruhigt, indem er derart beunruhigt; er vermittelt den Parteioberen das Gefühl, dass sie die Unruhen loswerden.

Modrow hat begriffen, dass auch eine abgefederte Form der Diktatur sich nicht weiterführen ließe. Möglicherweise neigen gerade die „Konservativen“ jetzt zum Nachgeben. Bisher hatten sie Prinzipienfestigkeit durch Stasi ersetzt.

Die Perestrojka begann als Revolution-von-oben und ist es zum Teil noch heute. Sie leidet an den in dieser Form unvermeidlichen Halbheiten. Hier nun eine Revolution-von-unten, die alle Sicherungen /122//durchschlagen hat. Sie befreit auch die Parteibasis. Wenn diese Revolution sich ihre organischen Intellektuellen schafft, wenn die Parteibasis sich in diese Revolution einbringt und deren Richtung mitbestimmt, dann kann es eine soziale Revolution werden, die sich hält. Sonst das Vorspiel fürs Verspeistwerden durchs Westkapital.

Inzwischen geht es bereits um die Bedingungen für freie Wahlen. Das Neue Forum hat heute beschlossen, überall Kandidaten zu den Wahlen aufzustellen. Die Ost-CDU hat eine Jugendorganisation (CDJ) gegründet, die „für einen wahrhaft demokratischen Sozialismus“ einzutreten verspricht.

*

„Die westliche Linke“, schreibt Erich Rathfelder in der TAZ, „kann jetzt neidvoll auf die Möglichkeiten blicken, die es der östlichen Linken nun erlauben, die ‘Civil Society’, vielleicht sogar eine neue, zukunftsträchtige, demokratische ökologische und sozialistische Gesellschaftsform zu entwickeln ... Der Fall der Mauer jedenfalls ist kein Zusammenbruch. Es ist die Chance auch für eine westliche linke Politik.“ Walter Süß führt diesen Gedanken weiter: „Sind doch die Menschen drüben dabei, einen großartigen Versuch zu unternehmen: Sie wollen nicht, wie das ein DDR-

Bürger sagte, zum ‘Sizilien der Bundesrepublik’ werden, sondern sie wollen etwas Eigenes verwirklichen: eine humanere, demokratische, sozialistische Gesellschaft. Gelänge ihnen das, so würden sie Weltgeschichte machen.“ Die beiden sprechen mir aus der Seele. Freya Klier fürchtet allerdings, die DDR werde sich auflösen „wie eine Brausetablette“.

*

In der FAZ erklärt Patrick Bahners Ernst Nolte zum Propheten Gorbatschows: „Noltes Aufsatz wirkt heute prophetisch: Die von ihm vorhergesagten Wandlungen des Marxismus, die Aufgabe der Vernichtungsdrohung gegenüber dem Kapitalismus und die Erkenntnis, dass Sozialismus keinen Zustand beschreibt, sondern ein Grenzbegriff ist, bilden das geistige Fundament für Gorbatschows Reformen.“ Bahners kontert Horkheimers Mahnung, bei der Analyse des Faschismus den Kapitalismus zu berücksichtigen, mit dem Spruch, dass vom Faschismus nicht sprechen darf, wer vom Marxismus schweigt. Ich glaube, er merkt gar nicht, wie gefährlich nah am Faschismus dieses Terrain ist — wie er auch kurzerhand das Gesellschaftssystem (Kapitalismus) durch einen Theorie-Politik-Zusammenhang (Marxismus) ersetzt. Als „Marxismus“ unterschiebt er den alten ML dem Horkheimers; meine kritische Aufnahme der „Nolte-Fragen“ ignoriert er. Denken als Beute & Kostüm.

/123//12. November 1989

Hatte der Ausbruch nach draußen zum Aufbruch drinnen geführt? Was wird nun aus dem Aufbruch, nachdem die halbe Bevölkerung zum westlichen Schaufensterbummel aufgebrochen ist? Wird am Ende eine Freiheitsbewegung durch Bewegungsfreiheit absorbiert? Das Neue Forum verteidigt die Revolution gegen solche Effekte: „Ihr seid die Helden einer politischen Revolution, lasst Euch jetzt nicht ruhigstellen durch Reisen und schuldenerhöhende Konsumspritzen!“ Was für eine denkwürdige Dialektik: „Ruhigstellung durch Reisen“.

Der Gebrauch, den die Leute aus der DDR von der Reisefreiheit machen, ist

überwältigend. Bis heute fünf neue Übergänge geöffnet. Der Potsdamer Platz wieder offen. Als die Mauer dort geöffnet wurde, trafen sich die Bürgermeister aus Ost und West. Um nicht neuen Überdruck zu erzeugen, winken die VoPos die Leute einfach durch. Zunächst wissen die Menschen nicht, ob sie träumen oder wachen, sie lachen und weinen zugleich. Sonderbare Chemie zwischen den beiden deutschen Staatsvölkern, ein Miteinander, das zumindest wir Westler, die nicht soeben eine Revolution gemacht haben, als Private normalerweise nicht empfinden. Zwei Millionen sollen West-Berlin in den letzten zwei Tagen besucht haben. Das Ostberliner Zentrum heute menschenleer. Bis heute Nachmittag sind 4,3 Millionen Visa ausgestellt worden, 800.000 allein in Ost-Berlin. Die beiden Berlin-Städte vernetzen sich, beginnend bei den Polizeien, deren Chefs gestern zusammentrafen und die seither eine ständige Telefonverbindung unterhalten; die Verkehrsbetriebe folgten.

Die Stimmung scheint umzuschlagen. Vorgestern Nacht meldeten sich in Marienfelde noch 1.000, die im Westen bleiben wollen, letzte Nacht nurmehr 200. Im Westfernsehen heißt es, immer mehr gingen zurück, zur Zeit sollen es 300 pro Tag sein. Die DDR-Regierung garantiert Straffreiheit, Wohnung und Arbeit. Tausende überdenken ihre Flucht, behauptet das (westliche) Rote Kreuz. Den unsrigen wird es zuviel.

Derweil kniet Kohl vor der Schwarzen Jungfrau von Tschenstochau, und die USA erklären der Sowjetunion, keine einseitigen Vorteile aus der Situation ziehen zu wollen.

Die neue DDR-Führung hat den Aufschub, den das Reisefieber ihres Volkes ihr einräumte, genutzt. Das Politbüro gibt in der Frage nach, an der die Partei sich zu spalten drohte. Es erklärt sich für die Umdeklarierung der geplanten Parteikonferenz in einen Parteitag. Jetzt geht es wirklich zügig. Heute wieder zwei Bezirkssekretäre abgewählt (Magdeburg und Karl-Marx-Stadt).

/124//In Dresden heute eine Großkundgebung der SED; die Sprecher von unten

fordern massiv den Parteitag. Modrow verspricht, die Forderungen der Basis umzusetzen. Angesichts seiner 61 Jahre nur für eine Wahlperiode.

Beim Sonntagsgespräch in Leipzig ruft Masur auf, sich nicht zufrieden zu geben. Felder, auf denen Umgestaltung verlangt wird: die Subventionen, die Währung, die Wahlen, das Schul- und Bildungssystem (Abschaffung der Zulassungsbeschränkung) und die Förderung der Wissenschaft.

Die Führung hätte gern eine passive Revolution. Angesichts der aktiven Revolution versuchen die zurückhängenden Teile, die passive Revolution, die sie nicht kriegen können, wenigstens zu spielen. Die Neuerer scheinen die Oberhand zu gewinnen. Sie wissen, dass sie versuchen müssen, sich mit den demokratisch-sozialistischen Tendenzen zu einer Revolution des Dritten Wegs zu verbinden.

Die DKP-Zeitschrift „Marxistische Blätter“ druckt einen Text von Volker Braun. Damit das möglich wurde, musste erst ein Volk in Aufruhr geraten.

Im DDR-Fernsehen heute Abend die Janka-Lesung aus dem Deutschen Theater. Christa Wolf spricht einleitend von den Verursachern und Nutznießern des schleichenden Stalinismus, die heute immer schon seine Opfer gewesen sein wollen. Walter Janka zum Schluss: „Versetzt jene in den Ruhestand, die uns einen ideologischen Scherbenhaufen hinterlassen haben und Andersdenkende immer sofort kriminalisiert haben.“ Krenz kann sich nicht sicher fühlen vor solchen Angriffen.

13. November 1989

Im „Aktionsprogramm“ der SED heißt es: „Die DDR ist im Aufbruch. Eine revolutionäre Volksbewegung hat einen Prozess gravierender Umwälzungen in Gang gesetzt. Die Erneuerung des Sozialismus steht auf der Tagesordnung.“

Drei SED-Funktionäre haben sich das Leben genommen: die 1. Kreissekretäre von Perleberg, Bautzen und Köthen.

Einschaltquoten der „Aktuellen Kamera“: Am 7.10. (40. Jahrestag) 10,7 Prozent. Ende des selben Monats waren es fast 50 Prozent. Und wir, die wir bei den „Hofnachrichten“ des Ostens stets abgeschaltet haben, sehen seither nichts mit größerem Interesse.

Ernst-Otto Maetzke gibt im heutigen FAZ-Leitartikel („Koalition der Stehaufmänner“) die fällige Antwort auf das „Pfeifkonzert gegen /125//den Bundeskanzler vor dem Schöneberger Rathaus“. Der Gegensatz zweier Klassenlinien, ein Gegensatz, der sich in die Bundesrepublik fortsetzt: Ob in der DDR ein „geläuteter ‘demokratischer Sozialismus'„ ausgebildet wird „oder ob dieses Stück Deutschland“, „das Gebiet zwischen Elbe und Oder“, sich „praktikablen, also nichtsozialistischen Mitteln“ zuwenden soll — „der Kampf darum hatte schon vor der denkwürdigen Donnerstagnacht begonnen. Denn was sagte der Vorsitzende der IG Metall und heimliche Generalsekretär des demokratischen Sozialismus in der Bundesrepublik schon zwei Wochen zuvor? ‘Ich bin sicher, die Zukunft liegt nicht beim Kapitalismus, sondern bei einer freien und sozialistischen Gesellschaft.'„ „Eine neue ‘Große’ Koalition, eine Hüben-drüben-Koalition ist im Entstehen. Sie will auf dem Boden der gegenwärtigen DDR nicht nur den Sozialismus retten, sondern sogar ein Musterbeispiel für einen wahren Sozialismus, einen ‘Sozialismus des Dritten Weges’ entstehen lassen.“

Maetzke nützt die Definitionsgewalt des Leitartiklers, um den Begriff „grundlegende wirtschaftliche Reformen“ dem Sinn nach festzulegen auf S*ubsumtion unter die Herrschaft des Kapitals*. Nun kann er jener Verschwörung vorwerfen, durch sie solle der „westdeutsche ‘Kapitalismus’ zum Verzicht auf die Forderung grundlegender wirtschaftlicher Reformen gezwungen werden.“ Aber Hilfe naht: „Dieses Konzept haben die drei westdeutschen Parteivorsitzenden Kohl, Waigel und Lambsdorff durchschaut. Sie wollen ihm widerstehen. Es wird der schwerste politische Kampf ihres Lebens.“

Die Volkskammer wählt ihren Präsidenten. Jede Blockpartei stellt einen Kandidaten, nicht die SED, dafür der Kulturbund. Die Auszählung dauert, weil

Vornamen und vor allem sämtliche Titel — sie sind alle Professor Doktor — vorgelesen werden. Das ist DDR.

Etwas später: Das war DDR. Jetzt nurmehr die Nachnamen.

In den USA spricht man von einer „Stampede". Man fürchtet, die Massenaktionen könnten „außer Kontrolle geraten", die „Entwicklung aus den Händen gleiten". Der US-Botschafter begab sich aus West- nach Ostberlin, um den sowjetischen Botschafter zu treffen.

Das Gerücht, die SEW stehe vor der Selbstauflösung.

In Bulgarien Schiwkow abgelöst.

/126//13. November 1989 (2)

Volkskammer — zum ersten Mal diskutiert sie. Und nicht, wie in Bonn, alles in rhetorischer Gelatine. Dank des Zusammenbruchs der Staatsideologie richtet für einen Moment lang gewöhnliche Sprache ihre Fragen an den Staat. Manfred von Ardenne spricht von „hochbürokratischem Zentralismus" vs. „sozialistische Marktwirtschaft". Von IBM sei zu lernen, wie über Vertragsbeziehungen mit Tausenden kleiner und mittlerer Betriebe Innovationen zu erreichen. Man muss „zurück zum Geld als Maßstab für Leistung". Die unproduktive Arbeit in Staat und Wirtschaft abbauen, Gemeinkosten drastisch reduzieren (sie betragen jetzt bis zu tausend Prozent). Prämierung von Umschulungen. Leistungsgerechte Gehälter, Lohnsenkung oder gar Entlassung bei schlechter Arbeit (Beifall). „Anpassung der marxistischen Ideologie an den menschlichen Charakter und die modernen Zeitverhältnisse". Historische Augenblicke dieser Dimension seien selten, die Gewaltlosigkeit und Friedfertigkeit der Bewegung einmalig. Es sei die letzte Chance für einen attraktiven menschlichen Sozialismus, falls die Umgestaltung nicht halbherzig, sondern radikale Veränderungen in der Struktur von Wirtschaft und Gesellschaft.

14. November 1989

Friedrich Schorlemmer im Gespräch mit der TAZ: „Für uns ist klar, dass wir nach der Ablösung der Herrschaft einer Ideologie nun nicht die Herrschaft des großen fremden Geldes über uns wollen.“ In der Hauptsache zustimmend — oder besser: mithoffend — frage ich mich doch, ob das befehlsadministrative Regime als „Herrschaft einer Ideologie“ begriffen werden kann, ob die Ideologie nicht vielmehr weitgehend Ideologie einer Herrschaft war. Diese wiederum das Produkt einer Entfremdung, die sich in entscheidender Hinsicht hinter dem Rücken der Hauptbeteiligten vollzogen hat. Ernst Bloch antwortete darauf mit der vom Märchen geborgten Frage: „Wie also versteinerte der Prinz?“

/127//15. November 1989

Der Staat so omnipräsent wie seine Ablehnung.

Revolution? — Wogegen? Gegen wen? Durch wen? Wofür?

1) Wogegen? — Gegen das befehlsadministrative Verhältnis, in dem der Staat die Gesellschaft hielt. Je unschärfer gedacht wird, desto mehr dehnt sich das Wogegen aus auf den Marxismus und Sozialismus insgesamt.

2) Gegen wen? — Gegen die bisherige Staatsführung, die zugleich SED-Führung; je unschärfer gedacht wird, desto mehr dehnt sich das Gegen-Wen aus auf alle Kommunisten, Sozialisten, Marxisten usw.

3) Durch wen? Durch alle (heterogenen) Kräfte, die von der befehlsadministrativen Form gedrückt, gehemmt, an der Entfaltung gehindert und gedemütigt worden sind. Dazu gehören selbstverständlich alle wirklichen Kommunisten, Marxisten, Sozialisten. Ich vermute, dass sogar die Mehrheit der SED-Mitglieder dazu gehört.

4) Wofür? — Für die Freisetzung gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit. Das weitere Wofür unklar; über seiner Klärung wird sich die bisherige Volksbewegung spalten.

Verlauf: Der revolutionäre Bruch ist bereits vollzogen. Im Laufe des revolutionären

Prozesses werden sich Ziele, Träger und Gegnerschaften mehrfach umschichten.

F. U. Fack („Absage an die deutsche Einheit?“): „Der ‘dritte Weg’, den manche Oppositionelle anvisieren, hat mit dem realsozialistischen gemein, dass er im Armenhaus endet.“ „Wenn die Deutschen in der DDR ihr Schicksal wenden wollen, dann brauchen sie das Patronat eines gesamtdeutschen Staates, der für sie eintritt“. Mindestens 300 Milliarden DM öffentliche Investitionen, ein Vielfaches an privaten.

16. November 1989

Die Volkskammersitzungen der letzten Tage könnten die Geburtsstunde eines Parlamentarismus neuen Typs bedeuten. Bei all diesen rosigen Erscheinungen sagt die Hoffnung, es ist die Morgenröte, der Zweifel, es ist das Abendrot.

„Niemand in der Bundesrepublik will die DDR vereinnahmen“, erklärt J.G.Reißmüller im FAZ-Leitartikel von heute unter der hochironischen Überschrift „Abschied von Vorwänden“.

Brandt versucht (in einem Muster an Rhetorik), den „Sozialismus“ aus dem Untergang des „Kommunismus“ zu retten. Niemand werde /128//sagen können, dass Stalin Sozialist war, so wenig wie Hitler Freiheitskämpfer. — Der CSU-Chef Waigel verbeugt sich vor Brandts Rhetorik und ruft „das Ende der marxistischen Epoche“ aus. Evoziert eine stalinistische Lektüre des Vorworts von *Zur Kritik der politischen Ökonomie* von 1859 mit dem „absoluten Primat des Kollektivs“. Der Aufruf, die Proletarier sollten ihre Ketten abwerfen, erfülle sich heute im Ostblock, bloß dass es nicht kapitalistische Ketten, sondern marxistisch-leninistische Ketten seien. Der SED sei es in 40 Jahren nicht gelungen, eine „staatliche Identität“ der DDR aufzubauen. Jetzt gehe es um „Einführung von Privateigentum an Produktionsmitteln“, wobei er hinzusetzt: „schrittweise, vor allem in Handwerk und Dienstleistung“. Der Zusatz wie eine Klausel, die seiner Forderung nach Privateigentum an Produktionsmitteln Realität angelt: Schon unter Honecker wurde in Handwerk und Dienstleistung Privateigentum zumindest verbal gefördert.

— An Waigel lässt sich so etwas wie ein paradoxes R*essentiment der Sieger* beobachten: Triumph der Immer-Größten im Tone der Immer-Zukurzgekommenen.

In der DDR bislang rund 8 Millionen Visen ausgestellt; 3,5 Millionen haben in den letzten Tagen davon Gebrauch gemacht. Die Staatsform kann den stürmischen Inhalt nurmehr um den Preis ihrer fast völligen Entleerung fassen.

Das Urteil gegen Walter Janka von 1957 soll kassiert werden.

Franz Steinkühler auf dem IG Metall-Kongress: Eine „Zeit globaler Trendbrüche und gesellschaftlicher Umbrüche", „geradezu Fieberstunden der Geschichte". Werte und Institutionen veralten, neue erst im Keim. Globale Umweltzerstörung, Verelendung der Dritten Welt im Zusammenhang mit der „Schuldenkrise". „Globalisierung von Kapitalstrukturen und die Internationalisierung von Konzernstrategien führen zu einer immer stärkeren Zentralisierung wirtschaftlicher Macht und zu immer anonymeren Entscheidungen über Wohl und Wehe einzelner Belegschaften — ja sogar ganzer Volkswirtschaften." Ohne die Perestrojka wäre das „Aufkeimen neuer Hoffnung auf eine bessere und würdigere Zukunft unmöglich gewesen". Die Ideologen des Kapitalismus versuchen, diese Zukunft wegzuinterpretieren.

„Es ist diese drückende Unterversorgung der Bevölkerung, die niedrige, von Unlust geprägte Arbeitsproduktivität und der als Planwirtschaft firmierende gigantische Wirrwarr, was sich der besonderen Aufmerksamkeit des Kapitals im Westen erfreut. Sie sehen schon die Morgenröte einer jeder Fessel enthobenen uneingeschränkten Profitwirtschaft. Sie verkünden lauthals nicht etwa das Ende der stalin-kommunistischen Befehlswirtschaft, sondern den Sieg eines schrankenlosen /129//Wirtschaftsliberalismus." Wir erleben „ein förmliches Triumphgeheul" und „ideologische Sektkorkenknallerei". „Da wird der Zusammenbruch einer ganzen Weltanschauung gefeiert, da wird mit unverkennbaren Anspielungen auf unsere Gewerkschaften und alles, was wir ... an sozialem Fortschritt erkämpft haben, der

ganze, ach so üble, Kollektivismus abgefertigt.“ Beobachtung: „Der ideologische Gegensatz verläuft nicht mehr eindeutig zwischen Ost und West“.

„Die Idee eines humanen und demokratischen Sozialismus steht noch immer deutlich gegen den staatsbürokratischen Kommunismus östlicher Prägung und den inhumanen Kapitalismus westlicher Prägung. Der Zusammenbruch des sogenannten real existierenden Sozialismus ist keinesfalls eine Niederlage des Sozialismus. Und er ist schon gar kein Sieg des Kapitalismus.“ Es geht „nicht nur um Wirtschaftssysteme, sondern auch um politische Strukturen“. Kapitalismus ging mit NS und anderen Diktaturformen zusammen. „Demokratische Sozialisten dürfen sich nicht in eine falsche Frontstellung drängen lassen: Bankrott sind nicht die Ideen der sozialen Demokratie, sondern die der kommunistischen Diktatur; gesiegt hat nicht der Kapitalismus über den Sozialismus, sondern die Idee der Demokratie über die Diktatur; überholt ist nicht der demokratische Sozialismus, sondern der Stalinismus und der bürokratische Dogmatismus. Die Zukunft liegt nicht beim Kapitalismus, sondern bei einer freien und sozialen Gesellschaft. Deshalb bedeuten Glasnost und Perestrojka Hoffnung für die Ideale des demokratischen Sozialismus.“ „Es würde ein Stück gemeinsamer Zukunft verspielt werden, wenn Perestrojka letztlich nur darauf hinausliefe, unser Zivilisationsmodell zu kopieren, auf unser Produktions- und Lebenstempo zu beschleunigen. Wenn die Sowjetunion, von China ganz zu schweigen, nur eine halb so hohe Automobildichte hätte wie die USA, dann können wir diesen Planeten abschreiben.“ „Weniger denn je können wir es uns leisten, Arbeitsplatzinteressen ohne Wenn und Aber zu vertreten; wir haben die Frage zu stellen, was und wofür wir produzieren, ob es gesellschaftlich akzeptabel und ökologisch verträglich ist.“ Fordert „Demokratisierung der Wirtschaft“, u.a. durch „paritätische Wirtschafts- und Sozialräte und durch praktische Beteiligung der Betroffenen“. Starker Akzent auf ökologischem Umbau und ökologischer Wirtschaftshilfe für weniger entwickelte Zonen. Usw.

/130//16. November 1989 (2)

Scharfe Auseinandersetzungen zwischen SPD und CDU — über die Zukunft der DDR. Momper wird nicht müde, den Rechten das „gesamtdeutsche Patronat über die DDR“ aus der FAZ um die Ohren zu hauen. Sie versuchen, ihn zum halben Verfassungsfeind zu stempeln, weil er vom „Volk der DDR“ spricht. Momper einer der Glücksfälle des historischen Moments (wie dieser für ihn). Fröhlich führt er die CDU als „verkniffen“ vor, um das Glück des Volkes gegen sie zu artikulieren.

Indem Antje Vollmer über den „unaufhaltsamen Versöhnungsimperialismus“ Kohls spottet, am 8. November im Bundestag, scheint sie gegen eine heimliche Faszination anzusprechen, konstatiert sie doch immerhin Unaufhaltsamkeit und Machteffekte eines „versöhnlichen“ Diskurses. Als riefe sie sich zur Ordnung, holt sie den im Vergleich zu ihr körperlich riesenhaften Kanzler, und nicht nur ihn, ins Konfektionsformat bundesdeutscher Politik, indem sie ihn mit den Aktionen und Akteuren der DDR-Revolution vergleicht: „Die phrasenhafte und gönnerhafte Sprache unserer Politiker — wie hohl klingt sie dagegen. Die schläfrige Geduld, mit der wir leere Worte allabendlich über uns ergehen lassen, erscheint als kindliches Demokratieverhalten gegenüber dem, was es an demokratischem Selbstbewusstsein jetzt in der DDR gibt. Wo haben die öffentlichen Giganten unserer Medien je eine Demonstration drei Stunden lang mit all ihren Reden übertragen? ... Nur schlecht kann das Leben im Sozialismus nicht gewesen sein, wenn es so viel waches Bewusstsein, wenn es eine solche Sprache, so viel Witz und eine so sanfte Radikalität auszubilden geholfen hat.“ „Was da in der DDR entsteht, ... das ist die erste selbsterkämpfte Demokratie auf deutschem Boden ... Alle wissen dies gleichzeitig, sie brauchen keine Führer mehr, sie brauchen keine brillanten Redner. Es reicht, leise zu sprechen, was alle schon wissen. ... Die Gesellschaft organisiert sich auf leiseste und unumkehrbare Weise von selbst und schafft etwas Neues, eine gewaltfreie Demokratie.“ — Idealisiert; übergeht die brillianten Sprecher auf der Demonstration am 4.11. und verwechselt eine Phase der Revolution mit dem gesamten Revolutionsprozess.

Der KPI-Vorstand hat die Umbenennung der Partei anvisiert. Evtl. „Europäische Linkspartei“. Roter Stern und Hammer & Sichel sollen aus dem Emblem verschwinden.

Sandkühlers Bericht über den Philosophenkongress der DDR. „Die Atmosphäre von `68 macht dem Tagungspräsidium zu schaffen.“ Erich Hahns Einleitungsreferat sei „erstmals mit wenig Zustimmung aufgenommen“ worden. Referiert Phrasen und Sprachbrocken ohne /131//Zusammenhang, aber mit Wertung: „Aus meiner Sicht eine ehrliche Bilanz, nicht die eines Konjunkturritters.“ — Röseberg schreibt er als Krisendiagnose u.a. zu, „dass die Philosophen ihre Rolle als ‘Experten für Sinn’ nicht angemessen erfüllt haben“. — „Bisher angefochten, in Zukunft wohl wegweisend“ die Arbeitsgruppe „Philosophische Grundlagen eines modernen Sozialismus“. — R.Mocek (Halle) habe gegen Hahn gesagt, „die Ursachen der Krise lägen in einer immer weniger funktionsfähigen politischen Kultur, im ideologischen Diktat von oben nach unten; das praktizierte Menschenbild sei längst antimarxistisch; ... über verhinderte Bücher sei nun zu reden, über eine Lehrgangs- und Lehrbuchphilosophie, die sich vor der Wirklichkeit blamiert hätten.“ — Der stellvertretende Chef der „Deutschen Zeitschrift für Philosophie“ (Teichmann) habe „die mangelnde Rezeption und Analyse der Perestrojka“ beklagt. — Bericht eines Tintenfischs: wolkig. (In der auf morgen datierten Ausgabe der DVZ.)

Elvira Högemann-Ledwohn analysiert (in derselben DVZ) den Doppelcharakter der SED, die „Macht- und Massenpartei“ ist, d.h. zugleich „Massenpartei überzeugter Sozialisten“ u*nd* „Machtzentrum, das alles um sich schart, was eben an dieser Macht interessiert ist (was auch überzeugte Sozialisten sein können, aber eben auch Pragmatiker, Machtdenker, Karrieristen ...)“

*

Der FAZ-Redakteur Konrad Adam, dessen Konservatismus fundamentalistische Anflüge mit neoliberalen Motiven verbindet, sieht in der DDR „eine Revolution,

vielleicht die erste in der deutschen Geschichte“ (11.11., 27f). Aber was genau sieht er? „Was sich im Osten von Berlin und an den Grenzen ereignet hat“. Ihn interessiert nicht die DDR-Gesellschaft, die ungenannt bleibt. — Wogegen richtete sich die Revolution? Gegen „die Klassenherrschaft, die sich als Vorbote einer klassenlosen Gesellschaft ausgab“. — Worauf zielt sie? Ihm schwant ein neues Großdeutschland. „Der Zweite Weltkrieg geht zu Ende.“ Er meint: die großdeutsche Niederlage in demselben.

Martin Walser: „Die Deutschen in der DDR haben eine Revolution geschaffen, die in der Geschichte der Revolutionen wirklich neu ist: die sanfte Revolution.“

Sarah Kirsch über „die lähmende Langeweile vorher. Jahre voller Nebel.“

Günter Kunert: „Das Volk, von dem man nun wieder glaubhaft sprechen darf, ist über die unerwartete Erfüllung eines Traumes selber dermaßen perplex, dass ihm die Worte des Triumphes fehlen. ... die bisherige DDR in das zerfallen, was sie immer war: reines Augen/132//pulver.“ — Hat sich da einer mitsamt dem Pulver die Augen herausgerieben?

D. Dorn: „Man sitzt davor und heult.“ Unnötig zu sagen, wovor. Man sitzt ja nicht vor einer Revolution, sondern vor dem Fernseher.

Am 6. Oktober, Vortag von Gorbatschows Anreise zur 40-Jahrfeier der DDR, hatte die FAZ Prominente danach gefragt, was sie sich von diesem Besuch versprächen. Nichts ist älter, unrealer als die meisten dieser Antworten: „Nichts Nennenswertes“ (Rolf Schneider); „nichts Entscheidendes“ (Reiner Kunze); „kaum mehr als eine heftige, aber bedeutungslose Bewegung der altbekannten ‘Winkelemente',„ (G.Kunert). — Manfred Wekwerth dagegen: „Solidarität und neue Impulse. Wir können beides gebrauchen.“

Lutz Renner, der Bonner Korrespondent des DDR-Fernsehens, der in der neuen Medienfreiheit förmlich aufgeblüht ist, nennt das bisherige System „repressiven Sozialismus“, das neue „Dialog- und Überzeugungssozialismus“.

Beeindruckt von dem Film von Helke Misselwitz: „Winter adé“!

Nachdem Tausende von Polen alles, was nicht niet- und nagelfest ist und sich zu Geld machen lässt, nach Westberlin geschleppt haben, wo sie es zu Bruchteilen des Werts verscherbeln, schreibt Karl Schlögel: „Der polnische Markt, dem nun der deutsch-deutsche Markt folgen wird, ist nur das kleine Vorspiel in der Ausgleichsbewegung zwischen Ost und West“. Eher: erweiterte Reproduktion der Ungleichheit.

17. November 1989

Aus Ostberlin schreibt Hans-Peter Scherner an Frigga und mich, wie man an plötzlich in die Gegenwart versetzte Autoren von früher schreiben könnte: „Vor dreizehn Jahren las ich mit roten Ohren die Vorlesungen über das K*apital*. Vor neun Jahren ging ich mit Eurer Kritik an der Handlungsstrukturtheorie in eine Feldstudie über Meister im Zeiss-Werk Jena. Eurem Ideologie-Projekt stimmte ich zu, als ich eine Arbeit über ideologische Erziehung von Studenten schrieb. Heute kann die Geschichte gut lachen haben, wie hoffnungslos unsere Annäherungsversuche an Eure Diskussion sein mussten. Fraglich, ob uns heute der Sinn nach überstürzten Annäherungsversuchen stehn muss. Weshalb ich aber vorschnell von der SED-unabhängigen Linken informiere, ist die unglaubliche Geschwindigkeit, mit der die ideologischen Entscheidungen herannahen.“ Mir ist, als hätte ich auf diesen Brief seit langem gewartet. Ob das ein Anfang ist?

/133//Modrows Regierungserklärung nicht auf Wirkung angelegt, ohne Rhetorik und telegenes Ritual, ohne Charisma. Viele Appelle: den Arbeitsplatz nicht zu verlassen (um sich im Westen „umzusehen“, angemessene Kategorie), den Winter vorzubereiten, mehr zu produzieren, „höchste Leistungen“ zu erbringen usw.: „Nur so sind auch Wirtschaftsreformen gestaltbar.“

Problemstellung: Markt und Plan in Übereinstimmung bringen.

Haushalt (15 Mrd) und Westhandel defizitär. Kosteneinsparung durch Abbau des

Staatsapparats, überhaupt aller Verwaltungsapparate (in Staat, Wirtschaft, Organisationen und Institutionen). Die Minister von 44 auf 28 reduziert.

Für „sozialistischen Unternehmergeist“. Der Begriff soll auch für den auszudehnenden Privatsektor gelten. Er kann sich vorstellen, dass in die Konsumgüterproduktion mehr „Kleinunternehmer“ einsteigen. Hemmnisse sollen abgebaut, flexible Preisbildung usw. ermöglicht werden. Genossenschaften sind zu fördern. Devisenanrechte denen, die Devisen erwirtschaften. „Produktivlöhne“ (aber nicht stattdessen allgemeine Lohnerhöhung). Subventionen (zum Beispiel von Schnittblumen und Zeitungsannoncen, wie jetzt der Fall) sollen durchgeforstet werden. Eigentumswohnungen.

Angesichts der offenen Grenzen soll eine Arbeitsgruppe Maßnahmen „gegen Spekulation“ usw. ausarbeiten.

Maßnahmen gegen die „praktische Nichtgleichstellung der Frauen“: Quoten?

Die „Verstaatlichung der Kultur“ soll abgebaut werden.

Das „Volk“ beschreibt er als so politisiert, dass es „jeden beiseite fegen würde, der die alten Verhältnisse wiederherstellen würde“. Das R*echt* soll zentrale Bedeutung erhalten. Zwischen Polizei und gesellschaftlichen Assoziationen die „Sicherheitspartnerschaft“ zu entwickeln.

E*ine Gesellschaft zähmt sich ihren Staat.*

Gerlach als erster Diskussionsredner: „Zustimmungsdemokratie der vergangenen Jahre“. Seit Juni sei ihm (wie auch Schürer von sich erzählt hatte) g*edroht* worden. Aus „politischem Schamgefühl“ habe er sich bei Anklagen gegen bislang Führende zurückgehalten. Für „Gewaltenabgrenzung“ bzw. „-teilung“, bei „Dominanz der Volkskammer“. Sonst wieder „Perversion der Macht, Verbrechen am Volk“. Was bisher „entwickelter Sozialismus“ genannt wurde, nur „Rohbau“. Weg mit der festgeschriebnen Führung durch die SED. Zur Wahl nur Parteien zuzulassen, Kandidaten müssen „auf dem Boden der Verfassung“ stehen.

*

Alle 15 Bezirkssekretäre der SED inzwischen neu; 4 der alten aufgerückt, 11 abgewählt.

/134//In der Sowjetunion Reisefreiheit. Man rechnet mit 5-6 Millionen Ausreisen in den nächsten 2-3 Jahren. Emigranten wird die Rückreise erleichtert.

Abalkin hat einen Stufenplan für die Wirtschaftsreform vorgelegt. Die meiste Kritik nicht mehr an Halbherzigkeit des Plans, sondern von Konservativen. 1.Stufe Ende 1990: Gesetze, neues Steuersystem, Preisreform mit allmählicher Freigabe der Preise, Aufbau eines Systems sozialer Sicherungen, stärkere Rolle für die Staatsbank, Staatsunternehmen verpachtet oder in Genossenschaften umgewandelt, defizitäre Betriebe stillgelegt. 2. Stufe (1991/92): Stimulierende Maßnahmen. 3. Stufe (1993-95): Testphase des neuen Systems (zu rechnen mit wachsenden Einkommen, steigenden Preisen, Verbesserung des Verbrauchermarkts). — Klingt nach ziemlichem Schlamassel. 57,3 Prozent der Bevölkerung glauben nicht daran, dass die Regierung mit der Wirtschaftskrise fertig wird. Für den Fall, dass Rationierungen notwendig werden, sieht Abalkin „das Ende der Reformen".

Ob die Perestrojka der Kunst Impulse gibt, ist zweifelhaft. Das befehlsadministrative System zwang jedes Änderungsverlangen in die Opposition, die wählen mochte zwischen Dissidenz und dem Ventil der Phantasie, das die Kunstform öffnete um den Preis der Verschlüsselung und Verdichtung. Nachdem die Worte frei und die Kämpfe um Veränderung entbunden sind, ist die Kunst um diese v*erschobenen* Notwendigkeiten ärmer.

Christa Wolf aus der SED ausgetreten. Unklar, wann. Sie bestreitet, dass es wegen Misshandlung ihrer Tochter im Zusammenhang mit den Demonstrationen vom 8.-9. Oktober gewesen sei.

18. November 1989

Das IMSF, oder was von ihm noch da ist, „rehabilitierte" mich (und das

„Argument“) in aller Form. Kaspar Maase stellte mich einleitend als Kassandra vor, die für ihre schlechten Nachrichten Prügel bezogen habe. Jupp Schleifstein erklärte mein Gorbatschow-Buch für das beste zum Thema in den ihm zugänglichen Sprachen. Er bedauert ihr damaliges Buch („Krise des Marxismus oder Krise des ‘Arguments'„) gegen uns als unproduktiv. Ich verteidige den Streit als produktiv, hat er mich doch dazu gebracht, die Position des „Pluralen Marxismus“ auszubauen. Für ihn ist eine Welt zusammengebrochen. Thomas Metscher sucht den archimedischen Punkt in den allgemeinmenschlichen Werten.

*

In den Künsten der Frechheit und der Majestätenbeleidigung ist Biermann ein Meister. Das Wort vom „ewig lachenden Gebiß“ lässt /135//einen nicht los. Nun also der vorwegnehmende Nachruf in der TAZ: „Wer war Krenz?“ „Gorbatschow prügelt sein Volk mit einer Revolution ‘von oben’ in die Reformen. Aber Krenz wird von seinem Volk in Richtung Glasnost und Perestrojka geprügelt. Nach dem klassischen Marxismus ist das Von-unten-Modell der DDR gesünder und hat mehr Chancen. Umso mehr ärgern sich die allermeisten in der DDR, dass Krenz und seine Apologeten jetzt so tun, als sei der neue Weg, auf den die panische Angst vor dem Verlust der Macht sie treibt, ein freiwilliger Weg.“

„Nicht der halbvolle Korb im Supermarkt ist den Menschen unerträglich halbleer, sondern der Maulkorb ärgert sie.“ Da spricht der Wunsch von unsereinem mit.

Biermann preist Dieter Kühns Buch „N.“ (steht für Napoleon). Wenn ich ihn recht verstehe, sieht er in Gorbatschow „solch ein Kaliber“ wie in Napoleon. Aber das gibt keinen Sinn. Eher das komplementäre Gegenteil. Sonderbare Erwartung: „Vielleicht stachelt die Größe der Aufgabe einen Kandidaten wie Hans Modrow an, solche Kräfte in sich freizusetzen. Viele Menschen in Ost und West, ich auch, trauen ihm das zu.“

*

Die „Arbeiterstimme“ begreift die alte DDR als „halbstalinistisches Regime, vormundschaftlicher Staat auf sozialistischer Grundlage“. „Nun schnürt uns die bange Frage den Hals zu, ob nicht, ähnlich wie in Ungarn und Polen, der Sozialismus zusammen mit dem Stalinismus untergehen wird.“ Das wäre „ein historischer Sieg des Kapitalismus“. „Von der MLPD bis zu den Trotzkisten und linken Sozialdemokraten“ gebe es „große Illusionen über die Arbeiterklasse in den aufgewühlten Gesellschaften des ehemaligen Ostblocks“. Was vor sich geht, ist ein „weltpolitischer und ideologischer Rückzug der SU“, mit „einer Außenpolitik des Abwiegelns und Übertünchens“. Die Zeichen stehen „auf blankem Überleben“, und die weltpolitische Losung heiße „Rückzug, Defensive“. Die Rückendeckung für die Befreiungsbewegungen der Dritten Welt fällt weg. „Eine kommunistische Weltbewegung gibt es schon lange nicht mehr, kann es bei der polyzentrischen Entwicklung nicht mehr geben.“ Den westlichen kommunistischen Parteien hat „die kapitalistische Konsumgesellschaft die Grundlage als Massenpartei entzogen“. „Was sich vor unseren Augen abspielt ist eine verheerende Niederlage des Kommunismus ...Aber ein Triumph des Kapitalismus ist es nicht“, heißt es gegen Fülberth, dazu sei das kapitalistische Weltsystem zu perspektivlos bzw. auf Globalkrisen hin /136//programmiert. Ganze Weltteile, mit dreiviertel der Weltbevölkerung, verurteilt dieses System zur Perspektivlosigkeit; seine innere Dritte Welt, das verelendende Drittel, wächst. Die ökologische Weltuhr läuft ab.

Die Osnabrücker Gruppe MAG für die „Schaffung eines neuen marxistischen Forums“ als „einen bewussten Gegenpol zum ‘Konsens der kapitalistischen Modernisierung'„, wie mit Fülberth gesagt wird. Aber die Gruppe insofern in Übereinstimmung mit der Grundtendenz einer Neukonzipierung des Sozialismus, als sie ihre nächste Tagung „über die neue Rolle der Individualität“ abhält.

Die „Arbeiterstimme“ reproduziert ein Inserat, worin eine Nürnberger Firma „Damen und Mädchen aus Ungarn“ an den Mann bringt, „auch für Landwirte“.

*

Ideologische Siegesfeiern der FAZ. Man muss ihre Zweideutigkeiten ausstellen. S*tilisierung:* Der Bundespräsident „schritt durch die Mauer", schreibt Peter Jochen Winters — in Wirklichkeit wurde er, wie alle TV-Zuschauer mitgekriegt haben, von der elementaren Naturkraft der Volksmenge durch die Öffnung in der Mauer g*eschoben.* Aus der Situation, gegen die nichts zu machen gewesen war, machte er etwas, indem er sie in einen Staatsakt verwandelte und den DDR-Grenzern die Hand schüttelte. E*ndlösung der deutschen Schuld:* „Die Berliner Mauer, das schändlichste aller Bauwerke, die je in Europa errichtet wurden" — man sollte Winters zum Fremdenführer in Auschwitz machen. D*ie mitreißende Revolution — ambivalent:* „Eine Volksbewegung von unten, die man getrost revolutionär nennen kann ..., machte den Herrschenden klar, dass das Volk, nun selbstbewusst und mündig geworden, die ihm zukommende Souveränität selbst auszuüben gewillt war." Ob wir das im Westen auch mal erleben dürfen?

Der FAZ-Feuilletonist Mathias Schreiber: Europa die neue Supermacht, die Sowjetunion bloß noch eine potentielle. DDR nicht anzuerkennen, wird sie doch „nicht einmal von ihr selbst anerkannt". „Auch im Westen darf man stolz auf die Leistung der anderen Deutschen sein." Die BRD — ein Provisorium. „Wer mag jetzt vom 'Ausbau der Bundeshauptstadt Bonn' hören?" „Strukturelle Gewalt" der BRD im Verhältnis zur DDR? Im Gegenteil: „Strukturell wurde der nationalsozialistische Gewaltstaat in vielen Bereichen der DDR fortgesetzt". Das Streben nach Äquidistanz im Ost-West-Antagonismus war „nur die gemäßigte Varianz dieses Denkens". Damit die westlichen Linken miterledigt. — Nicht alles an der alten DDR war schlecht. /137//Einiges könnten wir von ihr lernen. Zum Beispiel: „Können sich unsere westlichen Jugendlichen so irrsinnig über einige Happen Freiheit und Konsum freuen, wie viele 'Ostler' uns dies vorgeführt haben?" — Er hat in einer Hinsicht ganz recht, „einige Happen Freiheit und Konsum" reichen unseren Jungen nicht; dass sie aber den „Ostlern" auf Dauer reichen werden, ist zu bezweifeln, es könnte sogar sein, dass das Wohlgefühl, mit dem sich die meisten jetzt umsehen, einen anderen, viel weiter reichenden Sinn hat. — A*ußer Frage:* „Die DDR muss endlich eine freiheitliche Ökonomie entwickeln",

so sein Euphemismus. Als feinsinniger Konservativer leidet er unter einigen Schattenseiten derselben; er könnte sich für die DDR den Kapitalismus ohne dessen Schatten vorstellen, d.h. sie „braucht dabei aber nicht die Konzern-, Beton-, Plastik-, Party- und Fast-Food-Strukturen der Bundesrepublik zu übernehmen." Der Westen lernt in Form moralischer Besinnung: „Der Darwinismus des Gewinnmachens um fast (?) jeden Preis, dieses 'Nichts ist erfolgreicher als der Erfolg', das zuweilen Menschen, Regionen, Stadtkulturen ruiniert, ist ebensowenig eine Religion wie der Marxismus." — Der kapitalistische Profitmechanismus „ebensowenig eine Religion wie der Marxismus"? Eine noch in der Negation rätselhafte Aussage. Steckt darin die unerkannte Ahnung, dass der Fetischismus des Kapitals die wirkliche „Religion des Alltagslebens" unserer Gesellschaft ausmacht, wie Marx gespottet hat? Und der Marxismus? „Religion ist der Säufzer der bedrängten Kreatur... Die Aufhebung der Religion als des i*llusorischen* Glücks des Volkes ist die Forderung seines wirklichen Glücks... Die Kritik hat die imaginären Blumen an der Kette zerpflückt, nicht damit der Mensch die phantasielose, trostlose Kette trage, sondern damit er die Kette abwerfe und die lebendige Blume breche." (Lieber die Blume stehen lassen!) In einem substantielleren Sinn, wenn man die umfassende Betroffenheit der Menschen durch den Zustand ihrer Gesellschafts- und Naturverhältnisse betrachtet, hat der Angriff auf die Ketten der Gefangenen also durchaus etwas mit den Blumen auf den Ketten, der Kampf gegen Bedrängung durchaus etwas mit dem Seufzer der bedrängten Kreatur, hat also der Marxismus durchaus etwas mit der Religion gemein, was kapitalistisch unter die Räder kommt. In etwas abgeplüschter Form erklärt Schreiber, dass es „prinzipiell keinen 3. Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus" gibt, aber, tröstet er uns milde, „es gibt bestimmt andere Mischformen als die bundesrepublikanische".

Als konservativer Kulturkritiker hat Schreiber sich bislang parasitär zur Linken verhalten, indem er deren Antagonismus zum kapitalistischen Prinzip ausgenutzt hat. Nun verwechselt er plötzlich das (vorerst /138//noch imaginäre) Ende des Sozialismus mit dem des Kapitalismus. „Die Überwindung des Ost-West-Konflikts

erlaubt vielleicht bald die Konzentration unserer Kräfte auf die Sicherung des Lebensganzen. Das wäre ein Segen.“ Was er wohl mit „uns“ meint? Würde der Wegfall einer Alternative zum Kapitalismus „die Konzentration unserer Kräfte auf die Sicherung des Lebensganzen“ erlauben? Ein rationaler Kern könnte sein: Die Entmilitarisierung des Antagonismus von Kapitalismus und Sozialismus setzt Ressourcen frei, die kooperativ zur „Sicherung des Lebensganzen“ der Menschheit eingesetzt werden könnten. Er sieht nicht, dass der Kapitalismus auch ohne sozialistische Alternative — und dann sogar viel mehr, weil ungebremst — eine antagonistische Gesellschaftsordnung darstellt. Statt dessen werden für ihn mit der Aufhebung des Gegensatzes zum Sozialismus (weil vermeintlich Aufhebung des Sozialismus als solchen) „die anderen Gegensätze erst richtig virulent“, nämlich die Umweltproblematik, das Bevölkerungswachstum und, merkwürdig genug, die „Automation der Arbeit“.

19. November 1989

Bei der Tübinger Podiumsdiskussion vom 30.10. hat Kohls Berater Teltschik Jutta Ditfurth eine „selbsternannte Intellektuelle“ genannt. Der Ausdruck ist tautologisch. Zum Professor oder auch zum Kohl-Berater wird man ernannt (von oben); jenen Gebrauch von Intelligenz indes, der einen zum Intellektuellen stempelt, verantwortet man selbst. Freilich gibt es auch Vorführintellektuelle, die, von Mächten & Medien als passend ausgesucht, deshalb f*remdernannte Intellektuelle* genannt werden könnten. Was Jutta Ditfurth den tautologischen Titel eingetragen hat, war ihre Durchleuchtung der „humanitären Missionen“ Teltschiks im Osten auf Kapitalaußenpolitik hin. Davon spricht man nicht.

Zigaretten-Reemtsma hat angekündigt, an diesem Wochenende Vorstandssitzung in der DDR abzuhalten, um Geschäftsinteressen zu bekunden.

20. November 1989

Gestern abend das Gedächtniskonzert für Johannes Hodek. Gerd Rienäcker, Musikwissenschaftler an der Humboldt-Universität, hielt eine Gedächtnisrede, in

der das Aufplatzen der Mauer nachhallte. Irgendetwas an der Rede vermittelte mir das Gefühl, die Botschaft des historischen Moments noch nicht voll empfangen zu haben.

/139//Als Ilse Scheer „Am Grunde der Moldau“ gesungen hatte („das Große bleibt groß nicht, und klein nicht das Kleine“), rief einer dazwischen: „Zynisch!“ Ich hatte Brechts Lied auf die DDR bezogen, hatte verstanden, dass heute die DDR von der Dialektik erreicht worden ist: Was an ihr Herrschaft war, auf Gewalt gebaut, ist zusammengebrochen in gewaltfreien Demonstrationen.

Rienäcker und Klemm, der Leiter des Eisler-Archivs in der DDR, erzählten anschließend von der wütenden Verführbarkeit vieler Studenten in der DDR. Bei Versammlungen jedes Argument ohne Argumentation niedergestimmt. Die Zeit, die Gedanken und Erfahrungen für ihre Entfaltung benötigen würden, ist wie abgeschnitten. Böse Potentiale in petto.

20. November 1989 (2)

Der Umbruch in der DDR verändert das politische Profil der Grünen. Bei deren Perspektiven-Kongress in Saarbrücken verkündete Udo Knapp „einen unauflöslichen Zusammenhang zwischen Sozialismus und Stalinismus“. Ludwig Mehlhorn von „Demokratie Jetzt“: „Der reale Sozialismus hat abgewirtschaftet, und ich habe noch keinen anderen erlebt.“ Gegen einen Sozialismus der schönen Idee. Zunächst gehe es darum, eine seit 1933 zerstörte demokratische Infrastruktur zu schaffen. Joschka Fischer verhöhnte Altvater, der an den Widerspruch zwischen Marktwirtschaft und Umweltpolitik erinnert hatte. Wie Bahro, der sich in die DDR verabschiedete: „Weltmarkt und Weltzerstörung sind dasselbe.“ Renate Damus sagte, die Subventionierung von Brot und Mieten in der DDR habe die Armen ärmer und die Reichen reicher gemacht.

Das Potential der Gutwilligen, die mit dem bisherigen Realsozialismus kritisch-solidarisch waren, ist nicht nur gefährdet, sondern kann gefährdend werden, solange es begriffslos hadert mit dem Lauf der Dinge. Von Eckart Spoo ein

Rundschreiben erhalten, halb f*eature,* halb Argumentationshilfe, worin er eine Art Schadensbild der deutschen Umbruchsituation zusammenstellt: Während Daimler-Benz mit MBB zu einem der größten Rüstungskonzerne der Welt fusioniert, fordert man in der Öffentlichkeit die Zerschlagung der Kombinate der DDR, die im Vergleich zu Daimler kleine Waisenknaben sind. Usw., usf., alles berechtigt, und doch plaziert einen dieses Papier als Kaninchen vor eine Schlange. Da sieht man also die Konzerne in den Startlöchern, auf dem Sprung in einen zusätzlichen Markt. S*o what?* Kein Startloch für die Linken, übrigens auch keine Kritik am Bisherigen.

*

/140//"Der DDR helfen" — eine Kombination von Erpressung und Euphemismen. „Dort muss zunächst das Plansystem weg." So die Glosse im Wirtschaftsteil der heutigen FAZ. Ferner fordern sie als Vorbedingung „Investitionsschutzabkommen" und Garantie von Gewinntransfer. Kein Geld also für die DDR, aber steuerliche Absetzbarkeit von DDR-Gästen (4.500 pro Erwachsenen, im nächsten Jahr 20 Prozent mehr).

Der Wechselkurs jetzt bei 1 : 20. Die Westbanker fordern Währungsreform und gefallen sich darin, die Lage mit der Nachkriegssituation zu vergleichen.

Mark Siemons („Mitten am Rand", FAZ, 20.11., 33) notiert Beobachtungen zur Ausnahme-Zeit in Coburg. Lotet surreale Dimensionen der „Freude über das Glück der getrennten Landsleute" aus. Man sagt „die Menschen" und meint damit auch, dass man jene andere Zeit erfährt. „Quelle, McDonalds, die Fußgängerzone, der türkische Schnellimbiß sind nicht mehr dieselben, seitdem es Menschen gibt, die nichts als die naivste Dankbarkeit für sie empfinden. Das unterschwellige schlechte Gewissen, dass 40 Jahre Bundesrepublik bloß Buchklubs und Blumenkübel und dergleichen Wohlstandszugaben mehr hervorgebracht hätten, ist für einen Moment verflogen." Eine zweideutige Utopie: „Die Widrigkeiten hüben und drüben scheinen mit einem Mal wie aufgehoben zu sein, so, als könne

augenblicklich ein neues, glückliches Zeitalter beginnen.“ Die national-konservative Provinz bietet ihre Gesangsvereine und Blasorchester auf. Trabikolonne, auf Grenze zufahrend, und der Musikverein Lauenstein spielt „Freude, schöner Götterfunken“. Die Brauerei verkauft Würstchen und Bier für „genauso viel wie nach dem Krieg“ an die Bundesbürger, DDR-Bürger kriegen es umsonst. Der FAZ-Autor hält sich in der Schwebe zwischen unerlaubter Naivität und Skepsis, die reale Interessenlage (etwa jener Brauerei, der Nationalkonservativen, der Bundesregierung usw.) ausblendend: „Nicht nur die DDR hat ihre Stunde Null. Plötzlich scheinen sich die Teil eines lange verworrenen Puzzles von alleine zusammengesetzt zu haben, scheinen eine Vergangenheit und eine Zukunft möglich zu sein. Ist etwa auch das nur wieder ein Spiel, eine raffinierte Ablenkung von der Langeweile, von der Unfähigkeit zur Geschichte? Oder fängt tatsächlich alles wieder bei 1945 an?“ Sonderbar, dieses verschobene und nicht-wissen-wollende ästhetisierte Innenleben dieser FAZ-Autoren!

Nonnenmacher in der Leitglosse der FAZ: „Abrüstung erfordert auch im Westen eine Art Perestrojka.“ Die Konjunktur läuft auf Hochtouren, getragen von Erweiterungsinvestitionen und Konsum. Da scheint die „Perestrojka des Kapitals“, eine gewisse Konversion bisheriger Rüstungsindustrie, möglich.

/141//21. November 1989

Georgien folgte dem baltischen Beispiel und erklärte den Beitritt zur Sowjetunion für erzwungen; das Recht zum Austritt sowie das Republikeigentum an den Bodenschätzen proklamiert. In Rumänien feiert der große Conducator seine Ewigkeit; die Kameraleute des DDR-Fernsehens geben das Akklamationsritual gnadenlos den Blicken preis.

Fiktion ist langweilig geworden; die Thrillerkost, die wir nach der Arbeit spätnachts zu konsumieren gewohnt waren, hat den Reiz verloren; wir sind verrückt nach Wirklichkeit. Das wirft ein Licht zurück auf die Wirkungsbedingungen der Kulturindustrie.

Gestern ist die Mauer nun auch für meine Arbeit gefallen: von der Humboldt-Universität kamen 4 Geschichtsstudenten, darunter Achim Engelberg, der Sohn des Bismarck-Biographen, und Andreas Weigelt; vom „ML"-Bereich der Karl-Marx-Uni Leipzig kamen 2, darunter Rainer Minx, der ideologietheoretisch arbeitet und über Linkshegelianismus forscht. Minx konfrontiert mich mit scharf pointierten sachkundigen Fragen. Sofort macht die Arbeit Spaß. Unter meinen Studenten wiegt eine Art Sozialrentnermentalität vor. Ich nutzte die Boten aus einer revolutionären Situation für frischen Wind. Manche meiner Studenten fühlen sich erdrückt.

Die DDR-Studenten brachten eine schlechte Nachricht (falls sie stimmt): die Parteiwahlen für den a.o. Parteitag der SED seien auf alte Weise manipuliert. Andrerseits rechnen sie damit, dass Dieter Klein, der ihren Respekt hat, ins ZK gewählt wird. Einer aus der Gruppe hatte auf der Protest-Demo der SED vor dem ZK-Gebäude gesprochen; als er davon erzählte, kannte ich ihn wieder. Die Welt der eingreifend Hervortretenden ist nicht so groß. Die Gruppe liest unsre Schriften zur Ideologietheorie, wie Minx in Leipzig. Zu denken, dass unsre „tote Arbeit" nun als Vorarbeit zu neuem Leben erweckt wird!

Die Nacht schlaflos, die neuen Möglichkeiten wie Ameisen im Kopf.

Heute kam Gerhard Bartsch, Professor, Abteilungsleiter der ML-Abteilung der Akademie, verantwortlich für Dialektischen Materialismus, der vor drei Wochen nach Westberlin umgesiedelt ist und nun Uni-Kontakte sucht. Trotz des Umbruchs denkt er nicht an Rückkehr, seine Frau hat Arbeit gefunden.

In Ostberlin diktierte ein ministerialer Gesandter der Bundesregierung Bedingungen für „Hilfe". In Leipzig sollen bei der Montagsdemo Wiedervereinigungslosungen sprunghaft zugenommen haben.

*

/142//Kurt Masur wehrt sich dagegen, dass dem Handeln der „Leipziger Sechs"

nachträglich die Legitimation durch Egon Krenz zugeschoben wird. Zu den Parteisekretären: „Da erbitte ich Eure Stellungnahme, und zwar ehrlich, sonst verlasse ich diese Konferenz. Ich habe mich auch an die Parteisekretäre gewandt und nicht umgekehrt, wie behauptet wird. Man darf nicht schon wieder verfälschen. ... Es ist völlig klar: Egon Krenz hatte die verhängnisvolle Haltung bei den Vorgängen in China. Das hat ihm große Antipathie eingebracht...“ Erst nach dem Erfolg des 9. Oktober hat Krenz die Initiative der Leipziger abgesegnet, allerdings gern, denn er war gegen die Scharfmacher. In den Machtapparaten sitzen noch immer die alten Leute. Noch immer versucht man es mit Beschönigungen. „Und wenn wir die Veränderungen nicht von unten bis oben durchbekommen, dann werden sie leer bleiben.“

Masurs Äußerungen sind von Lothar Mattner für die FAZ aufgezeichnet worden, nachdem vor einigen Tagen die „Leipziger Sechs“ ihre Postulate für eine „Demokratische Republik Deutschland“ vorgestellt hatten. Mathias Schreiber erläutert den FAZ-Lesern in einer Glosse, warum man „die Rolle des Dirigenten Masur, der fast schon als einer der ‘Helden’ von Leipzig gilt, nicht ernst genug“ nehmen kann: In der DDR tut sich eine „Revolution ohne Revolutionäre“, d.h. es fehlt an „überzeugenden Repräsentanten“. Ähnlich wie der Maler Mattheuer redet Masur ganz anders als die „überzeugenden Repräsentanten“ der Bundesrepublik. Masur argumentiert, indem er erzählt. „Die gängige politische Redeweise im Westen ist viel juristischer, definitorischer, auch formelhafter.“ Merkwürdigerweise erklärt Schreiber damit Masurs Abneigung gegen das „Wiedervereinigungsgerede“.

Ich notiere mit Interesse die Selbstverständlichkeit, mit der Masur die Sprache eines demokratischen Sozialismus spricht. „Die Menschen haben sich selbst entdeckt, dass sie Fähigkeiten entwickeln, die weit über das hinausgehen, was sie an sich selbst gekannt haben. Das wird uns alle dahin bringen, ohne Unterlass zu ringen, dass dieses Land, dass der Sozialismus dazu geschaffen wurde, dass die Menschen sich darin wohlfühlen.“

Masur erinnert an die „Friedensgebete“ in der Leipziger Nikolaikirche als an die

Form, in der revolutionäre Gestimmtheit sich vorbereitete; „so etwa im Mai/Juni 1989 standen dort immer am Montag Abend um die gleiche Zeit vier bis fünf Transportwagen mit Polizisten, die nun die aus der Kirche Kommenden empfingen“. Eine gewisse innere Öffentlichkeit war entstanden, die wie ein Resonanzkörper wirkte. Während der Leipziger Messe hatte es eine Demo mit dem Schlachtruf „Wir wollen raus!“ gegeben, die dann auseinandergeknüppelt worden /143//war. „Am 9. Oktober war ich fasziniert, berührt und erschüttert, als Sprechchöre kamen ‘Wir sind das Volk’, ‘Wir bleiben hier'. Das war eigentlich die Umwandlung, das Bekenntnis, wir wollen hier unsere Heimat aufbauen, aber nicht so, wie ihr es uns immer vorerzählt habt“. „Sie möchten sich etwas bauen, was anders aussieht als eine Gesellschaft, in der der Egoismus so gewachsen ist, dass er die Hauptrolle spielt.“

Das neuerbaute Gewandhaus wirkt im verfallenden Leipzig fast exterritorial. Manchmal, wenn Schulklassen sich das Gewandhaus angesehen haben, kamen Bemerkungen wie: „Das ist ja wie im Intershop“. Er sagte dann: „Nein, das ist angewandter Sozialismus, weil wir es selbst in die Hand nehmen, weil wir wach geblieben sind.“ Vielleicht ist es wirklich „angewandter DDR-Sozialismus“, in relativer Verarmung öffentliche Mittel auf Kultur zu konzentrieren. Das Gute, das dabei herauskommt, tut ein absolutistischer Landesvater immer auch für sich, für seine „Güte“. Jedenfalls sagt Masur: „Ich habe Erich Honecker, nachdem er abgetreten ist, einen persönlichen Brief geschrieben, in dem ich ihm persönlich wünsche, dass er diese Enttäuschungen gut übersteht, und habe ihm gedankt für die Entscheidung, dieses Gewandhaus zu bauen, die Dresdener Semperoper und das Schauspielhaus. Das war auch eine einsame Entscheidung. Die hat er eigentlich wider alle Vernunft getroffen, denn bereits zu diesem Zeitpunkt waren wir so tief verschuldet, dass wir uns das gar nicht haben leisten können.“

Den revolutionären Prozess hat Masur gleichsam entsprechend kulturbezogen wahrgenommen: „Es ging nur um ideelle Fragen.“ Er idealisiert das Wohlstandsverlangen mit dem Argument, es sei bereits am Ziel: „Wir sind ja auch

schon eine Wohlstandsgesellschaft geworden."

22. November 1989

Karen war Zeugin der Leipziger Montagsdemo. Sie war erschrocken über das niedrige Niveau politischen Bewusstseins. Das extreme Gegenteil jener großen Demo vom 4. November auf dem Alex. Dort hatten Intellektuelle gesprochen, die meisten marxistisch gebildet. Wer war das nun in Leipzig? Viele Parolen klangen nach Anschluss an den Westen. Am Rande der Demo die LDPD mit Lautsprecherwagen und Flugblättern aktiv.

Zu Recht weisen die Trotzkisten darauf hin, dass „nicht die Kapitalisten, sondern ... die aufgestandenen Volksmassen der DDR" die /144/Mauer zum Einsturz gebracht haben (Inprekor, Nr. 297). Sie schweigen aber zu Unrecht davon, wie der Sog der kapitalistischen Lebensverhältnisse Abwanderer und Aufbegehrende angezogen hat. Insofern jene Aussage in ihrer Negation auch wieder unsinnig; „die Kapitalisten" legen bei sowas nie direkt Hand an.

Aus Ostberlin schreibt mir Hans Scherner von der „Vereinigten Linken", mein Artikel „Revolution in der DDR" sei bei einer Demo in Hellersdorf verlesen worden. „Ihr Optimismus, die Neuerer in der Partei hätten auch nur eine Minute lang Oberwasser bekommen, lässt zu wünschen und ist eine entscheidende Hoffnung, die Wirklichkeit ist`s leider Gottes nicht."

Hoffentlich geraten die Linken nicht wieder einmal in Gegensatz zur „Realpolitik". Gebraucht wird r*evolutionäre Realpolitik* (Rosa Luxemburg).

In der gestrigen FAZ feiert Hans D. Barbier den Wechselkurs der Ostmark, der gegenwärtig 1 zu 20 beträgt, als „unbestechlichen Spiegel". Barbier ist ein bestechlicher Spiegel. Zwei Seiten weiter sagt Karl Schiller: „Die wirkliche Kaufkraftparität wird ja auf etwa 1 zu 4 geschätzt." Die Demonstrationsbereitschaft der Massen erfüllt Schiller mit Unbehagen. „Es ist zwar so sympathisch, dass DDR-Bürger wie in Leipzig jeden Montag auf die Straße

gehen, um politische Forderungen wie freie Wahlen, Gewaltenteilung und anderes durchzusetzen. Aber es könnte auch die Gefahr bestehen, dass sie vielleicht, wenn die nötigen Reformen sie wirtschaftlich zunächst drücken, dies gegen die Wirtschaftsreform mit dem Subventionsabbau ebenfalls tun.“ Über diesen Sozialabbau ist „man“ sich unter Technokraten und Kapitalhelden aus Ost und West längst einig. Anders würde das keine Marktwirtschaft, Bedingung für die wirtschaftliche Integration der DDR in die BRD bei fortbestehender formeller Zweistaatlichkeit, wie Schiller sich das vorstellen kann. „Wir haben“, reflektiert er, „einen Kapitalexportüberschuss von über 100 Milliarden DM. Wenn davon nur ein Drittel langsam in die DDR ginge, das wäre ungeheuer.“

22. November 1989 (2)

Ein Redakteur der SEW-Zeitschrift „Konsequent“ besuchte mich, um das Kriegsbeil vollends zu begraben und Zukunftsprojekte unter den übrigbleibenden Marxisten zu besprechen. Die Umbenennung der SEW steht an — falls sie fortbesteht. Er verlangte zwei weitere Exemplare meines „Gorbatschow“, um sie in der DDR zur Veröffentlichung vorzuschlagen. Elektrisierende Vorstellung. Vielleicht verdient mir das Buch einen Urlaub in der DDR.

/145//Mandel („La révolution politique et les dangers qui la menacent“, in Inprekor, Nr. 297, 3-9) hebt die Bewegung in der DDR „über alles hinaus, was man in Europa seit dem Mai 1968 gesehen hat, vielleicht seit der spanischen Revolution“. Er dekretiert: „Nicht der geringste Zweifel ist erlaubt über das Vorwiegen der Arbeiterschaft in diesen Demonstrationen.“ Das „errechnet“ er aus der Einwohnerzahl der Städte im Verhältnis zur Demonstrantenzahl. Aufgrund einer Streikdrohung aus Leuna habe das Politbüro zurücktreten müssen. Bei den Demos geben „die Einfachen, die ‘Leute von unten',„ den Ausschlag. Wie das Märchen die Wünsche befriedigt, so dieser gemachte Mythos die Postulate eines Dogmas. „Von unten“ hat allenfalls Sinn als Entgegensetzung zu den befehlsadministrativen Machtwegen der bisherigen Ordnung. Misst man die Generalkompetenz, die eine revolutionäre Demonstration sich herausnimmt, an

den alten Machtwegen, scheinen alle Beteiligten gleichermaßen „unten“. Die hunderttausend Intellektuellen (im weiten Sinn), die am 4. November dabei waren, darunter eine Elite aus den Akademien der Künste und Wissenschaften, waren gewiss nicht „die Einfachen, die ‘Leute von unten',„. Heiner Müllers, des weltberühmten Dichters, sonderbaren Auftritt hat Mandel folgendermaßen wahrgenommen: „Ein Redner erläuterte die von einer Initiativgruppe für unabhängige Gewerkschaften formulierten Arbeiterforderungen“. Die sich aufrichtende Zivilgesellschaft ist nichts für Mandel. Er sieht nur potentielle Trotzkisten.

Die Schnelligkeit des Wandels versteht er als die „der wirklichen revolutionären Explosionen“. Als Gegensubjekt führt er immer noch „die Bürokratie“. Modrow ist „le chef de file des gorbatchéviens réformateurs“. Die Vielfalt von Bereichsbewegungen, bei denen es um konkrete Umgestaltung im einzelnen geht, „ist momentan unkontrollierbar“. Zwei „gravierende Schwächen“ der Bewegung, in denen sich deren Scheitern ankündigen könnte: Erstens gibt es erst Keimformen wirklicher Selbstorganisation, deren Auftauchen in den Betrieben erst den Übergang zu einer qualitativ höheren Ebene der Revolution bedeuten würde. „Aber momentan scheinen die Massen zu zögern, wenn nicht sogar sich herauszuhalten (s`abstenir).“ In Leipzig habe das Neue Forum ein Doppelmachtregime etabliert, verfüge aber nicht über gewählte Leiter. Überall unklare Zielvorstellungen.

Mandel warnt vor „spontaneistischer Euphorie“. „Demokratisierter Arbeiterstaat“ als Perspektive. „Eine Machtergreifung durch die Arbeiterklasse der DDR“, erklärt er, vorsichtig schachtelnd, für „möglich, aber nicht sicher und auch nicht wahrscheinlich“, schon der weltrevolutionären Zündwirkung wegen, die sie unannehmbar sein /146//lässt für die SU, die USA, China und alle andern. Mandel spinnt seine Träume. Eine Spaltung der SED in drei oder vier Teile „wahrscheinlich“. Er weiß nichts von einem Massenecho auf Losungen nach „freier Marktwirtschaft“ und „Wiedervereinigung“ bzw. „Deutsche Einheit“. Er

ruft nach „einer Avantgarde, die politisch in der Lage ist, gegenüber allen wirksamen Massenkräften der Arbeiterschaft eine Einheitsfronttaktik zu vertreten".

Krenz eine „ephemere", „transitorische Lösung", Nachhutgefecht der „Konservativen". Einheitssubjekt hinter aller Regierungspolitik für Mandel: d*ie* Bürokratie. Um Modrow forme sich eine „opportunistische" Realpolitik, polnische Lösung, Machtteilung mit fortdauernder Kontrolle der Nomenklatura über den bewaffneten Apparat. Dagegen stehe die Massenbewegung. Das Scheitern der „Reformkräfte" mittelfristig wahrscheinlich. Dann Anschluss an BRD, aber weiterhin soziale Kämpfe zur Verteidigung sozialer Errungenschaften. Dies die Rückzugsposition, am Gegenpol zu den Träumen.

Mandel redet imaginären Arbeitern nach dem imaginären Mund. Sein o*uvrierisme,* sein Arbeitermythos, verschließt ihm den Blick für die Zivilgesellschaft einer differenzierten arbeitenden Bevölkerung.

23. November 1989

Mehr als die Hälfte der zentralen Planauflagen gestrichen, so die Kennziffern für die laufende Erneuerung der Produktionsanlagen, die Planziele für Monate, Dekaden usw. Berichtspflicht stark eingeschränkt. Die staatliche Bilanzierung soll sich auf die wichtigsten Rohstoffe, Materialien und Konsumgüter beschränken.

In einer fiktiven Rede (als Verantwortlicher fürs Konzept der Wirtschaftsreform in der DDR) entwirft Altvater in der TAZ von heute ein Maßnahmenbündel. Er warnt vor „Vermarktwirtschaftlichung" und optiert für „eine radikale Demokratisierung der sozialistischen Wirtschaft". Glasnost ist dabei von unmittelbar ökonomischer Relevanz. Parallel zwei Aufgaben anzupacken: 1) Reform des „Leistungssystems" und 2) Herstellung der Währungskonvertibilität angesichts der Integration in den Weltmarkt. 1) Dezentralisierung, „Einrichtung von Marktmechanismen, von denen wir eine Korrektur des Preissystems und eine Differenzierung der Einkommensverteilung erwarten", Entflechtung einiger der Kombinate, um die Produktion von Synergieeffekten zu verbessern, Verkleinerung

der Verwaltungsapparate („denn mit dem Aufgeben der führenden Rolle der SED entfällt ja die Verdoppelung der Bürokratie in Staats- und Parteibürokratie"). 2) Abschöpfung /147//von Geldüberhang, evtl. durch eine Staatsanleihe zur Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen oder einer Außenhandelsbank. Mauer für Reisen durchlässig, aber Kontrolle des Waren- und Währungsverkehrs. Die wegen des Reisefiebers negative Dienstleistungsbilanz muss „teilweise" durch Exportüberschüsse ausgeglichen werden. Zur Kursstützung muss man die DDR-Währung in einen internationalen Fonds einbringen, entweder in den IWF oder in eine von beiden deutschen Staaten zu gründende Bank. Je mehr die Regierung demokratisch legitimiert ist, desto besser ihre Verhandlungsbedingungen.

*

Die schnelle Gangart fürs erste vorbei. Tauziehen um „Hilfe". Die Bundesregierung verspricht Geld gegen Abkehr vom Sozialismus, ob demokratisch oder nicht. „Also Hilfe für die DDR erst, wenn sie sich als souveräner sozialistischer Staat auf deutschem Boden selbst aufgegeben hat? Das Wort Hilfe kann seines guten Inhalts rabiater wohl nicht beraubt werden." (ND von gestern) Die FAZ findet die einhellige Kritik in den Medien (in Anführungszeichen!) der DDR „bemerkenswert" und warnt den Westen, auf „eine Art historischen Prozesses, der umgekehrt verliefe, als der Marxismus lehrt", zu bauen und damit zu rechnen, dass die DDR „über den Sturz von Personen und eine dem folgende Veränderung der Institutionen" zum Kapitalismus übergehe (den die FAZ als „demokratischen Staat" umschreibt).

Viele Polen praktizieren jetzt G — W — G', aber als $GW^{est} - GO^{st} - W$ — $GW^{est'}$ und da capo. An der Grenze zum Beispiel ein Pole mit: 2 Zentner Haselnüsse, 16 Angelruten, 26 Angelnetze, 60 Rollen Angelschnur. Wenn das Schule macht, ist es aus mit der Weihnachtsbäckerei und mit dem Anglersport in der DDR. Die BZ-Ost schrieb dazu, der Abkauf habe ein Ausmaß erreicht, das weder die Wirtschaft materiell „noch unsere Bevölkerung seelisch verkraften kann". Modrow appelliert an die DDR-Bevölkerung, „kein Volk von Spekulanten" zu werden. Auch verstehe

er nicht, wie man das hart erarbeitete Geld „einfach wegwerfen“ könne (er meint: es im Verhältnis 20 zu 1 tauschen).

Eckhard Fuhr, der blasse Historikerjüngling von der FAZ, verwickelt sich im Leitartikel beim Versuch, der SPD aus ihrer DDR-Politik einen Strick zu drehen: „Statt eine Antwort zu geben, die vielleicht die Spaltung der Partei bedeutete — aber gäbe es einen würdigeren Grund, auseinanderzugehen? --, setzen Sozialdemokraten leichtfertig die These in die Welt, die Epoche der Nationalstaaten sei abgelaufen.“

/148//Krenz fordert „kompromisslose Offenheit“ plus „Einigkeit“ vom kommenden Parteitag. Als wäre das nicht ein absurder Widerspruch. Kritik an ihm in DDR-Medien. Das NF organisiert eine Menschenkette durch die DDR für „echte Demokratie, freie Wahlen und Machtteilung“. Der Künstlerverband hat den Vorschlag beklatscht, die Mauer auch auf östlicher Seite als Malgrund zu nutzen.

Die FAZ über die „Produktion“ einer Flüchtlingsbewegung in August/September: „Das Fernsehen wird so deutlich wie selten als Instrument der Deutschland- und Innenpolitik eingesetzt.“ „Vor ein paar Tagen hat sich die Blickrichtung fürs erste umgedreht. Der Flüchtling hat seine Pflicht getan.“ (Jacqueline Hénard, „Der Flüchtling im Wohnzimmer“, in: FAZ, 23.11., 35)

Der blasse Sajkow als Moskauer Parteichef abgelöst, andrerseits als Rüstungsfachmann zu Gorbatschows Stellvertreter im Vorsitz des Verteidigungsrats befördert. Der bisherige Zweite als Nachfolger gewählt, auf Empfehlung des Politbüros. Kompetenz- und Grenzkriege um die sowjetischen Medien.

23. November 1989 (2)

Christian Meier, mein alter Bekannter vom „Historiker-Streit“, schlägt in der FAZ die Brücke zwischen dem DDR-Umbruch und jenem Streit um die nazistische Erfahrung, der nachgerade wie eine Vorübung auf den jetzigen Moment anmutet.

Meiers „These ist, dass dem Verfassungspatriotismus der Bundesrepublik die identitätsverbürgende Rolle der Idee des Sozialismus in der DDR korrespondiert.“ Dolf Sternbergers Konzept des „Verfassungspatriotismus“ hatte Habermas als liberale Alternative zum Nationalismus aufgegriffen und mit westlichen Werten gefüllt. Meier hat das 1987 als bloßes „Surrogat nationaler Identität“ kritisiert, als „negativen Nationalismus“, der in einen desto aggressiveren umschlagen könne (vgl. „Vom hilflosen Antifaschismus...“, 238). Nach der Öffnung der Mauer hätten „nationale Bekundungen ... fast ganz gefehlt; soweit sie versucht wurden, gingen sie ins Leere.“ Die Erfahrung des Altherrengesangsvereins vorm Schöneberger Rathaus. Noch besetzen die „unterschiedlichen Identitäten der beiden deutschen Staaten“ den Platz einer neuen nationalen Identität der Deutschen.

Die DDR-Identität leitet Meier ab aus K*ompromissen* (zumal unvermeidlich, wenn „keine anarchischen Traditionen vorhanden sind“), G*ewöhnung* und vor allem aus T*rotzreaktionen* auf Demütigungen, die der Kontakt mit der erfolgreicheren BRD vermittelte. Die DDR „bei /149//aller Verknöcherung und Bevormundung... zugleich eine Idylle“, mit „viel Nestwärme, viel Menschlichkeit“. „Und darüber hinaus musste der Gedanke des Sozialismus, der ja viel Schönes an sich hat, Anziehungskraft entfalten, nicht zuletzt als Berufungsinstanz gegenüber den Herrschenden.“ Außerdem habe das Fernsehen der BRD, diese „stellvertretende Öffentlichkeit der DDR“, gerade die „Schattenseiten“ der BRD wahrnehmen lassen. (Kommt mir merkwürdig vor.) So möge zwar „der Sozialismus“ in der DDR zusammengebrochen sein, aber halt „nicht für alle erkennbar“.

Meier nimmt an, dass das DDR-Bewusstsein „eine gewisse Irrealität“ aufweist, weil die DDR-Gesellschaft „an der Verantwortung für die eigene Ordnung so wenig teilhat, ja mit der ganzen Wirklichkeit von Aufwand und Ertrag, Soll und Haben nicht konfrontiert ist“, was sich „nicht nur bei den Preisen von Grundnahrungsmitteln und Wohnungen, sondern auch bei den Hoffnungen“ niederschlage.

Wer im Milchpreis nicht Kosten + Profitrate usw. bezahlt, lebt für Meier nicht in

der Realität (= Kapitalismus), sondern in Illusionen, die sich in der „Hoffnung auf einen besseren... Sozialismus, auf einen dritten Weg und wie die Illusionen alle lauten (die ja auch im Westen ihre Anhänger haben)“, verdichten. (Damit diese Hoffnung nicht noch im Akt ihrer Verwerfung Austrahlung entfalte, fügt er — mit wachem Sinn für einen verräterischen Zungenschlag — ein: „Egon Krenz sagt: noch besseren Sozialismus“.) Schließlich gibt er Otto Reinhold recht, dass die DDR nur als sozialistische eine Daseinsberechtigung besitze.

Das alles bereitet die Strategiefrage vor, „ob das Aufdecken des ganzen Bankrotts des Systems“ — worauf sich alle verfügbare Energie in der Tat konzentriert — „ausreicht, um Zweifel am Sozialismus und nicht nur an seiner real existierenden Form siegen zu lassen.“ Nach dem Zusammenbruch des fremdverantworteten Sozialismus-von-oben hält Meier es für wahrscheinlich, „dass zunächst das Experiment mit einem selbstverantworteten Sozialismus fällig ist“, den er aber nur als Durchgangsphase denkt, denn er fährt gleich mit dem Danach fort: „Erst danach kann auch die Frage nach einer neuen Vereinigung mit der Bundesrepublik aktuell werden, die man sich nach all dem, was passiert ist“ — das ist der unausgesprochene Bezug auf Auschwitz und die nazistische Erfahrung — „nicht einfach als ‘Wiedervereinigung’ vorstellen darf.“

„Unser Hilfsangebot“ (= Kapitalismus-Antragung, denn von Hilfe ist nichts bekannt) könnte den Stolz der DDR verletzen, was der Akzeptanz entgegenwirken würde. Auch „die Erfahrung des großen Aufbruchs“ hält er für Potential eines Sozialismus des dritten Wegs. /150//So scheint es ihm wahrscheinlich, „dass die Mitsprache der DDR-Gesellschaft“ — er meint eine Volkskammer, die aus freien Wahlen hervorgeht — „dazu tendiert, es mit einer neuen Form davon zu versuchen.“

Womöglich eine Expertise für den Bundespräsidenten, ihn zu befähigen, schonend, wo nicht einschläfernd mit Potentialen des Eigenwillens der DDR-Bürger umzugehen.

24. November 1989

Ein Vertreter von SED-Neuerergruppen von der Martin-Luther-Universität Halle meldete sich an, um mich zu ihrem Treffen einzuladen.

„Kennzeichen D“ sendete aus der DDR, aus Cottbus, eine der vielen Verrücktheiten, an die man sich noch gewöhnen muss. Hier traf Bundeswehr auf NVA, und auf einen mir unbekannten SED-Reformer traf — Oskar Lafontaine. Ihm gehörten die Sympathien im Studio, besonders die der NVA-Soldaten. Er hält sich im Populären und in den Bereichen, worin die Hauptströmungen konvergieren. Politische Demokratie, Marktwirtschaft, ökologisch und sozial, Abrüstung. Er meidet das Wort Sozialismus, auch Demokratischer Sozialismus ist ihm anscheinend zu riskant. Er repräsentiert den sozialdemokratischen Überbau derselben „Investitionsmöglichkeiten“ des westdeutschen Kapitals, die Kohl und Lambsdorff auf ihre Weise garnieren. Spricht munter, menschennah, Politik in der Sprache des gesunden Menschenverstands. In dieser Sendung und in diesem Milieu ist das seine Stunde. Werbung für die SDP.

Die Staatsgewalt hat endlich wieder einen öffentlich gerechtfertigten Zweck: Zollkontrollen, Verkauf subventionierter Waren nur bei Vorlage des DDR-Ausweises.

Der Oberste Sowjet hat ein Rahmengesetz für die Gestaltung von Pachtverhältnissen verabschiedet, dem entsprechende Gesetze zu Eigentum und Boden folgen werden. Es erklärt das in gepachteten Betrieben Erwirtschaftete zum Eigentum der Pachtkollektive. Es soll auch die Möglichkeit öffnen, das Pachtverhältnis in unmittelbares Eigentumsverhältnis umzugestalten, indem die Pachtkollektive dem Staat das Gepachtete abkaufen. Nun fehlen die dazu passenden Steuergesetze. Der Vorsitzende des Gesetzgebungsausschusses erklärte das Gesetz für „den ersten wirklichen Schritt bei der Übertragung der wirtschaftlichen Macht an die Arbeitskollektive“.

Im Widerspruch dazu ein von der Situation diktiertes Notprogramm, das

kriegskommunistische Züge trägt: Es hebt Freiheiten der Betriebe vorübergehend wieder auf und bindet sie an Produktarten und Preise für eine Reihe von Gütern des täglichen Bedarfs. Das muss Abalkin gemeint haben, als er gesagt hat, wenn sich die Lage nicht bessern ließe, wäre die Wirtschaftsreform vor ihrem Beginn schon am Ende.

Die Umsiedler aus der DDR verbessern die Altersstruktur der BRD, die Rentenrechnung wird ab 1994 günstiger. Und sie beleben schon jetzt die Verbrauchsgüterkonjunktur. Noch mehr Butter auf die gebutterte Seite.

Eine Umfrage gibt der SED 14 Prozent Wählerstimmen, dem NF 22. Modrow soll in der BRD Sympathiewerte wie Gorbatschow haben.

„Die Pleite der Marx-Wirtschaft" überschreibt der SPIEGEL (Nr.47) seine Titelgeschichte. „Karl Marx hat endgültig ausgedient." (22) Wir werden sehen. Augstein schlägt den Rekord an verschwiegenen Unterstellungen und Euphemismen pro Wort: „Nur eine gesamtdeutsche Wirtschaftsgemeinschaft wird jene Milliarden aufbringen, die Polen braucht." (18) Denkt doch die Deutsche Bank an nichts anderes, als was „Polen braucht". 130 Mrd Mark beträgt die innere Staatsschuld der DDR. Wie hoch ist eigentlich die Staatsverschuldung (zuzüglich Länder und Gemeinden) der BRD? Jedenfalls winkt „Hilfe": „Die Deutschen-West stehen bereit, ihr Geld in den Osten zu schaffen." Der SPIEGEL, Bildzeitung für „Intellektuelle" (im weitesten Sinn).

So sieht die Lehre aus, von der es heißt, „den Alt-Linken in der Bundesrepublik raubt es die letzten Illusionen": „Es gibt kein auf Staatseigentum beruhendes Wirtschaftssystem, das automatisch Wohlstand für alle, Demokratie und soziale Gerechtigkeit hervorbringt. Nur wenn die DDR dem Plan abschwört ...". „Automatisch" ist die übliche Generalklausel, das kleingedruckte Gummiwörtchen, die gekreuzten Finger beim Schwur. Denn bringt etwa „Marktwirtschaft" (vom Kapitalismus reden wir nicht, das überlassen wir nun sogar der FAZ) den sich in ihren Formen bewegenden Völkern dieser Erde „automatisch Wohlstand für alle,

Demokratie und soziale Gerechtigkeit“? Die bloße Frage ist polemisch. Dummheit oder freches Sich-Dummstellen, Bauernfang?

Für sensible Westmenschen: „Diese Erkenntnis zu akzeptieren, fällt besonders jenen ... schwer, die soziale Ungerechtigkeiten, Konkurrenzdenken und Dritte-Welt-Ausbeutung als dunkle Kehrseite des gewinnorientierten Wirtschaftssystems erkannt haben.“ (25)

Während derart auf die DDR eingeredet wird, dem Planen abzuschwören, „wird diesseits der Grenze in Großunternehmen und Mittelbetrieben bereits eifrig geplant“ (25). „Voraussetzung jeder Zusammenarbeit ist, dass Westunternehmen [Kapitalgesellschaften] erlaubt wird, mit Geld [Kapitalinvestitionen] und Wissen [führend und entscheidend] jenseits der Elbe einzusteigen“. Dagegen stehen angeblich einzig „Ängste der Funktionäre vor einer Vereinnahmung durchs westdeutsche Kapital“, aber das sind nur „Ängste“, nicht reale Gefahr, und diese Ängste haben nur „Funktionäre“.

„Modrow ist nicht der deutsche Gorbatschow. Zur notwendigen großen Wende [hin zum Kapitalismus] ... ist die Funktionärskaste der SED noch nicht oder nicht mehr fähig.“ (26)

Der folgende SPIEGEL-Artikel projiziert den Klartext solcher Botschaften auf die CDU, die dem Leser als reaktionär zum Fraß vorgeworfen wird, worauf er den reaktionären Fraß des SPIEGEL als fortschrittlich verzehren mag. Wie also denkt unmöglicherweise die CDU? „Wie selbstverständlich erschien es ihnen, dass ein abgewirtschaftetes System am westdeutschen Wesen genesen werde: freie Wahlen, Kapitalismus, Wiedervereinigung.“ (27)

SPIEGEL-Gespräch mit Alfred Herrhausen, dem Chef der Deutschen Bank: Dieser hat bereits nachsehen lassen „welche Niederlassungen wir früher auf dem Gebiet der heutigen DDR hatten“, und er kann sich „natürlich“ vorstellen, dass es dort bald wieder welche gibt, nur: „Bis heute hat sich ja eigentlich nicht mehr geändert, als dass Menschen frei heraus und hinein können.“ (28) Darauf schnurrt

in den Augen der Deutschen Bank die Revolution in der DDR zusammen. Er erwartet die Überführung in eine „liberale Marktwirtschaft". Er setzt „eine zentrale sozialistische Planwirtschaft" einer „liberalen, dezentralen Marktwirtschaft" entgegen, die Möglichkeit um die Sprache bringend, dass Plan und Markt miteinander verbunden werden, bei Dezentralisierung von Macht und Entscheidung auf dem Boden von gesellschaftlichem Eigentum mit sozialistischen Wirtschaftsakteuren genossenschaftlichen Typs. Auf die Frage, ob nicht unter den von ihm herbeigewünschten Bedingungen die DDR „sehr schnell von der westdeutschen Wirtschaft verschlungen" werde, sagt der Schlaumeier: „Diese Ansicht ist nur solange richtig, als sie von einer Zweistaatlichkeit ausgeht. Wenn Deutschland wiedervereinigt wird, ist diese Ansicht falsch. Kein Mensch in Nordrhein-Westfalen nimmt Anstoß daran, wenn ein württembergischer Unternehmer in Nordrhein-Westfalen tätig wird, im Gegenteil. Notleidende Regionen rufen geradezu dazu auf" (29). Wo würde man eigentlich die Deutsche Bank lokalisieren? Hat sie einen Ort? Und wie kann man sie bestimmen? Als „deutscher Unternehmer"? Das Sprachspiel ist klar, warum sollte ein deutscher Unternehmer in Deutschland nichts unternehmen. Das Wort „Unternehmer" stammt aber aus der gemütlicheren ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Wie wäre es mit t*ransnationaler Konzern?* Vor allem: Bis dato herrschte eine, wenn auch verunglückte, Form von Gemeineigentum; Wirtschaft wurde als Sozialveranstaltung betrieben. Und nun soll sie der bisher durch den Staat entfremdeten Gesellschaft schon wieder entfremdet werden, nämlich durch kapitalistisches Kommando. Es werden ja auch, wenngleich modernisiert, die Konzerne befehlsadministrativ regiert. Haben nicht soeben 95 Prozent der Arbeiter von Salzgitter Anstoß daran genommen, dass das Unternehmen „privatisiert" werden, d.h. aus öffentlicher in kapitalistische Kontrolle überführt werden soll? Ist es nicht Heuchelei, so ist es Blindheit, interessierte Blindheit.

„Hilfe" steht also für Kapitalisierung, deren Voraussetzung Kapitalismus. Bis dahin ist auch Herrhausen für vorgreifende Stützung bei der Modernisierung der Infrastruktur. Die künftigen Kapitalisten werden schließlich telefonieren,

transportieren und zum Arzt gehen müssen. „Im übrigen warne ich davor, zu früh zu großzügig unser Geld nach drüben zu tragen."

Die Kassandra von gestern — nicht die Triumphalistin von heute, sondern schon wieder Kassandra, schon wieder ungehört. Wer was lernt, lerne zu hören.

25. November 1989

Die SPD hat eine „Arbeitsgruppe DDR" eingerichtet unter Vorsitz von Roth. Dieser zumindest mit Worten gegen „eine Haltung, die die bloße Übernahme unserer Form der Marktwirtschaft zur Voraussetzung für jede Hilfe macht".

Da die FAZ den völligen Selbstverlust der DDR will, interpretiert F. U. Fack im Leitartikel („Halbherzige Reformen") jede noch so revolutionäre sozialistische Reform als „halbherzig". „Ganzherzig" wäre die Unterwerfung untern Kapitalismus. Die neue Eigenständigkeit der „riesigen Industriekombinate" ist eine solche „Halbherzigkeit". Dass die Kombinate klein sind im Verhältnis, sagen wir, zu Daimler-Benz und zur Deutschen Bank, tut nichts zur Sache. Modrow will die Kombinate nicht privatisieren — „mit Recht hat deshalb Alfred Herrhausen davor gewarnt, unser Geld zu früh zu großzügig nach drüben zu tragen". — Auch wenn „der Marxismus-Leninismus keine Chance mehr hat", soll man den „Willen zur Eigenständigkeit" nicht unterschätzen, heißt es im Wirtschaftsteil (J.Eick).

Leningrads Parteichef Boris Gidaspow hat eine Kundgebung organisiert, die im örtlichen Fernsehen übertragen worden ist. Er forderte „Rückkehr zu den Normen des Parteilebens, die es unter Lenin gab". Laut FAZ soll eine „Politik der starken Hand" angesichts der „wirtschaftlichen und sozialen Krise" der Sowjetunion verlangt worden sein, dazu Rücktritt von ZK und Politbüro und Einberufung eines Sonderparteitags. Eine Resolution habe sich gegen Privateigentum und Streiks sowie „Schieberei und Genossenschaften" gerichtet und dem „Informationsterror antikommunistischer Zeitungen" den Kampf angesagt. Die FAZ, deren Bericht aus trüben Quellen schöpft und unklar gehalten ist, ordnet den Vorgang unter „Absetzbewegung von Moskau" ein.

Entflechtung von Partei, Staat und Wirtschaft. Emanzipation von Gesellschaft aus dem Staat, zum Teil nur, um unter Marktdiktate zu fallen. Die Skepsis sieht den Weg von der Diktatur im Namen des Proletariats zum Diktat des Marktes und der Diktatur der Marktmächte verlaufen.

Der Wechselkurs wieder auf 1 zu 10 gesprungen. DDR-Finanzministerin Uta Nickel hält 1 zu 4,4 für „realistisch". Eine neue Bestimmung illegalisiert erneut jegliche Aus- und Einfuhr von DDR-Geld. G.Mittag aus der Partei ausgeschlossen. Täglich bis zu anderthalbtausend Umsiedler. Robotron hat tausend seiner 68.000 Mitarbeiter verloren. Der GD Friedrich Wokurka soll überlegen, in der BRD ein Werk zu eröffnen.

Vor Schwulenkneipen Westberlins soll die AIDS-Hilfe Informationsblätter an Ostbesucher verteilen, auf denen es heißt: „Ihr werdet hier viel Positives erleben, aber auch vielen Positiven begegnen."

Markus Wolf zum SPIEGEL: Zu den Perestrojka-Erfahrungen gehört, „dass Wirtschaftsreform ohne grundlegende politische Reform nicht machbar ist". „Die Führung hat eindeutig abgewirtschaftet. ...Aber die Basis der Partei ist stark und intakt." Für eine „unverwechselbare DDR der Zukunft" muss der „antifaschistische Konsens" erhalten bleiben.

Krenz ist von Honecker während dessen Krankenhausaufenthalt in Zwangsurlaub geschickt worden, obwohl er eigentlich dessen Stellvertreter war. An seiner Stelle amtierte Mittag.

Der UZ einen Artikel über Marxismus-Perspektiven zugesagt; der Redakteur über meine Zusage überrascht, hatte „kaum damit gerechnet".

25. November 1989 (2)

Gestern zwei Besuche aus der DDR. Zuerst André Gursky von der ML-Sektion der Martin-Luther-Universität Halle. Er war in der Bibliothek seiner Uni auf den „Pluralen Marxismus" gestoßen. Berichtete von den Kämpfen im unter Böhme

nachhinkenden Halle, von seinen eignen Wechselfällen. Nach einer Seminarsitzung zu Thesen des PM ist ihm am Montag die Lehrerlaubnis entzogen worden, sagte er. Ich kann es kaum glauben. Das Eis mag gebrochen sein, die Schollen sind in sich kompakt. Das ML-Grundstudium abgeschafft, die ML-Sektion vor der Auflösung, alle fürchten um ihre Stellen. G. hat jetzt seinen Austritt aus der SED auf die Post gegeben. Im Widerspruch dazu will er mich einladen lassen zu einer Art Neuererkonferenz von Hallenser Kommunisten in Vorbereitung des Parteitags. Ich weise ihn auf den Widerspruch hin und frage, warum er nicht jetzt mit Lust kämpft, wo er doch alle Möglichkeiten hat.

Abends unangemeldet Dieter Krause, Soziologe von der Humboldt-Uni, der ein Exemplar des „Pluralen Marxismus" im Regal einer Kollegin gefunden und mir daraufhin geschrieben hatte. Er ist anfang vierzig, seit 1972 in der SED. In seiner Umgebung hat das Sputnik-Verbot Ende letzten Jahres den „Knackpunkt" dargestellt, also einen Bruch bewirkt. Seither i*n* der SED Oppositionskreise. Wechselspiel von Protest und dessen Repression im Anschluss ans Sputnik-Verbot. Ganze Parteiformationen begehrten auf, zum Beispiel die des Akademie-Verlags. Gorbatschow beherrschte seit der Januarrede von 1987 die Diskussion in der Partei, also seit er die Kaderpolitik auf die Tagesordnung gesetzt hatte. Verblüffend parallel zu meiner Erfahrung.

26. November 1989

Der Schriftstellerverband hat die Ausschlüsse rückgängig gemacht, die 1979 im Gefolge des Konflikts um Stefan Heyms Collin erfolgt waren, und erklärt: „Der ... Ausschluss ... sowie dessen Folgen für andere Kollegen war nicht wieder gutzumachendes Unrecht, für das wir um Entschuldigung bitten."

Laut Dieter K. standen bei der SED-Kundgebung im Lustgarten schon zwei Parteien. Er selber war dabei, wie zuvor bei der Protestdemo, und er hatte Angst gehabt mit seinem Schild, auf dem der a.o. Parteitag gefordert wurde. Dieter Kleins Rede entsprechend aufgenommen. Niederpfeifen statt Niederwalzen, wie bisher.

Schabowski gehöre zur alten Kultur. Jetzt lernfähige, hinhörende Leute gefragt.

Ulrike Beck, eine Pastorin aus Nauen, die in Gestus und Aussehen Ähnlichkeiten mit Antje Vollmer zeigt, berichtete davon, dass in der Provinz die SED-Mächtigen alten Typs sich vielfach noch nicht bedroht fühlen und allenfalls abwarten, bis es im alten Stil weitergeht.

Die SED-Formation der Humboldt-Uni an der Spitze der Erneuerung. Jetzt gälte es, den politischen Apparat seiner Vormachtstellung zu entheben, drastisch zu verkleinern und auf den Status einer Exekutive zu reduzieren. Umkämpft bei der Vorbereitung des Parteitags: der Berichtszeitraum (Krenz wollte zunächst nur über seine Amtszeit, 7.10. bis 15.12., berichten, während die Neuerer auf eine radikale Analyse der Verhältnisse dringen); ob der Generalsekretär unmittelbar durch die Delegierten oder erst (wie Krenz will) vom Politbüro gewählt wird.

Das ND zensiert noch immer. Ein in anderen Medien enthaltenes entscheidendes Detail wegretuschiert (welche Dummheit!): Sindermann hatte zu Wekwerth gesagt, es sei von einer Konterrevolution auszugehen und man müsse folglich „mit allen Mitteln“ vorgehen.

Ein zweideutiger Wendepunkt die Öffnung der Mauer: Begrüßungsgeld und Empfangskapellen, das ganze Arrangement des Zusammenkommens und Sich-Umsehens, hat mit einem Schlag die „Wiedervereinigung“ auf die Spruchbänder springen lassen und den inneren Reformdruck geschwächt. Seither „alles aus den Fugen“, alles scheint möglich. Der Westen sauberer, bunter, schöner; die Westdeutschen oft idealisiert wahrgenommen. Dass aus der „furchterregend deprimierenden Stadt“ Nauen nun plötzlich eine BVG-Linie nach Spandau führt, hat einen Erdrutsch bewirkt, bestätigt Ulrike Beck, die zur SDP gehört.

26. November 1989 (2)

Überraschender Besuch von Askoldow. Er hat, wie er sorgfältig erklärt, im Mai mein Gorbatschow-Buch abgegeben, und zwar bei Anatolij Sergejewitsch

Tschernajew, der Professor für Geschichte war, bevor er ZK- und schließlich Parlamentsmitglied wurde. Tschernajew versteht leider kein Deutsch, dafür Englisch; er hat ein Referat von dem Buch anfertigen lassen und dieses Gorbatschow übergeben, der sich sehr interessiert gezeigt habe.

Askoldow war bei der Kundgebung in Leningrad. Die dort verlesene Resolution könne der Funke sein, der das Pulverfass zur Entzündung bringt. Wären die Arbeiter organisiert, hätten sie längst landesweit gestreikt. Askoldow sprach immer wieder von erschreckend vulgärem Populismus, hielt sogar ein Umkippen ins Faschistische für möglich. Offenbar haben die meisten Intellektuellen sich von Gorbatschow, den sie noch vor zwei Jahren in den Himmel hoben, zurückgezogen. Sie flüchten in Gruppenegoismen. Dabei hätte die Umgestaltung gerade jetzt ihre Unterstützung bitter nötig. Es herrscht materielle Not, Desorganisation, die nach Sabotage aussieht. Das Volk ist unzufrieden, seine Enttäuschung richtet sich nun gegen Gorbatschow, dem Untätigkeit vorgeworfen wird. Man fühlt sich in gewisser Hinsicht an Chile vor dem Sturz Allendes erinnert, an den Transportunternehmer-"Streik". Der Ruf nach der starken Hand findet Beifall, erzählt Askoldow. Im Politbüro habe Gorbatschow keine wirkliche Stütze, und die Bürokratie, die anfangs desorientiert und ratlos war, habe sich gefangen. Die neuen Wirtschaftsgesetze seien gut, aber ihr Weg zur Wirklichkeit sei entsetzlich lang. Es sei, als ob eine Boeing aus dem Stand in die Luft gehen sollte. Er macht die Bewegung mit den Händen.

Juri Afanasjew habe sich gegen Gorbatschow verbissen und erkläre, die russische KP sei am Ende. Überhaupt habe sich in den letzten 2-3 Monaten alles stark verändert; jeder Tag bringe neue Facetten. Man müsse gegen die Euphorie im Westen angehen, die diesen krisenhaften Wandel nicht mitbekommen habe. Von uns westlichen Marxisten sei jetzt eine nüchtern-kritische Analyse gefordert. „Der erste Schritt der Perestrojka war wie Champagner." Wenn sie jetzt, in ihrer Krise, nicht „unter intellektuelle Kontrolle der ganzen Welt" gestellt werde, sei ihr Ausgang ungewiss. Daher sollten die Intellektuellen der Welt an einen Runden

Tisch zusammengeholt werden. — Askoldows Diskurs weht leicht vom Offenen ins Öffentliche, ins Appellative einer Podiumsdiskussion. Dann wieder überzogene Vorstellungen wie die vom genetischen Schaden, den der Stalinismus dem russischen Volk zugefügt haben: nach generationenlanger Ausrottung der zu Initiative Fähigen sei eine initiativlose Art gezüchtet, die gar nicht arbeiten k*önne.* Der Vulgärdarwinismus schlägt durch und grundiert einen abgründigen Pessimismus. Nachdem nun die Sowjetunion ihre Grenzen geöffnet habe, wisse „Europa noch gar nicht, was es da erwartet", etwas „Destruktives", so wie die jüdisch-russische Emigration in die USA Negatives bewirkt habe.

Der Eindruck von Zynismus, den der Iswestija-Kommentator Alexander Bowin mir in Tübingen vermittelt hat, sei nur Maske, um sich vor der Analyse zu drücken. Er trinke vor allem viel Bier, sei dabei einer der Klügsten und Bestinformierten. Übrigens habe er sich 10 Jahre in der Nähe Breschnews gehalten, einen Preis für einen Afganistan-Film erhalten usw.

Askoldow sprach sehr gut über Alexander Galkin, den Direktor des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK. Da dieser deutsch spricht, veranlasste er mich, ihm ein weiteres Exemplar des Gorbatschow-Buches mitzugeben und ihn zur Volksuni einzuladen. Galkin hat ein Buch über den NS geschrieben. Swetlana Askoldowa, die Amerikanistin ist, werde Antwort bringen.

Gorbatschow hat in der Wochenendausgabe der Pravda zu seiner Verteidigung angesetzt. Die Perestrojka in der KPdSU laufe langsamer als in der Gesellschaft.

Die polnische Regierung hat die Vervielfachung von Lebensmittelpreisen bekanntgegeben, zum Teil Verzehnfachung und mehr.

27. November 1989

Aus der FAZ (die das von dpa übernimmt) ein im Doppelsinn schwaches Bild des Artikels von Gorbatschow. Verwischte Konturen, defensiv: „'Einige Leute versuchen uns vorzuwerfen, dass wir keinen klaren, detaillierten Plan zur

Verwirklichung des Konzeptes der Perestrojka haben', schrieb Gorbatschow. Es wäre jedoch 'ein theoretischer Fehler' und ein 'Charakterzug des Stalinismus' gewesen, der Gesellschaft 'fertige Pläne aufzuzwingen'. „Wir handeln nach Lenins Prinzipien', äußerte er. Dies bedeute, 'das Wachstum der Zukunft aus der heutigen Realität zu studieren und unsere Pläne entsprechend zu entwerfen'. Die Erneuerung des Sozialismus sei ein weltweiter Prozess', der 'bis über die Jahrhundertwende hinaus' anhalten werde." Das alles nicht falsch; aber das ist auch nicht der Moment für solche Allgemeinheiten. Die Handlungsnotwendigkeiten sind imperativ, man will keine „Philosophie" mehr. Mehr nach seinem philosophischen Berater Frolow als nach Gorbatschow selbst klingt folgender Satz: „Von immerwährender Bedeutung ist die Tatsache, dass der Marxismus den Sozialismus als natürliches Produkt des Fortschrittes der Zivilisation und der historischen Schöpferkraft des Volkes darstellte".

Alexander Dubcek als letztes Aufgebot des Sozialismus in Prag. Gorbatschows Perestrojka — das ist das wiederaufgenommene Projekt von 1968, der Sozialismus mit menschlichem Antlitz, sagt er. In der CSSR „eine ähnliche Gesellschaftskrise wie bei uns", sagt der Sprecher des DDR-Fernsehens.

Spätere werden das Überraschende nicht mehr verstehen können. Der Sprecher fuhr fort: „Die Parteienlandschaft der DDR ist reicher geworden." Übers Wochenende eine Partei der Grünen in der DDR gegründet, noch ohne Programm und gegen den Widerstand des Dachverbands der ökologischen Gruppen. Jetzt wird die Welt neu aufgeteilt, jetzt wollen sie dabei sein.

Die katholische Kirche mischt sich in Gestalt des Berliner Bischofs Sterzinsky in die Umgestaltungsdiskussion der DDR ein. „Ein ganz klares Bekenntnis zu den Menschenrechten" soll in die Verfassung hineingeschrieben werden. Warum will das grade die Kirche, gegen die sie doch einmal verkündet worden sind? Weil unter sie das „Erziehungsrecht der Eltern" subsumiert werden kann, aus dem das Recht gefolgert werden kann, das „Schulsystem" auszuwählen. Und nun steht die Sprache vollends Kopf. Das Bildungssystem, fordert der Bischof, müsse „ideologiefrei"

gemacht werden. Darunter versteht er die Einräumung des Rechts auf katholische B*ekenntnisschulen.* Unerklärt, ob er diese für ideologiefrei hält oder ob der Erziehungsraum nur vorübergehend ideologiefrei gemacht werden muss, damit er von dieser Freiheit alsbald wieder befreit werden kann und die katholische Ideologie dort in spezielle Abteilungen einzieht.

In der Aktuellen Kamera klingt es, als wolle der Dresdener OB Berghofer gegen Krenz kandidieren. Später dementiert er. Aber allein das Hin-und-Her bedeutet eine öffentliche Lockerungsübung. Für den 7.12. zu Gesprächen am „Runden Tisch" eingeladen, anscheinend auch die „Vereinigte Linke".

Bei uns drängt nun sogar Späth die Regierung, „die Meßlatte für Wirtschaftshilfe nicht immer höher zu hängen". Kohl unter Zugzwang.

27. November 1989 (2)

Lothar Scharsich, Bühnenbildner am Brecht Ensemble, lud mich ein, auf einer Kundgebung im Friedrichstadtpalast zu sprechen. Er tat dies im Namen der Organisatoren jener legendären Kundgebung vom 4. November. (Ist das wirklich erst drei Wochen her?) Zur Akkreditierung brachte er einen Text von Volker Braun, der jener neuen Kundgebung vorangestellt werden soll.

Volker Braun sieht die DDR „in der unwiederbringlichen Lage, als Gesellschaft nachzudenken". „Es ist ein seltener geschichtlicher Augenblick, in dem wir die Macht fast in Händen haben, die Macht, die Zukunft zu korrigieren." Fast. „Es wird viel geredet, aber es gibt keine Stimme, die mit Macht hinausdringt." Die SED eine von vielen Splittergruppen. Eine „zähe Struktur" von „sozialistischem Parlamentarismus" etabliert sich, nicht zusammengehend mit dem „diffus, dunkel und wankelmütig" sich artikulierenden „Willen der Straße", zwar „ein enormer Fortschritt gegenüber der absolutistischen Erstarrung, aber ich frage, ob es nicht etwas Moderneres, etwas Demokratischeres gibt". Die „Macht der Räte ... hätte heute das Gemeineigentum als gewaltige Stütze". Die Volkskammer „nur der oberste Rat" (der Oberste Sowjet), „die Selbstorganisation der Produzenten als die

lebendige Staatsstruktur, die sich aus dem harten Diskurs zwischen den Ebenen speist.“ Volkers Schluss überzeugt mich nicht: „Suchen wir die Staatsform, die ein Protestmarsch bleibt gegen die elenden Verhältnisse“. Das weiß sich keinen anderen Rat mehr, als sich aus dem Volk nach links zurückzuziehen. Wer die Verhältnisse im Kapitalismus nicht als elend sieht, wie sollte der sich mit bloßem Protestmarschieren begnügen. Ist denn nichts Unelendes zu kriegen?

Während ich mit Scharsich sprach, erhielt ich die telefonische Nachricht, dass der Dietz-Verlag das Gorbatschow-Buch nachdrucken möchte (5.000 bis 8.ooo Exemplare). Spontan möchte ich zusagen unter der Bedingung, dass sie mehr machen. Sch. zieht ein Gesicht wegen des Verlags, dem man nichts mehr abnehme. Er wird sich um einen andern bemühen. Ich gebe ihm ein Exemplar für Walter Janka mit der Widmung: „Wer zu früh kommt, den bestraft das Absterbende.“

Es geht alles so schnell. Aber wohin?

28. November 1989

Geht mit der Zwangsvorherrschaft der SED der Sozialismus insgesamt in den Orkus der Geschichte? So stellen es unsere Kapitalhelden dar, aber so auch, zumindest fürs erste, Gerhard Bartsch.

Der frühere Verteidigungsminister Scholz (CDU) soll im Gespräch mit der FAZ „Freisetzung ... freiheitlicher Strukturen“ zur Bedingung erklärt haben. Hübsche Umschreibungen für Kapitalismus, die Tautologie zeigt, wie das Gemeinte aus ihnen rausdrängt und gegen die Zensur stößt.

Peter von Oertzen soll die „volle Integrierung der jetzigen DDR in das System der Bundesrepublik“ für wahrscheinlich halten. Ein „sozial abgefederter Kapitalismus“ werde „drüben“ entstehen mit einer „anderen Struktur des herrschenden Milieus“, was immer das heißen soll. Eine denkbare Alternative sei ein „demokratisches System mit der Ausdehnung von Partizipationsrechten auf allen Gebieten“, wobei öffentlich gewählte Sozialräte die Rahmenplanung für die großen Unternehmen

kontrollieren würden.

Fernsehdiskussion über „Marktwirtschaft“. Man möchte sich stärker in die internationale Arbeitsteilung eingliedern, vor allem mit der BRD. Zuviele Produktarten in zu kleinen Stückzahlen stellen eine Barriere für Rationalisierung dar. Die Kombinate denken auch darüber nach, unrentable Abteilungen zu verpachten oder zu verkaufen. Ein Schwarm von Klein- und Mittelbetrieben soll sich mit den Kombinaten vernetzen. „Alle Eigentumsformen“ in diesem Bereich. Man überlegt auch Formen motivierender Beteiligung der Arbeiter an den Kombinaten. Das führte zu einer Formulierung wie „Mitbesitz der Werktätigen am Volkseigentum“ (Rosenkranz). Das Volk ist Eigentümer, die Produzenten Mitbesitzer — aber wer besitzt noch mit? Der Staat?

Laut Sajkow ist der zivile Produktionsanteil der sowjetischen Rüstungsindustrie inzwischen bei 49 Prozent angelangt; 60 Prozent sind anvisiert. Dem Namen Rüstungsindustrie schwindet die Realität weg.

Das Wirtschaftsbarometer in den USA zeigt nach unten. Da können sie doch nicht auf Rüstungsaufträge verzichten. In Europa Hochkonjunktur; hier scheint es, auch vom kapitalistischen Standpunkt, eher denkbar.

Die demokratische Revolution in der DDR feiernd, vergessen unsere Meinungsherren nicht, auf das Mitspracheverlangen der „sogenannten gesellschaftlichen Kräfte: der Gewerkschaften, der Kirchen, zumal der evangelischen, der Studentenorganisationen, der Schriftsteller“ im eignen Land einzudreschen. Sie mischen sich in „Dinge, die sie wenig angehen und von denen sie nichts verstehen: von Nicaragua bis Südafrika, von Asylfragen bis zur Verteidigungspolitik“. Die FAZ (bzw. Maetzke in der heutigen Leitglosse) erklärt ihnen ihre „Unzuständigkeit“, wie die alte SED bis vor kurzem den entsprechenden Kräften.

Stefan Heyms „5 Tage im Juni“ im Verlag „Der Morgen“ erschienen. Die Schlange derer, die für ein Widmungsexemplar anstehen, soll über 200 Meter lang sein. Die

Auflage 30.000; schon weg. Eine zweite in Vorbereitung.

*

Zweifel, wo vor zwei Wochen noch die kühnsten Hoffnungen nicht hinlangten: ob ich dem Dietz-Verlag mein Buch geben soll. Ist das ein desperater Superopportunismus von ihrer Seite? Oder hat ein Neuerer zugegriffen? Oder Schabowski, für den ich doch ein Widmungsexemplar mitgegeben hatte? Sollte sich die SED spalten, was würde dann aus dem Dietz-Verlag?

28. November 1989 (2)

Stefan Heym liest in den DDR-Nachrichten einen Aufruf, die künftige „Eigenständigkeit" der DDR zu verteidigen. Von Christa Wolf redigiert, von Volker Braun, Walter Janka, Wolfgang Berghofer, Heinz Warzecha (GD des Werkzeugkombinats „7. Oktober") u.a. unterzeichnet. Sie sprechen von der Gefahr, angesichts ökonomischer Zwänge und westlicher Bedingungen in den „Ausverkauf unserer materiellen und geistigen Werte" hineinzuschlittern, um dann „durch die BRD vereinnahmt" zu werden. Sie sammeln nun Unterschriften für diesen Aufruf. Das Fernsehen gibt mehrfach Adressen durch, wo sie hinzuschicken sind. Die Bekämpften von gestern sind heute schon das letzte Aufgebot möglicher Rettung.

Auf der Leipziger Montagsdemo gingen die Emotionen ins Nationalistische, gefährlich auch für alle oppositionellen neuen Gruppen.

29. November 1989

Otto Reinhold abgesetzt; an seine Stelle rückt Rolf Reißig.

CDU und SPD haben sich auf einen Zehnpunkteplan geeinigt, der auf eine Konföderation beider deutscher Staaten zusteuert. Zu denken, dass der SDS einst wegen Befürwortung einer solchen Konföderation (die ja die Anerkennung des jeweils anderen Staats impliziert) von der SPD verstoßen worden ist. Das war 1959,

Entstehungskontext des A*rgument*. Kohl spricht noch immer vom „freien Teil Deutschlands“, die DDR damit als „unfreien Teil Deutschlands“ zu verstehen gebend. Und rechthaberisch gegen die damalige Friedensbewegung in Sachen Nachrüstung, Raketenstationierung: „Geschlossenheit und Standfestigkeit des Bündnisses in der schweren Belastungsprobe des Jahres 1983 haben sich ausgezahlt.“ Rechthaberisch die allgemeine Perspektive einer „Abrechnung mit dem sozialistisch-kommunistischen System“. Kohl akzeptiert (verschwommen, unter Bedingungen, die aber keine „Vorbedingungen“ sein sollen) Modrows Angebot einer „Vertragsgemeinschaft“ mit Aussicht einer Konföderation usw.

Die SPD setzt taktisch nach: Anerkennung der polnischen Westgrenze und Abrüstung als ermöglichende Bedingungen einer Konföderation. Derweilen wird gewollt-voreilig ein großes Diskussionsfeld aufgespannt, um den Gleitprozess zu beschleunigen.

Ein Vertreter von „Demokratie Jetzt“ fürchtet, „überrollt zu werden von den Emotionen des Volkes“, die jene Inszenierung öffentlicher Rede schüren soll. Krenz hält die Konföderation für diskutabel, sobald die DDR als souveräner Staat anerkannt ist. Hartmann, der Vorsitzende der NDPD, erklärt sich für Demokratischen Sozialismus und sozialistischen Parteienpluralismus in der DDR, bekräftigt die antifaschistischen Grundorientierungen und hält unter diesen Voraussetzungen eine Konföderation zweier souveräner Staaten für möglich — einen Staatenbund, nicht Bundesstaat.

Wer überhaupt noch Sozialismus will, beurteilt die Situation offensichtlich als äußerst ernst. Krenz und Modrow haben mit solchen Hinweisen die Erklärung von Heym u.a. „Für unser Land“ unterschrieben. Krusche, der evangelische Kirchenobere, sieht die DDR „unter das Diktat des freien Marktes“ fallen.

Das letzte Aufgebot des Sozialismus. Daher nun auch Biermann eingeladen, der am Freitag in Leipzig ein Konzert geben soll, am Samstag in Ostberlin.

Christoph Hein sieht die Untersuchungskommission zu den Polizeibrutalitäten

kurz vor dem Scheitern. Die Verantwortlichen mauern, wollen sich nicht selbst belasten. Im Moment der größten Schwäche des alten Staatsapparats verstärkt er den öffentlichen Druck. — Verbal hat J.G.Reißmüller in einem Punkt wenigstens recht: „Aber zweierlei gehört zu einer politischen und moralischen Erneuerung der DDR: dass dort sein Amt verlässt, wer schweres Unrecht begangen hat, und dass diejenigen zu einem ehrlichen Wort finden, die im politischen Betrieb der Despotie als Funktionäre mitliefen. Denn nur die Wahrheit macht frei.“ (FAZ-Leitartikel von heute) Natürlich ist „Despotie“ ein Schimpfwort, kein treffender Begriff, denn zur Despotie fehlte der Despot, und Bürokratie ist nicht gleich Despotie. Vor allem möchte man dem alten Heuchler Reißmüller zweierlei sagen: Den Nazis gegenüber war er für's „diskrete Beschweigen“. Vor allem versucht seine Zeitung skandalöserweise, die revolutionäre Wende in der DDR mit der Niederlage des Nazismus von 1945 zu parallelisieren. Dann wird der Spruch „Denn nur die Wahrheit macht frei“ so zynisch wie einst der Spruch „Arbeit macht frei“. Die da heute die Urteile verteilen, sind nun mal die Erbwalter des NS (natürlich seines Ordnungssystems, nicht der Massenbewegung gleichen Namens).

29. November 1989 (3)

Anruf von Franz Sommerfeld: Die DVZ am Ende; gestern die Anzeigenaufträge aus der DDR gekündigt, im Jahreswert von 1 Million DM. Pahl-Rugenstein müsse aufgeben. Versuch einer Rettungsaktion für eine weniger oft erscheinende DVZ. Jetzige Kern-Auflage durch über 23.000 Abonnements getragen.

30. November 1989

In dem Aufruf „Für unser Land“ wird das Bisherige folgendermaßen analysiert (und man muss sich vor Augen halten, dass Krenz und Modrow dies mitunterschrieben haben): „Die Führung einer Partei hatte sich die Herrschaft über das Volk und seine Vertretungen angemaßt; vom Stalinismus geprägte Strukturen hatten alle Lebensbereiche durchdrungen.“

Zeit-Not: „Gewaltfrei durch Massendemonstrationen hat das Volk den Prozess der

revolutionären Erneuerung erzwungen, der sich in atemberaubender Geschwindigkeit vollzieht. Uns bleibt nur wenig Zeit, auf die verschiedenen Möglichkeiten Einfluss zu nehmen".

Der Sinn der „Eigenständigkeit" liegt im Versuch, „mit allen unseren Kräften und in Zusammenarbeit mit denjenigen Staaten und Interessengruppen, die dazu bereit sind, in unserem Land eine solidarische Gesellschaft zu entwickeln, in der Frieden und soziale Gerechtigkeit, Freiheit des einzelnen, Freizügigkeit aller und die Bewahrung der Umwelt gewährleistet sind."

Die Kapitalfraktion im Westen arbeitet seither in allen Ton- und Stillagen an der Desartikulation des Aufrufs. Die FAZ-Wirtschaftsredaktion erinnert daran, dass Stefan Heym „noch vor wenigen Monaten ... die Mauer verteidigte" und winkt drohend mit Geld angesichts der „Animosität gegen die Bundesrepublik und ihr 'kapitalistisches System'„: „Die Stimmungsmache gegen die angebliche Ausbeutergesellschaft ... reizt zu der Frage, ob man sich von dieser Gesellschaft trotzdem die Verwirklichung des Traumes vom Sozialismus finanzieren lassen will." Das Feuilleton geht geistig vor. Sibylle Wirsing rügt einen „Abschied von der Dialektik, der hier riskiert wurde", mit der Begründung: „Der Aufruf ... unterstellt der Realität zwei mögliche Wege in die Zukunft". „Das überparteiliche Papier gehört in die Reihe der Not- und Solidaritätsaufrufe, die seit dem Umschwung oder Umsturz formuliert worden sind". Günter Kunert sieht uns Sozialisten „traumverloren". „Der deutsche Intellektuelle nebst seinen Visionen vom Guten, Schönen und Humanen ist durch keine noch so massive Tatsachenfülle widerlegbar." Gegen Christa Wolf und Rudolf Bahro, weil sie für Demokratischen Sozialismus sprechen. Diese und ähnliche Worte seien Tantalusspeisen. „Würde man die Hand danach ausstrecken, sie entzögen sich dem Zugriff wie eh und je. Die ... Mehrheit jedoch greift lieber nach ... den Bananen bei 'Aldi'." Seine Diagnose: Der Mensch und sein Gehirn „archaisch", die „Megamaschine" oder „Industriezivilisation" ist „der eigentliche Hauptfeind unserer Tage: der Versucher, der die Seelen aufkauft". Solidarität anzustreben wäre „naiv". „Das Individuum ist

längst zum Handlanger seiner eigenen Vermarktung geworden“, ideelle Werte, von denen der Aufruf spricht, sind längst geschwunden. „Anstelle besagter Werte ist etwas anderes zum letzten Halt der Massen geworden: der neue D*eus ex machina* und seine unheilige Dreieinigkeit: Funktionalität, Produktivität, Konsumtion.“ — Schmatzend genießt das Industrieorgan diese Absage an die Industriegesellschaft. Und mit welcher Wut schreit hier einer gegen jene an, die seine früheren Hoffnungen noch hegen, und vermarktet, wie er es sagt, seine affektierte Verzweiflung.

„Großfilialisten“ erkunden bereits Standorte in der DDR. DDR-Bewohner bieten Immobilien an. Noch ist Westdeutschen der Erwerb verboten.

Der Chef der Deutschen Bank, Herrhausen, ermordet, der mächtigste Kapitalist der Bundesrepublik. Die bundesdeutsche Euphorie ist jäh gestört. Tritt die DDR in den Medien zurück, so wie bereits heute im Fernsehen?

*

Als hätte die Herrschaftspartei die Revolution gegen sich herbeigesehnt. Sie will die Revolution gegen sich als Revolution. Der Westen lobt die Revolution, möchte sie aber mit dem Sturz der bisher herrschenden Partei beendet sehen. Wir müssen ihre Fortsetzung wollen. Sie hat die Mauer gebrochen, soweit, so gut. Aber nun soll sie etwas Neues schaffen, soll ihre Kräfte institutionalisieren zur Demokratie vor Ort. Die Kapitalfreunde möchten die Revolution zerstreuen mit Begrüßungsgeld und Gratisangeboten im Schaufensterbummel. Die bisher Bevormundeten sollen in aller Freiheit subaltern werden. Die erkämpfte momentane Repressionslosigkeit soll in die strukturelle Repression durch den Markt übergehen. Die Gewalt der Tauschbeziehungen, des Geldes, des Kapitals soll dem gewaltlosen Sieg über die Staatsgewalt folgen. Wir dagegen wünschten, es lernte sich auch auf unsrer Seite die Demokratisierung. Oder wird Nationalismus das Nachdenken beenden?

30. November 1989 (2)

Man muss verhindern, sagt Scharsich, dass die jetzige Regierung die DDR bereits langfristig bindet über ihre Zeit hinaus. Die aus freien Wahlen im Herbst 1990 hervorgehende Regierung soll bei null beginnen können. Verträge mit kurzer Laufzeit, Notprogramme sind zu akzeptieren. Die Bewegung aber muss sich sachkundig machen, sie braucht „Sachprogramme". Der deutsch-deutsche Taumel vergisst die globalen Nöte, kündigt die Solidarität mit der Dritten Welt. Verhindern, dass diese utopische Bewegung zur Abtötung der Utopie missbraucht wird.

Die Rockmusiker sind aus der Kultur-AG der „Vereinigten Linken" ausgezogen, weil dort der Markt kritisiert wurde. Sie wollen marktkräftige Bedürfnisse befriedigen und verbitten sich Ideen und Ideale, die dem Markt gegenüber einen selbständigen Anspruch aufrechterhalten.

Der Filmregisseur Frank Beyer über drei Gründe, warum die alten Verhältnisse so lange aufrechterhalten werden konnten: 1) Die sowjetischen Panzer im Land (jetzt durch Gorbatschow neutralisiert); 2) viele wollten nicht gegen Antifaschisten vorgehen; 3) die Repression.

/167//1. Dezember 1989

In einem Radio-Interview sage ich zu Franz Lindemair vom Bayrischen Rundfunk: Das Wort 'Kommunismus' ist auf lange Zeit hinaus nicht mehr brauchbar. Lassen Sie es mich so ausdrücken: Was im Osten ansteht, ist ein riskantes und notwendiges Unterfangen, einen qualitativen Sprung mit dem Sozialismus zu schaffen. Die Formel könnte so lauten: Der Sozialismus muss vom Standbein Staat auf das Standbein Gesellschaft gebracht werden — man nennt das auch Emanzipation der Zivilgesellschaft. Es ist aber nicht vorauszusehen, ob es den endgültigen Bruch mit dem Sozialismus bedeutet oder die Entwicklung eines demokratischen Sozialismus.

Auf Lindemairs Frage nach dem Kapitalismus in der Bundesrepublik: Hier ist er eingebettet und abgefedert in einem Ensemble sozialer Einrichtungen. Das ist teuer, und deswegen können es sich nur wenige reiche Volkswirtschaften leisten. Es ist eine Illusion, die von manchen zur Verdummung benutzt wird, zu glauben,

man könne vom Standpunkt des Schwächeren aus auf die Schokoladenseite des Kapitalismus springen. Der Markt spielt Schwarzer Peter mit den Schwächeren.

1. Dezember 1989 (2)

Folgt dem Attentat gegen Herrhausen eine erneute Ausdehnung staatlicher Illegalität in der BRD, gegenläufig zum Prozess in der DDR? Seit Ende 1977 hat die RAF, wie die FAZ sagt, „auf vulgärmarxistische Weise ihr tödliches Augenmerk auf führende Personen der Wirtschaft gerichtet". Die FAZ richtet ihr Augenmerk jetzt auf den „heiligen Datenschutz". „Solche Bremsen wären zu lockern." So die Leitglosse („fr."). Im Leitartikel prüft Maetzke, ob es sich in der DDR, was den Sozialismus angeht, „nur um eine verlorene Schlacht oder schon um einen verlorenen Krieg handelt". Unterm Eindruck des Aufrufs „Für unser Land" entscheidet er sich für das Erstere. „Mit dem Zauberwort 'Sozialismus' lässt sich in Deutschland eine Menge anfangen." Er zitiert einen Text aus der SED, der die Hoffnung ausdrückt, „dass eine politische Mehrheit für die Erneuerung des Sozialismus zu finden ist". Maetzke: „Dahin könnte es tatsächlich kommen. Die Machthaber drüben wollen ein (scheinbar) neues sozialistisches Experiment in Gang setzen. Mancher hierzulande ist da hilfswillig. Gemeinsam ist die Formel, dass der 'Kapitalismus' drüben nur ja keine Wurzeln schlage." — Alles Neue wird von ihm als Altes gelesen werden. Ein Beispiel: Die neue Leipziger SED-Leitung hat gesagt, als Funktionär komme nur in Frage, wer „den Marxismus-Leninismus nicht als Rechtfertigungslehre" missbrauche. Maetzke: „Das werden vor allem alte Kader sein." Er vergisst eilfertig, dass er von den alten Kadern immer gesagt hat, der ML sei für sie bloße Legitimationsideologie.

In der Volkskammer werden die ersten Untersuchungsergebnisse über Staatskorruption bekanntgegeben. Stoph und andere haben für ihre Söhne Häuser bauen lassen; dafür stand eine eigne Bauabteilung bereit. „Sonderjagden" für die Führenden waren als NVA-Gebiete abgesperrt; allein in Neubrandenburg 20 Prozent der Waldfläche.

Krenz sagt dem Interviewer, er besitze „kein Ferienobjekt“. Werden nun die Orden wieder aberkannt, wie gestern Günther Mittag die Ehrendoktorwürde? Nicht viel besser als der vorige Ordenszirkus. Weiter führt eine Forderung der neuen SDP, vor dem Reden über eine mögliche Konföderation müssten „Strukturen der Selbstbestimmung“ vor Ort geschaffen werden.

In mir rumort der Gedanke, dass der west-kapitalistische Blick auf die DDR-Wirtschaft, wo er nur Ruinen zu sehen vorgibt, die Ruinierung des noch fungierenden gesellschaftlichen Kapitals im Sinn hat. Anlagesuchendes Kapital dringt immer auf Zerstörung noch fungierenden Kapitals; freilich unterscheiden sich die Formen, in denen die Zerstörung sich dann hinterrücks durchsetzt: Krieg, Wirtschaftskrise, „moralischer“ Verschleiß durch Innovation. Wenn nun das Dispositiv der DDR-Industrie verschrottet werden könnte — welch ungeheurer Markt! Auf jeden Fall wirkt der Niedergang des Sozialismus als Konjunkturfaktor. Aber warum machen das die Arbeitenden mit, ja drängen sich dem geradezu entgegen? Ich vermute, je mehr einer bisher bloß Objekt des „sozialistischen“ Korporatismus war, desto leichter kippt er in eine regelrechte Gier nach freiwilliger Subsumtion unters Kapital. G.Bartsch bringt das mit der von Marx in den Grundrissen analysierten Tendenz des Kapitals — das darin der Logik „organischer Systeme“ folgt — zusammen, vorgefundene Strukturen anderer Logik sich zu assimilieren, zu seinen Organen umzufunktionieren. Zunächst als umgekehrte Bananenrepublik. Das den Eigenen Vorenthaltene den Anderen geben, um diese sich anzueignen.

Was uns im „Argument“ immer wieder gespalten hat: die schwierige (und unmöglich widerspruchsfreie) Balance zwischen Bruch und Kontinuität, zwischen Erneuerung und Anderswerden, zwischen Ausbruch aus den Grenzen und neuer Selbstbegrenzung, ohne die wir uns einfach in die aufnahmefähigen Strukturen des Kapitalismus aufgelöst hätten. Denk-würdig: wie oft nun schon Kräfte an uns vorbeigeflutet sind, mal in die eine, mal in die andere Richtung; oder die Feinde, die es nicht mehr gibt, oder, freundlicher, die Feindschaften, die erkaltet oder gar in

Freundschaften übergegangen sind. Im beständigen Schwanken eine Beständigkeit, schwankend.

Bislang Demokratiemangel die Einbruchsstelle für den Kapitalismus, nun Demokratie-Ausdehnung als Gegenzauber.

Die Sowjetunion will den autonomen Status von Nagorny-Karabach wiederherstellen und die direkte Regierung durchs Unionszentrum beenden. Die Antwort: neue Streiks und Zuspitzungen von aserbaidschanischer Seite. Ein innerer Dschungelkrieg, der nach Unlösbarkeit aussieht.

2. Dezember 1989

Maetzke steht Wache gegen Demokratisierung. Er verlagert seine Entlarvungsanstrengungen auf die bis gestern Unterdrückten, die Erneuerer und Demokratisierer in der SED. In jedem Zeichen von Vernunft wittert er — zu Recht — die mögliche Wiederherstellung von sozialistischer Handlungsfähigkeit. Zu seinen Verdächtigen gehört selbst der Philosophie-Professor Rudolph von der TU Dresden, der den alten kommunistischen Vorwurf, die SPD habe die Arbeiterklasse gespalten, auf die SED richtet: In ihr seien nach der Vereinigung von KPD und SPD die Sozialdemokraten alsbald ausgeschaltet worden, während eine „machtbesessene Führergruppe die ganze Partei unter der Flagge eines entstellten Leninismus in einen Vollzugapparat für eine entartete Politik verwandelt“ hat.

Frank Schirrmacher, der fast noch jugendliche Literatur-Redakteur der FAZ, hat schnell die gesichtslose Rationalität des Bestehenden gelernt, die er nun gegen „seine“ Literaten richtet, die nicht fortwährend, wie Günter Kunert, von jeglicher Hoffnung geheilt zu sein verkünden. „Man wundert sich über die Unverfrorenheit, mit der das Volk nun wieder zu neuen Träumen gezwungen werden soll. Der DDR droht nicht der Ausverkauf. Ihr und der intellektuellen Szene droht, dass sie auf ihren alten Ladenhütern sitzen bleiben.“ Der so spricht, verkauft gut bei der zahlungsfähigsten Adresse. Nun geht es also gegen Stefan Heym und die westlichen

Intellektuellen, die sich mit „seinem“ Aufruf solidarisieren: Günter Grass, Max Frisch, Günter Wallraff. Schirrmacher drischt auf sie mit Äußerungen von Vaclav Havel, „eine intellektuelle Figur, die die DDR bezeichnenderweise nicht hervorgebracht hat“ (eine in der Tat interessante Figur, der ich gern die Leitung der FAZ übertragen würde). Schirrmachers Anklage: „Wir haben in den letzten Wochen nicht nur den Anfängen einer Revolution, sondern auch von Revolutionären beigewohnt. Erregt ergreifen einige jetzt die Gelegenheit, Revolution zu machen – eine Revolution, die sie nicht bewirkt haben und die ihrer mittlerweile auch nicht mehr bedarf.“ Das „Volk“, das der Redakteur des Großbürgertums auffährt, schließt seine organischen Intellektuellen aus und gibt sich Emotionen hin, auf denen die Intellektuellen von Deutschneyland spielen wie auf einer Hammond-Orgel in einem Einkaufszentrum.

Sibylle Wirsing spricht auf der gleichen FAZ-Seite über „die wirtschaftlich bedingte Kapitulation von 1989“ und zitiert Manfred Wekwerths passende Definition des T*ui:* „Die Tuis sind Leute, die ihren Intellekt an Obere vermieten, damit die Oberen oben bleiben und die Unteren dies möglichst wünschen, vor allem, wenn es eigentlich ihren Interessen widerspricht.“ Man sieht, es gehört zur Dialektik des Zeitungsromans, dass die Zeitung, fragmentiert, den Gegensinn durchscheinen lässt. So im Politikteil: Die Meldung, derzufolge ein Aufständischer in San Salvador von Soldaten verbrannt und seine Leiche in einen Mülleimer gesteckt worden ist mit der Aufschrift „Gefangene werden nicht gemacht“, wird kommentiert durch ein angrenzendes Inserat: „Auch für Dich ist Jesus gestorben“. Die Christusmörder sind an der Macht, die Versöhnung ist bloß ihre Reklame gewesen.

*

Die Volkskammer hat gestern die führende Rolle der SED aus der Verfassung gestrichen. Der Antrag, auch den sozialistischen Charakter des Staats zu streichen, fand keine Mehrheit.

Wenn sich nun die politischen Akteure vervielfältigen, so wird sich aus ihnen eine

Handlungsfähigkeit zivilgesellschaftlichen Typs neu zusammensetzen. „Einheit“ verliert oder verändert ihren Sinn. Eine Infrastruktur demokratischer Mitsprache auf allen Ebnen. Der Moment der partiellen Staatsaussetzung darf nicht vorübergehen, ohne dass „Staat“ stückweise in die Gesellschaft zurückgenommen wird.

Der G*esamtarbeiter* und die *Zivilgesellschaft* sind an sich keine bürgerlichen Akteure.

Wer den Schmerz des Volkes nicht spürt, dürfte keine politische Funktion, mit der Macht verbunden ist, übertragen bekommen. Ein „Staatsmann“, der nicht derart in der Gesellschaft empfindet, stellt eine Gefahr dar. Abschottung à la Wandlitz macht ihn dazu.

Reinholds theoretisch richtiger Satz, dass man nicht ein Viertel Kapitalismus übernehmen kann, denen im Wege, die nun mit dem Westen wursteln wollen. Es gibt keinen theoretischen Vorlauf, „sozialistische Marktwirtschaft“ (von der nun auch Helmut Richter von der Hochschule für Ökonomie spricht) als s*ozialistische* zu denken.

Die Auslandsverschuldung der DDR 10 Mrd $.

Wenn Großkonzerne wie Siemens in der DDR aktiv würden, dann „reden Bürokraten mit Bürokraten“, sagt ein Sprecher der „mittelständischen“ Wirtschaft (Justus Fürstenau).

Günter Kunert, unermüdlich beim Absagen: Innerhalb der „Industriezivilisation“, dem „Hauptfeind“, könnte „eine ‘freie Assoziation freier Menschen’ nichts anderes werden als ein Feierabend-Club oder ein Traditionsverein, in welchem man gemeinsam das kommunistische Manifest liest, um sich dem Aufwachen zu entziehen“.

*

In Rostock hat eine Bürgerinitiative ein Waffenhandelsunternehmen aus Schalck-

Golodkowskis außenwirtschaftlichem Schattenimperium aufgedeckt. In Ostberlin „beschlagnahmt“ das Neue Forum in Anwesenheit der Medien leerstehende Wohnungen als Büroräume. Der Staat wie gelähmt.

Vor den Toren des ZK eine Demonstration der Parteibasis. Kategorisch wird der Rücktritt von ZK und Politbüro verlangt, nun schon aus dem Munde von Parteitagsdelegierten, Betriebsgruppen usw. Die Revolution verdichtet sich anscheinend in der Partei. „Was machen wir“, fragt jemand, „wenn die bis morgen nicht zurückgetreten sind?“ „Wir tragen sie raus“, ruft einer dazwischen. Sie schwören einander, bis zum Rücktritt des ZK jeden abend um 18 Uhr hier zu demonstrieren. Krenz wird sich nicht halten.

Gestern Biermann in Leipzig, vor Tausenden in den Messehallen. Ich verpasste die Übertragung wegen Redaktionsversammlung! Heute Abend sah man ihn im Haus der Jungen Talente, mit seiner „Familie“. Heiser, aber verjüngt, lebendes Gesamtkunstwerk, durchgearbeitete Spontaneität.

3. Dezember 1989

Nach schlafloser Nacht seit Jahren zum erstenmal wieder in Ostberlin. Die Umgebung des Bahnhofs Friedrichstraße, angefangen bei der schlecht geflickten Straße selber, kommt mir weit ärmlicher vor als früher. Viel Dreck. Man spürt schockartig den gewachsenen Abstand zum Westen, wo die Infrastruktur periodisch erneuert worden ist.

Im Friedrichstadtpalast, den wir durch den Bühneneingang und ein Labyrinth düsterer Gänge betreten, treffen wir Volker Braun. Er verspricht, sich beim Mitteldeutschen Verlag für mein Buch einzusetzen. Die Parteigruppe des BE hat ihn zum Parteitagsdelegierten gewählt; tags drauf hat er das Mandat wieder zurückgegeben. Gefragt, was ich an seiner Stelle tun würde, kann ich nichts sagen. Eine Art Scheu hält mich zurück, die gefühlsmäßige Wahrnehmung, dass dies „deren“ Revolution ist.

Der Raum ist nur halb voll, knapp tausend Menschen, und die Versammlung sollte doch die Fortführung der riesigen Demonstration auf dem Alexanderplatz sein, die vor genau einem Monat von denselben Organisatoren einberufen worden war. Aber seither ist die Mauer geöffnet worden, hat sich die Situation völlig verändert. Man spürt es im Saal. Henning Schaller, ein Bühnenbildner, der die Versammlung — wie zuvor die Kundgebung vom 4. November — leitet, spricht von „Abkehr, Zerschlagung und Neubeginn". Der „Zeit- und Sachzwang" habe sich vergrößert durch „die eilfertige Öffnung der Grenzen". Solange die Volkskammer nicht durch freie Wahlen legitimiert ist, müsse die Straße das Podium fürs Volk bleiben. Im Entwurf des Schadensbildes beeindruckt mich vor allem Dr. Lutz Martz, Produktionsleiter im Kabelwerk, der beim Neuen Forum mitarbeitet. Als Folge der Autarkiedoktrin sieht er die überlange Nutzung der Produktionsanlagen. Die falsche Propaganda der Regierung habe einen konsumistischen Erwartungsdruck im Widerspruch zur ökonomischen und ökologischen Lage hinterlassen. Er nennt im SED-Jargon diese Ebene die „ideologische". Die Bewegung sei daher nur schein-homogen, dahinter ein Doppelinteresse, das zur Disposition nur das stellt, woraus man keinen persönlichen Nutzen zieht. Die Dispositive der Macht seien so angelegt, dass sie eine regelrechte Ohnmacht der Gesellschaft gegenüber ihren Krisen erzeugt hätten. Disziplinierungs- und Protegierungsrituale hätten zur Etablierung von Scheinkompetenz geführt. Macht für sich gewann nur, wer am kollektiven Entmachtungsprozess teilnahm. Martz sieht drei Tendenzen: Die illusionäre Rückkehr zu einem nationalstaatlichen Kapitalismus des 19. Jahrhunderts; die Sackgasse des „real vegetierenden Sozialismus", wenn reformerische und konservative Maßnahmen sich wechselseitig blockieren; „enge wirtschaftliche Kooperation" mit Westeuropa und vor allem der BRD. Letztres für ihn der „einzige Weg". Wenn er von Westeuropa und BRD redet, lässt dieser scharfe Analytiker der bestehenden Missstände in der DDR die ökonomischen Formbestimmungen weg. „Westeuropa" ist aber als solches kein Akteur, sondern eine Geographie, in der sich ein Geflecht von Akteursbeziehungen des transnationalen Kapitals verdichtet.

Waldfried Schließer, Professor an der Hochschule für Ökonomie, begreift das Bisherige als „administrative Naturalwirtschaft“ und erklärt Planwirtschaft in diesem Sinn für gescheitert. Er beklagt die Verurteilung der Gleichgewichtstheorie durch Stalin. Man brauche eine Struktur der Subjekte-Vielfalt und einen Austragungsmechanismus für ihren Interessenpluralismus. Rosi Will (von der Brie-Gruppe) entwarf Verfassungsgrundsätze eines rechtsstaatlichen sozialistischen Pluralismus.

Meine erste öffentliche Wortmeldung in der DDR, auf der vom Künstlerverband organisierten Kundgebung im Friedrichstadtpalast, wäre beinah im Tumult untergegangen, weil die Nachricht dazwischenplatzte, der Devisen-Staatssekretär Schalck-Golodkowski, Chef des außenwirtschaftlichen Schattenimperiums, habe sich in die Schweiz abgesetzt. Womöglich reiße er sich dort ein Milliardenguthaben der DDR untern Nagel. Der Saal tobte. Die Forderungen überschlugen sich. Man solle sofort auf die Straße gehen. Das gesamte Politbüro müsse in Untersuchungshaft genommen werden, fordert Martz. Ein Prof. Fischer schlägt unter Beifall die „Verbannung zweier Wörter vor: Erstens ‘Wieder’, zweitens ‘SED',„. (Warum das symbolische Exempel an dem Wörtchen „wieder“ statuiert werden soll, ist mir nicht klar.)

Wut und Racheverlangen breiten sich aus. Populistische Losungen gewinnen momentan Gehör. „Mitgefangen, mitgehangen“, schreit einer in den Raum, und will die Aggressionen auf sämtliche SED-Mitglieder ausweiten. Aber die Versammlung fängt sich, hört auf solche, die Unterschiede machen. Böser mächtiger Jubel quittiert die Forderung nach Rücktritt von Krenz. Ein Katalog von Forderungen wird aufgestellt, bis hin zur Besetzung der Staatsbank und Sicherstellung der Devisenguthaben — Nachhall von Marxens Kritik an der Politik der Pariser Commune, die just das versäumt hatte.

Es war nicht leicht für mich, Gehör zu finden. Wieder möglich geworden war es, weil Forderungen redigiert und Schilder gemalt werden mussten, nachdem bekannt gegeben worden war, dass die Parteigruppe der Akademie der Wissenschaften zur

Demonstration vor dem ZK für 15 Uhr aufrief. Dorthin würde die Versammlung rechtzeitig aufbrechen.

Ich fange mit dem Unpopulärsten an, einem Bekenntnis zum Marxismus, der zu den ersten Gefangenen des alten Systems gehört habe. Wie alle Gefangenen sei auch er in Gefahr, im Moment der Befreiung durch die Trümmer seines Gefängnisses erschlagen zu werden. Dafür ernte ich Unmutsbezeugungen. Dann stelle ich die Frage nach der Selbstdeutung der vorsichgehenden Revolution, ob die Anwesenden die Formel brauchbar fänden, dass hier eine entwickelte Zivilgesellschaft den Gipsverband des Zwangsstaats absprenge, dass es folglich jetzt darum gehen müsse, durch Selbstorganisation auf allen Ebenen, Teile der bisherigen Staatskompetenzen in die Gesellschaft zurück- und den Staat insgesamt an die gesellschaftliche Leine zu nehmen. Wer das so sehe, müsse den unerbittlichen Bruch mit dem, was am Gewesenen als schlecht erkannt wird, durch eine mindestens ebenso unerbittliche Besichtigung der historischen Möglichkeiten und des gegenwärtigen Handelns — nicht nur ergänzen, sondern überhaupt erst zu sich bringen. Volker Brauns Aufforderung zur Organisation von Räten war auf dem Programmzettel betitelt: „Über die Bildung von Reden“. Der Schreibfehler könnte zum Omen werden. Zur unerbittlichen Selbstprüfung gehört die Frage, wie wir mehr als Reden halten, wie wir vorbeugen können, dass dies nicht, wie 1848, wieder eine deutsche Revolution wird, die sich um ihre Zukunft redet. Jetzt geht es um Befähigung zu gesellschaftlicher Selbstorganisation. Lässt man sich allzulange ablenken durchs Waschen der schmutzigen Wäsche des alten Regimes, findet man nicht zu neuer Handlungsfähigkeit, fällt das Ganze dem westdeutschen Kapital in den Schoß. — Wie zur Illustration hatte zuvor, im Durcheinander, das auf die Mitteilung von der Flucht des Devisenverwalters folgte, ein Jungunternehmer aus dem Westen das Mikro ergriffen, der ein Privatfernsehen in der DDR gründen und schon jetzt Kameraleute anwerben wollte.

Nach mir Antje Vollmer. Was täten wir ohne unsre Pastorinnen! Sie sprach gegen Lynchjustiz oder Sofortverhaftungen ohne Rechtsgrundlage, für Gewaltenteilung.

Nur in einer einzigen Hinsicht sollten Absolutheitsansprüche gelten, nämlich im Blick auf die Korrigierbarkeit aller Handlungen. Freilich kann man kein Omelett essen, ohne die Eier unkorrigierbar zu zerschlagen. Auch wispert in mir das Unbehagen angesichts der Juristifizierung. Aber im Konkreten hat sie „absolut" recht.

Ein Offizier der NVA drückt seine Zustimmung zu den Forderungen aus und berichtet von seinem Telefonat mit dem diensthabenden General, dass die „bewaffneten Organe" erstens der Regierung (nicht mehr der Partei) unterstehen, dass die NVA „Sonntag hat" (Ausgang), dass von dieser Seite den Demonstranten nichts in den Weg gelegt und eine unbegrenzte Verlängerung der „Sicherheitspartnerschaft" angeboten wird.

Frigga kommt zurück von der gleichzeitigen Versammlung der Frauenbewegung in der Volksbühne. Die Stimmung dort konstruktiver. Als Dekoration hängt Wäsche auf der Leine über der Bühne. Es wimmelt von Kindern. Ein Katalog von Forderungen, der eine ökologische Wende mit einem radikal demokratisierten Sozialismus zusammenbringt. Diese Frauen erklären sich zum Beispiel gegen die Multiplikation von PKWs. Der Anteil von Fleisch an der Ernährung soll reduziert, der von Gemüse und Früchten erhöht werden. Sie gründen einen Dachverband und bestimmen Delegierte für die Gespräche am Runden Tisch.

Die Versammlung formiert sich zum Protestmarsch. Wir gehen mit im Zug, die Friedrichstraße vorbei am Schiffbauerdamm, auf der Straße gehend merkt man, wie alt und kaputt die ist, hupend überholt uns langsam ein PKW, Zurufe, Beifall, es ist Wolf Biermann mit großen Kinderaugen, dann die Linden hinab zum ZK-Gebäude, wo die Demonstration rasch anschwillt. Als Westler halten wir uns abseits, das ist der Moment der SED-Basis. So verstehen wir kaum Fetzen der schlecht übertragnen Reden.

Hunger und Kälte machen sich sich bei uns bemerkbar, und Achim Engelberg führt uns in ein nahes Selbstbedienungsrestaurant, wo wir umgehend und

spottbillig (für unser eins zu eins getauschtes Geld) ein gutes Essen bekommen. Von dort nach vielen Jahren telefonisch das erste Gespräch mit Gerd Irrlitz. Er ist dabei, eine Wochenzeitung zu gründen. Wir verabreden uns. Von ihm erfahre ich, dass Politbüro und ZK inzwischen zurückgetreten sind. Mittag und Tisch sind in Untersuchungshaft, selbst Honecker aus der Partei ausgeschlossen.

Die Wut auf die Großen von gestern umgekehrt proportional zur Konzentration auf die Gestaltung des Neuen. Dass Honecker 1978 zum Ehrenmitglied der Bauakademie ernannt worden ist, was mit jährlich 20.000 Mark dotiert war, ist Erregungsfutter für kleine Gemüter. Jede Staatsgesellschaft macht solche Zuwendungen an ihre Regierenden, bei uns im Westen wesentlich höhere.

Später im Fernsehen genauer, was zur Zeit und am Ort des Geschehens nicht klar zu verfolgen war (Kamera und Mikro waren näher dran, und am Bildschirm war es nicht kalt). Zunächst gab Schabowski die Rücktritte und Ausschlüsse bekannt. Die Reaktion der Umstehenden differenziert. Den Ausschluss von Honecker beklatschten sie nicht, die Rücktritte der Jetzigen wohl. Dann kommt der Moment von Gysi. Er gehört mit Modrow, Höpcke, Markus Wolf und Berghofer der vorläufig amtierenden Parteiführung an, die als „Arbeitsausschuss“ den Parteitag vorbereitet. Vor allem aber leitet er einen Untersuchungsausschuss, der das alte Regime unter die Lupe nehmen soll. Er dringt, gegen den Volkszorn, gegenüber den ehemaligen Gewaltigen auf Rechtsstaatlichkeit, will folglich keine blinden Verhaftungen oder Vorverurteilungen zulassen. Auf Zwischenrufe sagt er, die Staatsanwaltschaft sei eingeschaltet, aufgrund der nunmehr erfolgten Trennung von Staat und Partei könne der Ausschuss selbst keine Maßnahmen treffen. Noch für heute Abend sind die Delegierten des Parteitags in die Humboldt-Universität gerufen worden. Es wird auf Neugründung einer sozialistischen Partei hinauslaufen.

Bush und Gorbatschow halten sich heraus. Gorbatschow braucht vor allem den Rücken gegenüber den USA frei. Es ist, als hätte er den USA den Umbruch in der DDR geschenkt.

Jugoslawien scheint zu zerfallen; Serbien soll die Wirtschaftsbeziehungen zu Slowenien gekappt haben.

*

Notizen für meinen Diskussionsbeitrag im Friedrichstadtpalast:

Der Moment einer Revolution — in aller Zweideutigkeit, die Revolutionen auszeichnet --

Auch wir von der Zeitschrift A*rgument* haben das Durchbrechen der Mauer als momentane Befreiung erlebt. Nicht dass wir dem deutsch-deutschen Taumel verfallen wären. Als kritische Marxisten litten wir unter einem doppelten Würgegriff. Der des kapitalistischen Establishments verstand sich einigermaßen von selbst. Aber dazu kam der Griff aus dem Osten. Eure HEW — Hauptverwaltung Ewige Wahrheiten --, über die Robert Havemann spottete, unterhielt auch in unserm Land ihre Niederlassungen, die das Denken beschwerten, die Hoffnung niederdrückten. Die Wahrnehmung war dem Amt vorbehalten, das Selberdenken verdächtig. Aber wem sage ich das. Was Peter Weiss mit Robert Havemann hierüber zu besprechen hätte! Mit der Mauer meine ich natürlich nicht nur die Grenzbefestigung, obwohl das Gemeinte dort, als Überschreitungsverbot, besonders anschaubar ist. Für uns bedeutete die Mauer den Anspruch des Staats-Partei-Apparats, jegliches horizontale Zusammenkommen zu unterbinden, frei nach dem Motto: W*as nicht geboten ist, ist verboten.* Wie schrecklich war die Zeit, als zivilisatorische Errungenschaften von Demokratie und Menschenrechten, nicht zuletzt die geistige Freiheit, die Abwesenheit zumindest direkter Zensur etwas spezifisch Westliches, sprich: Kapitalistisches zu sein schienen, während der sogenannte Realsozialismus — und damit seinem Anspruch nach jeder mögliche Sozialismus — auf ihrer Vorenthaltung beruhte.

Wenn in diesem Land eine Revolution vor sich geht — was ist der Sinn dieser Revolution? Ein Nestor der westdeutschen Linken, der Jurist Helmut Ridder, schrieb mir: Nun hat die Revolution von 1789 den westlichen deutschen Staat

übersprungen und im östlichen Fuß gefasst. Die Bundesrepublik wird von 1789 eingekreist. Demokratie zeigt einen neuen Sinn. Wir Westdeutschen und Westberliner saßen gebannt vor den Fernsehschirmen. Tag um Tag rieben wir uns die Augen. Es schien, als sei die Quadratur des Zirkels plötzlich zum Kinderspiel geworden. So manchen von uns beschlich der Gedanke, wie es wäre, wenn diese revolutionäre Zivilcourage auf unsere Gesellschaft übergriffe.

Die Bastille ist gestürmt, die inneren und äußeren Mauern sind durchbrochen und auf der Straße ist getanzt worden — aber nun kommt die Probe aufs Neue, die zur Zerreißprobe wird. Wohin? Was tun? Wie also? Jetzt gilt es, die Wirklichkeit zu besichtigen und zu erkunden, ob sie noch Möglichkeiten bereithält. Die Frage der Fragen: Wird sich aus der Gesellschaft eine demokratische Handlungsfähigkeit bilden?

Unter den Möglichkeiten der Gegenwart ist dies die kostbarste. Ihr entspräche eine Politik, die sich an folgenden Parametern bemisst: An der Verwandlung der Produzenten und aller Akteure des Wirtschaftslebens in Besitzer auf der Basis von Gemeineigentum. Selbstverantwortlich, abhängig von der eignen Leistung von den Früchten der eignen Arbeit zehrend. So sah der erstaunlich moderne Karl Marx im perspektivischen Schluss des K*apitals* den Sinn der sozialistischen Revolution: „Diese stellt nicht das Privateigentum wieder her, wohl aber das individuelle Eigentum auf Grundlage der Errungenschaften der kapitalistischen Ära: der Kooperation und des Gemeinbesitzes der Erde und der durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel.“ (MEW 23, 791) Freilich gehört zu den „Errungenschaften der kapitalistischen Ära“ auch das Dispositiv einer globalen Maschinerie, die wie ein losgelassener Golem die Menschheit auf den Abgrund zureißt.

Seit die Sowjetunion unter Michail Gorbatschow den Weg der Perestrojka eingeschlagen hat, hat sich die historische Möglichkeit geöffnet, dass demokratische Freiheit und Sozialismus so zusammenkommen, wie es Rosa Luxemburg einst gegen Lenin auf der einen und Kautsky auf der andern Seite begriffen hat:

Demokratie und Sozialismus verweisen aufeinander, haben einander nötig. Ein Sozialismus mit menschlichem Antlitz ist nichts anderes als die Ausdehnung der Demokratie in alle wesentlichen Felder gesellschaftlichen Zusammenwirkens. Dementsprechend gilt es, eine Struktur ökonomischen Handelns zu erfinden, die viele Akteure freisetzt und Gratifikation für reale gesellschaftlich nützliche Leistung als Triebkraft einsetzt. Das ist die Ausschreibung, doch zeigt der Blick auf die SU, dass die Stelle noch nicht besetzt ist.

Der Moment hält eine nie gekannte historische Chance bereit: außer der Bonner Clique will niemand die DDR kassieren oder hegemonisieren, die Großmächte halten sich heraus; da wäre, historisch zum ersten Mal, Gestaltungsraum.

Zur Bildung neuer Handlungsfähigkeit gehört die präzise Wahrnehumg dieses Landes durch sich selbst. Aber man sieht etwas Bestimmtes nur im Vergleich und als Unterschied. Daher muss der Blick in der überhaupt nur erreichbaren Klarheit auf die Welt von heute gerichtet werden. Viele Ansichten der Bundesrepublik sind Ihnen aus dem Westfernsehen bestens bekannt. Inzwischen sind die Ansichten unmittelbar zu überprüfen. Unser Land zeigt sich den Besuchern aus der DDR gemischt: Die Freude der Menschen an der Überwindung von Staatsgrenzen und anderen Hindernissen mischt sich mit einer Glitzerveranstaltung aus Deutschneyland mit dessen Kombination von nationalem Kyffhäuser und transnationalen Kaufhäusern, mit Karl Kraus zu sprechen. Das Land weist einige Schattenseiten auf; aber es gewährt seinen Bewohnern einen relativ hohen Lebensstandard, eine gewisse Rechtssicherheit, soweit sie keine Ausländer sind, sowie das Spiel einer pluralistischen Parteienlandschaft mit einem „ausgewogenen“ Medienwesen. Insoweit dieses Land rechtsstaatlich ist, Menschenrechte respektiert, sich parlamentarisch regiert und die gröbste Armut sozial abfedert, muss man anerkennen, dass seine Ordnung ihr historisches Recht und ihre Würde hat. Die relativ wohlgeordnete BRD gehört indes, als Teil einer der drei reichsten Zonen der Welt, zu einem globalen System, das an seinen Rändern unermeßliche Armut, Verelendung und Perspektivlosigkeit erzeugt und in dessen Peripherie unaufhörlich

Kriege geführt werden. Die Marktmachtverhältnisse schleudern die Marktschwächeren an den Rand; der ungleiche Tausch, in den sie durch den stummen Zwang der Ökonomie gezwungen werden, pumpt ständig menschliche und natürliche Ressourcen vom Rand ins Zentrum. Die vorherrschende Weltwirtschaftsordnung besitzt die Struktur eines Taifuns. Während in den Außenzonen die Hölle los ist, herrscht im Auge des Taifuns Windstille.

Die demokratische Revolution nähme sich zurück, liefe sie auf Kapitulation vor dem Kapitalismus hinaus. Dann würde die staatssozialistische durch die staatskapitalistische Entfremdung abgelöst. Könnte es sein, dass gerade die bisherigen Widerständler gegen den Sozialismus des Befehls die neuen Widerständigen gegen diesen Herrschaftswechsel sein werden? Oder könnte diese Revolution einen Demokratisierungsschub im Westen fördern? Wird sie die Geister aus der Zerfahrenheit reißen?

Der Satz, wer den Schmerz des Volkes nicht spürt, sei ungeeignet für irgendeine politische Funktion, muss ergänzt werden: wer die Lust des Volkes an der Revolution nicht versteht, verfehlt den historischen Moment.

4. Dezember 1989

Jetzt stellt sich den Leuten von der SED endlich die richtige Frage. Der Sturz des Alten ist total, und es könnte sich ein neuer Akteur ohne Hypothek bilden.

Herbert Kroker, Vorsitzender des aus 25 Parteitagsdelegierten gebildeten AA ist einer der früher Gemaßregelten. Der 1929 Geborene hat ursprünglich Bauschlosser gelernt, mit 50 promoviert, dann Kombinatsleiter, wurde von Mittag gestürzt, als er sich gegen dessen Kommandiererei wehrte. Nach dem Sturz von Müller nun Mitte November zum Bezirkssekretär von Erfurt gewählt. Seine Sprache gleicht, der vielversprechenden Vita zum Trotz, dem alten faden Singsang. Anders Markus Wolf, der den Delegierten in der Humboldt-Universität die gegen die bisherigen Amtsinhaber gerichteten Sicherheits- und Untersuchungsmaßnahmen erklärt und die Neugründung einer sozialistischen Partei ankündigt. An ihm haftet der Geruch

des Stasi-Mitarbeiters; das schließt ihn von Führungsämtern aus. Er wäre sonst vorzüglich geeignet. Heinz Albrecht, ein anderes AA-Mitglied, sieht die Revolution als Aufgabe, an der mit aller Energie zu arbeiten ist. Er hat begriffen, dass es darauf ankommt, aus der revolutionären Volksbewegung das Konstruktive einer neuen Ordnung zu ziehen.

Der Moderator der Aktuellen Kamera sprach vom „Ende des Stalinismus Honeckerscher Prägung in der DDR". In diesem Medium klingt das noch immer ganz unwirklich.

5. Dezember 1989

Eine Fernseh-Revolution. Nicht mehr vorstellbar, die Ereignisse nicht am Bildschirm zu sehen. Die Ereignisse? Gestern das ZDF in meiner Vorlesung. Sie werden 15 bis 20 Sekunden davon senden. Montierte Häppchen. Wie anders die stundenlang direkt übertragenen Protestkundgebungen in der DDR.

Als ich anschaltete, las gerade Lothar Scharsich, der Bühnenbildner, einen Forderungskatalog. Er gehört seit gestern zur gemeinsamen Untersuchungskommission, die sich aus Vertretern der Regierung und der neuen Bewegungen zusammensetzt und Schalcks Devisenimperium untersuchen soll.

Das zerstörte Gesicht des Egon Krenz bei der Ankunft in Moskau. Die Delegation von Modrow geleitet, der vom AA beauftragt ist. Eine Mischung aus Mitleid und Angst, ja Schrecken, beim Anblick dieses Gesichts.

Die Wahlen werden vorverlegt werden müssen. Überall entstehen gemischte Kommissionen aus Vertretern der alten Institutionen mit solchen der neuen Bewegungen. Die Doppelmacht gleitet hinüber in Machtteilung. So beim Ostberliner Magistrat. Für die Vereinigte Linke spricht Doris Rüdinger, sehr jung, unstrategisch.

Teile der Polizei haben ihren Übergang zur Revolution demonstriert.

Wie um zu zeigen, dass die Zukunft der Kooperation mit bundesdeutschem Kapital schon begonnen hat, feiert man die Auslieferung der ersten in der DDR gebauten Motoren an VW. Nächstes Jahr sollen es 100.000 werden. VW hat die Anlage im Wert von 150 Millionen DM beigesteuert; zugleich hat die DDR 9 Milliarden Mark in die Automobilindustrie (FIFA) gesteckt.

5. Dezember 1989 (2)

Heute gleich zwei Nachrichten draufgesattelt: Kooperation mit VW zur Entwicklung eines Nachfolgers für den „Trabi". Einigung mit Kohl: Einrichtung eines Devisenfonds (2,7 Mrd DM) zur Finanzierung von 200 DM Reisemittel pro Kopf (anstelle des bisherigen „Begrüßungsgeldes"), im Gegenzug dazu werden Visumszwang und Umtauschpflicht für Westdeutsche abgeschafft. Ab 1. Januar kann das Ostgeld in Westtaschen zurückwandern in die DDR. Den DDR-Bürgern werden die ersten hundert Mark eins zu eins getauscht, die zweiten hundert eins zu fünf. Die beiden Berliner Stadtverwaltungen koordinieren sich in Sachen Tourismus, Verkehr und Stadtentwicklung.

Der Generalstaatsanwalt und sein 1. Stellvertreter abgesetzt, weil sie zu lange gezögert haben. Der nun amtierende 2. Stellvertreter gibt die Zahl der wegen Korruption Angeschuldigten mit 109 an, davon 31 Hohe (vom Politbüromitglied bis zum Staatssekretär). Versprecher an der Schwelle zwischen zwei Zeiten: Er entziffert die Abkürzung „Gen.-Major" spontan als „Genosse Major" statt „General-Major". Rechtsanwalt Vogel wurde unter den Anschuldigung „verbrecherischer Erpressung" verhaftet. Es heißt, man habe versucht, Akten nach Rumänien zu bringen, daher seien alle Flüge nach Bukarest gestoppt worden.

G.Bartsch, der ehemalige Abteilungsleiter bei der Akademie der Wissenschaften, erklärt sich entsetzt und überrascht von den Enthüllungen über Korruption. André G. ist nicht überrascht, kennt von der Parteihierarchie in Halle analoge Privatisierungen von oben. Ein Bonze soll seinem Schwiegersohn, der „nicht einmal in der Partei war", ein Haus haben bauen lassen usw.

Eine weitere Blockpartei kündigt den Block auf — zugunsten der „Politik des Runden Tisches“. Die DBD warnt vor dem Abgleiten ins Chaos und fordert den Rücktritt des Staatsrats. Alle schweren Waffen der Kampfgruppen (Panzerschützenwagen, Haubitzen etc.) werden eingezogen — über die leichten wird nichts gesagt. Auch der Parteitagsdelegierte der NaSi rührt sich für die revolutionäre Umgestaltung und fordert Ablösung seiner Führung. Heute soll in Erfurt ein Gebäude der NaSi gestürmt worden sein, so haben es zumindest die Westnachrichten behauptet. Im Osten nichts davon, aber Gysi beschwört die Rechtsstaatlichkeit angesichts von Tendenzen zur Selbstjustiz.

„Wiedervereinigung“ gegen „Sozialismus“ — entlang dieser Linie heftige Spaltungsenergien. Der Programmausschuss des „Demokratischen Aufbruchs“ hat sich gestern für Kohls Zehnpunkteplan ausgesprochen; heute spricht der Vorstand derselben Gruppe energisch dagegen. Gestern musste ein im Namen des „Neuen Forums“ herausgegangener Wiedervereinigungsaufruf vom Sprecher der Gruppe dementiert werden. Das Westfernsehen bringt eine Straßenszene aus Rostock, wo es genügte, das Wort Wiedervereinigung in die Debatte zu werfen, um die Herumstehenden bis an den Rand von Tätlichkeiten gegeneinander aufzubringen. Die Leipziger Montagsdemo begann sich fast in zwei Gegendemonstrationen zu spalten. Das Nationale überdeckt (und umfasst) das unausgesprochene Votum für den Kapitalismus. Die Dynamik hat kein Subjekt, die Gesamtbewegung läuft mit der Wucht einer Lawine. Eine wachsende Chaotisierung würde enorme Aggressionen entfesseln und eine extreme Rechte begünstigen. Ein latenter Bürgerkrieg. Er würde die Supermächte auf den Plan zwingen und dem Spielraum für Selbststimmung ein Ende machen.

Verhindern die Spaltungen über das Wohin die Bildung von Räten?

„Ein Volk in Auflösung — irgendwie ist das sehr deutsch“, sagt ein Moderator im Westfernsehen. Dohnanyi wendet sich gegen das Niedermachen des Sozialismus. Er hat den Kapitalismus gezähmt, ohne ihn würden wir in einer schrecklichen Welt leben. Er sagt es, als lebten wir nicht in einer schrecklichen Welt. Nur unsre

Zentralprovinz ist angenehm.

Im Westen 120.000 ehemalige DDR-Bürger ohne Arbeit.

Für die Arbeiterbewegung, die Sozialdemokratie, für den Sozialstaat werden die Vorgänge noch unabsehbare Folgen haben. Bislang ist erst die Ladenschlussregelung verschwunden. Das „mussten alle einsehen".

6. Dezember 1989

Der SED-Parteitag auf übermorgen vorgezogen. Die Rede ist jetzt von einer Partei des Demokratischen Sozialismus.

Krenz hat den Rest seiner Ämter abgegeben, Gerlach amtiert als Staatsratsvorsitzender, eine Amnestie ist verkündet. Alle Mitglieder des „Verteidigungsrats" sind abberufen worden. Regierung und Kirche warnen vor Racheaktionen gegen Repressionsorgane; die Suche nach individuell Schuldigen verbreitet Furcht. Aber die Revolution wäre keine, würde sie sich nicht an den Abriß der gegen das soziale Selbsthandeln schlechthin gerichteten Repressionsapparate machen. Stasi-Gebäude werden (um Aktenvernichtung zu verhindern) von Gruppen bewacht, die aus folgenden Komponenten zusammengesetzt sind: Volkspolizisten, Vertreter der neuen Organisationen und Bürgerinitiativen. In Gestalt der „Bürgerkontrolle" kündigen sich hier Symptome und Instanzen revolutionärer Machtstrukturen an. Mielke gerät ins Schussfeld, weil er Anfang Oktober verfassungswidrige Zwangsmaßnahmen mit der, wie nun heute auch von hohen Offizieren nach rückwärts gesprochen werden kann, „angeblichen Gefahr einer Konterrevolution" begründet hat. Freilich ist die Kippe zwischen Revolution und Konterrevolution nicht aus der Welt.

Die Regierung will leistungsschwache Unternehmen privatisieren oder in halbstaatliche verwandeln oder leistungsstarken zuschlagen. Die „Reichsbahn" wird ökonomisch verselbständigt und soll nach Regeln wirtschaftlicher Rechnung geführt werden. Lufthansa und Interflug verhandeln über die Vernetzung

bestimmter Aktivitäten. Aufgrund der deutsch-deutschen Reisefreiheit rechnet man mit einem Aufschwung des Tourismus.

„Wer das Geld hat, hat die Macht/ Bis es unterm Auto kracht“, skandierten Vermummte in Frankfurt, während bei der Staatstrauerfeier für Herrhausen alle Würderegister gezogen wurden. Herrhausen war offiziell nur Herz, die RAF sah nur Blutspur. Für mehr Wahrheit, und das wäre eine dialektische, scheint kein Raum.

Fülberth kultiviert Sarkasmus. Trotzig besiegelt er damit die Niederlage, die er einzig zu sehen vermag.

7. Dezember 1989

Erich Wulff, von der Herzoperation wiedererstanden, voller Sorge über die DDR-Entwicklung. Angesichts der Forderung auf Ent-SED-ifizierung, analog zur Entnazifizierung.

Die DKP, der die Geldzufuhr aus der DDR abgeschnitten ist und die seit dem Parteitag 10.000 Mitglieder verloren haben soll, hat fast alle Hauptamtlichen entlassen. Es heißt, die meisten hätten keine Sozialversicherung und stünden ohne Arbeitslosenunterstützung auf der Straße. Erich sagt, von mehreren hundert würden nur 15, einschließlich der Sekretärinnen, gehalten. Einer seiner Freunde, D., bislang Abteilungsleiter für Internationales beim Parteivorstand, gehört zu den Entlassenen.

Der SFB-Kommentator Karras hetzte heute früh gegen Markus Wolf, der Schrecken verbreitet und „Zehntausende auf dem Gewissen“ habe. Der Kalte Krieg ist in Malta für beendet erklärt, aber die Kalten Krieger führen ihn weiter. Sie spielen mit dem Feuer.

*

Schnelle Vergänglichkeit: Das Aktionsprogramm der SED vom 10. November

setzt sich zusammen aus einem R*ea*ktionsprogramm (Zugeständnisse als Forderungen) und der Illusion, eine früher verpasste Möglichkeit zur Umgestaltung sei noch immer möglich. Dahinter ein unausgesprochener Realismus der bloßen Gewalt, über die man in der Staatsfestung formell noch verfügte. Dieser „Realismus" ruinierte alsbald die Realität der Gewaltmacht.

„Die Erneuerung des Sozialismus steht auf der Tagesordnung." Inzwischen nurmehr der Kampf ums Überleben eines sozialistischen Projekts.

„Es bedurfte der friedlichen Massenproteste der Bevölkerung, der Willenskundgebungen vieler politischer Organisationen, des konstruktiven Wirkens kirchlicher Kreise und des wachsenden Drucks der Basis unserer eigenen Partei sowie eines Lernprozesses in der Parteiführung, um die erstarrten politischen Strukturen aufzubrechen und erste Schritte einer Wende einzuleiten." Und diese markierten den Übergang zum Bewegungskrieg einer Revolution, die das vier Wochen später weggefegt hat.

T*heorie, Marxismus:* „Der Marxismus-Leninismus ist und bleibt die Weltanschauung unserer Partei." In diesem I*st-und-bleibt* lese ich die Signatur des Verschwindens, dessen Furie diese Akteure vor vier Wochen, als sie dies niederlegten, noch immer blendete.

„Durch nichts und niemand darf seine schöpferische Weiterentwicklung behindert werden. Wir beanspruchen kein Monopol auf die Wahrheit ... Die marxistisch-leninistische Theorie darf der aktuellen Politik nicht untergeordnet sein." Als schrieben wir 1985 und als käme eine Erneuerung von innen heraus, in Führung sozusagen. Postumer Mut vor Fürstenthronen — die bereits im Abstellraum gelandet sind.

Nach der Schaumphrase „Für eine selbstbewusste Jugend" ein (kürzerer) Abschnitt über die Frauen: „... sowie einen größeren Frauenanteil in Führungsfunktionen".

7. Dezember 1989 (2)

Neue Klasseninteressen kündigen sich in der SU an: Michail Botscharow, einer der Protagonisten des Pachtsystems (Vorsitzender der „Unternehmerassoziation But EC“, des umorganisierten Butowski-Baukombinats), zu Jelzins Gruppe gehörig, verlangt die Legalisierung abhängiger Arbeit in nichtstaatlichen Betrieben (jetzt faktisch existent, aber illegal; Einbruchsstelle für Mafia). Gegen die Direktorenwahl, Jugoslawien habe gezeigt, wohin das führe. Für Belegschaftsaktien. Wirft Gorbatschow Lavieren vor.

Die Universität Sofia hat den Unterricht in Marxismus-Leninismus gestrichen.

*

Ein Sekundenschnipsel der ZDF-Aufnahmen aus meinem Seminar ist in einem Kontext verwendet worden, der DDR-Studenten herziehen soll: Das DSW eröffnet ein Büro in Westberlin. DDR-Studenten, die hier studieren wollen, erhalten BaFöG-Stipendien. Auf diese Weise gelangte ein MEW-Band auf die westdeutschen Bildschirme, verbunden mit der Nachricht, dass es „sogar“ DDR-Studenten gibt, die in Westberlin Marxismus in „unkonventioneller“ Lesart studieren wollen. Tauziehen, mit sehr wenigen auf unserer Seite. Überhaupt noch Gelände zu gewinnen (oder bloß halten?), ist jetzt schon viel.

*

„Gegen Stalinismus-Stasinismus“ (Spruchband)

Skandalisiert wird jetzt auch, dass die Gewerkschaft 50 Millionen Mark für das Pfingsttreffen der FDJ gegeben hat. Frigga wollte wissen, wofür man das Geld gebraucht hat. Achim erzählte, jeder habe einen Gutschein für 10 Mark pro Tag bekommen, den man zum Beispiel an den Trinkbuden für fünf Gin-Tonic eintauschen konnte. Bei einer halben Million Menschen sind das schon einmal 5 Millionen Mark. Eine Art „Begrüßungsgeld“, um Leute zur Staatskundgebung zu kriegen. Korruption im Kleinen.

Ich hatte mich getäuscht, als ich glaubte, Korruption sei ein sowjetisches Problem,

kein Problem der DDR. Muss die Passagen im Antifaschismus-Buch von 1987 (271ff.) neu durchdenken, wo ich mich über „Helmut Kohls imaginäre Neuordnung Europas“ lustig mache; was er im September 1986 im Interview mit Andreas Hillgruber gesagt hat, bekommt nun, für mich unerwartet, Realität: das Ende der Spaltung Europas in Blöcke. Wer aus den Wolken fällt, muss in den Wolken gelebt haben.

7. Dezember 1989 (3)

Nach einstündigem Hin-und-Her am Runden Tisch kam es zum Kompromiss: der neue Frauenverband und der FDGB wurden zugelassen, eine neue gegen eine alte Organisation. Sechs alte und acht neue Organisationen unterm Dach der beiden christlichen Kirchen, unmetaphorisch: unter protestantischem Dach, dem des Bonhoeffer-Hauses. Ein Kirchensprecher war es auch, der Ansprüche artikulierte und erste Informationen gab. Staatstragend. Er spricht von „unabhängigen Gewerkschaften“. — Forderungen richten sich auf Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit, Ökologie, „Gleichberechtigung und Gleichstellung der Geschlechter“.

Der revolutionären Machtstruktur hat Modrow dadurch zugearbeitet, dass er in jedem Bezirk einen Beauftragten ernannt hat, um mit Bürgerinitiativen gemischte Kontrollinstanzen zu bilden. Modrow zieht die Grenze dort, wo Waffen lagern. Die Gewaltmittel wären notfalls mit Gewalt zu sichern, sagt er nicht, gibt es aber zu verstehen.

Was bis vorgestern boshafte Forderung, heute Tatsache: StaSi-Leute arbeiten im Braunkohletagebau. Und wie in Rußland 1917 der Winterpalast nach der Einnahme spontan in ein Museum verwandelt, nämlich b*esichtigt* wurde, so jetzt StaSi-Gebäude. Mielkes Schreibtisch in der Normannenstraße, der Reißwolf, die Kommandozentrale in einem Bunker... Abschaffung des StaSi (mitsamt der Nachfolgeorganisation NaSi) die einhellige Forderung. Das war die Waffe, die mehr als alle andern dazu beigetragen hat, eine Gesellschaft in Schach zu halten;

nun setzt diese Gesellschaft sie schachmatt. In Cottbus, Dresden, Suhl und Rostock ist die Institution bereits total ausgefallen, sagt Schwanitz im Fernsehen. Schalck hat sich nach Westberlin ins Gefängnis gerettet.

Chaos und Gewalt rücken immer näher; aber die demokratische Rekonstruktion im Gange: Ausstattung der neuen Organisationen, Wahltermin, Verfassung...

Der AA spricht sich in einem „Diskussionsstandpunkt" (früher nannte man das Plattform) „für einen alternativen demokratischen Sozialismus" aus. Der „stalinistische Sozialismus" habe mit beigetragen zur Existenzkrise der Menschheit. Nun geht es um einen dritten Weg „jenseits des administrativen Sozialismus und der Herrschaft transnationaler Monopole".

Für die SDP erklärt Stefan Finger, die Einheit der Nation müsse in gleichberechtigter Partnerschaft der beiden deutschen Staaten gestaltet werden. Es geht nicht mehr um den Skalp, nurmehr um seinen Preis.

8. Dezember 1989

Fürchtend, die SED könnte bei ihrer Neugründung ihre Kürzel benutzen, ermächtigt die SPD in aller Eile die SDP zur Benutzung.

Auch Annelis Kimmel tritt schon wieder zurück. Die kurzlebige Krenz-Führungsgarnitur.

K.Blaschke, Archivar am Evangelischen Seminar in Leipzig, erhält das Wort in der FAZ: „Die französische Revolution von 1789 kam aus dem Versammlungssaal der Generalstände zu Versailles, die belgische von 1830 ging aus dem Opernhaus von Brüssel hervor, die deutsche Revolution von 1989 ist aus den Kirchenmauern in das Land hinausgetreten." „Revolution machen, das kostet Zeit." „Warum haben wir das nicht schon längst so gemacht? Aber hätten wir das machen können ... vor Gorbatschow?" „Keine der ... politischen Kräfte stellt 'den Sozialismus' wirklich in Frage ... Es ist aber auch zu bedenken, dass der größere Teil der heutigen (!) Bewohner der DDR mehr als vier Jahrzehnte lang (?) einer unaufhörlichen

Beeinflussung ausgesetzt war, die ihm ... den Begriff des Sozialismus eingehämmert hat. ... Schließlich findet sich namentlich bei Angehörigen der Intelligenz aller politischen Richtungen und bis in die Kirchen hinein eine deutliche Kapitalismuskritik". Blaschkes Alter wird nicht mitgeteilt. — Es rutschen ihm mit dieser Zeitangabe („mehr als 40 Jahre") unterschwellig gefährliche Nachrichten in den Text: „Ein Volk befreit sich nach mehr als vierzigjähriger Unterdrückung von einer unfähigen, aber mit allen Mitteln moderner Machterhaltung ausgestatteten Herrschaft". Aber was war denn vor diesen mehr als 40 Jahren? Der NS. Als wäre das Volk vorher frei gewesen, und als wären die mehr als 40 Jahre ein homogener Block des Bösen.

Daneben Christoph Kuhn, Jg. 1951, freier Schriftsteller aus Halle: Seit dem Durchbruch sind die Kirchen zwar „befreit vom Zwang, stellvertretend politisch handeln zu müssen", doch habe „sich gezeigt, dass Politik und Religion nicht zu trennen sind — nicht nur in Krisenzeiten und nicht nur in der DDR". Da ist die FAZ sonst anderer Meinung. D*ie Revolution, die aus der Kirche kam?* Was keiner der beiden sagt: Die oppositionelle, später revolutionierte Bewegung schlüpfte nicht so sehr in den Kirchen, als in deren Räumen unter, weil andere Räume nicht zur Verfügung standen. Dass diese Räume zur Verfügung standen, entsprang Honeckers Kirchenpolitik, die einen Kompromiss in Gestalt eines gewissen Freiraums für die Kirchen im Gegenzug zu einer Anerkennung seines Systems darstellte. So hat Honecker selber die Formen mitgestaltet, in denen die Kräfte seines Sturzes heranreifen sollten.

Die FAZ („schi.") behauptet, dass Stefan Heym und Christa Wolf den Aufruf „Für unser Land" „lieber in der Versenkung verschwinden lassen wollen", seit Krenz unterschrieben hat. Der Maler Mattheuer soll einen „Leipziger Aufruf" angeregt haben, worin „ein gleichberechtigter konföderativer Zusammenschluss der beiden deutschen Staaten auf neutraler Grundlage, der eine spätere Vereinigung im Rahmen der Grenzen von 1949 nicht ausschließt" befürwortet wird. Die FAZ: „Das ist eine Absage an die Berliner Unterzeichner, aber auch, da hier von

'Neutralität' geredet wird, an die westdeutsche Position." — Daneben bearbeitet Monika Zimmermann den Begriff „Ausverkauf", als schriebe sie einen Stichwortartikel fürs Lexikon der politischen Umgangssprache: „Niemand erwartet, dass das Konsum-Angebot für Bundesbürger so interessant sein könnte, dass ein Ausverkauf an DDR-Waren drohe. Der Begriff 'Ausverkauf' steht vielmehr für die Angst, volkseigene Betriebe könnten durch fremdes Kapital fremdbestimmt werden, oder, schlimmer noch, der marode Sozialismus könnte sozusagen vom gesunden Kapitalismus als ganzes geschluckt werden. Der Begriff 'Ausverkauf' zielt also nicht auf Plünderung von Läden oder Museen, sondern auf die geistig-kulturelle Plünderung der schönen Idee vom Sozialismus." Wertfreie Studie im Auftrag der Hechte über die Meinung der Karpfen. Abstraktion von der Wirklichkeit. Angst-Abstraktion. Prostituierter Journalismus.

8. Dezember 1989 (2)

Mit 22 zu 0 Stimmen bei 11 Enthaltungen hat der RT beschlossen, die Neuwahlen zur Volkskammer vorzuverlegen. Eine Art revolutionär-informeller Verfassungsrat, der amtierenden Volkskammer vorgeschaltet. Zwecks rascher Handlungsfähigkeit wurden Kommissionen eingesetzt: Verfassung, Wahlgesetz, Gesetz über Parteien und Vereinigungen, Wirtschaft. Der NaSi soll „unter ziviler (!) Kontrolle" aufgelöst, sein Personal „beruflich eingegliedert" werden. Die Regierung soll darüber informieren, welche Dienste im Sicherheitsbereich weiterhin notwendig sind.

Das Gerücht läuft um, die sowjetischen Truppen stünden in Alarmbereitschaft.

8. Dezember 1989 (3) — abends

Das Medium Fernsehen kommt immer mehr zu sich. Welche Nutzung ihm der revolutionäre Prozess jener Gesellschaft erschließt! Das DDR-Fernsehen überträgt den SED-Parteitag l*ive,* weil bei einer Blitzumfrage der neuen Meinungsforscher von der Humboldt-Universität über zwei Drittel der DDR-Bürger dies wünschten. So sitze ich nun wie Unzählige vor dem Bildschirm.

Kroker eröffnet, kurz und ungelenk, verkündet den Abschied vom „administrativ-bürokratischen Sozialismus“. — Dann erstattet Modrow Bericht. Er spricht gegen eine Spaltung. „Alle Mitglieder der SED, die eine reine Weste haben, und das sind die meisten unserer Genossen, können von sich sagen: Auch wir sind das Volk.“ Der Runde Tisch soll gegen Anarchie angehen. Gewalt und „Amtsanmaßung“ bedrohen die „staatlichen Ordnungsorgane“. — Aber hat er nicht selber gemischte Kontrollgruppen, also typisch revolutionäre Organe, akzeptiert? Ist nicht auf deren „Anmaßung“ das „Amt“ jetzt geradezu angewiesen? — Zweideutiges Lob derer, „denen die nützliche Tat mehr gilt als nur das elegante Wort“, zweideutig, weil erst die Verbindung von beidem der wahre Jakob in der Politik. Lob der Arbeit, unterbrochen von dem Versprecher: „Wer arbeitet, finanziell keine Jagdhäuser...“ (statt „finanziert“); merkwürdig, dass immer an solchen Stellen.

Noch in der Logik des Planmäßigen wird der Wirtschaft das Verlassen der Planwirtschaft aufgetragen. Die Betriebe sollen nicht zögern, schon jetzt Verträge mit West-Kapital abzuschließen. Die Regierung garantiere, dass die Verträge eingehalten werden (pauschal, ohne sie zu kennen, und vor Verabschiedung eines Gesetzes, das ihre Legalität regelt).

In der Abrechnung mit dem Alten bleibt er schwach: Die Partei als ganze habe keine Stimme gehabt; das habe die Genossen gelähmt. „Dialog“ mit den Regierten sei zwar unter Beteiligung der Partei, aber ohne klares Gesicht geführt worden. Wer anständig war, aber geschwiegen hat, „dagegen vielleicht nur inwendig räsonniert hat“, soll heute nicht den Mund halten. Der Parteitag soll nicht zögern, eine neue Führung zu wählen. „Es müssen jetzt Genossen her, die imstande sind, uns aus dieser Lage zu führen.“

Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten stehe nicht auf der Tagesordnung (langanhaltender Beifall). Modrow beschwört den Zusammenschluss aller Kräfte „für unser Land“ (die Formel des Aufrufs von Heym u.a.). Der Vorschlag einer Konföderation beider deutscher Staaten sei ein „maßvoller Ansatz“ Kohls. Auch die bundesdeutsche Wirtschaft denke so.

Zum Schluss ruft Modrow zur Verteidigung der Republik. „Nur so werden wir unserer Verantwortung für unser Land, das wir lieben, gerecht.“ In diesem Wort „lieben“ liegt Pathos.

Wolfgang Berghofer mahnt als Versammlungsleiter, „immer an das Wesen zu denken..., das heißt unsere Handlungsfähigkeit herzustellen“. Zügiger Anfang, Leitung, TaO. Sie wollen rasch zur Sache kommen. Die Redezeit wird auf 5 Minuten verkürzt. Mörderisch. Wie soll man da irgendeinen Zusammenhang darstellen? Die Medien werden zugelassen — außer bei Wahlhandlungen. Alles ohne Diskussion angenommen. Links von Berghofer Gysi, rechts Modrow.

Der Schlüsselbegriff von Gysis Referat ist „Handlungsfähigkeit“. Er spricht aufgrund von Notizen, mit ungewohnt natürlicher Stimme, selbst ohne anwaltliche Rhetorik, dazwischen sogar frei, und die Rede hat nichts gemein mit dem alten Stil — „die früher üblichen Warenhausreferate mochte ich sowieso nie“. „Wir brauchen einen vollständigen Bruch mit dem gescheiterten stalinistischen administrativen Sozialismus“. Doch gibt es nur wenig Gestaltungsraum fürs Neue: „Möglichkeiten der Selbstbestimmung des Weges sind durch die ökonomische und politische Krise aufs äußerste eingeschränkt“. Gestaltungsprinzip soll die „gerechte Anerkennung individueller und kollektiver Leistung“ sein und die Vereinbarung des Leistungsprinzips mit dem Prinzip der Solidargemeinschaft. — Wie nun „den demokratischen Aufbruch und die revolutionäre Bewegung nicht verspielen“, das ist die Frage.

D*ritter Weg* fungiert als zentrales Programmwort, und in Anspielung an Hagers Tapezierersprüch heißt es: „Es geht nicht um neue Tapeten, wir wollen eine neue Partei.“ Gesichtspunkte: „Einheit“ nicht = innere Geschlossenheit, sondern O*ffenheit.* „Reinheit“ nur in Bezug auf e*thische Kriterien.* Er will „keine Klassen- und auch keine Massenpartei“. Bekennt sich zu „marxistischen und leninistischen Traditionen“, aber „zukunftsgewandt“, „lässt sich von wissenschaftlichen Erkenntnissen leiten und nicht die Wissenschaft nachträglich bestätigen“.

Die Reduktion des Apparats soll mit beruflicher Eingliederung der zu entlassenden Funktionäre einhergehen. Die meisten von ihnen waren ohne Privileg. „Aber die Strukturen stimmten nicht“.

Als Gysi vom Ausschuss zur Untersuchung von Korruption und Machtmissbrauch berichtet (damit kokettierend, dass er eigentlich Verteidiger, nicht Ermittler sei), zeigt die Kamera beiläufig Krenz in der zweitletzten Reihe, das Gesicht verquollen, dunkle Ränder um die Augen. Die Mitglieder jenes Ausschusses werden zur Vorsicht nicht bekannt gegeben, um sie vor Druck zu schützen. Angebote zur Mitarbeit wurden nur bei persönlicher Bekanntschaft angenommen, damit niemand eingeschleust wird. Das zeigt, man rechnet ernsthaft mit einem konspirativen Gegner. Viele Hinweise auf Fehlverhalten sind unbegründet, aber das weiß man eben vorher nicht. Der Ausschuss hat keine exekutiven Kompetenzen. Es besteht „kein Grund zur Selbstzerfleischung“. „Erschreckend ist der Umfang der ungerechtfertigten Privilegien der früheren Parteileitung“, das (weitgehend fehlende) Belegwesen, die Abwesenheit von Kontrollen — bezeichnend für die Verflechtung staatlicher und Parteibereiche. Verblüffend trotz allem Erwarteten die „fast unbegrenzten Vollmachten von Erich Honecker und des damaligen Leiters der Finanzen“; es gab die Weisung, Belege zu vernichten. Die Eil-Ausschlüsse der Führenden waren nicht rechtmäßig, da sie keine Möglichkeit hatten, sich zu verteidigen. Die Ausschlüsse waren mit Forderungen der Basis begründet, aber vielleicht wollte man verhindern, dass die Führenden aussagen. Alle, die bis zum 17. Oktober Mitglieder des Politbüros waren, haben Pflichten verletzt. Das Statut, das wortwörtlich ideal ist, verpflichtet sie formell dazu, nicht zu schweigen, wenn es gebrochen wird, und alle haben durch ihr Schweigen dagegen verstoßen... Die alten Politbüro-Mitglieder sind so alt, dass es „unmenschlich“ erscheint, sie jetzt zur Rechenschaft zu ziehen, warum musste man auch ausgerechnet eine so alte Mannschaft haben. Wandlitz, aus Sicherheitsgründen bei offener Landesgrenze eingerichtet, hat zur Isolierung der Führung vom Leben geführt. Spätestens seit dem Bau der Mauer wäre das wieder aufzulösen gewesen. In Wandlitz gab es fast nur Westwaren, weit mehr als im Intershop. Man muss aber Unterschiede

beachten: Bei den einen haben die Familienmitglieder die Vorteile nicht mitgenutzt, bei den andern nutzten Kinder und Enkel — und zwar nicht in Begleitung ihrer Eltern bzw. Großeltern — die staatlichen Ferienhäuser. Der StaSi besorgte eine „Hofdienerei, die man sich schlecht vorstellen kann“ und die immer mehr ausgebaut wurde. Ein anderes typisches Beispiel: Die Partei baut ein Haus sehr teuer, dann zieht ein Hoher ein für 100 M monatlich. Für die ZK-Mitglieder insgesamt gab es jedoch keine besonderen Privilegien.

Bei künftigen Vorstellungen von Sozialismus muss „jede Form von politischer und ökonomischer Monopolmacht ausgeschlossen“ sein.

Zur Frage eines neuen Namens der Partei: Die Furcht vor Etikettenschwindel sollte einen nicht hindern. „Zu wirklich neuem Anfang gehört auch ein neuer Name.“ (Beifall) Anwärter: Partei für/des demokratischen Sozialismus (PDS), Deutsche Sozialistische Partei (DSP), Deutsche Sozialistische Volkspartei (DSVP).

Eine Auflösung mit anschließender Neugründung wäre eine „Katastrophe“. Stichwörter: Erneuerung, retten, politische Heimat, politisches Vakuum im Land; Eigentum, Angestellte ungesichert; anschließend mehrere Parteien, die im Rechtsstreit... Das Parteivermögen!

Die Kampfgruppen, die übrigens dem Innenminister unterstehen, gehören, da „nicht mehr zeitgemäß“, aufgelöst, evtl. „in unbewaffnete Formationen zum Schutz unsrer Mitglieder und des Staates“ umorganisiert.

Über das Wuchern der StaSi-Aktivitäten spricht Gysi mit Ironie: Da die ideologische Diversion übers Westfernsehen jeden Haushalt erreichte, machte man auch die Abwehr flächendeckend. Diese Entscheidung fällte die Führung. Er warnt vor Repressalien gegen Stasi-Mitarbeiter: Rechtsstaatlichkeit ist unteilbar. „Selbstjustiz, Vergeltung und Rache sind bar jeder Kultur.“ Er spricht sich für Auflösung des Amtes aus, für berufliche Eingliederung der Mitarbeiter. Weiterhin notwendige Aufgaben aus dem Tätigkeitsbereich sind in neuer Form wahrzunehmen. (Kein Beifall bei alledem. — Das sind die Forderungen des

Runden Tischs der Nacht davor.)

Die betrieblichen Parteibüros sollen aufgelöst werden, die Mitglieder aber weiterhin in den Betrieben wirken. „Wir lassen uns von der Arbeiterklasse nicht trennen."

Zu den Ausgetretenen: Die Opportunisten mögen wegbleiben, die gegangenen Erneuerer zurückkommen.

Die BRD sei „kein rein kapitalistisches System, von dem wir nichts lernen können." Das Akzeptable grenzt Gysi ab von den Machtinteressen der transnationalen Konzerne. Diesen Teil liest er wie eine Seminararbeit. — Unter den neuen Bedingungen (Joint Ventures etc.) sei das Streikrecht notwendig, aber im Moment wären Streiks schädlich. „Demokratie ohne materielle Absicherung ist sinnlos."

Unglaubwürdig die Behauptung am Schluss, dass die Partei „sich mit diesem Parteitag vom Stalinismus endgültig befreit hat". Da ist noch einiges verlangt!

*

Die Diskussion verblüfft mich durch ihren Mangel an Analysen, überhaupt an begrifflicher Verarbeitung. (Einen ähnlichen Eindruck machte mir 1988 die 19.Unionsparteikonferenz der KPdSU.) Das liegt nicht nur an der mörderischen Redezeitbegrenzung, der zum Trotz noch immer nur eine winzige Minderheit zu Wort zu kommt. Die Redner sagen, was sie w*ollen* oder w*as ihnen nicht passt,* drücken Stimmungen aus.

Es fängt makaber an: Arbeiter sein ist eine Haltungsfrage — sagt einer aus einem Ministerium, um sich gegen die Umbenennung und für die Identität einer „Arbeiterpartei" auszusprechen. — Dann bittere Wirklichkeit: Ein Schiffsschlosser spricht von seiner Angst: er ist fast der letzte in seinem (großen) Betrieb, der sich noch zu dieser Partei bekennt, will folglich deren Auflösung. — Eine Parteisekretärin aus einem Handelsbetrieb sagt, ihre Grundorganisation erwarte die Formierung einer neuen sozialistischen Partei — ohne Auflösung und Spaltung.

„Die Frauen haben Angst um die Zukunft ihrer Kinder.“ Rechenschaft möglichst schnell und klar! Sonst knallen sie weiter täglich 20 Mitgliedsbücher auf den Tisch. Gefordert sind jetzt die Frauen! Frauen arbeiten auch „mit Feingefühl und Takt“. Sie geht wieder in den Verkauf, „in ein Großobjekt, als stellvertretender Leiter“. Für die Partei arbeitet sie ab 1. Januar ehrenamtlich. Sie spricht von Depressionen und Repressalien, unter denen auch Mitglieder anderer Parteien zu leiden haben. — Ein Bauarbeiter vom Wohnungskombinat Berlin schließt sich ihr in allem an, möchte die Einheit der Partei, egal mit welchem Namen, als „Einheit aller Schichten des Volkes“. — Ein NVA-Offizier erklärt sich für Modrow und Gysi, eine ver/handlungsfähige Führung — das ist der Minimalkonsens. „Für den vollständigen Bruch mit dem bürokratisch-administrativen System, das wir irrtümlich Sozialismus genannt haben.“ Für neuen Namen. Demokratischer Konsens, mit Kirchen und neuen sozialen Bewegungen. Die NVA nicht länger Armee einer Partei, sondern des gesamten Volkes, daher die Parteiorganisation in den Truppen aufzulösen. Die Soldaten, versichert er im Hinblick auf Putschgerüchte, „werden keine Gewalt gegen das Volk anwenden, und wir möchten auch, dass keine Gewalt gegen uns angewandt wird.“ — In der Schwarzen Pumpe, sagt ein Delegierter von dort, gibt es noch 2.500 Mitglieder. Der Name ist zum Stigma geworden: SED buchstabieren die Arbeiter als Sauwirtschaft, Egoismus, Diebstahl! Mit Streikdrohung (Stadtgas) fordern die Belegschaften: Parteiapparat raus aus dem Betrieb!

Benito Wogatzki („Diamant und Karfunkel“) sagt, er habe Wärme und Geborgenheit in der Partei lange vermisst, bei Modrow und Gysi finde er sie. „Benito, wenn Du Dich wehrst, diesen Krieg verlierst Du“, hat man ihm noch vor einem Jahr gesagt. „Hat sich erledigt. Das Volk hat dafür gesorgt.“ Bei den Schriftstellern war „in vielen Büchern eine Perestrojka schon vorbereitet. Und deshalb ist das, was hier passiert, ein großer Tag für uns.“ Er beschwört die alte Idee, die eine Idealisierung war: „Der Sinn der Partei bestand für mich darin, dass die Arbeiterklasse kein egoistisches Interesse hat“. Er ist gegen eine Auflösung. „Haltet den Apparat zusammen, gebt nicht alles aus der Hand, denn wir wollen ja

arbeiten.“ Neuer Name! — Ein anderer verlangt, „mit der Wahl der Leitungskader aus den Leitungen heraus rigoros Schluss zu machen“, spricht aber für Beibehaltung des alten Namens. Je mehr Leistungsprinzip, desto wichtiger werde in Zukunft Sozialpolitik. — Die alte Parteiführung habe als Nährboden für Antikommunismus gewirkt, sagt eine Lehrerin. Otto Buchwitz habe auf einem SPD-Parteitag treffend gesagt: „Mit Demokratie ist es wie mit Luft und Sonne; man schätzt es erst, wenn es abhanden gekommen ist.“ Neuer Name! Sie beschwört die Solidarität mit der alten Generation und die christlichen Ideale, die „von den unsrigen nicht entfernt“ sind. — Ein Student aus Apolda kritisiert, dass bei Gysi und Modrow vieles noch nicht genau gefasst ist. Für Neugründung als Partei aller Werktätigen. — Ein Vertreter von der Elbewerft sagt: Die Reden wiederholen sich, es wird monoton. Man muss die Neubildung konkretisieren. Der Name SED muss nicht unbedingt verschwinden. Was machen mit der FDJ, mit den Jungen Pionieren? Nicht einfach streichen! — Der stellvertetende Bürgermeister der Kreisstadt Hagenow sagt: Zu lange hat er auf den Freibrief gewartet, auch mit Andersdenkenden zu sprechen. Jetzt braucht es neue Inhalte mit neuen Köpfen. Parteiwahlen sofort nach dem Parteitag. — Ein Vertreter von der Technischen Hochschule, wo es noch 1.000 Genossen gibt, fordert die „vollständige Auflösung der bisherigen Kommandostruktur“; sie hat die Partei „mundtot und deshalb in der schwersten Krise handlungsunfähig gemacht“. Neuen Namen! Sozialismus als dem Kapitalismus nachfolgende Gesellschaftordnung hat mit diesem vieles gemeinsam. Gegen die Formel von der Klassenpartei, gehe es doch nicht darum, Klassen zu erhalten, sondern aufzulösen im Sinne des Menschheitsfortschritts, wie schon Karl Marx gesagt. — Ein Delegierter aus der Mineralölindustrie erklärt sich für das Konzept einer Partei des werktätigen Volkes.

Ein Jurist problematisiert Gysis Satz, mit dem heutigen Tag sei die Partei vom Stalinismus befreit. „Der überzeugendste Wahlkampf, den wir führen können, ist die Reinigung der Partei.“ („Die Partei sauber machen“ — diese Redeweise ersetzt das diskreditierte Wort „Säuberung“.) Ein neuer Name erst, wenn das geleistet ist. Noch ist von den Stalinisten in der Partei nicht Rechenschaft abgelegt worden. Er

sieht Überschneidungen der erneuerten Partei mit anderen neuen Gruppierungen. Warum nicht diesen beitreten? — Der Parteisekretär von der PH Leipzig, wo noch 91 Prozent der ehemaligen Mitglieder da sind, sagt zu Gysi: „Wir müssen uns vor diesem Volk entschuldigen für das, was wir ihm angetan haben. Und dafür bedarf es einer Analyse, die weit über das hinaus geht, was Du hier gebracht hast." Für Einheit neuer Qualität, die Gegensätze aushalten kann. Kultur! — Karlheinz Barck (Potsdam): Mit Modrow, Gysi, Berghofer, Wolf sei Staat zu machen; Krenz solle kandidieren, damit er, Barck, gegen ihn stimmen könne.

Gysi bemerkt, dass sich auf Grund der innerparteilichen Machtstrukturen bisher „niemand individualisieren konnte".

„Bevor wir uns in 500 Positionen aufsplittern", schlägt Berghofer eine Unterbrechung vor. Die unendliche Serie von Kurzstatements schenkt ihnen keine Führung. Nur Material, mit dem sie arbeiten müssten. Sie? Wer soll das sein? Die Fragen scheinen auch dem Kongress aufgestoßen zu sein, denn offenbar hat man beschlossen, die Diskussion abzubrechen und zur Frage der Vorstandswahlen überzugehen. Die Fernseh-Übertragung wird abgebrochen.

9. Dezember 1989

Gysi, der „Überraschungskandidat der letzten Tage" (ZDF), ist zum Vorsitzenden gewählt worden; um 11 Uhr wurde das Ergebnis der Auszählung bekanntgegeben (95 Prozent). Modrow und Berghofer wurden „einstimmig" zu stellvertretenden Vorsitzenden bestimmt. Es war wie bei der Papstwahl. Als würde der Druck der Krise des Landes und der Not der Partei in ihm nicht gereicht haben, ließen sie sich nicht nach Hause gehen, bevor nicht eine neue Führung gewählt wäre. Sie „tagten" die ganze Nacht durch, 17 Stunden. Sie rissen die alte Struktur ab, um nicht nur neue Personen einzufüllen: Politbüro und ZK sind abgeschafft, ein 100-köpfiger Parteivorstand eingeführt. Gysi will eine Struktur, „die administrativ-zentralistischen Sozialismus ausschließt". Gegen 647 Stimmen wurde mit großer Mehrheit beschlossen, den Namen SED abzuwerfen. Die Delegierten bitten das

Volk um Entschuldigung für den Machtmissbrauch durch die alte Parteiführung und die tiefe Krise, in die ihre Partei die DDR geführt hat. Es ist ein unumwundenes Schuldbekenntnis. Einen Moment lang zeigt die Kamera Schabowski, der lacht, als habe er sich hinübergerettet. Krenz dagegen düster, die Augen umrändert, wie blaugeschlagen. — Gysi will sich einsetzen für einen Sozialismus, der „menschlich, ökonomisch leistungsfähig und ökologisch gesund" sein soll. Freilich fragt sich, wie. Zu einer Interviewerin vom Westfernsehen sagt er: „Wir sind und wollen sein keine administrative Partei mehr. Wir müssen Argumente finden und überzeugen."

Der FDGB wiederholt das Muster der SED: der gesamte Vorstand trat zurück, ein Ausschuss zur Vorbereitung eines außerordentlichen Gewerkschaftskongresses wurde gebildet, Sprecher ist der Vorsitzende der IGDruck. Man will zum bloßen Dachverband unabhängiger Gewerkschaften werden, also die Struktur des DGB mehr oder weniger übernehmen.

Modrow konferiert heute mit den Generaldirektoren der Kombinate, eine reine Männergesellschaft. Ein sozialistischer Unternehmerverband gefordert. Abkoppelung der Eisenbahn vom Staatsapparat. Valutafonds für Ersatzteilbeschaffung. Außenhandelsvollmachten. Einer berichtet von laufenden Verhandlungen mit der Ruhrgas AG, die mit der Zweistaatlichkeit keine Probleme habe.

Der DGB-Vorsitzende von Westberlin, Pagels, der Anwalt Croissant sprechen auf einer deutsch-deutschen Kundgebung vor dem Café Kranzler gegen den Wiedervereinigungs-Chauvinismus. Die Demo wie ein politischer Karneval mit Spottfiguren des „Unheilbaren Deutschlands". Auf der Paralleldemo im Ostberliner Lustgarten, wohin die Organisatoren des 4. November zu einer Kundgebung für die Verteidigung der DDR gegen die „Wiedervereinigungs"-Tendenzen gerufen hatten, auffallend viele Einheitsparolen auf Spruchbändern. Nur ein paar tausend Teilnehmer sind gekommen, freilich findet zur selben Zeit noch der SED-Parteitag statt. Von Heym bringt das ZDF einzig den Satz (genauer:

die s*ound bytes)*: „Das deutsche Volk ist eines, Deutschland wurde gespalten, wie Europa.“ Die Zuschauer müssen doch denken, er habe sich für die Vereinigung ausgesprochen. So lügt man mit Fakten. In der AK hört man Heym weitersprechen gegen ein Aufgeben der Eigenständigkeit der DDR „ausgerechnet jetzt, wo durch die Revolution es erstmals möglich wird, auf deutschem Boden einen solchen Sozialismus aufzubauen“, der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit mit sozialer Gerechtigkeit verbindet. Bahro spricht im Lustgarten für den Impuls, den die Revolution in der DDR für den ökologischen Neubeginn und die Abrüstung bedeuten kann. Er sieht gut aus, wie einer, der sich gefordert fühlt; das mystisch Verquollene weg. Dem Westfernsehen ist sein Auftritt keine Nachricht wert.

Zuflucht der Nachdenklichen das Ostfernsehen. In den Hauptnachrichten der AK ein langes „Sonnabend-Interview“ mit Günter Gaus. Er „versteht“ den Wunsch nach „Anschluss an unsere materiell bessere Welt“. Denkt er an den „Anschluss“ Österreichs von 1938? „Ich riskiere noch nicht zu sagen, wo das Land im Frühjahr sein wird.“ Er warnt vor rauschhaften Illusionen der Einheit, die neue Enttäuschungen und vielleicht einen „Katzenjammer“ produzieren. Man solle über die deutsch-deutsche Konföderation hinausdenken, mit Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei, vielleicht unter Vorsitz des neutralen Österreich, eine zentraleuropäische Konföderation unter Einschluss der beiden deutschen Staaten ins Auge fassen. Statt Mitteleuropa Zentraleuropa. Die Wortüberraschung gehört zum Geschäft. — In der DDR gehe jetzt die Angst vor Abrechnungen um, sagt Gaus. Der Nachrichtensprecher dementiert unter ausländischen Studenten umlaufende Gerüchte, es sei zu Morden an Ausländern gekommen... Ob schon Neonazis mitmischen?

Was Maetzke in der FAZ am Runden Tisch besonders aufregt: „dass auch der DDR-Gewerkschaftsbund und ein Frauenbund die Aufnahme erzwangen... Von nun an muss die Macht vom Volke ausgehen, also nicht von ‘Klasse’ oder ‘Geschlecht'.“ Er sollte mal unsere Rundfunkräte, Universitätskuratorien und ähnliche Einrichtungen ansehen.

*

Die Sowjetunion ist inzwischen fast allseits überholt, was Demokratisierung angeht. Sacharow hat zum zweistündigen Generalstreik aufgerufen, um die Streichung des Verfassungsartikels über die führende Rolle der KPdSU zu erzwingen. Statt über die Wirtschaftsreform zu befinden, befasst sich das ZK nun mit dieser Frage. Heute Abend soll Husak zurücktreten. In Polen Gefangenenrevolten. Bilder wie aus einem Film übers Mittelalter, in graue Decken gehüllte Gestalten auf den Dächern, im Rauch, der aus den in Brand gesteckten Zellen dringt.

Nachrichten wie nebenbei: Dass der SEW-Vorstand die Auflösung der Partei empfiehlt, dass er alle Zahlungen einstellt, an die Zeitung, die Angestellten. Heute lädt die seitherige Theoriezeitschrift der SEW, „Konsequent“, zu ihrem zwanzigsten Geburtstag in der „MASCH“ — heißt das, sie können überleben? Ich kann es mir kaum vorstellen. Der Bund der Antifaschisten muss sich auflösen. Der Zusammenbruch des Pahl-Rugenstein-Verlags wirkt sich aus auf den BdWi, dem pro Monat 4.000 DM Anzeigenaufträge entgehen. Gestern ist die letzte Ausgabe der Volkszeitung erschienen — mit meinem dritten Artikel zur Revolution in der DDR.

9. Dezember 1989 (2)

Enzensbergers Essay „Die Helden des Rückzugs“ in der heutigen FAZ (S.27f) ein Meisterstück in seiner Art. Man könnte sagen, dass er das Überspitzen als Metier betreibt, wobei der Takt in diesem Metier darin besteht, das Über nicht zu übertreiben, denn mit Wolf Biermann ließe sich auch hier sagen, dass „die allzu spitz sind, brechen“. Die Kunst besteht folglich darin, Überspitzung mit Augenmaß zu betreiben, immer genau an der Grenze, wo man maximal auffällt, ohne herauszufallen. Sie erreicht so natürlich nur einigermaßen Gebildete, ist Intellektuellenkunst. Zum Beispiel kommt es darauf an, manifest unterdeterminierte Ausdrücke verwenden, auf die dann die Überdeterminierungen sich werfen wie Überraschungen.

So bei der zunächst bestimmungsarmen Kategorie des R*ückzugs,* die Enzensberger zur Chiffre einer negativen Geschichtsphilosophie der Epoche ausarbeitet: R*ückzug aus dem Untergang,* die wahre und einzige mögliche großpolitische Heldentat dieser Zeit. Clausewitz hat gezeigt, „dass der Rückzug die schwierigste aller Operationen ist. Das gilt auch für die Politik. Das n*on plus ultra* der Kunst des Möglichen besteht darin, eine unhaltbare Position zu räumen." Zum Szenenabgang noch einmal als Bonmot: „Jeder Kretin kann eine Bombe werfen. Tausendmal schwieriger ist es, sie zu entschärfen."

Was der Spracharbeiter Enzensberger praktiziert, kann U*mwertung politischer Reizwörter* genannt werden, wie er ja auch die U*mkehrung des heroischen Schemas* proklamiert. Die wahren Helden sind heute die V*erzichtpolitiker,* auch „historische Abbruchunternehmer" genannt, „Helden einer neuen Art, die nicht die Eroberung, den Triumph, sondern den Verzicht, den Abbau, die Demontage repräsentieren", „Spezialisten der Negation", „Helden der Entwaffnung". Auf sie „ist unser Kontinent (nur er?) angewiesen, wenn er überleben soll". (Was Enzensberger nicht mehr mitdenkt, ist das Solidaritäts- und Zivilisationsprojekt, dessen Verwirklichung ab 1917 versucht wurde.)

Mit Chruschtschow habe „die Demontage des sowjetischen Imperiums begonnen", aber nicht mit Willen und Bewusstsein — denn schließlich habe dieser davon gesprochen, „den Kommunismus zu vollenden statt ihn abzuschaffen" --, sondern kraft einer „subversiven Logik seiner Heldenkarriere". Borniert, plump, selbstherrlich wie er war, übertraf er „doch an Zivilcourage so gut wie alle Politiker seiner Generation".

Auch Egon Krenz wird umgewertet: er ist die Gegenfigur zu Noske. „'Einer', so sprach einst ein deutscher Sozialdemokrat, 'einer muss der Bluthund sein.' Siebzig Jahre später musste einer den Bluthunden in den Arm fallen, auch wenn es ein kommunistischer Pulcinell war, der das tödliche Schweigen brach." Krenz gehört unter die „Epigonen des Rückzugs"; sie „sind Getriebene. Sie handeln unter einem Druck, der von unten und von außen kommt." — Auch der Begriff „Wendehals"

muss umgewertet werden. „Die Wendigkeit, die man ihnen zum Vorwurf macht, ist ihr einziges Verdienst. In der lähmenden Stille des prägnanten Moments, in dem einer auf den andern wartet und nichts geschieht, musste einer sich als erster räuspern, jenes winzige, halberstickte Geräusch hervorbringen, das die Lawine auslöst.“ Unter diese Rubrik subsumiert Enzensberger auch Adamek. Jaruzelski dagegen erscheint in dieser Beleuchtung als „der Patriot als Märtyrer“, „eine Figur von Shakespeareschem Format“. Vor ihm rangiert Kádár, ohne dessen dreißigjährige Untergrabung der Alleinherrschaft der KP „die Auflösung des Ostblocks schwerlich in Gang gekommen“ wäre.

Alle Striche dieses Bildes laufen zu auf Gorbatschow: „Der wahre Held der Entmachtung ist dagegen selbst die treibende Kraft. Michail Gorbatschow ist der Initiator eines Prozesses, mit dem andere mehr oder weniger freiwillig versuchen Schritt zu halten. Er ist — soviel dürfte heute bereits feststehen — eine säkulare Figur. Die schiere Dimension der Aufgabe, die er sich gestellt hat, ist beispiellos. Er ist dabei, das vorletzte monolithische Imperium des zwanzigsten Jahrhunderts zu demontieren, ohne Gewalt, ohne Panik, ohne Krieg. Ob das gelingen kann, steht dahin.“ „Es versteht sich, dass jeder Schritt auf diesem Weg für den Protagonisten lebensgefährlich ist.“ „Es hat sehr lange gedauert, bis die Welt auch nur anfing, sein Projekt zu begreifen. Die überlegene Intelligenz, die moralische Kühnheit, die weitreichende Perspektive dieses Mannes — das alles lag, im Osten wie im Westen, soweit jenseits des Horizonts der politischen Klasse, dass es keine Regierung wagte, ihn beim Wort zu nehmen.“

Den konstruktiven Seiten der Perestrojka schenkt Enzensberger merkwürdigerweise keine Aufmerksamkeit. Dass er den Sozialisten in Gorbatschow nicht erwähnt, deutet darauf hin, dass er nichts von ihm hält. Er sieht Gorbatschow links und rechts von Feinden umgeben, unpopulär im eignen Lande. „Wie es sich für einen Helden gehört, ist Michail Gorbatschow ein sehr einsamer Mann.“ Das Bild und die Erklärung dazu sind so abstrakt, wie diese gesamte Sicht, in der das Zurück alles Voran und damit alles Neue auslöscht, einseitig ist: „Der größte aller

Verzichtpolitiker sieht sich dort auf Schritt und Tritt mit der Frage nach dem Positiven konfrontiert, so als ginge es darum, den Völkern ein weiteres Mal eine leuchtende Zukunft zu verkünden, die jedem nach seinen Bedürfnissen Seife, Raketen und Brüderlichkeit zum Nulltarif zu bieten hätte". — Da spricht Enzensberger in der Rolle des originellen Zynikers im Penthouse-Stil. Seife sollte weiß Gott jeder nach seinen Bedürfnissen bekommen, erst recht Solidarität (mannmännlich meinetwegen als „Brüderlichkeit" zu bezeichnen), die immer wechselseitig und nicht mit Geld zu bezahlen ist. Die Raketen geraten gewissermaßen aus rhetorischer Gewohnheit zwischen den alltäglichen Gebrauchswert und die elementare Gemeinschaftlichkeit. — Im Negativen ist Enzensberger ungleich stärker, alles Witzeln ist weg: es hänge „jede künftige Chance davon ab, den Leviathan zu entwaffnen und aus dem Albtraum in die Normalität zurückzufinden". Legen wir die Worte auf die Goldwaage, sind vielleicht auch diese noch zu leicht, denn es ist nicht absehbar, wie die (bewaffnete) Staatsmacht als Zivilisationsbedingung ersetzbar sein sollte.

Entscheidend ist, dass Enzensberger die Perestrojka auch für den Westen denkt, als „Abrüstung, für die es keinen Präzendenzfall gibt" und für die „der militärische Aspekt nur einer unter vielen" ist: „Andere unhaltbare Positionen sind im Schuldenkrieg gegen die Dritte Welt zu räumen, und der schwierigste aller Rückzüge steht in jenem Krieg bevor, den wir seit der Industriellen Revolution gegen unsere eigene Biosphäre führen." Zum Beispiel erfordert der überlebensnotwendige Rückzug in Energie- und Verkehrspolitik „die Zerlegung von Schlüsselindustrien, die auf lange Sicht nicht weniger bedrohlich sind als eine Einheitspartei. Die Zivilcourage, die dazu nötig wäre, steht der kaum nach, die ein kommunistischer Funktionär aufzubringen hat, wenn es darum geht, das Monopol seiner Partei abzuschaffen. Stattdessen übt sich unsere politische Klasse in albernen Siegesposen und selbstzufriedenen Lügen." (Enzensberger diskutiert nicht, dass es auch Gorbatschow um einen ökonomischen Aufschwung geht.)

10. Dezember 1989

Rußland (die RSFSR) erhält nun sein eignes Parteibüro mit Gorbatschow als Vorsitzendem. Das liegt in der Logik. Zum unausdrücklichen Status des Staatsvolks passte die Abwesenheit eines eigenen („nationalen“) Parteivorstands. Dass die Russen sich als Nation sichtbar machen, gehört zum Experiment des multinationalen Staats.

SED-Parteitag. — Gysi und die beiden Dresdener scheinen optimal. Nachträglich wird klar, dass dieses Resultat nur die Regie bestätigte, das heißt ihre Abfolge zusammenfasste. Haupt-Berichterstatter, Sitzungsleiter, Einleitungsreferent — die drei Parteivorsitzenden. Dieses Verwandlungskunststück auf offener Bühne nutzt den Charakter der alten Partei, ihre Disziplin. Die stumme Ordnung und Gegensatzlosigkeit machte den Kongress zur Vorderbühne. Auf einer nur zu ahnenden Hinterbühne müssen Worte gemacht und Gegensätze in Kompromisse verdichtet worden sein. Die für mich undurchschaubare Zusammensetzung des hundertköpfigen Vorstands sollen andere herausstudieren.

Die Entstaatlichung der Partei beginnt mit der Entstaatlichung des Vorsitzenden. Ziviler als Gysi kann man nicht auftreten, auch wortwörtlich verstanden: Es ist das A*uftreten* des Zivilen, seine Fernsehfähigkeit, dass er beim Publikum „ankommt“, was zählt. Das Zivile hätte viele andere Gesichter, aber natürlich wären die wenigsten derart telegen. Die im Medium gezeigte Offenheit ist die wahre Verschlossenheit, bedeutet sie doch nur, dass der indiskreten Kamera kein Einbruch ins Intime glückt. Gysis Kondition enorm. Nach 40 Stunden angestrengter Aktivität reagiert er in den Interviews, die zum Teil einer Mischung aus Kreuzverhören und Quiz-Sendungen gleichen, noch ganz wach, ruhig und schnell, witzig und selbstbewusst.

Entstaatlichung, die sich gegen die alte Staatspartei richtet, nützt Gysi zugleich als Kampffeld gegen die neue Verstaatlichung des Nationalen. Als die Fernseh-Interviewer nach der „Vereinigung“ der beiden deutschen Staaten fragen, antwortet er mit Interpretationen des „europäischen Hauses“: Er ist für eine Architektur, in der es „so wenig Staatlichkeit gibt und so viel Gesellschaftlichkeit, dass sich viele

Fragen von heute gar nicht mehr stellen“. Freizügigkeit in diesem Haus und Abrüstung liest er als Abbau von Staatlichkeit, während „Wiedervereinigung“ nicht nur den Nachbarn die vier Wände bestreitet, sondern die Veränderungen wiederum in die Staatsform einschließt. Ob er sich ein gemeinsames Staatsoberhaupt, etwa Willy Brandt oder Richard von Weizsäcker, vorstellen könne? Erstens, erwidert er, könnte ich mir auch jemand aus der DDR vorstellen, zweitens sollte man sich nicht auf die Staatsebene fixieren. „Das bringt den Menschen am wenigsten.“ Als ihm unvollständige Sätze zur Ergänzung vorgelegt werden, wird sein Gesicht ein einziges Mal unwillkürlich expressiv, zeigt spontan Widerwillen. Was ihn auf dem falschen Fuß erwischte (falls das nicht gespielt war, was ich nicht glaube), hieß: „An Helmut Kohl bewundere ich am meisten...“ Er fing sich und ergänzte: „ ...dass er Angriffe auf seine Person gelassen nimmt“.

Der SED hängt Staatskriminalität an und das Versagen der von der Sowjetunion mehr oder weniger aufgezwungenen Ordnung. In gewisser Weise sind das zwei Seiten einer Medaille. Das System korrumpierte die Beteiligten allein schon durch die auf allgemeiner Entmachtung basierende Machtzuweisung an Funktionsträger; es korrumpierte dadurch auf unterschiedliche Weise die Ermächtigten *und* die Entmachteten. Das sich abzeichnende Scheitern, die Unmöglichkeit der Konsensgewinnung, diese sich abzeichnende historische Glücklosigkeit, die sich in befehlsadministrativen Verkehrsformen ausdrückte und das Ganze in Zwang und Gewalt einmauern musste, korrumpierte die Moral der Gewalthaber. Die Gewaltform zerstörte den Idealgehalt, zunächst in der Brust der Gewaltigen selbst. In dieser Situation tritt Gysi auf als personifizierte Justiz und Moral in einer Person. Dass die demoralisierte und kriminalisierte Staatspartei für den Salto mortale ihrer Entstaatlichung diesen ins Rechtsstaatliche enthobenen Racheengel aufgeboten hat, ist die Voraussetzung dafür, dass es nun nicht mehr ganz unmöglich scheint, dass sie beim Absturz aus dem Staat in der Gesellschaft landet, ohne sich das Genick zu brechen. Ein Jurist an der Spitze, die Verrechtlichung auch als Hoffnung der von Rache Bedrohten.

Draußen in der Gesellschaft geht die revolutionäre Umgestaltung von unten weiter, immer hart an der Grenze zum Bürgerkrieg, der nur vermieden wird, weil die Regierung so elastisch wie möglich zu reagieren versucht. So hat nun am Wochenende nach Massenaktionen das „Amt für nationale Sicherheit" auch in Neubrandenburg „seine Tätigkeit eingestellt", wie es diskret in den Nachrichten hieß; ein Pastor leitet die Untersuchungskommission, die Akten sicherstellen und Aktivitäten der StaSi aufklären soll. Ein anderer Pfarrer bringt den revolutionären Nachdruck im Namen des „christlichen Umweltseminars" hinter Forderungen einer „politischen Ökologie". Zivilgesellschaftliche Verfassungsrealität taucht auf, die Norm wird folgen.

10. Dezember 1989 (2)

Im „Runden Eck" in Leipzig, bis dato Haus der Stasi, hielt heute ein unabhängiges Bürgerkomitee eine Pressekonferenz ab, um gegen Gewalt aufzurufen. Der Örtlichkeit kommt die Bedeutung einer Trophäe zu. Am Sitz der besiegten Zwangsgewalt demonstriert die Zivilgesellschaft ihre besseren Möglichkeiten. Der Kirchenmann Magirius spricht gegen die Spaltung der Volksbewegung an, wie man sich gegen eine reißende Strömung stemmt, für eine plurale Einheit im „Wiederaufbau". Das Zivilgesellschaftliche ist von der Revolution ebenso freigesetzt wie bedroht. Anschließend werden die Journalisten zur B*esichtigung* durchs Stasi-Gebäude geführt. Wieder der R*eißwolf,* symbolisch gewordenes Mittel des Verschwindenlassens. Wie zuvor in der Normannenstraße die Verwandlung der historisch gewordenen Zwingburg des Alten in ein m*omentanes Museum.*

Genscher gegen nationalistische Töne. In der DDR ein „urdemokratischer Aufbruch", aus dem sich eine neue politische Kultur bilde. — Die Logik der Zivilgesellschaft durchzieht beide Gesellschaften.

In Ost-Berlin veranstaltet das NF eine Demo für Menschenrechte und gegen Ausländerfeindschaft.

Wie selbstverständlich sprechen die Redakteure der AK von der „revolutionären

Umgestaltung in der DDR“. Sie setzt frei und konfiguriert alle möglichen Umgestaltungen, so zum Beispiel in der Stadtplanung. In Erfurt spannt sich eine Menschenkette um die Altstadt, die vom Verfall bedroht ist. Stadtplaner erhalten plötzlich eine revolutionäre Schubkraft für lange Zeit kraftlose Eingaben und Pläne.

10. Dezember 1989 (3)

Die Volksuni beschloss als Motto für Pfingsten 1990: „Der Sozialismus ist tot — es lebe der Sozialismus?“ Zur Diskussion waren erstmalig drei Leute aus Ostberlin gekommen, Reinfried Musch, den ich im Friedrichstadtpalast getroffen hatte, Heide, von deren Arbeit über Selbstverwaltungsvorstellungen, entwickelt mit Meistern aus den Betrieben, ich schon gehört hatte, und Hans Scherner.

Hans brachte ein Flugblatt der VL, das gegen den „Ausverkauf“ der DDR und für die Rätebildung in den Betrieben aufruft. Die Sprache klingt sektiererisch, wie eine Karikatur auf die übertriebene Propagandasprache einer abgesunkenen Vergangenheit: „Nahezu 30 Jahre hat eine autokratische Führungsclique 16 Millionen Menschen wie Staatssklaven gehalten, hat sie ein ganzes Volk eingemauert und mit einem nahezu perfekten System der Bespitzelung und Denunziation in Schach gehalten ... Für ihre Villen und Paläste sowie für ihre Empfänge und Reisen verjubelten sie auch die von uns teuer erwirtschafteten Devisen.“ Usw. Die Regierung Modrow: „Und nun sind die Konkursverwalter angetreten und leiten den Ausverkauf des Landes ein. ... bieten sie alles, was Generationen arbeitender Menschen in 40 Jahren geschaffen haben, ausländischen Kapitalgruppierungen als Einzahlungssumme in Beteiligungsgesellschaften an. ...Sie sagen dem Arbeiter, er müsse sich künftig außer der Knute der Funktionäre auch noch die der Kapitalisten gefallen lassen.“ — Weder kann von „Knute“, noch von „Knute der Funktionäre“ gesprochen werden, wir sind nicht im alten russischen Absolutismus. Richtig der Hinweis: „Selbst in den meisten Ländern Westeuropas gibt es ein niedrigeres Lebensniveau als in der DDR, nicht trotz, sondern wegen des freien Marktes.“ Das Flugblatt ruft zur Aneignung der Betriebe durch die

Arbeiter und zur Bildung von Betriebsräten und deren überbetrieblicher Vernetzung auf. Am Schluss kommt der pragmatische Zweck heraus, ungleich bescheidener und viel wichtiger: Zu Kohls Besuch eine Demo für die souveräne Existenz der DDR und gegen die „Träume von einem großdeutschen Reich unseligen Angedenkens". Indem die VL derart die Anhänger Modrows von sich abspaltet, trägt sie unfreiwillig dazu bei, diese „Träume" zu fördern.

*

Auf einer Belegschaftsversammlung der Zeitschrift „Für Dich" (zum „Berliner Verlag" gehörig) lösten laut „telegraph" (Umwelt-Bibliothek) alle Vorschläge, von denen man annahm, sie würden der kapitalistischen Logik widerstreiten — von der Wahl eines Betriebsrats bis zum Anstreben des öffentlich-rechtlichen Status --, „bei der Belegschaft nur Unmut aus. 'Der Sozialismus hat sich erledigt', 'Lasst doch unseren Direktor reden, er wird es schon wissen'."

11. Dezember 1989

Im Rathaus Schöneberg, wo Helmut Gollwitzer die Ernst-Reuter-Plakette bekommt. Gollwitzer dreht in seiner Antwort den Spieß des Lobens herum und lobt Momper, der Ehre zu vergeben hat, weil er sich in dieser historischen Situation vorzüglich verhält. Am Schluss kommt ein älterer Herr zu mir, stellt sich vor. „Sie sind doch Herr Gysi, nicht wahr?" Gerhard Schoenberner fürchtet spontan um Gysi, sieht ihn als Opfer eines Mordanschlags. In der DDR spricht man von der „Machtergreifung der Rechtsanwälte", denn außer Gysi sind auch Lothar de Maizière, der neue CDU-Vorsitzende, und Wolfgang Schnur, der Vorsitzende des „Demokratischen Aufbruchs", Rechtsanwälte. Selbst die FAZ anerkennt, dass Gysi es mit dem Abriß stalinistischer Strukturen, mit Rechtsstaatlichkeit, Menschen- und Bürgerrechten „bitter ernst" meint. Klaus Gysi, sein Vater, war u.a. Staatssekretär für Kirchenfragen; in Cavtat habe ich dessen (zweite?) Frau Birgid kennengelernt, die sehr Interessantes über „Religiöse Aneignung der Welt als kulturelles Erbe" geschrieben hatte, das zu einem neuen marxistischen Begreifen des Religiösen

beitrug, indem etwa die Gemeinden auf Vergesellschaftungselemente hin betrachtet wurden — auf Kosten der von der Offizialideologie so verhängnisvoll eingesetzten „Grundfrage der Philosophie".

Das Positionspapier, das vom SED-Parteitag als Diskussionsgrundlage verabschiedet worden ist, bestätigt meine Einschätzung, dass die Revolution gegen den Parteistaat auch die Chance zur Befreiung für große Teile der bisherigen Staatspartei geboten hat. So entschuldigen sich die Delegierten nicht nur für das dem Volk Angetane, sondern danken den „mündigen Bürgern", deren gewaltloser Kampf die radikale Wende erzwungen hat, und die „uns damit auch die Chance zur revolutionären Erneuerung unserer Partei gegeben haben".

Das Feuilleton der FAZ („schi.") giftet gegen den Vorstand des Schriftstellerverbands, weil dieser „nach umfangreicher Diskussion" und in geheimer Abstimmung seinen Vorsitzenden Hermann Kant mit 60 gegen 2 Stimmen im Amt bestätigt hat. „Die Schriftsteller sind eisern. Sie zeigen dem Westen, dass er nicht alles bekommt, was er sich wünscht." Zu den Befürwortern Kants gehörten Volker Braun und Stephan Hermlin, und sie „wussten, was sie taten", heißt es wolkig. „Das kann sich schlimm rächen."

Unter Modrow ist ein Amt-auf-Zeit eingerichtet worden, wo unter Leitung eines Juraprofessors Machtmissbrauch und Korruption untersucht werden sollen.

Die CSSR entfernt nun, wie zuvor Ungarn, den Stacheldraht des „eisernen Vorhangs".

Das Gerücht, Gorbatschow habe seinen Rücktritt angeboten. Dementi.

*

In der „Welt" ein Interview mit Norbert Elias, geführt von Helmut Hetzel. Er hat erstaunlich wenig und nur Allgemeines über die SU oder die DDR zu sagen. Die Chance, dass der Sozialismus überhaupt reformierbar ist, gibt er mit 50 : 50 an. Gorbatschows Scheitern „wäre schrecklich für uns alle". „Für Gorbatschow ist

charakteristisch, dass er weiß, es ist ein langsamer Wandlungsprozess, weil der Habitus der russischen Bevölkerung sich auf diese Wandlung nur langsam umstellen kann. ...Die Triebregulierungsmaschinerie Mensch kann solche Umstellungen nicht schlagartig vollziehen.“ Verhalten ist „nicht einfach rational“. „Aber ich halte nicht viel von dem Begriff der Rationalität, weil beim menschlichen Handeln immer der ganze Triebhaushalt, die ganze Selbstregulierung involviert ist.“ Er hat den weiten evolutionären Horizont, der über alles Entscheidende in der Nähe hinwegsehen lässt: „In den nächsten 500 Jahren haben wir eine Chance, für die zunehmende Zivilisierung der Menschen zu arbeiten und zu kämpfen.“ Zu Habermas und Luhmann sagt er: „Wir haben keine gemeinsame Diskussionsbasis.“

Marx’ politisches Programm habe „Schiffbruch“ erlitten, theoretisch habe er „unser Wissen um ein paar Punkte vorgeschoben“, und zwar entdeckt, „dass Wirtschaftsprozesse einen großen Einfluss auf kulturelle Prozesse haben“. Superflach! „Ich wusste seit langem, dass diese ökonomistische monokausale Theorie eine Vereinfachung der Wirklichkeit ist.“ Aber: „Man kann nicht sagen ‘Marxismus schlecht, Thatcherismus gut'.“

11. Dezember 1989 (2)

Meine Ostberliner Studenten haben mir das ND vom vergangenen Freitag mitgebracht, wo Volker Braun unter dem Titel „Notizen eines Publizisten“ vier Texte veröffentlicht (ironischer, historisch anzüglicher Lenin-Titel, nicht der Sache geltend, sondern dem Autor eine Charaktermaske anlegend, die, was durchaus beabsichtigt ist, nicht ganz passt). „Wie der Blinde zur Ohrfeige“ kommt die Partei zu ungeheurer Freiheit. „Denn das macht auch die Partei frei, macht sie erst zur P*artei:* dass sie dem Absolutismus entsagt, in ihrem Organisationsprinzip wie in der Beziehung zum Staat. Die Macht zu sichern, indem sie sie der Partei sicherten, das war der säkulare Irrtum der Kommunisten.“ Ein neues Selbstverständnis findet die Partei nur „im Zusammenhang mit dem ganzen Aufbegehren, der plötzlichen Vielfalt politischer Organisationen, worin sozialistischer Geist zur Verwirklichung drängt.“ — Der vierte Text entspricht dem, den Volker am Sonntag davor im

Friedrichsstadtpalast vorgetragen hat.

12. Dezember 1989

Mir wird deutlich, dass die Phrase vom „europäischen Haus“ ihren Nutzen hat und eine eigne Plausibilität entfaltet, als ich am Radio höre, wie Modrow sie im Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister verwendet. Baker gegen Gewalt, Amerikas Anhänger im Lande werden also bei möglichen Pogromen nicht mitmachen. „Von der Konfrontation zur Kooperation“ — die USA wollen nicht beiseitestehen, wenn in Europa Riesengeschäfte winken.

Wie alle andern Gruppen vom Runden Tisch ist nun auch die VL mit Büro und Telefon ausgestattet worden.

Die beiden Metallgewerkschaften kooperieren.

Die Dresdner Bank, die in diesem Geschäftsjahr den größten Gewinn ihrer Geschichte gemacht hat, blickt anlagebereit gen Osten. Sie steht mit damit nicht allein. Die Leitung des Warenhauskonzerns Asko hat schon Mitte des Jahres die Losung ausgegeben, dass „die große Revolution nicht im Gemeinsamen Markt, sondern in Osteuropa stattfindet“. Revolution bedeutet für diese Herrschaften natürlich nicht Umsturz, sondern Kassensturz und Kapitalumlauf. Jetzt bieten sie der DDR „Kooperation“ in größtem Umfang an. Der Sowjetunion traut man den Kapitalismus nicht zu, wohl ihren „Randstaaten“. In der Umgebung von Budapest etablieren sie jetzt eine Kette von 12 SB-Warenhäusern. In Bulgarien haben sie soeben zwei Joint Ventures gegründet.

Boeing verhandelt in Osteuropa, Pirelli hat in der Sowjetunion Fuß gefasst. „Die sowjetischen Versicherungen bröckeln“, ist ein Wirtschaftsartikel der FAZ überschrieben. Ein amerikanisch-europäisches Konsortium (darunter Telekom, ein Unternehmen der Bundespost) hofft auf eine Glasfaserkabel-Verbindung von Europa durch die Sowjetunion nach Asien für 500 Millionen Dollar.

*

Die FAZ bringt die Berechnung eines Unternehmensberaters (Axel Boje), wonach die DDR-Industrie binnen 4 Jahren 450 Mrd DM an Ausrüstungsinvestitionen braucht, ferner jährlich mehr als 60 Mrd für Zinsen, Abschreibungen, Reparaturen u.dgl. Die Anlagen seien zu 85 Prozent auf dem Stand der bundesdeutschen Industrie von 1965 oder früher. Die Startproduktion brauche ferner für 100 Mrd DM Roh- und Hilfsstoffe, Bauteile usw., was dem Bedarf von 4-6 Monaten entspricht. Das Billigste die Vorfinanzierung der DM-Löhne: 9 Mrd DM für 3 Monate. Er rechnet einen Durchschnittsmonatslohn von 1.000 DM. Wohnungsbau: 60 Mrd DM, Infrastruktur (nach DIW): 130 Mrd DM. Im ersten Jahr wären mindestens 260 Mrd DM aufzubringen. (Unberücksichtigt bleiben dabei Krankenhäuser, Handel, Tourismus, Landwirtschaft.)

„Diese gigantischen Beträge sind im Westen verfügbar". Dazu soll man 20.000 Manager, Ausbilder etc. hinschicken und dortigen 60.000 Industriekadern eine Schulung verpassen. Mit alledem „ließen sich binnen 8 Wochen die DDR-Läden mit westlichen Waren füllen, wären binnen 6-8 Monaten etwa 60 Prozent des westlichen Standard-Konsumniveaus erreicht, stünde die DDR-Industrie binnen 8 Monaten bis 3 Jahren auf dem Stand westlicher Technologie mit westdeutscher Erzeugnisqualität, wäre die Infrastruktur nach 2-4 Jahren dem Bedarf an industrieller Logistik und Nachrichtentechnik gewachsen... Dieser Weg verlangt nicht einmal die politische 'Wiedervereinigung', enthält allerdings unabdingbar 'wirtschaftliche Einheit'." Ein Blick ins gelobte Land. Eine Potenz auch im Versprechen: Generierung von Zutrauen, bildet Konsens.

*

Nach dem Ende des Stalinismus „geistert nun das Bild von einem 'menschlichen Sozialismus' durch die Köpfe", schreibt E.G.Vetter im Wirtschaftsleitartikel der FAZ. Dahinter diagnostiziert er die alte Sehnsucht der Arbeiterbewegung nach einer Gesellschaft ohne „Ausbeutung, Drangsal, Hunger und Not". Marx habe „dieser Sehnsucht intellektuelle Substanz und programmatische Form gegeben" und „zu der Ansicht verführt, dass der von ihm beschriebene Sozialismus sich als

eine geschichtliche Notwendigkeit durchsetzen werde. Die Lehre von der Zwangsläufigkeit schien lange unsterblich zu sein.“ — Interessant, wie der Marx-Töter sich in Marx einfühlt. Er schleift freilich allen wacheren Marxismus weg, der im Gegensatz zum Zwangsläufigkeits-Geschwätz immer gewusst hat, dass die Alternative der Menschheit Sozialismus o*der* Barbarei heißt. Wie die Stalinisten verschleift er vor allem den Unterschied zwischen Marxismus und ML, um aus dem Scheitern des ML das endgültige „Scheitern des marxistisch geprägten Sozialismus“ zu ziehen.

Gleichwohl trifft Vetter mit seiner Bemerkung, Marx habe nie die „Frage nach der Lenkung der Volkswirtschaft gestellt“, eine wirkliche Lücke, die Marx nicht ausfüllen mochte, um sich nicht mit „Rezepten aus der Garküche der Zukunft“ zu blamieren. Sonst nur ideologischer Quark. Zum Beispiel sei von unsereinem „in ideologischer Verblendung hartnäckig übersehen“ worden, „dass eine freiheitliche Wirtschaftsordnung des Westens“ — so heißt der transnationale Kapitalismus mit seinen gigantischen Machtballungen — „aus systematischen Gründen zwar noch als ‘Kapitalismus’ bezeichnet werden kann, dass sie aber typische Merkmale jenes Kapitalismus verloren hat, gegen den Sozialisten vor mehr als 100 Jahren zum Kampf angetreten waren.“ „Verloren“ ist gut! Es ist im Klassenkampf abgewonnen worden, und auch das natürlich nie endgültig und zudem nur in den Reichtumszentren (nicht einmal in allen, siehe USA), während die Ausbeutungsdynamik in die Dritte Welt und ins Verhältnis zu unseren Naturbedingungen umgelenkt wurde. Vetter zielt auf „die wieder vordrängenden Marx-Apologeten der Sozialdemokratie“ und deren Vorstellung vom Demokratischen Sozialismus anstelle eines „sozialen Kapitalismus“. Wir sollen uns „als marxistische Denkmalspfleger feiern lassen“.

13. Dezember 1989

Die Gruppe „Sozialismustheorie“ spielt in der Programm-Not plötzlich eine Schlüsselrolle. Ihre Vertreter haben am Entwurf eines neuen Parteiprogramms mitgearbeitet, der jetzt im ND veröffentlicht worden ist. Die deutsche Frage als

solche angenommen, aber in die Perspektive einer „Vereinigung, Demokratisierung und Entmilitarisierung Europas“ gestellt. Ausgangspunkt: „Der staatlich-administrative Sozialismus ist als Gesellschaftssystem auch in unserem Land endgültig gescheitert.“ „Wir dürfen den demokratischen Aufbruch und das Selbstbestimmungsrecht der DDR-Bevölkerung nicht verspielen. Der alten Herrschaft von Politbürokraten darf keine Herrschaft von Kapitalmagnaten folgen.“ Für „einen dritten Weg jenseits von administrativem Sozialismus und jenseits von Vorherrschaft des Profits“. Machtausübung „auf der Basis einer vierfachen Gewaltenteilung (Gesetzgebung, Regierung, Rechtssprechung durch unabhängige Richter, Öffentlichkeit, vermittelt durch die modernen Medien); Kontrolle jeder Art von Machtausübung durch Parteienpluralismus, durch eine Vielzahl von Organisationen und Basisinitiativen.“

Eigentum: „wirkliche Aneignung durch die eigene Tätigkeit“ als Schlüsselstellung für Leistungsmotivation. Mischformen.

Die Leipziger Montagsdemo gespalten: Vor allem die Studenten bilden einen progressiven Block, dem Haß entgegenschlägt. Homosexuelle aus Leipzig haben an einer Krankenhausfassade ein Transparent angebracht, auf dem die beiden deutschen Staaten sich sexuell vereinigen, dazu der Spruch: „Sag Ja zum Trieb. Gib AIDS keine Chance.“

F.K.Fromme (Leitartikel der FAZ): „Vor der Vereinigung der beiden deutschen Staaten (auf das Wort Wiedervereinigung kann nach 44 Jahren unterschiedlicher Entwicklung verzichtet werden) steht ... die Selbstbestimmung.“ „Modrow will den sozialistischen Staat DDR erhalten. Der Durchbruch käme mit der Konföderation, grob übersetzt mit dem Staatenbund.“ Das bedeutet „Durchgriff des Bundeswillens auf die innere Ordnung der Staaten.“ Bedingung: „Das Sozialsystem müsste ebenso gleich sein wie die Wirtschaftsordnung.“

Sacharows Aufruf zum Warnstreik kaum befolgt. Der Volksdeputiertenkongress entschied mit 1138 gegen 839 Stimmen bei 56 Enthaltungen, den Antrag auf

Streichung der führenden Rolle der KPdSU aus der Verfassung nicht zu behandeln. Gorbatschows ruhige und strategische Leitung der Sitzung soll den Ausschlag gegeben haben. Er konnte aber nicht verhindern, dass für die erregte Tagesordnungsdebatte der ganze erste Tag der Sitzungsperiode verbraucht wurde. Ryschkow musste seine geplante Rede zur ökonomischen Situation verschieben. Derweil droht der Winter über den Zusammenbruch der Wirtschaft die Perestrojka zu besiegen. Die von der FAZ mitgeteilten Fetzen aus Gorbatschows Eröffnungsrede (im letzten halben Jahr sei die Perestrojka zu „einer kraftvollen Bewegung der Volksmassen geworden") wirken abgehoben.

Anruf von der Frankfurter Rundschau. Sie kriegen hunderte von Leserbriefen verstörter Linker, worin die neue Wirtschafspolitik der DDR als Abkehr vom Marxismus gesehen wird. Der Redakteur hat von ND-Kollegen erfahren, dass meine Artikel zur DDR dort heftig diskutiert werden. Er schickt mir seinen neuen Vertreter in Westberlin, Sommerland, auf den Hals. Einige Stunden zuvor hat Frigga einen Anruf von der New Left Review, die alle möglichen Projekte mit uns gemeinsam machen wollen. Sie lernen jetzt deutsch, sagt Robin Blackburn, weil alle Blicke auf die Revolution in der DDR gerichtet sind.

14. Dezember 1989

Das Leipziger „Bürgerkomitee", das am Sonntag im ehemaligen StaSi-Gebäude eine Pressekonferenz gegeben hat, muss als ein typisches Gebilde transitorischer revolutionärer Macht betrachtet werden. Anfang Dezember wurde es von den neuen Bewegungen, die man nicht länger „Oppositionsgruppen" nennen kann, eingesetzt: Neues Forum, Demokratischer Aufbruch, SDP, Grüne, Initiative Frieden und Menschenrechte, Ökolöwen, Studentenrat der Karl-Marx-Universität und VL. Die Polizisten vor dem „Runden Eck" bewachen das Gebäude im Auftrag des Komitees. Dieses beauftragt den Rat der Stadt mit Ausführung seiner Beschlüsse. Die Machtverlagerung geht hier weiter als in Berlin. „Mit Bildung des Bürgerkomitees erklären wir den Runden Tisch für aufgehoben." Der Gegensatz zu den alten Mächten wird ein historischer, denn zu einem Machtvakuum kann

man keinen Gegensatz unterhalten, man besetzt es und füllt es aus. Die neue Front richtet sich gegen das Gewaltpotential. Eine Revolution verteidigt ihre Zivilität. Das BK will sich mit den kommunalen Verwaltungsinstitutionen verbinden, fordert diese zu seiner Inkorporation auf. Angesichts der Kräfteverhältnisse ist es unvermeidlich, dass ihm auch ökonomische und sozialpolitische Kompetenz zuwächst. So dehnt es sein Interesse auf die Wirtschaft aus. Den Arbeitern empfiehlt das BK die Bildung von Betriebsräten.

Der Um- und Abbau der Elemente des bisherigen politischen staatssozialistischen Korporatismus geht rasant. Für eine Staatsjugend ist kein Platz mehr, und die „Nationale Front" will sich, unter Absprengung ihres bisherigen bürokratischen Überbaus, in ein Netz von Bürgerkomitees verwandeln („antifaschistisch, humanistisch, pluralistisch"). „Wer nicht mit der *Zeit* geht, muss mit der Zeit *gehen"*, heißt es jetzt allenthalben. Inzwischen 19.000 Soldaten in der Wirtschaft.

DM-Hausse, und die Grundstückpreise in Berlin (sogar auch schon im Osten) und in den Grenzgebieten zur DDR steigen an.

Ryschkows wirtschaftspolitisches Sanierungsprojekt — aus den Informationsstücken in Fernsehen und Presse für mich kein Profil erkennbar. Dabei hängt das Schicksal der Perestrojka davon ab.

*

Aus Halle schreibt André Gursky zu meinem letzten DVZ-Artikel, zu Labica und zu Fleischer („Die Perestrojka erreicht die Philosophie") — beklemmende Notizen aus einer ratlosen SED-Provinz. Mit einem Schlag sind viele SED-Betriebszeitungen eingestellt (z.B. der „Hüttenarbeiter" des VEW EHW Thale, während die Zeitung von Leuna gehalten wird), hundert Journalisten arbeitslos, im Dezember haben sie ihr letztes Gehalt bekommen, und ein neuer Arbeitsplatz wird ihnen nicht vermittelt. — An der Uni, bei der bisherigen ML-Sektion, gebe es eine „offizielle Maskerade" des ML. Gursky hat einen Themenplan mit Literaturhinweisen erhalten, noch immer DZfPh-Artikel plus Klassiker. Manche

meiner analytischen Aussagen darüber, wohin die bisherige SED nun nolens volens gebeutelt wird, etwa als eine unter vielen Parteien am Spiel der Kräfte teilnehmen zu müssen, liest G. als Wesensaussagen. Er erfährt, dass ihr Apparat es nicht von sich aus tut, teils ratlos träge verharrt, teils sich auf Tauchstation durchmogeln möchte. G. fügt zu den Alternativen meines Artikels eine dritte, einen Rückweg zur bourgeoisen Gesellschaft bei staatlicher Eigenständigkeit; eine diffuse „stabile Instabilität" erscheine bürgerlichen Politikern gegenwärtig wünschenswert. Überhaupt zweifelt er, ob in der DDR wirklich eine Revolution stattfindet, „nicht eine Revolte gegen das administrative System", denn es gebe nach wie vor keine Revolutionskonzeption. — Ihm droht nun auch die Entlassung, eines seiner beiden Seminare wurde ihm weggenommen. Es gibt schon Tausende von Arbeitssuchenden aus dem bisherigen Apparat, die aber auf den Einstellungsschildern der Betriebe ausdrücklich abgelehnt werden. Extremismus nimmt zu.

Hans Scherner, der mir per Eilboten den Programmentwurf „Für eine sozialistische Partei der DDR" schickt, schreibt dazu: „Ich habe Angst, dass sich die Leute in der DDR ein Experiment durch sie oder mit ihnen, das wir als Dritten Weg bezeichnen, nicht ums Verrecken gefallen lassen wollen." Dagegen hieß es noch in einem Papier von Rainer Land, das mit „November 1989" datiert ist (in diesen schnellen Tagen muss man mit dem Tag datieren, der Monat November umfasst mehrere Einschnitte): „Wir erleben eine geschichtsbildende Situation, in der echte und umfassende Alternativen bestehen", und in der DDR besteht „ein Freiraum für die Neugestaltung der gesellschaftlichen ... Subsysteme ..., ein noch offener Raum". Ist er schon wieder zu? Land sagt voraus, dass diese „geschichtsbildende Lage vielleicht 5 bis 10 Wochen, vielleicht länger dauern" wird. Jetzt jedenfalls „fallen die Grundentscheidungen". Die Situation war damals noch — vor dem Parteitag — „am wenigsten" von der SED-Führung begriffen. Das ist passé. Desto aktueller: „Daher geht ein fast hektischer Kampf um Ideen, Konzepte und Einfluss auf Ideenproduzenten". „Marxisten, Sozialisten und Kommunisten, die meinen, sie hätten a priori dabei mehr zu sagen als andere, werden noch in der Phase der

Entrüstung von der Volksbewegung hinweggefegt.“ Seit etwa einem Jahr hat Land „wieder eine halbwegs bestimmte Antwort“ für sich gefunden, was für ihn S*ozialismus* ist: „eine Gesellschaft, deren Entwicklungsrichtungen im materiell-gegenständlichen Bereich, in der Arbeit, der Lebensumwelt, dem Konsum, Raum für die Entwicklung der Individuen erzeugen.“ Meint er: a*ller* Individuen? Anders klänge das nach Reagans „Chancen-Gesellschaft“. Erkennbar sucht er den kapitalistischen Westen in einer seiner stärksten Anziehungskräfte zu übertreffen. Das schließt die „Dominanz“ von Staat und Wirtschaft „gegenüber den lebensweltlichen Bedürfnissen und Interessen der Individuen aus“. Bejaht aber G*ewinne* als „disponible Handlungsreserven“. Ein „neues Rationalitätsverständnis“ geht mit der Überprüfung des materialen „Rentabilitätskalküls“ einher. Die in „Basisassoziationen formierten Interessen“ müssen in die „bürokratisch organisierten Nicht-Basis-Mächte“ eingebracht werden können. „Wirken der Bürgerinitiative bloß in der Öffentlichkeit reicht nicht“. Es bedarf „einer spezifischen Struktur kommunikativ gestalteter Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung“. Der „ursprüngliche […] kommunistische Gesellschaftsansatz“, der „Unmittelbarkeitskommunismus“, „die bloße Unmittelbarkeit ohne Geld, Staat, Recht, Politik, Gewinn, […] hat sich in der Unmittelbarkeit stalinistischer Machtausübung ad absurdum geführt“. Nicht Abschaffung, sondern „Reformation dieser Mächte“ heißt demnach die Parole. Das zieht Habermas ins Praktische und Radikalere: nicht Verteidigung, sondern Dominanz der „Lebenswelt“ bzw., nicht so nebulös, der Individuen und ihrer Basis-Organisationen, was viel konkreter. So versucht Land, die Notwendigkeit des Sozialismus u*mfassend,* d.h. die kapitalistischen Gesellschaften mitumfassend zu formulieren.

*

Die Trauer über verfehlte Möglichkeiten, also auch den Verlust einer bestimmten Zukunft, färbt die Aufarbeitung des Stalinismus und die Solidarisierung mit seinem Opfern. Gerhard Schoenberner sprach davon, wie man sich in der DDR, ganz im

Gegensatz zur Sowjetunion, schwer tut, solche Opfer, die zudem erst dank der revolutionären Volksbewegung ins Freie gesetzt worden wären, in der eignen Geschichte zu finden. Schließlich hat Walter Janka noch unter Honecker einen Orden bekommen, obwohl sein Buch nur im Westen erscheinen konnte.

Die Menschen, die einander Genossen hatten sein wollen, weinen um sich, um ihr verfehltes Leben, und natürlich auch aus Erleichterung. So erzählt es Dieter Krause von der Lesung aus Walter Jankas Buch im Deutschen Theater. Wir hatten gestaunt, dass sie tags darauf im Fernsehen in voller Länge gesendet wurde. In den Straßen, erzählt er, standen lange Reihen von Menschen, die Einlass begehrten. Als nach der atemlos entgegen genommenen Lesung Walter Janka gesprochen hatte, spendeten die Menschen stehend und unter Tränen Beifall. Dieter sagt, er habe auf die Uhr geschaut, der Applaus habe 24 Minuten gedauert. Janka hatte sinngemäß gesagt, was immer der Staat an Ehrungen noch vergeben möge, reiche nicht an das heran, was ihm das Zusammensein mit diesen Menschen und ihre Aufnahme seines Lebensberichts bedeute.

Volker Braun hielt am Montag die große Poetikvorlesung in Leipzig. Ein „segmentierter Text“. Seine Frau sagt, Müdigkeit mache sich bei ihnen breit, die Hoffnung gehe verloren, dass die Situation gut genutzt werde. Die Stimmung geladen mit Wiedervereinigungsdunst, Aggression, Neid. „In was für ein Auto stieg Christa Wolf nach der Kundgebung am 4. November?“, fragt eine Wandzeitung an der Uni. Christa W. hat wahrheitsgemäß hinzugeschrieben: „in einen Krankenwagen — mit einem Herzanfall“. So gehe es jetzt vielen, zum Beispiel dem Leiter des Mitteldeutschen Verlags. Ich erzähle von Erich Wulff, dem nach seinem Empfinden die Widersprüche in seiner alten Heimat gleichfalls das Herz zerrissen haben. Christa Wolf hat übrigens vor, nach getaner Arbeit des unabhängigen Untersuchungsausschusses zu den Polizeiübergriffen die damals misshandelten Jugendlichen und die jungen Polizisten, die da im Einsatz waren, zu einem Gespräch zusammenzubringen.

Ein Grund für den Stimmungswandel ins Intolerante: die große Unsicherheit,

hervorgerufen vom Ende der bisher für „natürlich“ gehaltenen Sicherheit des Arbeitsplatzes. Weit über hunderttausend, die bisher beim StaSi oder in den verkleinerten und zusammengefassten Ministerien arbeiteten, müssen sich jetzt umsehen. Dazu Russischlehrer, da ihr Fach nicht mehr Pflichtfach ist. Oder alle Hauptamtlichen eines der Apparate, die jetzt nicht bestätigt werden, erhalten keine Pension, da hat das Volk den Finger drauf. Sie müssen Arbeit suchen, werden aber gleich gefragt, was habt Ihr bisher getan, seid Ihr etwa in der SED. Dann haben sie womöglich keine Chance.

Auf den Straßen hört man immer öfter wissenschafts- und kunstfeindliche Äußerungen, oft am Neid gegenüber den bisher relativ Privilegierten sich entzündend. Wer eine Reinemachefrau beschäftigt, findet sich u.U. auf der Wandzeitung gebrandmarkt. Die Unterzeichner des Aufrufs „Für unser Land“ erhalten Drohbriefe, so auch Volker Braun. Auf dem Alex kam es zu ersten Bücherverbrennungen, wenngleich fürs erste nur veraltete Lehrbücher, aber immerhin Bücherverbrennungen. Polizistenkinder sollen aus Kindergärten gedrängt werden.

Kohl wird am 19. Dezember in Dresden die Schenkungsurkunde des Ganzen auf dem Silbertablett überreicht bekommen. Dann kriegt er seine Revanche für unser Fest vorm Rathaus Schöneberg.

*

Für uns heißt das: Raus aus allen Denkgewohnheiten! Wir waren im Stellungskrieg eingefroren, vielfach durchkreuzt und blockiert. Jetzt alle Fronten in Bewegung, wie da nicht das Denken?

*

Land: „Eine sozialistische Wirtschaft ist eine, die durch ein öffentlich-demokratisches Kommunikationssystem reguliert und gestaltet wird“. So fragend, sieht er „sozialistische“ Tendenzen im Kapitalismus „hervorschauen“; zugleich

versteht er so, wie und warum der staatssozialistische Weg sich „in sein Gegenteil verkehrt hat".

*

Im Dezemberheft von „Sinn und Form" „Neun Kapitel über Lebensverlauf und Geschichtsverlauf" von Helmut Damerius, der einmal die Agitpropgruppe „Kolonne links" aufgebaut und geleitet hat und 1938 wie so viele andere unter falscher Anschuldigung in die GuLag-Welt eingeliefert worden ist.

14. Dezember 1989 (2)

Studenten haben mir die auf den Parteitag gemünzte Ausgabe des Organs der SED-Kreisleitung der Humboldt Universität gebracht (vom 30.11.). Dort ein Artikel von Michael Brie u.a.: „Was wir vom außerordentlichen Parteitag der SED erwarten. Gedanken von Wissenschaftlern zur Überlebensfrage der DDR". Organisierender Begriff ist der des Dritten Weges. Er wird artikuliert mit der Respektierung der inneren Pluralität gesellschaftlicher praxisformen und -logiken: „Dieser Weg verlangt die Wahrung der Selbständigkeit und Eigengesetzlichkeit aller gesellschaftlichen Teilbereiche: der Wirtschaft, der Politik, der Bildung, der Wissenschaft und anderer." „Wettbewerb" gilt als universeller Optimierungsmechanismus: „In jedem gesellschaftlichen Bereich muss der freie Wettbewerb um die beste Lösung geführt werden können."

Diesen Bestimmungsansätzen eines Dritten Weges ist eine normative Orientierung vorangestellt, nämlich „die vorbehaltlose Anerkennung der Würde jedes Menschen in seiner einzigartigen Besonderheit". Das klingt nun von Anfang an ein bißchen nach humanistischem Professorenparlament. Man spürt den entschlossenen G*egen-Formierungsversuch* im Verhältnis zur bisherig herrschenden Deformierung.

Die Autoren, vermutlich Parteitagsdelegierte, verpflichten die SED auf „den gewaltlosen Abbau ihres Machtmonopols und die Verhinderung des Sieges einer konservativen Gegenrevolte, die die Chancen des Aufbruchs unseres Volkes

zerstören könnte“. Sie sagen nicht: K*onterrevolution,* vermutlich weil mit diesem Begriff zuviel Schindluder getrieben worden ist. Aber es ist unklar, ob sie sich auf die politische Rechte beziehen (was realistisch wäre) oder, nach sowjetischer Sprechweise, auf den Parteiapparat. Im übrigen fordern sie einen „deutlichen Schnitt zwischen einer sich so neu formierenden sozialistischen Partei und den Funktionären, die durch ihre Tätigkeit die gegenwärtige Krise herbeigeführt haben“. Das bisherige System charakterisieren sie als „politbürokratische Befehls- und Verteilungswirtschaft“.

Merkwürdig schräg ineinander argumentiert: „Angesichts der globalen Probleme ist eine ‘Erneuerung’ des bürokratischen Sozialismus unmöglich.“ Nein, sie ist angesichts seines inneren Versagens unmöglich. „Angesichts der globalen Probleme“ aber sind bloß lokale oder auch regionale Lösungen unmöglich. Man könnte argumentieren, dass die Wahrnehmung der globalen Probleme (Exterminismus, Verelendung der Dritten Welt, Welt-Ökokatastrophe) dazu beigetragen hat, durch Relativierung der Systemkonkurrenz Öffnungen zu ermöglichen. Der Zwang der Welt-Verhältnisse lag ja über der DDR, die SED exekutierte ihn unterm Schein der Führung. So denkend merkt man, dass der Osten tatsächlich integraler Bestandteil des bipolaren Weltsystems alten Typs war. Er kann sich also nicht auf äußern Zwang herausreden. Das heißt: Die DDR könnte es, sie war unterm Diktat der Sowjetunion — bis sich dieses Diktat seit 1985 lockerte, um schließlich zu entfallen. — Dieselbe Wahrnehmung der globalen Probleme (Exterminismus, Verelendung der Dritten Welt, Welt-Ökokatastrophe) begründet erst recht den Komplementärsatz zur Absage an die Rückkehr: „Genauso unakzeptabel ist die Unterwerfung unter kapitalistische Verhältnisse.“

Obwohl die Grenze erst 1961 geschlossen, kann man sagen, „die Nachkriegsära ist mit der Öffnung der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten sichtbar beendet“. Hier fließt ein, dass SU und USA das Ende des Kalten Krieges verkünden, was gewiss die Öffnung der Mauer entschied.

Im Positiven überwiegen schöne Absichten den Entwurf realer Möglichkeiten.

Aber falls diese Plattform eine Chance bekommt, sich an der Wirklichkeit zu bewähren, wird der Begriff des Demokratischen Sozialismus endlich einmal konkretere Gestalt annehmen.

15. Dezember 1989

Nach dem Viermächtetreffen plant Schewardnadse einen Besuch im Nato-Hauptquartier. Die Nato möchte bei der Neuordnung Europas dabei sein, und die Sowjetunion wünscht das, um die Deutschen im Zaum zu halten. Das Europäische Parlament klagt die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ein. Die Weltordnungen versuchen, die DDR-Revolution im Rahmen ihrer Stabilitätskriterien zu halten. Das Vorschieben des Kapitalismus gen Osten, dessen westliche Durchkapitalisierung, wird von der Sowjetunion anscheinend geduldet (aus Schwäche? oder sogar gewünscht?), nur keine Grenzänderung.

Die beiden deutschen Regierungen haben eine gemeinsame Wirtschaftskommission eingerichtet. Die Kooperationsabkommen überstürzen sich. „Gewerbefreiheit", „Investitionsschutz" — alles keine Frage mehr. Die Westunternehmer sollen schon mal unternehmen, die Regierung garantiert ihre Investitionen, obwohl es noch keine Gesetzesgrundlage dafür gibt. Sieben Kombinate und zwei Bezirkswirtschaftsräte sind in die „eigne Rechnungsführung" entlassen.

Ludwig Mehlhorn von „Demokratie Jetzt" will zuerst eine Konsolidierung der Reformen in der DDR, bevor an ein Staatenbündnis im Rahmen einer europäisch abgestimmten Friedensordnung zu denken ist. Erst als dritte Stufe, nach Entmilitarisierung und europäischer Einbindung beider deutscher Staaten kann er sich eine neue deutsche Einheit in den Grenzen von 1945 vorstellen. Man kann also in die Frage der deutschen Einheit, wenn nur nicht jetzt alles chaotisiert wird, sehr konstruktive Kriterien einbringen.

Pfarrer Eppelmann vom „Demokratischen Aufbruch" („demokratisch, ökologisch, sozial, gewaltfrei") könnte sich eine Regierung vorstellen, die u.a. folgende Minister umfassen würde: Modrow, Christa Wolf, Gysi, Berghofer, Schnur, de Maizière. „In

den Betrieben hat sich noch nichts geändert."

Helga Königsdorf, angesprochen auf „Privilegien" von Künstlern (Wassergrundstücke, Westautos, Sondererlaubnisse), beschreibt einen Unterschied zu den Wissenschaftlern damit, dass diese ihre Arbeitskraft verkauft haben, die Künstler ihr Produkt, daher waren letztere schon bisher dem Markt unterworfen. Sie notiert den Funktionswandel der Literatur: Die bisherige Ersatzfunktion fällt weg, jetzt kann man Zeitung lesen.

Auf dem gestrigen Treffen der Linken soll André Brie sich sehr pessimistisch geäußert haben. Bei Joint Ventures soll die Grenze der ausländischen Kapitalbeteiligung nicht mehr bei 49 Prozent liegen. Harald Wolf vom linken Forum der AL spricht von „Neokolonialismus" als dem kleineren Übel im Verhältnis BRD/DDR. Ehemalige SEWler fordern, man solle „sich konstruktiv in die Wiedervereinigungsbestrebungen einbringen". Die Entmilitarisierung beider deutscher Staaten, alternative Werte und Lebensweise u.ä. werden wichtige Elemente. Übereinstimmend wird aus der DDR berichtet: „Alles, was sich politisch organisiert, ist links von der Straße." Vielleicht nicht gerade die DSU und die Reps.

Von Wolfgang Dressen, der mich zu einer Ost-West-Radiosendung mit Irrlitz einlud, nebenbei erfahren, dass die westberliner Zeitschrift „Niemandsland", deren Redakteur er war, vom Bundesministerium des Innern finanziert war, um ins oppositionelle Milieu der DDR hineinzuwirken. Nun, da die Grenze aufgebrochen ist, entfällt das Geld, klappsymmetrisch zum Zeitschriftensterben aufgrund gekappter DDR-Subventionen, nur vom Standpunkt der Sieger.

16. Dezember 1989

Andrej Sacharow ist tot. Dieser befreundete Gegenspieler wird Gorbatschow fehlen, auch wenn die letzte Szene zwischen beiden, vor dem Kongress der Volksdeputierten, nicht danach aussah. Von Sacharow zu lernen, weder nachgiebig noch nachtragend zu sein.

Vortrag bei den Jungsozialisten in Köln, aus diesem Journal schöpfend; sehr freundlich aufgenommen. Gegen das Motto der SPD „Soviel Markt wie möglich, so wenig Staat wie nötig“ einigen wir uns auf das Motto: „Soviel Markt wie nötig, soviel demokratische Gestaltung wie möglich“. Die Diskussion teilweise blockiert durch trotzkistische Litaneien: Gorbatschow nur Repräsentant der parasitären Bürokratenkaste, die begriffen hat, dass sie — natürlich auf Kosten der Arbeiterklasse — modernisieren muss, um ihre Privilegien nicht zu gefährden usw. Meine kritischen Bemerkungen zu Marx werden ohne Argument zur Sache in vorsintflutlicher Manier als Revisionismus abgestempelt usw.

Die SED setzt ihrem Namen hinzu: „Partei des Demokratischen Sozialismus“. Halbe Sache. Bahro, der seinerzeit Ausgeschlossene, darf auf dem Parteitag sprechen. Die Multiplikation der Sensationen bringt sie um ihren Wert. Er warnt vor Weltmarktanschluss, ohne Beifall. Hinter ihm sehe ich Reinfried Musch. Manfred Barck weist den (ungezeichneten) schriftlichen Rechenschaftsbericht des alten Politbüros zurück: „Heuchelei, Oberflächlichkeit und abermals die bodenlose Verlogenheit“. Michael Schumann geißelt als Sprecher einer Gruppe von Staatsrechtlern die Mechanismen der Macht. Der Versuch, den a.o. Parteitag zu verhindern, kam einer letzten Aussperrung der Mitglieder aus ihrer Partei gleich; wer widersprach, wurde in die Spalter-Ecke gerückt. Die Aktuelle Kamera zeigt dabei das bitter-verquollene Gesicht von Krenz, Verlierergesicht, ich sehe es nicht gern. Vielsagende Fehlleistung des Moderators, ihn „Erich Krenz“ zu nennen. Die Hinhaltetaktik, der Versuch, den radikalen Bruch mit dem Stalinismus zu vermeiden, der dann zum dauernden Hinterherhinken und zum Zurückweichen führte, wird nun vorgerechnet. Dieter Klein spricht für den Programmentwurf. Gescheitert ist „ein altes, überholtes Gesellschaftsmodell“. Ich fürchte, in der Situation des Machtverfalls werden schöne Worte/Werte hervorgekramt. Nichts geht mehr unter „Menschenrechten in ihrer Ganzheit“, „freier Entfaltung der Individualität“ usw. Konkreter klingt mir, dass „Volkseigentum“ realisiert werden müsse in der Verfügung derer, die mit ihm arbeiten. Damit ernst zu machen, scheint zu spät. Unter den Maßnahmen der Regierung geht keine in diese Richtung.

Nowakowski, der im Vorstand für Wirtschaftsfragen verantwortlich ist, wirft Modrow vor, über die Köpfe der Partei hinweg den „Ausverkauf“ der DDR zu betreiben, weil es ihm vor allem darum geht, ausländisches Kapital ins Land zu holen. Darauf soll heftige Diskussion gefolgt sein. Die AK zeigt von alledem nur die Replik von Christa Luft. Bei mir ist vor allem hängen geblieben, wie sie vom mangelnden Eigentümerbewusstsein und -verhalten über Eigentumsbindung, die eine an die Heimat sei, beim Grundstückkauf anlangte, von dort über Eigentumswohnungen schließlich beim Aktienerwerb: Bindung an die DDR durch Kapitalbeteiligung...

Gorbatschow: „Lügen, Doppelmoral, Gesetzlosigkeit waren immer Gift für den Sozialismus“. Jetzt ein „reinigendes Gewitter“ gegen das Kommandoregime.

Parallel der CDU-Parteitag mit Diepgen, der in seiner gelackten Politiker-Rhetorik für Vereinigung und „Ungeduld“ plädiert, wie Huber von der CSU alle Deutschen zu einem einzigen Volk erklärt, das „allen kommunistischen und sozialistischen Kräften eine endgültige Abfuhr“ erteilen werde. Beifall und Jubelrufe bei beiden Rednern. Lothar de Maizière verlangt in seiner redlich-bedächtigen Weise, beim Sprechen nachdenkend, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Ungeduld sei schon vorhanden, das Problem sei, sie zu zügeln. Nicht Wiedervereinigung, sondern „wirtschaftliche Verflechtung“ stehe auf der Tagesordnung. Mir fällt Österreich ein. Der Sozialismus, sagt de Maizière, ist nur noch „eine leere Hülse“. Für eine sozial-ökologische Marktwirtschaft. Reprivatisierung und Fremd-Kapitalbeteiligung sind die Stichworte.

Manchen, die sich bisher in der CDU-Ost zuhause gefühlt haben, wird unheimlich. So der Schriftstellerin Rosemarie Schuder, die bedenklich findet, ohne jede Analyse den „Sozialismus“ zur bloßen Worthülse zu erklären. Indem sie wissenschaftliche Denkweise und, mit Berufung auf Rosa Luxemburg, die Freiheit des anders Denkenden einklagt, zeigt sich, dass nicht alles Bisherige falsch und vergeblich gewesen ist.

Die hessische CDU hat an der Grenze ein Zelt aufgemacht, wo die DDR-Leute Suppe und Bier umsonst kriegen, dazu Musik und eine Rede von Wallmann: Einheit... Lauter Einheits-Parteien.

Man beginnt die bisherige Nicht-Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zu verstehen: hier wurde ein Kaufpreis für deutsche Einheit, der nichts kostet, in der Hinterhand behalten. Lambsdorff versucht, für die FDP diesen Trick auszubeuten: Es sei friedensgefährdend, die Grenzen nicht anzuerkennen.

Eine im Auftrag des ZDF und des Spiegel durchgeführte Umfrage soll 71 Prozent für das Bestehen der DDR als souveräner Staat und 27 Prozent für Wiedervereinigung ergeben haben; 82 Prozent der Befragten waren bereits zu Besuch in der BRD.

17. Dezember 1989

Das Unterdrückungssymbol NaSi, die StaSi-Nachfolge, ist nun formell aufgelöst, ein Nachrichtendienst und ein Verfassungsschutz, direkt dem Ministerpräsidenten unterstellt, übernehmen Funktionen (und wohl auch Teile des Apparats). Kurz, der Staatsapparat der DDR gleicht sich in dieser Hinsicht — nach Einteilung und Namen --dem der BRD an.

Die FAZ macht sich zum Podest der Wiedervereinigungspropaganda, wobei die jetzige Lage bereits als Wiedervereinigungsprozess interpretiert wird. Sie reden über den „Sog“ und tun alles, ihn zu verstärken. Einigen ist unwohl, weil sie auch Destabilisierung des Konservatismus befürchten. Auch der RIAS, im Gegensatz zur offiziellen US-Politik, macht sich zum Verstärker. Reicht Kunerts Meinung weiter, um eine sich auflösende DDR sei es nicht schad. Meine unpassende Meinung bleibt im informellen Maulkorb. Die passende Meinung flutscht ins Medium. Die SED hat Manipulation so schrecklich übertrieben, sowohl in der Projektion auf den Gegner wie im heuchlerischen Selberlügen oder -verschweigen, dass sich das Volk nicht mehr für die real existierende (und nun einzig überlebende) Manipulation im Westen interessiert.

18. Dezember 1989

Gerüchte von Demonstrationen und blutiger Unterdrückung in Rumänien. Der Runde Tisch solidarisiert sich mit den Demonstranten.

„An de Maizières Forderung nach Anerkennung der polnischen Westgrenze haben weder die CSU noch die CDU schwer zu tragen." (G.H. in der FAZ)

Irene D. spricht am Telefon weinend von Angst vor Entlassung. Wir können uns nicht vorstellen, wie real diese Angst ist, zumal angesichts des internationalen Ansehens, das sie genießt. Aber an den Hochschulen der DDR geht diese Angst jetzt um, und gewiss mit Grund.

19. Dezember 1989

Kohl in Dresden, und als Popularitätsgeschenk die Öffnung des Brandenburger Tors ab Heiligabend. Emsig beim Vertäuen des maroden kleinen Bruders am strotzenden Großen. Dafür mahnt Kohl zu „Maß" und gegen Gewalt. Bis wohin steht eigentlich der DDR-Regierung das Wasser? Morgen kommt Mitterand, um Frankreichs Einfluss zu sichern. Schewardnadse beschwört Stabilität und Sicherheit und Anerkennung der Grenzen vor deutschen Vereinigungen. Was wäre mit dem militärischen Potential? Würde das neue staatliche Gebilde neutralisiert? Zur gleichen Zeit Kohl: „Die Stunde ist den Deutschen günstig." In Dresden faschistische Plakate. In Westberlin ziehen die Bananen- und Apfelsinenpreise an. Rumänien hat allen DDR-Tourismus ausgesetzt. Greuelmeldungen, aber noch immer erst Gerüchte.

Der Wirbel der Ereignisse koexistiert mit träger Fortexistenz von Altem. Was Gysi repräsentiert, die Partei des Demokratischen Sozialismus, bisher nicht viel mehr als ein abgehobener Überbau, von dem in der Provinz wenig bemerkbar ist, sagen meine DDR-Studenten und auch Gursky. Ihre Wahrnehmung ist aber gleichsam niedergeschlagen, sie sehen überall nur Ungenügen. A.G. sagt zum hundertsten Mal, ich sei optimistisch, weil ich in meinen Versuchen fortfahre, zu begreifen, was

geschieht. Als ich die Studenten gestern bat, die wichtigsten Entwicklungen der vergangenen Woche mit mir zu diskutieren, wichen sie aus auf ihr unmittelbares Erfahrungsfeld und erzählten von den Umstellungen in den bisherigen Institutionen theoretischer Ideologie: Die Grundkurse in ML fallen, Elemente tauchen unter andrer Benennung wieder auf. Bisher hielt ML eine Schlüsselstellung: die Abschlussnote durfte höchstens um einen Grad von der Note in ML abweichen, sei es nach oben oder nach unten. Einige machen, was im Stillen schon lange ihre Vorliebe: Hegel, Husserl... Dieter Klein verfolgt das Projekt einer Umsetzung bisheriger Elemente in Politikwissenschaft. Andere gruppieren sich als Gesellschaftswissenschaft. Gerangel, wer mit wem, und dabei fallen auch viele heraus.

Nach viertägiger Debatte hat der Kongress der Volksdeputierten in der SU das Wirtschaftsprogramm der Regierung angenommen, mit dem niemand zufrieden ist und nachdem Ryschkow seinen Rücktritt angeboten hat.

Lafontaine unterbrach heute die ideologische Sinfonie von der Freiheit-für-die-Wirtschaft. Auf dem SPD-Parteitag: Er reklamiert für die SPD, dass nur sie die Freiheit konsequent zu Ende denkt und auch wirklich will. Wer dagegen ist, dass die Freiheit i*n* der Produktion und i*n* der Wirtschaft, i*n* den Betrieben verwirklicht wird, wer Mitbestimmung diffamiert usw., ist ein Gegner der Freiheit schlechthin. Die Schwester der Freiheit heißt Solidarität. Er hat die Aura des Kanzlerkandidaten wiedergewonnen. Spricht dagegen, die finanziellen Hebel so anzusetzen, dass sie zur Abwerbung aus der DDR beitragen; alle Finanzmittel zu konzentrieren auf die Rekonstruktion der Wirtschaft und die demokratische Reform i*n* der DDR. Er setzt den Akzent auf den Wohlstand, den er seinen Freunden in Dresden wie denen in Wien wünscht, dann sei die staatliche Existenzform eine zweite Frage. Ich finde es interessant, dass er, wie nur logisch, Österreich in den deutschen Einheitshorizont einbringt, worüber alle, die „Wiedervereinigung“ betreiben, zu schweigen pflegen.

A.G.: Es ist auch ein ideologischer Zusammenbruch. Er zweifelt, ob es in der DDR

um eine Revolution gehe, worunter er spontan etwas eindeutig Gutes und eine sozialistische Revolution verstanden hatte. Er erzählt von den Intrigen, die verunsicherte Leiter weiterspinnen. Sein Vetter war beim MfS, ist 33, Hochschulabschluss, wäre Weihnachten zum Hauptmann befördert worden. Nun liegt er auf der Straße. Es heißt, Obere seien schon in der BRD, sich für einschlägige Informationen einkaufend. Er selber, jetzt noch Wiss. Assistent, sieht sich demnächst als Krankenpfleger. Gestern war er in meiner Vorlesung: Meine Sprache und Behandlungsweise völlig fremd für ihn.

Helga K., die ihre persönliche Krise mit dem Zusammenbruch der DDR zu identifizieren scheint, ist dagegen, das alte Regime in der DDR stalinistisch zu nennen. „Warum ist die Wahrheit eine Hure, die dem gehört, der das meiste bezahlen kann? Wo ist die politische Kultur, die den Marxisten, den Sozialisten, den Kommunisten in den Massenmedien selbstverständlich Platz einräumt?“ Sie hat n*ur zur Hälfte* recht, aber zur Hälfte eben r*echt.* Wir ersaufen in Krokodilstränen, und die Kälber lachen mit ihren Metzgern um die Wette.

Im November hat Heiner Müller gesagt, es gehe jetzt „um die Trennung der Kommunisten von der Macht für ein oder zwei Generationen. Dann können sie so etwas werden wie ein Mönchsorden, der eine Lehre hat, die jetzt vergraben werden muss. ... Wichtig ist, dass die Lehre erhalten bleibt für eine Zeit, wo sie abgerufen und wieder gebraucht wird. Für eine Weile wird sie nicht gebraucht werden können, in Europa jedenfalls. Die Gegenwart gehört dem Kapitalismus. Aber ohne Sozialisten wird es keine Zukunft geben.“ Ob die Menschheit überhaupt so viel Zeit hat?

*

Henning Ritter zeiht (im Leitartikel der FAZ) Bärbel Bohley und andere Oppositionelle der „Unfähigkeit, die Befreiung als Faktum hinzunehmen, ohne sie sogleich neuen Zielen dienstbar zu machen“. Unter Hinnahme der Befreiung als Faktum versteht er den Anschluss ans Reich des großen Kapitals. Ein

Euphemismen-Sammler hätte alle Hände voll zu tun.

Ritter führt übrigens Bloch vor unter der Anklage, „jede nur denkbare Gewalt gegen den Staat zu rechtfertigen". „Dass diese Gegen-Macht zur grausamsten aller Mächte wurde, war vielleicht (!) nicht gewollt. Wohl aber war es nach dieser Logik konsequent." Dass sich die Balken biegen! — Bloch im zitierten Kontext: „Man kann sich den Staat nicht unfeierlich genug denken. Er ist nichts, wenn er nicht auf günstige Weise wirtschaften lässt und demgemäß verwaltet." („Geist der Utopie", 1918, 399) Es folgen Bemerkungen zu Österreich; in der 2. Auflage (1923) sind sie weggelassen, da es die KuK Monarchie nicht mehr gibt. Außerdem ist in der Fassung von 1964 (Bd.3 der Gesamtausgabe) „verwaltet" durch „veraltet" ersetzt, was sinnentstellend (anderen Sinn setzend) und möglicherweise ein Druckfehler ist. Hier geht es nun weiter: „Alles andere, worin der Staat bedrückt oder einlullt, falle nun endlich ab, und bis aufs Ordnen öder Dinge hat er sämtliches wieder herauszugeben." Jetzt folgt der von Ritter zitierte — in der DDR neu bewahrheitete — Satz: „Ziehen Furcht und Lüge ab, so mag es dem Staat gar schwer geraten, zu sein oder gar noch höhere Achtung zu erregen." (GA 3, 297) Usw. — Henning Ritter, der Bloch halb zum RAF-Ideologen, halb zum GuLag-Vordenker macht, stellt sich damit auf die Seite der Lüge und des Einlullens, die bei uns eben leider so wenig abgezogen sind wie die Furcht. „Macht korrumpiert. Totale Macht korrumpiert total." So hat es Stefan Heym am 4. November auf dem Alex gesagt. Die geborgte Macht des FAZ-Leitartiklers korrumpiert mit dem Argument die Philologie.

19. Dezember 1989 (2)

Aus einem Brief von Andreas Weigelt: „Von dem Wenigen, das ich mir notieren konnte, da die Zeit rinnt wie der Sand vom Turmbau zu Babel! ... Abends auf dem Alex. Ausschließlich DDR- und rote Fahnen, alt und jung, sehr viel 'Szene'. Witzige Plakate und Losungen wie am 4. November. Die Organisation haben zwei Leute von der Vereinigten Linken gemacht, auch wenn der Aufruf von mehr als zehn Gruppen unterschrieben war. Immer neue Sprechchöre wurden laut, kaum zweimal

derselbe. Der Platz der Akademie war ganz voll. Eine 'Helmut-Kohl'-Maske, gefolgt von 40 Blinden (über die Augen die BRD-Fahne gebunden, am Arm das Blindenzeichen), die sich auf die Schultern fassten wie in der Bibel. Die zogen (zwei hatten überdimensional große Plaste-Bananen dabei) von hinten durch den ganzen Zug, und 'Helmut Kohl' sprach als erster zu seinem 'deutschen Volk', wurde ausgepfiffen und durfte fortan immer die Redner ansagen, mit deutschelnden Zwischenbemerkungen ... Erster Sprecher Wolfgang Wolf von der VL (die vier Redner hatte): er verteidigt die DDR als antifaschistischen, demokratischen, sozialistischen und deutschen souveränen Staat. (Die SED-PDS kann sich das z.Zt. nicht leisten, jedenfalls öffentlich nicht.) Der Vertreter von 'Demokratie Jetzt' wird ausgebuht, weil er nicht zu sagen vermag, was mit der DDR in seinem geeinigten 'Europa' geschehen soll. Auch Gysi spricht (sehr gut). Danach im 'Treibhaus' unterm Fernsehturm ein vom Künstlerverband veranstaltetes 'Podium der Reformen': Bahro und Harry Nick ... Bahro wird, wie immer, verlächelt. Nick ist blass: man solle das 'Machbare' machen etc. Wolfgang Harich meldet sich zu Wort, stimmt Bahro in allem zu: die Welt habe nur die eine Chance der ökologischen Wende. Bahro bekundet seine Schuld, 'Kommunismus ohne Wachstum' nicht gelesen zu haben; er habe immer geglaubt, es sei ein stalinistisches Buch, weil dort der Staat so sehr in den Mittelpunkt gerückt worden sei. Harichs Frau: Das sei eine Schande für einen Kommunisten, das Buch nicht gelesen zu haben. Harich sei kein Stalinist, nie gewesen. Dann gehen die beiden, Harich schmunzelt Bahro zu."

20. Dezember 1989

Michael Brie kennengelernt. Unsere Diskussion im Radio wurde blockiert von Josef Huber. Als Privatdozent lebt dieser gezwungenermaßen vom Abhalten von „Privatseminaren, auch in der Wirtschaft", wie er sich ausdrückte. Unsereins müsste deshalb auch privat mit ihm reden, denn öffentlich muss er natürlich jenen Privatinteressen mundgerecht sprechen. Seine Worte schienen sich in Unternehmerohren schmiegen zu wollen, als er sich für pragmatisch und realistisch erklärte, was auf eine veritable Aussetzung der Intellektuellenfunktionen

(Zusammenhangsdenken und Kritik) hinauslief.

Brie gehört dem neuen PV an, den er aber als unfähig zur Arbeit beschreibt, weil so groß, dass seine Mitglieder einander nicht kennen und man sich nur einmal im Monat trifft. Den ML hält er für tot; man werde ihn, anders als in der SU, auch nicht als Fassade aufrechterhalten. Die neue SED-PDS definiert sich als „marxistisch-sozialistische Partei".

Brie bestätigt meinen Eindruck von Gysi. Dessen sympathische Schlitzohrigkeit kommentiert den Intellektuellen in der öffentlichen Wirkung und kommt bei den Leuten gut an. Ehrgeiz. Ich hatte gefragt, ob Brie ihn für machtfähig halte. Gysi ein Medienwunder wie seinerzeit Gorbatschow — dass er natürlich nicht dessen politisches Format hat, ist nicht so folgenschwer, wie die historische Positionierung als Konkursverwalter es ist.

Brie nun seit Wochen fast ununterbrochen zugange. Als Dieter Klein in den provisorischen Arbeitsausschuss gewählt worden war, zog er die Gruppe nach für die Arbeit am Programmentwurf. Das ZK-Gebäude unter den Nazis gebaut, erfahrbar in den endlosen Gängen, der seriellen Gleichförmigkeit. Paternoster für die Vielen, Aufzüge für die herrschende Altenriege. — Die neue Generation will so schnell wie möglich von dort raus. Diese Leute bräuchten zuerst einmal Zeit, und die kriegen sie nicht. Brie hält es für möglich, dass in der allernächsten Zeit eine Lawine losbricht, ein Destabilisierungsprozess, der zu einer „Wiedervereinigung" führt. Der redliche Modrow ist kein wirklicher Politiker. Statt sich gegenüber Kohl auf den Runden Tisch stützen, schenkt er ihm das Brandenburger Tor und die Öffnung der Grenze. Dabei schwillt das Deutschlandgeschrei einer Masse verunsicherter einzelner an. Worauf stützt sich der Runde Tisch?

Mit Gysi ist zum erstenmal seit Generationen wieder ein jüdischer Intellektueller an der Spitze einer sozialistischen Partei. Möglich, dass der Rechtspopulismus antisemitisch reagiert. Für die DDR eine Trumpfkarte im Verhältnis zu den USA. Nicht umsonst hat die DDR in den letzten Tagen Israel die Aufnahme

diplomatischer Beziehungen vorgeschlagen und im Innern die jüdische Gemeinde in alte Rechte wiedereingesetzt.

Ehemalige Häftlinge haben dazu aufgerufen, ehemaligen StaSi-Mitarbeitern nicht die Einstellung in den Betrieben zu verweigern.

Beate hat gehört, Irrlitz habe gehört, ich sei dabei, Buhr einen Platz am hiesigen Institut für Philosophie zu verschaffen. Probe auf die Gerüchteküche.

*

Francis Fukuyama, stellvertretender Leiter des Planungsstabs im State Department (H.4 der „Europ.Rundschau"): Der Westen habe auf der ganzen Linie gesiegt. Damit die Weltgeschichte an ihrem Ende. Was für ein luxurierender Quatsch: „Vielleicht ist es gerade die Aussicht auf kommende Jahrhunderte der Langeweile am Ende der Geschichte, die die Geschichte wieder in Gang setzen wird."

Der Marxismus existiert für diesen Betrachter als Staatsideologie oder er existiert nicht: „Das Verschwinden des Marxismus-Leninismus erst in China und dann in der Sowjetunion wird sein Tod als lebendige Ideologie von welthistorischer Bedeutung sein. Eine Zeitlang mögen noch einige echte Gläubige übrigbleiben in Örtlichkeiten wie Managua, Pjöngjang oder Cambridge, Massachusetts, aber das Faktum, dass es keinen einzigen großen Staat mehr gibt, in dem diese Ideologie funktionieren würde, untergräbt völlig ihren Anspruch, die Vorhut der Menschheit zu sein."

Der Konservative Irving Kristol dazu: „Wir mögen den Kalten Krieg gewonnen haben, was sehr nett ist — es ist mehr als nett, es ist wunderbar. Aber das bedeutet, dass jetzt wir selber der Feind sind, nicht die anderen." Der als Äußerer verschwundene Feind taucht als Innerer wieder auf. Bei Hegel übrigens das Weibliche (Antigone).

20. Dezember 1989 (2)

Aus einem Brief von Hans Scherner: „Bis zum 17.12. konnten wir uns am Niedergang der SED schadlos halten. Mit dem Referat von Gregor Gysi zum Abschluss des Parteitags hat die SED nicht nur alle wesentlichen Forderungen der Böhlener Plattform (dem Ausgangspunkt für eine VL) aufgenommen, sie gibt diesen Forderungen auch konzeptionellen Zusammenhalt und neue Voraussetzungen der Verwirklichung. Damit wandelt sich die Lage für die VL s*ubjektiv*. Da die reformierte SED mit Gregor Gysi sich aber auch deutlich gegen den Ausverkauf der DDR stellt, ist das Aktionsbündnis aller Linken — formiert auch mit der SED-PDS — o*bjektiv* geboten. ...Mit der Berliner Demonstration für die Erhaltung der Souveränität der DDR (gestern) hat die VL ihre erste Massendemonstration initiiert. Es war ein Versprechen auf ein linkes Bündnis in kommenden schweren Zeiten. Dass Gysi für die SED-PDS sprach, ist sowohl der konsequenten Solidarität der VL mit den Nicht-Stalinisten in der Partei u*nd* der Bereitschaft der Reformer in der Partei zum Zusammengehen mit der parteiunabhängigen Linken zu verdanken.“

21. Dezember 1989

In Rumänien Staatsterror gegen das Volk. Die USA machen derweil Staatsterror in Panama, blutiger Body-Count, es ist der größte militärische Einsatz seit dem Vietnamkrieg. „Die US-Armee jagt General Noriega“, meldet der ZDF-Sprecher mit beschwingter Stimme, aber die Toten sind Frauen, Kinder, Zivilisten. In der Millionenstadt Panama-City toben Straßenkämpfe. Die ARD-Kamera zielt aus dem Kampfhubschrauber entlang am MG-Lauf auf die Erde, der Sprecher wie ein Sportreporter. Ist das der Beginn der US-Welthegemonie?

Mitterand beschwört in Leipzig das europäische Gleichgewicht. Er stärkt Modrow den Rücken. Vor einer Woche schrieb die FAZ, die deutsch-französische Freundschaft erweise sich jetzt als ein bloßer Firnis, der bei der ersten Belastung abplatze.

Hermann Kant hat dem Druck nachgegeben.

Mit Enthüllungsstimme teilt der ZDF-Sprecher mit, jedem Politbüromitglied sei ein Volvo mit Fahrer zur Verfügung gestanden. Man sollte mal mitteilen, was unseren hohen Herren in Politik und Wirtschaft zur Verfügung steht. Oder meinetwegen dem Papst. Die Honeckers sollen über 18 PKWs verfügt haben.

In Schewardnadses Rede vor dem Europa-Parlament am 19.12.89 unvermittelt der Satz: „Vielleicht werden wir uns auch bezüglich Westberlins nach dem Satz richten: Erlaubt ist alles, was nicht verboten ist."

21. Dezember 1989 (2)

Aus einem Brief von Andreas Weigelt: „Die Presse berichtet entstellend über den Runden Tisch, ich nehme an, um den Kapitalgebern in der BRD bestimmte Schwierigkeiten zu verschweigen. Der RT wird von der Regierung nach und nach zum Legitimator ihrer Politik gemacht, die jetzt immer eindeutiger zum Ausverkauf hinläuft, d.h. die Logik stimmt nicht, wie Bahro immer sagt. Und sie verstehen ihn nicht. Man wird sich bald überlegen müssen, ob man diese Regierung noch stabilisieren soll. Für Gysi/Berghofer wird es eh jetzt brenzlig, denn sie vertreten wohl doch andere Prämissen als Modrow, der aber, so Gysi, an keinerlei Auflagen der SED-PDS gebunden ist und neuerdings auch nicht mehr gebunden sein kann, weil die SED-PDS nicht die SED ist und weil es eben doch eine Koalitionsregierung ist, in der CDU und LDPD keinen Sozialismus anstreben. — Die Formierung von Räten bleibt allzu oft bei Betriebsräten stecken, was für die Direktoren noch zu verkraften ist, solange die Arbeiter keine eigenen Räte bilden, was bis jetzt erst in 5-6 Betrieben in Berlin passiert ist. Die Presse spricht nur von den Betriebsräten, in denen aber vor allem Technokraten das Sagen haben. Aufklärung der Massen findet kaum noch statt. So sehr ich Deine Sympathie für Gysi teile — er muss endlich das linke Bündnis suchen, real beginnen, es aufzubauen, sonst wird die PDS verschwinden und mit ihr ein Großteil des Widerstandspotentials gegen eine Vereinnahmung."

22. Dezember 1989 — auf dem Flug in den Weihnachtsurlaub

In einer halben Stunde soll das Brandenburger Tor geöffnet werden. Sibylle Wirsing in der FAZ: „Die Nacht lichtet sich." Das Zentralorgan der Bourgeoisie feiert. Der Systemkonkurrent hat bankrott gemacht, der Laden gehört „uns", wir haben das Monopol. Etwas Neues kommt nicht in Frage. Nicht hat dort eine Revolution gesiegt, sondern „wir" haben gesiegt. Alles andere war nur Zeitverlust auf dem Wege zu „uns". Alles wird zum Anlass, diese Sprache einzuüben. Dass im Osten jetzt die Kriminalitätsrate sich westlichem Niveau annähert, wird so zusammengefasst: „Der Kommunismus deckt bei seinem Rückzug immer neue Wüsten auf." Ein Linguist „kann nicht umhin, den sprachlichen Umschlag spätestens nach der Ost-Berliner Großkundgebung vom 4. November mit dem Untergang der Nazidiktion zum 8. Mai 1945 zu vergleichen" (H.D.Schlosser). Hier die „stalinistische Diktatur", dort „ihr ähnlich menschenverachtender Vorgänger". „Ähnlich" schwächt ab. Das System von Weltkrieg, Judenvernichtung usw. „ähnlich menschenverachtend" wie die „stalinistische Diktatur".

Es sind halt doch die Erben Großdeutschlands, die so dessen Spuren verwischen.

Die Versuchung ist groß, sich von diesem Kaliber anstecken und in die entgegengesetzte Einseitigkeit treiben zu lassen. Vergessen wir also nicht, wie kontraproduktiv das befehlsadministrative System war, wie sehr es das Erbe der marxistischen Klassiker blamierte, missbrauchte, verhöhnte. Was es Millionen seiner Subjekte antat, indem es ihre Entfaltung blockierte, sie zu Rädchen und Schräubchen einer idiotischen Maschine degradierte oder sie durch seine repressive Bürokratie fertig machte.

Sturz des Kommunismus, Sieg des — was? Nationalismus der Hebel, um den Selbstverlust der Revolution zu bewirken. Seit die Rechte den Sieg in der Tasche glaubt, spricht sie von der d*eutschen Revolution,* nicht Revolution in der DDR. Der Name wurde zunächst (und bis vor kurzem von Nolte) zur Bezeichnung der Faschisierung Deutschlands von 1933 verwendet. Um sich eine Revolution als deutsche zu verdienen statt zu erlügen, müssten wir Bundesdeutschen erst eine machen.

Würde nur ein „Anschluss“ daraus, hätten sich die Menschen in der DDR um ihre Revolution bringen lassen. Das wäre wie die Abtreibung des Neuen, denn das alte Regime ging mit besseren Möglichkeiten schwanger. Die Schuld der Alten wüchse ins Unermeßliche, weil sie die Geburt des Neuen so lange behinderten, bis es nicht mehr zum Leben finden konnte.

*

In der sowjetischen Öffentlichkeit herrscht, wenn man Boris Groys glauben soll, ein „Ton von Verwirrung, Passivität und Niedergeschlagenheit“, teils abgestoßen, teils angezogen vom Phantasma der Diktatur, welches das Land heimsucht.

Die Litauische KP hat sich unterm Druck der nationalen Grundstimmung gegen die KPdSU verselbständigt. Das ist eine Niederlage für Gorbatschow, der mit aller Kraft versucht hatte, diesen Schritt zu verhindern. Der soziale Gedanke ist schwach, der nationale triumphiert. Zur selben Zeit integrieren sich die Nationalstaaten Westeuropas. In Panama schießen US-Hubschrauber auf Panamesen, in Rumänien rumänische auf Rumänen. Keine wirkliche Macht der Welt empört sich über die USA.

Am Fernsehen war mitzuerleben, wie Ceausescus Massenkundgebung von den Massen umfunktioniert wurde. Die affirmative Verdichtung explodierte.

23. Dezember 1989 — Gomera (Kanarische Inseln)

Alles Geheim-Repressive scheint i*n der DDR gewesen zu sein* und wird dort aufgedeckt und abgebaut. Aber bei uns geht alles Geheim-Repressive, das gegen die DDR Gerichtete wie das uns alle Überwachende, munter im Dunkeln weiter. Einseitige Abrüstung, die einseitiger Aufrüstung der anderen Seite gleichkommt und für die ich trotzdem bin, in der ungläubigen Hoffnung, die Lust am Aufdecken, Veröffentlichen, am Abbau des Gewalt- und Sicherheitsstaates würde uns anstecken.

24. Dezember 1989

Als wir vorgestern abend in Los Christianos (Teneriffa) aufs Schiff warteten, das uns nach Gomera bringen sollte, grüßte von den Kiosken die Bild-Zeitung in riesigen Lettern, von den deutschen Nationalfarben umrandet:

Gott segne unser

d e u t s c h e s

V a t e r l a n d

Schrift und Aufmachung — Kaiser-Wilhelm-Ästhetik. Dass es sowas noch gibt? Hat das „Vaterland" am Ende in der DDR überwintert? Sollte Becher uns das eingebrockt haben? Hätten sie mal den Brecht machen lassen!

Volker Brauns Name unter einer Aufforderung an Kohl, die Errichtung des Deutschen Museums in West-Berlin auszusetzen, um nicht „vorschnell Trennendes festzuschreiben oder etwas Halbes entstehen zu lassen", statt „gemeinsam an die historische Rückbesinnung heranzugehen". „Die Veränderungen in der DDR böten die Chance, 'in einer wichtigen nationalen Frage Gemeinsamkeit herzustellen'." So endet die FAZ-Meldung. Verschieben sich die Fronten so schnell — nach rückwärts? Außer Braun: Manfred Wekwerth, Harry Kupfer, Pfarrer Eppelmann und Rolf Schneider. Da muss doch einiges Hauptsächliche weggelassen sein.

*

Marxismus-Leninismus soll „durch ein modernes Studium generale" ersetzt werden, und zwar will man „Geisteswisenschaften so vermitteln, wie das in Westeuropa üblich ist", sagte der Rektor der Humboldt-Uni, der Chemiker Dieter Hass, dem SPIEGEL. Zur Zeit diskutieren die Studenten in ML den Umbruch in der DDR. Benotung ist schon abgeschafft.

Schnitzler hat eine Kolumne in einer satirischen Zeitschrift im Westen gekriegt, laut SPIEGEL ist die erste Folge „die Bilanz eines nachdenklich gewordenen, den

Idealen von gestern dennoch treuen Kommunisten“. Jahrzehnte hat er mehr als irgendjemand sonst die östliche Variante der Hetze im Kalten Krieg personifiziert, mit saurem Lächeln und Rechthaberstimme selbst die Wahrheit anrüchig gemacht. Und was er sagte, war oft genug wahr. Die Lüge nahm oft die Form des Schweigens, der Einseitigkeit oder Teilwahrheit an.

Mitte Dezember waren in der DDR 50 Prozent noch unentschieden, welche Partei sie wählen wollen. Diese Hälfte ist wie eine b*lack box* latenter Möglichkeiten. Niemand in der DDR auch nur annähernd so populär wie Gorbatschow. Helmut Kohl kriegte schlechtere Werte als Schabowski, ja sogar als Krenz — aber das war vor seinem DDR-Besuch. Momper an der Spitze.

Der SPIEGEL lenkt durch seine Attacken auf Kohl nur davon ab, dass er selber die Kohl-Linie steuert, nur anders verpackt, genießbar für eine oberflächlich-kritische Intelligenz. Kohl nicht telegen, seine Sprache nicht geschleckt genug, und er hat Anflüge altmodischer Emotionen und Konfessionen. Aber in der Substanz will der SPIEGEL wie Kohl die Durchkapitalisierung der DDR, und zwar s*ubito,* dazu die „Wiedervereinigung“. Er beißt nur an andern Stellen die Zähne zusammen, als Kohl. Er betreibt nun die große Demoralisierung der DDR, den ideellen Ausverkauf vor dem materiellen, reale Tendenzen aufnehmend, bearbeitend und auf Kosten andrer, ebenso realer gegenläufiger Tendenzen gewaltig verstärkend. Das ist für die große Zahl der Mitläufer, die immer mit dem Trend gehen möchten. Unsere Veranstaltung im Friedrichstadtpalast kommt vor, auf ihr „faselt“ Altvater „von Akkumulation und Konsumtion“. Der SPIEGEL entdeckt sogar die Arbeiterklasse, vor allem ihre demoralisierten Teile. Er spürt sie auf in der Kneipe während der Arbeitszeit und gibt ihren Sprüchen Echo. „‘Wer Arbeit kennt und sich nicht drückt, der ist verrückt’ — die uralte Proletarierlosung ist noch immer Tageslosung in der DDR.'„

Immerhin schaut im SPIEGEL-Gespräch mit Rostocker Werftarbeitern die historische Widersprüchlichkeit durch. „Wie haben sie uns immer gesagt: Alle Macht geht vom Volke aus, und so machen wir es jetzt.“ Derselbe Arbeiter sagt:

„Der Klassenfeind kann kommen.“ Sein Kollege ergänzt: „Anders kommen wir nicht mehr aus dem Dreck raus.“ Und der dritte: „Alleine können wir's doch gar nicht schaffen. Entweder kaufen uns die gleich richtig auf, oder man lässt uns da halbe-halbe machen“. Der SPIEGEL zeichnet und verstärkt eine Kluft zwischen Arbeitern und Intellektuellen, frei nach der Devise, dass beide, sind sie erst voneinander isoliert, geliefert sind — frei Haus, selbstredend kapitalistisches Haus. Das ist negativer Gramscismus für die potentiellen Elemente einer sozialistischen Vergesellschaftung, Zusammenführung von Arbeiter- und Intellektuellenstimmungen unter der Hegemonie des euphemistisch umschriebenen Kapitalismus.

*

Gysi vertut sich im SPIEGEL-Gespräch, wenn er einen der „Grundirrtümer“ der bisherigen DDR darin sieht, „einen isolierten Markt“ zu haben, denn M*arkt* als W*irtschaftsmechanismus* gab es ja nicht. Es gab im Innern Zuteilungswirtschaft, dazu das Paradox eines verdeckten Schwarzmarkts von-oben-nach-außen, personifiziert durch Schalck-Golodkowski, die zwangsgewollte Hinnahme ungleichen Tausches, ein Zwangsumtausch nach den Regeln des Weltmarkts. Das abgeschottet Produzierte musste sich hier verramschen. Das war die p*artie honteuse* dieser Ökonomie.

Gysi stellt sich vor, durch die Kombination von Markt-Leistungs-Hebeln mit sozialen Elementen eine „Doppelmotivation“ in der Arbeit zu erreichen, sieht freilich die Gefahr, in „eine doppelte Negierung an Motivation“ zu rutschen.

Die Bundesrepublik ist für Gysi in vielem ein Vorbild, außer in der Hauptsache: der Vorherrschaft der Geldinteressen. Als Triebkraft stehen diese der Lösung der globalen Menschheitsprobleme im Wege. — Aber wer will denn ernsthaft die Lösung dieser Probleme? Auf der Titanic Erde scheint Monopoly gespielt zu werden bis zu allerletzt. Der Konsumismus übertrifft an Gewalt jeden Taifun. An den Niveauunterschieden im Lebensstandard laden sich unbezähmbare

Spannungen auf. Effektivität aufseiten der großen Verschwendung — globale Übervölkerung, Verelendung der meisten, dazwischen Regionalfestungen des Reichtums eingelassen, alles überwölbt von einer im Ganzen umkippenden Atmosphäre — kein örtlicher Garten Eden ist möglich. Ob es keinen anderen Weg gibt als den hoffnungsarmen und dabei anstrengenden des Tauziehens aus der Position der Schwächeren i*n* den Institutionen des Weltkapitalismus? Aber dann ist jeder kleine Stützpunkt des Humanen unentbehrlich.

25. Dezember 1989

Auf der Wanderung mehrfach den Weg verloren, in der hereinbrechenden Dunkelheit und durch Wolken nach Los Descansaderos herabgestiegen. Wir fanden Leute, die sich bereit fanden, uns im Auto mitzunehmen. Es stellte sich heraus, dass sie eine Pension betrieben. Als mögliche c*lientes* mussten wir Zimmer besichtigen, schließlich fanden wir uns in der Küche bei einem Glas ihres selbstgekelterten Weins und eingelegten Tintenfischstückchen, während die Kinder auf die Weihnachtszeremonie warteten. Natürlich lief der Fernseher. Wir hielten es für irgend einen übertriebenen A*ction*-Film, Soldaten feuerten aus automatischen Waffen, von aufgeregten Offizieren herumkommandiert, dann Zivilisten in Lederjacken, ebenfalls feuernd, aber ungewöhnlich, diese langen Reihen nebeneinandergelegter Leichen gezeigt zu bekommen, schließlich die Fahne, aus der das Emblem herausgeschnitten war: Da begriffen wir endlich, das war keine Fiktion, sondern gefilmter Bürgerkrieg in Rumänien...

Dies die noch fehlende Variante des Rückzugs aus einem absolutistischen Staatssozialismus, wo Freiheit momentan sich in der Tatsache zusammenzieht, dass die Zerstörung menschlichen Lebens nicht mehr einseitig und unerklärt, sondern offen deklariert und wechselseitig, als Bürgerkrieg, vor sich geht. Zu denken, dass es vor kurzem noch heißen konnte, die StaSi-Akten würden nach Rumänien „in Sicherheit“ gebracht.

Dann wechselte das Geschehen auf dem Bildschirm. Wieder Schießende, Tote,

aber diesmal war es die Supermacht USA, in Panama blutig für ihre „Ordnung“ sorgend. Unsere Gastgeber empört, wie gestern der Taxifahrer. Auch wer Noriega verabscheut, verabscheut noch mehr diesen Imperialismus. Trifft nicht jeder amerikanische Schuss die weit ins bürgerliche Lager hinein geteilte Hoffnung, die Welt könnte zivil in eine zivilere Welt umgebaut werden. Wird nicht das Neue Denken jetzt zusammengeschossen? Am Schluss stünde Gorbatschow als Kapitulant da oder als Übertölpelter. Als er die große Festung den allgemeinmenschlichen Werten geöffnet hatte, konnte der Gegner auf diese pfeifen und seinen Partikularinteressen ungehemmt Lauf lassen. Ist das der Beginn des amerikanischen Zeitalters? Oder wenn statt der bipolaren Organisation der Systemkonkurrenz das konkurrenzlos gewordene kapitalistische System seinen Polyzentrismus entwickelt, der wieder in Kraft setzt, was Lenin zum Imperialismus gesagt hat, nur auf technisch und geopolitisch höherer Ebene? Werden demnächst die imperialistischen Machtzentren wieder Kriege gegeneinander führen, vielleicht auch nur Stellvertreterkriege?

*

Die Brandung ist so heftig, dass große Kieselsteine vor- und zurückrollen. Die hellen Geräusche der Gischt und das Klatschen der Brecher wird von einem dumpfen Grollen begleitet. Heute nacht hörte sich das wie Krieg an. Im Traum wirkte ich bei irgendeinem Reformversuch mit, mit Anträgen hantierend, die auf alten Schreibmaschinen und auf jenem dünnen holzhaltigen grünlichem Papier geschrieben waren, wie es in der DDR benutzt wird. Wir kamen nicht klar mit unserer Reform.

26. Dezember 1989

Als wir diesen Gomera-Urlaub buchten, Ende September, wussten wir noch nicht, dass der Stellungskrieg alsbald in einen Bewegungskrieg übergehen würde. Auch wenn die ideologische Erosion der DDR und die Dyshegemonie der SED uns seit Jahren klar war und die Massenabwanderung des Sommers der alten Ordnung den

Boden unter den Füßen wegzuziehen begonnen hatte, dachten wir nicht, dass der Umbruch so nah wäre, so bald, so heftig und als Revolution kommen würde. Das Denken eilt den Tatsachen voraus, außer wenn sie in Bewegung geraten, dann kommt es nicht mit.

Gewissensbisse bei der Abreise in den Urlaub: So vieles wäre wahrzunehmen, ein wenig mitzusprechen. Wie soll ich dieses Journal aus der Entfernung führen? Aber Distanz zu gewinnen ist wichtig, um Zusammenhänge in den Blick zu kriegen. Ich habe einige Berliner Freunde (aus Ost und West) gebeten, mir ihre Eindrücke brieflich mitzuteilen.

*

Die Zeit seit 1961, als die Mauer gebaut wurde, scheint nutzlos vertan, der ökonomische Abstand zu Westdeutschland gewachsen. Aber auch das ist noch nicht heraus. Sollte nun ein „Anschluss“ in der Art eines großen historischen Abrißunternehmens bevorstehen, werden sich die Fragen anders stellen, als wenn sich die DDR-Bevölkerung fängt und einen relativ selbständigen Weg geht.

Unter den damaligen Umständen gab es keinen andern Weg für die DDR-Führung, die Mauer musste gebaut werden. In einer bipolar geteilten Welt fiel die DDR in den sowjetischen Einflussbereich, und ihr gesellschaftliches System musste das eines Blockstaats des Ostblocks sein. Der Westen war an dieser Weltordnung beteiligt: er wollte die Mauer und wollte zugleich ihr Odium dem Osten anhängen. Die Mauer war Systemgrenze im Kalten Krieg, Eiserner Vorhang auf deutsch. Zugleich schloss sie einen Wirtschaftsraum vom kapitalistischen Weltmarkt ab: nicht den der DDR, das wäre Unsinn gewesen, sondern den des „sozialistischen Staatensystems“, einen riesigen Wirtschaftsraum also, dessen eigenständige Entwicklung von der Größe und den Ressourcen her nicht ausgeschlossen werden konnte, vorausgesetzt, ein geeigneter Mechanismus würde erfunden, der Reproduktion und Akkumulation miteinander verbände und alle erdenklichen Innovationspotentiale freisetzte.

Als die Führung der Sowjetunion ihren bisherigen Weg als Sackgasse begriffen hatte, begann das eigentlich Unerklärliche in der DDR. Man begriff nicht, dass nicht nur der bisherige Zwang aufgehoben war, sondern der riesige „geschlossene" Wirtschaftsraum in den Weltmarkt integriert werden sollte, bei gleichzeitigem Umbau der politischen Systeme, die hinsichtlich ihrer politischen Kultur mit denen des Westens offen interaktionsfähig werden sollten. Das „gemeinsame Haus Europa" war offenbar nicht als Phrase gemeint. Glaubte die Führung der DDR wirklich an einen Sonderweg zwischen Ost und West?

28. Dezember 1989

Im Traum hielt ich meine zerdrückte Brille in der Hand, das Glas nicht in Scherben, sondern von unzähligen Bruchlinien durchzogen, auch hatte ich zuvor bereits meine andere Brille ruiniert.

Im Halbschlaf arbeitet es unablässig und ohne Lösung in meinen Gedanken --

Mischgesellschaftsformen, Mischformen von Vergesellschaftung. Bisher Auseinandergelegtes --

Der Gegensatz musste so viel als möglich von seinem Gegensatz aufnehmen, das Privateigentum gab sich sozial, das staatlich verwaltete Sozialeigentum wurde porös ausgelaugt vom Privaten. Wohlwollende Gewalt und dumm gewordene Voraussicht --

Die Stimmung der Intellektuellen, die Wahrnehmung und Interpretation der Abläufe --

Eine weltliche Wurzel der Religion: die gefühlte Unmöglichkeit, „es zu schaffen".

Verwirrende Dialektik von Selbständigkeit und namenloser Unterwerfung. Sich in die Welt der Privatheit flüchten wie unter einen schicksalhaften Schirm. Den Anspruch der Selbst-Vergesellschaftung loswerden.

Hatte man nicht schon längst alle erdenklichen Konzessionen im scheinbar

Unpolitischen gemacht? Mit Gemeinheiten und starken Reizen wurde nach dem Zusammenbruch der edukationistischen Utopie der Anfänge nicht gespart. Nur dass die eingeführte Unterhaltung veraltete Unterhaltung war. Das Neueste war je schärfer.

Ob es noch einmal gelingt, gestaltendes Denken aus diesem Ameisenhaufen fragmentierter Reflexionen zusammenzunehmen?

G*egen-Eintragung:*

Die massenhaften Emotionen sind voller unmittelbarer Erfahrungen, eine Anordnung betreffend, die alle Beteiligten in unproduktiver Verausgabung hält, dies mit unglaubwürdigen großen Worten begleitend. Im „Kaufhaus des Westens" die eignen Exporte, kaum erreichbar für ihre Produzenten, zu einem Spottpreis zu sehen. Im Vergleich der Währungen als Umtauschkurs, im Vergleich der Lohnhöhen, in der wertloseren Währung nochmals die Hälfte oder ein Drittel oder ein Fünftel, so erfuhr man die eignen materiellen Möglichkeiten zusammengestaucht in ein Nichts. Relativ eine bessere Dritte Welt. Was half es, dass der Abstand zur wirklichen Dritten Welt ungleich größer war als der zum reicheren deutschen Staat und dass im Vergleich zu jener die DDR zum reicheren „Norden" gehörte?

Brecht wollte nur ein einziges Moralgebot anerkennen: Du sollst produzieren. (Unter Produzieren begriff er freilich alle förderlichen Hervorbringungen, selbst Freundlichkeit oder Liebe.) Dagegen herrschte hier der Primat der Disziplinierung vor der Produktion, was oft genug auf umgekehrte Elitebildung hinauslief.

Überlegenheiten des Marktes: Jeder kann seinen eignen Scheiß probieren, und der Misserfolg wird stets der seine sein, auch wenn die Folgekosten (Formen der Umwelt- und Selbstzerstörung, Arbeitslosigkeit) der Allgemeinheit zur Last fallen oder unheilbar auf Kosten der Gattung gehen. Marktgängigkeit statt behördlicher Billigung. Woher sollte die Behörde das relativ Optimale kennen? Nach welchen objektivierten Verfahren (nachvollziehbar, relativ unbestreitbar, computerisierbar)

sollte sie Varianten vergleichen, bewerten, auswählen? Wie die Resultate ihrer Auswahl den Wirtschaftsakteuren nahebringen? Mechanische Lösungen, auf „Bewährtes“ setzend, würden es davontragen. Ihr Zeithorizont würde der Verarbeitungskapazität der Bürokratie entspringen, nicht den Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Produktion. Dienstweg braucht Wegzeit. Neues war befugt anzumelden, schuf Arbeit und Umstand für die Behörde, war vielfältig zu genehmigen, dann positivenfalls einzuplanen, schließlich Jahre später zu verwirklichen. Aber erstens war es dann alt; zweitens konnte man nicht sicher sein, dass es vom seinerzeit möglichen Neuen das vorteilhafteste gewesen war; drittens verdankte sich jeder Durchlass auf dem stationenreichen Weg möglicher Verbesserungen der amtlichen Autorität (der Befugnis, einen Stempel zu führen); viertens widersprach diese Logik des Genehmigens, Verbietens und Anweisens der schöpferischen Logik des Erneuerns. Konventionen urteilten über das Unkonventionelle, und Inkompetente über Konventionen.

*

Seit fast einer Woche die erste Zeitung aufgetrieben, den SPIEGEL, nominell vom Montag, in Wirklichkeit wohl vom letzten Freitag, also ohne neue Nachrichten für uns, nur Meinungsschaum. Dem westdeutschen „Industriepräsidenten“ Tyll Necker wird mit andächtigen Respektfragen — was für ein Gegensatz zum Gysi-Interview der vergangenen Woche! — Gelegenheit geboten, sich hinter Worten zu verbergen. Ob man sagen kann, dass um die Hauptsache herumgeredet wird? Der herrschende Standpunkt schweigt von sich oder: vom Standpunkt des Kapitals wird um dasselbe herumgeredet. Wäre das nicht die Sprache der Herrschaft, von der publizistischen Macht dieses Mediums scheinkritisch weitergegeben, man könnte sich damit in sprachkritischen Proseminaren nützlich vergnügen.

Kleinigkeiten: Necker: „Ich werbe hier im Westen dafür, dass wir vielleicht in der DDR früher als in der Bundesrepublik das mobile D-Telefonsystem einführen. Und wenn's nur sechs Monate früher wäre. Dann könnten die drüben sagen: Hier sind wir nicht die armen Brüder, hier sind wir euch voraus.“ SPIEGEL: „Hilfe zur

Stärkung des Selbstbewusstseins?“ Necker: „Ja.“

An anderer Stelle fragt der Redakteur: „Wer ist ‘wir'?“ Necker: „Die bundesdeutsche Industrie.“

Zur Hebung des Selbstbewusstseins in der DDR führen WIR dort ein neues Telefonsystem ein, früher als WIR es in der BRD einführen. Dieses WIR weiß sich über beide Staaten (und nicht nur sie) erhaben. Ob WIR ein System in der BRD einführen oder in der DDR, entscheiden WIR. Merkwürdig, dass solche Überfremdung durch ein herrschendes WIR das Selbstbewusstsein der Herrschaftsunterworfenen aufbauen soll. Die entfremdete Welt als Eigenheim.

Überbeflissen weisen die Spiegel-Redakteure darauf hin, es gebe noch ein Militärgesetz aus der Nachkriegszeit, das „beispielsweise deutsche Banken daran hindert, richtige Filialen etwa in Dresden zu eröffnen“. So reden sie beispielsweise von der D*eutschen Bank* oder meinetwegen von jener D*resdner Bank,* die sowenig eine Dresdner Bank ist, wie der Allgäuer Emmentaler ein Emmentaler. Wenn deutsche Banken daran gehindert sind, Filialen in Dresden zu halten, so sind die tatsächlichen Filialen im gegenwärtigen Dresden eben nicht Filialen tatsächlich deutscher Banken. DEUTSCH sind hier nur WIR, und das geht die empirischen Deutschen nichts an.

*

Die Emnid-Umfrage von vor zwei Wochen zeigt ein wirtschaftspolitisches Profil, das einen Dritten Weg begünstigt, was der SPIEGEL herunterspielt. Jeweils 59 Prozent sind gegen Privatisierung volkseigener Betriebe und für ihre Überführung in genossenschaftliches Eigentum der Belegschaften. Weit über zwei Drittel sprechen sich für die Durchsetzung des Leistungsprinzips, gegen eine Währungsreform und für Joint ventures aus. Die Zufriedenheit mit der beruflichen Lage in der DDR viel geringer als in der BRD (34 zu 60 Prozent). Die Beurteilungen der Übersiedlung in den Westen unterscheiden sich „wie Tag und Nacht“, je danach, ob jemand vor oder nach der Wende gegangen ist. Die sozialen

Errungenschaften der DDR werden auch von den Oppositionellen großenteils als denen der BRD überlegen angesehen. Der SPIEGEL schließt auf „Stolz auf die vom Volk selbst erzwungene Wende“.

*

Wie Necker die Durchkapitalisierung der DDR umschreibt: „Für mich ist es völlig unverständlich, wie jemand auf die Idee kommen kann, den Menschen zu verbieten, fleißig zu sein, ein Unternehmen aufzubauen.“ Warum nicht fleißig eine Bank gründen? Eine Automobilfabrik? Eine Chip-Firma? Einen Fernsehsender? — Etwas anderes wäre es, wenn Necker meinte, was er wortwörtlich sagt. Damit läge er auf der Linie jeder Vorstellung eines modernen Sozialismus: an den Rändern der Großbetriebe und an der Schnittstelle zu den Verbrauchern ein Schwarm von kleineren und mittleren Betrieben aller Eigentumsformen.

Das große Kapital versteckt sich hinter dem kleinen der fleißigen Leute, das KAPITAL hinterm kAPITAL. Nur 49 Prozent an Joint-ventures kommen nicht in Frage, nur Mehrheiten oder nichts geht. Necker: „Nur wenn die DDR ((unter solchen Bedigungen)) für Investitionen attraktiv wird, wird sie für die Menschen attraktiv.“

WIR planen eine private Investitionsrisikoversicherung mit anfangs „etwa 250 Millionen Mark“.

29. Dezember 1989

Gestern von Touristen von Ceausescus Ende gehört. Die Armee hat sich gegen ihn und die Geheimpolizei gestellt und ihn und seine Frau liquidiert. Ein Zeuge aus der Welt geschafft.

Nun halten sich Kriegskommunismus und Ideokratie nur noch in Asien. In Osteuropa treten überall Logik und Akteure der Zivilgesellschaft nach vorn, belauert vom Bürgerkrieg. Vom Standpunkt unserer Kapitaldenker ein zu penetrierender und zu kolonisierender M*arkt.* Die Bevölkerungen wollen einen

f*unktionierenden* Markt. Ein riesiges Quidproquo. Was mag dabei herauskommen?

*

Die hochtechnologische Produktionsweise funktioniert nur transnational. Globalisierung aller Strategien und Institutionen ist die Tendenz. Die EG ein riesiges Gebiet, das schon vor seiner Bildung den ehemaligen Ostblock in seinen Bann zieht. Und doch auch wiederum nur eine Basis unter anderen, auf der die übrigen Hauptländer ihre Stützpunkte errichten, wie die EG-Kapitale in diesen, und von wo aus ein Netz von Aktivitäten rund um den Globus gespannt wird. Die Sozialismen dabei gescheitert, ein zweites Weltsystem aufzubauen, das mithalten könnte. Sie brachten es nie weiter als bis zu einer Solidarität, die den ökonomisch Schwachen, soweit sie politisch nicht allzu eigenwillig waren, Gebrauchswerte zuteilte. Im RGW sollte über die Vernetzung der Pläne eine internationale Arbeitsteilung die Vorteile der Großproduktion erschließen. Markt war marginal, zwischen den Volkswirtschaften vermittelte kein „wirkliches" Geld, nur Rechengeld, Transfergeld. Die Genossen waren rettungslos in die Staatsfalle getappt. Dem unausgefüllten und etwas naiven Vergesellschaftungsdenken von Marx hatte sich ihnen bewusstlos der Staat als absolutistisches Subjekt unterschoben. So schlug der bei Marx zivilgesellschaftliche Gedanke der „freiwilligen Assoziation der Individuen" um in den mechanischen Zwangsverband des Staatssozialismus.

31. Dezember 1989

Der nächtliche Sturm hat den Hibiskusstrauch im Vorgarten unseres Bungalows umgeworfen. Noch blüht er, eine entwurzelte Hoffnung.

Der Stalinismus ist nur als Ausnahmestaat und -zustand möglich. Einige Aspekte (nicht der dominante Produktivismus, jener Absolutismus des Ingenieurs) vielleicht mit Carl Schmitt denkbar. Vielleicht sogar so, dass die Kompetenz, zwischen Freund und Feind zu unterscheiden, es war, die eine permanente Zufuhr („Zuführung", in der DDR-Sprache, die eine späte Restform fasst) von Feinden

verlangte. Es bedurfte der „Volksfeinde“, um die Notwendigkeit dieses Staats ständig neu darzustellen. Im Ernstfall hat der Stalinismus sich in solchen historischen Situationen „bewährt“, wo entweder der Feind eine destruktive Realität darstellte oder die Situation konstruktive Aufgaben von historischem Ausnahmecharakter definierte. — Mit C.Schmitt kommt man nicht weit. Die Unterscheidung zwischen Freund und Feind voll wirksam nur, wenn vom Volk erfahren und vollzogen. Das Volk wusste offensichtlich zu unterscheiden zwischen herrschaftsfunktionaler Ausnahmezustands- und Feindbestimmung und wirklicher Ausnahme und Feindschaft. Die phantasmagorische Verfolgung des unsichtbaren inneren Feinds bedrückte es; gegen den wirklichen Feind, nachdem es ihn erst als solchen erfahren hatte, bot es alle Kraft auf. (Es waren die nazistischen Deutschen, die diesen sichtbaren äußeren Feind und damit die Notwendigkeit des stalinistischen Ausnahmestaats verkörperten.) Massenhafter Enthusiasmus trug Stalins Politik außerdem bei der Industrialisierung und beim Wiederaufbau nach dem Krieg. Stalin personifizierte diese drei historischen Ausnahme-Notwendigkeiten und die durch sie bedingte Notwendigkeit politischer Einheit.

Die Form der Motivation zur Ausnahme ist die K*ampagne.* Als Normalform ist die Kampagne konterproduktiv, Stoff für zynische Witze und subversive Haltungen scheinhaften Mitmachens. Die dauernde „Arbeit“ der Kader an der Arbeitsmotivation: Pseudo-Aktivierung, darauf beruhend, dass alles Recht auf gesellschaftliche Praxis aus der Gesellschaft herausgezogen und im Apparat (Partei-Staat) zusammengezogen war. Es ist verkehrt, die Passivität der Massen zur Legitimation der Kampagnen heranzuziehen. Die Aktivierung-von-oben w*ar* die Passivierung.

Nun da dieses Oben durch seinen Misserfolg erledigt und vom Volk abgesprengt worden ist, können viele sich eine Besserung ihrer Lage nicht anders als vermittels eines anderen „Oben“ vorstellen. „Die Unternehmer“ scheinen, in Umkehrung bisheriger Feindpropaganda, eine transzendente Rasse zu verkörpern, die Götter einer Alltagsreligion der Subalternen. Versachlicht im K*apital.* Das

Unaussprechliche, für das die bisherige Machtrealität keine Sprache und keine Ansprüche hinterlassen hat (im Gegensatz zum Konsum), worum sich aber jetzt alle Kämpfe drehen, ist die Alternative einer Demokratisierung auch und gerade der Wirtschaft, also der Selbstregierung der Gesellschaft in ihrer Produktion.

Demokratisierung der Wirtschaft wird nicht für sinnvoll gehalten, weil man spürt, dass die eigentümliche Härte des Kalküls der Optimierung, welches die Ökonomie erst zur Ökonomie macht, notwendig ist. Die meisten wünschen diese Härte auch g*egen sich,* nachdem sie *l*ange genug den bloßen Appell zur Produktivität in seiner Idiotie erfahren haben. Man muss untersuchen, wo realer Widerspruch zwischen Demokratie und Produktivität besteht und wie die Verhältnisse in der Ökonomie gestaltet werden müssen, damit hier keine Blockierung eintritt.

*

Die von der Apparatmacht verwalteten Ideen sind nie ganz und für alle entwertet worden. Die Verwalter monopolisierten, mit Brecht zu sprechen, eben auch das Tun des Nützlichen. Viele der radikalsten Revolutionäre gegen den SED-Staat stammten aus der SED. Ein anderes Indiz sind jene unterm alten Regime verfolgten und geschurigelten Widerständigen, die jetzt zu den Trägern einer sozialistischen Alternative gehören und schon wieder Verfolgung auf sich ziehen.

ZWEITER TEIL

1990

2. Januar 1990

Das Warten auf Nachrichten, das mich auf die Folter gespannt hatte, mit der Übersetzung einiger Paragraphen aus Gramscis *Quaderni* ausgefüllt. Nun endlich wieder eine Zeitung (DIE ZEIT vom 29.12.).

„Viel zu lesen und wenig zu essen", so berichtet Kuczynski, was ihm eine Freundin aus Leningrad gesagt hat. Gorbatschow, von Time-Magazin inzwischen zum „Mann des Jahrzehnts" befördert (was Schmidt-Heuer übernimmt), der durch die Wirtschaftskrise und die politische Polarisierung aufs höchste gefährdet ist, hat anscheinend den rumänischen Bürgerkrieg seinen Kontrahenten zum Lehrstück gemacht. Momentan muss er aus der lähmenden Defensive herausgekommen sein, die seinen Pravda-Artikel vom 28. November mit Kraftlosigkeit geschlagen hatte. „Als die in Wortgefechten noch eben heillos zerstrittenen Volksdeputierten im Banne des rumänischen Dramas plötzlich wieder einmütig auf Michail Gorbatschows Stichworte warteten, da erfasste dieser blitzartig seine Chance", schreibt Schmidt-Heuer. „Mit sicherem Gespür dafür, dass die Massaker in Rumänien allen Moskauer Provokateuren zentralistischer Gewaltlösungen (aber sieht Schmidt-Heuer denn nicht die Komplementärgefahr der Patikularismen aller Art?) fürs erste das Blut in den Adern gefrieren lassen mussten, zog Gorbatschow selbst mit schneidenden Worten den Trennungsstrich zwischen der Freiheit der anderen und den Grenzen der eigenen Nationen." Es sind immerhin ein rundes Hundert solcher Nationen und Natiönchen. Gorbatschow bezog wieder Position zwischen den Bremsern und den Abenteurern.

Die Römer haben Gorbatschow vor zwei Wochen laut Sergio Segre „wirklich wie einen König empfangen — mit einer unglaublichen Begeisterung", wie allenfalls einst John F. Kennedy, und das, obwohl sie Skeptiker sind. Titelseite der größten italienischen Zeitung: „Gorbatschow — König von Rom". Es gibt eben auch Volkskönige.

4. Januar 1990

Im Traum Margaret Thatcher den Dritten Weg erklärt, sie hörte zu wie eine Königin. (Die Lösung war einleuchtend, selbst für sie. Beim Aufwachen leider vergessen.) Dann im neuen DDR-Kultusministerium bei einer Art Einweihung, alles provisorisch, ärmlich aber hoffnungsvoll. Kostproben in kleinen Schälchen standen auf einem Tisch. Volker Braun trug diskret ein Schälchen zur Seite. Ich erwischte keines mehr, konnte aber bei einem andern probieren. Die Substanz, von einem berühmten Dichter hergestellt, schmeckte süß und tropisch.

Auf der gestrigen Wanderung durch die Passatwolke und den Regenwald zum Norden der Insel trafen wir auf dem schmalen Abstiegspfad über einem engen, an den Seiten terrassierten Bachtal eine Alte mit drei schwarzen Ziegen. Als sie herausgefragt hatte, dass wir *alemanes* waren, sagte sie, wir seien sicher sehr zufrieden mit unserer *unión*. Das Fernsehen hat es in das letzte Tal getragen, die ganze Welt schaut zu, wie die Deutschen durchs Brandenburger Tor strömen.

Der Stockholmer Vortrag rückt drohend näher. Noch immer keine Zeitung. Wir sind mitten im vielfältigen Umbruch. Was kann man jetzt schon sagen? Unsere Herrschenden möchten glauben, es sei der endgültige Abbruch des Sozialismus. Unsere Hoffnung, der Umsturz der befehlsadministrativen Systeme würde eine demokratisch-sozialistische Alternative freisetzen, wird auf eine immer härtere Probe gestellt. Die Perestrojka am Rande des Chaos.

*

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit — für Theo Sommer sind das (auf der Titelseite der ZEIT) die Leitworte der Revolution im Osten. Für Dahrendorf (ein paar Seiten weiter) lauten sie: *Demokratie, Markt, Pluralismus*.

Die ZEIT bestätigte sich als Grandseigneur der bundesdeutschen Presse, als sie zum 80. Geburtstag der Gräfin Dönhoff im *Goldenen Saal* des Hamburger Hotels *Atlantik* ein Symposium über „Ursachen und Folgen der osteuropäischen Revolution `89“ veranstaltete. 25 Diskutanten, alles, was gut und teuer ist in Ost und West, von der SPD Bahr, Brandt, Fetscher, Schmidt, niemand von den andern

bundesdeutschen Parteien, sieht man vom Bundespräsidenten ab. Oder ist Dahrendorf noch in der FDP? Auf 14 Zeitungsseiten drucken sie eine Schriftfassung. Begonnen hat das dreitägige Colloquium am Tag nach Gorbatschows Besuch in Rom.

Nach *Daniel Bell* behauptete der Marxismus, „seine Vorstellung sei ein Teil eines historischen Plans, der vom Demiurg der Geschichte geführt werde und sich in der Verwirklichung der Geschichte erfüllen werde. Die Wurzel dieser Ideologie lag in der Vorstellung, dass Moral und Ethik nur in Bezug auf Klassenvorstellungen und geschichtliche Entwicklungsstufen beurteilt werden können." Nach dem Tode dieses Marxismus geht es „um die Annahme einer grundlegenden Wertorientierung, die über die Klassen, über die Geschichte hinausweist. Es geht im Kern um eine transzendierende Moral, und es gibt ja moralische Absolutwerte". Deren erster sei der „Grundsatz von Toleranz und Pluralismus". — Ich bin gewiss auch dafür. Aber das zur absoluten Transzendenz aller Geschichte zu erklären, ist einigermaßen kindisch. Liegt dem die Befürchtung zugrunde, ohne diese Würdeworte aus dem Repertoire eines Beerdigungsinstituts nicht an der historisch erkämpften politischen Kultur festhalten zu können? Aber merkt er nicht den Widerspruch in der Hochstilisierung des Pluralismus zum „Absolutwert"? Das heißt doch, dass es auf der Ebene der Grundwerte keinen Pluralismus gibt, wie auch keine Geschichte. In der Sache geht es um Menschenrechte, Pluralismus und zivile Konfliktbearbeitungsformen. Diesmal gleich doppelt verkleidet, einmal als „modifizierte Form des Kategorischen Imperativs", dann als „Liberalismus in einer zivilen Gesellschaft". Es ist, als suchte Bell transzendente Hilfe gegen das Unheil, das er heraufziehen sieht, neue „machtorientierte Staaten" und mit ihnen rassistische Schrecken des 21. Jahrhunderts. Das Jenseits als Strohhalm der ertrinkenden Menschheit.

Der ungarische Botschafter in der Schweiz, *János Hajdú*, missversteht Kuczynskis These von der „konservativen Revolution" in der sozialistischen Welt gründlich — als konservative Gegenrevolution oder faschistoiden Rechtsdrall statt als eine den

Sozialismus bewahrende Revolution --, und keiner merkt es. Es muss halt doch zum Teil auch ein Gespräch von Gehörlosen gewesen sein. Jedenfalls versteht er, dass die Entwicklung nach rechts geht; er sieht sogar „Rassetheorien" Anhang unter der Jugend gewinnen. Die „Diktatur des Proletariats" müsse überdacht werden, findet er etwas spät. Die zentrale Planwirtschaft war, als „es darauf ankam, die Länder aus Ruinen und mittelalterlichen Zuständen in die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts zu führen, gut." Nicht aber, um mit dem Westen Schritt zu halten. Eine Schlüsselfrage heute, „welche Ideen in einem pluralistischen Wettbewerb auf lange Sicht obsiegen". Er sieht klar, dass „die Nachfrage außerhalb von Europa nach möglichst schnellen und grundsätzlichen Umwälzungen von Gesellschaft ... immer erdrückender auf uns zukommt". Dagegen in Europa, vor allem in den bisher kommunistisch regierten Ländern: „Es besteht ... die große Gefahr, dass der Begriff Sozialismus, also einer egalitären Philosophie — letztendlich als Angebot des 20. Jahrhunderts nichts anderes als eine Antwort auf den Wunsch der Massen, Chancengleichheit erkämpfen zu können --, hoffnungslos kompromittiert ist. Das scheint mir die große Tragödie jener Region zu sein." — Mit der Tragödie hat er wahrscheinlich recht, aber sein Sozialismus-Begriff ist zu eng und ungedacht: Chancengleichheit der Massen — mit wem? Den Eliten? Offenkundiger Unsinn. Der „Umbau der Welt zur Heimat" sieht etwas anderes vor als die Chancengleichheit der Kühe mit den Tigern.

Sergio Segre von der KPI — schlecht vorbereitet, schlecht gedacht, vermutlich noch dazu schlecht übersetzt. Energisch entschlossen, weg vom Image des Kommunismus zu kommen, drängelt er an die Sozialdemokraten und den Liberalen Dahrendorf auf eine Weise heran, die ihm dort nicht nur Respekt eintragen wird. „Die Werte des progressiven Liberalismus, die heute Herr Dahrendorf mit großer Autorität darstellt, sind auch unsere Werte." „Jede Philosophie und jede Idee zielen rational auf eine Endlösung der Geschichte." Die es natürlich nicht gibt, sowenig wie eine „Endgesellschaft". Merkwürdigerweise vom Fernsehen der neuen DDR „sehr enttäuscht": „Es fehlten völlig die Ideen." Er nimmt mit Recht an der überragenden Bedeutung Anstoß, die der Abrechnung

mit den gestürzten alten Regierenden beigemessen wird, in umgekehrter Proportion zum Interesse an der Neugestaltung.

Iring Fetscher: Das Ziel einer „homogenen Gesellschaft", die keine Parteien etc. mehr braucht, ist aufzugeben. Meint er die klassenlose Gesellschaft? Er lobt Lenin und nennt den Leninismus mit einigem Recht „eine Erfindung von Stalin". Ökologische Gefahr und Verelendung der Dritten Welt stehen bei ihm für Grenzen der Leistungsfähigkeit der „Marktökonomie", wie auch er, fürchte ich, den Kapitalismus umschreibt. Wohlmeinend, aber ungenau. Marx sei widerlegt in seinem (vermeintlichen) „Glauben..., dass der Kapitalismus seine Dynamik erschöpft" habe „und ihn daher der Sozialismus ablösen werde, um eine höhere Produktivität zu erzeugen." Im *Kapital* werden der Mechanismus der Durchschnittsprofitbildung, eine Tendenz des Sinkens der Profitrate bei relativem Wachsen des Anlagekapitals gegen das in Lohn verausgabte Kapital und gegenwirkende Ursachen (Kapitalzerstörung durch technische Revolutionierung, durch Krisen und Krieg) analysiert. Natürlich nicht die Institutionen und Instrumentarien zum Krisenmanagement. Entscheidend ist doch aber, ob man die Entwicklung begrifflich damit denken kann. — Den zweiten und den dritten Gedanken von Marx gegen das Kapital sieht Fetscher im Hinweis auf die Zerstörung der Erde und den Menschen. Letzteres durch die Gewerkschaften praktisch widerlegt. Ersteres in Gestalt der Ökokrise bestätigt. Er lässt weg, dass Sozialdemokratie eine Besserung für die Arbeitsbevölkerungen nur der entwickelten Länder bedeutet, bei Export, nach der Logik des Schwarzen Peters, der Ausbeutungsdynamik in die Peripherie. Dort die Menschenzerstörung grandios.

4. Januar 1990 (2)

Hunger ist der beste Koch, auch bei Informationen. Zuerst den SPIEGEL verschlungen. Obwohl ausgehungert nach Nachrichten, gemerkt, wie arm an Nachrichten das Blatt. Ein Meinungsorgan, kapitalzugewandt, viel reaktionärer als sein Ruf.

Proben aufs Exempel: „Der Sozialismus, er wurde 1989 unfeierlich zu Grabe getragen." Es folgt die übliche Klausel, gleichsam das Kleingedruckte: „Jedenfalls jener, der als Realsozialismus in vielerlei Variationen über ein Dutzend Völker beherrschte." „Sozialismus, das waren vor allem Bürgerkrieg und Gulag, Massaker, Schauprozesse, Hunger, Mangelwirtschaft, geistige Öde, Speichelleckerei, Korruption und Terror". „Im ganzen ehemaligen Ostblock wird der ehemalige Sozialismus heute als 'teuerster Umweg vom Kapitalismus zum Kapitalismus' verhöhnt, dessen einzige bleibende Großtat die Vernichtung Hitler-Deutschlands war — aber zu welchem Preis?" (Hätten sie den Preis zu hoch finden und den Nazismus siegen lassen sollen?)

Keine Umstände mit demokratischem Sozialismus oder einem „Sozialismus mit menschlichem Antlitz": Aus den Sprüchen des schwedischen Finanzministers im ZEIT-Gespräch machen sie: „Sozialismus mit menschlichem Antlitz sei in Wirklichkeit Kapitalismus mit menschlichem Antlitz — und den verkörpere die Sozialdemokratie." Honecker und die andern alten Führenden natürlich im finstersten Orkus, und „vielleicht auch manche noch Amtierende wie die Gysis und Rakowskis" werden „bald ebenso bewertet". Und Gorbatschow: „Nun scheint gerade ihn, der das Ganze anstieß, das Leben zu bestrafen." Zumindest der SPIEGEL bestraft ihn schon einmal symbolisch: Ein rötlicher Gorbatschow-Kopf, um den herum Dominosteine aufgestellt sind, die Reihe ist mitten im Fallen. Dominotheorie auf die sozialistischen Länder angewandt. Das alte Denken. Überall „verlassen die Völker den von Lenin gewiesenen, von Stalin betonierten Weg. Das Imperium des Kommunismus fällt." Die Borniertheit gibt dem Neuen keine Chance. In der Bildbeilage zeigen sie Jelzin, nicht Gorbatschow, am Sarg von Sacharow. Und einen DDR-Demonstranten, dessen Schild einen Honecker in Sträflingskleidung zeigt.

Politische Bosheit, den Moment auskostend, interpunktiert mit Quatsch. Ein Beispiel: Die Revolution in der DDR habe Marx „Lügen gestraft", weil dieser gesagt hat, in Deutschland sei noch nie eine Revolution geglückt. In

Westdeutschland stimmt der Satz noch immer, der ja gerade zur Revolution, und zwar einer glückenden, in Deutschland aufstachelt.

*

In Bukarest das Fernsehstudio zum Schauplatz der Revolution geworden: Kriegsgericht über Ceausescu und seine Frau, danach die Leichen, immer wieder gezeigt, zur Entmutigung der noch kämpfenden Anhänger.

*

Mitterand: „Revolution der Freiheit". Außerhalb des ursprünglichen Programms (und im Gegensatz zu Kohl) empfing er Gregor Gysi für anderthalb Stunden.

*

Bergmann-Borsig: Vor drei Wochen die erste von der Belegschaft selbst organisierte Betriebsversammlung. Ein „Gesellschaftlicher Rat" gewählt. Er soll Korruption und Machtmissbrauch im Betrieb unterm alten Regime untersuchen. Nichts über Ansprüche auf Selbstverwaltung. „Bisher", sagt ein Meister, „hat die Leitungstätigkeit der Kader doch nur darin bestanden, auf keinen Fall etwas zu riskieren. Mit diesen Leuten gehen wir unter." Die meisten für westliche Beteiligung, nicht Übernahme. Dem SPIEGEL kurios: „Ihre Identität speist sich aus Trotz, Heimat und der Sozialversicherung." Die Arbeiter und Ingenieure erscheinen dem Redakteur (Cordt Schnibben) „wie entlassene Strafgefangene, die um die Chance zum Neuanfang bitten". Abschließend zitiert er den SED-Parteitagsdelegierten Harry Dolch: „Ein sozialistischer Kapitalismus? Ich schließe nichts mehr aus!"

*

Technikeinsatz vs. Effektivitätsgewinn — der aufgeklärte Absolutismus des alten Regimes dachte in Begriffen des ersteren, denn Technikeinsatz ist anordenbar, Effektivitätsgewinn allenfalls anstrebbar. Darum die Riesenanstrengung der DDR,

angesichts des COCOM-Embargos eine eigne Mikroprozessorproduktion nach Weltmarktstandards aufzubauen, schief gegangen. Leider der SPIEGEL-Journalismus auf solchem Gebiet besonders unzuverlässig. Er schlachtet eine Studie aus, die an der Wissenschaftsakademie der DDR schon Mitte letzten Jahres vorgelegen haben soll (erstellt unter Leitung von Wolfgang Marschall). Man habe sich auf die eigne Produktion von Bauelementen und Prozessoren konzentriert und dabei notgedrungen die Entwicklung in ihrer ganzen Breite vernachlässigt. Der Honecker im August überreichte 32-bit Prozessor ein potjemkinsches Bauwerk. Bislang Pilotserie von 20.000 Stück. Siemens produziert angeblich seit 1986, derzeit monatlich 2 Millionen Stück. Man soll laut Marschall intelligenzintensive Produkte bevorzugen: zum Beispiel anwenderspezifische Schaltkreise. Aber schon sind Softwarespezis in den Westen abgewandert.

Am Tag vor Weihnachten der Ost-Markkurs auf 1 zu 7 gestiegen. Unter den Linden drängten sich die Besichtiger aus dem Westen wie im November die aus dem Osten auf dem Kudamm.

Die Regierung hat die Organisationen des Runden Tischs mit allen Mitteln ausgestattet, bis hin zu Tagegeldern und Autos. Die SED muss ein Gebäude räumen — unter Zurücklassung der Möbel. Der RT umgezogen in ein staatliches Konferenzgebäude.

Im deutschen Westen hat die Zuwanderung die Wohnungsnot in die Schlagzeilen gebracht. Aber bereits seit 1985 klaffen Nachfrage und Angebot auf dem Wohnungsmarkt immer mehr auseinander. Für 1989 schätzt man 160.000 neue Wohnungen auf 450.000 neue Haushalte. Der berühmte „Markt“ zeigt eine seiner Grenzen. Nicht umsonst war sozialer (kommunaler) Wohnungsbau eines der ersten großen Reformfelder der Sozialdemokratie. Jetzt müsste man der Neuen Heimat nachweinen.

4. Januar 1990 (3)

ZEIT-SYMPOSIUM:

Hans Jonas erklärt Dahrendorfs Deutung für „anachronistisch“ und alle traditionellen politischen Ideologien für überholt. Auf der Tagesordnung steht die durch die „Zwangslagen, in die unsere Umweltverwüstung uns selber bringen wird“, diktierte *Einschränkung der Freiheit*, nicht ihre Vergrößerung, entweder bald, freiwillig und menschenwürdig vollzogen — oder spät und fürchterlich. Imperativ: dass es eine Menschheit auf Erden geben soll. „Wir wissen nicht, welche politischen Instrumentalitäten unsere Kompatibilität mit der Biosphäre erhalten können, aber wir müssen danach suchen.“ Die erste Freiheit, die staatlich eingeschränkt werden muss, die der Fortpflanzung. Was jetzt zu triumphieren scheint, der „Individualliberalismus“, ist mit der Biosphäre inkompatibel geworden. „Uns verwöhnte Genießerbevölkerungen feuert der Kapitalismus ja dazu an, noch mehr zu genießen, und er erzeugt künstlich Bedürfnisse, an die an sich niemand denken würde.“

Jonas hat recht: Eine der Kräfte des gegenwärtigen Umbruchs ist der konsumistische Impuls, den der Kapitalismus als (ihm an sich gleichgültige) Existenzbedingung erzeugt und ständig erweitert reproduziert. Ein Blick auf die Werbung „zeigt, welches Spiel läuft, nämlich mehr, mehr und mehr.“ Kein konkurrierendes System könnte in dieser Hinsicht mitkommen. Daher so fürchterlich, dass der Staatssozialismus nie die Chance zu einer realen Alternative hervorgebracht hat, naturverträgliche Genußformen in den Vordergrund stellend. (Und ich schreibe dies im Charterurlaub, freilich in einem mit Wandern und Schreiben zugebrachten.)

Dahrendorf greift ein mit der Aufforderung, die Situation darauf „abzuklopfen, was denn an neuen Ideenmöglichkeiten auftaucht, wenn man sich vom Monopol einer einzelnen und einzigen Ideologie abwendet.“ Vor allem möchte er diskutiert haben, „wie es denn mit dem demokratischen Sozialismus steht, ob es mittlere Wege gibt“.

Willy Brandt: Natur und Weltbevölkerung gehören in den Vordergrund, „wenn über Markt und öffentliche Verantwortung gesprochen wird“. Wehrt sich gegen Gleichsetzung von Kommunismus und Sozialismus. Statt von demokratischem

Sozialismus spricht er von „einer freiheitlichen Sozialdemokratie“, „wie ich es zu nennen vorziehe“. Darüber werde in der Sowjetunion viel nachgedacht, auch von Gorbatschow. Wie Segre identifiziert er damit Dahrendorfs, dieses Sozialismus-Beerdigers, Ideen eines „modernen Liberalismus“. Ins Haus Europa gehöre die Sowjetunion nicht, anders als die Länder „zwischen Deutschland und Rußland“. Zu ihnen wird es eine „abgestufte Nähe“ geben. Für die Sowjetunion entscheidend, ob es gelingt, sie in eine Bundesrepublik umzuwandeln.

Oleg Bogomolow: „Heute spricht man bereits ... darüber, dass die Leninschen Ideen von Anfang an Fehler enthielten.“ Unklar, vieles verschwimmt: „Die deutschen Sozialdemokraten verwenden ja auch schon andere Formulierungen, etwa ‘soziale Marktwirtschaft'.“ Dann immer mehr durcheinander.

Helmut Schmidt: Plato, Kant, Naturrecht, „Perikles, Marx oder Lenin: Sie alle haben etwas ...beizutragen... Gleichwohl: Das 21. Jahrhundert haben sie nicht vorhergesehen.“ Würdekomik, dazwischen handfeste Einsichten. Der Grundwiderspruch der Politik des 21. Jahrhunderts werde sein, in nationalstaatlichen Formen globale Probleme zu behandeln. Der Nationalstaat — ein weltweit grassierender Fluch. — Gorbatschow glaube „insgeheim..., eines Tages die Sowjetunion zu seiner Vorstellung des schwedischen Wohlfahrtsstaats führen zu können. Er denkt vielleicht nicht daran, dass dort Generationen von Demokratie vorhergegangen sind, dass mit dem schwedischen Wohlfahrtsmodell gleichzeitig Hochkapitalismus Hand in Hand geht und außerdem obendrüber ein Königshaus steht.“ — Globale Probleme: Vervierfachung der Weltbevölkerung in diesem Jahrhundert. nun ein „Beispiel für das Unheil“, das bevorsteht: 6 Milliarden wollen es abends beleuchtet haben, ihr Essen kochen, in vielen Gegenden heizen. Ohne eine Silbe der Reflexion zu verschwenden, springt er nun in eine hundertmal kleinere Welt, wo nicht in Milliarden gerechnet wird: „Hunderte von Millionen wollen gleichzeitig Auto fahren, und zigmillionen wollen gleichzeitig mit dem Flugzeug fliegen. Eine unglaubliche Steigerung des Energieverbrauchs steht uns bevor. Wir haben bisher keine Lösung für das Energieproblem.“ Der

Treibhauseffekt wird die Landoberfläche verringern und Völkerwanderungen und Kriege auslösen. Das wird „ideologisch gefüttert und mit Auseinandersetzungen zwischen den Ideologien der alten Völker auf der einen Seite — dazu stecke ich alle, die Kommunisten, Sozialisten, Kapitalisten, in einen Sack — und islamischem Fundamentalismus auf der anderen Seite untermischt sein." Auch die 80 Millionen Muslime in der Sowjetunion werden sich noch melden. — Dazu sieht er Wirtschaftskrisen voraus: „Schon viel früher werden wir an eine Grenze der Funktionstüchtigkeit der global verbundenen Weltwirtschaft geraten sein."

Komisch wird es wieder, wo er die kapitalistischen Krisen irgendwie als Generationenproblem abhandelt, sich mit den „Bankiers" gegen „ihre jungen Leute" verbündend, „wenn diese sich — Psychopathen, die sie allesamt sind — mit ihren Laptop-Computern von irgendwelchen psychologischen Bewegungen auf dem Weltaktienmarkt oder auf dem Weltgeldmarkt anstecken lassen. Man kann erst im Laufe des Mittags oder Abends zu bilanzieren versuchen, was die jungen Leute veranlasst haben, und am nächsten Tag steuernd eingreifen." Das ist ein Echo auf den großen Börsenkrach vom Oktober 1987. Was nicht sein soll, kann nicht sein. Nicht der Kapitalismus produziert die Krise, die „jungen Leute ..., Psychopathen allesamt", sind schuld. Man sieht: es ist ein Gespräch unter *elder statesmen* & Co. Aber belehrend allemal.

Quintessenz: „Mich interessiert eigentlich das Ende des Kommunismus nicht mehr, das Ende des Kapitalismus auch nicht." Wo Dahrendorf von Demokratie, Markt, Pluralismus schwärmt, begreift Schmidt die Grenzen des Markts, die enge Begrenztheit der Demokratie (skeptisch, was die Sowjetunion angeht, sie für China und Japan geradezu ausschließend). Setzt auf Ethik, ohne Bells überhistorischen Heiligenschein, einfach aus Überlebensnotwendigkeit dieser ins Unheil stürzenden Menschheit.

Ein schwacher, konzeptionsloser Korotitsch (Chef des „Ogonjok"). Helmut Schmidts Blick strategisch, sieht aber schwarz.

5. Januar 1990

Auf dem Rückflug nach Berlin verschlinge ich Zeitungen, bis mir schwindelig wird. In *Le Monde* Marcel Rigout, der bis zur liberalen Wende der Sozialisten die Kommunisten in der Regierung der Linksunion unter Mitterand vertreten hat: „Was für mehrere Generationen eine unermeßliche Hoffnung dargestellt hat, bricht heute zusammen. Wir können der Feststellung nicht entgehen: Der bürokratische und staatliche Sozialismus ist vollständig gescheitert (est un échec complet)." Aber für ihn ist es nicht der Kommunismus selbst, der da in Agonie liegt, denn dieser „bleibt das Ideal: der sozialistische Humanismus, die Befreiung des Menschen".

Helmut Fleischer hatte in dieser Hinsicht recht: der bisherige Sozialismus wird nun *historisiert*. Ich muss Ernst Nolte neu lesen. Viele betreiben im Banne des Augenblicks den totalen Kehraus. *Vae victis*. Pardon wird nicht gegeben, von Fairneß zu schweigen. Man muss diese Vorgänge für ein dialektisches Geschichtsbewusstsein erschließen.

Michel Thibon-Cornillot (Dozent an der berühmten Pariser Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales): „Démesure, paranoïa. imaginaire..." — über das Verhältnis von Medienschein, Volksphantasie und Wirklichkeit am Beispiel der Meldungen über den rumänischen Bürgerkrieg. Aufgrund detaillierter Umfragen in Krankenhäusern rechnet er die 60.000 Medientoten auf unter 1.000 herunter. Ihn interessieren „systèmes et déformations médiatiques", vor allem die „Zirkulation des Imaginären", wie sie resultiert aus dem Zusammentreffen des westlichen Mediendispositivs mit den „paranoiden Phantasmen der rumänischen Gesellschaft, die von den um das Paar Ceausescu versammelten korrupten Bürokraten geprägt sind". Da wirkt ein „Resonanz-Effekt, der die Zahl der Opfer hochschießen lässt und die Worte entfesselt: 'Genozid', 'Massaker', 'Schlachthäuser', 'Hitler', 'aufgeschlitzte schwangere Frauen' usw. — ohne dass es möglich wäre, den mindesten Zweifel zu entwickeln, die geringste Nachforschung anzustellen." Unter den Leichen, die den Kameras als „Opfer" buchstäblich vorgelegt wurden, waren auch die getöteten Geheimpolizisten. *Gerüchte* als phantasmatisches Material: ein

lybischer Hubschrauberträger im Schwarzen Meer, dessen Maschinen den Flughafen angreifen; eine Invasion der ungarischen Armee in den Westen des Landes; das Hotel Intercontinental von Falschirmjägern besetzt, die Gäste als Geiseln genommen, aber von sowjetischen Fallschirmjägern gerettet. Die spontanen Phantasien und Medieneffekte seien zudem von einigen Leuten bewusst instrumentalisiert worden. Denkt er an die Sowjets? „Wie könnte man die erzieherische Wirkung übersehen, die der Bericht derartiger Gewalttätigkeiten auf der russischen Politikszene spielen kann?“

So erscheint diese „erste Revolution in Direktschaltung“ auch als phantasmatisches Ereignis, an dem es „die durch die zeitgenössischen Mediendispositive überschrittenen neuen Grenzen“ zu studieren gilt. — Ihn interessiert nicht, wie der Fall Panama gleichzeitig umgekehrt proportional heruntergespielt wurde. Ob da nicht US-Interessen im Spiel sind?

In der ZEIT vom 29. Dez. heißt es auf S.5: „Bis zu 1.500 Tote wurden bis Dienstag von Ärzten gezählt.“ Gemeint sind Panamesen, Opfer der US-Invasion. Auf der Titelseite derselben Ausgabe ist nur von „Hunderten von getöteten Zivilisten“ die Rede.

*

Laut *Le Monde* beträgt die Auslandsschuld der DDR 20,6 Milliarden US-Dollar. Die polnische Regierung betreibt der New York Times zufolge ein „Zusammenbruchsprogramm, um die Wirtschaft in den Kapitalismus hineinzutreiben“, indem sie Inflation und Arbeitslosigkeit loslässt (Int.Her.Tr., 1.4.90, 4).

Die Sowjetunion „ist ein Imperium in Zusammenbruchsgefahr“ und „muss vor sich selbst gerettet werden“ (William Pfaff in Int.Her.Tr., 1.4.90). Sie sei das letzte Imperium des 19. Jahrhunderts. Die Alternative heute nicht mehr teile und herrsche, sondern *divide or die*, teile (dich selbst) oder stirb. Nationale Auflösung oder Zusammenbruch „wegen Überausdehnung und Verschwendung der

Ressourcen des Landes in einer kriegsgeborenen Supermachtrolle“. — Vor kurzem diskutierte man noch die These vom *imperial overstretch* (der imperialen Überdehnung) der USA, sah in deren Rüstungsausgaben einen Grund für das technologische Zurückbleiben, das chronische Handelsdefizit und die schwindende Führungsrolle. Aber natürlich ist das relativ harmlos verglichen mit der Situation der SU, auch ohne das unvermittelte Nebeneinander unerhörter Chancen und tödlicher Gefahr. Aber es bleibt die Frage: Warum fühlen sich die im 19. Jahrhundert von den USA annektierten Gebiete nicht annektiert? Die blutigen Ghetto-Kriege scheinen vorbei, und die Immigranten scheinen sich in die englische Sprache zu drängen. Wegen der ökonomischen Stärke? Weil das Privatisierungs-Dispositiv der US-Gesellschaft als Entfesselung erfahren wird, bei Schuldzuweisung für Niederlagen an die Individuen? Oder erleben wir gegenwärtig nur die Ruhe vor neuen Stürmen?

5. Januar 1990 (2)

In der gestrigen FAZ reflektiert Helga Königsdorf die geistige Situation in der DDR („Bitteres Erwachen“): „Wir lebten in der jakobinischen Phase einer nicht zu Ende geführten Revolution, die zu uns exportiert worden war.“ Indem sie dieses Wir eines idyllischen Menschenbildes bezichtigt (wovon in ihren und etwa Heins Erzählungen keine Rede sein kann), scheint sie dessen komplementärem Gegenteil, dem konservativen Bild von der bösen Natur des Menschen näherzutreten: „Wir waren zutiefst religiös. Glaubten, dass der Mensch gut sei, wenn nur die Verhältnisse es zuließen. Glaubten, die Menschen ließen zu, dass die Verhältnisse es zuließen.“ Man meint, der Dekomposition einer Geschichtsphilosophie beizuwohnen, die das Bisherige im Modus der Absage ausspricht. Der Sozialismus seit 1917 erscheint „als Irrweg der Geschichte“, freilich wird dieser Gedanke von der absurdistischen Idee durchkreuzt: „Denn was ist Geschichte, wenn nicht ein sich ständig korrigierender Irrweg.“ Was der autoritärstaatliche Sozialismus mit den Individuen tat, erscheint nun als „Versklavung“. „Brachte eine Sklavensprache hervor, die auch die Sprache der Macht war. Denn diese Sprache bezeichnete die

Sklaven zugleich als Herren, was jeden Widerstand von vornherein als unlogisch erscheinen ließ.“ Bauend „auf eine gewisse Rationalität des Gegebenen, zappelten wir in diesem Gewirr von Fallstricken und trösteten uns mit dem Glauben, trotzdem hänge die Welt auch irgendwie von uns ab.“ So „lag unsere Vernunft im Schlaf“. Das Erwachen ging aus von der Perestrojka: „Der Aufbruch im Mutterland der alten Revolution.“ Dann von der Massenflucht, der „immer unverfroreneren Unmoral des politischen Alltags“ und der Erfahrung „totaler Ohnmacht“.

Auf den „Moment Schönheit“, die „erste romantische Phase der Revolution“, folgte die Einsicht, dass die bisherigen Mitträger des falschen Systems bei seinem Abreißen vorangehen müssten gleich einer Avantgarde der Rücknahme, oder, wie sie es ausdrückte, „die ganze moralische Kraft, die auch in uns steckte, musste sichtbar mobilisiert werden. Sie musste sich formieren“ und bewähren am „geordneten Rückzug aus einer falschen Gesellschaftskonzeption“. Deshalb wendet sich Helga Königsdorf dagegen, dass „man den Konkursverwaltern Ausverkauf vorwirft“, weil das „doch die Selbstkorrektur einer Macht, die zugleich auf die Macht verzichtet“, sei. „Vielleicht ist es doch ein Schritt, Subjekt der Geschichte zu werden.“ Von den Mächten und Mächtigen, die kraft für sie günstigerer Kräfteverhältnisse den Laden in der Hauptsache übernehmen werden, spricht sie nicht. Dieses zelebrierte Erwachen aus dem Traum hat selbst etwas Träumerisches.

Die Metamorphose der DDR-Intellektuellen wird unser Bewusstsein im Westen mitbestimmen. In der Tat lebten wohl auch wir in viel höherem Maße, als uns deutlich war, das Imaginäre der DDR mit. Wenn ich nur denke, welche Bedeutung für Friggas und mein Selbstverständnis die Produktionsromane und -filme aus der DDR gehabt haben. Solches Imaginäre ist nicht einfach nur Schein. Das Durchschauen hat nachträglich eine Konjunktur, die dazu anhält, nichts mehr zu sehen.

6. Januar 1990 — Stockholm-Reise zur 13. *Marxistisk Folkuniversitet*

„Gorbi am Ende“, heißt der BILD-Aufmacher, weil G. ein Treffen mit Kinnock wegen seiner baltischen Reise hat absagen müssen, worauf die Börse mit (leichter) Baisse reagiert hat. Die Sowjetunion scheint tatsächlich Paradoxien der *Abwendung vom Zarismus in zaristischer Form* vorzuführen. Werner Adam schreibt in der Leitglosse der FAZ, „dass mit der Person Gorbatschows die Perestrojka steht und fällt; dass er sich in seiner Dreifachfunktion als Staatschef, Parlamentspräsident und Generalsekretär mehr und mehr zu übernehmen droht“. Nach Litauen reist G. in der sicheren Erwartung einer Niederlage. Die Balten wollen sich verselbständigen, er wird sie nicht davon abbringen können. Jetzt auch noch an der Persischen Grenze Tumulte, eine Art Wiedervereinigungsbewegung einer islamischen Nation. Ein Völkerkrieg latent.

*

Der zehnjährige Johannes, ein Studentenkind und Walddorfschüler, der auf dem Flug nach Hamburg neben mir sitzt, trägt ein Stück Mauer in der Hosentasche, kinderfaustgroß. So wird der steinerne Vorhang zwischen den beiden Gegenwelten des bipolaren Systems stückchenweise in alle Welt getragen. Bei seinem dreitägigen Berlinbesuch war Johannes natürlich auch in Ostberlin. Am meisten beeindruckt haben ihn die großen Botschaftsgebäude Unter den Linden. Die Souveränitätszeichen.

Bei der Flughafenkontrolle fragen mich die Polizisten, ob ich Gysi hieße oder mit dem verwandt sei. Ich erzähle ihnen, dass mich Erich Wulffs Tochter Noemi mit Kohl verglichen hat und dass ich da zusammengezuckt bin. Gysi, sage ich, scheint mir ehrlich und klug. Das mag sein, erwidern sie, aber seine Partei wolle doch nur an der Macht bleiben. — Für viele die entscheidende Probe auf die Demokratie, dass diese Partei weg muss. Man honoriert nicht, dass auch im Innern der Partei eine Revolution stattgefunden hat, die bisher Unterdrückte mit einer radikal anderen Politik an die Spitze gebracht hat. Die Zahl derer, die auf keinen Fall SED/PDS wählen, auch wenn die meisten nicht wissen, was sonst, ist nach einer neuen Umfrage auf 4/5 gewachsen. Schließlich wird ja auch noch fast täglich neuer

Schmutz ans Licht gebracht. Im Bewusstsein des Volkes ist diese Partei abgemeldet. Mit bloßer Umbenennung und Umbesetzung kommt sie anscheinend nicht davon. Es ist müssig zu spekulieren, ob eine *Abspaltung* besser gewesen wäre.

Und doch gebärdet sich alles, als stünde der neuen SED ein sicherer Wahlsieg ins Haus. „Der Vertrauensvorschuss für Ministerpräsident Modrow scheint ungebrochen." (K.A.Odin in der FAZ) Die fragmentierte Opposition, die kaum bekannte und überzeugende Gesichter hat, klagt die SED/PDS an, ihr die Chancengleichheit zu verweigern. Kohl wird aufgefordert, Modrow wieder auszuladen, um ihn nicht aufzuwerten. Sofort drehen sich SPD und FDP nach der Opportunität, selten hat sich die Ableitung des Begriffs Opportunismus so direkt angeboten. Der Riesenmechanismus der bundesdeutschen Politik nimmt sich der DDR an, als wäre sie ein minderes Bundesland. — Durch die Oppositionsgruppen geht der Riß zwischen Eigenständigkeit und BRD-Anschluss. Schorlemmer ist mit andern vom Demokratischen Aufbruch zur SDP gegangen. Der Sprecherrat der VL hat die Zustimmung zum „Wahlbündnis 90" widerrufen. (Ich halte das für falsch, weil man es dem noch zu Dreivierteln latenten Prokapitalismus in der DDR schwermachen sollte, sich von allen Bedenken zu emanzipieren.) In der FAZ bringt dies der VL einen Hauptartikel auf der Titelseite ein. Verschachtelte Aufmerksamkeiten: Die FAZ beobachtet, wie die VL beobachtet, wie die „von SED-Richtlinien befreiten Betriebs- und Kombinatsleitungen in Ausnutzung der Agonie der Gewerkschaften" mit westdeutschem Kapital kooperieren.

Die Regierung und ihre Arbeitsstrukturen in einem permanenten Prozess der Umbildung: Nun ein neuer Justizminister (Prof. Kurt Wünsche) und die Umstrukturierung des Umweltministeriums, kombiniert mit einem *Grünen Tisch* mit Umweltgruppen und verwandten neuen Bewegungen.

Das riesige Schwergewicht des überkommenen Parteivermögens und der alten Strukturen aber auch eine Schwäche der SED/PDS. Ohne Zuschüsse ist das alles nicht zu halten, und die wird es kaum mehr geben. Kommt bald das große Zeitungssterben? Schon tun Inserataufträge aus der BRD erste Wirkung. Im

Westen kontrolliert das Kapital nicht zufällig die gesamte größere Presse und hat selbst die große Tante SPD keine einzige Tageszeitung mehr.

*

An den Machtverhältnissen in der Presse sieht man, was sich alles hinter dem Reden vom „Markt" versteckt. Die Zeitungen finanzieren sich zu weit über der Hälfte ihrer Kosten aus Werbungsaufträgen. Die Auftraggeber haben die Wahl, die Zeitungen nicht. Zeitungsmarkt — nicht Markt der Zeitungen, sowenig wie Arbeitsmarkt Markt der Arbeit. Sondern geldvermittelte *Herrschaft*, die mehr Geld einbringt. *A scam*.

6. Januar 1990 (2)

Politik des schnellen Zurückweichens: „Die Geschwindigkeit der Veränderungen hatte den Atem verschlagen. Die Wut... fand in den wenigen Tagen nicht die Zeit, sich für einen gewaltsamen Ausbruch anzustauen." (Odin, FAZ) Odin scheint das zu bedauern.

Stefan Heym in der FAZ mehr und mehr angegriffen, nein beschimpft.

DDR-Psychiater berichten von „wendebedingten psychosomatischen und psychischen Erkrankungen".

Man entdeckt jetzt, dass die bisherige Arbeitsplatzgestaltung in der DDR ergonomisch stümperhaft war: durch falsche Abmessungen etc. verhängte sie oft „ermüdende Zwangshaltungen" über die Arbeitenden.

Programmatisches von der „Vereinigten Linken": 1. Umwandlung von Staats- in Volkseigentum; 2. Verbot der Aneignung fremder Arbeit; 3. Humanisierung und Verkürzung der Arbeit; 4. Ökologische Umgestaltung der Industriegesellschaft; 5. Emanzipation von Frauen und Männern; 6. Die drei großen *Anti* als Verfassungsgrundsätze: gegen Stalinismus, Faschismus, Militarismus; 7. Überwindung der Klassenungleichheit zugunsten der Verschiedenheit der

Individuen.

Die VL esoterisch. Der Sozialismus kann nicht gescheitert sein, weil es bislang keinen gegeben hat. Das Volk nimmt das natürlich nicht ab. — In der bisherigen DDR „Planlose Planwirtschaft", während der Kapitalismus planvoll gearbeitet habe. Das Verbot, fremde Arbeit anzueignen, ist falsch populär, unterliegt demselben Denkfehler, den Marx an der Phrase vom „unverkürzten Ertrag der Arbeit" vorgeführt hat.

7. Januar 1990 — Stockholm

Susza Ferge (aus Budapest) will nicht, dass man das alte Regime „Sozialismus" nennt. Auch widerspricht sie meiner These von der Leistungsfähigkeit des befehlsadministrativen Systems im „Ausnahmezustand". Z.B. sei der Wiederaufbau nach dem Krieg „leicht" gewesen, „weil man nur wieder zurückgehen musste, wo man schon einmal war". Freilich hatte ich über die Sowjetunion, nicht über Ungarn gesprochen. Sie ärgerte sich über Therborn, weil dieser gesagt hatte, man müsse Ungarn mit Griechenland und Polen mit Portugal vergleichen, statt mit den entwickelten Ländern Westeuropas. Sie will Ungarn mit Österreich vergleichen. Therborn hatte die stagnierenden Länder überdies mit denen Lateinamerikas verglichen, die mit Zukunftslosigkeit geschlagen scheinen.

Göran Therborn hält an der „klassischen" Definition des Sozialismus fest, „an den wir alle geglaubt haben" (mit Diktatur des Proletariats, Partei der Arbeiterklasse und Planwirtschaft) — aber nur um ihn definitiv zu verabschieden. Die „Desindustrialisierung" habe die Arbeiterklasse aufzulösen begonnen, der Anfang vom Ende aller Arbeiterbewegung habe längst begonnen. Der Marxismus: „Als politisches Projekt total hoffnungslos", fortführbar nurmehr als wissenschaftliches Projekt, um Aspekte der Wirklichkeit zu verstehen. Meinen Versuch, die sozialistische Qualität von der Ausdehnung der Demokratie auf Öffentlichkeit und Wirtschaft zu erwarten, bügelt er als bloß rhetorisch ab.

Bei der Podiumsdiskussion ironisiert er den neuen ML-Dogmatismus — Markt-

Liberalismus. Von der europäischen Politik erwartet er etwas ganz Neues dadurch, dass sie nicht mehr nur die EG umfasst, sondern das gesamte Europa einschließlich der Sowjetunion — bis Wladiwostok, wie er auf meine Nachfrage versichert. Was Helmut Schmidt über die Chancenlosigkeit der Demokratie im Osten gesagt hat, sei Unsinn.

Jan O. Anderson: „Europa ist der Kontinent der Möglichkeiten der neunziger Jahre — nicht die Dritte Welt".

Unter vier Augen äußert sich Therborn noch pessimistischer: Noch nie sei der Übergang zu einer neuen Produktionsweise demokratisch vollzogen worden. Rechnet er mit neuen Formen der Diktatur?

Abends bei C.H.Hermansson. Er glaubt nicht daran, dass in 10 Jahren in Osteuropa ein entwickelter Kapitalismus herrscht. Er sieht Mischwirtschaften neuen Typs kommen. Neue Chancen für die Linken im Westen. Der Vorsitzende der VPK („Linkspartei/Kommunisten"), Lars Werner, ist zur Zeit mit 35 Prozent Zustimmung der beliebteste Politiker Schwedens, vor dem sozialdemokratischen Regierungschef (25%). Das Wählerpotential der VPK soll jetzt über 8 Prozent betragen. Das Kommunismus-"K" im Namen will man demnächst ablegen. Nach C.H.s Vorstellung sollte bei den kommenden Wahlen ein breites Linksbündnis angestrebt werden, um später die VPK aufzulösen und mit den andern Gruppen zusammen eine neue Linkspartei zu gründen. Als die Partei sich 1967 unter der Führung von C.H. vom „Stalinismus" abwandte und sich von „Komm.Partei Schwedens" in „Linkspartei/Kommunisten" umbenannte, war dies ein Kompromiss, der eine Parteispaltung verhindern half. C.H. hatte schon damals vorgeschlagen, sich den Namen „Linkssozialistische Partei" zu geben.

8. Januar 1990

Im Flugzeug die FR. Sie lässt andere Nachrichten durch als die FAZ, vor allem anders angeordnet. In der Türkei sind laut Gerd Höhler rund 2.000 Marxisten in Haft. Was die Invasion der USA in Panama angeht, spricht Ramsey Clark, unter

Johnson Justizminister, von über 4.000 Toten, während man amtlich nur 300 Soldaten und 500 Zivilisten getötet haben will — eine „offizielle Verschwörung des Schweigens". 12.000 vertrieben. Die Nuntiatur klagt, die USA hätten die Zusagen gebrochen, aufgrund derer Noriega sich ihnen gestellt hat. Unmittelbar nach der Festnahme wurden Videobänder veröffentlicht. FAZ-Überschrift zur Panama-Invasion: „Der Ernstfall für die Gleichberechtigung/ Erster Fronteinsatz von Frauen in Panama" (6.1.).

In der FR kommt Uwe Kolbe, ein aus der DDR stammender Lyriker, zu Wort, der während des Umbruchs in Austin/USA Seminare gehalten hat und sich „um *das* Fest" seines Lebens betrogen fühlt, auch das Neue Forum schilt, weil es die überraschende Öffnung der Grenze als Ablenkungstrick der SED kritisierte, statt sie mit dem Volk zu feiern. Inzwischen wieder zurück, findet er „die Ratlosigkeit nach all der Freude ...um so größer." Bei Wahlen hätte Erfolgsaussichten einzig „die neue Generation der SED(PDS-)Funktionäre, denen die friedliche Revolution die Stühle freigeräumt hat" und deren Programm „bis auf Detailfragen identisch mit dem wichtiger Oppositionsgruppen" sei. „Die Vorstellungen von der Zukunft sind weitgehend verschwommen bei allen Beteiligten." Als unzweifelhafte Errungenschaft: „Das Staatseigentum am lebendigen Menschen wurde abgeschafft." Das ist stark im Ausdruck, nicht im Begriff: „Staatssklaverei" oder „Sklavenhalterstaat" könnten die alte DDR-"Nischengesellschaft" nicht fassen. An die Zukunft geht Kolbe mit der Losung „Keine Experimente": „Wer immer in Zukunft sich neue Privilegien *erarbeiten* mag: Nie wieder soll er jenes bekommen, ein Land zum Experimentierfeld zu machen und dessen Bewohner zu Kaninchen." Die Formulierung verschlüsselt die Absage an einen demokratischen Sozialismus und die Hinwendung zum Kapitalismus, als machte nicht auch dessen Einführung das Land „zum Experimentierfeld", wenngleich zum Feld eines andern Experiments.

Das Neue Forum hat mit großer Mehrheit abgelehnt, sich in eine Partei zu verwandeln. Es droht jetzt mit einem Warnstreik, falls der alte Sicherheitsapparat

nicht total abgebaut wird. Ich bin in dieser Frage gespalten. Einerseits haben sie völlig recht, und die Revolution muss vollendet werden; andrerseits könnten sie sich durch diese Abrüstung des Staats bald mit der neuen SED auf dieselbe Seite versetzt finden. Eigner Drache schützte eben auch vor fremdem Drachen.

In Rumänien eine studentische Protestversammlung zunächst von der Polizei verboten, was mit Schewardnadses Besuch begründet wurde. Harry Schleicher in der FR nennt die FNR (Front der nationalen Rettung) ein „Mischgebilde von Machtapparat, Partei und Bewegung".

In Westberlin erteilt mir der Taxifahrer Empfangsunterricht in Dialektik: Die SED, steht in BILD, redet von Rechtsradikalen; wenn er das hört, kommt es ihm hoch. Ich meine zu verstehen, er bestreite, dass es eine Gefahr von rechts gibt. Aber er: „Es ist Zeit, dass mal wieder ein Hitler kommt."

Zuhause erwische ich am Fernsehen das letzte Stück live-Übertragung vom Runden Tisch. Dieses Medium spielt eine ungeheure Rolle. Natürlich tendiert es, alles in Show zu verwandeln; eine wirkliche Auseinandersetzung ungarniert zu übertragen, dehnt den Raum der Öffentlichkeit unglaublich aus.

9. Januar 1990

Auf der gestrigen Leipziger Montagsdemo die Sprechchöre „Gysi weg!" Von der AK ziemlich lange gezeigt.

Milan Prucha fürchtet wie ich auch, dass mit der Diktatur vieles untergeht, was sie gleichsam als unterworfene Hoffnung mit sich geführt hatte. „Die Herrschenden versuchen, den Sozialismus so tief herunterzudrücken, wie es irgend geht." Über die Dis/Kontinuität theoretischer Arbeit wird außertheoretisch entschieden. Noch unklar, was die Ereignisse für unser Denken bedeuten.

Michal Reiman hat ihm am Telefon gesagt, die Bewegung in der CSR sei längst über den Sozialismus hinaus. Havel hat noch den Eid auf die *sozialistische* Republik abgelegt.

Biedenkopf soll eine (Gast-?) Professur in Leipzig für Wirtschaftspolitik angenommen und deswegen auf neuerliche Kandidatur für den Bundestag verzichtet haben.

F.U.Fack im Leitartikel der FAZ: „Die Oppositionsgruppen ... können oder wollen (!) nicht erkennen, dass die Eigentumsfrage den Dreh- und Angelpunkt für die künftige Gestaltung der realen Machtverhältnisse in der DDR bildet.“ Die FAZ gegen den Runden Tisch.

Laut Mischa Grabek haben die Kulturinstitutionen in der DDR noch bis Februar Geld, die Unis bis Semesterende. Große Unsicherheiten hinsichtlich der Arbeitsplätze. Neueinstellungen hoffnungslos.

9. Januar 1990 (2)

In meiner Post ein ND-Artikel (28.12.) von Kuczynski: „Schluss mit dem Monopolsozialismus!“ Monopolkapital und -Kapitalismus „gibt es heute nicht mehr in der Welt des fortgeschrittenen Kapitals, weil man erkannt hat, dass Marktkonkurrenz zwischen Großkonzernen für die Entwicklung des Kapitalismus absolut notwendig ist“. Zum Beweis führt er die Kartellämter an, die Produktionsmonopole verhindern. Heute herrsche das Oligopol, „auch wenn es eine gewisse multinationale Konkurrenz des Auslandes gibt“. Das geht am transnationalen Kapitalismus schon wieder vorbei. — Aber K. will nicht auf Analyse des Kapitalismus hinaus, sondern auf Einführung von „Konkurrenz oder, wenn das zu kapitalistisch klingt, Wettbewerb zwischen Betrieben mit gleicher Produktion auf dem Markt, auf dem Betriebe voneinander kaufen bzw. der Großhandel Waren abnimmt“.

Es ist, als hätte Kuczynski inzwischen den Standpunkt für diese Perspektive unter den Füßen verloren.

Veraltet ist erst recht die Analyse, die das Organ der österreichischen Trotzkisten („Die Linke“) noch am 22. Dezember veröffentlicht hat: stellt für die DDR „eine

vorrevolutionäre Lage“ fest. „Eine Revolution steht noch aus.“ Sie denken Revolution nicht als Prozess mit Phasen, sondern mythisch zusammengezogen. Überdies strafen sie die Runden Tische und Bürgerkomitees mit Nichtachtung (Nichtanerkennung), indem sie behaupten: „Anders als bei allen anderen antistalinistischen Erhebungen wurden in der DDR keine eigenen Organe entwickelt, keine Komitees, Räte oder unabhängige Gewerkschaften.“ Revolutionstourismus auf Nähe: „Bisher schienen unsere Hoffnungen nur in fernen Ländern verwirklicht werden zu können. Nun könnte es in unserer Nachbarschaft möglich werden.“ Anfang November mochte man so noch denken, aber doch nicht mehr Ende Dezember!

Franz Floss im selben Heft über Tatjana Saslawskajas Buch „Die Gorbatschow Strategie“ (Wien 1989): „Erstaunlich und erschreckend naiv für einen der führenden Köpfe der Perestrojka ist die Einschätzung des Marktes.“ Was er dann zum Beleg zitiert, ist die Überlegung, dass der „‘klassische Markt’ ungeachtet aller ihm eigenen Beschränkungen eine demokratische (und folglich unbürokratische) Einrichtung ist“, weil die Akteure unbefohlen und interessiert handeln. Floss hat das welthistorische Trauma „sozialistischer“ Militarisierung und Allverstaatlichung offenkundig noch nicht verarbeitet.

10. Januar 1990

An der Frankfurter Börse hat die kleine Gorbatschow-Krisen-Baisse einem „neuen historischen Höchststand“ Platz gemacht, und viele Aktien „erreichten das höchste Niveau seit dem zweiten Weltkrieg“ (FAZ), vielleicht weil „Deutschland“ (aber wer ist das?) diesen nun nachträglich nicht mehr verloren zu haben scheint. Sowieso aufklärerisch, zu erfahren, dass bis dato die Börse nicht wieder in solcher Bombenstimmung war (Karl Kraus hat diesen Begriff ausgearbeitet), wie im Zweiten Weltkrieg. Derweil fallen Rohstoffpreise (nach Kakao nun auch Erdöl).

Dieselbe FAZ, weiter unten: „In Warschaus größtem Lebensmittelmarkt... irren viele alte Menschen mit leeren Einkaufskörbchen durch die Gänge.“ Sie

vergleichen ungläubig die Preise mit ihren Renten: 1 kg. Zucker kostet ein Zehntel der Rente. Die Bauern scheinen zur Selbstversorgungswirtschaft übergegangen zu sein, nachdem schneller als die Aufkaufpreise für Schlachtvieh und andere ihrer Produkte die Preise für Industriegüter gestiegen sind.

Einer der vielen überraschenden Besuche dieser Tage: zwei Kollegen vom Institut für Internationale Beziehungen in Potsdam, Hartwig Busse und Klaus Bollinger, letzterer Jahrgang 1929, mit 16 der kommunistischen Jugend beigetreten, Busse mein Jahrgang. Vor kurzem hatten sie Bahr an ihrem Institut. Wir sprechen über die gefährdete, aber notwendige Perspektive der Eigenstaatlichkeit, über Konflikte mit dem und Beklemmungen durch das alte Regime. Sie stehen an ihrem Institut vor der Frage, was anstelle des ML-Unterrichts treten soll. Sind heute bei unsern Politikwissenschaftlern zu Gast, um deren Grundstudium und Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu erkunden. Sie werden mich irgendwann nach Potsdam einladen. Busse wohnt ganz nah, nicht weit vom Übergang nach Düppel, durch den ich — wie durch alle neuen Übergänge — noch nicht gegangen bin. Demnächst mit dem Fahrrad...

Mehrere politische „Plattformen“ in der SED, eine kommunistische, eine sozialdemokratische und eine des Dritten Wegs.

10. Januar 1990 (2)

Einer meiner Ostberliner Studenten bringt einen Artikel aus dem „Sonntag“ (Nr. 51, Dez. 1989), worin Günther K. Lehmann, ein alter Bekannter aus den 70er Jahren, sich auf meine Kosten rechtfertigt. Es geht um Design, das nun, da die westliche Konkurrenz ins Haus steht und mit ihr das Ende des mangelwirtschaftlichen „Anbietermarktes“, interessant wird wie ein Strohhalm für den Ertrinkenden. Lehmann preist den von ihm noch geleiteten Fachbereich für Ästhetik als Designlieferanten. Wie um zu sagen, warum dieser bislang nicht geliefert hat, braucht er einen Grund, der „eine noch so klug erdachte Designstrategie ...zu Fall“ bringen konnte. An dieser Stelle erinnert er (meinen

Namen falsch schreibend) „an das Konzept von Wolfgang Fritz Haugk (Kritik der Warenästhetik, 1971)“. Er schreibt mir die Auffassung zu, im Sozialismus könne „das Design ...abgeschafft werden“, das spiegle „einen gegen Ende der 60er Jahre bei Linken umlaufenden Kasernen-Sozialismus, der teils auf Trotzki, teils auf Mao, teils auf eine ‘Kommandowirtschaft’ (Gorbatschow) stalinistischen Zuschnitts abgestimmt war.“ Die Kritik der Warenästhetik „wäre heute nur noch historisch interessant“, würde sie nicht klar machen, dass „zur erstarrten Planwirtschaft eine graue Warenrealität“ gehörte; „und es war folgerichtig, dass während der Stagnation in der UdSSR jedes wirkliche Design ohne Ausnahme als eine Erfindung des Monopolkapitalismus und als Fremdkörper in der dogmatischen Kultur denunziert wurde.“ — Die SU, meine Theorie anwendend! Was für ein Wendehals! Und ich schon wieder der Böse, wie im alten Regime, zu dessen Ästhetikkardinälen Lehmann gehörte. Auch die Behauptung, es sei „in der UdSSR jedes wirkliche Design ohne Ausnahme als eine Erfindung des Monopolkapitalismus... denunziert“ worden — als hätte es keine Designausbildung, Bücher, Ausstellungen, Preise gegeben — ist ein sich anbiederndes Greuelmärchen. Lehmann muss alle Maßstäbe weggeworfen haben.

Die zu dieser Rezeption beitragenden Mängel der „Kritik der Warenästhetik“ von 1971 habe ich vor zehn Jahren nicht nur kritisiert, sondern in einer völligen Neufassung der Theorie der Warenästhetik zu überwinden versucht. „Warenästhetik ist von Produktästhetik zu unterscheiden, obwohl beides zu einem einzigen Phänomen verschmilzt. Die sinnliche Gebrauchsgestalt, deren Gegenstands bedeutung wir wahrnehmen können müssen, trägt ästhetische Produktinformationen. Die Unterscheidung von Warenästhetik und Produktästhetik wirft unlösbare Probleme auf, sobald wir vergessen, Warenästhetik als funktionellen Prozess zu rekonstruieren.“ („‘Werbung’ und ‘Konsum'„, 1980, 192f) Gleich danach wird gezeigt, „dass selbst die Grenze zwischen Warenästhetik und Gebrauchswert in ständiger Verschiebung ist“, wenn sich neue Gebrauchswert-Standards herausbilden, und dass jene Unterscheidung selbst bei Verpackung und Werbung durchgeführt werden muss, „die fälschlich oft restlos

mit Warenästhetik identifiziert werden“ (193). Insofern Design = Produktgestaltung, ist es eine kulturelle Funktion. Man könnte sie so wenig abschaffen wie die Gegenstandsbedeutung.

1971 habe ich geglaubt, bei der befehlsadministrativen Mängelwirtschaft handle es sich „nach Form und Inhalt im ganzen bereits um Bedarfsdeckungswirtschaft“ (138). Lehmann scheint diese illusion heute dogmatisch ins Negative zu wenden: indem Mängelwirtschaft für ihn gleich Gebrauchswert-Wirtschaft, wirft er den Gebrauchswert-Begriff den Hunden zum Fraß vor. Die Defekte der autoritären Zentralverwaltungswirtschaft beschreibt er so: „Der Nutzer ist nur der Form nach Käufer. Ihm werden keine Waren angeboten, sondern er wird mit Gebrauchswerten versorgt.“ Ist es auch Unsinn, hat es doch Dialektik: Waren von minderer Qualität sind nach dieser Logik keine Waren, sondern nur Qualität (= Gebrauchswert). Wo das Regal leer ist, bleibt der Nutzer überdies nicht einmal mehr „der Form nach Käufer“. Lehmann biedert sich an bei Meinungen wie: „Ohne Werbung ist das Leben grau.“ Sprünge vom Regen in die Traufe.

Im 4. Teil der *Kritik der Warenästhetik* sind die unterm Eindruck des Vietnamkrieges geschriebenen Passagen über die USA veraltet, die über die DDR z.T. illusionär. Die Hauptthese ist nicht widerlegt, eher illustriert durch die Umstände des Zusammenbruchs der DDR:

Gerade weil fürs Kapital in der Zirkulationssphäre nur das Geld in den Taschen der Kunden zählt, ungeachtet der Klassenzugehörigkeit, herrscht in der Warenästhetik der Schein, durch den eine spezifische Klassenkultur die Arbeiter sich zu vereinnahmen anschickt: in das kapitalistische Zerrbild einer klassenlosen Kultur. Der Dunstbau, der sie überwölbt, ist weniger denn je bestimmt durch Himmel — es sei denn durch den Urlaubshimmel --, ewige Ideen und Rechte, Kunst und Vaterland. Es ist ein einziger supermarket, in den sich — außerhalb der Sphäre der Arbeit — die gesellschaftliche Welt dieses Kapitalismus verwandelt.

11. Januar 1990

Gegen Clark behauptet das Pentagon 220 Zivilopfer in Panama.

Am Montag in Leipzig, heute nachmittag vor der Volkskammer: Die Demonstranten schreien sich auf Gysi ein.

Statt den Schritt zu wagen, seine Regierung einer Volksabstimmung zu unterwerfen, um sich dem Westen gegenüber Rückendeckung zu verschaffen, nur eine Regierungserklärung Modrows: „Demokratische Revolution“ und „demokratische Erneuerung“ sind Leitbegriffe, das Sozialistische tritt zurück. Er besteht auf Nachrichtendienst und Verfassungsschutz, bietet aber Kontrolle an. Die Arbeiter- und Bauern-Inspektion (ich wusste nicht, dass es die noch gibt, der Name ist wie ein historisches Zitat) soll in „Volkskontrolle“ umbenannt und damit beauftragt werden, die Auflösung der alten Staatssicherheit zu überwachen. Nachdem es Warnstreiks gegeben hat gegen die Absicht, den ehemaligen Stasi-Leuten für drei Jahre ein Übergangsgeld zu zahlen, soll dies auf ein Jahr verkürzt und mit für alle geltenden Regelungen in Einklang gebracht werden. Den Runden Tisch will Modrow erweitert einbeziehen. Nationale Autarkiepolitik habe mit zur Wirtschaftskrise beigetragen, nun solle die DDR in die internationale Arbeitsteilung integriert werden. Der redliche Verwalter artikuliert sich in gesundem Menschenverstand.

Dezemberheft der „Einheit“: Auf den außerordentlichen Parteikongress der SED gemünzte Neuerungsanstrengungen, die bereits als veraltet erkennbar sind. Im Leitartikel heißt es, „dass die marxistisch-leninistische Theorie nicht länger mit aktueller Politik gleichgesetzt oder ihr untergeordnet werden darf“. Glauben sie, den ML als solchen retten zu können? Nötig sei „ein neues Redaktionskollegium“, heißt es am Schluss. Ist dies eine Rücktrittserklärung des alten Kollegiums?

Rolf Reißig und Frank Berg fassen das Bisherige als „ein zentralistisch administrativ-bürokratisches Grundmodell des Sozialismus“ — aber Administration = Bürokratie, also tautologisch, ergo ungedacht. Die Zukunft der DDR bestimmen sie als „die *sozialistische* Variante deutscher Entwicklung mit Zukunftsperspektive in *einem* europäischen Haus der gemeinsamen Sicherheit, der Pluralität sehr unterschiedlicher ökonomischer und politischer Systeme“ und

entwerfen die „Schaffung flexibler Formen der Kombination zwischen dem Plan als Rahmenbedingung und der Entfaltung einer sozialistischen Marktwirtschaft".

Der greise Jürgen Kuczynski sagt: „Wir hatten einen stalinistischen Sozialismus vermischt mit feudalem Absolutismus, den wir in einen leninistischen Sozialismus verwandeln wollen, der alle positiven Elemente der vorangehenden, bis vorher fortschrittlichsten Gesellschaft, nämlich der kapitalistischen, enthält." In der alten DDR galt: „Die Fesselung eines jeden durch Administrieren und Bürokratisierung mittels Partei- und Staatsapparat ist die Bedingung für die freie Entwicklung von Partei- und Staatsführung."

Michael Brie und Rainer Land: „Die Unberatenheit einer absolut herrschenden Macht in einer dialektischen Welt, die nichts Absolutes zulässt, lässt diese Macht sich selbst zum schrecklichsten Gegner werden." Das ist eine völlig andere Sprache als die aller andern Beiträge. „Die nun zu Ende gehende Form", die „administrativ-zentralistische Übergangsgesellschaft", charakterisieren sie so: Die Verfügung nicht bei den Produzenten, sondern bei einem „diesen gegenübertretenden, sich zu immer kompakterer Macht über die Gesellschaft erhebenden Apparat. Es kam zur bürokratischen Usurpation der Macht. Das war die Substitution der Revolution durch deren Machtorgane." Sie denken diese Verhältnisse als eine „Stufe des Sozialismus", auf der „staatlich administrative Über- und Unterordnungsverhältnisse die beherrschenden Formen gesellschaftlicher Beziehungen bilden." Dies bedeutet „Enteignung und Entfremdung der eigentlichen Basissubjekte unserer Gesellschaft (Betriebe, Genossenschaften, Kombinate, Kommunen und Territorien, der Werktätigen und ihrer Vereinigungen, der Wissenschaftler, Journalisten und Künstler, selbst der politischen Organisationen)" von „führenden Produktivkraft-, Eigentümer-, politischen Willens- und Bewusstseinsbildungsfunktionen". „Staatliche Besitzform ... und einförmige Verwaltung des Staatseigentums bremsen die Produktivkraft der Arbeit, insbesondere den ökonomischen Zwang zur High-Tech-Revolution." Diesen Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen lesen sie

undeutlich als einen zwischen Basis und Überbau, verstehen sie jedoch als aus den etatistischen Produktionsverhältnissen „abgeleitete Widersprüche“. Kurz, die Verlagerung des Gegensatzes in den „Überbau“ bringt nichts, die Produktionsverhältnisse sind es, welche die Individuen dem Staats-Partei-Kommando unterwerfen. Zum selben Schluss war ich in dem Gorbatschow-Buch gekommen. Und wie dort spielt auch für sie die wissenschaftlich-technische Revolution, „die seit den 70er Jahren auf alle nichtkapitalistischen Produktionsverhältnisse brandet und sie unterspült, die Hauptrolle unter den auslösenden Faktoren“.

Aus der „Unfertigkeit der Besitzformen unter den sozialistischen Eigentumsverhältnissen“ erklären sie den „vorkapitalistisch hohen Anteil unproduktiver Ausgaben bei der Verwendung des Nationaleinkommens“. In der DDR sei es infolge all dessen „seit 1985 (!) zur völligen Erschöpfung des Systems der Planung und Leitung“ gekommen. Mängel, Diskrepanzen zwischen Ansprüchen und Möglichkeiten, Reglementierungen führten dazu, „dass die Partei und der Staat in das Zentrum der alltäglichen und zumeist ohnmächtigen Kritik durch die Bürger gerieten. Es wurde ein forderndes, ‘bittstellerisches’ Verhältnis zum Staat als Adressat von Eingaben kultiviert.“

Man müsse nun unterscheiden zwischen „unverzichtbaren Elementen des Sozialismus“ und „entfremdeten Scheinformen“, die „dem ideologischen Bewusstsein der führenden sozialen Schicht als unverzichtbar“ erschienen.

Der Zukunftsentwurf gleicht einem Gorbatschowismus in den Farben der DDR. Indes scheint er mir schwächer als das Vergangenheitsbild. Dazu trägt bei, dass nicht genug unterschieden wird zwischen den Möglichkeiten der SU und denen der winzigen, national übermächtigten DDR.

Die Herangehensweise folgt der Gorbatschow-Linie: Zuerst ein lern-, konflikt- und konsensfähiges politisches System aufbauen, dann erst die radikale Umstellung der Wirtschaft, weil diese der Legitimität in den Augen der Mehrheit bedarf. Die

„Unterordnung aller Wirtschaftssubjekte unter die Zentrale“ solle der *„Bindung aller Wirtschaftssubjekte* (einschließlich zentraler Wirtschaftsorgane) *an die Gesellschaft*“ weichen. Die Individuen und ihre Lebensbedürfnisse sollen durch entsprechende Interessenorganisationen repräsentiert werden: Gewerkschaften, Umweltorganisationen, Verbraucher- und Konsumentenorganisationen usw. Auf dieser Grundlage soll „im öffentlichen Diskurs“ über Innovation etc. befunden werden.

Übermächtige Spielregel: Alles „unter Einfluss und in Kooperation mit internationalem Kapital“, sprich: kapitalistischer Hegemonie und Konkurrenz. Gegengift: Demokratisierung in der Wirtschaft, „Arbeits- und Sozialräte“, mit Eigenmacht „gegenüber den staatlichen Organen“ — und gegenüber dem Kapital?

Die Ausführungsbestimmungen sind konkreter als die Ausführungsbedingungen. Die Autoren können nur hoffen, dass „die konservative Ausbeute aus der neuesten industriellen Revolution bereits ihren Zenit überschritten“ hat und „eine demokratische Wende auch in Westeuropa“ bevorsteht. Hoffnung auf Entlastung von dort. Eben Hoffnung, nicht Analyse.

12. Januar 1990

Zusammenbruch auch der 27 Akzentebuchhandlungen der DKP. Fürs *Argument* nur wenige tausend DM verloren, da man seit dem Boykott wenig von uns bezog. Immerhin vielleicht noch 5 Prozent unseres Buchhandelsumsatzes.

Im letzten Jahr fast 1000 Rauschgifttote im deutschen Westen, etwa 50 % mehr als 1988.

13. Januar 1990

Die Volkskammer hat gestern die Verfassung so geändert, dass Kapital, auch ausländisches, zugelassen ist. Die im Entwurf ursprünglich vorgesehene Klausel, dass „die Dominanz des Volkseigentums nicht beeinträchtigt“ werden darf, wurde gestrichen. Die BRD will Investitionen des bundesdeutschen Kapitals in der DDR

steuerlich begünstigen. Modrow hat den Rückzug angetreten, was die Einrichtung eines Verfassungsschutzes angeht.

Immer neue historische Rekorde an der Börse, dagegen ein Produkt der Dritten Welt wie Kaffee „unter heftigem, nach unten gerichtetem Druck“: das erinnert an ein Kapitel aus einem Buch über Krisenvorzeichen, jedenfalls werden die Armen ärmer. Zugleich Plastifizierung des Globus: ausgerechnet naturale Gebrauchswert-Produktionen wie Kakao, Kaffee gehen nieder, die Produzenten mit fürchterlicher Armut geschlagen. In Kenia roden viele Bauern jetzt ihre Kaffeesträucher, schrieb die FAZ schon am letzten Montag. Die Staaten verbieten die Rodung, aber folgenlos. Der Markt erzwingt sie durch Verelendung. „Sollte sich die Preistendenz am Weltmarkt umkehren, ist die Rückkehr zum Kaffeeanbau freilich schwierig. Eine vernachlässigte Pflanzung braucht Jahre, bis sie wieder ertragreich wird.“

Die Anhänger des „freien Marktes“ ähneln desto mehr eifernden Theologen, je mehr der freie Markt eine Fiktion wird. Nachdem Nixdorf von Siemens geschluckt worden ist, sieht selbst Fernando Wassner im Wirtschaftsleitartikel der FAZ den Zeitpunkt gekommen, „in dem die Fusionskontrolle herkömmlicher Art sich selbst ad absurdum führt, weil sie von einer wirtschaftlichen Wirklichkeit ausgeht, die es immer weniger gibt“.

Im Feuilleton denunziert Sabine Brandt Kerstin Hensel, eine Schriftstellerin aus der DDR, die im Vorjahr beim Ingeborg-Bachmann-Wettbewerb beeindruckt hat, ergo hat reisen dürfen, ja sogar gedruckt wurde in ihrem Land, ergo keine „konfliktbeladene Beziehung zum Honecker-Staat“ nachweisen kann. „Um die Weltsicht dieser Frau ist es düster bestellt“, hat sie doch geschrieben: „Ich glaube, dass Literatur ein paar mehr Leute vor jenem Schlaf bewahren kann, der die Sinne zermürbt und jene schiefe Behaglichkeit erzeugt, die wir Wohlstand und Optimismus nennen.“ — „‘Ich glaube jetzt an Gott’, sagt Munteanu, als rede er von einer bestandenen Prüfung. ‘Ich hasse den Kommunismus. Ich bin gegen das Böse. Ich bin Antikommunist.'„ Schirrmacher, der so den neuen Generaldirektor des rumänischen Fernsehens zitiert, kassiert den Tribut und gibt den, der ihn zahlt,

zugleich preis. Szenen absurden Theaters von Simulation und Inkompetenz aus den Zentren der neuen Macht.

*

Beim Aufräumen eine Postkarte gefunden, die mir Kurt Gossweiler im April 1986 aus Kuba geschickt hat: „Mit Eurokommunismus (sprich: antisowjetischer Aversion oder auch nur Distanzierung von der SU) ist kein Sozialismus zu machen. Und mit Fidel und Kuba zum Glück keine Werbung für den Eurokommunismus.“ Zu denken, dass damals Gorbatschow bereits ein Jahr Generalsekretär war und die DDR-Führung bald auf Distanz zur SU gehen würde...

14. Januar 1990 — Sonntag

„Wir müssen reden, reden, reden.“ Gorbatschow setzt (muss setzen) ganz auf den politischen Diskurs. Eindrucksvoll die Fernsehfilme vom mit den Menschen sprechenden G. Im Gespräch mit den Litauern wird ihm die Notwendigkeit plausibler, zu einem Mehrparteiensystem überzugehen. In Georgien derweil der Ausnahmezustand, das ZK-Gebäude besetzt, und ein „Rat der Nationalen Befreiung“ betreibt die Loslösung von der Sowjetunion.

In Bukarest Demonstrationen von unwiderstehlicher Wucht gegen Elemente der alten Macht, die sich in die neue gerettet haben. Genau diese antworten mit dem Verbot der KP.

*

Es müsste ein Gegenwarts-Ethnologe her, um zu beschreiben, wie die 60 „Wirtschaftskapitäne“ aus der Bundesrepublik sich an jenen runden Tisch der zweiten Art begaben, wo das Feuer auf die Seite des Wassers überging — oder war es nurmehr die Asche des Staats-Sozialismus, die da in die kapitalistische Flut gestreut wurde? Dürr, der vor Jahren die AEG saniert und dem Imperium von Deutscher Bank und Daimler-Benz zugeführt hat, entwarf bieder schwäbisch ein Szenario der „Schnitte“, die der „Strukturwandel“ der DDR-Ökonomie

voraussetzt. Die Unternommenen bitten die Unternehmer, sich ihnen unterstellen zu dürfen. Mit unbeugsam aufrechtem Gang drängt diese Gesellschaft in die modernisierte Subalternität. Die Ministerin Luft, einzige Frau bei dieser Kapitulationsverhandlung, kichert backfischhaft vor den verblüfften Herren, so zeigt es jedenfalls die Aktuelle Kamera. Tyll Necker rügt, dass die Regierung noch immer an den 49 Prozent festhält, aber ein Siemens-Oberer sagt, die bisherigen Zugeständnisse seien „als erster Schritt völlig ausreichend".

Gleichzeitig hält die SDP ihren Parteitag, nennt sich nun SPD unterm Segen der unsrigen. Hier ist man entschlossen, sich ins Westliche zu integrieren. Der politische Diskurs schon jetzt „elliptisch", das heißt die Basisstelle gesellschaftlicher Macht umschweigend, die das Kapital ausfüllen soll. Die Zivilgesellschaft richtete sich auf gegen den Staat; aber nun wendet sie sich mit dem Rücken zum transnationalen Staat-im-Staat und macht sich dadurch zum bürgerlichen Überbau. Völlige Entmachtung der SED lautet die entschiedenste Losung, die Möglichkeit einer Koalition mit derselben nach den Wahlen wird kategorisch ausgeschlossen. Während wir Theoretiker den Integralen Sozialismus, das Ende der großen Spaltung der Arbeiterbewegung für gekommen hielten, reproduzieren sie nun die Spaltung unter erdrückenden Kräfteverhältnissen. Der Neuerung, der revolutionären Selbstveränderung beim großen Ändern, der Wende der Menschen keine Chance. BRD en gros. Der rot-grüne Flügel des DA stößt zu dieser Partei — wird sie ihn bald links liegen lassen?

*

Gestern Besuch von Pierre Juquin, der an einem Essay über den Umbruch im ehemaligen Ostblock arbeitet. 1982, noch als PCF-Funktionär, war er im Urlaub mit Modrow zusammen. Dieser damals „kein Liberaler", sondern durchaus „encadré" in der herrschenden Ideologie. Aber er lebte bescheiden. — Juquin meint, der Marxismus sei, ganz in der Linie der Aufklärung und des humanistischen Universalismus, unfähig gewesen, die *Differenz* zu denken, so auch die Nation, die nun in den ehemals sozialistischen Ländern wieder virulent ist. Aber es ist wohl

auch falsch zu meinen, der Marxismus hätte den Menschen die Nation aberziehen wollen. Gescheitert ist vorerst das Projekt der Konstruktion einer Weltrepublik mit produktiven Entfaltungsmöglichkeiten für alle Individuen. Es sind Krise, Niedergang, Ratlosigkeit, aus denen die Menschen in partikulare Zusammenhalte flüchten, in Familie, Religion, Nation etc. — und damit flüchten sie sich aus der Heimatlosigkeit in neu-alte Feindschaften, letztlich in den Krieg.-- Juquin bestätigt den Eindruck der FAZ, dass Berghofer sich sozialdemokratisch profiliert. In der „talkshow" vom Freitag habe er geradezu penetrant die Formel von der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft wiederholt. Bahr in derselben Diskussion ganz hervorragend; für Staatenbund. Gysi „sehr geschickt, ein Fuchs"; hat seinen Vorschlag wiederholt, die gemeinsame Gegnerschaft gegen den Neofaschismus zu bekräftigen und aus dem Wahlkampf herauszuhalten.

Begriffe wie „Mischwirtschaft" (mixed economy) sind „auberges espagnoles": jeder bringt sein Essen mit, legt hinein, was er darin finden will. — ich ergänze, dass in ebensolchen „spanischen Herbergen" alle wirkliche Politik zuhause ist. Siehe den Begriff, der kraft seiner Aufnahmefähigkeit für unterschiedlichste Bedeutungsgäste Weltgeschichte zu machen erlaubt hat: *Perestrojka*. — „Mischwirtschaft" wird vielleicht der nächste Unterschlupf für unterschiedliche, ja feindliche Bedeutungen. Für Paul Mattick war sie einmal ein strategisches Konzept, um Sozialismus als Gesellschaft des *Übergangs*, nicht als System zu denken. Für Mitterand eine Art Endzustand. — Aus Polen erzählt Juquin, dass ein Begriff wie „Selbstverwaltung" nurmehr Gelächter auslöst.

Dass der RGW — u.a. auf Drängen Polens — nicht aufgelöst worden ist, sondern umfunktioniert werden soll, gehört zu den konstruktiveren Nachrichten dieser Tage.

„Eines der Unworte des vergangenen Revolutionsjahres 1989 ist die Anrede 'Genosse'." (H.Herles, FAZ, 3.1.90)

*

„Die Revolution ist endgültig tot, weil die Phantasie über die Revolution, die Wahrnehmung ihrer Erhabenheit, tot ist.“ Henning Ritter, der diesen rasch veralteten Satz aus dem *Merkur* vom Oktober 1989 in der FAZ vom 3.1.90 zitierte, fügte spöttisch an: „Also sprach Karl Heinz Bohrer, mit Trauer in der Stimme, aber schneidend in der Gewissheit, dass nur die revolutionäre Phantasie eine Revolution entfesseln könne. ...Aber Revolutionen sind nicht Ausgeburten revolutionärer Phantasie.“

Bohrer setzt nun in der Wochenendbeilage groß an, die Notwendigkeit eines neuen Nationalgefühls mit Identität allseitig zu beweisen („Warum wir keine Nation sind. Warum wir eine werden sollten“). Statt von Revolution spricht er von der „Revolte der ostdeutschen Massen“, so kann er seinen Satz vom Oktober sozusagen im Kleingedruckten beibehalten. Er denkt auf „Siegerseite“ und mit dem Übermut des Siegers. Dagegen hänge ich an einer Perspektive, die sich täglich zu verdüstern scheint. Aber ich möchte nicht mit ihm tauschen. Es scheint mir in dieser gefühlssüchtigen Beflissenheit etwas Jämmerliches. Wie anders dagegen Christoph Hein, von dem ich einen Vortrag im Radio aufgeschnappt habe, und der einen „dritten Weg“ im Kulturellen geht und sehr europäisch denkt. Er gehört zu den Revolutionären in der DDR, denen die Revolution nun abhanden zu kommen scheint.

15. Januar 1990

Pogrome in Aserbaidschan. Leidenschaft einer riesigen Masse fanatisierter Männer, die nicht mehr mit sich reden lassen. Zerfällt die Union und rückt der autoritäre Islamismus nach? Ich war sicher, der Fanatismus der Pogrome würde als Gegenreaktion einen allseitigen Zustrom ins Zivile, in den Universalismus des Rechtsstaats auslösen. Es sieht nicht danach aus. Eher ruft es nach dem Starken Mann.

Die DDR stellt die Subventionierung von Kinderkleidung ein und erhöht dafür das Kindergeld. Die SED/PDS will 11 von 16 ihrer Zeitungsverlage und 21 ihrer 26

Druckereien dem Staat übereignen.

F.K.Fromme meldet im FAZ-Leitartikel „Wiedergutmachungs"-Ansprüche an: „Von den 1945/46 enteigneten Großgrundbesitzern, von den als 'Kriegs- und Naziverbrechern' enteigneten Großunternehmern wäre zu reden — ...von den tüchtigen Großbauern, die mehr als hundert Hektar erarbeitet (?) und für die Landwirtschaft viel geleistet hatten... Zu reden wäre von den Aktionären, viele 'kleine Leute' auch damals darunter, die mit den großen Unternehmen, die 'volkseigen wurden', 1945 und danach enteignet worden sind. Wie steht es mit den Beamten, die man 1945 zu Staatsangestellten machte mit kleinen Renten? Was wird aus den Abkömmlingen von 'Bürgerlichen' ..., die nicht studieren durften, sich mit einem ungeliebten, wenig einbringenden Beruf zufriedengeben durften? Was wird aus dem einstigen Eigentümer eines (?) kleinen (?) Mietshauses, bei dem die Mieten bis heute auf dem Stand von 1936 festgehalten sind.. Und was wird — die Liste ist endlos — aus den mittleren Unternehmern... Wenn eines Tages die DDR, die dann noch Schlacken des Unrechtsstaats mit sich trägt, sich mit einem Rechtsstaat vereinigt, muss es den Ansatz eines Ausgleichs geben." — Die Eliten und Begünstigten des Nazismus müssen für die Niederlage desselben entschädigt werden. Die gesamte DDR-Staatlichkeit seither muss zur Unrechtsstaatlichkeit erklärt, die von ihr Begünstigten müssen enteignet werden. Die Rache ist mein, spricht die herrschende Klasse. Hier zeigt sie sich. Schweigend ist von denen die Rede, die aus der Arbeiterklasse kommend haben studieren können. Das ist wie bei der Frauenquote, welche die FAZ so sehr haßt. Es ist, als würde man Wiedergutmachung für die Männer verlangen, die aufgrund der Gleichberechtigung der Frauen einiger ihrer Vorrechte enteignet werden.

*

Andreas Wildt heute vormittag in der Diskussion zu seinem Habilitationsvortrag: Wenn es in der Zukunft überhaupt noch Sozialismus geben sollte, dann nur dank einer starken moralischen Argumentationskultur. Zwischen Trotz und Drohung: nicht alles aufzugeben und den Expertenfuß in die Tür kriegen.

16. Januar 1990

Gestern wurde das (unbewachte und menschenleere) alte Stasi-Zentrum in der Normannenstraße gestürmt, geplündert, verwüstet. Geheimakten flogen auf die Straße. Ausgangspunkt war eine Demonstration des Neuen Forums. In der Folge geht noch mehr Macht von der Regierung auf den Runden Tisch über. Dort machen sich die Parteien (die neuen zusammen mit den alten) daran, ihr künftiges Monopol gegenüber dem Neuen Forum und überhaupt der demokratisch-revolutionären Bürgerbewegung festzuschreiben, indem sie diese von den Wahlen zur Volkskammer ausschließen wollen. Weil die alte SED sich auf „gesellschaftliche Vereinigungen" gestützt hatte, schien sie ihre Erneuerung dadurch beweisen zu müssen, dass sie sich der Beschränkung des passiven Wahlrechts auf Parteikandidaten anschloss. Würde man keinen Trick dahinter fürchten, sagte Bisky am Runden Tisch, würde seine Partei die Bürgerbewegung unterstützen.

Am RT gab der Innenminister Auskünfte über den Stasi: 1.052 Leute hörten Telefon ab, in der Postüberwachung 2.100, zur Direktbeobachtung 5.000 eingesetzt; Hauptamtliche unter Honecker verdoppelt auf 85.000, dazu gut 100.000 „Informanten". Seit 1985 habe die wachsende Instabilität der DDR zur Perfektionierung geführt, und man habe „eine totale flächendeckende Überwachung angestrebt". Man arbeitete „vorbeugend".

Johann Michael Möller beiläufig in seinem Bericht über Udo Lindenbergs Rostocker Konzert: „In Reez war bereits der alte Gutsbesitzer aufgetaucht, hatte seine früheren Ländereien inspiziert und den Bauern in Aussicht gestellt, wen er wohl wieder als Knecht einstellen würde. Der Verwalter freilich käme dann aus dem Westen."

Zwischen Aserbaidschan und Armenien der Bürgerkrieg. Ursache letztlich die Chancenlosigkeit, mit der die wirtschaftliche Misere der SU die Bevölkerungen dieser Länder schlägt.

An meinem Institut Lust an Moraljustiz — gegen G.B. Ich hatte mich dafür

verwendet, ihm das für übergesiedelte Wissenschaftler übliche Eingliederungsgeld zu beantragen. Eine Formalität, die das Institut nichts kostete und keine Lehrberechtigung einräumte. Doch die Szene im Institutsrat verwandelte sich in ein Tribunal. Jetzt auf einmal! Als ich von Manfred Buhr in der „Deutschen Zeitschrift für Philosophie" als eine Art imperialistischer Agent diffamiert worden war (weil ich das „Kritische Wörterbuch des Marxismus" in Konkurrenz zu seinem ML-scholastischen „Philosophischen Wörterbuch" herausgab), wurde er kurz darauf zu einem Gastvortrag an unser Institut eingeladen. Jetzt, da solche Größen gestürzt sind, nimmt der Mut ungeheuer zu. Die Anti-Stimmung aus der DDR verändert auch hier das ethisch-politische Klima. „Der Marxismus ist politisch falsifiziert", schreibt mein Kollege Th. in ein Habilitationsgutachten. In Essen die Berufungsliste mit Frigga an erster Stelle gekippt; es genügte zu sagen, sie sei Marxistin.

17. Januar 1990

Unter dem Pseudonym „Z" ist in den USA eine Analyse zur Lage der Sowjetunion erschienen. Probe: „Es ist klar, dass Perestrojka und Glasnost, obwohl in ihrer Zielsetzung begrüßenswert, in der Applikation die Systemkrise, der sie Abhilfe schaffen sollten, nur verschärft haben. Der Grund ist, dass sie sich, wie alle Formen eines sanften Kommunismus, gegen die Logik des Systems richten, das sie zu retten versuchen." Das zielt gegen jede Möglichkeit eines „Dritten Weges". Mauern gegen das mögliche Neue.

18. Januar 1990

Waren vorigen Samstag 60 Kapital-Vertreter zur DDR-Wirtschaftsministerin gekommen, so vorgestern die Wirtschaftsministerin zu nun gleich 1.000 Kapital-Vertretern nach Düsseldorf. Man fand sie „persönlich nicht unsympathisch", schreibt die FAZ, sie müsste sich nur noch die inhaltlichen Vorstellungen für die Entwicklung der DDR-Wirtschaft aus dem Kopf schlagen. Denn: „sollte in einer Marktwirtschaft die Auswahl nicht dem Markt überlassen werden?" „Sie setzen im

übrigen darauf, dass die Logik der Entwicklung vieles auch gegen den Wunsch der derzeit noch Regierenden erzwingen wird."

Unsere Herrschenden sind mit der Regierung Modrow zufrieden, was sie nicht hindert, sie gleichzeitig als öffentliches Ärgernis zu beklagen. Sie bringen sie in Bedrängnis und beuten die Bedrängnis aus. Eine schwache Regierung macht, sagen sie sich, mehr Zugeständnisse. Man bemüht sich, die Parteienlandschaft der DDR der bundesrepublikanischen anzupassen. Karl Feldmeyer begründet dies im Leitartikel der FAZ damit, dass „diejenigen Gruppen, die die SED-Herrschaft beenden wollen, nur dann eine Chance haben, wenn ihnen Glaubwürdigkeit und Autorität von 'Schwesterparteien' aus der Bundesrepublik geliehen werden."

Österreichische Beschwerden, dass die DDR sofort in die EG aufgenommen werden könne, während der eigne Aufnahmeantrag unbearbeitet liegt, bringen eine interessante Kategorie nach vorn: *Gravitationszentrum*, um die destabilisierende Auswirkung von Dichtepunkten des kapitalistischen Weltmarkts auf Peripherien zu beschreiben. Und zwar pocht der Generalsekretär der Industriellenvereinigung, Herbert Krejzi, auf die Äußerung eines EG-Kommissars, der gesagt hatte, „Ö. habe sich als Gravitationszentrum für Länder wie Ungarn und die Tschechoslowakei erwiesen. Dies helfe der EG, die selbst im Begriff sei, das Gravitationszentrum Europas zu werden." Das ist der Versuch, eine Position in den Kräfteverhältnissen am Markt als politisches Verdienst einzuklagen.

*

Die *SPW*, Zeitschrift der Marxisten in der SPD, empfiehlt, „sich strategisch auf die Möglichkeit einer Mehrheitsentscheidung des DDR-Volkes für einen deutschen Einheitsstaat vorzubereiten" (Heidenreich/Westphal). Übernehmen sogar den Begriff „Wiedervereinigung", worunter sie verstehen, dass die Vereinigung nicht in die europäische Integration eingebettet wird.

Die Gruppe „Grüner Aufbruch" um Antje Vollmer ist vorsichtiger und begünstigt eine Konföderation zweier souveräner Staaten, die für die DDR Angleichung an

westlichen Lebensstandard bei Bewahrung der „eben erst errungenen politischen Handlungsfähigkeit“ bedeuten könnte. Doch: „Wenn sich die Bürger der Bundesrepublik und der DDR jeweils souverän und mit gegenseitigem Vetorecht für einen einzigen deutschen Staat aussprechen, wird er eines Tages kommen.“ Wenn die Frage im Horizont der „Nation“ gestellt wird, könnte auch Österreich mit ins Schwimmen kommen, denn da wird erklärt: „Die Nation hat nicht wegen der deutschen Verbrechen von Auschwitz das Recht verwirkt, die Frage nach ihrer Staatlichkeit souverän zu beantworten.“

*

Jelzin (in Tokio): Der Perestrojka sei „von oben nach unten die Luft ausgegangen“. Irgendwann werde sie von unten wieder auftauchen, aber nicht „in einer zivilisierten Weise wie in Osteuropa“. Die SU „könnte sich in nur drei Monaten selbst zerstören“. Unsicher, „ob es in diesem Herbst noch ein Gorbatschow-Parteitag oder eine Gorbatschow-Partei sein wird“. In 10 Tagen wird das erweiterte ZK-Plenum tagen, das den Parteitag vorbereiten soll. — Ligatschow hat in einem Interview gesagt, die SU könne auch „ohne die eine oder andere kleine Republik weiterleben“.

19. Januar 1990

Die chinesische KP-Führung soll schon im Dezember Gorbatschow der „Subversion des Sozialismus“ beschuldigt haben.

In der SU werden Reservisten mobilisiert und in die Bürgerkriegszonen geschickt. Den Nachrichten zufolge bricht zwischen Aserbaidschanern und Armeniern ein entsetzlicher Bestialismus auf. Otto Lacis, der stellvertretende Chefredakteur der Zeitschrift *Kommunist*, im Fernsehstudio gefragt, ob G. wegen des Ausnahmezustands weiter an Prestige verlieren würde: „Nein, nicht deshalb.“ Es wurde nicht gefragt, weshalb dann.

In der DDR hat sich die Machtverlagerung zum Runden Tisch verstärkt. Zwischen

den dort vertretenen Gruppen und der Straße klafft inzwischen ein tiefer Graben. Regierung und artikulierte Opposition rücken zusammen, während der beginnende Wahlkampf sie gleichzeitig auseinanderzwingt und die Grundstimmung der Massen beiden entgegensteht.

Die Brie-Gruppe distanziert sich von der Machterhaltungsstrategie der „Leiterschicht" in der SED. Rainer Land hat am 12.1. eine Erklärung veröffentlicht (am 17.1. in der TAZ dokumentiert): „Der Reformflügel ist wieder in der Minderheit, schlimmer ist aber: er wird nach wie vor von einer praktischen Wirkung auf Politik ausgeschlossen." Kritik an der jetzigen SED-Führung, also doch wohl vor allem an Gysi und Berghofer, da Modrow ja die Regierung personifiziert: sie setze zu wenig auf den Runden Tisch; sie vernachlässige auf allen Ebenen, insbesondere der betrieblichen, die Mitbestimmung; es fehle an kritischer Distanz zur Regierung. „Die SED (hat es etwas zu bedeuten, dass er nicht SED-PDS sagt?) hat die Regierung nicht an dem Versuch gehindert, hinter dem Rücken der Bevölkerung einen Verfassungsschutz zu installieren, statt eine öffentliche Debatte über eine ganz neue Art der Sicherheitspolitik zu organisieren und erst zu entscheiden, wenn Konsens und Legitimation gegeben sind". Am 3. Februar will die Gruppe beraten, ob sie sich als fester Flügel organisiert oder sich abspaltet und eine „moderne sozialistische Partei" gründet oder „Austritt und Suche nach neuen politischen Organisationen" empfiehlt. Das bisherige System nennt Land nun „das alte totalitär-bürokratische Regime" oder einfach „das alte totalitäre Machtregime".

Der Bürgerkrieg, hieß es in der AK, wird zum Krieg, die sowjetischen Truppen geraten zwischen die Fronten. Die Macht gleitet vom Zivilen ins Militärische. Gorbatschows Gesicht wirkt nicht nur müde, sondern von unterschwelliger Resignation gezeichnet. Ausnahmezustand — darauf verstand sich die alte Ordnung; sie gründete sich auf den permanenten Notstand.

20. Januar 1990

Auf dem Alexanderplatz organisiert Kaisers Kaffeegeschäft ein Werbefest mit

Coca-Cola und CDU, wo einige Westware zu Ostgeld verkauft wird. Dazwischen werden Unterschriften gesammelt für ein Volksbegehren zur Wiedervereinigung.

Volker Braun ist für vier Wochen aufs Dorf geflüchtet, in Schreibklausur nach Großkochta, wo einmal Frau von Stein gelebt hat. In Berlin gaben Besucher einander die Klinke in die Hand; die Revolution raubte ihm seine Arbeitszeit. Vermutlich ist es auch so, dass er die Revolution zu seiner Arbeit machen konnte, solange sie sich nicht selbst verlor.

Anneli Braun wirkte niedergeschlagen. Sie hat eine Grippe und sagt, es sei auffällig, dass alle, die keine „Wiedervereinigung" wollen, ihre Widerstandskraft verlieren und leichter erkranken. Der Gedanke, dass die vierzig Jahre bloß ein Exkurs gewesen sein könnten, verlorenes Leben... Frühere Scharfmacher aus der Partei tun sich jetzt als Opportunisten besonders im Anti hervor; derartiger Opportunismus hindert auch solche, schon aus Selbstachtung, am Parteiaustritt, die sich inhaltlich längst verabschiedet haben. Wer aus guten Motiven widerwillig in der Partei bleibt, bewirkt aber wiederum etwas Ungewolltes: Wenn die SED sich stabilisieren sollte, würden noch mehr Leute das Land verlassen. Zu den schlimmen Nachrichten der letzten Woche gehört, dass der Stasi eben nicht nur, wie man dachte, ein Staat im Staat war. Auf jeder Verwaltungsebene war dem Ersten Sekretär der Stasi-Leiter der gleichen Ebene zugeordnet. Der Stasi scheint auch eine Art Dienstleistungseinrichtung der SED gewesen zu sein, wenngleich die auf allen Ebenen geleisteten „Dienste" nur von der höchsten Ebene angeordnet werden konnten.

Die DDR wird unregierbar. Oder die Regierung muss heute tun, was gestern auf der Straße geschrien worden ist. Es fehlen die Transformatoren einer politischen Kultur dazwischen. Am Wochenende gleichzeitig viele Demonstrationen: der Bauern in Neubrandenburg, des Medizinbereichs („Schreibtischärzte in die Praxis!"), der neuen Polizeigewerkschaft, der unabhängigen Gewerkschaften, wo gegen Sozialabbau und für das Recht auf Arbeit gesprochen wird und wo auch Pagels vom Westberliner DGB auftritt usw. Eine Gesellschaft gruppiert sich um:

der Prozess der Umordnung als Zustand der Unordnung. Auf den Aufbruch der Massen setze ich noch immer Hoffnung, weil dieser Weg (des demokratischen Revolutionierens) selber ein Ziel ist.

Gefreut hat mich, dass der plumpe Versuch unserer CDU, Geldzuwendungen an die dortige CDU von deren Austritt aus der Regierung abhängig zu machen, zurückgewiesen worden ist.

*

In Belgrad hält der Bund der Kommunisten Jugoslawiens seinen 14. ao. Parteikongress. Ausgangspunkt ist das Scheitern der Selbstverwaltung und der Nationalitätenpolitik. Die Delegierten sehen aus wie eine regierende und technokratische Intelligenz, ein administratives Mandarinat aussieht, Spezialisten zwischen bürgerlich und bürokratisch. Es fehlt anscheinend jedes plebejische Element: Arbeiter, Bauern, auch die Künstler...

21. Januar 1990

Wir sind heute durch ein Loch in der Mauer — vorbei an jungen Grenzpolizisten, die fröhlich grinsend sagten, sie sähen uns nicht — durch einen Friedhof in Richtung Babelsberg spaziert, jenes phantastische Gefühl auskostend, das jetzt Millionen Deutsche spüren: eine bisher absolute Grenze überschreitend, uns umsehend. Unser Wohnort hat sich völlig verändert; die Revolution hat uns umgezogen.

Politisch-theoretisch werden wir es noch schwerer haben als bisher.

*

„Viele rückwärtsgerichtet, manche vorwärtsgerichtet“, so zeichnete Walter Janka die gegenwärtige Stimmung. Die Massen gehen rückwärts im Doppelsinn: sie wenden sich zurück auf das bereits Gestürzte, und wie Krebse bewegen sie sich seitwärts auf das zu, was kommt.

Solches hat die FAZ beim Unternehmerbesuch vor einigen Tagen beobachtet: „Die westdeutschen Vertreter können sich der Zufriedenheit des Siegers nicht ganz erwehren. Sie sitzen da wie dicke Kater, die die Maus in den Händen halten.Die DDR kommt als Bittsteller."

*

Berghofer ist aus der SED/PDS ausgetreten, zusammen mit 39 führenden Mitgliedern der Dresdener Parteiorganisation, darunter der Generaldirektor von Robotron. Das Land sei wichtiger als die Partei. Die SPD wiederum, der die Gruppe zustrebt, hat erklärt, der SED sei der Untergang zu wünschen, die Personen aus ihrer Reihe, personifizierter Sachverstand, würden gebraucht.

Nach 15-stündigem Sitzungsmarathon hat der Vorstand der SED/PDS sich mit 80 gegen 2 Stimmen gegen Auflösung ausgesprochen. Die SED/PDS ist ja auch, wie Gysi sagt, die einzige Kraft, die einen wenigstens relativ eigenständigen Weg der DDR vertritt. Statt Auflösung Ausschlüsse: Krenz, Hager, Schabowski, Kessler und die übrigen Mitglieder und Kandidaten des alten Politbüros. Selbst Werner Eberlein, der doch ehrlich die Umkehr mitbetrieben hat, ist nur wegen Krankheit noch nicht ausgeschlossen.

Wie um den Symbolcharakter der Ausschlüsse zu unterstreichen, wurde auch das Symbol der Partei abgeschafft, die beiden ineinandergreifenden Hände als Zeichen des Zusammenschlusses der beiden Flügel der Arbeiterbewegung. Was daraus geworden ist, wurde durch die stalinsche Gewaltherrschaft und das auf Stalins Tod folgende befehlsadministrative System so verfälscht, dass das Richtige daran nun für die allermeisten völlig verschüttet ist. Die Stimmen der Janka und Dubcek gehen unter.

Der alte Volkskammerpräsident Sindermann ist in U-Haft genommen. Gegen Finanzministerin Nickel hat die Staatsanwaltschaft Leipzig ein Verfahren wegen des Verdachts auf „Untreue" (im früher bekleideten Amt) eingeleitet. Das ist ein Schlag gegen die Regierung Modrow.

22. Januar 1990

Am Runden Tisch legte Modrow Rechenschaft ab und bot Machtteilung mit der artikulierten Opposition auf allen Ebenen an. Inzwischen hat sich tatsächlich ein hochinteressantes System herausimprovisiert. Nun wird es bewusst gewollt und durchgearbeitet. Mit immer kürzeren Halbwertzeiten zerfallen die Organe der alten Macht. Um dem Chaos zu entgehen, muss der Opposition Macht übergeben werden. Das Ergebnis geht über den Horizont des bundesdeutschen Systems, wo Demokratie ein Markenartikel mit klarer Werbestrategie bei verschwimmendem Realgehalt ist. Hier sind nun Bürgerinitiativen vor Ort gefragt, ihren Anteil zu übernehmen. Die Regierung besorgt den notwendigen Elitenaustausch mit deutscher Gründlichkeit, will sogar jetzt noch in aller Geschwindigkeit eine Staats- und Rechtsakademie für Aus- und Fortbildung der Aktivisten der neuen Bewegungen gründen, um sie zur konkreten Machtübernahme zu qualifizieren.

Die SPD nimmt das Angebot auf Regierungseintritt im Prinzip an, vereinbart Verhandlungen über Kriterien, Ausmaß etc. So fast alle andern. Sie wenden sich gegen die Losung eines Generalstreiks und das Gerücht von einem bevorstehenden Putsch, was von der Bildzeitung verbreitet wird. Ullmann von „Demokratie Jetzt“ vermutet dahinter die Begleitmusik zu Kohls Abrücken von Konföderationsplänen. Will man die Alliierten zusammen mit der BRD zu Vormündern der DDR machen? Braucht man dafür Chaos als Vorwand? Die Oppositionellen vom RT gehen fast alle äußerst respektvoll mit Modrow um, der seine Rede stockend verlesen hat, offensichtlich am Rande der Belastbarkeit. Nur die relativ Linken kommen ihm schroffer. Das Neue Forum möchte nicht, dass von oben, sondern dass von unten her vorgegangen wird: die Demokratisierung müsse in der Kommune beginnen. Klein von der VL redet für mein Verständnis scharf in der Form, aber verschwommen in der Sache, will den Streik rechtfertigen, ohne zu ihm aufzurufen. Unstrategisch und volksfern. Gysi bittet die Opposition geradezu flehentlich, seiner Partei Ministerposten abzunehmen.

Modrow pflegt als Moderator von Wünschen eine übermoderate, vorsichtige,

abgepufferte, härtearme Sprache am Rande der Verständlichkeit. Er macht keine gestaltende sondern den Moment verwaltende Politik und überzeugt als der redliche Treuhänder. In seinen Zuhörern weckt er den Impuls, ihm beizuspringen.

23. Januar 1990

Die 40 Ausgetretenen aus Dresden hatten die Selbstauflösung der SED-PDS gefordert wegen der „Angst vieler Menschen vor einer Restaurierung der SED", also zugunsten einer Stabilisierung der DDR. Selbst eine radikale Erneuerung würde nicht als solche honoriert, nehmen sie wohl an. Sie erklären sich für die „sozialdemokratische Programmatik", zugleich für Modrows Politik, die sie als Herbeiführung einer „ökologisch orientierten sozialen Marktwirtschaft" umschreiben. Umgehend soll eine „Wirtschaftsvereinigung und Währungsunion zwischen beiden deutschen Staaten" hergestellt werden. „Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit, leistungsfähige Wirtschaft und kulturelle Identität sind jetzt am dringlichsten. Nur dadurch ist die politische und soziale Destabilisierung des Landes aufzuhalten." Sie wollen sich ausdrücklich nicht um Ämter bei den Wahlen bewerben.

Michael Brie hatte den Antrag auf Selbstauflösung eingebracht. Trat aus dem PV aus, als der Antrag abgelehnt wurde. Rainer Land: „Die Regierung (Modrow) ist nicht die Regierung dieser Volksbewegung geworden." Aber noch gibt es „Gestaltungsmöglichkeiten".

Die VL scheint sich in Richtung auf eine trotzkistische Sekte zu entwickeln. Bei ihren Anhängern unter meinen Freunden herrscht Enttäuschung darüber.

Doppelmacht als Kategorie durch den Verfall der alten Macht überholt. Vielleicht nicht einmal mehr Machtteilung, was Modrow betreibt, sondern Machtübergabe. Die neuen, erst heranwachsenden Gruppen und ihre Sprecher müssen fürchten, den Zusammenhang zur „Straße" vollends zu verlieren, soll es ihnen nicht bald ebenso gehen, wie jetzt der Regierung.

Sibylle Wirsing bei aller gewollten Distanz angetan von Gysis Versuch, Eigenständigkeit und Offenheit in der DDR-Kultur zu vereinbaren: „Erfahrungen aller Länder, vereinigt euch!“

23. Januar 1990 (2)

Die fast völlige Abwesenheit von Versuchen, das alte Regime begrifflich zu fassen. Kaum Spuren von Marxismus, auch nicht bei den Linken.

Am konkretesten war Egon Krenz bei seiner Anhörung (gemeinsam mit Wolfgang Herger) vor dem Runden Tisch: „Verselbständigung des Staatsapparats infolge des Anspruchs ... auf Lenkung aller Prozesse im Land.“ Genauer gesagt: eines Machtapparats, an dessen Spitze die Parteiführung stand. 1960 als das Jahr, in dem sich das Politbüro den Staatsapparat untergeordnet hat, mit dem Stasi als Sicherung dieser Unterordnung. Angeblich „Schild und Schwert der Partei“, verselbständigte sich der Sicherheitsapparat auch gegen die Partei, indem er diese ihrer Spitze unterwarf. „Subjektivismus“ der Kommandozentrale, Unfähigkeit zur Selbstkorrektur, ein System der Verdrängung folgten daraus. Im Paradigma des Konspirativen etablierte sich ein zunehmend totales Wissensregime. Die Berichte stets selektiv. Mielke regierte nach dem Prinzip der militärischen Einzelleitung. Honecker konferierte mit Mielke jeden Dienstag, im Anschluss an die Politbürositzung und unter Ausschluss der für Sicherheit zuständigen Krenz und Herger. Unterhalb dieser Spitze aus zwei Personen staffelte sich ebenenspezifisch ein System selektiver Berichte: des jeweiligen Stasi einer Ebene an die ersten beiden Parteisekretäre der entsprechenden Ebene; die Parteisekretäre waren jedoch nirgends operativ weisungsbefugt gegenüber dem Stasi. Auch an diesen Schnittstellen zur Partei herrschte das Konspirative.

Wolfgang Herger sagte, das Blutbad auf dem Platz des Himmlischen Friedens habe ihn bestimmt, sich konspirativ gegen die Machterhaltungspolitik Honeckers zu stellen.

Repression ist das Opium der Herrschenden. Die Entziehung überleben die

wenigsten.

„Ausnahmezustand“ nannte eine interviewte Westberlinerin die freie Zirkulation der Menschen zwischen Ost- und Westberlin. In Wirklichkeit ist es das Ende des Ausnahmezustands, dessen Gehäuse und Symbol die Mauer war. Der Ausnahmezustand war zur „Normalität“ geworden.

Diese Revolution hat keine Zeit. Indem sie sich selbst gewahr wird, erfährt sie zugleich ihren Selbstverlust. Das bringt eine eigne Ästhetik des Fernsehens hervor. Das Gefühl des bloß Transitorischen macht sich bleibend, während im Westen der Triumph ästhetischen Schrott hervorbringt.

24. Januar 1990

In Mainz hörte ich mich sagen, was ich bislang kaum zu denken wagte: Selbst wenn die Perestrojka im Positiven scheitern und Gorbatschow untergehen würde, hätte sie doch mindestens in folgenden Hinsichten Weltgeschichte gemacht: Sie hat nicht nur das globale nukleare Regime gesprengt und die Systemkonkurrenz entmilitarisiert, sondern auch hoffnungslos verfahrene und vom Systemgegensatz überdeterminierte Regionalkonflikte beigelegt und überall den Teufelskreis gescheiterter Gewaltregime aufgesprengt und eine offene Situation geschaffen. Es ist nicht schad um das alte Regime. Es ist bitter schade um die alternativen Gestaltungsmöglichkeiten und die Stützpunkte zur Zähmung des Kapitals, die es in seinen Untergang reißt.

Es könnte sein, dass die fünf wegstrebenden Randrepubliken sich nur um den Preis einer Remilitarisierung aller Verhältnisse und mit objektivem Russochauvinismus halten lassen. Im Falle ihres Ausscheidens wäre das verbleibende Kernland noch riesig genug. Das ökonomische Geflecht der Sowjetunion momentan beschnitten: 5 Prozent des Erdöls, 60 Prozent der Fördereinrichtungen aus Aserbaidschan. Die sowjetische Flotte soll inzwischen ihren Weg durch die Tankerblockade in den Hafen von Baku freigeschossen haben. Fieberhaft bringt man die Familienangehörigen der Soldaten außer Land, um sie vor Rache zu schützen.

Jelzins Geschrei, recht gehabt zu haben... Sich lautstark gegen G. zu stellen, scheint eine der Bedingungen seiner Handlungsfähigkeit. Was G. schützt, ist der Abgrund, vor dem das Land sich sieht...

In der FR ein aufschlussreicher Artikel von Uwe Engelbrecht (dessen Berichte ich schon im Gorbatschow-Buch verwenden konnte), der Hintergründe der Unruhen im Transkaukasus zeigt. Der Oberste Sowjet von Aserbaidschan (eine trübe Adresse, weil nicht neu gewählt, sondern seit 5 Jahren im Amt) wird von ihm nicht ernst genommen: „Der in der Nacht zum Montag gefasste Beschluss einer Volksbefragung über den Austritt aus der UdSSR war nur der ohnmächtige Schwanengesang einer Gruppe abgewirtschafteter Politiker, in deren Korruptheit und Unfähigkeit die eigentliche Ursache für den sich seit Jahren zusammenbrauenden Volkszorn zu suchen ist. Nun sehen sie, sofern sie sich nicht verkriechen, ihre letzte Zuflucht im Anschluss an die nationalistische Demagogie und in Anklagen an die Führung der Union. Da es in A. zur Zeit keine zusammenhängenden politischen Machtstrukturen gibt, können Taten einer verhältnismäßig kleinen Zahl von entschlossenen Fanatikern und Kriminellen unkalkulierbare Kettenreaktionen auslösen ... nur in wenigen Gebieten ...sorgt das Zusammenwirken nichtdiskreditierter Parteifunktionäre, gemäßigter Volksfrontvertreter und des Militärs für eine sichere Abwehrfront gegen die vagabundierenden Freischärler, die allenthalben eine ‘zweite Phase’ des Aufruhrs einzuleiten versuchen, nachdem die erste Phase durch die Besetzung Bakus zunächst erstickt werden konnte.“

In Nachitschewan seien Forderungen nach Liberalisierung eines kleinen Grenzverkehrs, an und für sich ganz im Sinne der Perestrojka, bürokratisch abgewürgt worden, bis sie sich explosiv entluden.

Für übertrieben hält E. die Version einer Gruppe linksoppositioneller Moskauer Deputierter, „die von den Auswirkungen auf die Ursachen zurückschloss und das Drama allein den Machenschaften von Perestrojka-Gegnern zuschreiben wollte“: Korrupte Bürokratenklüngel, gedeckt durch Moskauer Hintermänner. E. meint,

dass das die Beweggründe der Drahtzieher wahrscheinlich richtig beschreibt, aber nicht erklärt, wieso derart große Menschenmassen mitziehen. Alijew, Repräsentant des regionalen Machtfilzes, scheint Morgenluft zu wittern.

Ausdruck vom Dienstag, März 15, 2011

25. Januar 1990

Der Westen versichert Gorbatschow seiner Unterstützung, fördert aber zugleich, sozusagen gewohnheitsmäßig, das Auseinanderstreben.

In Paris sollen Blue Jeans „made in USSR“ in Mode sein. Die SU beschwerte sich, dass die sowjetischen Jeans-Nachahmungen in Fernost massenhaft nachgeahmt und in Umlauf gebracht werden. Gefälschte Nachahmungen.

Das polnische Joint venture der Fa. Schieder floriert. Die „Lohnfreiheit“ sei vom ersten Tag an für eine 50-prozentige Lohnerhöhung „für alle produktiven Kräfte“ genutzt worden, also allenfalls zur indirekten Lohnsenkung für unproduktive Bereiche. „Jetzt dränge alles in die Produktion, und man ziehe gute Arbeitskräfte auch aus anderen Betrieben an. Der Krankenstand sei von 8 auf 3 % zurückgegangen.“ (FAZ) Jetzt sieht sich das Unternehmen in der DDR um. Dieser „stünden noch viele bittere Erfahrungen bevor, die Polen bereits hinter sich habe“. Die Produktion in der BRD sei wegen der Arbeitszeitverkürzung relativ ungünstig.

Rakowski sieht in der geplanten Auflösung der polnischen „Vereinigten Arbeiterpartei“ die Konsequenz aus der „Niederlage des realen Sozialismus“. Umorientierung zur Sozialdemokratie. „Auch wenn ich kein Befürworter der Wiedervereinigung bin — sie ist bereits im Gange.“

*

Die FAZ hat ein Auge auf die neue SPD der DDR: Es sei ihr bisher „nicht gelungen, sich von dem Ideengut des Sozialismus zu befreien“, hat sie doch in einer Erklärung eine „umfassende demokratische Kontrolle der Wirtschaft verlangt“. In

Stockholm hatte ich gesagt: Sozialismus ist nichts anderes als die *Ausdehnung der Demokratie*. — Die Grenze verschiebt sich andauernd: War gerade noch „soziale Marktwirtschaft" das Erkennungszeichen der Prokapitalisten, so nun „freie Marktwirtschaft", und noch von der „sozialen" zu sprechen heißt jetzt bereits, noch in sozialistischen Ideen befangen sein.

Das wirtschaftspolitische Grundsatzpapier der SPD optiert „für eine ökologisch orientierte soziale Marktwirtschaft" mit „Markt und Wettbewerb ... als unabdingbaren Triebkräften". Letzteres ist streng genommen Unsinn, aber man versteht, was gemeint ist. Man ruft in Wirklichkeit allseits nach *Zwang*, nicht nach *Trieb*. Der Staatszwang hat versagt, nicht ohne alle zu bedrücken und zu erniedrigen, nun hofft man auf den Marktzwang. Der Markt ist ein Handlungsfeld, wo Angebote und Nachfragen aufeinandertreffen, deren Plural bei Streben aller Akteure nach den vorteilhaftesten Bedingungen für sich selbst „Konkurrenz" bzw. den „Wettbewerb" ausmacht. Triebkraft ist die Vorteilssuche (das Gewinnstreben); die Spielregel heißt „Schwarzer Peter"; Schattenseite der Vorteilssuche ist die Nachteilszuweisung. So entstehen negative Sanktionen, Zwangskräfte, die einen Akteur bei Strafe des Untergangs mobilisieren. Ganz wie Marx sagt: Über die Konkurrenz werden die inneren Gesetze in „äußere Zwangsgesetze" verwandelt.

Wirtschaftspolitische Vorstellungen der SPD: „Unveräußerlichkeit des bestehenden staatlichen Grund und Bodens"; ansonsten Gleichberechtigung aller Eigentumsformen, Wirtschaftskontrolle durch Aufsichtsräte und Betriebsräte sowie „weitere staatliche und gesellschaftliche Institutionen". Großunternehmen sollen überwiegend in öffentlicher Hand bleiben — zumeist den Ländern und Gemeinden übereignet --, ihre Aufsichtsräte sollen sich aus gewählten Volksvertretern zusammensetzen. Die Kombinate sind aufzulösen, eine Kartellbehörde einzurichten, ausländische Beteiligungen freizugeben, unabhängige Unternehmensverbände, Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern zu schaffen, unabhängige Gewerkschaften, Tarifautonomie...

Die FAZ mit ihrem stellvertretenden Kapitalistenblick sieht, dass am ländlichen

Genossenschaftseigentum festgehalten werden soll. „Danach bleiben für den privaten Unternehmer und ausländische Investoren vor allem Klein- und Mittelbetriebe als Betätigungsfeld.“ Schließen sie denn aus, in mitbestimmte und gesellschaftlich-politisch kontrollierte Großunternehmen einzusteigen?

*

Noch einmal zum Krenz-Verhör vor dem RT. Die Stimme von Krenz noch immer offiziell, Stimme der Macht, volltönend, die Worte dehnend und den Ton nach hinten hebend. Seine Auskünfte knapp und konzis, die „jetzige Sicht“ von der „damaligen Einstellung“ unterscheidend.

Die Fragenden können es nicht glauben, dass die Sicherheitsbeauftragten des Politbüros nicht in Stasi-Interna eingeweiht gewesen sein sollen. Aber anscheinend war es tatsächlich so, dass die Parteisekretäre einer Befehlsebene sich in Wirtschaft, ja sogar Polizei und Armee einmischen konnten, nicht aber in den Stasi. Dessen Spitzel in den Parteireihen waren auch ihnen unbekannt. Alles „Operative“ lief nach den Regeln der Konspiration, und so muss es zu dem schwer vorstellbaren Zustand gekommen sein, dass niemals eines der ZK-Mitglieder irgend eine „operative“ Frage dieses Bereichs, etwa Fragen der Verhaftung bzw. Freilassung politisch „Andersdenkender“, zur Sprache gebracht haben soll. Aber das erklärt nicht, warum nicht nachträglich darüber gesprochen und Rechenschaft abgefordert wurde.

Da die Verfassung keinen Ausnahmezustand kannte, sondern nur den Verteidigungsfall nach außen, waren alle Vorbereitungen auf ersteren illegal.

Vom 8. Oktober erzählt Krenz, er und Herger seien sehr beunruhigt gewesen, obwohl sie keine konkreten Informationen hatten. Per Fernschreiben hätten sie auf einen friedlichen Verlauf der Demos gedrungen. Am Tag darauf sei Walter Friedrich, der Direktor des Instituts für Jugendforschung, vorstellig geworden, weil er befürchtete, es würde abends zu Zusammenstößen kommen. Telefonisch habe Krenz darauf Zurückhaltung von der Staatsgewalt verlangt. Am 13. 10. Leipzig

angewiesen, polizeiliche Mittel nur gegen Gewalt anzuwenden und den Schusswaffengebrauch unter allen Umständen zu verbieten. Honecker gegenüber habe er mit andern eine chinesische Lösung abgelehnt usw. So akkumulierten sich die Bedingungen, die zur Ablösung Honeckers führen sollten.

Alle Offiziere waren in der Partei.

26. Januar 1990

Mittenzwei erwartete mich am Hofeingang zum Theater des Brecht-Ensembles, liebevoll BE genannt. Ich fand ihn überraschend unprätentiös. Er schien gut in die Mischung von Theater und alt-proletarischem Ambiente der BE-Kantine zu passen, erklärte sich auch zuhause hier, wo er seit 20 Jahren als Dramaturg arbeite. Zu einem Preis, der keiner war, und mit einem Geld, das der Mann hinter der Theke nicht als solches anzusehen schien, erstand er Tee für uns und eine Suppe für sich. „Du übst schon für kommende Zeiten", kommentierte der Kneipier das spärliche Mahl. Am Schwarzen Brett ein SPD-Anschlag, wo das Kürzel PDS als „Partei DieSelbe" übersetzt wurde; daneben eine Erklärung mit 40 Unterschriften, vorerst keine Gewerkschaftsbeiträge mehr zu zahlen usw.

Mittenzweis erste Frage galt Frigga, und ich erzählte, wie sie bei Bewerbungen bereits von den antimarxistischen Ausstrahlungen der Katastrophe des DDR-Sozialismus getroffen worden war. Dann berichtete ich vom Erfolg ihrer Krimi-Reihe. Er nahm teil an unseren Sorgen und Projekten, und doch war es, als ob die allgemeine Unsicherheit sich wie eine Isolierschicht zwischen uns legte.

Er meint, von Gorbatschow und der Perestrojka „wird nichts mehr kommen". Er rechnet mit einer Militärdiktatur. Das wäre das Ende des Sozialismus — aber im Zweifelsfall habe die SU diesen und den Marxismus immer geopfert zugunsten des nationalen Machtstaats, so im „Großen Vaterländischen Krieg".

In der DDR sei die Arbeiterbasis der SED-PDS völlig weggebrochen. Daher kein Halten. Erst kurz vor den Wahlen werden die Parteien auftauchen, und die mit den

radikalsten Wiedervereinigungsforderungen werde gewählt. Bush wolle die „Wiedervereinigung“ im Rahmen der Nato haben und diese bis an die Oder ausdehnen; das würde die SU dagegen richten, und damit wäre es mit der Entspannung in Europa zuende. M. fürchtet einen neuen Faschismus, unähnlich dem alten.

Er rät dennoch dazu, mein Buch bei Dietz erscheinen zu lassen.

Wir fassten einen Kreis der „Freunde der Großen Methode“ ins Auge.

*

Hohn der Sieger, nicht besser als die Verhöhnten: „Kurt Hager leidet in Untersuchungshaft, die er ohne die gesammelten Werke von Marx und Lenin aussitzen muss, an Entzugserscheinungen.“ (G.St. in der FAZ von heute, S.33)

Im Leitartikel schreibt F.K.Fromme, die SED (er lässt „PDS“ weg) sei „in einer Lage, die mit der nach dem Zerbrechen des ersten totalitären Regimes auf deutschem Boden nicht zu vergleichen ist. Wer 1933 30 Jahre alt war, also ein in seinen politischen Überzeugungen fertiger Mensch, war 1945 noch in seinen besten Jahren, nicht einmal in den allerbesten.“ Rot = Braun, 1945 = 1989. Nein: Rot schlimmer als Braun; 1945 waren die in ihren besten Jahren stehenden Männer frei geblieben, 1989 gibt es nurmehr Früchte des Totalitarismus. — Man sieht: Diese Dynamik kennt keine innere Grenze; jede Veränderung ist für die FAZ nur eine veränderte Ausgangslage für unverminderten Rechtsdruck. Mir ist unklar, ob Fromme das sozusagen gewohnheitsmäßig macht oder ob er eine Strategie verfolgt. Die völlige Rechtfertigung des nazistischen Engagements der Bourgeoisie würde vielleicht als natürliches Gleichgewicht empfunden. Aber dann wiederum nur als Ausgangslage, immer neue gewerkschaftliche oder demokratische oder sonstige Gefahren zu wittern, vermutlich auch „fremdrassige“ Konkurrenten...

Die angeeignete Revolution: „Die deutsche Revolution dauert gerade wenige Monate — und dennoch macht sich große Ungeduld breit. Obwohl das Tempo der

Veränderungen atemberaubend war, geht das Tempo vielen nicht schnell genug." (Monika Zimmermann) Die Zeiterfahrung immer ein Indikator: Das atemberaubende Tempo ist nicht schnell genug. In verschobener Form drückt dieses Gefühl aus, dass ein Wettlauf zweier Prozesse abläuft: die radikale Demokratisierung der DDR läuft mit der Abschaffung der DDR um die Wette. Was Walter Benjamin von französischen Revolutionären des 19. Jahrhunderts festgehalten hat, das möchten heut die Revolutionäre der DDR tun: auf die Turmuhren schießen, um die Zeit anzuhalten.

In Ostberlin ein Stück „Gorbatschow/Fragment" von Jörg-Michael Koerbl uraufgeführt mit G. als „prädestiniertem Märtyrer", wie Sibylle Wirsing schreibt: „Die Hauptfiguren sind die Gespenster im Kreml, Massenmörder und Opfer."

Juri Afanasjew, einer meiner wichtigeren Kronzeugen im Gorbatschow-Buch, soll laut FAZ inzwischen für die Einführung des Kapitalismus in der SU plädieren. Wie in Chile scheinen auch in der SU die Anhänger „freier Marktwirtschaft" Gegner demokratischer Freiheit: „Die beiden im Grunde westlich-demokratisch gesinnten Publizisten Igor Kljamkin und Andranik Migranjan fühlen sich in ihrer umstrittenen These bestärkt, dass die SU — leider — nur mit 'eiserner Hand' zu reformieren sei: Auf demokratische Weise sei die Herkules-Aufgabe, das System auf Marktverhältnisse umzustellen, nicht zu bewältigen. Westliche Ökonomen würden ihnen da zustimmen." (Kerstin Holm)

Eine Hongkonger Zeitung (South China Morning Post) behauptet, Deng Xiaoping habe vor Parteimitgliedern in Peking G.s Sturz angekündigt. Die ethnischen Unruhen und die separatistischen Bewegungen seien eine Folge der Perestrojka-Politik. Die Macht würden Vertreter der konservativen Fraktion übernehmen. Deng soll eine enge Zusammenarbeit zwischen China, Vietnam und Nordkorea empfohlen haben, um den Sozialismus zu retten. „Die drei sozialistischen Staaten Asiens müssen die Fahne des Sozialismus hochhalten." Man weiß nicht, ob das nicht wieder eine interessierte Erfindung irgendeines Geheimdienstes ist.

26. Januar 1990 (2)

Aus einem Brief von André G. aus Halle über Prof. Bauermann von der ML-Sektion, bislang spezialisiert auf „Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Marxkritik“ und nach der Ent-weder-Oder-Logik des ML auch mit meinen Schriften befasst: „Die Publikationen zum ‘Pluralen Marxismus’ waren ihm bekannt, wie er am Montag auf einer Lehrbereichssitzung bemerkte. Als ‘westlicher Marxismus’ bzw. ‘Neomarxismus’ fiel Dein Gedankengut bisher dem Revisionismusvorwurf, d.h. ‘Antimarxismus’ oder auch ‘Pseudomarxismus’ zum Opfer. Bereits der Ausdruck ‘Plural’ = ‘Pluralistisch’, d.h. nichtmarxistisch, opportunistisch, den ML zersetzend, desorientierend für die Arbeiterklasse usw. hatte zur Verurteilung ausgereicht. Am 15.1. fasste er einige Gedanken zum ‘Pluralen Marxismus’ (vorerst wertungslos) zusammen, meinte dann, dass eine Auseinandersetzung mit ‘der Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Marxkritik’ heute nötig sei. B. ist etwa 60 Jahre alt. Darauf stellte ein Forschungsstudent bisherige Promotionsverfahren überhaupt in Frage, was gewissen Tumult hervorrief...“

Die Ketzerforschung war auch im Vatikan immer eine Anlaufstelle für Ideen. Man müsste die betreffenden Kenntnisse jetzt umfunktionieren, die Abwehrer zu Botschaftern machen. Es würden Arbeitsplätze herausspringen. Verschiebung des Erkenntnisgegenstands: die bisherigen Revisionismusforscher erforschen künftig ihre bisherige Revisionismusforschung...

*

Die „Volkszeitung“ macht weiter, verlegt den Sitz nach Berlin. Wir haben uns noch gar nicht daran gewöhnt, in welchem Maß die Anziehungskräfte der deutschen Vereinigung sich in unserer so lange abgelegenen Provinz, dem bisherigen Sackbahnhof Westberlin, verdichten. Die beiden Leitartikel erheben in einer Situation programmatischer Unsicherheit die Unsicherheit zum Programm, wodurch sie sich ins Weltanschauliche steigert, sozusagen philosophischen

Charakter annimmt. „Keiner ‘dritten Sache’ verschrieben“, heißt es bei Jörg Magenau, dem gewiss nicht klar ist, was er damit wegwürfe, würfe er es tatsächlich weg. Der von Brecht als „dritte, gemeinsame Sache“ formulierte Bezug auf das, was uns solidarisch verbinden kann, wird nun gleichgesetzt mit der „Moral, die aus dem Zweck die Mittel heiligt“. Was in diese Richtung zunächst puscht wie ein schlechtes Gewissen, ist die einstige „ökonomische Abhängigkeit von DDR-Geldern“. Zugleich wirkt dabei die berechtigte Wahrnehmung mit (die auch für uns vom „Argument“ gilt), dass mit dem Zusammenbruch des stalinistischen Dogmatismus dessen Kritik kein besonderes Verdienst mehr ist, ja diesen sogar immer noch als ihre eigne Voraussetzung mit sich führt. Wie Magenau für die DVZ sagt: „Auch mit der in den vergangenen Jahren versuchten Abwendung vom Dogmatismus der DKP bleibt doch dieser Dogmatismus der Maßstab, von dem aus die eigene Abwendung als mutig empfunden werden konnte.“ Flüchten sie nun aus einer als Parteiischkeit falsch verstandenen Parteilichkeit in vermeintliche Unparteilichkeit? Doch nicht, denn „Kritik kapitalistischer Wirtschaftsweise... ist heute nötiger denn je, wo es keine Alternative zu geben scheint, sondern die Marktwirtschaft als Naturzustand verklärt wird.“ „Die herrschaftskritische Haltung ist das, was zunächst als ‘links’ verbindend bleibt“ — das verbindende „Dritte“ die Herrschaftskritik? „Wir haben nichts zu verkünden, aber viel zu erkunden.“ Dieser Satz soll den Verzicht auf ein Programm begründen und wird doch eines. „Das Koordinatensystem ist durch die Aufhebung des Ost-West-Gegensatzes zusammengebrochen. Begriffe, die schon leer waren, wirbeln noch durcheinander, so wie Demokratischer Sozialismus, den jeder reklamieren kann und womit meist eine sozialökologisch orientierte Marktwirtschaft gemeint ist.“ So der zweite Leitartikel von Marina Achenbach. Ähnlich Magenau: „Was heißt Sozialismus heute nach dem Scheitern der real-sozialistischen Länder? Bleibt nur ein ‘demokratischer Sozialismus’ wie der von der SPD propagierte übrig?“

„Wir erhalten uns den ‘Blick von unten’, die Tradition der Herrschaftskritik, erweitert auf den Osten. Da die Systemkonfrontation wegfällt, werden die Chancen zur Aufhellung größer.“ Was ich rein wörtlich bezweifle, was aber anscheinend

etwas anderes bedeutet: Marina Achenbach berichtet die Zweifel, ob man sich als Organ der Linken, gar der gesamtdeutschen, verstehen könne. In ihr spricht das Verdikt mit, „jetzt sei für die, die der DKP angehörten oder ihr nahe waren, Zeit zum Schweigen“. Solche Verdikte, haben sie erst einmal einen Stützpunkt im eignen Innern, wurmen einen immer weiter. Das Positive und Positionelle, was dann herauskommt, bleibt von ihnen durchfärbt. Schlusssatz: „Mit dem Erlebnis, dass das nicht Vorhergesehene, das Fernliegende, das kaum die Fantasie festhalten konnte, geschehen ist, beginnt die Arbeit der neuen Redaktion.“

27. Januar 1990

In der FR Thomas Assheuer übers *Argument*, „das wort- und fassungslos die Ruinen der hauseigenen Geschichtsphilosophie anstarrt“. Wir seien die von der Geschichte „Unberührbaren“. Sonderbarer Mythos, ein Eigenleben führend. Assheuer *weiß Bescheid*, da dringt kein Bescheid durch. Witzig wieselt er durch den Salon der Diskurse. Der Rezensent als Reflex der Postmoderne.

Gestern mein zweiter „Auftritt“ im zugänglich gewordenen Ostberlin, auf andere Weise paradox und gescheitert als der erste im Friedrichstadtpalast. Das Audimax der Humboldt-Universität war zu vier Fünfteln von Westberlinern gefüllt. Die altlinken Namen — Harich, Mandel, Agnoli, Haug --, dazu die „junge Wilde“ Jutta Ditfurth, hatten die Leute hergezogen, neugierig, wie Linksintellektuelle aus West und Ost aufeinandertreffen würden. Viel Rhetorik, kaum Analyse. Rote Luftballons — oder waren es Seifenblasen? Neun Leute auf dem Podium waren von ihrer Zahl, vom Arrangement und einem konzeptionslosen Diskussionsleiter dazu verdammt, Zirkus zu machen, natürlich schlechten.

Mandel erklärte sich für den Vertreter der „einzigen Organisation ohne Selbstzweifel“. Als ich daraufhin vorschlug, die Formel „einzige Organisation ohne Selbstzweifel“ als Definition für „Sekte“ zu verwenden, verwies er Zweifel in die Wissenschaft, in der Politik hätten sie nichts zu suchen. Zum Beispiel habe er noch nie gezweifelt an dem Marxschen Satz, dass es ein kategorischer Imperativ sei, alle

Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein gedemütigtes und erniedrigtes Wesen ist. Als ich einwandte, dieser (von mir natürlich akzeptierte) Satz gehöre in die „Moral", nicht in die Politik, wechselte er das Thema.

„Der Sozialismus ist die reale Emanzipationsbewegung der Ausgebeuteten und Unterdrückten", sagte Mandel, dieser unermüdliche Registrator und Rezitator von Streiks und andern Formen des Aufbegehrens auf dem Globus. Das Adjektiv „real" hatte, wie sich herausstellte, die Klausel-Funktion, die Distanz zum politischen Selbstverständnis solcher Rebellierender zu überbrücken. Auch wenn „ideell" oder „ideologisch" un- oder gar antisozialistisch, waren sie „objektiv sozialistisch". Über die DDR log er sich auf diese Weise in die Tasche, die revolutionäre Bewegung sei „heute stärker denn je".

Revolution? Hannes Wendt hatte in „Konkret" gelesen, die Revolution in der DDR sei eine „Konsumentenrevolution", und Michael Schumann sah das, was mit „Gorbi! Gorbi!"-Rufen als Forderung nach einer Perestrojka in der DDR als Revolution begonnen hatte, „in etwas Unschöpferisches münden". „Was ist das für eine Revolution, die auf Knien in die Weltbank führt?", fragte Jutta Ditfurth. Agnoli sprach von der „unheimlichen Fähigkeit der Deutschen, in kürzester Zeit eine Revolution in eine Konterrevolution zu verwandeln". Also ist, was jetzt herrscht, Konterrevolution? Niemand diskutierte das.

Herbert Misslitz von der Vereinigten Linken hatte mehr Realitätskontakt. Der Sozialismus-Begriff sei in der DDR völlig diskreditiert, aber Räte-, Selbstverwaltungs- und Mitbestimmungs-Gedanken seien von der Diskreditierung nicht mitbetroffen. Es gebe jetzt sogar Soldaten-, Schüler- und Betriebsräte. Mandel darüber begeistert, das sei die wirksamste Abwehr des Kapitalzustroms. Aber Misslitz hatte auch die Notwendigkeit betont, Kapital und Technologie aus dem Westen ins Land zu holen. Der Widerspruch wurde nicht diskutiert.

Kapital und Technologie sind wichtig, aber nicht die Hauptsache: Es wäre zwar nicht leicht, aber doch relativ einfach, Geld aufzutreiben, um moderne Maschinen

zu kaufen. Aber gescheitert ist der ökonomische Mechanismus, und wenn man nun allseits Kapital ins Land holen und irgendwie Marktwirtschaft praktizieren will, so wegen dieses Scheiterns. Die bisherigen Produktionsverhältnisse haben sich als unproduktive Verhältnisse herausgestellt. Sie waren Verhältnisse der staatlichen Direktivplanung. Das ging erstens am Wertgesetz vorbei und blockierte zweitens Innovation und Flexibilität. Dem Ernstfall des „Direktiven" an dieser Planung war der repressive Staatsapparat, der Stasi, zugewandt. Das kostete vollends den Konsens und mit ihm die Arbeitsmotivation. Wenn man nun Kapital und Markt ins Land wünscht, so weil man nach einem andern ökonomischen Mechanismus und nach einer andern Art von Herrschaft in der Produktion verlangt. Man könnte sagen: Die Produktivkräfte drängen auf andere Produktionsverhältnisse. Sie drängen dumpf und blind, durch Krise und Zusammenbruch. Es ist unklar, wie die neuen Produktionsverhältnisse sein können. Die Anhänger des Kapitalismus halten natürlich keine andern Produktionsverhältnisse als die kapitalistischen des Westens für möglich. Die Linke müsste zumindest das Problem sehen, überhaupt erst einmal die Frage aufnehmen, bevor sie sich an Antworten versucht.

Agnoli stellte sich als „häretischen Marxisten" vor, ohne zu überlegen, dass mit der ML-Orthodoxie auch die Verketzerung verschwunden ist und „häretisch" zu sein nichts mehr bedeutet. Allenfalls hat es einen Sinn, häretisch *gewesen* zu sein, als Auskunft, wie man sich zur alten marxistisch-leninistischen Staatsideologie verhalten hatte. Agnoli machte hübsche etymologische Wortspiele: *Genosse* = der in derselben Not Befindliche; *Compagno* = der mit mir das Brot teilt. Die richtige Frage des historischen Moments laute: „ob der sozialistische Weg zum Kommunismus falsch war". *Kommunismus* definierte er als „eine Produktionsweise, die anstelle des Tauschwerts den Gebrauchswert produziert". Schuld sei der Leninismus, den er mit Lenin identifizierte, ohne dessen Gesamthaltung und spätere Wendung zu berücksichtigen. Er weiß gar nicht, dass seine kommunistische Utopie sehr nah an Lenins „Staat und Revolution" ist, auf jeden Fall die Schwächen dieser Schrift teilt. Die gescheiterte Planwirtschaft galt jedenfalls der Produktion von Gebrauchswerten und scheiterte gerade daran, dass sie die „Wert"-Seite der Sache

nicht beherrschte. Es ist also unendlich komplizierter als bei Agnoli oder, auf andere Weise, als bei Mandel, der „weder Despotie des Staates, noch Despotie des Marktes“ verkündet.

Jutta Ditfurth spricht von den bundesdeutschen Einmischungen, betont sich dagegen als Ausländerin und wendet sich gegen deutsche Einheit, ohne die Ambivalenz dieser Frage und die tatsächlichen Kräfteverhältnisse eines Worts zu würdigen. Sie bestimmt die Situation als „Sieg ohne Krieg“, dem man „auch noch Terrain zugesteht“, indem man selbst noch den „Humanismus der Börse“ entdeckt. In Wahrheit sei der Kapitalismus gescheitert. Man muss das blühende Zentrum mit der verwüsteten Peripherie zusammensehen. Dann zitiert sie mein Bild vom „Auge des Taifuns“, wo Windstille herrscht, hat aber „vergessen, von wem“ sie es gehört hat. — Ich erinnere sie daran und widerspreche: Der Kapitalismus ist nicht gescheitert. Er kann es gar nicht, weil er ein entfremdetes System ist. Kann ein Taifun scheitern? *Fiat Kapitalismus — pereat mundus.* Der Sozialismus dagegen ist ein Projekt voller humanistischer Ansprüche, deshalb kann er scheitern. — Das wird nun allseits missverstanden. Michael Schumann protestiert, der Sozialismus der DDR sei nicht bloß ein *Projekt* gewesen, sondern „schon *real*, wenngleich mit politischen Fehlern“ (als könnte ein Projekt keine Realität besitzen und als wäre das Scheitern des befehlsadministrativen Systems nur auf *politische* Fehler zurückzuführen). Agnoli sieht mich zu den Anhängern des Kapitalismus übergehen, und Mandel meint, wenn der Kapitalismus die Natur verwüstet, zerstört er sich doch mit.

Ich versuche es noch einmal: Die Begriffe Kapitalismus und Sozialismus gehören auf unterschiedliche Ebenen. Man sieht es daran, dass keine Partei sich kapitalistisch nennt. Die prokapitalistischen Parteien nennen sich allenfalls liberal, christlich-demokratisch, womöglich sozialdemokratisch, ihre Projekte sind konservativ oder reformorientiert usw. Die Projekte der prokapitalistischen Parteien können scheitern. Der Kapitalismus als solcher hat kein Subjekt. „Das Profitstreben ist sein Subjekt“, wirft Mandel ein. Ich widerspreche: Es ist wahr, die

Konzerne streben nach Profit, aber dabei stoßen sie auf dem Weltmarkt aufeinander; der Gesamtprozess, der daraus resultiert, ist von keinem gewollt, und auch die großen transnationalen Kapitale am Weltmarkt sind nicht seine Subjekte. „Das ist fein gedacht; aber Sie sind ein schlechter Agitator“, flüstert Harich mir zu.

Der weißhaarige Wolfgang Harich, der sich einen Vollbart hat stehen lassen, weil die Herzmedikamente sein Blut verdünnen und es beim Rasieren allzuleicht fließen lassen, bekennt sich emphatisch als „Kommunist, wenngleich dank Ulbricht seit 1957 als parteilosen“. Er rühmt Trotzki und Mandel. Seit Marx und Engels sei es überholt, von einer sozialistischen Utopie zu sprechen, und Bloch habe dem Marxismus durch seine Ausweitung des Utopiebegriffs einen schlechten Dienst erwiesen. Auf mich wirkt das undialektisch und ohne Gespür für Sinn und Möglichkeit. Agnoli verteidigt dagegen das Utopische, wenngleich mit der nichtsnutzigen Begründung, wir wüßten sonst nicht, was wir nach der Revolution anfangen sollten.

Wippermann, der sich eingangs auf die Frage nach seiner politischen Position als Faschismusforscher vorgestellt hatte, erklärt diese paradoxe Antwort nun mit der von ihm gesehenen Notwendigkeit, die Frage nach dem Sozialismus der nach dem Faschismus unterzuordnen. „Es braut sich ein neuer Faschismus zusammen.“ Vor und nach Auschwitz bedeute Sozialismus etwas ganz anderes. Die Frage nach der Niederlage des Sozialismus 1933 sei noch nicht einmal erkannt, geschweige denn beantwortet. Zunächst sei Trauerarbeit nötig. Sozialist zu sein heiße vor allem andern, Antifaschist zu sein. Schumann schloss an: Honeckers Antifaschismus bedeutete 1945 auch Distanz zu einem Volk, das als Ganzes in die Verbrechen verstrickt war. Mit der Zeit sei daraus eine Legitimationsideologie geworden. „So hat sich etwas Heiliges, Sauberes, in sein Gegenteil verkehrt.“ Das blendet nun freilich wieder den Stalinismus aus, der eine falsche Alternative zum Faschismus war. Da waren doch also nicht nur die eignen Exnazis, sondern auch die sowjetische Siegermacht vor. Bei Schumann tauchte nur ein Reflex dieser historischen Verstrickung auf, wenn er sagte, man habe damals nicht entschieden

genug mit den totalitären Formen gebrochen. Noch einmal Wippermann: „Die Aufgabe von heute ist die noch nicht geleistete Aufarbeitung des Faschismus." Jedem gilt sein Handwerk als das wahre.

Misslitz sieht „in der Zersplitterung der SED eine Riesengefahr, weil sie die einzige Massenpartei ist, die sich gegen den Ausverkauf der DDR ausspricht". Er hat wohl recht. Aber die Linke kontrolliert die Prozesse nicht, kann daher auch nicht fingieren, sie könne wählen, ob sie „Wiedervereinigung" will oder nicht, ob diese mehr Vor- oder mehr Nachteile für sie hat. Sollten die Würfel für eine deutsche Einheit gefallen sein, wäre es eine Riesendummheit, hinterherzumaulen, statt mitzugestalten. „Selbstbestimmung" ist nicht hintergehbar, und das Ringen zwischen dem Nationalen (das zugleich Deckfarbe für Kapitalismus abgibt) und der Demokratisierung um den *Gehalt der Selbstbestimmung* ist vom Nationalen schon gewonnen. Freilich geht das Ringen weiter, nun um die konkrete Ausgestaltung der nationalen Einheit. Hinter eigenständiger Demokratisierung wittert man einen neuen „Sozialismus", und von dem wenden sich außer SED-PDS und vielleicht noch den linken Splitterparteien die meisten ab.

Laurens Demps platzte irgendwann unwillig heraus, das seien „Fragen, die nicht theoretisch, sondern praktisch bearbeitet werden müssten". „Derweil geht die DDR den Bach hinunter." Ich fand zwar den Reigen schöner Ideen (denen ich zustimmen könnte), wirklichkeitsfremd, plädierte aber für eine theoretische Anstrengung, das Scheitern und die neuen Handlungsmöglichkeiten zu begreifen. Mit meinem Versuch, die Diskussion nicht von den schönen Ideen, sondern von der Notwendigkeit von „Sozialismus" her aufzuzäumen (wogegen und wofür *brauchen* wir eine Alternative zum Kapitalismus?), ernte ich nur Missverständnisse. Auch mit meiner zweiten Frage: wie *können* wir die gewünschten Ziele erreichen? Man (vor allem Agnoli) verstand die Fragen so, als hätte ich Notwendigkeit und Möglichkeit bezweifelt.

In der S-Bahn traf ich Peter Schneider, den ich im Publikum ausgemacht hatte. Er sieht den Sozialismus am Ausgang seines Mittelalters, wo die kopernikanische

Wende dabei ist, die Zensur der alten Ordnung zu durchbrechen. Die neue Physik besagt, dass die Menschen nur produktiv sind, solange sie ihren eigenen Vorteil suchen. Ich erwidere, dass dies dem „sozialistischen Leistungsprinzip“ entspricht und inzwischen allgemein akzeptiert ist. Marxens Zielvorstellung von der „Wiederherstellung des individuellen Eigentums“ überrascht ihn ebenso, wie sie mich überrascht hat, als ich, angestoßen durch eine Gorbatschow-Rede, noch einmal im *Kapital* nachgelesen hatte. Was Schneider beschäftigt, ist der Bedeutungswandel, den der Ausdruck „Demokratischer Sozialismus“ durchmacht, sobald man ihn aus der Sprache westlicher Sozialdemokraten in die DDR überträgt. Im Westen unterstelle (und akzeptiere) der Begriff unausdrücklich den Kapitalismus; im Osten treffe er auf „Volkseigentum“. Wenn ich Peter Schneider recht verstanden habe, findet er das verhängnisvoll. Mich interessiert dieser Bedeutungswandel sehr, natürlich positiv.

27. Januar 1990 (2)

Mielkes gestammelter Satz, „ich liebe alle Menschen“, ist vielleicht zum Verständnis der paternalistischen Aspekte des alten Systems heranzuziehen. Der gefürchtete Vormund kann das zu seinen Mündeln sagen.

Die politische Abteilung der Zivilgesellschaft weiter in rascher Umbildung. Am historischen Ort ihres Gothaer Vereinigungsparteitags gründete sich der thüringer Landesverband der SPD wieder. Als Motto diente der Satz vom Zusammenwachsen... Brandt, dessen Urheber, sprach für deutsche Vereinigung ohne Wieder, föderalistisch und in europäischem Rahmen. — Das Neue Forum tagte unterm Regenbogenzeichen. Jens Reich orientierte auf Mitgestaltung der politischen Kultur des 21. Jahrhunderts, statt die der BRD „abzumalen“. Gegen eine Revolution von oben, es gelte, die neue Ordnung von unten, von der lokalen Politik her aufzubauen. — Eine Abspaltung vom NF gründete sich zur „Deutschen Forumspartei“ mit „klarer Absage an weitere Sozialismus-Projekte“. (Ist in der DDR das Wort „Projekt“ negativ besetzt? Mit fällt Schumanns Ablehnung wieder ein.) Rita Süssmuth erklärte sich erfreut, „wie weit Sie schon sind“, und versprach

Geld. Die DSU, die sich als „Bündnis gegen links“ versteht, kriegt schon welches. — Die Bauernpartei will „echtes Leistungsstreben und Unternehmergeist“ fördern, mit den Interessen der Landwirtschaft auch die der Naturfreunde vertreten, zugleich wehren sich dort die Frauen gegen die Eventualität, an den Kochtopf zurück zu sollen.

Die FDJ gründet sich um in einen unabhängigen linken Jugendverband. Gute Gesichter und Haltungen. Hoffentlich haben sie eine Chance. Die nächstliegende Frage: Werden sie eine Kultur der Erneuerung mitbilden, die ihnen die Chance zur Selbstveränderung einräumt? Sonst würden aus diesen frischen Gesichtern die Enttäuschten von morgen.

Hat die Revolution in der DDR unseren Deutschnationalen, die den „Historikerstreit“ verloren hatten, die Kastanien aus dem Feuer geholt? Diese Revolution wird jetzt immer mehr als „die deutsche Revolution“ eingemeindet, manche belieben auch zu sagen „die deutsche Oktoberrevolution“. Dank ihr sind „wir“ nicht mehr die Verursacher und Verlierer des Zweiten Weltkriegs. Michael Stürmer im Leitartikel der FAZ: „Es kann nicht mehr, wie in Potsdam, über die Besiegten von 1945 entschieden werden, sondern nur mit den Protagonisten einer revolutionär veränderten Gegenwart.“ Bis 1992 werde „der deutsche Bund so weit Gestalt gewonnen haben“, dass ein Friedensvertrag abgeschlossen werden kann. Der neue Staat nicht als Folge, sondern bereits als Voraussetzung eines Friedensvertrags.

Berlin, sagt Genscher, soll wieder deutsche Hauptstadt werden. Dabei stellt er sich vor, dass der Westen in der Nato und der Osten im Warschauer Pakt bleibt. Wer anderes sage, gefährde die Einheit. Sand für die Augen. Und was die Staatsohren angeht: Laut Bundesregierung wird der gesamte auf Richtfunk beruhende Telefonverkehr zwischen der Bundesrepublik und Westberlin von der DDR abgehört. Wir wüßten nur zu gern, was von der BRD alles abgehört wird.

In der SU soll es bereits eine sozialdemokratische Fraktion im Obersten Sowjet

geben. Mitte Januar haben sich in Tallinn Sozialdemokraten aus Lettland, Litauen, Estland und Georgien zur „Vereinigung der Sozialdemokraten in der UdSSR“ zusammengeschlossen. Es gibt auch schon ein Organisationskomitee für eine „Russische Sozialdemokratische Partei“. Die Gesellschaft differenziert sich: diese Entwicklung müsste eigentlich quer stehen zum Nationalitätenhaß. — In Warschau hält die PVAP ihren Auflösungsparteitag, während draußen wilde Straßenschlachten stattfinden, zwischen Polizei und etwas, das nach Faschisten aussieht.

28. Januar 1990

Lafontaines überwältigender saarländischer Wahlsieg, der die Neofaschisten aus dem Parlament hält, lässt die Möglichkeit eines deutschen Vereinigungsprozesses unter sozialdemokratischer Regierung in beiden deutschen Staaten aufscheinen. Statt deutschnational. Ein Unterschied wie in Westberlin, wo Momper dem Fall der Mauer ein ganz anderes Gesicht gab, als Diepgen es getan hätte.

Das Neue Forum hat sich auf „soziale Marktwirtschaft“ und „deutsche Einheit“ festgelegt und seine bisherigen Vertreter am RT desavouiert. Jens Reich sagt, „dass die Konservativen alles weggestimmt haben“. Der Eintritt in die Regierung wurde gebilligt. Heute abend geht es nun zwischen Modrow und dem RT um eine Art großer Koalition in einer „parteienneutralen“ Regierung.

Mit rund 800 Stimmen hat der FDJ-Kongress beschlossen, den Namen FDJ beizubehalten, gegen 600 Stimmen, die den Namen „Sozialistischer Jugendverband“ wollten. Ob das „Sozialistische“ schreckt? Aber wie kann man hoffen, das FDJ-Zeichen, auch wenn ohne Emblem, vom Bleigewicht der Erinnerung an die Staatsjugend zu befreien? Die neue FDJ betont ihre Unabhängigkeit und will dafür eintreten, dass „die Jugend“ im Parlament vertreten „bleibt“. Heißt das, sie werden kandidieren?

In der AK die sonderbare Meldung, Schewardnadse habe Gorbatschow für „nicht gefährdet“ erklärt. — Vorgestern erhielt ich von Nowosti einen ungewöhnlich

sorgfältig geschriebenen und übersetzten Iswestija-Artikel Schewardnadses (vom 18.1.). Mir schoß durch den Kopf, dass man in seiner Person möglicherweise eine personelle Alternative zu Gorbatschow aufbaut, die den internationalen Kredit im Falle eines Umsturzes erhalten könnte. Solche Gedanken geben einem die Meldungen dieser Tage ein. Der Artikel greift ein in die allseitigen Bestrebungen, „die Zukunft Europas, das eine Etappe stürmischer Veränderungen erlebt, vorauszusehen und zu modellieren". Mit dem „eisernen Vorhang" ist ein Element der *Stabilität* gefallen, diese aber für die destabilisierte SU dringend notwendig. Die Formel: „*Dynamik im Rahmen der Stabilität.*" Der Begriff *Konföderation* verspricht eine Bewegungsform „angesichts des raschen Bruchs der Nachkriegsstrukturen". Denkwürdiger Widerspruch, wenn aus der von nationalen Konflikten zerrissenen *multinationalen* SU die Hoffnung vorgetragen wird, „*ein einheitliches Europa der gleichberechtigten Nationen aufzubauen, deren Staatswesen und Grenzen als unerschütterliche Konstanten anerkannt werden.*" „Großeuropa", wie Mitterand gesagt hat, „*vom Atlantik bis zum Ural*". Das „Herzstück der Sicherheit Europas" aber ist die „deutsche Frage". „Die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD können zu einem ernsten Beschleuniger der gesamteuropäischen Integrations- und Konsolidierungsprozesse, aber auch zu zerstörenden Faktoren werden, wenn sie ... in Widerspruch zur bestehenden internationalen Rechtsordnung treten." Die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs sollen letzteres verhindern. Kurz, die SU versucht, die deutsche Einigung proportional zur europäischen zu halten. Anders drohen „ernste Misshelligkeiten, die allen zum Schaden gereichen". Die SU greift Gysis Vorschläge auf, die deutsche Einigung mit beidseitiger Entmilitarisierung zu verbinden, vor allem mit beidseitigem Abzug von Atomwaffen und überhaupt fremden Truppen. Bei Genscher sieht Schewardnadse wenigstens gewisse Ansätze in derselben Richtung. Ausgeschlossen ist eine einseitige Vereinnahmung der DDR. „..., dass gewisse Kreise in der Bundesrepublik offensichtlich Kurs auf die skrupellose Einmischung in die Vorbereitung auf die Wahlen im anderen deutschen Staat eingeschlagen haben". Aber wird es nicht von Tag zu Tag illusionärer, darauf zu bauen, dass „die Mehrheit der Bürger der DDR ...beliebige Versuche, dem

Lande seine Zukunft von außen aufzuzwingen, entschieden zurückweist“, vielmehr, verliert diese Formulierung nicht den Sinn, den Sch. mit ihr verbunden hatte? Wenn die Mehrheit möglichst schnell eingemeindet werden will, wird ihr doch nichts aufgezwungen.

„Wenn es stimmt, dass das Wort *Europa*, aus dem Griechischen übersetzt, soviel wie ‘jener, der weit sieht’, bedeutet“, so rückt auf die Tagesordnung eines europäischen Gipfeltreffens die *Transformation der militärischen Bündnisse in politische Strukturen*.

*

Am 19.12. 89 hatte Schewardnadse vor dem Politischen Ausschuss des Europaparlaments vorgeschlagen, „zwischen dem konkreten Sozialismus-Modell, das es in diesem oder jenem Land gegeben hat, und der sozialistischen Idee als Bestandteil eines einheitlichen Prozesses der Zivilisation zu differenzieren“. Im ehemaligen Ostblock „vollzieht sich gegenwärtig ein natürlicher (?) Zusammenbruch der befehlsadministrativen Systeme ... und der Übergang zu demokratischen Formen der Leitung der Gesellschaft“. Wir Protagonisten der sowjetischen Perestrojka „haben die harte ungeschminkte Wahrheit über uns gesagt... Und wir haben darauf gewartet, dass auch unsere Freunde dazu bereit sein werden. Dort, wo sie es vorgezogen haben zu schweigen, haben die Völker das Wort ergriffen.“

Witzig und sonderbar, wie er das Materie-Bewusstseins-Sprachspiel benutzt, um westliche Diskussionen darüber zu ironisieren, „was primär war, der Geist oder die Materie, die Idee oder die von ihr hervorgerufenen materiellen Ursachen.“ Er insistiert auf der „sozialistischen Idee als Akkumulator des allgemeinmenschlichen Verlangens nach Gleichheit und Gerechtigkeit“; sie enthält „die jahrhundertealten Träume der Menschheit von einer menschenwürdigen Existenz in einer Gesellschaft, die für immer von Gewalt, Willkür und Bereicherung des einen auf Kosten der Ausplünderung und Verarmung der anderen befreit ist“. Die

Perestrojka sieht er als „die Reformation der sozialistischen Idee und Praxis“. Im Internationalen, sagt Schewardnadse, haben wir den Frieden begonnen.

*

In der Januar-Ausgabe von Marxism Today hält Eric Hobsbawm gegen John Lloyd (Financial Times) aufrecht, dass ML und Marxismus zwei paar Stiefel sind und dass es falsch ist, sich die Geschichte des Marxismus unilinear zu denken. Lloyd „assumes that one thing and only one thing was implicit in Marxism. This is plainly not the case.“ Lenins spezifische Formen von Politik und Theorie entsprachen den rückständigen Bedingungen Rußlands und der dort gegebenen Unmöglichkeit, eine Massenbewegung von der Art zu bilden, wie Marx sie im Sinn hatte. „Though even in those countries it wasn't the only version of Marxism.“ „As for the leninist version of marxism, that undoubtedly is in crisis, and indeed probably at an end for the time being“. Ein möglicher „Wandel im Wesen des Kapitalismus wird nicht, in absehbarer Zukunft, durch eine grundlegende katastrophale Krise des kapitalistischen Systems“ ausgelöst. Revision einer bis 1950 verbreiteten Annahme: der Kapitalismus ist keineswegs lebensunfähig, er ist „mehr als lebensfähig“. Vorbei ist es mit „Parteien militärischen Typs, was der demokratische Zentralismus im wesentlichen war“. Historisch verdanken wir der SU die Niederlage des Faschismus. Heute steht die Wiedervereinigung der Arbeiterbewegung auf der Tagesordnung.

Im Kreis der „Volksuni“ erwägt man, ob der Titel „Der Sozialismus ist tot — es lebe der Sozialismus?“ wegen der zweiten Hälfte noch tragbar sei. Dieselben Leute zögern nicht, die „Ästhetik des Widerstands“ zu preisen, dabei zögern sie, Widerstand zu leisten, wo der historische Moment ihn abverlangt.

29. Januar 1990

Kurz vor Mitternacht gaben die beiden kirchlichen Sprecher des Runden Tischs die Bildung einer „Regierung der Verantwortung“ und die Vorverlegung der Wahlen auf März bekannt. Ich nehme an, die permanente Verschiebung in der

Parteienlandschaft bei massiver Einmischung des Westens war der Grund. Die Zeit arbeitete inzwischen gegen fast alle am RT vertretenen Tendenzen.

Das transitorisch gemeinte politische System, das nun entstanden ist, trägt sehr interessante radikaldemokratische Züge. Ob sich nicht doch eine Lust an der Demokratie breit macht?

FAZ (E.F.): „In der DDR sind nur noch der Stasi-Traditionsverein SED und einige intellektuelle Träumer des 'dritten Weges' für die Zweistaatlichkeit. Es zeigt sich, dass die große Politik dem revolutionären Prozess hinterherhechelt. Stufenpläne wirken heute schon antiquiert."

*

In Polen fangen die horrenden Lebensmittelpreise an nachzugeben, nachdem so wenig gekauft wurde, dass zum Beispiel Fleisch verdarb. So erzählte Anna, die seit drei Jahren zum ersten Mal wieder drei Tage in ihrer Heimat war. Um auf ihren neuen Paß nicht monatelang zu warten, musste sie 200 DM und einen Korb mit knappen Gütern Bestechung zahlen, den der lokale Polizeichef mit dem der Bezirksstadt teilte. Wert: zwei Arbeitermonatslöhne. In den Schulen leiden jetzt viele Kinder an Unterernährung.

„Was ist Sozialismus?", fragt mich der Handwerker, der unser Bad renoviert, um selbst die Antwort zu geben: „Selbstbedienung". Ich ergänze: „plus Staatssicherheit". „Irgendjemand muss doch aufpassen", setzt er hinzu.

29. Januar 1990 (2)

Aus Friggas Notizen:

Im Zug mit Ina Merkel. Sie ist 32 Jahre alt, schmal, energisch, übermüdet und abgespannt aussehend, leise. Aus Ina spricht ein verzweifelter Optimismus. Sie ist überzeugt, dass der Westen die DDR aufkauft, zum Müllplatz und zum Billiglohnland für sich macht und dass da kein Halten mehr ist. Es gebe überhaupt

keine Kapitalismuskritik mehr. Und zugleich sagt sie: „Bis zum Sommer waren wir alle in Selbstmordstimmung; jetzt ist der Druck der Aussichtslosigkeit von uns genommen, dass man gar nichts machen könnte. Es war ein unglaublicher Zynismus in den Parteiversammlungen davor."

Ob ihre Behauptung übertrieben ist, dass die Frauen am Runden Tisch immer auf Entscheidungen drängen, während die Männer endlos weiterreden, so dass nichts herauskommt? Die Vertreter der SPD seien ganz und gar abhängig von der West-SPD. „Während diese für gewöhnlich schon die feinen Anzüge von der Ebertstiftung tragen, erscheinen sie am runden Tisch noch im abgescheuerten Pullover. Die Übergangsregierung — wir (ich und die anderen vom Projekt Moderner Sozialismus) — haben es dem Modrow schon vor Wochen gesagt, dass er eine Notstandsregierung bilden muss, dass die Opposition in die Regierungsverantwortung muss. Aber da hat sich die SPD geweigert, in die Regierungsverantwortung zu gehen. Sie sind völlig eingekauft. Sie waren die einzigen, die immer gesagt haben, wir können nichts sagen ohne Rücksprache. Dann hat die CDU gesagt, wenn die SPD nicht geht, gehen wir auch nicht. So musste Modrow die Wahl vorziehen. Das ist eine Katastrophe für uns Frauen. Die Frist ist zu kurz. Wir hätten eine reale Chance, wie es überhaupt eine Chance wäre, eine reine Frauenregierung zu bilden. Die Frauen haben einen sehr breiten Konsens — die soziale und ökonomische Unabhängigkeit der Frauen — sodass selbst CDU-Frauen im Unabhängigen Frauenverband sind. Jetzt treten die aus ihrer Partei aus, weil diese schon von Verschärfung des Abtreibungsparagraphen spricht."

Beim Versuch, die bisherige DDR zu begreifen, schlägt sie vor, nicht von Stalinismus, sondern von Staatskapitalismus mit feudalen Strukturen und sozialer Sicherung für alle zu sprechen. Darin sei die Emanzipation der Frauen rein funktional verankert gewesen (54 Prozent der Bevölkerung sind Frauen, ihre Berufstätigkeit wird gebraucht), gleichwohl sei das eine Form von Emanzipation gewesen.

Die „Katastrophe“ der DDR erzählt sie wieder und wieder von allen Seiten. Da ist zum Beispiel der Zerfall von Rechtsstaatlichkeit. Die Kommunen seien praktisch ohne Regierung. Nicht mal der Schutzmann an der Ecke würde sich mehr trauen, einen wegen falschen Parkens zu belangen. Die örtlichen Regierungen seien wegen der Wahlfälschungen allesamt mehr oder minder zurückgetreten. Eine vollständige Unsicherheit herrsche. Dabei hätte die SED ohne Fälschung 70 Prozent bekommen, so dass sie ja legitimiert gewesen wäre und es unklar sei, warum überhaupt hätte gefälscht werden müssen. Nun sei alles Vertrauen dahin.

In Hamburg, in ihrem Vortrag, sagt sie dann: „Die DDRler können das nicht mehr hören, dass sie arbeiten sollen — das hat der Krenz immer gesagt, und der Modrow, der sieht so aus, als ob er selber immer arbeite, das macht ihn unbeliebt.“

Es werde jetzt soziale Marktwirtschaft versprochen, aber die DDR werde Marktwirtschaft ohne das Soziale bekommen, weil es keine funktionierende Gewerkschaft, keine Arbeitslosenversicherung, keine minimalen Arbeiterrechte, keine Sozialrechte verbrieft gebe.

Die Stimmungen wechseln schnell. Momentan grassiere die Angst vor einer Nacht der langen Messer, von den Reps für den 30. Januar angekündigt — sie sagt, das hat etwas mit Hitler zu tun, weiß aber nicht, dass es der Tag der Machteinsetzung der Nazis von 1933 war. — Drohungen kursieren, Stasi-Leute und SED-Leute würden gelyncht. Auch die aktiven Frauen bekommen Drohbriefe und -telefonate: lila Schweine, Emanzensäue usw. Am schlimmsten treffe es die, die im Fernsehen aufträten und gar wie sie außer feministisch auch noch in der SED-PDS seien (sie spricht das PDS dazu, als sei sie es von klein an gewöhnt). Man durchdenke die Möglichkeit einer Bürgerwehr vor allem im Prenzlauer Berg, weil da die DDR-Stimmung noch am umgebrochensten sei: „Meterlang hängen da DDR-Fahnen aus dem Fenster“.

Sie ist überzeugt, dass in der DDR-Bevölkerung der Ekel vor den „Wessies“ wächst. „Einmal deren Auftreten in Ostberlin selbst. Sie sitzen in den Restaurants,

sodass man nicht mehr reinkommt. Für ein Spottgeld essen sie sich dumm und dämlich — und wie sie mit unserem Geld umgehen, sie wedeln mit den Scheinen, als ob diese nichts wert wären, geben 5 oder 10 Mark Trinkgeld — es ist ekelhaft.“ Hinzu komme eine Art Kulturschock in Bezug auf die Konsumgesellschaft. Einmal sei es ja ganz schön, aber der Mangel sei in die Körper eingeschrieben, und man könne gar nicht alle diese Wegwerfwaren sehen, ohne wütend zu werden. Andererseits denkt sie, die DDRler müssen vielleicht durch den „Konsummüll“ hindurchwaten und alle Fehler auch machen, bis sie darüber hinweg sind.

Sie möchte eine Untersuchung über DDR-ler, die jetzt im Westen leben, machen. Sie vermutet bei ihnen gebrochene Identitäten und Gefühle von Entwurzelung.

In ihrem Vortrag in Hamburg erzählte sie, wie zunächst das Verlangen der aus der Gründungsversammlung bestimmten Vertreterinnen, an Modrows Rundem Tisch zu sitzen, von der kirchlichen Leitung abgelehnt wurde mit dem Argument, sie seien keine politische Gruppierung, sondern eine Interessenvertretung, da könne ja auch der Kleintierzüchterverband kommen. Die Frauen haben daraufhin das Gebäude umlagert und den oppositionellen Gruppenvertretern solange den Einlass verwehrt, wie diese nicht versprachen, sich für die Präsenz der beiden Frauen einzusetzen. Darauf erlangten sie Zutritt.

Vom Demokratischen Frauenbund berichtete sie, dass dieser, zunächst aus antifaschistischen Kämpferinnen gebildet, nach und nach aus der Politik gedrängt wurde, um schließlich nur noch auf dem Lande verwurzelt zu sein, mit Häkel- und Strickkursen. Eben solche Gruppen aber begännen jetzt, sich der unabhängigen Frauenorganisation anzuschließen. Letztere wolle Frauenpolitik als Gesellschaftspolitik betreiben und in Umwelt-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik eingreifen. Sie ist übrigens so strukturiert, dass jede Gruppe eine Delegierte und also eine Stimme hat, gleichgültig, ob die Gruppe aus 5 oder aus 600 Frauen besteht. Das soll verhindern, dass Interessen, Bedürfnisse, Vielfalt untergebügelt werden. Das Modell ist noch unausgereift und zeitigt die ersten größeren Konflikte. Einerseits wird keine zentrale Organisation angestrebt, sondern

ein Rahmen für Selbstorganisation, andererseits ist die Geschäftsstelle schon jetzt überhäuft mit Anfragen und Problemen, zum Beispiel wenn bei Versuchen, neue Gruppen zu gründen, Hilfe gebraucht wird. Übrigens berichtete sie, dass das bisherige System den Frauen 33 Prozent in der Volkskammer sicherte, die freilich einflusslos war. Der neue Wahlgesetzentwurf würde den Frauenanteil sofort unter 10 Prozent drücken, weil die Parteien nur in geringem Maße Frauen aufstellen wollen.

Mich frappierte die Leichtigkeit, mit der Ina alternative Modelle als verwirklichbar vorgeschlug. So verfolgen sie jetzt im Frauenverband das Projekt „Frauenreisen". Dabei denken sie, dass Frauen in aller Welt bereit wären, ihre Wohnungen anderen Frauen zur Verfügung stellen, und dass mithilfe guter Computerarbeit ein Austausch zustande kommen kann. Sie selbst reist auf diese Weise schon im Sommer nach Italien.

Gysi, neben dem Ina am Runden Tisch saß, hat zu ihr gesagt, für den Wahlkampf falle ihm nichts mehr ein, außer er setze sich vor die Fernsehkamera und heule. Dann würden vielleicht einige Mütterchen sagen, den wählen wir, der sieht so traurig aus.

Mir fällt dazu ein, wie einer meiner Hamburger Studenten gesagt hat, sein Vater könne den Gysi nicht ausstehen. Auf wiederholtes Nachfragen, warum denn nicht, dieser sei doch wirklich nicht korrupt, habe sein Vater unvermutet gesagt: „Aber er ist Jude, die sind immer verschlagen."

30. Januar 1990

Gestern abend mit Kollegen vom Philosophischen Institut der Akademie und der Deutschen Zeitschrift für Philosophie einen Gesprächskreis verabredet, wo Fragen der marxistischen Theorie besprochen werden können. Die DZPh erwägt Kooperation mit dem *Argument*. Für irgendeine Eigenständigkeit oder gar dritten Weg der DDR sah die Gruppe wie meine Studenten aus Ostberlin keinerlei Chance mehr. Kurz, wir müssen das *Argument* gesamtdeutsch machen.

Manfred Lichtblau kennengelernt, der 1987 aus der SED und zugleich aus dem bereits eingeleiteten Habilitationsverfahren geworfen worden ist. (Ähnlich pflegt die katholische Kirche zu verfahren, siehe das akademische Schicksal von Kuno Füssel.) 1988 entließ man ihn sogar als Nachtportier, nachdem der Sicherheitsbeauftragte ihn als „Staatsfeind" bezeichnet hatte. Jetzt reißen sich alle um seine Vorträge. Themen: Mythologie, Religion, Werte in der Vergangenheit — eine Flucht in die Geschichte. „Die Ersten werden die Letzten sein", sagt er. Mit Freunden hat er eine „Freie Akademie unabhängiger Wissenschaftler" gegründet.

Von denen, die eine neue sozialistische Partei gründen wollen, sagt er, „sie stecken noch in stalinistischen Strukturen". Das ist einer jener Rigorismen, die aus der Entfernung, auch der zeitlichen, sonderbar wirken, politische Idiosynkrasien eines historischen Moments. Die, von denen er so spricht, sollen gestern abend in Halle zur Gründung einer Sozialistischen Partei aufgerufen und aus der SED-PDS ausgetreten sein, darunter der Bereichsleiter Philosophie von der Uni, um den SED-Ruch loszuwerden. Dagegen wendet sich ein Flugblatt, das zur Gründung einer „Initiativgruppe für eine konsequente Erneuerung der SED-PDS in eine wirkliche *Partei des Demokratischen Sozialismus*" aufruft. Das Flugblatt behauptet, die Tendenzen zur Selbstauflösung der Partei gingen „besonders vom Parteiapparat aus". „Damit wird deutlich, dass Stalinismus und Opportunismus zwei Seiten einer Medaille sind". Die politischen Forderungen, die hier anschließen — bis hin zur „Dominanz des gesellschaftlichen Eigentums innerhalb pluralistischer Eigentumsverhältnisse" --, könnten mir gefallen, kämen sie nicht zu spät.

Auf der Straße hat ein Personenwechsel stattgefunden, erzählt er. Jetzt kommen solche, die sich nicht getraut haben, als es noch riskant war, und die revolutionären Demonstranten vom Oktober bleiben zuhause. Seit es nichts mehr einzureißen gibt, werde auf der „Straße" nichts mehr entschieden. Nach den Wahlen werde es dort still. Aus den Betrieben dagegen sei mit einer Lawine von Streiks zu rechnen.

Eine ganze Intellektuellenschicht in die politische Arena geschleudert, „Hobbypolitiker", die „eigentlich alles nachholen müssten". Der OB musste die

SED verlassen, um im Amt bleiben zu können, und rekrutiert nun neue Leute. So den Biochemiker Michael Klapperstück, der wesentlich am Sturz des 1. Sekretärs (Böhme) mitgewirkt hat und zu einer Art Symbolfigur in Halle geworden ist; er soll jetzt stellvertretender OB werden. Während Lichtblau ganz Wissenschaftler werden will, wird K. Berufspolitiker.

L. hält es für ganz unwahrscheinlich, dass sich aus den vorhandenen Voraussetzungen und in den gegenwärtigen Bewegungsformen der DDR nur ein Abbild der BRD entwickelt.

*

Die neue Sozialdemokratie Polens erklärt sich für die „selbstverwaltete Bürgergesellschaft". Die vormalige SED will sich ab Sonntag nurmehr „Partei des demokratischen Sozialismus" nennen. Wenn es stimmt, was Juquin erzählte, dass man in Polen böse lacht, wenn man den Ausdruck „Selbstverwaltung" hört, könnte dem „demokratischen Sozialismus" bald ähnliches widerfahren. Ob der Begriff „Sozialdemokratie" soviele semantische Übersiedler wird aufnehmen können?

31. Januar 1990

Das Anhörungsprotokoll von Kurt Hager erstaunlich nichtssagend. Banalität des Repressiven.

André Brie: „Die SED-PDS ist im Moment die einzige Kraft im Lande, die unabhängig von der Volksstimmung handeln kann." Aber ist sie noch eine Kraft? Kann, wer von der Volksstimmung verworfen wird, von ihr unabhängig handeln? Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten nicht „so schnell wie möglich, sondern so langsam wie nötig".

Gorbatschow hat seine Politik an den „Fortsturz" der deutsch-deutschen Entwicklung angepasst. Er erklärt sich für die Einheit, um ihre Gestaltung zu kanalisieren und mitbestimmen zu können.

Gidaspow, der als Reformer bei den Wahlen in Leningrad vor knapp einem Jahr einen Überraschungssieg errungen hatte und daraufhin von Gorbatschow auf die Stelle des Gebietsparteichefs durchgeboxt worden war, schien sich später zum Organisator einer Anti-Gorbatschow-Fronde zu entwickeln, manches deutete sogar auf eine Art stalinistischer Restauration. Jetzt hat er seine Kandidatur zu den Kommunalwahlen zurückgezogen, weil er keine Chance mehr hat. So schnell schwingen Positionen hin und her. Vielleicht ist das unvermeidlich beim Übergang zu einer vom Zwang emanzipierten politischen Kultur. Die Erfahrungen müssen gemacht werden. Die meisten Nachrichten aus der Sowjetunion sprechen freilich nicht dafür, dass sie vernünftig gemacht werden. Es ist, als würde sich Realitätsverlust ausbreiten.

„Die Perestrojka erwies sich bisher als eine Kette von Improvisationen und Fehlschlägen." (Julius Struminski im „Handelsblatt" vom 26.1.) „Konservative" in Ost und West stimmen darin überein. Das Urteil ist so einseitig, dass es als blind zu bezeichnen wäre, gäben ihm nicht die kaum überwindlich scheinenden Krisen und Konflikte Kredit.

Die bulgarische KP versucht unter Mladenow, ähnlich wie die sowjetische unter Gorbatschow, die „tiefe revolutionäre Erneuerung" auf marxistischer Grundlage statt bloßer Teilreformen oder Übergang zum Kapitalismus. Die KP soll die Initiative behalten und in diesem Sinn führende Kraft bleiben, aber nicht mehr als vorgeschriebene Befehlsgewalt. Aus „der" Partei wird „eine" Partei unter anderen Parteien, mit denen sie „ohne Gewalt, Ultimatum und Schacher" zusammenwirken will. Interessenpluralismus und Rechtsstaat sind inzwischen selbstverständlich anerkannt, man will aber auch den „demokratischen Zentralismus" in der Partei abschaffen, also Fraktionsbildung zulassen. „Demokratischer Sozialismus" also auch hier.

Ob das noch Realität kriegt? Spötter sprechen vom Sowohl-als-auch-Prinzip dieser Politik.

#tb#1. Februar 1990

Ob „Staatssozialismus“ die richtige (d.h. treffend kritische) Kategorie ist, scheint zweifelhaft. Es wäre ein *rechtsstaatlicher* Sozialismus denkbar; das Element des Staatlichen genügt also nicht, das der gewaltgepanzerten Diktatur muss in den Begriff: *repressivstaatlicher Sozialismus* oder so ähnlich. Vom „bürokratisch-administrativen System“ zu sprechen, a) tautologisch, b) nur die (nichtdominante) Hälfte benennend.

Der Kapitalismus „verwirklicht in den einzelnen Unternehmen über den Ausschluss von Demokratie eine enorme Effizienz“, schreiben J.Bischoff und M.Menard im Januar-Heft von „Sozialismus“, um fortzufahren: „Gesamtgesellschaftlich stellt dieses Steuerungssystem jedoch eine enorme Vergeudung von Ressourcen dar.“ Abstrakt richtig, aber dadurch geschwächt, dass wir einzig die noch größere Vergeudung im Osten zum Vergleich haben, die durch ein ganzes *Dispositiv der Unproduktivität* bewirkt wurde.

Noch am 18.12. hat Michael Brie im Interview mit „Sozialismus“ an „die große historische Chance“ geglaubt, auf den Trümmern der alten Machtstrukturen einen eigenständigen demokratischen Sozialismus zu bilden. Inzwischen Geschichte, wie es scheint. Schon damals die Brücke gebaut: „Ein dritter Weg ... ist nicht national, sondern nur europäisch zu realisieren.“ Als Schwäche von Marx diagnostizierte Brie das Fehlen eines Sinns für die unaufhebbare Interessenvielfalt der Subjekte, die Unterstellung, dass Individuelles und Gesellschaftliches unmittelbar zusammenfallen. Zu prüfen, ob beim späten Marx nicht doch eine Differenzierung eintritt. Die Redakteure halten Brie den Satz aus den *Grundrissen* (88) entgegen: „Vermittlung muss natürlich stattfinden.“ Aber das heißt bei Marx nur, dass in einer nicht erst nachträglich über den Markt regulierten gemeinschaftlichen Produktion „von vornherein die Teilnahme des Einzelnen an der gemeinschaftlichen Produktenwelt“ vorausgesetzt ist, so dass also „die *Voraussetzung selbst vermittelt*“ sei. Ein Problem, über das geredet werden müsste, sieht Marx hier nicht. Er fährt unmittelbar fort: „Die Arbeit des Einzelnen ist von

vornherein als gesellschaftliche Arbeit gesetzt.“ (*Gr*, 88) Es ist eben nicht nur, wie ich früher dachte, im Kapitalismus unmöglich, die Arbeit „*unmittelbar* als allgemeine Arbeit bestimmen“ zu wollen (ebd., 89), sondern streng genommen immer. Je komplexer eine Gesellschaft wird, desto mehr Probleme entquellen diesem „streng genommen“. Brie denkt den Eigentümerstatus aufgespalten, vom Individuellen, über die Belegschaft, die Kommune, bis zur Gesamtgesellschaft, eine Differenzierung, die in der „ökonomisch-politischen Machtstruktur“ verankert werden muss. Gewerkschaften, Betriebsräte, Pachtbeziehungen usw. — es werde „über diese Formen jeweils eine spezifische Seite der Produzentenstellung der Werktätigen mit einem spezifischen Eigentümerstatus“ versehen. Von der Öffentlichkeit verspricht er sich die Dynamisierung dieser Struktur.

Pietro Ingrao hat sich (am 21.11.) gegen die Rede vom „Tod des Kommunismus“ gewandt, die De Giovanni übernommen hatte. Deren Evidenz besteht im Zusammenbruch der „diktatorischen Regime“ im Osten, und doch ist es eine *falsche Evidenz*, sind diese doch „niemals eine kommunistische Gesellschaft gewesen“. Heute muss „die Welt jener Bedürfnisse ausgedehnt werden, die im Gegensatz zur Herrschaft der kapitalistischen Akkumulation stehen“. „Wir stehen vor einem Prozess der Ausdehnung der Marktstrukturen, hegemonisiert von neuen Aspekten der kapitalistischen Konzentration, die Reste autonomen und eigenständigen menschlichen Lebens zerstören, wie überhaupt jene Beziehungsformen, in denen sich Kommunikationsbedürfnisse ausdrücken, die sich nicht allein mit Geld verwirklichen und messen lassen.“ So in der ökologischen Frage und der Frauenbewegung. In Europa muss man heute „den Kampf gegen die Übermacht der transnationalen Konzerne führen“.

Aber *wie*? „Ich denke, dass wir von der Idee des ‘Systems’ zum Projekt eines Weges der Transformation der Gesellschaft kommen müssen.“ Wir schwimmen „in einem Meer von Interdependenzen“. „Und die ‘Schwachen’ brauchen nicht nur Unterstützung, sondern müssen auch anerkannt werden als Träger sehr viel wertvollerer Werte jenseits von Marktstrukturen.“ Wenn der Staat Hilfe zur

Selbsthilfe geben soll, dann müssen auch die *structures d'accueil*, die Auftreffstrukturen, da sein, eine Kultur des Selbsthandelns, „Orte und Kräfte neuen gemeinschaftlichen Lebens“ — sonst läuft das nur auf Staatsabbau im Sinne der neokonservativen „Deregulation“ zugunsten der „neuen ökonomischen Konzentrationen und Informationsmonopole“ hinaus. Jetzt ist zum Beispiel ein neuer Massenkampf um Abrüstung fällig.

„Die deutsche Frage — ein Großdeutschland, das entsteht und das Recht darauf hat, vereint zu sein, wenn die Deutschen vereint sein wollen — wird Europa vergiften, wenn wir uns nicht schon jetzt offen dem Problem der Schaffung einer sozialen europäischen Kraft als Gegenpart zu den Multis stellen, wenn wir nicht wirklich den Kampf um die Überwindung der Blöcke und damit um die Demobilisierung der militärisch-industriellen Komplexe beginnen, die seit 40 Jahren die Welt in die Zange nehmen. ...Damit die Völker sich hierfür engagieren, ist nicht das Verschwinden des Kommunismus notwendig, sondern eine höhere Entwicklung zum Kommunismus.“

Überall tastet man auf der Suche nach der „Möglichkeit, eine neue politische Formation ins Leben zu rufen“ (Trentin) — aber die Dinge („die vorhandenen Kräfte, die Bilder und Symbole“) fügen sich noch nicht zueinander.

Die Redaktion von „Sozialismus“ sieht Probleme für die bundesdeutschen Grünen, für die sich die Existenzfrage stellen könnte als Folge der politischen Umgruppierungen: „Die multikulturelle Gesellschaft in Frankfurt ist out, nachdem nun eher die kulturelle Versöhnung zwischen Sachsen und Hessen auf der Tagesordnung steht.“ Im übrigen sind die „Sozialismus“-Leute davon überzeugt, „dass die Vision einer kapitalistischen Revitalisierung Mittel- und Osteuropas über eine seichte Fiktion nicht hinauskommen wird“.

1. Februar 1990 (2)

Der letzte Montag (29.1.) verzeichnete einen neuen Abwanderungsrekord. Der Westen beschwört die Menschen durch seine Politiker, in der DDR zu bleiben und

empfängt sie mit Prämien, wenn sie kommen. Man wahrt wie immer in einer Telekratie das Dekor und tritt unterm Tisch bzw. lässt das Geld „arbeiten“. Die Abwanderung ist die mörderische Daumenschraube, mit der sich die Mächtigen des Westens die DDR-Regierenden gefügig machen. Diese haben jetzt mit Lohnerhöhungen im Bereich der öffentlichen Dienste reagiert. Und sie springen auf den Vereinigungszug auf.

Modrow versucht, nach seiner Absprache mit Gorbatschow, die Initiative in der deutsch-deutschen Frage zu gewinnen. Sein Stufenplan sieht schon kurzfristig und im Rahmen der „Vertragsgemeinschaft“ die Wirtschafts-, Währungs- und Verkehrsunion bei Angleichung der Rechtssysteme vor. Nach einer Reihe von Stufen soll schließlich aus Wahlen ein gesamtdeutsches Parlament mit Sitz in Berlin hervorgehen. All das unter der Bedingung militärischer Neutralität. — Die Bundesregierung hat die Neutralität sofort für indiskutabel erklärt und gesagt, sie werde einen Vertrag gleich nach den Wahlen abschließen, das hieß: nicht mehr mit Modrow. Kohl heute in Westberlin, wo er die Chefs der rechten Parteien höchstpersönlich in seinen Sitz zitierte, um ihren Zusammenschluss zu erreichen. Seine stärksten Argumente werden von den Bankkonten fließen.

Überhaupt zu bedenken, was es heißt, wenn immer wieder bundesdeutsche Parteiführer aufgefordert werden, Führungsposten in DDR-Parteien zu übernehmen. So vieles drängt zur Subsumtion. Der lange Stau entlädt sich anscheinend unaufhaltsam. Zum letztenmal gab es einen ähnlichen Schub gesellschaftspolitischer Umgruppierung im Deutschland von 1933. Es lässt sich auch nicht verhehlen, dass nun Folgen des Nazismus und seiner Niederlage aufgehoben werden. Das „Wieder“ der Kategorie „Wiedervereinigung“ ist nicht leicht zu entkräften. Es bedeutet zunächst ein *Nicht-mehr*.

Ein anderes *Wieder*: Die Stadt, der die SED den Namen von Karl Marx gegeben hat, schickt sich an, ihn abzustoßen; 30.000 von 70.000 sollen unterschrieben haben, dass sie wieder zurück wollen zum Namen Chemnitz. Der Name ist ja auch schön, und Karl-Marx-Stadt war aufgedrückt in einem Akt jener imaginären

Diktatur des Proletariats. Dieser Staatsgranit gab sich die Form einer riesigen Marx-Büste, und nichts wäre dem historischen Marx mehr zuwider gewesen. Bitter ist es doch, dass dieser große Missbrauchte nun im Volksgedächtnis als Symbol des alten Regimes registriert sein soll.

Die USA, die Gorbatschow stützen zu wollen vorgeben, haben auf seine Vorleistungen und weitere Abrüstungsangebote mit einer Bettelsuppe reagiert, serviert mit Medienpomp. Die strategischen Waffen sollen bleiben.

2. Februar 1990

Hauptsache, sagt die FAZ, die deutsche Vereinigungspolitik kommt in immer schnellere Fahrt (und dazu haben Gorbatschow und Modrow beigetragen), dann wird dieser Zug die gesamten Bedingungen und Beschränkungen, mit denen die ost-westliche Umwelt Einfluss nehmen möchte, schließlich ohne nachhaltige Störung überfahren.

Die Art, wie Kohl die Parteivorsitzenden zitierte, ihnen Geld und Diskurse lieferte und Bedingungen diktierte, schraubte die „ersten freien Wahlen“ in der DDR gleich von vornherein auf ein Niveau herab, das mieser als das bundesdeutsche ist. Die Leute sollen unsre Markenartikel kriegen, basta. Eine demokratische Revolution wird ausgeschaltet. Illusionen sind ein phantastisches Kapital im politischen Geschäft. Natürlich ist das immer noch — und für lange — Quittung für den alten Dreck.

Im Gespräch mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft, wo es gleichfalls ums Geld ging, soll der Rektor der MLU Halle seine Professorenschaft als „80% Genossen“, die entlassen werden müssten, denunziert haben. Die FAZ schmatzt.

Absage: „Italienisch“, schrieb Dr. Zimmermann von der „Deutschen Forschungsgemeinschaft“, „sollte von denjenigen, die sich mit Gramsci näher befassen wollen, zumindest gelesen werden können.“ — Das war die Antwort auf unsern Antrag, die deutsche Ausgabe der *Gefängnishefte* von Antonio Gramsci zu

fördern.

*

Es ist nur begrenzt richtig, dass politische Reform der ökonomischen vorauszugehen hat. Bei ökonomischer Abstoßung setzt Demokratisierung keine politische Anziehung frei, sondern Abstoßung im Namen je partikularer Interessen.

Gestern die deutsche Fassung der Rede bekommen, die Gorbatschow am 13. Januar vor dem Parteiaktiv Litauens gehalten hat. Hier, in eigentlich unmöglicher Mission, lässt sich seine Arbeitsweise studieren. Die Fernsehbilder, die ihn als einzigartig intensiven Gesprächspartner gezeigt haben, kriegen nun den entsprechenden Text. Die litauische Reise war kein Gang nach Canossa, eher war dies die Tatsache, dass Gorbatschow wenige Tage danach seine Zuflucht zum Kriegsrecht nehmen musste.

G. müht sich um maximale Erweiterung des Konsenses, während er auf der andern Seite den Dissens zusammendrängt. Der Diskurs der Perestrojka wird zum Feld des Konsenses. Dieses Feld welthistorisch ausgezeichnet, indem gesagt werden kann, „dass der Springpunkt aller Wandlungen, die gegenwärtig in der Welt und in den Ländern des Sozialismus geschehen und einen Vorstoß der Zivilisation zu einer neuen Etappe versprechen, die Sowjetunion, die Perestrojka in der UdSSR ist. Wie sie verläuft, wohin und wozu sie führt, so wird in mancherlei Hinsicht auch die Welt sein.“ Der Dissens wird verkleinert auf die Frage des Wie der Perestrojka, behält also kein eignes Was. Die nationale Souveränität als solche wird nicht als substanzielles Was angesehen. Sie wird zudem dadurch relativiert, dass auf den westeuropäischen Integrationsprozess und auf die zunehmende wechselseitige Abhängigkeit und Verbundenheit in der Weltpolitik hingewiesen wird.

Akzeptiert man das, so bleibt nur Gorbatschows „Wie“, die politische Kultur der Demokratisierung und die Demokratisierung der politischen Kultur, der kein bestimmtes Ergebnis mehr vorgesetzt wird. Sie wird vor den schreckenden Kontrast-Horizont neuer autoritärer Lösungen gestellt. Im Vordergrund

repräsentieren „Meinungsverschiedenheiten, politische Ambitionen und allerlei Vorurteile und Klischees“ das Feld der Begriffsstutzigkeit, ja Dummheit, die sich das eigne Grab gräbt.

Den Sinn von Perestrojka fasst G. als „Übergang vom autoritär-zentralistischen Modell der Gesellschaft zu einem humanen demokratischen Sozialismus“. Das „autoritär-bürokratische System ... ist abzulehnen, weil es dem Menschen keine realen Rechte und Freiheiten, kein würdiges Leben, der Gesellschaft keine erforderliche Dynamik und der Wirtschaft keine Effektivität sichert.“

Die SU „jetzt an der Schwelle“ zur Umwälzung der politischen Ökonomie: „Die Ökonomik muss den radikalsten Veränderungen auf der Basis der neuen Vorstellungen von Eigentum, Grund und Boden, der Lage von Betrieben, Arbeitskollektiven usw. unterzogen werden.“ Aber noch ist der „Weg der politischen Reform“ nicht zuende beschritten, „und jetzt wird in den Republiken, an der Basis die zweite Etappe der Reform verwirklicht, der Prozess der Erlangung der realen Macht ...durch die Sowjets“. Alles verläuft „sehr gespannt, widersprüchlich, schmerzhaft“, wird diskrepant wahrgenommen. Antitechnokratische Grundeinsicht: „Es handelt sich schließlich nicht um Technik, nicht um ein System von Triebwerken, sondern um einen lebendigen Organismus, der so viele Millionen Menschen mit ihrem Willen, ihren Hoffnungen, Plänen und realen Interessen umfasst. Und da werden sich kaum, wie der eine oder der andere verspricht, Leute finden, die das Ganze ohne irgendwelche Fehler wie geschmiert betreiben könnten.“ Wenn sich „die mit dem Übergang zusammenhängende Krankhaftigkeit in die Länge zieht“, macht die Gesellschaft nicht mehr mit. „Dann werden Rezepte anderer Art auftauchen, dabei wie immer einfache und leicht verständliche. Dann werden schon keine Symposien mehr nötig sein, alles wird mit einem Schlag in Ordnung gebracht.“

Komplikation der Perestrojka dadurch, „dass alles in einem derart multinationalen Land, in dem Dutzende von Völkern leben“ geschieht. Die verfassungsrechtliche Konstruktion der SU dem noch nicht angepasst. Noch festzulegen, „in welchen

Bereichen die Gesetzgebung der Union und in welchen die der Republiken den Vorrang hat“. Dazu gehört auch, das Austrittsrecht der Republiken in Gestalt von Verfahrensregeln zu operationalisieren.

Gegen Brazauskas, der aus der ökonomischen Selbständigkeit Litauens auf die der KP schließt: „Das ist eine falsche theoretische These! Weil man sich Litauen bei der ökonomischen Selbständigkeit dennoch zugleich als einen organischen, unabdingbaren Teil des ganzen Landes ... vorstellt.“ Hier ist G. mehrfach widersprüchlich. Im Hinblick auf die westeuropäische Integration verallgemeinert er, dass „die Politik der Wirtschaft nachfolgt, und nicht umgekehrt“, weil „die Notwendigkeit ..., unter gleichen Bedingungen ...effektiver zu arbeiten, auch den Bedarf an einem solchen politischen Überbau aus(löst), der berufen ist, diese Basisinteressen effektiver zu bedienen.“ Das Problem der Perestrojka ist derzeit gerade das Vorauseilen der politischen Vernunft vor einer darniederliegenden und weithin noch staatlich verwalteten Wirtschaft. Außerdem wird auch der Widerspruch zwischen national-selbständiger Wirtschaftspolitik und Integration der Wirtschaft nicht erörtert. Dabei beansprucht doch G., zu Lenins Auffassung zurückzukehren, „dass die Tendenz zur Integration, zur Zusammenlegung der Kräfte in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik dem nationalen Selbstbewusstsein und der Selbstbestätigung nicht nur nicht widerspricht, sondern unmittelbar mit deren Aufschwung verbunden ist“. Klarheit scheint hier blockiert zu sein wegen der durch Interessengegensätze bedingten Kompromissform der Politik. Es ist eben in der SU derzeit nicht so, dass Integration ein Privileg für die herrschenden ökonomischen Interessen ist, nachdem sie sich drängen wie z.B. die Österreicher oder die Türken in den „Gemeinsamen Markt“. So bleibt es notgedrungen abstrakt, schwer vermittelbar, obwohl vom Standpunkt des konkret Möglichen richtig, wenn G. davor warnt, „sich abzukapseln und die Freiheit in einem geschlossenen nationalen Raum zu suchen“.

Gorbatschow gesteht, dass ihm „Fehler und Missgriffe unterliefen“, sagt aber nicht welche. Gidaspow einzusetzen, war gewiss ein Missgriff; die nationalen Konflikte

als sekundär zu behandeln ein großer Fehler.

Die weiteren Themen sind: die Partei, ihre Umgestaltung und die Frage eines Mehrparteiensystems. Letzteres wird nicht abgelehnt, ist aber kein Allheilmittel. „Alles, Genossen, wird durch das Regime der politischen Macht, das Niveau der Demokratie, den politischen Prozess, das Funktionieren von Strukturen, die öffentliche Meinung, soziale Bewegungen bestimmt, die fähig sind, gesellschaftliche Interessen zu akkumulieren und zu artikulieren." Auch mehrere Parteien können, wie eine einzige Partei, das Volk um die Macht betrügen. In der „Möglichkeit, das Volk in alle Prozesse einzuschalten", sieht G. „die Antworten auf alle Fragen". Das „Volk" kann im Singular angesprochen werden, Nation stets nur im Plural. Demokratie ist Volksherrschaft, und wird von Gorbatschow in genau diesem Sinn in Anspruch genommen. Sein Demokratiekonzept trägt entschieden partizipatorische Züge. „Am wichtigsten sind Demokratie, Glasnost; ebenso die reale Teilnahme des Volkes an allen politischen, gesellschaftlichen Prozessen und Institutionen, seine Einbeziehung in sie. Sonst können die Parteien das Volk durch ihr politisches Spiel hinters Licht führen, betrügen, es — den Hauptakteur der Geschichte — aus dem politischen Prozess und einer realen Volksmacht ausklammern".

Die Perestrojka der KPdSU wird noch einmal so konfiguriert: „grundlegende Veränderung ihrer Stellung und Rolle in der sowjetischen Gesellschaft durch Abgrenzung ihrer Funktionen und Wechselbeziehungen zu allen gesellschaftspolitischen Formationen. Das bedeutet Befreiung der Partei vom Komplex der Fehlerlosigkeit, von der Anmaßung, alles und alle anzuleiten, sowie vom politischen Monopolismus. Die KPdSU muss eine Partei sein, die dem Volk dient ...und unter seiner demokratischen Kontrolle steht. ...Sie muss für theoretische Forschungen und politische Diskussionen sowie für den Haltungsvergleich offenstehen. ...Das Prinzip des demokratischen Zentralismus muss auch neu überdacht werden. Die Perestrojka der Partei muss ...in Richtung des Leninschen Gedankens voranschreiten: In der Partei muss die Macht der

Parteimassen triumphieren..., die Grundorganisationen müssen ihre leitenden Funktionäre direkt, nicht aber durch Büros wählen." Dieses Von-unten-nach-oben bedeutet dann ja auch, dass den Parteien der einzelnen Republiken, Regionen etc. nicht zentral hineingefunkt wird. Der Sinn dieser Argumentation ist, den Litauern die Loslösung ihrer KP von der KPdSU unnötig erscheinen zu lassen. Das Bild ist freilich idealisierend. G. verschweigt vieles, indem er es *nur allgemein* anspricht; auch so kann man schweigen.

Brazauskas charakterisiert abschließend die vierstündige Diskussion als „in vieler Hinsicht sogar ein füreinander unverständliches Gespräch". Er will raus. Gorbatschow hatte mit der Aufforderung geschlossen, „den Dialog fortzusetzen ... eine Formel zu finden, die sowohl die herangereiften Bedürfnisse widerspiegeln und zugleich die KPdSU nicht schwächen würde." Er bräuchte das baltische Reformverlangen als Triebkraft auf dem bevorstehenden 28. Parteikongress.

Je mehr mich Gorbatschow überzeugt, desto unannehmbarer werden meiner Überzeugung bestimmte Tatsachen. Es ist, als käme die Trinität von Vernunft, Freiheit und Solidarität nicht auf dem Boden der Tatsachen an. Das trägt eine Art Entfremdung in mich hinein. Die Möglichkeit zeichnet sich ab, dass eine Überzeugung an der Schnittstelle von Zielvorstellungen und Realanalysen in eine Krise geführt wird, die nicht mehr mit einer Reform der strategischen Verknüpfung beider behoben werden kann.

3. Februar 1990

„Unparteilichkeit des Geistes": Der Deutsche Hochschulverband gab einen Empfang für DDR-Profs. Die Wissenschaftler dürften nicht schweigen, wenn es um die Vereinigung der beiden deutschen Staaten gehe, sagte der Verbandspräsident Schiedermaier. „Für die Wissenschaft gebe es keinen dritten und noch nicht einmal einen zweiten Weg, sondern nur den einen Weg der Unparteilichkeit des Geistes. Sch. erinnerte daran, dass die Hochschulrektoren der DDR jüngst mit einem Papier zur Westdeutschen Rektorenkonferenz gekommen seien, in dem die 'Erneuerung

des Sozialismus' gefordert worden sei. Das sei in 'Erneuerung des Geistes' umformuliert worden — ein Motto, dem sich der Hochschulverband anschließe." Das ist eine schöne Verschiebung, „Sozialismus" durch „Geist" zu substituieren. Sie leuchtet auf eine dunkle Weise sofort ein, wie ein Witz, der das Unbewusste bedient.

Der alte kämpferische Theo Bergmann sieht lauter Analogien zu 1933, ja zu 1914: die SPD im vaterländischen Rausch, Willy Brandt mit der deutschen Fahne voran. Zuerst die DDR, dann die Ostgebiete, dann... — Ich wende ein, die ökonomisch Herrschenden hätten das doch nicht nötig, da sie über Kapitalverflechtungen und Marktbeziehungen Mittel- und Osteuropa durchdringen können, aber Bergmann insistiert, das habe auch 1933 gegolten.

In Hamburg hat sich ein „an sich liberaler" Vertreter der Deutschen Bank zu G.S. folgendermaßen geäußert: „Wir haben jetzt in Mitteleuropa, wo viele deutsch sprechen, solche Chancen, wie die Engländer sie in ihrem ehemaligen Kolonialreich hatten." Zuerst wollen sie sich die DDR holen, dann den Rest.

In der Dezembernummer der „Gewerkschaftlichen Monatshefte" lese ich Renate Damus über die „frohstimmende Tatsache, dass die Emotionen der Menschen nicht der politischen Rechten zugute kommen". Dem lag noch der frische Eindruck jener Kundgebung vor dem Rathaus Schöneberg (kurz nach Öffnung der Mauer) zugrunde, wo „Kohl das Deutschlandlied ... beinahe solo singen musste". Das schöne Gespenst, das Renate Damus damals in Mittel- und Osteuropa umgehen sah und auf das sie ihre Hoffnung setzte, war die „Selbstbestimmung des Volkes". „Sollte sich die einstweilen vereinzelt anklingende Forderung nach 'Wiedervereinigung' verstärkt artikulieren, ja vorherrschend werden, wäre dies ein Indiz dafür, dass die Selbstbestimmung dem Volk vorenthalten wurde und weiterhin massive ökonomische und ökologische Probleme bestehen, die aus dem Willen zur Herrschaftserhaltung resultieren." Hier sieht man nicht nur, wie ein Satz veraltet kraft inzwischen eingetretener anderer Weichenstellung, sondern er zeigt seine Illusionen: 1) das Volk scheint in seiner Mehrheit die Selbstbestimmung, die

ihm die PDS geradezu flehend anträgt, nur dazu nutzen zu wollen, sie an die westliche Herrschaft abzutreten, also, wie Damus den damals noch unwahrscheinlichen Fall formuliert, „in die Arme des scheinbar parlamentarisch-repräsentativen Systems mit seiner sogenannten sozialen Marktwirtschaft“ zu flüchten; 2) es war illusionär zu glauben, dass die „massiven ökonomischen und ökologischen Probleme ... aus dem Willen zur Herrschaftserhaltung resultieren“.

Die Redaktion hofft im Editorial, „dass das Heft, wenn es endlich erschienen sein wird, nicht nur noch ‘historischen’ Wert hat“.

Die Dezembernummer des „Argument“ dokumentiert einen Passus aus den Arbeiten der Brie-Gruppen, der heute geradezu „prähistorisch“ anmutet: „Es ist zu prüfen, wie oppositionellen Kräften in der Öffentlichkeit ein begrenzter legaler Raum eingeräumt wird. ... Opposition gegen den Sozialismus ist nicht zuzulassen.“ Die Autoren glaubten, die historische Chance zu einer Perestrojka in der DDR zu bekommen, also zum „geordnet“-revolutionären Übergang zu einem demokratischen Sozialismus, „ohne dass eine offene politische Krise erfolgt“ (Arg. 178, 930). Mein Editorial fragend formuliert — nicht veraltet.

Die PDS sei „kein Gegner mehr“, erklärte der DDR-CDU-Vorsitzende; neuer Hauptgegner die Sozialdemokraten. Diese gründeten jetzt den Verband der Jungen Sozialdemokraten — der bundesdeutsche Name „Jungsozialisten“ erscheint ihnen zu riskant. Die SPD/DDR gegen die Nato-Mitgliedschaft. Das ist einer jener Widerstände und Widersprüche, die der nationale Zug nach Willen der Konservativen durch Tempo überfahren soll. Sie denken weiter gen Osten. Nato und „Deutschland, einig Vaterland“, wie geht das zusammen? Bahr warnt, dass der Westen damit den Sturz Gorbatschows riskiert.

*

Nach Modrow nun Gysi bei Gorbatschow. Wegen Modrows Erklärung zur deutschen Einheit ist die VL aus der Regierung gegangen. Die FAZ sieht auch die PDS davon abrücken und wittert hilfsweise eine Verschwörung: verteilte Rollen.

Statt Initiative zurückzugewinnen, hat Modrow nur Schmierseife auf seinen eignen Weg geschüttet: alles rutscht immer schneller. Gerlach von der LDPD überholt ihn, schlägt den Termin der Bundestagswahl für eine Volksabstimmung aller Deutschen vor und nominiert Weizsäcker zum Präsidentschaftskandidaten aller Deutschen. Derweil schwillt die Abwanderungswelle. Das ist logisch, denn wenn das alles abgerissen und angeschlossen wird, warum dann nicht Zeit gewinnen und auf eigne Faust schon jetzt heim ins Reich?

Der neuen Karriere des „Vaterlandes" liegt eine klassische Überdeterminierung zugrunde. In Gestalt der Wiedervereinigungsideologie macht sich der Staat auch unklare antistaatliche Emotionen zunutze, die im Ärger über eine Grenze und über Kontrollen wirksam sind. Das Kapital rechnet rational, indem es national rechnet. Der SPIEGEL zum Beispiel ist so national wie der Markt, der ihm da zuwächst. Es wäre so viel riskanter und kostspieliger, ein Massenmedium in irgendeiner anderen Sprache gründen zu müssen; hier genügt es, die Druckmaschinen etwas länger laufen zu lassen. Bei fast gleichem Kapitaleinsatz eine enorme Gewinnsteigerung. Gestern soll der Verkehr im Stadtzentrum von Ostberlin zusammengebrochen sein, als dort Werbeexemplare der Illustrierten „Stern" verteilt worden, ein ganzer Sattelschlepper voll; eine Million Exemplare werden über die DDR geschüttet.

Die Wirtschaftsministerin Luft redet von der Notwendigkeit, in der DDR „eine Marktwirtschaft eigener Art" auszubilden. Glaubt noch jemand daran?

Die Gewerkschaft der DDR in revolutionärer Rekonstruktion von unten nach oben. Bisher korporatistisch, Form der Einbindung von oben nach unten. Die neue Gewerkschaft verlangt „ein Ausmaß von Mitbestimmung, wie es sonst noch nirgendwo in der Welt praktiziert wird", „abenteuerliche Forderungen, die nur mit Torschlusspanik zu erklären sind"; „hinter der Hinwendung zur Marktwirtschaft war auf dem Kongress noch wenig Überzeugung zu spüren." (FAZ). Im Organisationsaufbau dem DGB sich angleichend. Aber warum gegen Betriebsräte?

Eine Beobachtung der FAZ bei irgendeiner programmatischen Diskussion des DA,

wo Eppelmann zugegen war: Das Wort „Neofaschismus“ wurde als, wie gesagt wurde, zur „SED-Sprache“ gehörig durch das Wort „Rechtsradikalismus“ ersetzt. (Dieses wiederum verlangt, durch „Linksradikalismus“ ergänzt zu werden.)

Ein ungeheures Tau- und Drahtziehen ist im Gange, das wenigste davon sichtbar: es geht um das künftige nationalstaatliche Dispositiv mit allem Drum und Dran.

3. Februar 1990 (2)

Meine unverstandene Antwort an Jutta Ditfurth von neulich, dass der Kapitalismus nicht eigentlich scheitern kann, bei Günter de Bruyn gefunden, wenngleich eingewickelt in ironische Gedanken, die meinen Bestrebungen zuwiderlaufen. Er sagt: „Wenn jetzt, als letzte Rettung des Sozialismus, der Kapitalismus (wenn auch vielleicht nur ein neunundvierzigprozentiger) von der DDR-Wirtschaft gerufen wird, um ihr Nachhilfeunterricht zu erteilen, so ist zu vermuten, dass das nicht in erster Linie eine Unterrichtung in Kulturförderung wird. Das Beste an ihm, dem Kapitalismus, ist in dieser Hinsicht wohl, dass er keinen Anspruch erhebt, als moralisch zu gelten“. Deswegen kann er auch nicht mit einem solchen Anspruch scheitern, ganz im Gegensatz zu jedem denkbaren Sozialismus. Günter de Bruyn fährt mit der merkwürdigen Wendung fort, dass der Kapitalismus „also zugibt, Moralisten zu brauchen, die ihn zu bremsen und ihm das abzutrotzen versuchen, was für Soziales und Kulturelles vonnöten ist.“ Mit diesen „Moralisten“ meint de Bruyn dann wohl die Sozialdemokraten oder Sozialpolitiker anderer Provenienz.

Hieran schließt er eine andere Überlegung, die sich mit meinen Erfahrungen und Erwartungen deckt: „Dass sich bei einer Veränderung der Herrschaftsverhältnisse und Ideale eine völlige Umschichtung ergäbe, ist nicht anzunehmen; die Streber und Sitzenbleiber, die Jubler und Kritiker werden etwa dieselben sein.“ Es ist damit zu rechnen, dass unterm künftigen Kapitalismus zum Teil dieselben Leute, die uns unterm autoritären Staats-Sozialismus vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus geschurigelt haben, uns vom Standpunkt des Marktliberalismus schurigeln. „In der DDR mit ihren Massen geschulter Antikapitalisten wird der Kapitalismus es,

könnte man annehmen, besonders schwer haben sich auszuleben, aber ich fürchte, man täuscht sich in dieser Annahme; denn in den vierzig Mangel- und Schweigejahren hat man besser als den Antikapitalismus die Wohlstandssehnsucht und die Anpassung gelernt."

Dem „Traum ... einer Synthese von Sozialismus und Demokratie" erteilt de Bruyn eine Absage. Zur staatlichen Einheit verhält er sich leidenschaftslos. Er singt das Lob der deutschen Kulturnation. Sie bedeutet ihm „eine Souveränität, die der der Staaten nicht untergeordnet ist". „Sie ist auch noch brauchbar für heute und morgen, weil sie nicht nur zu der Zwei-Nationen- und Zwei-Kulturen-Theorie den Gegenpol bildet, sondern auch den zu einem Denken, das als Voraussetzung für das Weiterbestehen der deutschen Kultur den einheitlichen Nationalstaat sieht."

Von Dieter Klein eine letzte Sendung der „Beiträge zur Sozialismusdiskussion" erhalten. Die Reihe wird eingestellt. Der „geschichtsbildende Moment" ist vorbei.

Hans Wagner gegen „diejenigen Ökonomen, die ihren Kopf nur vom 'Mittag-Land' auf das 'Abendland' wenden". Die Wende als Konjunktur der Wendungen im Doppelsinn.

Er kritisiert das Konzept des „Wirtschaftsmechanismus" und behauptet, es stehe in Kontinuität mit dem alten Regime, Wirtschaft als Mechanismus statt „als sozialen Organismus und als entscheidende Sphäre der Produktion wirklicher gesellschaftlicher Subjekte und Verhältnisse. Man war eingespielt auf das 'Machen' eines Planmechanismus und spielt sich ein auf das 'Machen' eines Marktmechanismus." Darin scheint mir ein doppeltes Missverständnis: 1) der Plan war befehlsadministrativ in Erstellung und Durchsetzung, ihm lag kein ökonomischer Mechanismus zugrunde; 2) vom Markt verspricht man sich einen in der Tat „mechanischen" (besser: systemischen) Effekt, nämlich den der unpersönlichen Steuerung von Wirtschaftshandeln über materielle Sanktionen. Dieses Dispositiv ist paradox, weil es eine unausweichliche Fatalität mit höchster Aktivierung der Subjekte verbindet. Es setzt die Akteure gerade dadurch in

Subjektposition, dass sie in der Gestaltung des Arrangements nicht zum Zuge kommen. — Wagner noch ganz auf dem Standpunkt einer souveränen sozialistischen DDR.

Für Ulrich Busch, Rainer Land, Gerd Quilitzsch und Rosi Will ist die Schlüsselfrage, „den Diskurs der Straße und den der Experten zu einem verfassungsgebenden Prozess zu verbinden". Das ist auch eine Zeitfrage, und als sie dies schrieben, war die Wahl noch nicht vorverlegt. Sie dringen auf eine große öffentliche Debatte von Reformlinien, als Medium und Möglichkeit „der *Konsenssuche* durch das Volk". Es scheint, dass auch diese Position unterm Druck der Entwicklung schon wieder aufgegeben worden ist.

Für Bernd Hohmann, der nach einer „Theorie des sog. 'Dritten Wegs'„ sucht, „spielt der dialektische Zusammenhang von Ökonomie (Reproduktionstyp) und gesellschaftlichen Wertvorstellungen eine zentrale Rolle". Den tragenden Konsens denkt er von „Werten" her. Grund- und Menschenrechte rücken in Basisposition. Der Juristensozialismus lässt grüßen, solange die Macht- und Herrschaftsverhältnisse nicht konkret gedacht werden und es bei abstrakten Setzungen von Individualrechten bleibt.

4. Februar 1990

Das kunstvoll-unbewegte Gesicht Heiner Müllers im Sonntagmorgen-Fernsehen (ARD, Interview von Martin-Jochen Schulz), sorgsam alles Versöhnliche oder Entgegenkommende getilgt. Er schließt mit Goethe: „Gott schütze mich davor, mich selbst zu erkennen; ich will nicht wissen, wer ich bin." Die Revolution hat er, wie er sagt, „hauptsächlich im Fernsehen" erlebt und kann sie „nicht so ganz ernst nehmen": Da ist „etwas zusammengebrochen, was ich schon lange... Überraschung, dass es so schnell ging... Plötzlichkeit dieser 'Wende'..."

Dass die Revolution gegen den DDR-Sicherheitsstaat in den Zusammenbruch dieser DDR-Revolution selbst überging, erklärt er mit deren Status einer Sowjetfiliale: „Die DDR ist ja nur eine Ableitung der Sowjetunion gewesen... Als

sie durch Gorbatschow plötzlich eine eigene Existenz kriegte, stellte sich heraus, sie hat gar keine. *Die DDR hat nie existiert.*" Ein Fanatiker ist „ein Mensch, der seine Anstrengung verdoppelt, wenn er sein Ziel nicht mehr sieht". Ob er damit Honecker meint?

„Die Betonmauer wird jetzt erst einmal eine Weile abgelöst durch eine Geldmauer... Das Geschrei 'Deutschland, einig Vaterland' ist das Geschrei nach der De-Mark." In zehn Jahren, wenn die Marktwirtschaft ihnen die „kalte Schulter" gezeigt haben wird, werden die jetzt so Schreienden „das eiserne Gesicht dieser Freiheit", die „häßliche Fratze des Kapitalismus" erfahren haben, dessen schöne Seiten sie jetzt verständlicherweise erst einmal sehen wollen. Zehn Jahre wird es dauern, die DDR kapitalistisch zu sanieren, da werden noch viele weggehen, und das wird große Probleme aufwerfen. Die aus der DDR in die BRD kommen, sind jetzt noch die Aristokraten unter den Aussiedlern, werden aber Stufe um Stufe absteigen... Das Gefährliche an der jetzigen Situation ist das Überspringen der Renaissance des Nationalismus aus der DDR in die BRD. Bisher reichte den Bundesbürgern der Standpunkt der De-Mark, nun entdecken sie, dass es da auch noch Deutschland gibt..."

Die eigentliche Entdeckung haben sie noch vor sich, und Müller scheint anzudeuten, dass sie nazistische Potentiale reaktivieren könnte: Die Systemkonkurrenz von Kapitalismus und Sozialismus ist nun „scheinbar beendet", war aber „vielleicht ganz marginal"; der radikale Konflikt steht noch bevor. Wie eine sonderbare Chiffre für den Aufstand der Dritten Welt steht bei Müller das Gespenst einer „Islamisierung Europas". „Interessant wird es ja erst, wenn die Unterprivilegierten ihre Ansprüche anmelden." Hitler habe das gut erkannt, dass der Wohlstand hier nur gehalten werden kann, wenn die anderen niedergehalten werden.

Offenkundig sind das keine konstruktiven Gedanken, aber Müller antizipiert mögliche Kritik auf eine Weise, die sie entwaffnet, indem er alles gesteht. Er hat nichts gegen den Ruf eines Zynikers, obwohl er zu verstehen gibt, dass dies die

Sache nicht trifft. Er ist „nicht zuständig für Optimismus oder Pessimismus; das ist ein Gegenstand der Darstellung." Bis in die 60er Jahre hätten viele an den Kommunismus geglaubt, nicht er, für ihn seien Glaube oder Verzweiflung bloßes *Material*. Den Materialbegriff weitet er ins Existenzielle, ordnet ihm eine „defaitistische" Haltung zu und sich selbst ein „Verräterverhältnis zur Realität... Es wird alles Material. Ideen sind genauso ein Material wie Gespräche in der Straßenbahn." Das umgeht die Schlüsselfrage, was der Materialästhetiker mit dem Material macht, von welchem Standpunkt und in welcher Perspektive er es organisiert.

Da tritt nun ein *bestimmtes Nein* hervor, das einen enorm affirmativen Sinn hat: Der kategorische Imperativ, den der junge Marx formuliert hat, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein geknechtetes Wesen ist" usw., das ist „der theologische Glutkern des Marxismus", wie er unter Berufung auf Benjamin sagt, „der ist unverlierbar". Man darf nur nie vergessen, dass es bei Marx um eine Negation geht, nicht um Position; Verneinung des Kapitalismus.

*

Hans Förtsch hat seinen Geburtsort Heinersdorf, der in der militärischen Sperrzone lag, zum erstenmal nach vierzig Jahren wiederbesucht. Was die Häuser angeht, wirkt das Dorf wie „eingefroren" im damaligen Zustand, hat aber nur noch halb so viele Einwohner, da die Felder im Bayrischen lagen, und keine der acht Kneipen existiert mehr. Der Weg, der nur „die Gaß" genannt wurde, heißt Ernst-Thälmann-Straße, und die Tettauer Straße heißt Karl-Marx-Straße. Das Sperrgebiet ein einziges „Biotop".

Ina Merkel sieht die soziale Frage vom Nationalismus erschlagen; sie prognostiziert einen Sieg der Rechten bei der Bundestagswahl. Mein Hinweis auf Lafontaine, der genau die soziale Frage in den Vordergrund gestellt hatte, überzeugt sie nicht. Sie behauptet einen markanten Interessenunterschied zwischen den Generationen. Sie unterscheidet die „Kriegsverlierergeneration" der über Sechzigjährigen, die

Generation der über Vierzigjährigen, die etwas zu verteidigen haben, und die Anwärtergeneration der bis Dreißigjährigen. Die dritte Gruppe, der sie sich zurechnet, fühle sich durch die Revolution freigesetzt und sehe Möglichkeiten vor sich. Die zweite Gruppe versuche, durch Anpassung an die neue Herrschaftsordnung ihre Pfründe zu verteidigen. Die älteste Gruppe dominiere in der „Wiedervereinigung". Die Jugend sei vorwiegend links und an Eigenständigkeit interessiert.

Der Name SED seit heute historisch. PDS. Gysi stellt die Sache so dar, dass die Umgestaltung der Partei viel schwieriger gewesen sei als eine Neugründung. Marktwirtschaft nur ein Wort, es kommt auf Ausfüllung an: „Dominanz des gesellschaftlichen Eigentums", soziale Sicherheit", „Arbeiterdemokratie". Wie bei der FDJ hier von irgendwoher eine Reservekraft. Aber auch bei der FDJ nicht das letzte Wort: am Wochenende hat sich eine unabhängige marxistische Jugendvereinigung „Junge Linke" gegründet. Ebenfalls am Wochenende hat die Gruppe um Rainer Land eine „Sozialistische Partei" ins Leben gerufen. Für die Wahlen zu spät. (Land war Assistent von Ruben gewesen und zusammen mit diesem diszipliniert worden. Später hat er bei Hans Wagner Kapitalkurse gemacht.) Eine AL in Gestalt eines linken Wahlbündnisses im Gespräch.

Während sich die politischen Kräfte an der Stelle der alten SED noch immer auseinanderlegen, gruppieren sie sich auf der anderen Seite im Bonner Muster. Heute hat sich die FDP der DDR gegründet, und ein Funktionär der alten Blockpartei LDPD kündigte den Übertritt der Mehrheit seiner Partei an. Mitten im Gründungsboom die Konzentration um Geldquellen aus der BRD. Eine Spaltung der Zivilgesellschaft: ein bürgerliches Dispositiv entfaltet sich, durchsetzt von einer alternativen Kultur. Während man sich in der Theorie von den „Zwei Kulturen" verabschiedet, reproduzieren sie sich von unten.

*

In Moskau soll heute die größte „inoffizielle Demonstration" seit 1917

stattgefunden haben: für Demokratisierung; Jelzin, Popow und Afanasjew die Hauptredner. In drei Wochen soll die nächste derartige Demo stattfinden. Jelzin soll gesagt haben: „Wir sind die Erfinder der Perestrojka — nun haben uns die anderen überholt." — Ob Gorbatschow es auf dem morgigen ZK-Plenum noch einmal schaffen wird, Initiative zurückzugewinnen? Bisher hat er auf schwierige Situationen noch immer mit einer überraschenden Umgruppierung der Kräfte geantwortet.

Die slowenische KP ist aus dem „Bund der Kommunisten Jugoslawiens" ausgetreten und hat sich den Zunamen „Partei der demokratischen Erneuerung" gegeben. Sie fordert ein „konföderatives" Jugoslawien mit Marktwirtschaft.

5. Februar 1990

Das Januarheft der „Neuen Gesellschaft", in geradezu eleganter neuer Aufmachung, heißt „Deutsche Umbrüche"; der Titel scheint den Versuch anzudeuten, den Umbruch in der DDR auch in die BRD zu projizieren. Peter Glotz wendet sich im Editorial gegen den Begriff der „Deutschen Revolution", der neuerdings auch in Positionspapieren der SPD auftaucht. „Gorbatschows Perestrojka und die Kämpfe in Polen, Ungarn, der DDR, Bulgarien und der Tschechoslowakei sind eng miteinander vernetzt. ...Die Revolution in Ostmitteleuropa ist übernational." Er schweigt zu den Funktionen der Phrase „Deutsche Revolution", auch zum Charakter jener Revolution, die mit „übernational" inhaltsleer bestimmt wird und die, wenn man an die Umgestaltung in Vietnam, die Bewegungsversuche in der Mongolei und die Kämpfe in China denkt, auch nicht auf „Ostmitteleuropa" beschränkt ist, sondern eben in mehr oder weniger allen sozialistischen Ländern ansteht. Pavel Kohout füllt in seinem Gespräch mit der NG etwas von jener Lücke aus, wenn er sagt, in all diesen Ländern stehe „die gleiche Quadratur des Zirkels" an: „den nach wie vor gefährlichen totalitären Machtapparat dazu zu bringen, dass er an seiner Entmachtung loyal mitarbeitet". Er sagt übrigens voraus, dass uns westliche Intellektuelle „ein nicht minder schwieriger Weg erwartet als der, den die anderen

bereits fast gemeistert haben“. Vor allem von uns Westdeutschen, „ob links oder rechts“, meint er, dass wir „allzu oft dem ‘Dämon des Einverständnisses’ mit ‘in'-Parolen verfallen“.

Den Parteiausschluss Honeckers lehnt Glotz übrigens ab und führt ihn auf Mangel an politischer Kultur zurück. — Weiter hinten im Heft, in seinem Artikel, denkt er die Dinge in Bezug auf den bevorstehenden „Integrations*sprung*“ der EG und den „Gorbatschow-Prozess“. Er warnt vor „deutsch-deutscher Kolonisierung“ und spricht zunächst für „die Anlehnung einer demokratisierten DDR an die EG“. Er registriert, dass die meisten neuen politischen Organisationen im Osten „*jede* Art von Sozialismus, auch den demokratischen, ohne viel Federlesens ablehnen“ und dass viele Konservative des Westens davon überzeugt sind, „dass der ‘Sieg des Westens’ nicht nur den Marxismus-Leninismus, sondern auch den Demokratischen Sozialismus widerlegt habe.“ Er sieht also die Gefahr, dass aus diesem großen Demokratisierungsschub der Rechten Kraft zuwächst — paradoxerweise, wenn man deren Abscheu vor sozialdemokratischem Mehr-Demokratie-Wagen bedenkt.

Neuerdings nennen sie es oft „Unterstützung“, wenn das Kapital seinen Schnitt zu machen sucht. Merkwürdigerweise spricht auch Tilman Fichter von „finanzieller Unterstützung der DDR-Gesellschaft durch... das Kapital“. Die Wirklichkeit ist dabei, uns zu belehren, dass das eine Illusion ist.

Hans-Martin Lohmann nutzt die Zeitschriftenschau, um gegen den Strom zu steuern: Die Umwälzungen in der DDR „indizieren nicht... das ‘Ende des Sozialismus’ oder den ‘Tod des Marxismus’, sondern... die Rückkehr eines Teils der deutschen Nation zur geschichtlichen Normalität, und zwar aus eigener Kraft.“ Einen solchen Einschnitt haben wir Westdeutschen nicht selbst zustandegebracht. „Das Scheitern des osteuropäischen Etatismus, d.h. einer sozialen Formation, deren Herren einem extremen Politizismus huldigten, welcher keinerlei ‘Rückkoppelung’ zu den empirischen Subjekten und deren realen Bedürfnissen und Befindlichkeiten gestattete, bedeutet nichts anderes als das Scheitern einer Scheinalternative zum Kapitalismus.“ Ohne die „kontrollierende und korrigierende

Kraft“ der „bürgerlich-zivilen Elemente“ ist „jedes sozialistische Projekt zum Scheitern verurteilt“. Was mich wundert, ist die weitgehende Beschränkung des Blickfelds im Konkreten auf die DDR, statt wie Glotz von der Perestrojka auszugehen. Wenn Lohmann die Schwierigkeiten der westdeutschen Linken beschreibt, die Veränderungen zu *denken*, weitet er den Gesichtskreis dagegen wieder ins Allgemeine: „Wer vierzig Jahre lang den stabilen Systemantagonismus von Kapitalismus und (wie immer deformiertem) Sozialismus durchbuchstabiert hat, dem muss angesichts des Zusammenbruchs der etatistischen Produktionsweise in der Tat schwindlig werden.“ Aber die DDR ist, was er ausblendet, nur ein Epizentrum des großen Bebens, und Bedingungen und Verlaufsformen sind bei ihr notwendig andere als zumal in der Sowjetunion. — Als Lohmann diese seine Zeitschriftenschau schrieb, wechselte in der DDR gerade das Personal und damit die Zielsetzung auf der Straße, vom Wir-sind-das-Volk zum Wir-sind-ein-Volk. Brigitte Seebacher-Brandt hat dies als Stimmung der „Volksseele“ schon am 21.11. in der FAZ behauptet, wie es auch ihrer eignen nationalen Gesinnung entsprach. Die Linken versuchten dagegen, so lang wie möglich einen Dritten Weg in der DDR zu fördern, falls von fördern die Rede sein kann. Lohmanns Perspektive ist haltbarer: „Gesetzt, Frau Seelbacher-Brandts dumpfe Anrufung der ‘Volksseele’ (die einen eher schaudern lässt) entspricht tatsächlich einer Realität und die deutsche Einheit steht folglich auf der politischen Tagesordnung. Ist damit der Traum vom Sozialismus auf deutschem Boden, von einer gesellschaftlichen Ordnung... endgültig ausgeträumt? Man ist optimistisch genug zu glauben, dass dies nicht der Fall ist. Die politischen Karten ...werden derzeit so gründlich neu gemischt, dass die Linke am Ende Trümpfe in der Hand halten könnte, von denen sie heute noch gar nichts weiß.“ Ich halte das für möglich. Freilich müssten wir irgendwann anfangen, die Trümpfe als solche zu erkennen.

Die NG bringt eine Diskussion zwischen Anthony Barnett, Boris Kagarlitzki und Hans Magnus Enzensberger, die vor den Umbrüchen in der DDR und der CSSR geführt worden sein muss und zuerst im „New Statesman“ erschienen ist. Kagarlitzki ist nicht mehr der, den ich in meinem Buch verarbeitet habe, er hat

offenbar den radikalen Stimmungswandel der meisten Intellektuellen mitgemacht. Und er hat es seither noch bedeutend weiter gebracht im Metier des *talk show business* der sich vermarktenden Intelligenz, beherrscht die Formen von Paradoxie & Provokation. „Dass die Repression fehlt, ist für die Intelligenzija ein Problem, das sie in Rußland jetzt fast ruiniert." So macht er Enzensberger, der doch in solchen Wendungen sonst selber nicht gerade unbeschlagen ist, im Gegenzug zu einem Verteidiger Gorbatschows. Kagarlitzki, der dessen Scheitern wünscht und vorhersagt, überlässt es den westlichen Intellektuellen, diesen ernst zu nehmen, weil er ihn als *Verwestlicher* im Namen eines russischen Wesens abstößt. Zu meiner ungläubigen Verblüffung macht er mit bei jenem russomystischen *Pessimismus*, dessen Vertreter nach Kräften dazu beitragen, diesen wahr zu machen. Er spricht von Rußland, nicht von Sowjetunion, weil letztere nur „ein neues russisches Weltreich" sei. Enzensberger treibt das weiter: „Das russische ist das einzige große Kolonialreich, das es heute noch gibt." Er merkt irgendwie, dass die Realität mit Kolonialismus und Imperialismus wenig zu tun hat, da er aber in Paradoxien zuhause ist, stört es ihn nicht, diese Kategorien aus dem Arsenal der Konservativen zu übernehmen. Laut Kagarlitzki ist „irgendeine Art von Zusammenbruch des Imperiums unausweichlich. Gorbatschows Bemühungen, es zu erhalten, wenn auch in anderer Gestalt, sind kontraproduktiv, weil sie uns mehr oder weniger in Richtung eines Blutbades treiben. Es wäre besser, den Teilrepubliken einfach zu sagen: 'Geht fort.'„ Der sowjetische Universalismus, der ein multinationales Zivilisationsmodell beinhaltet, erscheint ihm als „kosmopolitische Gesichtslosigkeit": „Niemand will bloß sowjetisch sein. Die Leute wollen russisch oder jüdisch oder estnisch oder sonstwas sein. Niemand will, dass die nationalen Identitäten von dieser kosmopolitischen Gesichtslosigkeit vernichtet werden." Barnett wirft dazwischen, Gorbatschow „will eindeutig sowjetisch sein". Kagarlitzki: „Gorbatschow ja, die Leute nicht." Enzensberger: „Gorbatschow ist ein sehr einsamer Mensch." Mit dieser Sentenz lassen sie das Gespräch enden.

Enzensberger kann sich mit Kagarlitzkis Denkweise über folgende Wendung dennoch befreunden, dass er seinen verbalen „Exzessen" eine „utopische"

Funktion zuerkennt. Zum Vergleich führt er die Studentenbewegung von 1968 an, die dank ihrer „Übertreibung der Forderungen und Ambitionen jener Zeit“ „zeitgemäßere“ gesellschaftliche Beziehungen („zwischen Studenten und Professoren, zwischen Vorgesetzten und Angestellten... usw.“) hinterlassen hat; von hier geht er weiter zur Frauenbewegung, die auch nicht „ohne diesen geradezu tollwütig anmutenden extremen Feminismus irgendetwas hätte erreichen können. Man kann nicht ausschließlich rational sein, es gibt immer Elemente des Exzesses.“ Er bedenkt nicht, dass Studenten- und Frauenbewegung in einer superstabilen bürgerlichen Gesellschaft aufgetreten sind und gewisse modernisierende und flexibilisierende Veränderungen bewirkt haben, die mit deren ökonomischer Grundlage durchaus im Einklang waren. So landet er bei einer Neuauflage von Sorel, beim rationalen Kalkül mit dem Irrationalen, bei der Rechtfertigung von Exzessen, die auf Mythos und Gewalt hinauslaufen, nicht trotz, sondern wegen seiner Skepsis, wie es Horkheimer bereits in den dreißiger Jahren beobachtet hat. Es ist eine Kraftfrage: „Gesunder Menschenverstand ist keine gesellschaftliche Kraft.“ — Kagarlitzki nimmt dieses Opfer des gesunden Menschenverstandes nicht an, sondern bestreitet, dass Enzensberger mit Gorbatschow denselben vertritt. Er bestreitet Gorbatschow den gesunden Menschenverstand freilich schon wieder in der Form des Exzesses.

Kagarlitzki: „Wenn Sie heute in Moskau von Perestrojka sprechen, fangen die meisten Leute an zu lachen. Was heißt das? Das weiß niemand. Der eine sagt, Perestrojka hieße, Juden zu töten; ein anderer sagt, Perestrojka hieße, Russen zu töten; ein dritter sagt, es hieße Aufbau des Kapitalismus; manche meinen, es bedeute Selbstverwaltung; andere sagen, sie sei dazu da, Gorbatschow an der Macht zu halten. ...Wir könnten Regime bekommen, die viel schlimmer sind als z.B. das Breschnew-Regime. ...Es gibt kein politisches Denken. Es ist ein einziges Durcheinander. Niemand hat das unter Kontrolle. Jeder verfolgt seine eigenen Zwecke, aber das Resultat ist etwas, das für niemanden wünschenswert ist. Es gibt keine integrierenden Kräfte in der Gesellschaft, die verschiedene Strömungen zu irgendeiner Art von Kompromiss zusammenführen könnte.“ „Die Balkanisierung

hat schon begonnen.“ Gorbatschow? „Wir wollen seine Pläne zunichte machen.“ Sich von Gorbatschow beeindrucken zu lassen, ist nur eine Marotte nichtsahnender westlicher Intellektueller... Labica hat recht, man muss über den *Verrat der Intellektuellen* neu nachdenken.

6. Februar 1990

Giorgio Baratta ruft an aus dem Istituto Gramsci, wo außer Vacca alle einen Aufruf unterstützen, die KPI solle ihren Namen beibehalten, weil sie ihn im Gegensatz zu den durch Repression und Korruption blamierten Parteien saubergehalten hat. Das ist Ingraos Argumentation, und ich unterschreibe ebenfalls. Dabei das Gefühl, dass meine Handlungen keine Linie verfolgen, eher eine bestimmte Streubreite haben. Eigentlich halte ich den Begriff Kommunismus für politisch ruiniert, nur noch gut zur Artikulation einer esoterischen Ethik — für jenen Mönchsorden, von dem Heiner Müller gesprochen hat.

Gestern früh erreichte mich aus Genf die Anfrage, ob eine Moskauer Gruppe die Rechte für die russische und, eigentümlicherweise, die französische Übersetzung meines „Gorbatschow“ kriegen könnte. Eine Stunde später aus der DDR ein Anruf, dass der Dietzverlag das Buch nicht bringen kann, weil er zu wenig Drucktermine kriege und als ehemaliger SED-Verlag von Belegschaften bestreikt werde — in die Bedrückung mischt sich Erleichterung.

Als ich nach meiner Vorlesung mit drei Studenten aus der DDR die Nachrichten sah, reagierten diese bedrückt. Ihr Trauma ist die Verdrängung des „Wir-sind-das-Volk“ durch das „Wir-sind-*ein*-Volk“, der demokratischen Revolution durch die nationale Restauration.

Von Tag zu Tag wird deutlicher, dass es nur noch um „Anschluss“ der DDR geht, nicht der Form, aber der Sache nach. Das Wirtschaftsvolk erodiert, die Volkswirtschaft will übernommen werden. Das Geld fungiert nur noch rudimentär. Möglichst über Nacht soll das Währungsgebiet der BRD bis zu Oder und Neiße vorgeschoben werden. Umgestaltung hat keine Chance mehr, nur noch

Übernahme.

Das bundesdeutsche Kapital will die totale Kapitulation; die schütteren Reste einer „eigenständigen“ Marktpolitik, die von der DDR-Wirtschaftspolitik noch verteidigt werden, beantwortet es mit Investitionsstreik. Die deutsche Börse zu immer neuen Rekorden.

Die Konservativen bauen das Feindbild um. Unter der Überschrift „Was aufeinander zuwächst“ — Brandts bisher stets gefeierte Formel — wird in der FAZ von Ralf Georg Reuth „eine Verbindung von Ost-SPD und PDS“ an die Wand gemalt. „Beweise“: Die Umbenennung in „Partei des demokratischen Sozialismus“ „fördert damit bereits semantisch die Gesprächsbereitschaft der SPD“. Der Wahltermin: „Der 18. März des Jahres 1848 ist nämlich das Datum der Einheit der revolutionären Demokraten“ usw. Befürchtung: „Ein Wahlsieg der Ost-SPD könnte auch Wirkungen auf die Bundesrepublik haben“.

S., der türkische Germanist, glaubt noch, dass die PDS als relativ stärkste Partei aus den Wahlen hervorgeht, mit 30 Prozent — ich rechne mit 10.

*

André schickte ein Interview (aus der „Freiheit“, Halle, 31.1.) mit Roland Wingert, der bis vor einer Woche Leiter des Bereichs Philosophie an der MLU gewesen ist. Er hatte im Dezember für Auflösung der SED plädiert und war zum Zeitpunkt des Interviews gerade aus der Partei ausgetreten, um zur Gründung einer neuen sozialistischen Partei aufzurufen. Die Konzeption des „realen Sozialismus“ sei weltweit gescheitert, nicht aufgrund von Deformationen, sondern wegen der Konzeption des Marxismus-Leninismus selbst. Den ML versteht er jedoch nicht als stalinistische Schöpfung, also Deformierung des Leninschen Konzepts. Er nennt „Überhöhung und Idealisierung der historischen Rolle des Proletariats, der Machtfrage, der Lehre von der Partei neuen Typs“, schließlich das „Zu-Ende-Denken der Geschichte zu einem Weltzustand“. „Die Idee des Kommunismus ist zwar logisch begründbar, aber unrealistisch, also utopisch.“ Indem er mahnt, „wir

dürfen uns niemals wieder an der Logik einer Theorie berauschen, sondern haben ihre historische Machbarkeit in Richtung Humanitätsgewinn zu überprüfen", unterstellt er solchen Logikrausch als *Ursache*, statt ihn als tuistische Begleitmusik zu begreifen. Die Diagnose ist oberflächlich, das deckt den Bruch: „Nicht der Marxismus-Leninismus, sondern lediglich die Marxsche Methode und ihr theoretisches Instrumentarium sind für die Gegenwart aufzuarbeiten". Das ist noch in der Negation so undifferenziert wie bisher in der Affirmation. In den Trümmern des ML müssen wir den Marxismus als integralen rekonstruieren, dabei sind „die Marxsche Methode und ihr theoretisches Instrumentarium" nicht das einzige Auskunftsmittel. Vor allem werden wir (d.h. die *scientific community* der marxistischen Wissenschaft) doch nicht Lenins Werk verdrängen können. Dass wir es kritisch lesen, versteht sich von selbst. Natürlich bin ich einverstanden mit der „Orientierung, die Wirklichkeit so zu reflektieren, wie sie ist", aber für Wingert bedeutet das, „auch andere Weltanschauungen zu nutzen, die christliche eingeschlossen". Die Theologie der Befreiung ist gewiss wichtig für uns, die Chance einer Zusammenarbeit mit ihren Vertretern wird aber belastet durch die Formel, „auch andere Weltanschauungen zu nutzen". In diesem Utilitarismus (nutzen) im Umgang mit „Weltanschauungen" kreuzt sich die alte ideologische Herangehensweise mit einer auf den Markt berechneten Instrumentalisierung von Bekenntnissen.

Die Chance zu einem „relativ eigenständigen Weg" der DDR, den Wingert möchte, wird „von Tag zu Tag kleiner". Dafür nennt W. drei Gründe: 1) die PDS kümmere sich „ausschließlich um die Trockenlegung des Sumpfes alter Hinterlassenschaften"; 2) seit Dezember werden „die Werktätigen ... in Fragen der 'deutschen Einheit' manipuliert"; 3) „die ökonomisch stärkeren Kräfte diktieren", die politische Krise erlaubt es ihnen. W. orientiert nun auf die Sozialistische Internationale, nicht jedoch auf die SPD der DDR. Das ist inkonsequent und wird nicht dauern. Er will die PDS außerhalb der PDS.

*

In der Sowjetunion ist Gorbatschow wieder am Zug: Die „Perestrojka der Partei“ erhält einen neuen Schub, neue Kräfteverhältnisse werden in Form gebracht. Nun fällt endlich die absurde Festschreibung der „führenden Rolle“ in der Verfassung, das de facto bereits existierende Mehrparteiensystem wird anerkannt, die KPdSU wird eine Partei unter anderen, führend nur, solange sie Initiative und Konsens hat. Die Parteiwahlen werden demokratisiert, der 28. Parteikongress vorverlegt, das Politbüro ersetzt durch eine Instanz, die der multinationalen Struktur Rechnung trägt. Das alles ist überfällig, ist aber noch immer erst *Voraussetzung* für die Wirtschaftsreform, nicht diese selbst und schon gar nicht ihr Erfolg. Der große Politiker Gorbatschow hat wenig Sinn für die Ökonomie. Auf diesem Feld hat er nie die Initiative gewonnen, immer nur reagiert, getrieben, ja gehetzt. Dazu die unerwarteten und unerwünschten Nebenfolgen beim Versuch, die Initiative doch noch zu gewinnen. Deshalb weiß man noch immer nicht, ob es zu einer Umgestaltung des Sozialismus kommt oder, wie in der DDR, zu dessen Abriß, nur verzögert und ohne eine nationale Auffangsstruktur, wie der BRD-Kapitalismus sie für die DDR darstellt. Der gesellschaftliche Prozess der Lebensgewinnung, verengend genannt „Wirtschaft“, ist eben doch entscheidend, richtig verstanden wohl auch determinierend, irgendwann sogar in erster Instanz. Der Staat, der die produktive Anordnung des Ensembles der gesellschaftlichen Verhältnisse garantieren muss, kann „abwirtschaften“.

Unverständnis für Ökonomie spricht übrigens auch aus dem sonderbaren Satz in der Wirtschaftspolitischen Entschließung der Volksdeputierten vom 20. Dez. 89: „Ohne jeglichen Grund steigen die Preise...“ Diesem Unverständnis entspringt wohl auch der Voluntarismus, der die Aufträge an die Regierung wie Dekrete gegen die Realität klingen lässt. Es scheint zum Verzweifeln kompliziert. Hinter vielen Worten verbirgt sich Ratlosigkeit. Ohnmächtiger Verbalismus eines endlosen Katalogs: „...für die 13. Fünfjahrplanperiode folgendes vorzusehen: ... konsequente Übereinstimmung von Nachfrage und Angebot“ usw. usf. — alles Wünschenswerte wird herbeideklariert. Nichts über das Wie. Keine Strategie.

In der Januar-Ausgabe von „Sowjetunion heute“ lese ich die Rede, die Gorbatschow, noch vor seiner Litauischen Reise, auf dem ZK-Plenum vom 25. Dezember gehalten hat. Es geht um die Theorie der Perestrojka (G. selber spricht in unseliger Manier von der „Perestrojka-Ideologie“). Seine Wette auf die Vernunft atemberaubend, in Gedanken sehe ich ihn immer abstürzen. Er arbeitet am und baut auf den zivilgesellschaftlichen Konsens, aber dessen Kräfte sind bedrängt von nationalen Leidenschaften und korrupten Interessen. „Und auf diesem Wege ist es für das Zentrum, mit Lenin zu sprechen, günstiger, in Richtung Zugeständnisse an das Nationale zu ‘übertreiben’, als zu ‘untertreiben'.“ — Diese Vernunft wirkt in der Krise schwach, und die Rufe nach einem Starken Mann werden lauter. „Die spießbürgerliche Philosophie interpretiert die Treue zu demokratischen, politischen Methoden als Schwäche der Macht.“ Einer der „Mythen des Massenbewusstseins“ ist der von der Stärke des Stalinismus. Dagegen hält Gorbatschow: „Die Macht des Führers war zweifellos hart und repressiv, aber sicherlich nicht stark im politischen Sinne. Eine starke Macht hat keine Angst vor ihren Staatsbürgern“ usw. Schluss: „In der Einheit der KPdSU liegt das Schicksal der Perestrojka.“ Die Partei geht mit mehreren Parteien schwanger.

7. Februar 1990

„Perestrojka der Partei“ — erst jetzt rückt das auf die Tagesordnung nicht mehr bloß der Diskurse, sondern der realen Praxis. So heißt ja schon ein Kapitel meines Buches, und im Reich der Worte war im Prinzip bereits alles geordnet. Schubweise rückten Aspekte des Themas immer wieder ins Aktuelle. Nun ist die Frage gebündelt da und mit ihr die Formel „Perestrojka der Partei“. Sogar für die FAZ ist das nun ein geläufiger Begriff. Das ZK-Plenum musste verlängert werden, aber es sieht nicht nach einer Niederlage für Gorbatschow aus. Jetzt werden Weichen gestellt für den 28. Parteikongress. In der Tendenz wird die KPdSU nun eine Partei unter Parteien, sie wird also auch andere Parteien, die sie in embryonaler Form enthält, aus sich entlassen.

Politisches Dispositiv der DDR: Als „Zangengeburt“ (FAZ) ist die „Allianz für

Deutschland“ zur Welt gekommen, Stützpunkt der CDU, Zwangsgeburt des Westgeldes. „Der Nebel ... hat sich gelichtet“ (Maetzke/FAZ).

„Es gibt keine Marxisten mehr in Frankreich“, verkündet Jürg Altwegg — und was ist mit Labica und dem Kreis um „Actuel Marx“? Ist Sève gestorben? Lipietz? Soll ich mein französisches Adressbuch hervorkramen? „Doch der Befund zum Anfang der neunziger Jahre ist unumstößlich: ‘Es ist nicht mehr möglich, Marxist zu sein”, sagt kategorisch André Gorz.“ Es geht immer noch einmal um denselben Abschied von geschichtsphilosophischen Visionen und vermeintlichen Garantien, auch, sagen wir es ruhig, von totalitären Denkmustern, die wir kritischen Marxisten seit Jahrzehnten in immer größerer Schärfe kritisieren. Sie halten sich ein Gemisch aus Hegel und ML vor die Augen wie ein Brett. Mit dem, was sie für Marxismus halten, kritisch fertig zu werden, lernen meine Studenten im Proseminar. — So kriegen wir mit der Erledigung der Marxisten die intellektuelle Ehrenrettung der Nichtmarxisten. Jean Starobinski „empfindet das Triumphgeheul der mit Fahnen und Fanfaren zu Liberalismus und ‘Moderne’ bekehrten Ex-Marxisten, -Maoisten, -Trotzkisten als widerlich: ‘Man muss vermeiden, dass der wirtschaftliche Erfolg zum universellen Gesetz wird, auch wenn er im Begriff ist, sich als solches durchzusetzen.“ An theoretischen Errungenschaften des Marxismus hält er auf jeden Fall fest. Ebenso Claude Lévi-Strauss: „Marx hat uns gezeigt, dass sich das soziale und individuelle Bewusstsein ständig betrügt. Marx stellt in den Sozial- und Humanwissenschaften eine Revolution dar, die mit der Revolution der Naturwissenschaften im 17. Jahrhundert vergleichbar ist.“ Das haben natürlich schon viele gesagt. Bezogen aufs *Kapital* rühmt Lévi-Strauss die „Methode der Modelle, die Marx als erster angewandt hat. Ein Werk wie ‘Das Kapital’ mit seinem Reichtum und seinen Komplikationen ist letztlich die Laborkonstruktion eines Modells der kapitalistischen Gesellschaft. Marx hat das Modell funktionstüchtig gemacht und die Beobachtungen, die er an ihm machen konnte, mit der empirischen Wirklichkeit verglichen.“ Das „Kapital“ anerkennt übrigens auch Gorz noch.

8. Februar 1990

„So wenig wie es ein bißchen Schwangerschaft gibt, so wenig ein bißchen Marktwirtschaft“, tönt es nun aus Lambsdorff und anderen. Marktwirtschaft ist ihr Euphemismus für Kapitalismus, und sie wollen die totale Kapitulation, alles oder nichts, weil sie „alles“ in Reichweite sehen.

Die Idee einer umgehenden Währungs- und Wirtschaftsunion durchspielend, entdeckt man nun folgendes Szenario: die DDR-Betriebe, plötzlicher Konkurrenz ausgesetzt, sind fast chancenlos, gehen reihenweise in Konkurs; für die westdeutsche Industrie ist es lohnender, in die DDR zu liefern, als dort eine Produktion aufzubauen; die so entstehende Massenarbeitslosigkeit führt zu Massenabwanderung.

Honecker, dem man „systematische Usurpation der staatlichen Macht gegen die Verfassung“ vorwirft, verweigert die Aussage.

Déjà vu. Die Ereignisse kommen mir einen Moment lang vor wie Bilder eines Kaleidoskops: zwar fallen immer neue Muster zusammen, im Doppelsinn, und doch bleibt irgendwie alles gleich.

Was stürzt, soll stürzen. Es wäre besser, aus dem Weg zu gehen, um nicht von den Trümmern getroffen zu werden.

8. Februar 1990 (2)

Von APN Gorbatschows Referat vom Montag erhalten, wo man ihn an der Weichenstellung für den 28. Parteikongress arbeiten sieht. Was er damit wieder aufnimmt und schubhaft voranbringt, ist die *Perestrojka der Partei*. Er begründet dies zunächst damit, dass der Partei die ursprüngliche Initiative abhandengekommen ist. „Die KPdSU war der Initiator der Perestrojka, ein Generator ihrer Konzeption und Politik.“ Inzwischen bilden Resultate der Perestrojka den Ausgangspunkt für eine Erneuerung der Erneuerungspolitik. „Ein Zögern würde hier zum Regress, zum Verlust der Initiative führen.“ Die Partei ist nur „fähig, ihre Mission als politische

Vorhut zu erfüllen, wenn sie sich selbst radikal erneuert, die Kunst der politischen Arbeit unter den gegenwärtigen Bedingungen beherrscht und es versteht, mit allen Kräften der Perestrojka erfolgreich zusammenzuwirken.“ Die Perestrojka der Partei hat nicht zuletzt die Funktion, das Zusammenwirken mit der realen „Partei der Perestrojka“ zu ermöglichen.

Um ihres Führungsanspruchs unter Bedingungen der Demokratisierung nicht verlustig zu gehen, muss die KPdSU dessen zementierte Form aufgeben. Sie kann nurmehr „als demokratisch anerkannte Kraft existieren und ihre Rolle als Vorhut spielen“. Demokratisierung bringt politischen Pluralismus, und dieser „kann in einer bestimmten Phase auch zur Gründung von Parteien führen“, wie Gorbatschow übervorsichtig sagt. Der sachliche Grund dieser Vorsicht liegt darin, dass er nur die „KPdSU in der gegenwärtigen Umbruchzeit“ für fähig hält, „eine konsolidierende, integrierende Rolle zu spielen“.

Innerparteilich soll ein stärkerer „Akzent auf Demokratie und Macht der Parteimassen“ gelegt werden, aber das ist schon oft beschworen worden. Man muss sehen, ob damit ernst gemacht wird, bei der Wahl der Parteitagsdelegierten „den Grundorganisationen die entscheidende Rolle“ zukommen zu lassen. Das ZK wird verkleinert und in ein ständiges Arbeitsgremium umfunktioniert. „Es gilt auch, vom vorwiegend funktionärs-hierarchischen Aufbau des ZKs abzugehen“, das „Ausdruck des parteistaatlichen Herrschaftssystems im Lande war“.

Das „autoritär-bürokratische System“ hat „die sozialistischen Länder in die Isolation vom gesamten Gang der Weltzivilisation geführt“. Dies war bedingt durch den „Glauben, unser Fortschritt vollziehe sich in Form der ständigen Konfrontation mit der sozial anders gestalteten Welt“. Dazu gehörte die Bestrebung, „den Sozialismus nach einem fertig konstruierten Schema aufzubauen, das als harte Bandage für das lebendige Schöpfertum der Massen dienen musste“. Die Perestrojka als Demokratisierung artikuliert G. nun nachdrücklich, aber undifferenziert vergröbernde Antisprache aufnehmend, als „Entsklavung der Gesellschaft“.

Die gegenwärtige Krise ist „viel tiefgreifender und schwerwiegender, als zu vermuten war", dazu kommen „Fehlkalkulationen und Missgriffe", die Gorbatschow aber nicht spezifiziert. Die Hoffnung, „1989 den Tiefpunkt der Krisenentwicklung zu überwinden", hat sich nicht erfüllt. Die Lage sei „durch soziale Spannung und Sorge gekennzeichnet. Es tauchen Züge der Gleichgültigkeit und Enttäuschung auf. ...Verwirrung, Defätismus und Auflösungsstimmung". Polarisierung: Am einen Extrem verlangt man „Rückkehr zu den früheren Zuständen", am andern Extrem behauptet man, „Reformen, die auf Freisetzung des Potentials der sozialistischen Gesellschaft abzielen, seien zum Scheitern verurteilt, und die einzige Rettung des Landes liege in der Kapitalisierung." Die „Herauskristallisierung der politischen Linien sowohl konservativen als auch linksradikalen Schlages hat sich ... beschleunigt." „Es besteht die Gefahr, ...dass sich Abenteurer finden..."

Die im Oktober 1917 „getroffene Wahl" wird bekräftigt und korrigiert zugleich: „Unser Ziel ist ein humaner, demokratischer Sozialismus." Zur Konkretisierung kommentiert G. den Aufbau der Plattform. Schon „in der Anordnung des Materials" soll sie zeigen, dass „von nun an und für immer im Mittelpunkt der Parteipolitik der Mensch und sein Wohlergehen stehen". Es beginnt daher mit Menschenrechten und Persönlichkeitsfreiheit und geht weiter mit geistig-kulturellen Perspektiven. Diese Vorrangstellung der Kultur wird damit begründet, „dass im Zeitalter der Informatik Wissen, ein weiter geistiger Horizont und schöpferische Phantasie das wertvollste Kapital bilden." — Bei der Zentralstellung „des Menschen" bleibt der konkrete Mensch mit seinen Geschlechterverhältnissen ebenso ausgespart wie sein prekäres Verhältnis zu seinen äußeren Naturbedingungen, das naiven Anthropozentrismus nicht mehr erlaubt.

Die meisten der konkret benannten Einzelprobleme sind für mich alte Bekannte, weil sie seit Jahren immer wieder in Gorbatschows Programmtexten auftauchen, so „die Umgestaltung der Produktionsverhältnisse auf dem Land" oder die „fehlende Hauptkomponente, auf die die ganze Wirtschaftsreform angewiesen ist, nämlich das Preisbildungssystem". Er verlangt Erhöhung der „lächerlich niedrigen

Kreditzinsen“, um einen Anreiz für Rückzahlung zu schaffen. Anscheinend geht die Produktionsmittel-Schatzbildung weiter; es soll „Übernormbestände“ von bis zu 240 Mrd Rubel geben. Aber der Witz ist der alte, es fehlt noch immer ein „Mechanismus, der die Betriebe veranlassen würde, Ressourcen entsprechend ihrem Bedarf zu besitzen und den Überschuss abzusetzen“. Und noch immer soll sich das Volumen unfertiger Industriebauten vergrößern. Die Ressourcen-Verbrauchsrate in der Produktion (und in der Konsumtion entsprechender Produkte) soll noch immer nicht gesunken sein. Das kennt man doch alles schon seit Beginn der Perestrojka (wie man es schon vor deren Beginn einigermaßen gekannt hat). Ist dieses Land wirklich in einer derartigen Trägheitsstruktur gefangen?

Gorbatschow fasst all das zusammen in der interessanten Kategorie der *ungenutzten Möglichkeiten*. Das Kapitel meines Gorbatschow-Buches über die „Verbindung von Notwendigkeit und Möglichkeit“ wäre um einen Abschnitt „ungenutzte Möglichkeiten“ zu erweitern und in seinem jetzigen Optimismus infragezustellen.

In der „zwischennationalen“ Frage versucht G. den für ihn bezeichnenden Spagat der Einheit in der Mannigfaltigkeit: „Wir sind für Vielfalt, für Vielgestaltigkeit von Lebensformen der Nationen unter Bewahrung der Integrität und Einheit des Sowjetstaates.“ Dieser erwünschte Widerspruch, spät und unter Bedingungen der Wirtschaftskrise zur Maxime erhoben, geht in *overstretch* über. G. sieht sich einer Überdeterminierung von Widersprüchen gegenüber. Berechtigte Unzufriedenheit (unterentwickelte Zonen mit real vorenthaltener nationaler Autonomie), unterfüttert von reaktionären Traditionalismen (Jagd auf unverschleierte Frauen) wird von der Mafia und Schattenwirtschaft manipuliert. G. sieht einen diffusen Gegner gleichsam aus dem Dunkel agierend „einen Präventivschlag gegen die Perestrojka führen“.

Aber wie kann man im fünften Jahr der Perestrojka noch einen Präventivschlag gegen sie führen? Dazu müsste sie ja selbst noch bevorstehen. Tatsächlich steht noch vieles bevor. Einigermaßen geschafft ist der Übergang zu einem zentralen

Unionsparlament als Ausarbeitungsinstanz für weitere Reformen, und momentan geht es um die Transformation bzw. Formation der in dieser Institution wirkenden politischen Akteure, nicht zuletzt der KPdSU. Nicht nur die Wirtschaftsreform hat das Schwerste noch vor sich, auch die politische ist noch unfertig. „Die zweite Etappe der politischen Reform ist im Gange. Sie umfasst die Aufstellung der Machtorgane in den Republiken und an der Basis. Es zeichnen sich reale Konturen der neuen sowjetischen Föderation ab." Daher hat sich gerade jetzt, da die Perestrojka mit Neuwahlen die Peripherie und die lokale Basis erreichen soll, der Widerstand dorthin verlagert und verdichtet.

Was den Widerstand gegen die Partikularismen herabsetzte, ist nach G.s Einschätzung der Opportunismus lokaler Kader, allgemein der Intellektuellen. Folgendermaßen ruft er diese zur universalistischen Ordnung im Zeichen von Demokratisierung, Glasnost und Rechtsstaat: „All jene, die von den prinzipiellen Haltungen abgehen, sich von überholten Stimmungen gängeln lassen oder gar unter den Einfluss des nationalistischen Dünkels geraten, werden sich einst außerhalb des politischen Lebens wiederfinden."

Es ist kein Zufall, dass im Zuge des Übergangs zu Parteienpluralismus und Föderalismus gegenläufig-komplementär die Zentralgewalt in einem Präsidentenamt zusammengefasst und dieses Amt vom Volk in direkter Wahl besetzt werden soll. In der Tat ist schwer vorstellbar, wie der Spagat zwischen Dezentralisierung und Zusammenhalt anders geschafft werden soll. Gorbatschow umschreibt die Gründe so: „Mit Blick auf die strategischen Aufgaben und ausgehend von den heutigen Realitäten macht es sich erforderlich, im höchsten Machtgremium die Kräfte umzugruppieren, um eine größere Dynamik der Perestrojka-Prozesse zu sichern und eine noch größere Gewähr für deren Unumkehrbarkeit zu geben. Zugleich sind destruktive Tendenzen abzuschwächen... Es geht um die Prozesse im Bereich der Wirtschaft und der zwischennationalen Beziehungen".

9. Februar 1990

Beim ökumenischen Symposium an der Humboldt-Universität habe ich die beiden Franziskaner Leonardo Boff und Frei Betto gehört: Sie sprechen vom Standpunkt der Armen, dies gibt ihrer Botschaft den Atem und die emotionale Substanz, vor allem bei Boff, der zugleich predigt und die revolutionäre Hermeneutik seiner Predigt reflektiert. Interessant seine Dialektik: Vom Gegensatz Immanenz/Transzendenz orientiert er auf *Transparenz*, eine Art Glasnost von Christus her. Den Armen macht er den Reichen im eignen Herzen erfahrbar und erschließt ihnen, dass das Gegenteil von Armut nicht Reichtum (wie sie spontan glauben), sondern *Gerechtigkeit* ist. Dabei zielt er nicht auf Umverteilung, verkörpert also nicht die Sozialdemokratie in der Theologie, sondern *tätige Partizipation*, Subjektwerdung in Gesellschaftsgestaltung. Katalysator, nicht Autor: die Armen beansprucht er als Subjekte seines Denkens und Handelns, nicht Objekte seiner Predigt. „Die Armen sind die Subjekte der Evangelisierung der Bücher, der Theologen, der Kirche — durch ihren Schrei. Nicht weil sie *gut*, sondern weil sie *arm* sind." Sein Zielbegriff ist *das Reich Gottes*, das aus einem totalitären Endzustand, womöglich im Jenseits, ins Jetzt gerückt, freilich auch in einen unabschließbaren Prozess verwandelt wird. In jenem „Reich" passiert das alles, bzw. wo das alles passiert, ist auch schon dieses Reich. Die Losung lautet *Resurrektion jetzt*. Das alles sehr schön, aber auch schön problematisch, schon indem wir es hier entgegennehmen, für die jene Armen fast so etwas wie edle Wilde sind, jedenfalls nicht die Leute aus unsrer Welt. Diesen Effekt seiner Predigt reflektiert Boff nicht.

Witzig charakterisiert er Ratzingers Versuch, die Theologie der Befreiung mit ihrem Standpunkt der Armen zu desartikulieren: „Befreiung" ja — aber von der Sünde; auch „Arme" ja — aber arm im Geiste.

Vieles von dem, was Boff von Jesus sagt, wäre entsprechend von Marx zu sagen. („Jesus hat nicht die Kirche gewollt. Auch nicht sich selbst ins Zentrum gestellt.") Den Zusammenbruch des DDR-Sozialismus nennt er merkwürdigerweise eine „Reinigungskrise", „Befreiung des Kerns von allem Zugefügten". In Wirklichkeit scheint der Vorgang zur „Befreiung" vom Kern selbst zu missraten.

In der Körperlichkeit seiner Stimme und in seinem Sprechgestus höre ich die Armen, das *pueblo* Lateinamerikas, mitsprechen. Gewiss hat früheren Sozialistengenerationen der proletarische Klassenstandpunkt eine entsprechende Haltung ermöglicht. Jetzt geht uns diese Wärme und dieses Volk ab.

Frei Betto artikuliert die Theologie der Befreiung mit der „Postmoderne". Das spiegelt momentane Konjunktur, ist nicht fundiert. Die Theorie der Befreiung setzt auf einer andern Ebene an als der, wo die Diskurse „Moderne" und „Postmoderne" sich ablösen.

Dieter Klein erzählte, wie sein Enkelkind, ein achtjähriges Mädchen, in den Sog der Abwanderung geraten ist. Nachdem eine ihrer beiden besten Freundinnen mit ihrer Familie nach Westberlin gezogen war und die andere den Plan gefasst hatte, aus ihren unglücklichen häuslichen Verhältnissen zu jener Freundin zu fliehen, ließ sich das Kind angesichts der Gefahr, auch die zweite Freundin zu verlieren, zum Mitkommen bewegen. Ich kann mir den Schrecken der Familie vorstellen, als die beiden Kinder nicht von der Schule heimkehrten und sich herausstellte, dass sie dort am Morgen gar nicht erschienen waren. Schließlich fand man sie an irgend einem S-Bahnhof. Sie hatten nicht gewusst, wie man in den Westen kommt.

Das brachte Brigitte Kahl dazu, eine Geschichte von ihrer zwölfjährigen Tochter zu erzählen: Eine Woche nach Öffnung der Mauer hieß die Lehrerin ihre Klasse einen Erlebnisaufsatz schreiben: „Mein erster Besuch in Westberlin". Sie war anscheinend die einzige, die noch nicht drüben gewesen war, wollte das aber nicht eingestehen, phantasierte also einen Westbesuch aus den Berichten ihrer Mutter zusammen. So kam es, dass in ihrem Aufsatz (und einzig in diesem) von den Bettlern am Bahnhof Zoo die Rede war.

Im Vorort ist das Fahrradgeschäft leergekauft, und Waschmaschinen werden von den Käufern „auf Halde gelegt", aber die elementaren Lebensmittel gibt es noch. Bei uns wird übers Fernsehen ein ums andere Mal die Meldung verbreitet, die Wirtschaft drüben sei am Zusammenbrechen. Ich würde gern wissen, was daran

Medieneffekt, also Effekt von Effekthascherei, ist und was bewusste psychologische Kriegsführung im Zuge der Operation „Anschluss“. Wahrscheinlich verbindet sich beides mit den Phantasmen, besser bekannt unterm Namen „Gerüchte“, die der Volksboden ausdünstet.

Ein Jenaer Student (Martin Stiebert) drückte mir das Programm einer „Studentischen Linken“ in die Hand. Es ist vorzüglich durchdacht und formuliert; am Gegenpol zu Sektierertum formuliert es einen im besten Sinn sozialen und demokratischen Konsens. Produktive Toleranz für Andersdenkende wird als Eintrittsbedingung formuliert, und der letzte Satz verrät, dass ein gewisser Karl Marx gelesen worden ist: „Jeder praktische Schritt ist mehr wert als tausend Programme.“

*

9. Februar 1990 (2)

Das Votum des Runden Tischs gegen westliche Einmischung in den Wahlkampf von den westdeutschen Parteien und ihren Filialen in der DDR beiseitegeschoben. Graf Lambsdorff heute beim LDPD-Parteitag: „Die Welt erlebt den endgültigen Zusammenbruch des Sozialismus.“ (Beifall) Die Bonner CDU-Zentrale hat gestern ihr Wahlkampfkonzept für die „Allianz für Deutschland“ verabschiedet: „Nie wieder Sozialismus“. Der Feind steht fürs bürgerliche Lager links und heißt nun auch in der DDR „Sozialdemokratie“. Nach ihrer Revolution wird den DDR-Leuten nun auch ihre erste freie Wahl gestohlen. Der Runde Tisch erfährt, dass seine Macht nur die eingeschüchterte Regierung beeindruckt. (Sie hofft auf diese Gegenmacht geradezu.) Für die BRD war er solange gut, als er gegen die Regierung gebraucht werden konnte. Als allgemeine Instanz revolutionärer Volksmacht ist er im Wege. Die DDR wird zum Protektorat der BRD.

Freund Feldt in Stockholm, der so stolz das menschliche Gesicht des Kapitalismus repräsentierte, hat den ökonomischen „Ausnahmezustand“ ausrufen müssen, die Konservativen fühlen sich an den „Ostblock“ erinnert: allgemeiner Preis- und

Lohnstopp, um eine „Anarchie“ als Folge des „Tarifkarussels“ zu vermeiden. Streiks sollen verboten, Sozialleistungen beschnitten werden. Die Linkspartei wird dagegen stimmen. — Zwei Drittel des BSP gehen in den öffentlichen Sektor, das Land hat die höchsten Lohnkosten, liegt aber, was die verfügbaren Einkommen angeht, inzwischen an 17. Stelle. Stagflation plus heftige Lohnkämpfe drohen in eine manifeste Wirtschaftskrise umzuschlagen. Es ist verteufelt, nun wird den sich sozialdemokratisch umtuenden Reformern auch noch ihr Modell Schweden genommen.

Nachts im DDR-Fernsehen die Aufzeichnung einer szenischen Lesung von „Weiter... weiter ... weiter“ in der Volksbühne, gefolgt von einer Diskussion mit Schatrow. Er wirkte sehr, sehr traurig. Gefragt, woran er schreibe: „Alles ist sehr schwierig. Das Land ist krank, ich bin krank. Wir sind alle Opfer desselben Zusammenhangs. Die jetzigen Ereignisse sind gewissermaßen die Vergeltung. Aber es ist perspektivlos, nur Flüche an die Adresse von 30-40 historischen Personen zu richten. Man muss die Fragen an sich selbst adressieren.“

Vor dem Bildungsministerium der DDR eine wütende Demo, junge Frauen, Kinder, Schüler und Lehrer gegen Sozialabbau, für den Erhalt der Kinderhorte, des Schulessens. „Wir lassen uns nicht an die Kochtöpfe zurücktreiben“, ruft eine junge Frau. Das ist ein erster Vorgeschmack.

In Ostberlin hörte ich Zweifel, ob die Wahlen überhaupt noch stattfinden würden. Das Westfernsehen hätte angekündigt, der DDR-Staat werde zahlungsunfähig. In den Spätnachrichten höre ich, dass Hilsberg von der Ost-SPD darin ein Strategem Kohls sieht, der die Dynamik eines völligen Zusammenbruchs einkalkuliere, um erster gesamtdeutscher Kanzler zu werden. Die Nachricht von der Explosion eines Karbidofens bei Buna scheint das Zusammenbruchsgerücht zu kommentieren. Irgendein Bonner Minister verlangte von der DDR-Wirtschaftsministerin, Schluss zu machen mit Stufenplänen, und der Bundesbankchef machte die „radikale Änderung der Wirtschaftsstruktur der DDR“ zur Bedingung für die Einführung der DM. Sie setzen gewaltige Triebkräfte gegen eine fast wehrlose Restregierung in

Bewegung. Ich frage mich, was dem standhalten soll.

Zur Beruhigung der Nachbarn reicht man eine Formel von Thomas Mann herum: „Kein deutsches Europa, sondern ein europäisches Deutschland soll es sein."

10. Februar 1990

Die Deutsche Bank hat nach dem „New Germany-Fund" nun schon den zweiten Germany-Fond in den USA aufgelegt. „Der 'The United Germany Fund' wird ...schwerpunktmäßig in Aktien westdeutscher und — sofern möglich — ostdeutscher Unternehmen investieren, die gute Chancen haben, von den Reformen in der DDR zu profitieren." Die Dresdner Bank lanciert einen „Dresdner Emerging Germany Fund". „Wegen der 'Wiedervereinigungsphantasie' finden gegenwärtig beide Fonds bei Anlegern in Amerika, Fernost und auch Europa lebhaftes Interesse."

Wie um zu sehen, ob die DDR sturmreif geschossen ist, forderte der BRD-Finanzminister die dortige „Einführung der Marktwirtschaft ohne Wenn und Aber". „Wenn" dürfte das öffentliche Eigentum an Produktionsmitteln und Boden, „Aber" die Demokratisierung desselben sein. Die Liberalen scheinen in den Versuch, die Geldpanik auszulösen, nicht einbezogen gewesen zu sein, denn Lambsdorff nannte die Gerüchte (die von der FAZ heute im Hauptaufmacher unter Berufung auf einen „Berater Kohls" weitergereicht werden) „schlichte Brandstiftung" und verlangte, den Verantwortlichen zu feuern. Offenbar dienen die Gerüchte auch dazu, Gorbatschow zu beeindrucken, bei dem Kohl heute vorspricht. Neben der Peitsche ein Zuckerbrot für die SU: 220 Millionen DM für den Einkauf von Lebensmittel bei der EG.

Unsere Manager überlegen sich jetzt die Einführung von „incentives" für DDR-Bürger, nach Übernahme der DDR durch die BRD dort zu bleiben: zum Beispiel Wohnungseigentum oder einen besseren Umtauschkurs für ihre Sparkonten.

Die Bedenken gegen die baldige Währungsunion formieren sich. Lutz Hoffmann,

der Leiter des DIW, rechnet mit 5 Millionen Arbeitslosen, wenn die Wirtschaft integriert wird vor Schließung der Produktivitätsschere. Der Zusammenschluss der Märkte soll durch selber marktförmige Prozesse vorbereitet werden. Dadurch müsste der Westen nichts, die Bevölkerung des Ostens alles draufzahlen. „Die Schlussfolgerung...ist, dass es im Interesse der Wirtschaft und der Arbeitskräfte in der DDR, aber auch im wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Interesse der Bundesrepublik liegt, zwei getrennte Wirtschaftsräume so lange aufrechtzuerhalten, bis sich die Produktivitätsabstände auf ein Mindestmaß verringert haben.... Auch wenn Gorbatschow die Wiedervereinigung neuerdings für diskutabel hält, sollten sich die Deutschen in Ost und West gut überlegen, ob sie jetzt wirklich auf die Tagesordnung soll." (S.15 der FAZ von heute)

Der amerikanische Außenminister erklärte sich in Moskau („vor den Gründungsvätern einer neuen Sowjetunion") gegen die Ausdehnung der Nato gen Osten. Gillessen im FAZ-Leitartikel dagegen: „Die Grenze des Westens werden die Völker des Ostens zu bestimmen haben. Vorübergehend, für begrenzte Zeit, kann es Zwischenregelungen geben."

Überschrift der FAZ: „Im grauen Polen blühen die ersten Pflänzchen der Marktwirtschaft".

10. Februar (2)

Besuch von Eberhard Bruckner und seiner Mitarbeiterin Andrea Scharnhorst. Er ist Physiker seiner Ausbildung nach, arbeitet aber seit mehr als einem Jahrzehnt in den „Gesellschaftswissenschaften", wie er sagt, nämlich im Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaften der Akademie. Sein Interesse gilt Modellen der „Selbstorganisation", das ist jetzt aktuell, während man ihn bisher immer zurückgestaucht hat, weil doch die Partei alles organisiert... Er hat im Ruben-Umkreis gearbeitet. Wie Andrea Scharnhorst gehört er zu denen, die sich ihrer Revolution beraubt fühlen. Noch hält er nicht ganz für möglich, was er doch schon als wirklich sieht. Fast hofft er auf die Schwierigkeiten, die sich vor den

bundesdeutschen „Übernehmern“ türmen. Ich bin da nicht so sicher, weil unsere herrschende Klasse das Herrschen beherrscht.

Bruckners Geschichten von kleinkarierten Bevormundungen, Verboten, Behinderungen aller Art rufen mir ins Gedächtnis, wie das Herrschaftssystem der DDR sich auch auf die hiesigen Verhältnisse erstreckt hat und wie mich das Freundschaften gekostet hat. Und nicht nur das. Mit drei meiner Bücher war ich 1974 demonstrativ zum DKP-nahen Pahl-Rugenstein-Verlag gegangen, obwohl mir drei bürgerliche Verlage verlockende Angebote machten. Als der Konflikt sich zuspitzte, nachdem ich mit der Herausgabe der deutschen Fassung des Kritischen Wörterbuchs des Marxismus begonnen hatte, wurden meine Bücher aus dem Programm gestrichen, was für einen Autor sehr bitter ist. Die bürgerlichen Verlage, bei denen ich reumütig anklopfte, wiesen mir die Tür... Br. fragt mehrmals nach, kann es anscheinend nicht glauben, dass die von der DDR subventionierten Verlage und Zeitschriften analoge Unterschiede zwischen genehmen und nicht genehmen Marxisten gemacht haben wie die SED. Die Ausdehnung und der Zusammenbruch der über Schalck-Golodkowski finanzierten Teile linker Infrastruktur waren ihm nicht bekannt. Er schilderte das System der organisierten Anpassung. Andrea Scharnhorst fürchtet, dass der gezüchtete Konformismus sich wie ein neutraler Mechanismus nun auch von rechts bedienen lässt und sich unduldsam gegen die Linken wendet.

Wie sich im Mittelalter besiegte Feudale ins Kloster zurückgezogen haben, so nun in den Schoß der evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg die Honeckers. Ihre Sicherheit, hat Modrow vorgestern gesagt, kann nur dort gewährleistet werden, wo „Gottes Wort“ herrscht. Die ideologische Macht der Kirche ist momentan die letzte verfasste Institutionsmacht, die intakt ist. Das Pfarrerspaar Holmer, das den ehemaligen „sozial-absolutistischen“ Herrschaftsinhaber aufgenommen hat, kann dies unterm allgemeinen Haß nur deshalb wagen, weil es selber herrschaftsgeschädigt ist: seine Kinder durften ihrer Herkunft und ihres Glaubens wegen nicht zur Oberschule.

11. Februar 1990

Im Leitartikel von „Marxism Today“ (Februar) erklärt Gareth Stedman Jones den Namensgeber der Zeitschrift, den Marxismus, zu einem „Satz gehaltloser Behauptungen“ (a set of unsubstantiated claims). Die zentrale „gehaltlose Behauptung“ war „seine Weigerung zu akzeptieren, dass Kapitalismus durch politische Reform und kollektiven Druck kontrolliert werden könnte“. Das Ende des Marxismus-Leninismus soll als das Ende des Marxismus schlechthin akzeptiert werden. — Neben den Brutalitäten vom Tienanmen Platz rangieren in dem Artikel merkwürdigerweise „die unglaublichen Luxusverhältnisse“ (the pathetic luxuries) eines Erich Honecker“.

Im selben Heft eine Diskussion zwischen dem Historiker Eric Hobsbawm und Achille Ochetto, dem Vorsitzenden der KPI. Ausgangspunkt ist auch hier das „Ende der von der Oktoberrevolution dominierten Tradition“ (Hobsbawm) — Gorbatschows Anspruch, an den späten Lenin anzuknüpfen, wird nicht mehr für real gehalten. Wo ich noch zweifle, sind die beiden, die im Unterschied zu mir Kommunisten waren, schon sicher. Verwechseln sie das Ende der Nachkriegsordnung mit dem der Oktoberrevolution?

Lothar Späth wurde gefragt: „Sie verlangen also die bedingungslose wirtschaftliche Kapitulation?“ Er anwortete: „Um es brutal zu sagen: ja!“ Aber am Tag vor den Verhandlungen zur deutschen Einheit in Bonn stürzen die Börsenkurse und steigen die Zinsen. Die Kapitalseele erschrickt beim unklaren Gedanken, was das alles kostet.

12. Februar 1990

„Kohl sagte, er hoffe nicht, dass die Bundesregierung in der DDR alsbald staatliche Autorität übernehmen müsse, um ein Chaos zu verhindern; damit verneinte er eine solche Möglichkeit nicht.“ (FAZ) Er hofft genau das, was er hier verneint, und tut alles, damit es eintritt.

Kohl hat sich von Gorbatschow dasselbe noch einmal sagen lassen, was dieser vor einigen Tagen zu Modrow gesagt hat. Nun beantragt er Aufnahme ins *musée imaginaire* der Geschichte. Die Hofzeitung beginnt ihren heutigen Leitartikel: „Unter den vielen historischen Tagen der letzten Monate war es wohl der historischste“ (Fack). Der Historiker Wolfgang Schieder lässt ein paar Seiten weiter, fürs imaginäre Geschichtsmuseum, „Karl Marx in unseren Tagen endgültig ins Totenreich der Geschichte verbannt“ sein. Auf derselben Seite: In einer Rezension von W.Laqueur, „Der lange Weg zur Freiheit. Rußland unter Gorbatschow“ (Frankfurt 1989), probt Klaus Leciejewski für den Moment, „wenn die Perestrojkaperiode schon Geschichte geworden ist... Die wichtigste Aussage des Buches besteht darin, dass die Gorbatschow-Ära ... eine Übergangsperiode darstellt... Die Aufgabe des Westens besteht also nicht im Hoffen darauf, dass Gorbatschow nicht scheitert, sondern darin, dass er sich auf die notwendigerweise kommende Generation der nachgorbatschowschen Politiker vorbereitet“. Usw. Ich erinnere mich, wie Leciejewski mir Akten aus einem ostberliner Institut verkaufen wollte. Jetzt macht er Billigarbeit für irgendein Unternehmerinstitut. — Unter einer Endlösung der Marxismusfrage tut es im Moment kaum noch jemand. Die Wenigen, die diese ideologischen Siegesfeiern nicht mitmachen und auch nicht nur deprimierte Nostalgiker des Alten sind, sollte man auch zu andern Dingen aufmerksam befragen.

13. Februar 1990

Das Zeremoniell erinnerte an einen ehrenvollen Abzug aus einer besiegten Festung. Dass in den künftigen Einheitsstaat „vom Volk der DDR nicht nur die bittere Niederlage des realen Sozialismus eingebracht wird, sondern auch jenes stolze Wort ‘wir sind das Volk’ , möge nie vergessen werden“, sagte Modrow in Bonn. In der Kapitulation hallt der Anspruch einer demokratischen Revolution nach. Vielleicht ist es schon das ferne Donnergrollen ihrer Fortstetzung, spricht die Hoffnung. Dem stehen vorerst die ökonomischen Kräfteverhältnisse entgegen.

„Kommt die De-Mark nicht zu uns, gehen wir zur De-Mark“, skandierten sie

derweil in Leipzig. Im Januar sollen 17 Milliarden Mark der DDR von den Sparkonten abgehoben worden sein, tausend pro Kopf, Kinder und Greise einbegriffen. Im selben Zeitraum ist die Güterproduktion um 5,6 Prozent gesunken.

Modrow verlangte nicht nur Bewahrung der „geistigen und kulturellen Werte“ und des „sozialen Besitzstands“, sondern auch „dass der Bauer sich um Grund und Boden keine Sorgen machen muss“. Die Sorge ist nicht grundlos. Der FAZ-Leitartikel (Fromme) pocht „auf die eines Tages fällige Ordnung der Eigentumsverhältnisse an dem in Betracht kommenden Grund und Boden“ — auch Naturschutz „muss da zurücktreten“.

Die Oppositionsminister wurden von den Fachministern und von Modrow separiert. Man setzte sie um einen runden Tisch im Kürschnersaal — der Name sagt es, man hat ihnen das Fell über die Ohren gezogen. Ihre Forderungen abgebügelt.

Am Alexanderplatz eine Frauendemo: „Dafür sind wir nicht auf die Straße gegangen...“

Manfred Lichtblau erzählte, dass Mocek ihm kürzlich gesagt hat, er habe seine Dissertation damals ablehnen müssen, weil der Sicherheitsbeauftragte ihn zum Staatsfeind erklärt hatte. Im übrigen sei das Verfahren jetzt neu eröffnet. Beim Abschied ließ er wissen, wie er seinerzeit Buhr, die philosophische Autorität in Berlin, nach seiner Meinung zu diesem Fall gefragt hätte, habe dieser ihm gesagt, Lichtblau sei wahrscheinlich ein Stasi-Offizier, der in den Untergrund geschleust werden solle. — Der Stasi als Topos in der Welt eines Philosophieprofessors; Einblick in eine Mentalität.

Die Zündwirkung der Nationalitätenkonflikte hat nun Tadschikistan in Aufruhr versetzt. Das Gerücht, armenische Flüchtlinge würden bei Wohnungsvergaben bevorzugt berücksichtigt, genügte. Mängelwirtschaft plus Gruppenegoismus...

14. Februar 1990

Gestern mit jüngeren Philosophen von der Akademie der Wissenschaften und in Kooperation mit der Deutschen Zeitschrift für Philosophie einen „Diskussionskreis 'Pluraler Marxismus'„ gegründet. Wir wollen uns über Rekonstruktionsaufgaben verständigen. Zum Jahresende sollen die Ergebnisse in einem gemeinsamen Sonderband der DZPh und des Argument veröffentlicht werden. Wir sehen schwierige Existenzbedingungen für marxistische Theorie voraus. Meine Gesprächspartner haben ihr Denken in der Lektüre von „Revisionisten" oder bürgerlichen Philosophen ausgebildet.

Unsere Herrschaften in Bonn, gedanklich begleitet durch die FAZ, müssen die Katastrophe in der DDR herbeireden und können sie doch nicht wollen. Sie brauchen die Zusammenbruchsdrohung als Daumenschraube, um bedingungslose Herrschaftsunterwerfung der DDR, vermittelt durch deren bisherigen Staatsapparat, zu erreichen. Sie können sie nicht wollen, weil dies einen Ausnahmezustand auch in der BRD provoziert, weil Hunderttausende hierherströmen würden. FAZ (Fack): „Die Bundesregierung, der die Konkursmasse demnächst unweigerlich zufallen wird, kann nicht mehr tun, als ihre guten Dienste anzubieten und ihren Grimm herunterzuschlucken." Den Grimm meinte ich gestern dem Gesicht von Kohl anzusehen. Geld gibt es keines.

In der FAZ ein Leserbrief aus Halle (Dr. Klaus Hechler), sehr klug und differenziert: „Sollte es sich erweisen..., dass Leute wie Stefan Heym für die Konservativen in der Bundesrepublik lediglich 'nützliche Idioten' gewesen sind, gut genug, um die DDR sturmreif für den Umsturz durch das Volk zu reden und zu schreiben, die nun ... ihre Schuldigkeit getan haben, so wäre dies ein folgenschwerer Geburtsfehler der nächsten Republik." Sie wäre mit latentem Bürgerkrieg behaftet, wie ich es ins Grob-Deutliche übersetze. Dagegen „die Riesenchance", die sich aus der demokratischen Revolution in der DDR „für eine reale neue Entfaltung freiheitlich-demokratischer Lebens- und Denkstrukturen ergibt". Wenn die Konservativen den Vorgang zu ihrem Sieg machen, werden die Intellektuellen

wieder einmal zu „Vaterlandslosen Gesellen“. Er nennt Bohrers Polemik gegen „die angeblich unbelehrbar und unredlich an ihren Visionen, Utopien und Illusionen klebenden linken Intellektuellen“.

Militärisch-industrieller Komplex: „Wehrtechnik-Produktion“ in der BRD 23 Mrd DM (3,5 Prozent des Produktionswertes im verarbeitenden Gewerbe) durch 300.000 Beschäftigte (1 Prozent der Erwerbstätigen). Das nimmt sich bescheiden aus. Vom Etat von 54,2 Mrd DM gibt die Bundeswehr Aufträge an die Wirtschaft in Höhe von knapp 20 Mrd. Die Ausgaben für wehrtechnische Forschung sind von 1986 bis 1989 von 2,5 auf 3 Mrd DM erhöht worden; 80 Prozent davon gehen an die Privatwirtschaft. Die Rüstungsindustrie intensiviert jetzt die Hochtechnologisierung der Waffen.

„Die Entstehung des europäischen Binnenmarktes sowie die Umgestaltung in Osteuropa ... eröffnen für die Deutsche Bank Chancen, die es wahrzunehmen gilt.“ So begründet die Bank die Ausgabe von 2,76 Millionen neuer Aktien à 600 DM (Nennwert 50 DM).

In Moskau ist das Parteidokument „Für einen humanen und demokratischen Sozialismus“ veröffentlicht worden, das einen qualitativen Sprung in der Perestrojka von Seiten der Partei bedeutet. Was die Ökonomie angeht, ist die Rede von einer „effektiven Plan- und Marktwirtschaft“. „Effektiv“ soll sie sein, das ist das Desiderat. Und aus der Diskussion über Plan und Markt ist kurzerhand, zumindest in Worten, „die Plan- und Marktwirtschaft“ geworden. Privateigentum wird bejaht, Ausbeutung verneint. Die Rätselfragen des Wie noch immer offen, vielleicht noch nicht einmal klar gestellt.

15. Februar 1990

Den kapitalistischen Ökonomen wird bange angesichts des Regierungsprojekts, das Reich der De-Mark auf die DDR auszudehnen. Der „Sachverständigenrat“ fürchtet um den Geldwert. Die Kaufkraft misswirtschaftlich aufgeblähter Geldvermögen werde dadurch aufgewertet. Stattdessen sollten alle verfügbaren Mittel

privatwirtschaftlich investiert bzw. zum Nutzen solcher Investitionen verwendet werden. Der deutsch-deutsche Geld-Imperialismus ist dem Geld zu teuer. Die Ostmark soll stattdessen konvertibel gemacht werden. Dann läuft die Konkurrenz und kann alle Schäden anrichten, ohne dass die BRD dafür aufkommen muss.

Einer der möglichen Investoren steigt symbolisch groß ein: Daimler-Benz wird die bisher von der Mauer freigehaltene Zone im Zentrum Berlins besetzen.

Die SU verlangt angesichts der (einseitigen?) Einstellung des Kalten Krieges die Aufhebung des Technologieboykotts. Vergebens. Laut FAZ (Wirtschaftsleitartikel von Klaus Broichshausen) denkt keine Regierung der Cocom-Länder daran. „Wenn die Cocom-Partner weiter eine undurchlässige Technologie-Mauer bildeten, könnte die Sanierung der Reformländer nicht mit moderner Technik gefördert werden." Weniger euphemistisch („fördern"): da Hoch-Technologie zunehmend zum Standard wird, gerät der „normale" Export in Gefahr: Fernmeldetechnik und Steuer- und Meßgeräte im Umweltschutz, u.a. zur Nachrüstung der AKWs, sind die von der FAZ genannten Beispiele. Die von der FAZ gewünschte Bereinigung der Embargo-Liste geht anscheinend nur einstimmig. Die USA haben alle andern am Wickel. Warum lassen diese es sich gefallen? Muss Cocom als ein unter militärischem Vorwand operierendes transnationales Innovations-Kartell betrachtet werden, das einem Technologie-Monopol des transnationalen Kapitalismus dient? Dann wäre es ein wesentliches Funktionselement der Weltmarktbeherrschung durch das transnationale Kapital. „Was mit... brandneuer Hoch-Technologie geschieht, muss unter der Kontrolle von Cocom bleiben. ...Wenn es dieses Kontrollsystem nicht gäbe, müsste es auch heute noch erfunden werden."

16. Februar 1990

Der Oberste Sowjet hat den Entwurf fürs Eigentumsgesetz an den beratenden Ausschuss zurücküberwiesen. Das ZDF begründete das damit, dass in dem Entwurf statt von Privatbesitz nur von „Besitz von Bürgern" die Rede sei. — Wie Abalkin sagte, vermeidet der Entwurf den Begriff Privateigentum (Besitz und

Eigentum gehen ständig durcheinander), weil dieser wissenschaftlich mehrdeutig sei und in der sowjetischen Gesellschaft negative Reaktionen hervorrufe. Angelpunkt ist das Verbot der „Ausbeutung des Menschen durch den Menschen", während das ausschließliche Nutzungsrecht an Sachen nicht infragegestellt wird. Das Verbot direkter Ausbeutung fremder Arbeitskraft lenkt ab von den Formen indirekter Ausbeutung (über den Staat oder die Austauschverhältnisse). Es ist, als müsste alles legitime Eigentum als Form „sozialistischen Eigentums" ausgewiesen werden. Das Eigenschaftswort „sozialistisch" benennt aber keinen Eigentümer, tritt also noch als Systembegriff auf: Eigentum als organische Form des Sozialismus als System. Ob man wohl einen solchen Systembegriff des Sozialismus rekonstruieren wird? Unter den gleichberechtigten Formen „sozialistischen Eigentums" rangieren: öffentliches Eigentum (staatlichen Instanzen gehörend), genossenschaftliches Eigentum und individuelles Eigentum, als kombinierte Form (öffentliches Eigentum in genossenschaftlichem oder individuellem Besitz) die Pacht. Individuelles Eigentum soll möglich sein als Haus- oder Landhaus-Besitz, Besitz von Transportmitteln oder Produktionsmitteln (z.B. Traktoren) oder Aktien.

Was in der Sowjetunion noch reale Perspektive ist, wird von der PDS wenigstens als Programm aufrechterhalten. Gysi am 26.1.: „Nur bei Dominanz des Volkseigentums mit dem entsprechenden Eigentümerbewusstsein lässt sich soziale Sicherheit garantieren. Die Proportionen von volkseigenen Betrieben, Genossenschaften, gemischten Eigentumsbetrieben und Privatbetrieben sind entscheidend." Dazu Maetzke von der FAZ: „Das ist der harte Kern der alten marxistisch-leninistischen Politökonomie. Wenn sie unter Druck gerät, gewährt sie notfalls dem Privateigentum 'breitere Spielräume'." — Das Privateigentum als Angelpunkt; in seinem Namen wird alles oder nichts gefordert, weil man alles kriegen zu können erwartet. Das Neue wird als das taktisch Zugeständnisse machende Alte dargestellt. Maetzke weiß es besser. Er verkörpert die kapitalistische Variante jenes antagonistischen Typus, dem man im Osten jezt abschwört.

Die DDR-SPD ist wirtschaftspolitisch weiter nach rechts gerückt. Sie will den

Markt als „umfassendes Ordnungsprinzip“ mit staatlicher Zuständigkeit für den „Ordnungsrahmen“. Kurz, sie ist beim „Ordoliberalismus“ gelandet. Aus der einen Geschichtsphilosophie in die nächste. Die klassische Illusion der „unsichtbaren Hand“, die das Göttliche (des Gemeinwesens) als hinterrücks sich einstellenden Effekt des Privategoismus erwartet: „Zum Wohle aller“ sollen die Unternehmer unternehmen, was immer für sie profitabel. Übergangsformen: Volkseigene Betriebe und Kombinate sollen „in Aktiengesellschaften umgewandelt und deren Vermögen von einer Bank in einem Fonds treuhänderisch verwaltet werden“ (FAZ). Zu den Verrücktheiten dieses historischen Moments gehört es, dass das Festhalten an der Bodenreform von 1946 als eine nennenswerte Tat sich darstellt. Die Bauern will man gnädigerweise selbst entscheiden lassen, ob sie ihren Boden genossenschaftlich oder individuell bearbeiten. Das Privateigentum beansprucht Hegemonie über alle anderen Eigentumsformen, schickt sich an, formelles Dach zu werden, unter dem alle Eigentumsformen sich als seine Abkömmlinge ausweisen müssen.

Im Bundestag teilen sich die Redner die Beute, je verschieden zugerichtet. Fast nur die Grünen sprechen aus, was vor sich geht. Dagegen zu sein ist ein Lebenselixier für die Wahrheit. Gerald Häfner, ein Lehrer aus Lindau, spricht davon, dass in der DDR der Freudentaumel „einer Stimmung der Betretenheit, der Hilflosigkeit, auch der Melancholie gewichen“ ist. Er erklärt diese Stimmung allerdings nicht aus dem Zusammenstoß mit der Wirklichkeit des Landes, den ökonomischen und ökologischen Bedingungen, den äußerst reduzierten Handlungsalternativen angesichts der Wut und Ungeduld der Arbeiterklasse. Er sagt: „Die Revolution ist ins Stocken geraten. Es bestand und besteht noch immer die historische Chance, nach dem Sieg gegen die alte Ordnung das gesamte kulturelle, wirtschaftliche und staatlich-politische Leben nach dem Willen der Menschen auf eine neue Grundlage zu stellen.“ Ich verstehe nicht, dass er den Willen der Menschen nicht konkret nimmt. Ansonsten hat er recht: „Längst schon hat faktisch eine geistige, politische und ökonomische Kolonisierung der DDR eingesetzt. Aus der Parole ‘Deutschland einig Vaterland’ ist ‘Deutschland eilig Vaterland’ geworden.“

*

„Die Berufung auf die Geschichte“, schreibt Patrick Bahners in der FAZ, „gestattet es dem Konkursverwalter des historischen Materialismus, intellektuell das Gesicht zu wahren. Was war es wirklich, das so unerwartet schnell zu wirken begonnen hat, dass sich die Sowjetunion zu einer Wende in ihrer Deutschlandpolitik gezwungen sah? Das Auge fällt zwar auf überpersönliche Prozesse vor allem ökonomischer Natur, die alle in eine Richtung weisen, doch angetrieben werden sie letztlich von den Wünschen der Menschen in der DDR und in Osteuropa.“ Der Konkurs der DDR als Konkurs des historischen Materialismus — der Mann weiß nicht, was er sagt. Das Gegenteil ist der Fall: gegen alle historisch-materialistische Einsicht hat man versucht, befehlsadministrativ, mit zielbewusstem Willen plus Staatssicherheit, Berge zu versetzen. Vom Voluntarismus der alten DDR-Führung zu sprechen, hat daher einen guten Sinn, seit sie von der Sowjetunion in Freiheit gesetzt war und diese dazu nutzte, sich der Einsicht in die Notwendigkeit einer radikalen Kurskorrektur zu verweigern. Wenn Bahners seine „überpersönlichen Prozesse vor allem ökonomischer Natur... letztlich von den Wünshen der Menschen in der DDR und in Osteuropa“ „angetrieben“ denkt, so hat das ein Körnchen Wahrheit: Diese Menschen treiben nicht ihre eigne Sache, was immer sie von sich aus wollen und meinen. Denen, die im Oktober und November eine Revolution gemacht haben, ist diese abhanden gekommen. „...Du glaubst zu schieben, und Du wirst geschoben.“ Bahners weicht ins Hohe und Tiefe: „Geschichte ist niemals ganz Menschenwerk und niemals ganz Geschick. Sie oszilliert zwischen beiden Polen und spiegelt damit die *conditio humana*.“ Sie spiegelt zur Zeit eher, wie das *human capital* sich manipulieren lässt.

*

Der Sinologe Frank Suffa-Friedel lud mich ins Peking-Restaurant in Ostberlin ein. Da reihte ich mich nun also unter die Wessies ein, die das Währungsgefälle ausbeuten, und wir aßen fürstlich. Freilich gelang es uns nicht, das Standardrätsel des realsozialistischen Hotelfachs zu lösen, wie es kommt, dass ein fast leeres

Restaurant gleichwohl ständig ausgebucht ist.

In der Gegend des Potsdamer Platzes sind alle Wohnungsbauten eingestellt, um künftigen Hauptstadtplanungen freie Hand zu geben. Das Viertel sieht dadurch erst richtig elend aus, obwohl man die Elemente einer gar nicht so schlechten Stadtplanung ahnt. — Frank glaubt, die Einführung der DM komme demnächst über Nacht. Nun, da Karl-Marx-Stadt wieder in Chemnitz rückbenannt werden soll, hat er sich mit Freunden im Hofbräuhaus ausgedacht, Marx gleich mit-umzubenennen in Karl Chemnitz.

16. Februar 1990 (2)

Hans Schubert von der Potsdamer Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft, ein entfernter angeheirateter Verwandter von Frigga, den sie noch nie zuvor gesehen hatte, besuchte uns. In seinem Umkreis sind die Professoren alle aus der PDS ausgetreten, während die Jüngeren, oft auch gerade die bislang Unzufriedenen, in der Partei bleiben und sie inzwischen prägen. Als anerkennenswert schilderte er die Haltung des bisherigen Leiters der ML-Sektion, eines Altstalinisten, der seinen Austritt erklärt hat, um für die Erneuerung der SED zur PDS nicht zur Belastung zu werden. Die Älteren flüchten sich zumeist in Selbstmitleid. Ansonsten schildert Schubert dieselbe Ungewissheit, die in so vielen Instituten herrscht. Die Akademie sieht eigentlich keine Zukunft für sich. Sie hatte Staatspersonal auszubilden, und in der BRD gibt es genügend eigne Einrichtungen dafür. „Die Politik wird bereits in Bonn gemacht."

Wir verständigen uns über die Krise der Perestrojka, geben diese aber noch keineswegs verloren. Eine Kapitalisierung der SU halten wir beide für ausgeschlossen. Er empfiehlt, Tendrjakow zu lesen, um den Zustand des sowjetischen Dorfes besser zu verstehen. Die Bedeutung Gorbatschows hatte Schubert schon 1985 daran erkannt, dass es hier einer geschafft hatte, vom Schleudersitz des Landwirtschaftssekretärs auf den Stuhl des Generalsekretärs zu kommen. Einen der Hauptfehler sieht Sch. darin, dass die Sowjetunion nicht schon

längst in eine Föderation umgewandelt worden ist. Nun das Fiasko des Zerfalls.

Vor seinen Studenten hat Sch. Selbstkritik geübt, weil er in Gutachten nach oben wie andere zwar Wirklichkeit geschildert und Änderungsvorschläge gemacht habe, sogar mit einem gewissen Mut zur Kritik, aber in Zwischentönen, auf sorgsame Lektüre bauend. In den Sekretariaten „versandete" das dann: Viele Gutachten wurden dort unter Herausfilterung von Kritik zusammengefasst, um in dieser komprimierten und entschärften Form nach oben weitergeleitet zu werden. Die Institute erhielten Dankschreiben, und die Verfasser der ursprünglichen Gutachten wiegten sich nur zu gern im Glauben, etwas zur Vermehrung staatlicher Weisheit und zur Veränderung der Verhältnisse beigetragen zu haben. Mir scheint, das eigentlich Rätselhafte war die weitgehende Lernunfähigkeit dieses Staates.

17. Februar 1990

Mit einer wesentlichen Zielunterstellung seiner Außenpolitik scheint Gorbatschow sich verrechnet zu haben: Der Westen erhält seine Technologieblockade gegenüber der Sowjetunion aufrecht. Gegenüber Ungarn usw. wurde eine Lockerung bei Ausnahmegenehmigungen beschlossen, die DDR ein Sonderfall, da man mit ihrer Vereinnahmung rechnet.

Die Hoffnung so vieler Umspringer vom Sozialismus auf den Kapitalismus, in letzterem in Gestalt des sozialdemokratischen Schwedens ein real existierendes relatives Ideal zu finden, ist dahin. Freund Feldt, der den Sozialismus durch das menschliche Antlitz des Kapitalismus verunnötigen will, ist zurückgetreten, nicht ohne die sozialdemokratische Regierung an den Rand des Abgrunds zu führen. Mit dem zweijährigen Streikverbot verletzte er das Elementarrecht der Gewerkschaften, mit dem Preisstopp ein Elementarinteresse des Kapitals.

Das Geschichtsschulbuch der DDR von 1988/89 für die 10. Klasse deklariert: „Die Geschichte hat darüber entschieden, dass von der sogenannten Einheit und einem besonderen Charakter der Beziehungen BRD-DDR nicht die Rede sein kann". In Wirklichkeit hatte Kurt Hager darüber entschieden — wenn nicht über

die Geschichte, so doch übers Geschichtsbuch.

Im Unterschied zur DDR sei in Ungarn und der CSSR „das System seit Jahren ‘unterwandert’, die Gesellschaft auf den Wandel schon vorbereitet gewesen“, hat ein tschechischer Pädagoge gesagt. Darin steckt der merkwürdige Halbgedanke, dass eine Gesellschaft den Staat unterwandert — als käme sie von außerhalb. Oder wanderte die Staatsunterworfene hoch, in den Staat?

Die PDS ist jetzt auf 700.000 Mitglieder geschrumpft. Das sind noch immer überviele für eine Nicht-Staatspartei unter andern. Wäre sie relativ zur Bevölkerung etwa gleich groß wie die SPD der BRD, hätte sie nicht mehr als 300.000 Mitglieder. Von den jetzigen 700.00 soll Gysi auf einer Wahlveranstaltung in Schwerin gesagt haben, sie seien „leidenschaftliche Verfechter sozialistischer Ideale, die weit in das Jahr 2.000 hineinreichen und von denen unser Handeln bestimmt ist“.

Honecker: „...dass ich nie in meinem Leben politische Entscheidungen aus egoistischen Motiven getroffen habe und dass ich mich frei von jeder Schuld im strafrechtlichen Sinne fühle“. Die Wahlfälschungen erklären sich womöglich damit, dass das „Machtsystem ... Erfolgshascherei und Schönfärberei“ produzierte, wie der leitende Untersuchungsbeamte meinte.

18. Februar 1990

Nun kündigt auch Kubas KP eine politische Reform an, hält aber am Einparteisystem fest.

Dreggers Blick ist der eines Personalchefs: „16 Millionen Menschen unserer Sprache und mit guter Ausbildung sind uns näher als die Menschen Portugals.“ Er forderte gestern unumwunden den „Anschluss“. Die Verfassung der BRD müsse nicht geändert werden. Nur die „sozialistischen Hindernisse“ in der DDR müssten rasch noch beseitigt werden. Wie nah „uns“ diese Menschen sind, zeigt eine andere Meldung: Im Fernsehen hieß es, 1 Million Grundstücke in der DDR würden von westdeutschen oder ausländischen Eigentümern zurückgefordert. Offenbar haben

die besitzenden Klassen zu großen Teilen das Land verlassen. „Wiedervereinigung“ heißt für sie, Wiedererlangung von Eigentum. Welch eine Agitation unter der DDR-Bevölkerung! Mieterhöhungen sind das Mindeste. Ob eine Restauration alter Eigentumsverhältnisse versucht wird? Das gäbe Kollisionen, Klassenkämpfe.

Die nicht vom Westen finanzierten Elemente der politischen Kultur der DDR formieren sich weiter. In Fürstenberg gründete sich eine USPD, die sich „zwischen PDS und SPD“ ansiedelt und sich linkssozialistischen Traditionen verpflichtet. Ihr geht es um den „Erhalt der revolutionär-demokratischen Errungenschaften“ — ich nehme an, das bezieht sich auf die revolutionäre politische Kultur des Moments. Mit Alice Schwarzer als Gastrednerin gründete sich formell der Unabhängige Frauenverband, der eine „multikulturelle und partnerschaftliche Gesellschaft“ anstrebt, „in der alle gleichberechtigt sind“. — Schließlich bildete sich eine „Helsinki-Gruppe“, die den KSZE-Prozess fördern will. Hier sprach man, als hätte man in der Tat eine DDR-Zukunft vor sich. Die Ziele dieser drei Gruppierungen sind für Dregger nichts als Hindernisse. Die Rechte antwortet mit Sozialdemagogie.

18. Februar 1990 (2) — aus Friggas Reise-Notizen:

Im Schwarzwald essen wir zu abend in einem großen Gasthaus. Es ist schon spät, und der Kellner blickt immerzu bohrend auf meinen Teller. Ob er Feierabend machen will? Er ist unverschämt. Ich blicke zurück, da kommt er an den Tisch, sagt: Möchten Sie noch irgendetwas? Er spricht sächsisch. Ich frage: Wie lange sind Sie schon hier. Das Ventil ist geöffnet. Wortsturzbäche ergießen sich. Er kam über Ungarn, im November. Er war Installateur und hat Geophysik gelernt. Sein Problem war, dass er es immer schnell zu weit brachte. Da musste er aufhören und etwas anderes machen. Schon bald hatte er mehrere Lastwagen; das durfte er nicht. Da lernte er kellnern. Aber dann hatte er eine kleine Bude und schnell etwas mehr, und das durfte er nicht. Da wurde es ihm zu bunt und er ging ab nach drüben bzw. hüben. In den 8 Wochen, die er hier ist, hat er es zu einem gebrauchten Porsche und einer Zweizimmerwohnung gebracht. Aber er kauft sich auch nichts — nur einmal einen Pullover. Er möchte unbedingt zurück. Vielleicht kann er ja jetzt ein

kleines Hotel aufmachen am Müggelsee. Denn hier in der BRD ist es kalt. Die Menschen sind herzlos. Niemand hat ihn bisher irgendetwas gefragt. Alle wollen nur Geld machen.

Der Wirt unserer Wohnung ist auch Kellner. Er denkt, dass es gut war, was Marx sich gedacht hat, dass aber die Menschen zu schlecht sind dafür. „Für ein paar Mark verkauft jeder seinen Bruder."

Das unternehmende Element, das der befehlsadministrative Sozialismus in die Bahn des Privatunternehmers drängte.

18. Februar 1990 (3)

Das Umgründungsprojekt der KPI, die Selbstaufhebung des italienischen Kommunismus in eine europäische Linke, hat durch die Umbrüche in Osteuropa unwiderstehlichen Auftrieb bekommen. Mir wird das deutlich an den Argumenten derer, die sich der Sozialdemokratisierung im Namen eines Dritten Weges widersetzen.

Luciana Castellina spricht in Rinascita von dem in Europa derzeit angestrengt betriebenen „Versuch eines ökonomischen, politischen und ideologischen *roll back*", der die Chancen der historischen Öffnung zu ruinieren droht. Zitiert ein Dokument der Trilateralen: „Kooperation ja, aber zu unseren Bedingungen." Heißt zu kapitalistischen Bedingungen. Giuseppe Chiarante rückt in den Erklärungsversuchen die „asiatische Rückständigkeit" Rußlands nach vorn. Er sieht eine „ultra-etatistische und ökonomistische Vision vom Aufbau des Sozialismus und des Kommunismus", für die es „Anhaltspunkte" (addentellati) bei Marx gab, und die dann mit der Orthodoxie der II.Internationale dominant wurde. Dies gab der „Diktatur des Proletariats" ihren Sinn. „Das hat zu Revolutionen geführt, in denen der Marxismus, der Sozialismus, die Idee des Kommunismus zum Teil die Zudecke von etwas anderem war". Darunter ein von ausländischem Kapital halbdominiertes Land, das sich von dieser Beherrschung — wie nach innen von der zaristischen Selbstherrschaft — befreien musste. Vom Ausgangspunkt her

handelte es sich um „eine große sozial-fortschrittliche Modernisierungsbewegung“. Daher auch die 70 Jahre weder bloß verrückter Abweg, noch Widerlegung des Kommunismus. Fabio Mussi zählt Errungenschaften auf: Entkolonialisierung, Sieg über die despotische Form von Kapitalismus (Faschismus und Nazismus). Dafür, die kommunistische Bewegung einzulenken in den Strom einer einheitlichen europäischen Linken, um nicht in Ewigkeit sich rechtfertigen zu müssen.

Castellinas Schwäche, dass sie im Conditionalis reden muss: *hätten* wir damals ..., dann *wären* wir jetzt ...und *könnten* sagen: „schaut her, es gibt einen anderen möglichen Kommunismus.“ Sie fährt fort: „Stattdessen sagen wir: es ist nichts mehr zu machen.“ Da ist ein logischer Bruch. Ihr starker Punkt: die Beilegung der Ost-West-Konfrontation erledigt nicht den Antagonismus von Herrschenden und Beherrschten, von Unterdrückern und Freiheitsinteressen. Daraus folgt, dass wir nach dem *Formwandel der Antagonismen* fragen müssen.

Mussi: Gorbatschow hält fest an einer „regulativen Idee, die Sozialismus heißt“. Darin folgt ihm Mussi. Ich hätte gedacht, dass Sozialismus für Gorbatschow etwas weniger Unerreichbares wäre, mehr als nur ein ideeller Polarstern. Neuerliche Verkantianisierung des Sozialismus.

19. Februar 1990

Die deutsche Einheit kommt wie ein Erdrutsch. Selbst die unmittelbaren Gewinnler haben nicht damit gerechnet. Die Parteien kennen keine Parteien mehr, sie kennen nurmehr Deutsche. Gremliza bringt dies im Februarheft von „Konkret“ auf die funktionalistische Formel, „dass die vormals festgestellte Uneinigkeit der Parteien ja vor allem darin bestanden hatte, dass jeder eine andere Rolle bei der Befreiung der Welt vom Kommunismus zugewiesen war: Die einen sollten am liebsten einmarschieren wollen und beschränkten sich widerwillig aufs Totrüsten, auf Boykott und Subversion; die anderen sollten mit einem demokratischen Sozialismus oder mit einer ökologischen Basisdemokratie oder irgendeiner anderen Banane locken — Hauptsache: die Kommunisten kommen weg. Nun sind sie weg,

jeder sieht, dass ihnen nichts anderes folgt als das, was sie verfolgt hat, und mit ihnen verschwindet die bunte Vielfalt der Verfolger."

Neben „vielen kleinen und größeren Fehlern, vermeidbaren dummen und unvermeidlichen" habe die SED („die gescheiterten Revolutionäre") „ein einziges großes Verbrechen" begangen, indem sie eine Bevölkerung hinterlasse, welche die der BRD „an Dummheit, Feigheit, Raffgier, Fremdenhaß und Chauvinismus noch übertrifft". Gremliza sieht darin NS-Erbe.

In derselben Nummer eine Notiz von Horkheimer von 1959 (*Hinter der Fassade*), die Gremliza als Bestätigung lesen mag, falls er nicht den historischen Abgrund berücksichtigt, der die BRD des Jahres 1959 (nebenbei: Gründungsjahr des „Argument") von der des Jahres 1990 trennt. Auf den ersten Blick liest es sich, wie für den gegenwärtigen Moment geschrieben: „Berlin, die Wiedervereinigung, die Gebiete jenseits der Oder des zu Recht besiegten Deutschlands werden zu Stimulantien der neuen patriotischen Gesinnung, die von einem unheimlichen Willen gegen inneren, ja gegen äußeren Widerspruch sich ausbreitet. Unansprechbar, weil unreflektiert und von keinem vernünftigen Grund gestützt, vom Westen schlau die Reputation erborgend, man sei ein liberales Volk, man teile die politische Geschichte mit der freien Welt, schickt man sich an, der Freiheit den nächsten Streich zu spielen." Die historische Wasserscheide von 1968 hat diese Notiz selber historisch — wenn auch nicht gegenstandslos — werden lassen. Benützt man sie heute, als sei sie für heute geschrieben, erborgt man sich philosophische Würde für den linken Schmollwinkel.

Weil der Weltmarkt für Newcomer heute keine Chance bietet, meint Wolfgang Pohrt, „der Ostblock dürfte bald das ökonomische Schicksal afrikanischer oder lateinamerikanischer Elendsregionen teilen, die für das Kapital nur von minderem Interesse sind, weil man dort nichts verkaufen und deshalb auch nichts produzieren kann". Er unterschätzt die Politik, die als Industrie- und Strukturpolitik ein reiches Instrumentarium entwickelt hat, um nachholende Entwicklung im eigenen Herrschaftsbereich zu organisieren. Pohrt sagt einem gesamtdeutschen Staat „eine

Gesellschaft von ressentimentgeladenen Enttäuschten“ voraus, mit Triebkraft zum Krieg. Das ist selber ein Diskurs für „ressentimentgeladene Enttäuschte“, und er wird die Teile der Linken, die er erreicht, um den Rest ihrer politischen Handlungsfähigkeit bringen.

Ich kann es nicht fassen, wie wenig Interesse den inneren Gründen des Scheiterns gilt. Rainer Bohn führt es mehr oder weniger darauf zurück, dass die Warenform noch wirksam war. Die Rechnung von Arno Peters, die „Konkret“ aus dem Januarheft der „Blätter“ nachdruckt, die der DDR einen Lastenausgleich von 727 Milliarden DM zuerkennt, hat ihr Recht, darf aber nicht über das endogene Leiden des Realsozialismus hinwegtäuschen, die sowohl antiökonomische wie dyshegemoniale Funktionsweise des befehlsadministrativen Systems.

Weiter hinten im Heft kommt übrigens mit Jochen Hippler eine realistische Stimme zu Wort. Hier geht es um die Zwänge und Möglichkeiten, die der Politik Gorbatschows zugrundeliegen. Die globale Supermachtrolle muss zurückgefahren werden, um überhaupt die Chance einer Dynamisierung der sonst in Stagnation versinkenden Gesellschaft zu erhalten. „Im Inneren geht es um die Einführung von Marktmechanismen und eine Anpassung des soziopolitischen Überbaus an die Veränderungen der inzwischen entfalteten Produktivkräfte“ usw. Gorbatschows Politik „bewies eine geradezu verblüffende Konsequenz“. Einseitige Abrüstung und die Entlassung der Ostblockländer aus dem Blockzwang sollen die Integration in den Weltmarkt ermöglichen. Der „Genscherismus“ ist die Form des Westens, diese Vorleistungen zu honorieren. Hippler rechnet mit „partieller ökonomischer Kolonisierung und Durchdringung“ der Sowjetunion. „Der katastrophale Zustand der sowjetischen Wirtschaft, der Verlust des ‘sozialistischen Lagers’, der einen isolierten Weg nachhaltig erschwert, und das Fehlen realistischer Wirtschaftsmodelle zur Dynamisierung der eigenen Volkswirtschaft ohne deren Durchkapitalisierung und westliche ‘Hilfe’ lassen einen solchen Weg wahrscheinlich erscheinen.“ Es sei einer „in die Abhängigkeit“. — Was Hippler nicht sieht, ist der Widerspruch dieser Perspektive (Durchkapitalisierung der SU) zu dem, was

Gorbatschow anstrebt. Müsste nicht Gorbatschow zuvor dem Sozialismus abschwören? Oder würde, wie etwa in Spanien, das „Sozialistische“ nur eine Färbung des Überbaus über kapitalistischer Basis? Hinter der linksradikalen Fassade geht es *liberal* zu.

Die von „Konkret“ geschürte linke Weltuntergangsstimmung spricht aus der Einladung einer westberliner Nicaragua-Initiative: „In diesen Zeiten allgemeinen Verfalls von Vernunft, Humanität und Anstand, da die Menschen wie Lemminge im Strudel immer schneller um das goldene Kalb kreisen, da breiteste Bevölkerungsschichten in Verwirrung und dumpfe Religiosität zurückfallen, in diesen Zeiten also, die bei aufgeklärten Bewohnern dieses Planeten Resignation, Endzeitstimmung und Magengeschwüre auslösen, sorgt wieder einmal ein wohlbekanntes, tapferes, längst besiegt geglaubtes Volk von liebenswürdigen Chaoten für jenen unerlässlichen Hoffnungsschimmer, ohne den schon längst alles zappenduster wäre: *Das Volk von Nicaragua.*“

20. Februar 1990

Sigrun Anselm erzählte vom SDS-Veteranen-Treffen in Frankfurt, dass Oskar Negt die Situation in der DDR als Wiederkehr des Verdrängten interpretiert. In die Gründungskonstellation der DDR war der Antifaschismus als Fakt und Ideologie eingegangen. Er diente auch ehemaligen Nazis oder den ungezählten Mitläufern als Verdrängungsdach. Zugleich wurden Autoritätsstrukturen aus dem Faschismus gleichsam als Bauelemente der neuen Ordnung wiederverwendet. So war keine ins Konkrete reichende Aufarbeitung möglich. In der BRD wurde zwar doppelt verdrängt, aber die Studentenbewegung hat die Verdrängung aufgearbeitet. In der DDR ist der antifaschistische Legitimationsvorrat nun aufgezehrt. Wie im Westen die Altnazis, so sterben im Osten die historischen Nazigegner aus. Nun tauchen aus der Verdrängung nie weggearbeitete faschistische Dispositionen wieder auf. Negt sieht noch viel Ungutes auf uns zukommen. — Die Berichte aus der Provinz und die der Gewerkschafter aus den Betrieben liefen darauf hinaus, dass sich die Situation noch immer weiter radikalisiert, dass sich die Schere zwischen Ungeduld

und Politik noch immer weiter öffnet. Es ist nicht auszuschließen, dass die daraus resultierende Spannung in Gewalt umschlägt.

Friedrich Schorlemmer (ich sah das beeindruckende Portrait-Gespräch, das Gaus mit ihm geführt hat) will nicht „in die Politik gehen", sondern Pfarrer bleiben. „Was der realexistierende Stasiismus mit uns gemacht hat, hat mich wieder an den 'altbösen Feind' glauben lassen", sagte er. Auf die Frage von Gaus, ob es derzeit nurmehr Objekte der Geschichte gebe, ob auch Gorbatschow, Kohl, Thatcher usw. nur getriebene Objekte seien, sagte Schorlemmer: Die Reformversuche kamen zu spät. „Wenn die Partei auf uns gehört hätte... Wir waren nie die Gegner, wir waren die Reformer... Nun die Quittung für die Tabuierung der Probleme...". Er ist gegen die „Schnellvereinigung", die katastrophale Folgen für die DDR-Gesellschaft hätte, was aber viele für „Angstmache der PDS" halten. — Der 1944 Geborene wirkt ausgeglichen und innerlich durchgearbeitet — geprägt von Verfolgung und Widerstand unter trotz alledem zivilisierten Bedingungen (denn die „neue Kirchenpolitik" Honeckers hatte den Kirchen Freiräume zugestanden).

*

Die FAZ im Feuilleton mitunter zartbesaitet. Heute verbreitet sich ein „Sp." (?), der die „sich bei nicht wenigen Gegnern des Sozialismus" breit machende Selbstgefälligkeit „abstoßend" findet, übers Innenleben des Marxismus und der Marxisten, wobei der Kontext darauf hindeutet, dass er uns westliche meint. Er fragt nach dem „Ton von Härte und Bitterkeit, mit dem die politische Linke die für sie so unglücklichen Entwicklungen oft begleitet", und gibt folgende Antwort: „Die eigenen Hoffnungen unterzugehen sehen, fällt keinem leicht, und sind diese Hoffnungen auch noch moralischer Natur, so ist es doppelt schwer. Haltung angesichts der Niederlage zu bewahren, setzt die Verpflichtung auf ein Ideal voraus, das im Zusammenstoß mit der Wirklichkeit untergehen mag, doch als Ideal bestehen bleibt. Eine solche Haltung ist im Marxismus nicht vorgesehen." Die Begründung erinnert an den Gedanken — stammt er von Sternberger? --, wonach der Marxismus als „Diesseitsreligion" es viel schwerer habe als eine ordentliche

Jenseitsreligion, da bei jenem möglich sei, was diese ausschließe, nämlich die Probe auf die Wirklichkeit. Hier nun heißt es: „Der Materialismus in seinem Bezug auf die Logik des Tatsächlichen hat wenig Trost für den bereit, der dem Tatsächlichen unterliegt." Hätte er Bezug zum Nichttatsächlichen, zu irgendeinem Ewigen Leben statt zum endlichen, wenigstens zu transzendenten Werten oder bloß regulativen Ideen — es könnte ihm keine Erfahrung etwas anhaben. Aber leider, schließt unser zartsinniger Feuilletonist: „Zwischen der Macht des Faktischen, die er anzuerkennen hat, und dem Ideal, dem er zustrebt, befindet sich der Marxist in einem Gegensatz, der keinen Ausgleich zulässt." Ein hübsches Preisausschreiben: Was würden Rosa Luxemburg, Bloch, Brecht, Gramsci, Mariátegui dazu sagen?

20. Februar 1990 (2)

Heute erhielt ich Gorbatschows Diskussionsbeitrag sowie Schlusswort zum ZK-Plenum vom 7. Februar. Er treibt zur Eile: „sich zu verspäten, ist heute unzulässig, es gilt, sich an die Spitze der stürmischen, mehrdeutigen, komplizierten Prozesse zu setzen, um gesunde Tendenzen zu unterstützen, sie zu verstärken und zu versuchen, destruktive Prozesse zu überwinden oder einzudämmen." Ansonsten nur ein mir unverständliches Echo auf „Unbeherrschtheit", aufeinanderprallende Gegensätze, „scharfe Reden" und „verletzte Eigenliebe". Zuvor hatte Gorbatschow von der „widerspruchsvollen Atmosphäre" seiner litauischen Reise berichtet. „Unsere Gespräche waren alles andere als 'Verhandlungen mit dem Präsidenten des Nachbarlandes', wozu die Sajudis-Führung die Bevölkerung der Republik im Vorfeld unseres Besuches aufgerufen hatte." Jedoch herrschen „separatistische Stimmungen" vor, und „ein bedeutender Teil der litauischen Gesellschaft verharrt im Zustand einer eigenartigen nationalen Euphorie..., die nicht eimal mehr Raum für Argumente lässt. ...Die Argumentation zugunsten der Absonderung trägt in der Regel allgemeinen Charakter — viele Epitheta, Metaphern usw." Die konkreten Folgen für die Republik und für die Perestrojka in der SU werden umgangen. Die litauische Partei hat nach Popularität gehascht, durch Anpassung an die vorherrschende Stimmung. So hat sich die Partei

gespalten. Gorbatschow geht äußerst behutsam an die Dinge heran, ebenso die ZK-Resolution, zu der er spricht. So viel wie irgend möglich wird zugestanden, die Formen werden elastisch gehandhabt. Die separatistischen Resolutionen aus Litauen werden wie normale Positionspapiere in die Vorbereitung des 28. Parteikongresses eingebracht.

Vom Soziologentag der DDR berichtet Walter Süß (im „Parlament“ vom 16.2., 9), wie man derzeit das bisherige Regime begrifflich zu fassen versucht: „Der vorherrschende Begriff zu seiner Beschreibung ist in der DDR-Soziologie gegenwärtig der des ‘Feudalismus'. In der Tat gibt es eine Reihe von Phänomenen, die diese Metapher nahelegen: vom System persönlicher Abhängigkeiten, patrimonialen Kooptationensverfahren, der Existenz von regionalen ‘Fürstentümern’ bis hin zu der Vorliebe der Herrschaften für die Jagd oder dem Ausbau Ostberlins zur Residenzstadt.“ Es gehört zur Schwäche der DDR-Gesellschaft, dass sie den „Realsozialismus“ nicht genauer als mit dieser „Metapher“, nämlich an oberflächlichen Ähnlichkeiten und Reibungspunkten entlang, zu denken vermag. — Thomas Hanf (vom Institut für Soziologie und Sozialpolitik der AdW, ISS) macht die „politische Subordination der Wirtschaftssubjekte“ verantwortlich für „Entwicklungs- und Strukturlosigkeit wirtschaftlicher und sozialer Reproduktion“. Als wären die keinem politischen Willen unterworfenen Wirtschaftssubjekte als solche (was eine Umschreibung fürs Privatkapital ist) Garanten für eine (politisch!) wünschenswerte Wirtschaftsentwicklung. Süß referiert den Fortgang dieses Gedankens so: „Dadurch kam es zu einer ungeordneten Konstitution des Eigentums, irrationalen Verteilungsverhältnissen und dem Fehlen gesamtgesellschaftlich widerspruchsfreier Handlungsmuster“. All das scheint mir noch unausgegoren. Der Angelpunkt dieses Denkens ist der Umschlag der Revolution in jenes lähmende Herbeiwarten einer Restauration von Kapitalismus. Hanf: „Der Umschlag der Revolution in den gewollten Zusammenbruch des Gemeinwesens ist ein Ausdruck der sozialstrukturellen Regression in der DDR.“ Die Gesellschaft verfügte über keine eigne Handlungsfähigkeit, als der Zwangsverband des Staats erst einmal

abgesprengt war, sodass nun die „Organisationsformen sozialer Reproduktion importiert“ werden. Süß hält es für möglich, dass jener Umschlag von der Revolution zur Restauration (meine problematischen Worte) dadurch ausgelöst wurde, dass, was immer die Deutschland-Rufer wollen und meinen, sie „aus Angst vor Modernisierung faktisch eine überstürzte und deshalb besonders rabiate Form dieses Prozesses“ blind durchzusetzen im Begriff sind.

21. Februar 1990

Verwandelt die SU sich in eine Gesellschaft ohne Vision, die weder Moral noch Dritte Sache mehr kennt? Das ist die Botschaft des Filmes „Das asthenische Syndrom“ von Kira Muratova. Dazu passt die Reportage von Hartmut Schoen über Kriminalität in Leningrad („Kälte, Mord — und Perestrojka“). „Man muss sich bedienen, solange Gorbatschow noch warm ist“, soll die erstarrenmachende Maxime jugendlicher Krimineller lauten. Wie ist es zu verstehen, dass in der „Perestrojka“ Hoffnung und Verzweiflung so verschwistert sind? Wie kommt es, dass die Demokratisierung als Nihilismus erfahren wird und Befreiung ein finsteres Gewaltpotential freisetzt?

Wingert, der in der „Freiheit“ (Halle) zur Auflösung oder Spaltung der PDS aufgerufen hatte, bekam inzwischen in einem in Ost-Berlin abgestempelten Umschlag ein mit Blut getränktes Blatt Papier mit dem Text: „RAF — wir sind da“. André Gursky, der mir dies mitteilt, berichtet von einem „Bildersturm“ in den Schulen, wo zum Beispiel das Bild Thälmanns oder das der Geschwister Scholl aus den Schulbüchern gerissen würden.

22. Februar 1990

An der Hallenser Universität hat sich schon vor einiger Zeit eine Gruppe gebildet, die unter der Losung der Erneuerung der Uni alte SED-Mitgliedschaften ausnützen scheint, um sich Professoren und ganze Gremien gefügig zu machen oder sie abzuschießen. Nun fordert sie Entlassung aller Gesellschaftswissenschaftler als Vertreter einer „verbrecherischen, die SED stützenden Wissenschaft“. Laut André

hat sich vor vier Tagen um den Prorektor Noske (der mich eingeladen hat) eine „Initiative gegen Berufsverbote und Gesinnungsschnüffelei“ gebildet. Einer der Hexenjäger soll im alten Regime als Denunziant aufgetreten sein. Aber vielleicht ist es mit diesen Geschichten wie mit dem RAF-Warnbrief: Der Blutfleck auf dem bei Wingert eingegangenen Papier war mit Lippenstift gemalt. Phantasmatisch.

Die Philosophen werben für sich (in der Hallenser Universitäts-Zeitung) vermittels der „Großen der Philosophiegeschichte“. „Kämpfen wir nicht derzeit alle gegen das Chaos um uns und in uns?“ Sie versprechen Weisheit, Sinn, Wertung, ja Freude und natürlich „Liebe zur Wahrheit“. Die Philosophie „kann unvergleichlich fesselnd sein, die Idole des Marktes vergessen machen“. Das ist der Aufreißer für eine Reihe von Vorlesungen zu folgenden Autoren: Kierkegaard, Nietzsche, Freud, Wittgenstein, Heidegger, Popper, Russell, Habermas (das macht Reinhard Mocek), Jaspers, Weber.

Auf dem „Amt für Arbeit“ in Halle „schält sich mehr und mehr heraus, dass ältere Bürger, Frauen mit mehreren Kindern und Hoch- und Fachschulkader schwer zu vermitteln sind“ („Freiheit“, 16.2.).

Laut Noelle-Neumann herrschen in der DDR „diffuse Meinungen“. Damit meint sie, dass die Mehrheit derer, die eine Meinung dazu haben, Sozialismus für vereinbar mit Demokratie und Freiheit hält. Etwa ein Drittel der Befragten haben genau die konservativen Meinungen, die NN hören will.

Reißmüller im FAZ-Leitartikel: „Freiheitlicher und demokratischer Sozialismus (was immer man davon halten mag) — das ist nach den Erfahrungen unseres Jahrhunderts nur als eine der Spielarten der Sozialdemokratie vorstellbar. Überall in den befreiten ...Ländern entstehen... auch sozialdemokratische Parteien. Sozialdemokratische Politik sollte deren Sache sein; die umgefärbten kommunistischen Parteien haben dazu nichts beizutragen.“

Im Organ der Österreichischen Sektion der IV. Internationale („Die Linke“, 16.2.90, S.2) schriebt Hermann Dworczak: „...die paternalistischen

Reformprogramme Gorbatschows... zielen auf Reduzierung und Dynamisierung der Bürokratie, nicht deren Beseitigung. Ohne deren Sturz wird jedoch kein — neuer — Staat zu machen sein.“ Und dann kriege ich mein Fett weg: „Anders als vertrauensselige fellow-travellers der Perestrojka à la W.F.Haug vorgeben, steht keine ‘Revolution’ ins Haus.“ Als fände da nicht seit Jahren eine statt — wenn auch nicht nach trotzkistischem Bilderbuch.

Günter Grass gibt (in der TAZ, nachdem der „Spiegel“ den unzensierten Abdruck verweigerte) Jaspers’ Formel „Freiheit steht vor Einheit“ einen neuen Sinn: „Also hat die vom Volk der DDR (und nicht vom Kapitalismus) erkämpfte Freiheit Vorrang... Weil Einigung mehrere Wege, auch einen dritten Weg zulässt, muss sie nicht, auf Teufel komm raus, Einheit bedeuten.“ Die nazistische Erfahrung, die „Erfahrung Auschwitz“, spricht gegen den Einheitsstaat, Dagegen eine „Konföderation erlaubt Freiheit, Einigung und Vielfalt; das Einheitsgebot gehört auf den Müllhaufen der Geschichte.“

23. Februar 1990

Gegen die Vereinigung der Kirchen von oben wenden sich Theologen aus beiden deutschen Staaten: „Es darf nicht geschehen, dass nach dem Aufbruch des DDR-Volkes zur Selbstbestimmung und einem neuen Selbstbewusstsein eine neue Fremdherrschaft an die Stelle der SED-Herrschaft tritt.“ Ohne den Begriff zu verwenden, orientiert die Erklärung auf einen Dritten Weg, weil keines der beiden Systeme sich als fähig erwiesen habe, die Frage des Überlebens der Menschheit und der Erde zu beantworten. „Die Bibel und marxistische Gesellschaftskritik schärfen uns gleichermaßen ein: ein politisch-ökonomisches System ist aus der Perspektive seiner Opfer zu beurteilen.“ Ich finde diesen distanziert gewonnenen Aspekt ganz richtig: die marxistische Theorie ist zunächst *Kritik*.

Die Ost-SPD lehnt in ihrem Programmentwurf den Begriff „Demokratischer Sozialismus“ zwar nicht rundweg ab, umschreibt ihre Ziele jedoch lieber mit „soziale Demokratie“.

„In der Nato dominieren bereits die Überlegungen, in welcher Form man die Protektorate von Mecklenburg bis Sachsen in das westliche Militärbündnis integriert“, schreibt Erich Schmidt-Eenboom im Editorial von „Mediatus“ (H.1-2/90). „40 Jahre Polarisierung zwischen Pankow und Bonn, stellvertretende Spaltung in Blockstrukturen und bipolare Staats-Werdung konkurrierender deutscher Ideologien“. Kritik an Modrow, weil er den Begriff der Neutralität lancierte, um ihn binnen 24 Stunden fast beiläufig fallen zu lassen. Das Ende der Ordnung von Jalta muss zum Moment von Abrüstung gemacht werden.

1981 wollten 58 Prozent der US-Amerikaner die Militärausgaben erhöhen, 1989 nur 10 Prozent. Man diskutiert nun die „Friedens-Dividende“, Umverteilung aus dem Militärsektor. Man wagt sie kaum zu hoffen (weil wir uns wie Geschlagene aufs Negative fixieren), die „Perestrojka im Westen“ (Paul F. Walker, ebd., 8).

Im selben „Mediatus“ inspiziert Wolfgang Bartels den Zusammenbruch von Medien und Organisationen des DKP-Spektrums, den Schaden für die linke politische Kultur im allgemeinen und die Friedensbewegung im besonderen. Die kontraproduktiven Seiten des untergegangenen Dispositivs zeigen sich. „Als die ‘traditionalistische’ Parteivorstandsmehrheit sich eines ‘Sieges’ über die ‘Reformer’ schon fast sicher wähnte, ...zerfiel die Macht der SED innerhalb weniger Tage — und damit versiegten plötzlich die lebensspendenden Mittel“. Bartels rechnet damit, „dass der größte Teil der ehemaligen DKP-Mitglieder sich zunächst resigniert aus der politischen Arbeit zurückziehen wird.“ Viele Zeitschriften sind weg. „Die ehemaligen Abonnenten der ‘roten blätter’ haben mittlerweise ein Probeexemplar von ‘konkret’ erhalten.“ Interessant, dass einige Zeitschriften sich aus der Konkursmasse zu lösen und über Selbstverlage zu halten vermochten: Die „Blätter“, die DVZ, AIB und „päd.extra“. Drei der 27 ehemaligen Akzentebuchhandlungen (Darmstadt, Nürnberg, Köln) sind von ehemaligen Mitarbeitern übernommen worden.

In „Tschechoslowakisches Leben“ 2/90 ist ein Stück von Vaclav Havels Neujahrsansprache wiedergegeben: „Das bisherige Regime, gewappnet mit einer

hochmütigen und unduldsamen Ideologie, erniedrigte den Menschen zu einer Produktivkraft und die Natur zu einer Produktionsmaschine. Es griff damit das ihnen eigene Wesen und ihre gegenseitigen Beziehungen an.“ Das ist sehr unspezifisch. Vom Kapitalismus lässt sich dasselbe sagen, freilich versüßt er es dadurch, dass er den Menschen nicht nur die Charaktermaske des „Konsumenten“ überstülpt, sondern sie auch reichlich bedient.

24. Februar 1990

Gorbatschow bei Eröffnung der 3.Tagung des Obersten Sowjets (Pravda vom 15.2.): Die „Entsklavung“ geht einher mit „zunehmender Unzufriedenheit“ angesichts des Warenmangels, der Nationalitätenkonflikte und „der Schwächung der Ordnung“. Die Beschlüsse zur Wirtschaftssanierung zeigen noch keine Wirkung. „Auf der Ebene der Zentralorgane kommt man bei der Realisierung ...nur langsam in Schwung, ist die Organisation schlecht. Es mangelt an elementarer Sachlichkeit.“ Das klingt kafkaesk, und ich kann mir nur vorstellen, dass diese Dysfunktion des Staatsapparats Ausdruck von etwas Tieferliegendem ist. Sollte der Störfaktor in die Politik selbst eingebaut sein? Gorbatschow gibt folgende Schadensmeldungen: „Der Prozess der Schwächung der Wirtschaftsleitung wurde bisher nicht gestoppt. Wirtschaftliche Direktbeziehungen zwischen den Betrieben kommen nur langsam zustande, die Mechanismen zur Beschränkung der Monopole und der Gruppeninteressen sprechen nicht an.“ Der für eine Übergangszeit (aber wie lange noch?) unvermeidliche Teil des Problems besteht darin, dass zwei miteinander unverträgliche Logiken gleichzeitig gelten. „Dort, wo ökonomische Verhaltensweisen noch nicht ausgearbeitet sind, sind die alten anzuwenden; die Übergangsperiode zeichnet sich gerade dadurch aus, dass jetzt das Zusammenwirken des einen mit dem anderen zulässig ist, auch wenn die Akzente natürlich auf das Neue, auf das Voranschreiten zu setzen sind.“ Wenn indes die „wirtschaftlichen Direktbeziehungen zwischen den Betrieben“ nicht in Gang kommen, so könnte das auf eine Schwächung gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit an ihrer Wurzel hindeuten, die den Staatsrückzug aus der Ökonomie vereiteln

könnte. Denn der Staatsrückzug hatte ja nicht den Sinn, kapitalistischen Staaten im Staat, neuen Imperien im Imperium, die Produktion des Lebensnotwendigen auszuliefern. „Rentnerideologie", „Schwerfälligkeit" und „Verantwortungslosigkeit" sieht G. noch immer bei vielen „unserer Kader vor Ort". Er nennt als Beispiel die „Tatsache, dass Eisenbahnen buchstäblich vom Fieber befallen sind, dass Wagen allerorten nicht rechtzeitig entladen werden. Und im Ergebnis dessen erreichen Konsumgüter, Lebensmittel, Ersatzteile, Rohstoffe und andere materielle Ressourcen, die für die stabile Produktion der Betriebe notwendig sind, ihre Bestimmungsorte nicht." Aber was tun? Die Worte kenne ich seit Jahren, sie werden nun allenfalls gedrängter und dringlicher vorgebracht: „Es gilt, auf dem Wege der Reform die Einführung neuer starker Stimuli für die Arbeitsproduktivität und die Förderung der Initiative zu gewährleisten, den Weg für neue Formen der Wirtschaftsführung zu bahnen." Kurz: „Umgestaltung des gesamten Wirtschaftsmechanismus, mehr noch des gesamten Systems der Produktionsverhältnisse". Auf dem Spiel steht der dritte Weg zwischen befehlsadministrativen und kapitalistischen Produktionsverhältnissen.

Die zwischennationalen Konflikte bilden den zweiten Brennpunkt der Krise. „Nur durch die Beschleunigung einer radikalen Umgestaltung der sowjetischen Föderation kann man die festen Knoten der Konflikte tatsächlich entwirren, die gefährlichen separatistischen Fliehkrafttendenzen stoppen." Gorbatschow schildert die separatistischen Aufrührer und Pogromhelden auf eine Weise, die insofern Hilflosigkeit verrät, als er Tücke denunziert, wo sie anscheinend sich im Volk bewegen wie die berühmten Fische im Wasser: „Diese Leute handeln gemein, bleiben aber im Schatten, sie lösen sich gleichsam in der Masse auf, schieben Jugendliche, Frauen und Kinder vor, zwingen sie geradezu mit vorgehaltener Pistole, Erklärungen abzugeben, sowie gesetz- und verfassungswidrige Akte zu unterzeichnen." Die „vorgehaltene Pistole" könnte das nicht bewirken. Als Taktiken der nationalen Befreiungsbewegungen hatte man das immer gefeiert.

Die Frage der Menschenrechte erlangt pötzlich einen neuartigen innersowjetischen

Status; es zeigt sich ja, dass dafür der Staat als Rechtsstaat nötig ist. Die ethnischen oder nationalen und religiösen Partikularismen entfalten eine zerstörerische Dynamik, die sich gegen sie selber richtet, wo immer sie sich in ungünstigen Kräfteverhältnissen finden; sie treten also nicht nur als Aggressoren gegen andere Partikularismen auf, sondern sind auch schutzbedürftig und verlangen den sowjetischen *Universalstaat*. Der gesellschaftliche Universalismus der individuellen Freiheitsrechte ist nur als Staat möglich. Die Emanzipation der Gesellschaft nimmt daher notwendig Staatsförmigkeit an, und der Staat, grade noch das „Böse", taucht auf der Seite des „Guten" wieder auf, freilich ein anders aufgebauter, anders arbeitender, anders zweckgerichteter, anders personifizierter und kontrollierter Staat. Hier liegt der Akzent Gorbatschows, hier konzentriert er seine Aufmerksamkeit und hierauf richtet sich seine Hoffnung. Die „kolossale Politisierung unserer Gesellschaft", die sich u.a. in der „fortdauernden Entstehung vieler neuer gesellschaftlicher Organisationen" äußert, stellt eine enorme Energie dar, und alle politische Kunst (und Glück) finden sich auf die Probe gestellt, ob diese Energie in die neuen Bahnen fließt, sie dadurch unzerstörbar machend. Im Moment sieht es noch nicht danach aus. „Intoleranz, Gewalt und Chaos" zeigen an, dass große Quantitäten jener Energie sich außerhalb der Formen von argumentativer Öffentlichkeit und rechtsstaatlich abgesichertem Pluralismus betätigen. Gorbatschow vermisst zudem bei den in Freiheit gesetzten Medien die Bereitschaft und Fähigkeit, „zwischen den Aufbau- und den Zerstörungsprozessen deutlich zu unterscheiden".

*

Im Fernsehen der DDR missionierte (man kann es kaum anders sagen) gestern ein bundesdeutscher Finanzmakler, Graf Matuschka, die DDR-Menschen, „die erst mal wieder ein neues Selbstbewusstsein entwickeln müssen". Alles dreht sich vor den Wahlen um einen neuen *Glauben*, nämlich den, dass ein Wirtschaftswunder sich ereigne, sobald „wir" uns den Mächten des Marktes und des (ausländischen) Kapitals anvertrauen. Seine Idee besteht darin, so etwas wie Assignaten

auszugeben. Jeder DDR-Bürger soll eine Aktie für 1 Sechzehnmillionstel des volkseignen Produktivvermögens erhalten, die mit Ertragscoupons ausgestattet ist und frei gehandelt werden kann. Berghofer fand die Idee prima.

Im Wirtschaftsleitartikel der FAZ erklärt Fernando Wassner, es gehe „in allererster Linie darum, schleunigst, am besten über Nacht, möglichst vieles wieder in Privateigentum zu überführen." Damit rechtfertigt er die Enteignung der jetzigen Besitzer. Das Problem ist ja „das Eigentum drüben", d.h. der Eigentumsanspruch von Nicht-DDR-Bürgern an DDR-Vermögen. Man solle das „wie eine Erbschaft verstehen, für die sich jahrzehntelang Erben nicht finden ließen." Daran gefällt ihm „die Eigenart des Erbrechts, ein Mittelding zwischen Lotteriegewinn und Rechtsanspruch zu sein". „Und ist hier nicht ein Ableben zu bejubeln, das des Sozialismus?" Es läuft darauf hinaus, „in einem vereinigten Deutschland mit einem Gesetz alle Enteignungen für null und nichtig" zu erklären. „Es wird viele Streitigkeiten und einen nicht klärbaren Rest geben, aber damit wird man in Deutschland leben können." Die Notwendigkeit der Privatisierung wird seltsamerweise mit „Liebe" begründet: „Denn nur private Eigentümer werden jene Liebe zu den Dingen entfalten, die sie ihnen Geld wert sein lassen." (Die sozialistische Variante dieses Liebesgedankens ist das ohne viel Klarheit diskutierte „Eigentümerbewusstsein".) In die Lücke, die der Staat hinterlässt, stößt das Privateigentum, in vielen Fällen das kleine, aber in der überwältigenden Hauptsache jenes große, für das der Begriff Privateigentum längst zum Euphemismus geworden ist, weil es, transnational organisiert, nicht einmal mehr nur einen Staat im Staat darstellt (wie das altehrwürdige „Monopol"), sondern einen Suprastaat quer zu den Staaten.

25. Februar 1990

Voller Enthusiasmus hat die Argument-Frauenredaktion heute Nacht in Ostberlin beim Unabhängigen Frauenverband mitgearbeitet an der Herstellung einer Wahlbroschüre, die im Argument-Verlag erscheinen wird. Aufbruchstimmung. Frigga, die einen Artikel beisteuerte, machte freilich die Erfahrung, dass

theoretische Begriffe aus ihrem Wortschatz anstößig gefunden wurden: Produktivkräfte, Produktionsverhältnisse, Kapitalismus, Krise, sowieso Sozialismus. Das SED-Trauma zwingt die Sprache in Umschreibungen. Mir schwant, dass wir noch einiges abkriegen werden.

Mit Tönen zwischen Goethe und Mörike hat Helga Königsdorf die Erfahrung der linken Intellektuellen und Künstler in dieser Revolution verdichtet:

Von dem Augenblick
Dem Schönen
Blieb mir nur
Der falsche Schein
Und der Mut
Zu stolzen Tönen
Wird mir bald
Verkommen sein

Bin das Blatt
In allen Winden
Längst vergaß ich
Wer ich war
Nur die Schellenklänge
Künden
Was ich bin
Ich bin ein Narr

Ich ziehe mir die Narrenkappe mit an.

Im Januar hat die PDS das „Institut für Marxismus-Leninismus“ in „Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung“ umbenannt, eine neue Leitung bestellt und den Apparat abgebaut. „Gelernte Marxisten-Leninisten verdingen sich jetzt als Pfleger und Gärtner“, schreibt Brigitte Seebacher-Brandt in der FAZ. Sie deutet an, dass die MEGA ins Stocken kommt. Man überlege, sie in die Akademie der Wissenschaften zu transferieren, „aber wird nicht auch der Staat demnächst neue Prioritäten setzen?“ Wird man einmal rückblickend sagen, dass die erste MEGA in der Stalinisierung, die zweite in der Entstalinisierung untergegangen ist? (Streng genommen ist die erste MEGA deshalb eingestellt worden, weil Deutschland nazistisch geworden war.) „Sollte also ein Federstrich genügt haben“, fährt Brigitte Seebacher-Brandt fort, „um den ganzen Marxismus-Leninismus in den Abfalleimer der Geschichte zu befördern? Wäre mit der Parteiherrschaft auch die Ideologie erledigt? Ein Basis-Überbau-Phänomen, wie es sich Marx niemals hätte träumen

lassen?“ Sonderbarer Kommentar! Ohne ein bisschen Marxismus ist eben nicht einmal der vermeintliche Untergang desselben zu denken. Nur drei Bemerkungen: 1. eine Revolution ist kein „Federstrich“; 2. die Parteiherrschaft verhält sich zum ML keineswegs wie die Basis zum Überbau; 3. Marx hätte sich nicht den Untergang, sondern das Untergegangene nicht träumen lassen.

Was Frau Seebacher von ihrem Gespräch mit Heinrich Gemkow mitteilt, läuft darauf hinaus, dass man am Marxismus festhält, während man Lenin gleichsam zurücknimmt in die Reihe der führenden Marxisten nach Marx. Genau das scheint mir der richtige Weg. Übrigens sagte Gysi auf dem PDS-Kongress vom Wochenende: „Wir sind wieder bei Marx.“

Gegenwärtig „droht zum Schrecken der Europäer die verspätete Nation die überstürzte Nation zu werden“, schreibt Wolf Lepenies, der den französischen Blickwinkel in die Diskussion einbringt. Die Gewichte in Europa verschieben sich, indem zum „industriellen Furor“ der Deutschen das politische Übergewicht hinzukommt. Kohl mache den gefährlichen Fehler, die Franzosen nicht in ihrer politischen Führungsrolle zu bestätigen. Symbolhandlungen: „Wie sehr hätte es dem Geist des deutsch-französischen Vertrages entsprochen, wenn Helmut Kohl und François Mitterand gemeinsam Dresden besucht hätten, statt sich auf einen Wettlauf in die DDR einzulassen, den der deutsche Kanzler schließlich mit einem Tag Vorsprung gewinnen durfte!“

In Moskau eine riesige oppositionelle Demonstration, auf der Sprechchöre gegen die KPdSU und gegen Gorbatschow gerufen wurden. Die Staatsmacht ließ Miliz aufmarschieren. Es ist dies eine Form, in der eine Spaltung der KPdSU und der Übergang zum Parteienpluralismus sich vollzieht, und Gorbatschow muss diese Entwicklung aus der Defensive mitmachen, es hilft nun wenig, dass er ihre Legitimation in der Partei durchgeboxt hat. Gawril Popow war Hauptredner. Juri Afanasjew verlas eine Resolution, in der freie Marktwirtschaft, russische Unabhängigkeit im Rahmen einer neuen Sowjetföderation und ein Runder Tisch gefordert wurden.

26. Februar 1990

Die Wahlniederlage der Sandinisten — wir waren so sicher, sie würden die Mehrheit erhalten! Es ist, als wären die Wahlen doppelt verloren, nicht nur diese, sondern das Genre Wahlen als solches. Aber das ist Unsinn. Wichtig, dass die Kommandoposten der Staatsmacht zivil abgegeben werden.

Fernseh-Eindruck: Wie gestern die Delegierten des PDS-Parteitags den Atem anhielten, bis Hans Modrow schließlich einwilligte, für die Partei zur Volkskammerwahl anzutreten: erlöster Jubel. In der heutigen FAZ meldet Nonnenmacher Zweifel an, „ob das ausreicht um die Partei über die Bedeutung einer Splittergruppe hinauszubringen". Andrerseits sieht er die PDS nun in der „besten taktischen Ausgangslage, die unter den gegebenen schlechten Bedingungen für die Wende-Kommunisten möglich war".

Frigga erzählt von pelzbekleideten und schmuckbehängten teuren Damen, die sie beim Metropol und beim Plaza in Ostberlin gesehen hat, was sie fragen ließ, ob das schon die Frauen der neuen Millionäre waren oder zumindest der aus dem Westen angereisten Aufkäufer. Heute berichtet die FAZ, dass der Jenaer Theologe Klaus-Peter Hertzsch in einem Gottesdienst mit Synodalen vor einer künftigen „Herrschaft der Millionäre" anstelle der bisherigen Herrschaft der Funktionäre gewarnt hat: Das Volk, das Fesseln und Ketten abgeworfen habe, drohe nun durch Ladenketten gefesselt zu werden, und der Übergang zum westlichen *way of life* mit seinem Karussell von Stress und Konsum lasse alle sich um sich selbst drehen und verwandle ihren Lebenslauf in Leerlauf.

Die Abwanderung hält an, allein in den ersten sieben Wochen dieses Jahres über 100.000.

*

Helga Königsdorf wird heute schon wieder von der FAZ gedruckt, vielleicht weil sie *als Sozialistin* den Tod des Sozialismus bekennt; die Kritik am Kapitalismus wird

dadurch für die klügeren Vertreter desselben genießbar, mehr als das, *köstlich*. Ich finde bei ihr eine geradezu revolutionstheoretische Klarheit des historischen Moments. „Der Sozialismus ist tot. Selbst wenn wir uns jetzt die schönsten Varianten ausdenken, da wir nicht mehr akkumulieren können, führt kein Weg dahin. Wenigstens nicht aus eigener Kraft. Und wer wird uns schon einen demokratischen Sozialismus finanzieren, der zwar menschenfreundlich vorstellbar ist, aber viel weniger effektiv als das andere System. Die, deren Vorgänger das Land an (!, nicht in!) den Abgrund geführt haben, kommen jetzt mit den schönsten Konzepten, denen durch die Politik in der Vergangenheit der Boden längst entzogen ist. Und sie sind wirklich die Sympathischsten. Ich mag sie, diese Nibelungen, die jetzt so bescheiden großartig sind. Warum waren sie es bloß nicht vorher!“

Vor dem Umbruch hätten die einen an „Reformierbarkeit von innen“ geglaubt, die anderen nicht, „An eine wirkliche Revolution glaubte niemand. Jedenfalls bin ich niemandem begegnet, der sich dies ohne Blutvergießen und internationale Verwicklungen vorstellen konnte. Deshalb zog man es wohl auch kaum ernsthaft ins Kalkül.“ Das führte zu einer „Selbstbeschränkung“, die sie für wesentlicher hält „als die dumme Offizialzensur“.

Die Revolution hat sie, haben viele Schriftsteller und Künstler, zunächst wie ein Kunstwerk gelebt. „Verführt vom schönen Anfang unserer Revolution, verführt vom Glauben an die Möglichkeit großer Inszenierungen, wollten wir endlich selbst Regisseure sein, nachdem wir überall die Spuren der Demütigung gefunden hatten, der Erniedrigung, der Rechtlosigkeit, der Gewalt, der Angst, der Entfremdung. Wir sind Teil dieses großen Kunstwerkes geworden, das wir gemeinsam erschaffen haben. Wenigstens ist unser Anteil daran groß. Dieses Kunstwerks, das sich Revolution nennt und das in hohem Maße auch die Funktion eines Kunstwerkes übernimmt, weil es die Verkrustungen über den Seelen der Menschen aufbricht. Aber zugleich, indem wir Kunst und Leben vermischt haben, sind wir mitten hineingeraten in das Spektakel.“

Und alsbald vom Sockel gestürzt worden — durch die Arbeiterklasse, die unter der Hauptlast eines nicht genügend produktiven Systems hervorkam und keinerlei Variante desselben mehr dulden wollte. Trauer darüber, dass die Revolution nun einer „platten Kopie" der BRD weicht, die „selbst höchst verbesserungswürdig wäre". Gleichwohl besteht kein Grund zur Nostalgie, denn der Weg führt „von einer Gesellschaft, die auf Grund ihrer Ineffizienz den Anforderungen unserer Zeit überhaupt nicht gewachsen war, in eine Gesellschaft, die ihnen nicht ausreichend gewachsen sein wird". Nun, da die Menschheit um eine Hoffnung ärmer ist, braucht das Volk auch wieder die Literatur. „Gebrauchtwerden deutet immer auf ein Defizit. Sagen wir also: Wir werden wieder gebraucht werden. Leider."

27. Februar 1990

Die Börse signalisiert Nervosität: in Tokio stürzten die Kurse um 2.500 Punkte.

Imre Pozsgay, der schon vor Gorbatschow an der großen Umgestaltung gearbeitet hat, sieht klar, dass aus früheren „Genossen" der Einheitspartei nun politische Rivalen im Mehrparteiensystem werden müssen. Die Polarisierung (mit Extremen) in Ungarn erklärt er mit dem Fehlen einer politischen Kultur unter dem alten Regime. „Es gab eine Oligarchie, in der ein, zwei Personen Politik treiben durften. Und nun wollen wir das Volk dazu bringen, dass es in fünf Minuten seinen politischen Willen bekunde, ja einen politischen Willen habe, wogegen ihm vierzig Jahre lang aufgetragen war, keinen Willen zu haben." Jetzt findet ein verdeckter Kampf US-amerikanischen und europäischen Kapitals um politischen Einfluss statt, der sich in geheimen Subventionen für Parteien äußert. Pozsgay hofft auf europäische Integration. Von den über 700.000 Mitgliedern der USAP sind übrigens nur einige Zehntausend zur neuen Sozialistischen Partei gekommen. — P. war einmal Lektor für ML.

Eric Olin Wright (in „Socialist Review" 4/89) gibt dem Begriff „akademischer Marxismus" zu Recht einen positiven Sinn, der darauf beruht, „dass der Marxismus in der gegenwärtigen Periode eher in akademischen Disziplinen als in

revolutionären Bewegungen als solchen am strengsten artikuliert und ausgearbeitet ist“. EOW ist davon überzeugt, „dass der Marxismus, der aus der gegenwärtien Periode theoretischer Umgestaltung auftauchen wird, nicht nur theoretisch mächtiger sein wird als der Marxismus vom Höhepunkt der Neuen Linken, sondern auch von größerer politischer Relevanz“.

Wo es darum geht, was „marxistisch“ ist am „Analytischen Marxismus“, bestimmt er den Marxismus als „ideale Sprechgemeinschaft“ (Alvin Gouldner), „ein intellektuelles Terrain des Dialogs eher als ein Korpus konsensuell akzeptierter Thesen. Analytische Marxisten arbeiten auf diesem Terrain und nehmen an diesem Dialog teil, selbst wenn sie viele der traditionell verteidigten Thesen umformen.“ (49f) Er nennt „zwei Hauptgründe, warum Marxismus ein wesentlicher theoretischer Rahmen für kritische (radical) Analyse bleibt: 1) die *Fragen*, die im Zentrum des Marxismus stehen, bleiben kritisch für jegliches plausible Projekt radikalen gesellschaftlichen Wandels; 2) der *begriffliche Rahmen*, um diese Fragen zu behandeln, produziert neue gehaltvolle *Antworten*.“ (51) Die Fragen: Entwicklung von Formen der Herrschaft und Ausbeutung, „die ihre Wurzeln in der gesellschaftlichen Organisation der Produktion haben, vor allem in der historischen Epoche des Kapitalismus“. Die Fragen gelten den Bedingungen eines Sozialismus, „durch den kapitalistische Ausbeutung und Herrschaft überwunden werden können“ (51). Daraus folgt ein spezifisch marxistisches Interesse an Ideologie, Staat, Kultur, Geschlecht, Rasse usw. Marxismus als solcher „sex-blind“, was ihn für Feministinnen gerade brauchbar mache. Das ist ein zu statischer Begriff von Marxismus, der irgendeinen Entwicklungsstand festschreibt. Geschlechterverhältnisse im Kontext von Produktionsverhältnissen zu denken, produziert „marxistische“ Begriffe auf diesem Feld, die überhaupt nicht dazu anhalten müssen, die Frage der Frauenbefreiung auf die Klassenfrage zu reduzieren. In anderer Hinsicht geht EOW anders vor, zumindest wo er seinen Analytischen Marxismus vorstellt: „to revitalize Marxism and reconstruct its theoretical power it must enthusiastically adopt the most sophisticated tools of contemporary social science.“ (53) Axiom: es gibt keine spezifisch Marxsche (oder

marxistische) Methode (Jon Elster). Aber das ist unklar. Wenn Methode der zum Ziel führende Weg, ist dieser Weg nicht nur vom Gehen überhaupt, sondern auch von Ziel und Landschaft bestimmt.

In derselben Nummer der „SR“ schreibt Tani E. Barlow über das Tiananmen-Massaker: „der nun offensichtliche Kollaps des chinesischen Sozialismus hat genau die Gruppen und Individuen entfremdet, auf die Dengs Ansatz sich stützte“ (131). Die Vorgeschmack eines „order of conflict yet to come“ (137).

*

Robert Kurz (Herausgeber der Zeitschrift „Marxistische Kritik“, die künftig „Krisis“ heißen soll) in der Märznummer von „Konkret“: Der Zusammenbruch der DDR verweise auf eine „Lebenslüge ...nahezu der gesamten marxistischen Linken“. Er meint damit, dass die befehlsadministrative Wirtschaftsform nicht in der Linie von Marx, sondern der deutschen Kriegswirtschaft aufgebaut war. Da ist was daran. Ich fürchte nur, der Autor opfert eine Lebenslüge einer andern (der seinen). „Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie sagt jedem, der lesen kann, dass ‘Sozialismus’ erstens nur die Konsequenz einer Überentwicklung und Reproduktionskrise des Kapitals und zweitens seinem eigenen Inhalt nach nur die positive Aufhebung des Marktes, d.h. der ‘Ware-Geld-Beziehung’, sein kann.“ Nur... nur! „Die marxistische Arbeiterbewegung“ — wer soll das sein? — habe mit dem „ideologischen Trick“ darauf geantwortet, die Kategorie „Überganggesellschaft einzuführen. Kein Argument zur ökonomischen Sache, nur ein angebliches Marx-Dogma, von dem abgewichen worden sein soll. „Im krassen Gegensatz zum Marxschen Paradigma einer Aufhebung des Marktes beinhaltet das realsozialistische Paradigma somit die logische Unmöglichkeit einer ‘Planung des Marktes’, was ungefähr dasselbe ist wie die Quadratur des Kreises, d.h. Planung in der Form der Nicht-Planbarkeit, Bewusstheit in der Form der Bewusstlosigkeit oder Sehen in der Form der Blindheit.“ Das ist die Ersetzung von Theorie durch Rhetorik. Richtet sich gegen den „viertelmarxistischen Volkswirtschaftler“ Kurt Hübner, der gegen „die theoretisch unbegründete Verwechslung von Markt und

Kapitalismus“ aufgetreten war. Von der bürgerlichen Revolution sagt Kurz merkwürdigerweise, sie habe „das Geld irreversibel in einen fetischistischen Selbstzweck und auf diese Weise die gesamte gesellschaftliche Arbeit in ‘abstrakte Arbeit’ verwandelt.“ Das ist die Verwandlung von zu „kurz“ genommener Theorie in Schamanensprache. Als Kostprobe, die exemplarisch analysiert werden könnte), genügt im Grunde die denunzierend gemeinte Aussage, es sei „die gesamte gesellschaftliche Arbeit in ‘abstrakte Arbeit’ verwandelt“ (als würden keine Gebrauchswerte mehr produziert bzw., was dasselbe sagt, keine konkret-nützlichen Arbeiten mehr geleistet). Im Namen einer Gebrauchswert-Ökonomie liest er den gegenwärtigen Umbruch folgendermaßen: „nach 70 bzw. 40 Jahren Stechschritt-Ökonomie der Übergang von kriegswirtschaftlichen Formen des Mehrwert-Prinzips zum stinknormalen Kapitalismus“. Szenario: „Osteuropa wird ...in die 3.Welt entlassen. Wenn die ideologischen Staubwolken der Demokratisierungs-Euphorie und der als Wundermittel gepriesenen Marktwirtschaft sich gelegt haben wird, wird ein Panorama der Verelendung und Barbarisierung sichtbar werden.“

Könnte es sein, dass eine neue Zeit linker Sekten anbricht?

28. Februar 1990

Karl-Otto Apel hat in Gorbatschow den „Diskursethiker“ entdeckt. Da ist etwas dran, und zwar genau das, was sich an der „Diskursethik“ mit den praktischen Formen einer zivilgesellschaftlichen politischen Kultur berührt, aber dann ins symbolische Zankkapital einer Philosophenschule eingegliedert wird. „Als ich im Fernsehen sah, wie Gorbatschow in Litauen verzweifelt um Zustimmung warb, merkte ich sofort: das ist ein Mann des Diskurses. Und derselbe Mann schickt das Militär nach Aserbaidschan? Das ist Teil B der Ethik.“ (In Teil B geht es um die Einzelnormen, während Teil A die kommunikative Prozedur der Normierung normiert.) „Der Zusammenbruch des staatssozialistischen Systems hat Apel in seinem Optimismus noch bestärkt“, schreibt Patrick Bahners in seinem witzigen Kongressbericht, „der neue Frühling der Menschheit fordert endlich alles vor die Schranken des Diskurses: ‘Ich rufe mit Mao: Lasst hundert Gespräche blühen!’

Doch Apel ...verspricht die reale Verwirklichung einer regulativen Idee, das Himmelreich auf Erden.“ Die Botschaft des Hans Jonas habe dagegen gelautet: Keine neue Ethik sei nötig, aber ein liebevoller Blick auf unsere alte Welt sei möglich.

#tb#1. März 1990

Mit großer Schnelligkeit (und fast einstimmig) hat der Oberste Sowjet Eigentum neu geregelt und das politische System auf ein Präsidialregime à la USA und Frankreich umgestellt. Beide Gesetze sanktionieren Machtverlagerungen: die Regierungsmacht von der Partei auf die gewählte Staatsführung, die Wirtschaftsmacht vom Staat auf die unmittelbaren Akteure, bis hin zu den neuen Privaten.

Auf der Reise zur Ferienuniversität der „Kritischen Psychologie“ in Fulda las ich unsere Kontroverse von 1983 nach (in „Forum Kritische Psychologie“, Bd.11). Der Konflikt war ausgelöst durch Thesen des Projekts Ideologie-Theorie, die über Frigga in Teile der Frauenbewegung Eingang gefunden hatten. Zuvor waren von der SEW drei Mitglieder des PIT ausgeschlossen worden. Wir kritisierten Vergesellschaftung-von-oben und trafen damit ziemlich genau das Organisationsprinzip des Realsozialismus.

In meiner Antwort auf Ute Osterkamp wandte ich mich gegen Marxismus als Monopolbesitz. Gekämpft wurde um die Unterscheidung zwischen Despotie und Selbstdisziplin. Für Ute bedeutete Handlungsfähigkeit unter allen Umständen „Unterstellung..., um so zwingender, je bedeutender die Ziele“. Ich anerkannte natürlich die „Notwendigkeit sozialistischer Staaten in der militärischen Bedrohung unter Bedingungen der Systemkonkurrenz“; aber damals genügte dieses Zugeständnis den Anhängern dieser Staaten nicht, und heute sehe ich, dass ich das Ausmaß verkannte, in dem die Militarisierung sich gegen den *inneren* „Feind“ richtete.

Rückblickend kaum zu glauben, dass es nicht zum völligen Bruch gekommen ist.

Aber ein Jahr später war ich als Redner zum „Internationalen Kongress für Kritische Psychologie“ geladen und sagte u.a.: „Die Kompetenz in der umfassenden Inkompetenz — das ist die *allgemeinste ideologische Individualitätsform*. ...Den schärfsten, schmerzlichsten Ausdruck haben nicht grundlos Dichter aus sozialistischen Ländern der Problematik gegeben.“ Ich sprach von Aitmatows „Mankurt“ als Gleichnis fürs verstaatlichte Individuum usw.

2. März 1990

Bei der Ferienuni diskutierte Uwe Sauermann von der MLU Halle, der dort an der MEGA mitarbeitet. Er betonte den „gesamten Marx“, konnte aber der Versuchung nicht widerstehen, seine Forschungsspezialität dafür einzusetzen: an seiner Abteilung hat man vor, ein von Marx 1857 (Einleitung zu den *Grundrissen*) in Form eines Gliederungsentwurfs angekündigtes Gesamtwerk aus Manuskripten zu konstruieren (man kann nicht sagen: zu rekonstruieren, da es diese Schrift so nie gegeben hat). Dieser „gesamte Marx“ soll nun der wahre Jakob sein, was als Reaktion auf den tendenziös zensierten Marx von bisher verständlich ist. Ich halte dagegen, dass jener Aufbauplan gar nicht verwirklichbar war, dass er auf Annahmen beruhte, die Marx alsbald revidieren musste. — Die Diskussionen der nahen Zukunft unter den verbleibenden Marxisten werden nicht einfach sein.

A propos, Marxisten: Gegen Ende der Diskussion sprechen sich einige Teilnehmer gegen die Zumutung aus, Marxisten zu sein. Ich vermute, es sind ehemalige Kommunisten. Marxistische Theorie, sagte eine Studentin, das sind Begriffsinstrumente, die man sich aneignet, soweit sich herausstellt, dass sie zur Analyse von Wirklichkeit taugen. Das war zweifellos eine aufgeklärte Position. Aber mir schien, sie hing noch immer im Imaginären der Aufklärung: in der Illusion vom souveränen Subjekt, dem das alles äußerlich bleibt. Ich plädierte dafür, zu sehen, dass man sich verändert, indem man sich in ein Projekt von der Art des marxistischen hineinbegibt. Ich bereute meine Bemerkung alsbald, denn ich hatte damit eine, wie ich fand, scholastische Diskussion angestoßen. Klaus Holzkamp wandte sich gegen den „Voluntarismus des Ich-bin“, das mochte abstrakt richtig

sein, aber wie sollen sich diejenigen nennen, die eine marxistische Theoriekultur aktiv mittragen?

3. März 1990

Hans Brender, der Altkommunist, der auf die Achtzig zugeht, war ins Hotel gekommen, um mit uns zu frühstücken. Er erzählte von seinem Leben, vom alten Institut für Sozialforschung, von seiner Freundschaft mit Werner Hofmann, dem er, entflammt von den eben veröffentlichten „Pariser Manuskripten" des jungen Marx, marxistisches Denken vermittelt hatte. An der neuen „Volkszeitung" kritisierte er, dass sich die Redakteure nicht mehr als Sozialisten bekennen wollten. Den Zusammenbruch des autoritären Staatssozialismus findet er befreiend und sieht die Chance zu einem Neuanfang. Aber in dieser allgemeinen Unsicherheit müsse man sozialistische Orientierungen vertreten.

*

Von Sloterdijk, der jedes Laster nur anklagt, um ihm im *off* der Anklage alsbald zu frönen, eine gekonnte Rede an die deutsche Nation: „Deutsch ist ja, wie jedermann weiß, eine Sprache zum Bestellen von Socken aus Taiwan" — und gleich weiter im Text, in imitiertem Bloch eine ganze Kultur zugleich verwertend und für inexistent erklärend, falscher Büßergestus: „hingegen war vom Deutschen als einer Sprache, die zum Abenteuer des Klügerwerdens einlädt, seit Generationen wenig zu hören." Nun aber endlich zur Politik: „Deutsche Normalität — das klang im Westen wie ein Synonym für Tourismus und immerwährende Zahlungsbilanzüberschüsse; das war im Osten gleichbedeutend mit erloschenen Gesichtern von Grenzposten, die das alkoholisch athletische Reich des verwirklichten Sozialismus vor dem Überlaufen schützten."

Er zeigt keine Klassen- oder sonstige Interessenkämpfe, sondern „Klugheit und Dummheit", die „das nächste deutsche Kapitel ... um die Wette schreiben". Wieder einmal lügt hier Intelligenz sich in die Tasche mit Sätzen wie diesem: „Und schließlich, wie lange ist es her, dass Menschen in Mitteleuropa das Gefühl haben

konnten, Intelligenz sei auf lange Sicht das einzige, was vielleicht doch nicht unterdrückt werden kann?“ Das ist der Schlusssatz.

Die Rede im Dezember gehalten, von westdeutschem Standpunkt und noch in der „Aussicht darauf, eines Tages neben einem etwas sympathischeren, etwas normaleren, etwas kooperativeren deutschsprachigen Nachbarstaat zu leben — warum nicht neben einem preußischen Österreich? ...noch mehr zu fordern, könnte sich wieder als Teil eines bösartigen Versprechens erweisen, das die Zerstörung Europas in Kauf nimmt, um eine großdeutsche Phantasie weiterzuspinnen.“ Ähnliches hatte ich damals gehofft.

Auf der Rückreise von der Ferienuni, im Stau der Transitautobahn, las Frigga Wolf Biermanns Artikel aus der gestrigen „Zeit“ vor. Der spricht eine andere Sprache!

„Nun zog Gorbatschow den Eisernen Vorhang hoch, und nun fallen die verfeindeten Brüder und Schwestern liebeswütig übereinander her.“ Dadurch fühlt auch er sich um eine Hoffnung ärmer gemacht. „Es ist aus mit dem eigenen Weg der DDR. Es gibt nur zwei Minderheiten, die noch an einem sozialistischen Versuch interessiert sind: die Machthaber von gestern und ihre bevorzugten Opfer von gestern: linke Christen und radikale Linke.“ Biermanns Sympathie gilt den „Rivalen Bärbel Bohley und Gregor Gysi. Aber die Bohley hat zu wenig machtpolitischen Verstand im Herzen. Und der junge Advokat Gysi hat als Konkursverwalter zu viel Herz im Gehirn.“

Die Aufregung über den „Luxus“ der Politbürokraten — ein Witz! „Jeder zweite Apotheker in Altona, jeder dritte Kaufmann in Hamburg lebt luxuriöser.“ Nicht ungerechte Verteilung war das Grundproblem, sondern die Unproduktivität des „Bonzen-Systems“.

Was jetzt die Straße dominiert, schildert B. als die feige Masse, die den Zement des alten Regimes gebildet hat und nun doppelt laut schreit, um den inneren Stasi-Apparat zu überschreien, „die verdrängte Scham des gelernten Untertanen über seine selbstverschuldete Unmündigkeit“. Kurz: „Die übergeduldigen Opfer des

totalitären Regimes fordern jetzt den totalen und sofortigen Anschluss an die Bundesrepublik.“

Biermann erlebt die Wiedervereinigung „wie ein brutales Rührstück“, worin der Reiche aus dem Westen seine arme Cousine aus dem Osten heiratet, nicht ohne ständig herumzuposaunen, wie bankrott sie sei. Ach Biermann, wie gut tut das, wenn Du die Lügen zum Platzen bringst. Denn im Weltvergleich gehört die DDR noch immer zum kleinen Club der Reichen, und Honecker, wenn er sie als „blühendes Land“ feierte, log mit einer Halbwahrheit. „Aber Kanzler Kohl und seine Wiedervereinigungshaie lügen noch frecher mit der anderen Hälfte: die DDR ein wertloser Schrotthaufen, der ohne den sofortigen Anschluss an die Bundesrepublik nicht zu retten sei.“ Biermann schlägt vor, die kaputtere Tschechoslowakei, das „munter am Stock“ gehende Ungarn, Polen, „das betende Elend“, und die an Hammer und Sichel nagende Sowjetunion gleich mitanzuschließen. „Von Äthiopien aus gesehen, ist das alles zynischer Kikifax.“ Aber nicht von den betreffenden Ländern aus gesehen.

Das „Affenglück“, auch mal in der Mehrheit zu sein, „Václav Havel genießt es dieser Tage“, wie auch Biermann, als er am 1. Dezember zum Konzert nach Leipzig fuhr, „der Duft eines dermaßen flüchtigen Glücks in die Nase“ stach. Nun, da „die Leute auch nichts mehr hören wollen von einem Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, muss er sich das Mangelgefühl ausreden und übt sich in angestrengter Anti-Nostalgie: „Ja, schade, aber auch ein Glück. Sogar der ordinärste Anschluss an die Bundesrepublik ist immer noch besser als alles, was vorher war.“

Was die Perestrojka angeht, so hält Biermann sie für gescheitert, zumindest klingt es so: „Die Sowjetunion zerfleischt sich sowieso, das Riesenreich zerfällt in seine Bestandteile. Zehn oder zwanzig neue Staaten werden entstehen, solide miteinander verfeindet.“ Ich hoffe, er hat unrecht, und ein zivilisierter Staatenbund geht aus der Umgestaltung hervor.

*

„Chemiker“ nennt man in der Sowjetunion Kriminelle, die im Zuge der Resozialisierung unter Bedingungen sogenannter „Freiheitsbeschränkung“ in der Produktion arbeiten. Im Kriminellenjargon soll sich dafür der Ausdruck „in die Chemie schicken“ herausgebildet haben. Laut F.-C.Schroeder schwankt ihre Zahl um 140.000.

5. März 1990

Das typische Drama dieser Tage beschäftigte drei Tage lang die Medien, die Polizei, die Gemüter: Einem Telefonanruf war zu entnehmen, irgendwo in Leipzig seien drei Kleinkinder in einer fremden Wohnung verlassen und eingeschlossen und gingen dem Hungertod entgegen, falls sie nicht umgehend gefunden würden. Bis dann gestern zwei elfjährige Mädchen gestanden, den Anruf fingiert zu haben.

Das brachte Frigga dazu, mir einen ähnlichen Streich von Inas 13-jährigem Sohn zu erzählen. Angespornt von zwei Klassenkameraden hatte er im Namen seiner Klassenlehrerin einen Notarztwagen bestellt und den Ruf später als besonders dringlich wiederholt. Ina muss 1.000 Mark Strafe zahlen.

Im Material des Umbruchs organisierten diese Kinder ihre Streiche mit einem genauen Gespür für sozial verletzliche Stellen. Im Fernsehen war oft genug davon die Rede gewesen, wie lange in Notfällen auf den Notarztwagen gewartet werden musste.

*

In der Sowjetunion wird gewählt. Die Pravda vom Samstag hat die „Demokratische Plattform“ der „linken“ Parteiopposition um Jelzin und Afanasjew veröffentlicht. Der Text war am 21. Januar auf einer Konferenz von Parteiklubs beschlossen worden. Er überholt die „Plattform des ZK“, die bereits wesentliche Forderungen der Opposition aufgenommen hatte. Den wenigen Informationsbruchstücken in der FAZ lässt sich nicht viel entnehmen, außer dass es um eine KP „parlamentarischen Typs“ ohne „Vorreiterrolle“ gehen soll. Die Pravda soll eine

Diskussion zwischen Sprechern der beiden Richtungen gebracht haben, in der sich eine Parteispaltung abzeichne. Der Historiker Sogrin (?) habe die „Demokratischen Kommunisten“ als „Liquidatoren“ bezeichnet (eine der in den Parteikämpfen seit Generationen immer wieder auftauchenden Charaktermasken), die der Meinung seien, die Partei solle „von der geschichtlichen Bühne abtreten“.

*

Frank Deppe (in „Sozialismus“ 2/90) bildet den Umbruch so ab, dass der mit der Oktoberrevolution begonnene Weg „historisch endgültig abgeschlossen“ sei. Das beinhaltet die Absage an Gorbatschows Anspruch, gerade dort, wo Lenin die Führung abgeben musste, wieder anzuknüpfen, also die „zweite russische Revolution“ durchzuführen. Eher akzeptiere ich folgenden Satz: „Das heißt, das Politikmodell, das auf die Verstaatlichung der wesentlichen Produktionsmittel, auf den Typus zentraler Planung und die politische Herrschaft einer Partei zentriert ist, ist ein für allemal erledigt.“ Die Formel vom Dritten Weg dränge sich auf, müsse aber „inhaltlich gefüllt und ausgewiesen werden“, das sei jetzt die Aufgabe.

*

Pit Kisker begreift die aus der Oktoberrevolution hervorgegangene Gesellschaftsordnung als „Feudosozialismus“, d.h. als „Mischsystem aus Feudalismus und Sozialismus“. Das Feudalismusförmige arbeitet er nicht weiter heraus, spricht nur einmal en passant vom Politbüro als absolutistischem Herrscher.

Sieht er die Weichen zum Stalinismus mithin bereits 1917 gestellt, so bedeutet dies doch keinen Widerruf der Oktoberrevolution: „Die Alternative hieß nicht Sozialismus oder bürokratisch-demokratische Republik, sondern Versuch eines Sozialismus oder Errichtung einer reaktionären, volksfeindlichen Militärdiktatur. Es sind also keine subjektiv anzulastenden Fehler, es sind die objektiven Bedingungen, die es selbst für einen Lenin unmöglich machten, auf einem zwar zerfallenden, aber noch nicht überwundenen Feudalismus ohne ursprüngliche Akkumulation und vor

allem ohne das Bewusstsein eines demokratisch geschulten Volkes einen Sozialismus aufzubauen.“

Kisker lehnt den Begriff „Dritter Weg“ mit dem Argument ab, er impliziere „die Vorstellung einer Alternative zwischen Kapitalismus und Feudosozialismus. M.E. gibt es nur einen Weg, und der führt über den Kapitalismus hinaus zum Sozialismus. Dies scheint mir die bittere Lehre der Ereignisse im ehemaligen Ostblock.“ Der Begriff „moderner Sozialismus“ wird als „weit ausdeutbar und daher unbestimmt“ abgelehnt; er „suggeriert, dass es bisher einen Sozialismus gegeben habe, der jetzt zu modernisieren sei“.

Mir ist der Begriff „Feudosozialismus“ zu metaphorisch.

6. März 1990

Aus Halle schreibt André über die SPD-Wahlveranstaltung auf dem Markt: „die Massen waren wie hingerissen, J.Rau — ein ‘Heiliger’, der sich ganz gut zu verkaufen wusste (auch mit Vergötterungsbild)“. Zum Beleg erhalte ich zwei Postkarten mit farbigem Hochglanzfoto von Johannes Rau. Sonderbarer Wahlkampf. Willy Brandt hat am Samstag in Gera die Bedrückung ausgesprochen, die sich auch in SPD-Kreisen der Menschen bemächtigt hat.

André: „NAZIS RAUS! in der Bahnhofsunterführung Halle neben ES LEBE DIE FREIHEIT UND DER SOZIALISMUS — (RFH) (Rote Front Halle?); etwas später ist das Wort ‘Sozialismus’ gestrichen, vor NAZIS steht nunmehr ANTI-. 3 REPs aus Halle konnten letzte Woche einen SPD-Mann blutig schlagen — mitten in der Geschäftsstraße, 100-te sahen zu, liefen vorbei --, sie zogen ihn an den Beinen einige Meter bis zum Leipziger Turm, von wo man ihn u.a. mit Knochenbrüchen, 2 ausgeschlagenen Zähnen, in ein Krankenhaus brachte. Und der ‘Witz': 2 Volkspolizisten kamen ‘plötzlich’, als sich der Mann nicht mehr wehrte und die REPs von ihm ließen, nahmen ein Protokoll auf — und das war's. So ein Bericht in der ‘Freiheit'. In unserer Rechtssprechung gibt es noch ‘unterlassene Hilfeleistung’ als strafbar... Der Grund übrigens für die Aktion: ‘das Schwein’ wolle

doch nur wieder 'Scheiß-Sozialismus'...“

Die Wahlerklärung der SPD Halle enthält 6 Teile in folgender Reihenfolge: „Demokratischer Staat — Familienpolitik — Gleichberechtigung — Sozialpolitik — Gesundheitswesen — Landwirtschaft“. Nichts über Wirtschaftspolitik. Zum Staat äußert sich die Plattform liberal und rechtsstaatlich. Der Passus zur Familienpolitik beginnt mit der Versicherung, dem Zusammenleben keine festen Leitbilder vorgeben zu wollen, „nicht das der erwerbstätigen Frau, nicht das traditionelle Familienbild“ (da fast alle erwerbsfähigen Frauen auch tatsächlich erwerbstätig sind, ist das ein filziges Abrücken von der Emanzipation). Die Individuen werden angerufen als freie Wähler ihrer „Lebensform“. „Wir wollen die Familie stärken.“ Nichts Konkretes zu Fragen wie Kinderkrippen, Schulessen u.dgl. Umfangreicher ist der Passus zur Gleichberechtigung, der noch einmal die Lebensformen, die Geschlechter, dazu „die Angehörigen ethnischer, religiöser, sexueller und kultureller Minderheiten vor Diskriminierung und gesellschaftlicher Isolation bewahren will“. Die Hälfte dieses Passus gilt der Frauengleichstellung in einer zu diesem Zweck veränderten „partizipativen Gesellschaft“. Zur Sozialpolitik: Solidarität, Hilfe zur Selbsthilfe, betriebliche Sozialpolitik (Privatisierung?), unabhängige Betriebsräte, staatliche Wohnungspolitik. „Dazu gehört auch, der Spekulation mit Boden und Wohnraum vorzubeugen.“ (Aber wie, bitte? Wenn Kauf und Verkauf von Boden und Wohnungen freigegeben sind, wie will man dann spekulative, d.h. auf Wertzuwachs rechnende Motivationen ausschalten?) Im Gesundheitswesen will man „die unentgeltliche medizinische Versorgung beibehalten“. Hier hat die SPD die Spendierhosen an. Schließlich die Landwirtschaft: „wie in allen Wirtschaftsbereichen Betriebe aller Eigentumsformen“ (von den andern Bereichen war nicht die Rede). Die „vorwiegend genossenschaftlichen Betriebe“ als gute Bedingung ökologischen Wirtschaftens. Hier die Ökologie subsumiert: „Der Wald muss vor der Vernichtung durch Schadstoffe gerettet und in seinem Bestand gesichert werden.“ (Muss! Ohne Wie.)

Im „Wochenblatt“ der SPD Halle vom 22. Februar werden zwei Vorträge von Carl Christian von Weizsäcker referiert, die dieser am 20. und 21. Dezember in Halle gehalten hat: gestützt auf Poppers „Offene Gesellschaft und ihre Feinde“ (da ist ein Feindbild enthalten), das Lob der Marktwirtschaft. Er fragt nach *Koordinationsmechanismen* der Arbeit. „Davon gibt es, wenn man es durchdenkt, genau zwei.“ Einen vertikalen, nämlich Hierarchie oder Plan, und einen horizontalen, nämlich Markt. Jede entwickelte Volkswirtschaft braucht *beide* Koordinationsmechanismen, und bisher hat man im Realsozialismus versucht, mit nur einem der beiden auszukommen. Das baute den Ehemaligen eine Brücke, sie konnten sich im BRD-Muster aufgehoben fühlen. In der Planwirtschaft drücken die vielen Knappheiten auf die Effektivität, in der Marktwirtschaft steigern sie diese, denn deren Prinzip ist „die Verwandlung der sozusagen naturwüchsig vorhandenen vielen Tausenden von Knappheiten in die eine Knappheit, nämlich die Knappheit an Geld.“ Manches wunderbar einfach und versöhnend: „Und durch den weltweiten Wettbewerb wird privates Eigentum quasi (!) vergesellschaftet (!), d.h. ‘wenn der König Kunde ist, bedeutet die Profitorientierung zugleich die Gemeinwohlorientierung'.“ Das Zitat im Zitat stammt von Weizsäcker, der Text drumherum von den Referenten, die man an ihrer Übersetzungsleistung („quasi vergesellschaftet“) als umgedrehte ML-isten zu erkennen meint.

R.Mocek wird zitiert mit den Worten: „Ich habe von keinem unserer Ökonomen in der DDR eine so klare Konzeption in den letzten Tagen gehört.“ Zur Perestrojka soll Weizsäcker gesagt haben: „Demokratie ohne Marktwirtschaft führt ins Chaos... Gorbatschow hat nur die Wahl zwischen Honecker und Ungarn.“ Keine Demokratie ohne Kapitalismus?

7. März 1990

Missbilligt von den westdeutschen Unternehmerparteien hat die Volkskammer auf ihrer letzten Sitzungsperiode vor den Wahlen Gesetz um Gesetz verabschiedet, vor allem ein Gewerkschaftsgesetz, welches dadurch, dass es die Aussperrung als Unternehmerwaffe verbietet, laut Bundesregierung die Marktwirtschaft gefährdet.

Dazu eine Sozialcharta, die den „Fremdkörper“ des *Rechts auf Arbeit* enthält. Zum Schluss wurde Hans Modrow, dieser redliche Geschäftsführer der Herrschaftsübergabe, „als Mensch und als Politiker“ gefeiert.

*

„Sowjetunion heute“ bringt die Zusammenfassung eines vieldiskutierten Artikels von Alexander Zipko, der zeigen will, dass der Stalinismus im Marxismus wurzelt. Er möchte verhindern, dass die „Hypothese von einem konterrevolutionären Stalinschen Umsturz“ dazu genutzt wird, „den Namen Stalin und zugleich seine ganze politische Praxis, seine Vorstellung vom Sozialismus aus der Geschichte des Marxismus zu streichen“. Ich folge ihm darin, weil diese Ausgrenzung die notwendige Selbstveränderung des Marxismus blockieren würde.

Zipko wirft der im Zuge der Perestrojka üblich gewordenen Kritik an Gleichmacherei und Kasernenhofsozialismus vor, dass sie „nie die strukturellen Ursachen“ analysiere, die in dem Projekt zu suchen sei, „einen demokratischen, nicht-kasernenstaatlichen Sozialismus auf einem waren- und marktlosen Fundament aufzubauen“. Die Bekämpfung von Ware-Geld-Beziehungen führte zwangsläufig zu autoritären Regimes. Marx fehlten für die Analyse dieses Zusammenhang die inzwischen gemachten historischen Erfahrungen, und Lenin wurde sich des Problems erst kurz vor seinem Lebensende bewusst. Insofern sei Stalin ein typisches Produkt des damaligen marxistischen Milieus gewesen. In seinen Texten sei er „nie über die Binsenweisheiten des Marxismus hinausgegangen“. Nur folgende Abweichungen seien spezifisch für ihn: 1) Partei als „Kreuzritterorden“; 2) Verwandlung der Individuen in Rädchen eines Mechanismus; 3) These von der Verschärfung des Klassenkampfes beim Aufbau des Sozialismus.

Durch das Projekt der Bewusstseinshebung der Avantgarde „ließen die Marxisten jener Zeit ganz ungewollt die Macht der Revolutionsführer über die Menschen ins Unermessliche steigen. Unter extremen Bedingungen konnte die Überzeugung,

dass sie die einzigen Kenner der Wahrheit sind, als Rechtfertigung von Gewalttaten dienen.“ Aber das ist zu unspezifisch, weil es die Superkompetenz des GenSeks, des Generalsekretärs übergeht und die Verletzung der Regeln der Wissenschaft (d.h. der Produktion, Zirkulation und Applikation von Wissen). Um den Stalin-in-uns zu identifizieren, konfiguriert er eine Reihe von Dichotomien: bewusst vs. spontan, Individuum vs. Gesellschaft, Zukunft vs. Gegenwart, wissenschaftliches vs. Alltags-Bewusstsein bzw. religiöses Bewusstsein, Kollektivismus vs. Individualismus, allgemein-menschliche vs. klassenbedingte Moral usw. Das ist Kraut und Rüben.

Bestimmte Züge führt er zurück auf Plechanows Vorstellung einer besonderen revolutionären Moral, die dann von Trotzki radikalisiert worden ist. Weitere Wurzeln sind: der negative Mythos des Kleinbürgerlichen; die Intoleranz vieler Bolschewiki, ihre Gewalt- und Opferbereitschaft; die Neigung zu Romantischem in einem Land, das nicht durch die „nüchterne Lehre des Kapitalismus gegangen war“, wo alles gleich dem Maximalismus und Extremismus verfalle; das Fehlen von Kriterien, Ideen realistisch zurechtzurücken. Trotzki war Stalin im Extremismus voraus. Er zitiert den exilierten Sänger Fjodor Schaljapin, der die Perspektive revolutionärer Umgestaltung an sich akzeptierte, sich jedoch dagegen wandte, „dass unsere russischen Baumeister sich nie dazu herablassen konnten, ein normales menschliches Gebäude nach einem vernünftigen menschlichen Plan zu konzipieren, sondern stets bestrebt waren, einen ‘himmelhohen Turm’ — den Turm zu Babel — zu bauen.“ Blut ein Lieblingswort von Stalin wie von Trotzki.

Fragwürdigerweise betont Zipko bei Stalin mehr das Linksradikale als die Logik der Staatsmacht. Auch er denkt also gleichsam mit dem Rücken zum Staat, auch allzu direkt auf Linie und im Kräfteverhältnis des historischen Moments. So verfehlt er den archimedischen Punkt eines zivilgesellschaftlichen Marxismus, von dem aus diese alte Welt sich aus den Angeln heben lässt. Denn da taucht bei ihm die alte Welt der Spaltungen auf einem Boden und nach einer Logik wieder auf, die einmal den Stalinismus hervorgebracht haben.

7. März 1990 (2)

Brigitte Seebacher-Brandt in der FAZ: Marx ist „seinen zweiten Tod gestorben". Stillage: Orangensaft mit Sekt. „Nun ist die DDR tatsächlich dahingegangen, und der Marxismus hat realiter nachgeholt, was idealiter längst geschehen war — er hat das Lebenslicht ausgehaucht." Aber Vorsicht! Unter anderem Namen geht die Geschichte weiter: „Nicht verschwunden ist die Versuchung, nach der anderen und der besseren Welt zu suchen." Eine *Versuchung*, die Welt verbessern zu wollen.

Etwas Missionarisches in dieser negativen Botschaft, der Versuchung zu widerstehen, die Welt verändern zu wollen. Da ist mir die unumwundene „Revolution des Ja", der Dezisionismus des Einverständnisses, die entschlossene Affirmation eines Bazon Brock lieber. Hier dagegen macht jemand aus der Perspektivlosigkeit einen inneren Kirchentag (nicht ohne Seitenhiebe auf Epplers sozialethisches Engagement auf wirklichen Kirchentagen).

Das ideelle Ende des Marxismus verlegt sie an die Wende zu den 80er Jahren mit dem Argument: „Das Gefühl der Bedrohung der Umwelt und die Angst vor atomarer Zerstörung fanden in der Lehre des Karl Marx keinen Halt mehr — trotz der theoretischen Bemühungen von Iring Fetscher". Als wären der Einzug menschheitlicher Vernunft und Solidarität in die Gestaltung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, damit die Blockierung des Umschlags von Produktivkräften in Destruktivkräfte nicht genuin Marxsche Ideen. Jedenfalls denkt sie, das apokalyptisch werdende Gefahrenbewusstsein habe als Stützpunkt für Marxismus nurmehr die DDR und ihren ML übriggelassen. Der Logik ihrer Erzählung hilft sie nach, indem sie den Marxismus-Leninismus in einfachen Marxismus umnennt. Damit wird der ML zum positiven Bezugspunkt westlich-marxistischen Denkens, das dieser doch als „Hauptfeind" bekämpft hatte. Das ist eine Umfälschung der Zusammenhänge. „Es blieb jener Marxismus, der das Herrschaftsgefüge der DDR legitimierte — hinter Mauer und Stacheldraht und damit uneinsehbar (?) und an der Wirklichkeit nicht zu messen. Er blieb ein Bezugspunkt für die Linke".

Damit ist der Rahmen gezeichnet, worin sie mich auftreten lässt: „Wolfgang Fritz Haug, der Treuesten einer, sprach auf einem Podium in der Humboldt-Universität von 'Selbstzweifeln'." Das scheint ihr einer Art Geständnis gleichzukommen. Die „Treue" könnte ich annehmen, gründete sie nicht auf einer Verwechslung mit Robert Steigerwald und verkehrte sie nicht meine Haltung ins Gegenteil, aus der Ketzerei der Erneuerung ins geistige Abonnement auf die DDR. „Es hatte des Massenexodus und des Verfalls aller Ordnung bedurft, bis Marxisten — ihrer Sache gewiss über Jahrzehnte hin — innehielten." Offenbar versteht sie meine Zweifel als Innehalten im Marxistsein, fast schon als Konversion.

Ihrer Historisierung der Neuen Linken und des Dritten Wegs, wie immer zurechtgebogen, lassen sich Einblicke abgewinnen. Sie beginnt beim Studentenkongress gegen Atomrüstung vom Januar 1959. — Er war übrigens entscheidend für die Gründung des „Argument". Die Resolution für eine Konföderation der beiden deutschen Staaten, ein Konzept, das Ende 1989 bei Helmut Kohl wieder auftauchen sollte, führte zur Verstoßung des SDS durch die SPD, zugleich zur Spaltung des SDS in drei Strömungen, schuf damit die politische Anordnung der intellektuellen Linken, worin (und immer auch wogegen) ich meinen Weg gehen und meine Aufgabe finden würde. — Die Konföderationsidee von 1959 liest sie als Geburt der Idee des Dritten Weges. Ältere Wurzeln und Traditionen dieser Idee — Otto Bauer, Togliattis Vorstellungen usw. — lässt sie außer acht.

Richtig sieht sie, dass die Tatsache, dass der Marxismus 1959/60 auf westdeutschem Boden „politisch heimatlos" wurde, eine Voraussetzung für seine Aneignung durch die Neue Linke wurde, wodurch diese erst zu sich selbst fand. Dabei aber kurios, wie sie die Godesberger Verabschiedung von den Resten eines sozialdemokratischen Marxismus und den Ausschluss von Wolfgang Abendroth aus der SPD deutet: „Lange bevor die Geschichte unserer Tage die Kommunisten unendlich viel leidvoller belehrte, zeigte das Beispiel: Marxismus und Demokratie sind nicht auf einen Nenner zu bringen." Intentionen, Normen und Tatsachen

fallen bei ihr zusammen — wie bei den von ihr so verworfenen Kommunisten. Die Verdrängung des Marxismus ist unmittelbar dessen Widerlegung. Die Macht hat recht. Entsprechend deutet sie den Zusammenbruch der SED-Herrschaft als eine Art Parteiausschluss von Marxisten.

8. März 1990

Heute bei einer Tagung der Akademie-Historiker um Wolfgang Küttler. Es ging darum, in den Trümmern des ML die Formationstheorie, die in diesem Kreis besonders substanziell gepflegt worden war, zu prüfen. Hans Peter Jaeck — beherrscht, gedrängt und gehaltvoll sprechend — begann mit dem Bild einer Karikatur, die er an der Bushaltestelle gesehen hatte: Da kramt einer im Müll, und darunter steht: „Was ist noch brauchbar?“ Als aufzugeben bestimmte er den deterministischen Tenor der „notwendigen und unvermeidlichen“ Folgen. Bei Marx sah er „den Spielraum des Möglichen“. Selbst im „Vorwort“ von 1859, dem „am meisten deterministischen“ Text, heiße es weder, dass der Sozialismus zwangsläufig aus dem Kapitalismus folge, noch tauche er im Katalog der „progressiven Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation“ auf; Marx sage nur, dass „die im Schoß der bürgerlichen Gesellschaft sich entwickelnden Produktivkräfte zugleich die materiellen Bedingungen zur Lösung dieses Antagonismus schaffen“ (MEW 13, 9). Jaeck sprach davon, dass der Rückgriff auf den authentischen Wissenschaftler Marx jahrelang der Gewinnung von Freiräumen gedient hatte. (Lenin zu zitieren, war operativ wichtiger als Marx, sagte mir Küttler in der Pause.) Das war aber nicht bloß ein Umweg, den man heute einsparen könnte, Marx bleibt einer der wichtigsten Geschichtsdenker, fuhr er fort. Jaeck, der die Marxsche „Erklärungsmethodik“ erforscht, liest den Begriff „Formation“ prozessual; das Gebilde bleibt immer in Bildung begriffen. Außerdem gewinnt er dem Begriff einen allgemeineren Sinn ab, wie schon Marx in der „Deutschen Ideologie“ von Ideenformationen oder solchen des Verkehrs gesprochen hat. Insgesamt geht es um den Prozess der historischen Formierung gesellschaftlicher Verhältnisse. Die allgemeintheoretischen Aussagen haben ausschließlich

heuristischen Status. Die Abfolge der Gegenstände im „Kapital“ versteht er als „quasi-historische Version von Systembeschreibung“. (Ich glaube, das können wir mit unserm Paradigma genetischer Rekonstruktion — aus Handlungsnotwendigkeiten in bestimmten Verhältnissen — besser.)

Wie Marx wohl, fragte Jaeck, den Sturz des „starken“ DDR-Regimes untersucht und geschildert hätte! Und wie die Funktionsweise des „Demokratischen Zentralismus“!

Unsanftes Erwachen aus dem ideologischen Imaginären — soweit jemand sich darin hielt (ein bisschen tat das jeder). Der „Realsozialismus“ in die „Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft“ zurückversetzt, womöglich noch hinter den Kapitalismus!

Scholastische Endmoränen. Die alte Vorstellung: „Wahrheit“, verstanden als eine intensive Art von „Bewusstsein“, geht als *input* in den Apparat. Die Erfahrung besagt, dass als *output* Entfremdung rauskommt. Das Ganze ist das Falsche: die Prozedur und alle Instanzen.

Wolfgang Eichhorn stellte sich mir vor als „der, den Sie mal kritisiert haben“. Damals, vor rund zehn Jahren, war es um das Materiebekenntnis gegangen, das er dem Bewusstsein als Entscheidung der „Grundfrage“ abverlangte. Jetzt wollte er den Status des Formationsbegriffs „ins Transzendentale im Kantschen Sinn“, worunter er eine „transzendentale Konstruktion“ verstand, verflüchtigen.

Das Mittagessen kostete 1,50 Mark. Das gehört zu dem, was bald verschwinden wird, sagte Küttler. Immer mehr Menschen sehen jetzt solche Schattenseiten. Willy Brandt kommt, wie Küttler sagt, als Wahlkampfredner nicht mehr an. Die Sorgen sind konkreter als seine Metaphern. Nach jüngsten Erhebungen ist die SPD zurückgefallen, und die Zahl der Unentschiedenen soll wieder auf über 50 Prozent gestiegen sein.

Slowenien hat das Adjektiv „sozialistisch“ aus seinem Staatsnamen gestrichen.

9. März 1990

Vergleichszahlen aus der FAZ, in schroffem Gegensatz zum Tenor der Berichte: Von 1970 bis 1988 ist das Sozialprodukt der BRD um 50 Prozent gestiegen, das der DDR um 120 Prozent. Umgerechnet pro Kopf der Bevölkerung in der BRD um 48 Prozent gegenüber 126 Prozent in der DDR. Der Anteil der in der Landwirtschaft Tätigen ist in der BRD, von einem um zwei Drittel niedrigeren Prozentsatz ausgehend, im selben Zeitraum um 43 Prozent gesunken, in der DDR nur um 15 Prozent. Und im tertiären Sektor hat die Beschäftigungsrate in der BRD um 29 Prozent zugenommen, in der DDR nur um knapp 10 Prozent. Der Beitrag zum SP aus diesem Bereich stieg in der BRD (von einem über zweieinhalbmal so hohen Ausgangsprozentsatz!) um 18 Prozent, in der DDR sank er um fast 5 Prozent. Kurz, die DDR hat sich zwar enorm entwickelt in dieser Zeit, aber nach traditionell industrialistischem Schema. Beide Länder haben übrigens den Anteil der Atomenergie verzwanzigfacht in diesem Vergleichszeitraum. Die Altersstruktur, gemessen am Anteil der bis 15-Jährigen hat sich vom identischen Ausgangswert in der BRD um fast 10 Prozent nach unten, in der DDR um knapp 4 Prozent nach unten entwickelt.

Asbach hat zur Leipziger Messe dort ein „Rüdesheimer Café“ eröffnet, das der Bundeswirtschaftsminister beehren und aus dem das ZDF senden wird — u.a. mit Bundeskanzler Kohl. Dazu mächtige *publicity*, um ein Filial- und Vertriebsnetz aufzubauen. Horst Dohm berichtet in der FAZ in neudeutscher Unschuld die rührende *human-touch*-Geschichte von der „alten Leipzigerin“, die „der Rüdesheimer Weinbrennerei eine Flasche ‘Asbach Uralt’ von 1943 anbot, die sie für einen erhofften Freudentag aufbewahrt hatte: für den Abzug der Sowjetsoldaten.“ Ich versuche, mir den Kontext vorzustellen: Anfang Februar 1943 hatten die Sowjets bei Stalingrad einer deutschen Armee von 250.000 Mann eine vernichtende Niederlage beigebracht. Haben „wir“ den Krieg jetzt doch noch gewonnen?

9. März 1990 (2)

Karin Hirdina geißelt in der „Zeit“ wacker aber nostalgisch die sich abzeichnende ideologische Restauration, genauer die Instauration der bundesdeutschen Ideologie in der bisherigen DDR. „Jetzt werden bald die tüchtigen, smarten Männer kommen und die Träumer Träumer nennen oder auch Spinner. Und die Träumer beginnen schon jetzt, sich zu schämen, die Träume zu verdrängen. Im Traum von der Solidargemeinschaft sieht Helga Königsdorf heute eine Form von Religiosität, ein Ritual.“ Ich glaube nicht, dass sie Königsdorf richtig erfasst; wenn diese von einem sozialistischen „Glauben“ spricht, den sie als eine Art von Religiosität begreift, so muss das nicht als Preisgabe zu verstehen sein, vor allem durfte dieser „Glaube“ nicht mit dem „Ritual“ in eins gesetzt werden. Hirdina hat sicher recht, wenn sie Literaturkritiker kommen sieht, die es darauf anlegen, den Schriftstellern „die Träume auszutreiben und den Sinn für soziale Verantwortung, das soziale Gewissen. Ihre Vorgänger argumentierten mit dem gesellschaftlichen Interesse, sie werden mit literarischer Qualität — reine Seide! — argumentieren.“ Ich stelle mir kleine Reich-Ranickis vor.

Eine andere Schriftprobe liefert Friedrich Dieckmann in derselben Ausgabe der „Zeit“, in einer Rezension von Klaus von Dohnanyis „Brief an die Deutschen Demokratischen Revolutionäre“. In der DDR eine Revolution ohne Revolutionäre, und genau darin lag ihre Chance: „der Staat, der sich selbst einmal als revolutionär begriffen hatte, hatte seine Abwehrmechanismen auf den analogen Typus von Umstürzlern, Staatsokkupanten eingestellt.“ Wehrlos war er gegen etwas, das „außerhalb seiner Vorstellungskraft lag“: „Protestanten, aber keine Protagonisten oder gar Strategen des Umsturzes; ihr ganzes Veränderungspathos kam just daraus, dass sie den Staat keineswegs umstülpen, sondern ihm nur raten wollten. Der ratlose Staat wollte sich nicht raten lassen; das Ansinnen, guten Rat anzunehmen, konnte er nur mit einem stillen, freundlichen Zusammenbruch erwidern. So tief saß auch in ihm das Empfinden, dass alles schon lange nicht mehr ging.“ Die Grenze zwischen Revolution und Gegenrevolution steckt D. weit zurück, nämlich dorthin, „wo die Junker das Bauernland wieder einfordern dürften, und dieser Augenblick wird so wenig stattfinden wie im Frankreich von 1815“. Witzige historische

Retourkutsche: Da die Währungsreform von 1948 „der eigentliche Sündenfall der deutschen Teilung“ gewesen ist, sei es „nur folgerichtig, dass deren Behebung nun mit der — für alle Teile nicht ganz billigen — Zurücknahme der Währungsspaltung beginnt.“

Schade, dass der ganze Witz und die Verbalenergetik nur das Podest für die Inthronisierung einer sozialdemokratischen Guten-Miene-zum-bösen-Spiel abgeben muss. Alles Schlechte wirft er auf die 68er-Bewegung, überhaupt „den Revolutionston von einst“, alles Gute auf Dohnanyis „zutätig-ratende Kleinsprecherei, deren Meister übrigens Willy Brandt ist“.

10. März 1990

Teile der Linken bunkern sich in der neuen politischen Landschaft wieder ideologisch ein.

„Die Linke“, das österreichische Organ der „IV.Internationale“: „Wie immer auch die politische Konstellation am 19. März aussehen mag, der Kapitalismus wird seinen Zugriff auf die DDR verstärken und der imperialistische Vereinigungszug wird mit Macht weiterfahren. Den Widerstand mit langem Atem zu organisieren, wird der Linken in der DDR und in der BRD nicht erspart bleiben.“ Immer wahr, und daher nie.

In der FAZ multiplizieren sich die Anzeigen für Geschäftskontakte und Partnersuche aus der DDR, Polen, Ungarn.

In der „Frankfurter Rundschau“ analysiert Herbert Schui den Plan einer Währungsunion als Glied einer Beschleunigungsstrategie, die (um den Preis einer Zusammenbruchswelle in der DDR-Wirtschaft) die politischen Dämme in Ost und West zum Brechen bringen soll. „Der Plan ...besitzt nur in der Strategie eines ‘Blitzkrieges’ zur deutschen Vereinigung einen Sinn“. Es ist, als spräche Schui fürs transnationale Kapital, wenn er den Widerspruch zwischen dessen Interessen und nationalstaatlicher Großmachtpolitik herausstellt: „Denn die Wirtschaft braucht

nicht, um international zu agieren, den (auch militärisch) starken Nationalstaat, der nötigenfalls — bei Einkreisung — eine Bresche schlägt, sondern stattdessen arbeitsfähige internationale Beziehungen."

*

Im Fernsehen Ausschnitte aus der Podiumsveranstaltung „So viel Anfang war nie". Freimut Duve versah das Ganze mit einer Art Rahmenerzählung, worin jede Wortmeldung ihren Platz in Gestalt einer Frage erhielt, der sich die Angesprochenen sogleich entzogen entzogen. Milan Ude ließ Duve auflaufen, indem er erzählte, wie er einen westlichen Journalisten hatte auflaufen lassen. Entsprechend nahm auch Lew Kopelew mit seinem weißen Patriarchenbart eine „andere Ebene" für sich in Anspruch. Seit ich ihn zum letzten Mal gehört hatte, fand ich ihn abstrakt-negativer geworden; im Hinblick auf die SU sprach er von der anstehenden „Zerstörung der selbstmörderisch unmenschlichen Gesellschaftsform, die dort in den 70 Jahren entstanden ist". Juri Karjagin, Mitglied des Obersten Sowjets, sprach dem Begriff „Sozialismus" das Existenzrecht ab, da man jetzt nötig habe, qualitative Bestimmungen wie „demokratisch" usw. davorzusetzen. Kultur war ihm „Überwindung des Todes", und jetzt geht es um „Überwindung des Todes des Menschengeschlechts", Rettung des Lebens. Urtümliche Predigttöne, schwer vorstellbar im Geflecht einer zivilen politischen Kultur.

*

Nach dem DA-Vorsitzenden Schnur ist nun auch der CDU-Geschäftsführer Kirchner als ehemaliger Stasi-Mitarbeiter belastet. Stasi-Offiziere sollen beim Verfassungsschutz (oder BND) ausgepackt haben. Offenbar wusste man in Bonn schon seit Wochen davon. Ob man sich diese Leute dadurch gefügig gemacht hat?

Die Wiedervereinigung als Restauration der Eigentumsverhältnisse? Allein im Ost-Berliner Raum soll die Ausdehnung des Bundesrechts auf die DDR für eine Million Bürger die Enteignung bedeuten. Dass der Runde Tisch und die Volkskammer dagegen Beschlüsse gefasst bzw. Gesetze erlassen haben, dass Hans Modrow in

Briefen an Kohl und Gorbatschow für die Erhaltung der Eigentumsordnung der DDR eingetreten ist, erregt die Furien des Privateigentums. *FAZ*-Glosse: „Legt er ein Wort für diejenigen ein, die guten Glaubens in wirren Zeiten Eigentum an einem Häuschen erworben haben, dessen Vorbesitzer sich nun melden könnte? Oder will er die Stasi-Folterer schützen, die für eine Handvoll Ost-Mark (!) das Haus ihrer Opfer zugeschustert bekamen? Oder will er die rechtliche Missgeburt des 'Volkseigentums' am Leben erhalten, damit der Sozialismus eine Bastion behält?... Es wird Zeit, dass die Wähler dem Spuk ein Ende bereiten." Zu dem „Spuk" gehört insbesondere das Gewerkschaftsgesetz, das Aussperrung verbietet. Für die westdeutsche IG Metall hat Franz Steinkühler erklärt: „Wir werden dafür kämpfen, dass die Aussperrung in ganz Deutschland verboten wird." Klassenkampf redivivus.

Die FAZ bringt eine Expertise für die eigentumsrechtliche Gleichschaltung der DDR, erstellt von Norbert Horn, dem Direktor des Instituts für Bankwirtschaft der Universität Köln. Wie nur irgend ein eifersüchtiger Gott (bzw. Oberpriester) den Sturz aller andern Götter (als heidnischer Götzen) betreibt, liest dieser in Verfassung und Recht der DDR die Bestimmungen von Gemeineigentum wie unzüchtige Passagen. Sein Gott ist das Privateigentum, das keine andern Eigentumsformen neben sich duldet. Seine überschießende These, dass es keine andere Freiheit als die des Privategoismus gibt. Was er sieht, ist ebenso aufbewahrenswert wie sein Blick.

„Bisher besteht eine freiheitliche Eigentumsordnung nicht. Der Privatmann (!) verfügt nur über das sogenannte 'persönliche Eigentum' (Art.11, DDR-Verfassung). Es... darf aber nicht zur Erwerbsquelle werden. Nur in Restbeständen wird Privateigentum an Produktionsmitteln geduldet, etwa bei den halbstaatlichen Kommanditgesellschaften. Daneben... bei kleinen Warenproduzenten mit 'überwiegend persönlicher Arbeit' (Art.14 Abs.2) und erst seit Januar 1990 indirekt wohl auch bei ausländischer Unternehmensbeteiligung (Art.14a)." Unaussprechlich scheint für Horn der Grund für diese Bestimmungen: das Nein zur Ausbeutung

fremder Arbeitskraft. Der Witz ist doch, dass die DDR-Verfassung mit einer Figur ernst machte, die das kapitalistische Legitimationsdenken durchspukt: mit dem freien Warenproduzenten, der mit eignen Produktionsmitteln die eigne Arbeitskraft verwirklicht und die Produkte seiner eignen Arbeit zu Markt trägt. Alle Eigentumsvorstellungen im Kapitalismus ruhen auf dieser vorsintflutlichen Randfigur. Horn mogelt darüber hinweg, indem er von den Produktionsmitteln behauptet (vergessend, dass er sie gerade bei jener Privatfigur noch hatte), die DDR-Verfassung lasse sie nur als „sozialistisches Eigentum" zu. So kann er Privatsphäre und Wirtschaft voneinander in Bezug auf die Produktionsmittel scheiden. „Der Wirtschaftssektor wird vom Privatsektor in der DDR durch das 'sozialistische Eigentum' abgegrenzt ... Seine höchste Form ist das Volkseigentum, de facto ein Staatseigentum besonderer Art. Zweite Form des sozialistischen Eigentums ist das genossenschaftliche Eigentum". Volkseigentum „darf nicht zweckentfremdet, also nicht veräußert werden". Er zitiert die Bestimmungen, dass es nicht gepfändet, auch nicht beliehen werden kann und dass „die Zwangsvollstreckung in Volkseigentum unzulässig" ist. Dies blockiere die „Fähigkeit eines solchen Betriebs, Schuldner zu sein". Kurz, dieser Eigentumsbegriff ist „für eine Marktwirtschaft ungeeignet, weil ... verkehrsfeindlich ... Eine moderne Verkehrswirtschaft verlangt einen einheitlichen Begriff des Privateigentums."

Szenario: nach entsprechendem Umsturz der Rechtsordnung wird aus Volkseigentum Staatseigentum; „seine weitere Verwendung (Reprivatisierung, Anlage von Sparvermögen, Entschädigungen) kann dann ohne Zeitdruck entschieden werden." Was die LPGs angeht, so beruhten sie nach DDR-Recht auf dem Privateigentum der Mitglieder, die ihr Land eingebracht haben, und man kann „das bisher funktionslose Privateigentum allmählich reaktivieren". Usw.

*

Ebenfalls in der FAZ erklärt Dahrendorf: „Politische Kultur gibt es dort, wo es eine politische Klasse gibt." Wo, wie auf westeuropäischer Ebene, eine solche

Klasse fehlt, „gibt es nur Kategorien: Bundestagsabgeordnete, Parteifunktionäre, Lobbyisten, was immer. Diese Kategorien halten nichts zusammen und schaffen keine Zukunft, denn sie haben keine Geschichte. Sie werden durch prinzipiell zufällige Ereignisse zusammengebracht.“ Diese „prinzipiell zufälligen Ereignisse“ scheinen das Ensemble dessen auszumachen, was wir normalerweise mit politischer Kultur meinen: das politische Leben der Zivilgesellschaft, Öffentlichkeit und Wahlen.“ Die Gewählten sind wie vom Zufall zusammengewürfelt. Sie mögen ihr Bestes tun. „Aber es schafft jene Verlässlichkeit nicht, auf der am Ende eine Gesellschaft beruht.“

Das Heil kommt von einer *Elite*, diese aus *Eliteschulen*. Als Schulabgänger eine gemeinsame Schulgeschichte habend, sind sie immer schon zusammengewesen, statt durch „prinzipiell zufällige Ereignisse“ als fertige Personen zusammengeführt zu werden. Als schulische Geschichtengemeinschaft bilden sie eine Schicht. So begründet Dahrendorf seine Behauptung, „dass eine Elite — und damit eine politische Kultur — leichter in der Lage ist, Konflikte auszutragen, als eine verängstigte Ansammlung von Führungspersonen, die sich am liebsten verstecken würden, wenn sie an ihre Person erinnert werden.“ Der europäischen Integration muss die Zucht einer Euroelite vorausgehen, es bedarf „einer *grande école*“.

Falls D. recht hat, kriegen wir keine „Demokratie“ ohne Negation derselben. Bei ihm in Gestalt einer transpolitischen *Elite* als *politisch dominierender Klasse*. Diese Nomenklatura als Personal der Macht soll garantieren, dass gestritten werden kann, ohne dass je eine Systemalternative (oder ein Systemzerfall) in den Bereich des Möglichen rückt. Die Würfel sollen immer schon gefallen sein. Das Selbstgespräch der Elite beim Speisen = politische Kultur — warum nicht im italienischen Luxusrestaurant, bedient von kommunistischen Kellnern? Bei D. taucht dieses Beispiel tatsächlich auf.

„Marxism Today“, das eine „populare politische Kultur“ zu fördern beansprucht, lässt ausgerechnet diesen Dahrendorf den Leitartikel der Märznummer schreiben. Sie sagen sich wohl: da die Liberalen ihre große Medien nicht liberal handhaben,

indem sie dort neben Ihresgleichen auch Linken das Wort erteilen, müssen die Linken ihre Medien in liberale verwandeln. — „Die Ereignisse der letzten 6 Monate“, schreibt Dahrendorf, „können beinahe den überzeugtesten Kantianer in eine Art Hegelianer (einen marxianischen vielleicht?) verwandeln, der glaubt, dass ‘Geschichte’ am Zuge ist und wir sie nicht abwenden können, ‘was immer dieses oder jenes Individuum oder sogar ganz Europa als sein Ziel ansehen möge'.“ Er wendet sich an Briten und meint die deutsche „Einigung“. Sie „geschieht unter unserer Nase. Niemand wird sie aufzuhalten vermögen.“

Lässt dieser Prozess sich, wenn nicht verhindern, so doch beeinflussen? Das führt zur Frage, ob wir, wenn dieser Prozess sich verlangsamt, „Ideen haben, wie wir ihn zum Vorteil derer, die Freiheit lieben und Fortschritt wollen, wenden können“. Die Frage ist in der Tat wichtig. Dahrendorf behauptet, die gesamte westdeutsche Linke verteidige zusammen mit der PDS die Zweistaatlichkeit, statt sich jene Frage zu eigen zu machen. (Es ist, als würde er die „Konkret“-Redaktion mit der Linken verwechseln.) Man solle sich auf den von Habermas im Historiker-Streit beschworenen Verfassungspatriotismus berufen und damit beginnen, „Institutionen für eine erweiterte (larger) und nötigenfalls größere (greater) Bundesrepublik zu bauen. Den Rechtsstaat (the rule of law) und die Verfassung der Freiheit auf das ganze neue Deutschland auszudehnen und eine Zivilgesellschaft zu schaffen, wo sie noch nicht existiert (?), ist viel interessanter, als der verlorenen Intimität ostdeutscher Unterentwicklung nachzuweinen.“ Die deutsche Vereinigung werde freilich die europäische Integration nicht beschleunigen, im Gegenteil. Was die Machtballung angeht, versucht Dahrendorf die Engländer zu beruhigen. Gesamtdeutschland „wird nicht viel größer sein als die gegenwärtige Bundesrepublik, und es gibt kein Anzeichen dafür, dass es sich anders zu verhalten wünscht.“ O heilige Unschuld!

Er spricht mit der Arroganz und dem Eifer eines Missionars, für den alle andern Götter Gottlosigkeit sind. Als gälte es, den Unzivilisierten Mitteleuropas die Zivilgesellschaft zu bringen: *extending civil society to the whole of Europe*.

Doppelbödigkeit: *civil society* als *bürgerliche* Gesellschaft. Missionar des Privateigentums?

*

Moskaus McDonald's muss Sonderschichten schieben; statt der erwarteten 30.000 Schnellesser kommen täglich 40.000. Man hat die Abgabe von Apfelpfannkuchen, Hamburgern und Pommes frites auf maximal 3 Portionen pro Käufer limitiert, weil sie für den Schwarzmarkt abgekauft wurden. Merkwürdige Beschränkung, da doch vom Profitstandpunkt mit dem Verkauf alles gelaufen wäre. „Nächstes Ziel sind die DDR und die Tschechoslowakei."

11. März 1990

In der Märznummer von „Marxism Today" antwortet Monty Johnstone auf Gareth Stedman Jones' Reduktion von Stalin auf Lenin und von Lenin auf Marx als „weder fair noch logisch". Er erinnert an die radikaldemokratische Dimension bei Marx schon seit dessen Abrechnung mit jeglicher Art von Pressezensur. „Sein ganzes Leben lang stritt er für die Selbstregierung des Volkes, ungehindert durch bürokratische Geheimhaltung, Paternalismus und Privileg. Er hob dies als wichtigste Merkmale der Pariser Kommune von 1871 hervor" usw. Seit Jahrzehnten behandelte *MT* in vielen Artikeln „den Gegensatz zwischen den repressiven Zügen der osteuropäischen Regime und Marxens Ziel, den Staat 'der Gesellschaft vollständig unterzuordnen'. Daher sehe ich nicht ein, warum wir die weitere Bloßstellung und den Umsturz solcher Systeme durch Volksrevolutionen als einen Grund ansehen sollten, den Marxismus aufzugeben." — Die osteuropäische Entwicklung „schneller und komplexer, als irgendjemand von uns vermutet hätte".

Zhores Medwedew — sein Vorname leitet sich vom Namen des französischen Politikers Jaurès ab — deutet in seiner Rezension von Boris Kagarlitzkis *The Dialectic of Change* und Zbigniew Brzezinskis *The Grand Failure* die revolutionären Ereignisse von Ende 1989 als „den endgültigen Tod des stalinistischen Systems

und den Zusammenbruch der Nachkriegsordnung in Europa, die den Osten künstlich vom Westen trennte und durch Zwang und Unterdrückung auferlegt wurde“. Gegen den vulgären Marxismus-Töter Brzezinski macht M. geltend, dass auch die kapitalistische Geschichte der ersten Hälfte des Jahrhunderts als „Großes Scheitern“ betitelt werden könnte, und dass es „Pseudomarxismus“ war, was die SU in eine „unwandelbare Staatsreligion mit dem Versprechen eines künftigen Paradieses in Gestalt des ‘Kommunismus’ verwandelte.“ Kagarlitzkis entgegengesetzte Hoffnung, die Volksfronten würden sich einen „reformistischen Marxismus“ zu eigen machen, ist enttäuscht. „Wir können jetzt sehen, dass diese Volksfronten nur gedeihen, wenn sie tatsächlich nationalistische, separatistische und antisozialistische Programme verkünden.“ Der Westen hat nun die ökonomische Konkurrenz gewonnen, aber sein „Triumph kann nicht lange dauern, wenn keine Alternative zur Konsumideologie gefunden wird“, denn „die demographische Explosion und die Umweltkatastrophen, die mit dem Versuch armer Länder zusammenhängen, den Modellen Amerikas und Europas zu folgen, werden zu einer wirklichen globalen Katastrophe führen.“ Wenn kein grundsätzlicher Wandel eintritt, kündigt der Untergang des befehlsadministrativen Sozialismus den „Tod vieler anderer politischer Systeme“ im kommenden Jahrhundert an.

Stuart Hall: „Die Fähigkeit unkoordinierter und weitgehend spontaner Bewegungen in der ‘Zivilgesellschaft’, es mit autoritären Staatsregimes aufzunehmen und sie abzureißen mit einem Minimum an Gewalt, ist eine historisch neue Entwicklung, über deren Bedeutung die Linke lange und hart nachdenken muss.“ Unsere Vorstellungen über „revolutionäre Szenarios, über das Wesen des Staates, die Balance von ‘Gewalt’ und ‘Politik’ in der modernen Gesellschaft“ sind zu revidieren.

Hall ist 1956, im Jahr des Ungarn-Aufstands und des Suez-Krieges, politisch „sozialisiert“ worden, und der Realsozialismus ist ihm seither immer wie „ein schrecklich tragischer *Umweg* vorgekommen“. Dass gleichzeitig der

spätkolonialistische Suezkrieg geführt wurde, hatte insofern sein Gutes, als diese Konstellation ihm „kristallklar machte, dass Linkssein bedeutete — nein, *verlangte* --, die unaufhörliche Kritik von und Wachsamkeit gegen *beide* diese Formen der Reaktion. Was manchmal 'die erste neue Linke' genannt wird, ist in diesem Moment geboren worden — in diesem 'dritten Raum', dem Raum zwischen unkritischer Verbeugung vor 'dem Westen' (einschließlich der Sozialdemokratie, die in so vieler Hinsicht ihr Los mit dem des Westens einfach zusammengeworfen hatte) und doktrinärer Unterwürfigkeit im Verhältnis zum 'real existierenden Sozialismus'." Daher u.a. die Überzeugung, „dass in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts — in der Ersten, Zweiten und Dritten Welt — die Demokratie sich als das wirklich revolutionäre — nicht das 'reformistische' — Element der sozialistischen Tradition herausstellen würde." „Wir sollten nicht bestürzt sein über den Zusammenbruch des 'real existierenden Sozialismus', da wir als Sozialisten *drei Jahrzehnte darauf gewartet haben, dass es passiert.*" — Hall spürt, dass die nächstliegende Gefahr für die Linke deren eigner Katzenjammer ist.

Die Entwicklung hält viele Gefahren in petto; aber diese können nur dann angegangen werden, wenn auch die andere Seite der Münze genau ins Auge gefasst wird. Und zwar kann die Linke zuvor „die neue Freisetzung von Energie feiern, die Öffnung neuer Möglichkeiten, die neuen Ideen und Erfahrungen, die sich über die alten Schranken und Teilungen ergießen, endlich ermöglicht durch die demokratischen Bewegungen Osteuropas. Denn gewiss hat die Linke schließlich am meisten davon zu gewinnen. Die Berliner Mauer war eine symbolische Grenze, vor allem für die Linke. Sie spaltete unser Denken, indem sie Alternativen ausschloss, das Stellen anderer Fragen verhinderte, der Erneuerung sozialistischer Ideen im Weg stehend, alles und jeden in die einfache und binäre Alternative des Kalten Krieges zwingend: 'Deren' Seite oder 'Unsre' Seite." „Die tragische Tatsache ist, dass der 'real existierende Sozialismus' die Energien der Linken verzehrte und den Weg zu deren Selbsterneuerung blockierte."

Auch Hall ist nicht gegen krasse Propaganda gefeit. DDR-Bild, ein Licht auf die

Informationspolitik der BBC werfend: „Wenn gewöhnliche Leute Monat um Monat keinen Brotlaib oder kein Stück Seife kaufen können, ist es nicht überraschend, dass sie zuerst 50 Meilen über die Grenze fahren und ein paar Stunden lang in das volle Schaufenster eines westdeutschen Supermarkts starren wollen.“ Er würde staunen, wüsste er, um wieviel höher der Prokopf-Verbrauch an Butter in der DDR ist als in England.

Danach kommt Ernesto Laclau zu Wort, für den der Marxismus beendet ist, ein „altmodisches Klischee“. Er nimmt die Entwicklung zum Anlass, „eine wesentlich pragmatische Haltung zur Frage der sozialen Regulierung“ vorzuschlagen. Es geht um das Projekt „einer radikalen und pluralen Demokratie“, der eine Ausweitung des „Repräsentationsraums des politischen Systems“ und Bildung „eines neuen kollektiven Willens als Resultat der *politischen* Aggregation sozialer Forderungen“ zugrundeliegt.

*

Inspirationen von einer Volksrevolution zur anderen — Mandela will mit dem südafrikanischen Apartheidsregime „DDR spielen“: „We could succeed in what I would call ‘doing a GDR’ on de Klerk.“

*

In derselben Nummer von *MT* eine Diskussion zwischen Alexander Kraiko und Arkadij Muraschew, beides Angehörige der technisch-naturwissenschaftlichen Intelligenz und Volksdeputierte. Muraschew ist aktiv in Jelzins interregionaler Fraktion. In ihrem Streit tauchen zwei Szenarien für die Zukunft der Perestrojka auf, die Beachtung verdienen.

Muraschew macht Privateigentum zum Maßstab und sieht das Jahr 1989 als eines der Stagnation der Perestrojka. Aber waren da nicht, wendet *Kraiko* ein, der gleichfalls für Privateigentum eintritt, die ersten freien Wahlen? Gründung eines neuen Parlamentarismus? Und weiter sagt Kraiko, der nie zur KPdSU gehört hat, gegen

Muraschew, der einmal Kandidat gewesen war, dass die Mehrzahl der KP-Mitglieder für die Perestrojka seien.

Muraschew nimmt an, in 2-3 Jahren würde „irgendeine Art von 'linkem Block' gewinnen, was in der Terminologie der übrigen Welt 'rechter Block' heißen würde".

Kraiko korrigiert ihn: „Linke" wollen Veränderungen, „Rechte" lehnen sie ab, insofern bedeuten die Kategorien das Gleiche wie im Westen. Im Falle weiterer ökonomischer Verschlechterung sieht er die Entwicklung nach „rechts" gehen. Er sieht die KPdSU sich radikalisieren, und der 28. Parteikongress werde das noch beschleunigen. Ihr Gegner werde eine konservative Partei sein, in der Pamjat und die Konservativen, die jetzt noch in und außerhalb der Partei sind, vereint und eine starke Kraft sein werden. Eine Spaltung der KPdSU sollte deshalb so lange wie möglich hinausgeschoben werden, um solche Potentiale noch einzubinden. „Ligatschow ist nicht der Konservative, den Sie aus ihm machen", sagt Kraiko zu Jonathan Steele, der das Gespräch moderiert.

Muraschew widerspricht. Im übrigen scheint er naiv genug zu glauben, Privateigentum als solches sei Basis von Demokratie, und übergeht, dass es auch ein Deckwort für die Eigentumslosigkeit der Mehrheit ist. *Kraiko* ist im Wesentlichen einverstanden, spricht sich auch für eine Aktienbörse aus. Die Mehrheit sei allerdings dafür „noch nicht" reif. Laut *Muraschew* gibt es 400 legale und 30.000 illegale Millionäre. Das gesamte Bevölkerung besitze 400 Milliarden Rubel, die Hälfte davon gehöre den 30.000 Millionären. Den Zahlen liegen freilich nicht viel mehr als Gerüchte zugrunde.

Muraschew glaubt, in 5 Jahren werde eine Koalition aus Sozialdemokraten und Bürgerlichen regieren. Der jetzige Kongress werde sich vor Ablauf seiner Legislaturperiode auflösen. Gorbatschow habe gute Aussicht, an der Macht zu bleiben — als einer der Führer der Sozialdemokratie. Seine Hauptunterstützung aber werde er als Person erhalten. *Kraiko* dagegen hofft, dass der jetzige Kongress und der Oberste Sowjet bis 1994 amtieren. *Muraschew* glaubt, dass 1995 eine ganze

Reihe von Volksabstimmungen stattfinden werden, die Staatsform der Republiken betreffend. Er vermutet, dass die jetzigen Republiken sich verselbständigen. *Kraiko* dagegen macht das Schicksal der Union abhängig von der Ökonomie. Falls es hier eine Besserung gibt, wird die Union ohne zentralen Zwang und mit viel größerem Zusammenhalt als das britische Commonwealth bestehen bleiben. Ökonomisch sieht er die Republiken zusammengezwungen, selbst die baltischen Republiken. Die Union muss nur in eine wirkliche Föderation verwandelt werden. Die Gefahr eines Militärputsches halten beide für gering.

12. März 1990

Die naiven Äußerungen aus dem Osten übers Privateigentum sind in Wirklichkeit immer Äußerungen übers Staatseigentum. Wäre nicht das Unausgesprochene, müsste man das Ausgesprochene als Blödsinn bezeichnen. Völlig anders sind die Äußerungen aus dem Westen zu beurteilen, wo man routiniert den Kapitalismus schmackhaft macht.

Einen Kirchenvertreter aus der DDR (Falck?) hörte ich auf der Tagung der Ökumene in Südkorea den erstaunlichen Satz sagen, die Gegenwart sei keineswegs die Epoche des Übergangs vom Sozialismus zum Kapitalismus, da doch beide Systeme hinsichtlich der Menschheitsprobleme versagt hätten.

Ganz anders sprach der Fraktionsführer der „Demokraten" im US-Repräsentantenhaus, Gephart (?), der mich an Diepgen erinnerte und ein sehr mächtiger Mann im politischen Betrieb sein muss. Er forderte von der Regierung, mehr aus der Opportunität der historischen Situation zu machen. Sie müsse Gorbatschow durch die Lieferung von Lebensmittelüberschüssen stützen unter der Bedingung, dass er Castro fallen lässt und die Verwandlung des Grund und Bodens in Ware zulässt usw. „Wir können alles kriegen."

Im Entwurf zum neuen US-Verteidigungshaushalt ist z.B. noch der Bau von Raketen enthalten, die im Ernstfall von West- nach Ostdeutschland zu feuern gewesen wären. Daraus lässt sich rhetorisches Kapital schlagen. Soll das vereinigte

Deutschland sich selbst beschießen? Destabilisierungseffekte und Erneuerungspotentiale auch hier. Die Kräfte, die sie zum Guten wenden könnten, scheinen entsetzlich schwach. Immerhin sprach der CIA-Chef Webster (auch im Namen andrer Geheimdienste) gegen „Verteidigungsminister" Cheney, was die unterstellte sowjetische Bedrohung anging. „Bedrohung" wird jetzt so konstruiert, dass man den Sturz Gorbatschows mit autoritärer Restauration unterstellt. In diesem Fall, sagt der CIA, wären die Nachfolger mit noch größeren inneren Problemen konfrontiert und müssten daher die Abrüstungspolitik gegenüber dem Westen beibehalten. Les Aspin, Vorsitzender des US-Verteidigungsausschusses, sprach von Geheimdienstinformationen über Auflösungserscheinungen im sowjetischen Militär und eine beginnende Revolte gegen die Wehrpflicht.

*

In Moskau eröffnete Gorbatschow am 5. Jahrestag seiner Ernennung ein ZK-Plenum mit der Feststellung, die KPdSU müsse von nun an in Konkurrenz mit andern Parteien zu bestehen lernen als „Partei eines humanen demokratischen Sozialismus".

Litauen hat das „Sozialistische" aus der Staatsbezeichnung gestrichen und heißt nurmehr „Litauische Republik". Dem KP-Chef hat es nichts genützt, dass seine Partei sich von der KPdSU losgesagt hat. Er erhielt nur 1/3 der Stimmen. Die Republik erklärt ihren Austritt aus der SU.

Von der bulgarischen KP hat sich eine „Alternative Sozialistische Partei" abgespalten; unter den Delegierten überwiegen Jüngere.

*

In der DDR tagt heute zum letzten Mal der Runde Tisch. Er hat eine eigentümliche zivilgesellschaftliche Kultur des Politischen hervorgebracht. Ob dieser Zugewinn gehalten werden kann? Vielleicht ist es gerade die Menge der vertretenen Bewegungen und Organisationen, was auch den Parteien eine ganz andere Diktion

aufzwingt. Aus dieser sinnlichen Anschauung ließen sich Vorstellungen einer andern Politikstruktur gewinnen. „Bürgerbeteiligung“ zeigt hier, was sie kann.

Nachdem man die alte SED zerschlagen hat (unter kräftiger Mithilfe von deren Mitgliederbasis), leiden alle, die PDS wie die bisher „oppositionellen“ Gruppen, unter einer neuartigen Pest: unter den Machterhaltstrategien der *Ausgetretenen*. Diese verwandeln sich mittels westlicher Managerschulung in Kapitalisten. Es sollen daher alle Leiter eine Vertrauensabstimmung seitens der Belegschaft bestehen müssen; in den Kaderakten soll die Parteimitgliedschaft per 31.12.89 festgehalten werden (später wird bemerkt, dass da schon Massenaustritte erfolgt waren); alle laufenden Berufungs- und Umberufungsverfahren an den Hochschulen sollen ausgesetzt, Ernennungen von der neugewählten Regierung überprüft werden. (Sollte das eine CDU-Regierung sein, werden die Antragsteller sich wundern, was daraus wird!) Fischbeck („Demokratie Jetzt“) sagte, er wolle das Problem in ein paar Sätzen „angewandten Marxismus“ darstellen: Ziel jeder Revolution sei der Sturz der herrschenden Klasse. In der DDR sei dies, frei nach Djilas, die Nomenklatura gewesen. Diese reorganisiere sich jetzt außerhalb der vormaligen Parteiform und setze sich in Besitz des Volkseigentums. Ausgestattet mit dem in langer Übung erworbenen Herrschaftswissen schafften es die alten Machtkader, sich aus Kommunisten in Kapitalisten zu verwandeln, zumal sie schon zuvor objektiv Ausbeuter gewesen seien. — Der LDP-Vertreter sagt, die „Ausgetretenen“ (man muss gar nicht sagen, aus welcher Organisation sie ausgetreten sind) unterlaufen die Erneuerung, indem sie als „die glühendsten Verfechter der neuen Ordnung“ auftreten.

Die Linken und Radikaldemokraten sehen hier anscheinend eine Möglichkeit, die Stellung der Belegschaften gegenüber den Betriebsleitungen zu stärken. Die Technokraten verstehen den Vorgang als Durchsetzung des Kompetenzprinzips, die „Bürgerlichen“ wittern vielleicht die Chance der Privatisierung.

Der RT unterscheidet sich durch seine konkrete Arbeit wohltuend von einem Professorenparlament wie dem von 1848. Er hat andersgeartete Schwächen, die ihn

ebenso wie jenes von wirklicher (den Machtprozessen strategisch Rechnung tragender) Politik trennen. Er handelt nach einer Richtigkeit, die sich am Bruch mit dem Alten und an unter Wohlmeinenden vorauszusetzenden Maximen bemisst. Die Schwächen werden schlagartig deutlich, wenn Gysi sagt, dass die Umwelt keineswegs nur eine von Wohlmeinenden ist. Gebannt hören alle zu, indes gehen sie anschließend über seinen Beitrag hinweg, als hätte er in die Kulissen bzw. vorn an der Rampe vom Standpunkt des Stückeschreibers direkt ins Publikum gesprochen. Er unterstützte den *Sinn* des Antrags, sagte aber voraus, dass die vorgesehenen Mittel ihn ins Gegenteil verkehren werden. Die „Ausgetretenen" sind zumeist aus denselben Gründen aus-, wie früher einmal eingetreten: aus Machtinteresse. Vielfach treten sie jetzt als „die Schärfsten" (er muss nicht sagen, in welcher Hinsicht, alle verstehen auch diese abgekürzte Sprechweise) auf, z.B. an den Universitäten, wo sie Studenten sagen, sie würden nicht immatrikuliert, falls sie der PDS angehörten. Aber Leiterwahlen in den Betrieben aufgrund öffentlicher Ausschreibungen würden jetzt die scheinbar kompetenteren Bewerber aus dem Westen begünstigen, dazu gäbe es zunächst eine leitungslose Zeit, in der ökonomische Tätigkeit durch Wahlkampf ersetzt würde. Was die Kaderakten angeht, so verstehe er zwar, dass man die Ehemaligen benachteiligen wolle, aber künftig sollte es doch Privatsache sein, ob und welcher Partei wer angehört.

*

In Polen sollen Teile der Nomenklatura gleichsam die Privatisierung privatisiert haben (vgl. den Bericht von Janus Tycner in der „Zeit" vom 9.3., S.43f). Ein mafioser Etikettenschwindel, vieles davon parasitärer Zwischenhandel. — In derselben Nummer Moskauer Impressionen — genauer: Depressionen — von Peter Urban. „Perestrojka ist Unfug. Perestrojka bleibt stecken." Stutzig macht mich die von ihm unkritisch weitergereichte Formel von den „siebzig Jahren, die das Land heruntergewirtschaftet und entstellt haben". Extremistischer Unsinn, wenn man bedenkt, dass Industrialisierung und infrastrukturelle Erschließung des Riesenlandes in diese Zeit fallen, die Verwandlung der Bevölkerungsmehrheit aus

Bauern in gebildete Städter. — Urban schildert Szenen aus der Korruption, kafkaeske Erstickung kleinunternehmerischer Initiative. Und Szenen eines anschwellenden Pamjat-Terrors, die ein deutscher Augenzeuge mit den Worten „wie Berlin 1933“ kommentiert habe. Die Miliz sei äußerst milde vorgegangen. „Versammlungsteilnehmer, die zur Zeugenaussage mit aufs Revier gingen, seien dort von denselben Störern als Juden beschimpft worden.“ Gegen Alexander Jakowlew soll besonders gehetzt werden.

13. März 1990

Gestern begann der Abzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn. In der Mongolei beginnt eine Perestrojka. Litauens Austritt aus der SU. Desimperialisierung des gesamten sowjetischen Einflussbereichs. Aber was kommt danach?

Einen Artikel von Reumann lesend fällt mir auf, was für eine verschwiemelte Kategorie der Ausdruck „Wende“ ist. Das ist noch die Sprache des Krenz-Intermezzos. Denkwürdig, dass es genau diese Sprache ist, die der *FAZ* besonders zupass kommt. Reumann müssten seinen ganzen Artikel umschreiben, ja seine Denkweise ändern, würde er das Wort „Wende“ durch den Begriff *Revolution* ersetzen. Dann würde auch der Unterschied der Perestrojka zu Prozessen, wie sie in der DDR oder, anders, in Polen laufen, hervortreten.

Gestern am DDR-Fernsehen, das nicht mehr so heißt, ein Kabarett mit Wolfgang Gruner („Prost Wahlzeit“). Bei Gruners Witzchen über Bonner Politiker („wie heißt doch gleich der Kleine, der nicht übern Tisch gucken kann? Ach so, der Blüm!“) wurde sich erheitert. Aber in atemloser Stille nahm man ein „Märchen“ entgegen, das leicht verfremdet die reale Situation schilderte mit ihren quälenden Ungewissheiten, deren Wahrnehmung den Wunderglauben in Währungsunion und Wiedervereinigung löchert. Das Lachen verging auch bei Sprüchen wie: „Die ersten freien Wahlen sollen gleich die letzten sein.“ „Wer hier eine Zukunft haben will, darf keine Vergangenheit haben.“ „Für die totale Wiedervereinigung des deutschen Volkes in den intellektuellen Grenzen von Helmut Kohl.“

Ulrich Greiner beschreibt in der „Zeit“ die Lage, und in der DDR hat der „Sonntag“ (11.3.) die Beschreibung nachgedruckt: „Es ist, als ginge ein Sammler von antiken Autos mit gierigem Blick um die verstaubte Ruine eines raren Daimlers herum, und während er seine Genugtuung über den unvermeidlich günstigen Kauf mühsam unterdrückt, deutet er mit schlechtgelaunter Miene auf die eingedrückten Kotflügel und die gebrochene Achse. Der Besitzer, der weiß, dass er das Gefährt niemals mehr in Gang setzen kann, duckt sich unter dem vernichtenden Befund, und der Preis ist ihm fast schon egal.“

Siebzig Prozent der im letzten Jahr in die BRD übergesiedelten DDR-Bürger sind arbeitslos. Das hindert nicht, dass noch immer täglich tausend kommen. In der Wirtschaft nicht nur ein *boom*, sondern noch mehr Erwartung eines solchen, Expansionseuphorie mit Gründerrausch, das überakkumulierte Geldkapital sieht Land.

Die *FAZ* weist nach, dass auf dem Gebiet der (noch) heutigen DDR die NSDAP am 5. März 1933 etwas mehr Stimmen erhalten hat als im übrigen Reich. Die Überschrift hebt hervor, „auch“ die Arbeiter seien anfällig gewesen. Das Auch verräterisch: die Zahlen zeigen SPD + KPD = 35-40 Prozent, die Bürgerlichen zur Bedeutungslosigkeit geschrumpft zugunsten der NSDAP (54 Prozent). Sie gehen noch immer damit um wie mit einem Trauma, mit Wiederholungszwang.

14. März 1990

Gestern mit dem Leipziger Linguisten Klaus Bochmann und seinem Freund Joachim Meinert, der für den Aufbau-Verlag übersetzt, Zusammenarbeit bei der Gramsci-Ausgabe vereinbart. Wir versuchen allen Ernstes, den ersten Band zum hundertsten Geburtstag im Januar 1991 herauszubringen.

Bochmann schätzt das Wählerpotential der PDS auf 25-30 Prozent. Viele wollen aber zunächst die Übernahme durch den Westen und werden zunächst entsprechend wählen. Mompers Auftreten in Halle hat ihn sehr beeindruckt, weil er reale Schwierigkeiten und reaktionäre Tendenzen ansprach.

Die jetzige Entwicklung in der DDR sieht er als Restauration. Er erzählt von Manfred Kossoks vergleichend revolutionstheoretischer Lektüre der Vorgänge in Bezug auf die Französische Revolution: die Wende als „Thermidor“. Leuchtet mir nicht ein. Am Thermidor wurde die jakobinische Linke ausgeschaltet, aber keine Restauration eingeleitet, sondern der bürgerliche Charakter der Revolution stabilisiert. Allenfalls insofern der Thermidor Schluss machte mit dem jakobinischen Terror, lässt er sich mit dem Umbruch in der DDR vergleichen, der Schluss machte mit dem Stasi-Regime. Aber während in der DDR auf den Umbruch eine (noch andauernde) Phase mit anarchischen und jakobinischen Elementen folgte, setzte der Thermidor diesen ja gerade ein Ende.

Wir diskutierten die Frage, wie das alte Regime zu begreifen sei. Wir einigen uns darauf, dass autoritär-repressive Herrschaftsformen mit sozialistischen Gehalten zusammengedacht gehören. Die Partei keine (mit andern Parteien konkurrierende) Partei, sondern ein Orden, eine Staatselite, welche die besten Leute ansaugte, sie durch ihre Strukturen zugleich stillstellend. „Feudal“ ist nur eine Metapher, die über den unklaren Zusammenhang mit dem Absolutismus ins Spiel kommt. Dieser bedeutet bürokratischen Zentralismus mit Willkür („Voluntarismus“) von oben. Kommandowesen und Bürokratie — wir landen wieder bei Gorbatschows Kategorie des befehlsadministrativen Systems.

Kossok soll dazu neigen, Reformismus grundsätzlich für erfolgreicher als Revolution zu halten. Dabei würde übersehen, dass der Reformismus seine Erfolge oft indirekt der Revolution verdankt. Die (im Sinne Gramscis) „passiven Revolutionen“ der revolutionsfeindlichen Länder (z.B. Stein-Hardenbergsche Reformen) am Anfang des 19. Jahrhunderts geben das Muster ab.

Bochmann erzählt von seinem Freund Friedrich Schorlemmer (die Welt ist klein!) und vom selbstherrlichen Gebaren von Schnur, das jenen vom „Demokratischen Aufbruch“ weggehen ließ. Vielleicht wurde Schnur erpresst.

*

„Das Wort veraltet einem im Mund“, zitiert Peter Glotz (im Editorial des Märzhefts der „Neuen Gesellschaft“) eine Sprachprägung aus der DDR. „Nichts ist überholter als das Konzept von Gestern.“ Das wäre im einzelnen zu prüfen. Er sieht die beiden Tendenzen *Europäisierung* versus *Re-Nationalisierung* um die Bestimmung des historischen Moments ringen. Er nimmt den Begriff „Internationalismus“ in Anspruch, um „die Linke“ für die Europäisierung, ja für die NATO zu gewinnen. „Die Linke wird bald die NATO (wenn auch eine neue NATO) gegen nationalstaatliche Souveränitäts-Staatsmänner verteidigen müssen.“

Laut Hermann Scheer (im selben Heft) steht die Sozialistische Internationale „vor der wichtigsten Aufgabe ihrer Geschichte: Die Wiederherstellung einer internationalen Einheit der Linken auf einem neuen programmatischen und politischen Niveau, das nicht nur den unauflöslichen inneren Zusammenhang von Demokratie und Sozialismus ...formuliert, sondern auch Antworten auf die globalen friedenspolitischen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen der Gegenwart findet.“ Die Schwammigkeit der SI machte sie aufnahmefähig, während sich kommunistische Organisationen aufgrund ihrer Art von „Verbindlichkeit“ (Dominanz der KPdSU) auseinanderdividiert haben. Nun, da mehr oder weniger nur die SI übriggeblieben ist, muss sie versuchen, in Osteuropa „eine generelle Abkehr von sozialistischem Gedankengut und eine reaktiv motivierte, oberflächliche Hinwendung zu simplen, frühkapitalistischen Denkmustern verhindern zu helfen“. Ein Zusammenbringen „der lange gespaltenen internationalen Linken“ steht auf der Tagesordnung. „Mit ideeller statt formeller Autorität ausgestattet, ist die *SI* die prädestinierte und privilegierte Ebene einer neuen pluralen Einheit der internationalen Linken.“

Scheer gehört zu jenen demokratischen Sozialisten (er war einmal Mitherausgeber des „Forums demokratischer Sozialismus“), die nicht abrücken, sondern die Entwicklung als Bestätigung begreifen. Die „westlich-kapitalistische Weltökonomie — USA, Japan, Westeuropa — trägt jetzt nahezu die Alleinverantwortung dafür, ob und wie die globalen ökonomischen und ökologischen Zukunftsprobleme

beantwortet werden können.“ Zugleich „zeigen sich die Widersprüche kapitalistischen Wirtschaftens am eklatantesten an der Entwicklungskatastrophe der Dritten Welt“. Die SI sei jetzt der einzige Ort für „abgestimmte Gegenkräfte“, durch die „ein allgemeiner Niedergang der Weltgesellschaft noch aufgehalten werden könnte“.

In der Zeitschriftenschau der NG beschimpft Hans-Martin Lohmann Hermann Gremliza, den „Konkret“-Herausgeber, als „veritablen Dummkopf“, weil dort vor einem „Vierten Reich“ gewarnt wird. Mir scheint, er verhält sich spiegelverkehrt, aber ebenso eifernd wie „Konkret“. Statt die Komplexität wahrzunehmen, in der Gremliza nur eine (aber berechtigte) Seite vertritt, antwortet er mit entgegengesetzter Einseitigkeit, dazu auf der Seite der überstarken Bataillone. Die Einseitigkeit schlägt in seine Bestimmung des DDR-Umbruchs als „antifeudale Revolution, die allererst den Weg freimacht für Entwicklungen in Richtung bürgerlicher Demokratie“. — Aus dem „Merkur“ zitiert er Dieter Wellershoff mit der Ansicht, die Linke sei „in einem historisch nie zuvor gekannten Maße heimatlos geworden“. Ich könnte das Gegenteil von mir behaupten. Lohmann schenkt ihm diese falsche Verallgemeinerung und merkt nur an: „Heimatlosigkeit kann ja auch eine Chance bedeuten.“

Ronald M. Schernikau auf dem Schriftstellerkongress der DDR: „Am 9. November 1989 hat in Deutschland die Konterrevolution gesiegt.“ Uwe Timm in der ersten Nummer der neuerstandenen Volkszeitung: Die DDR war eine Alternative zur kapitalistischen BRD. Eigentlich sagt er damit nur, dass wir selbst rückblickend nicht aufhören können zu wünschen, sie wäre eine wirkliche Alternative gewesen.

*

Besuch von Franz Sommerfeld, dem neu-alten Chefredakteur der Volkszeitung, der die zweite Ausgabe, datiert auf übermorgen, mitbringt. Sie wird jetzt wie die TAZ in der Druckerei des ND hergestellt, auf Papier, das sie vom Westen anliefern. Die 30.000 Exemplare laufen in anderthalb Stunden durch. Dann wird DDR-Papier

eingespannt, und die DDR-Auflage läuft durch, die von Basis-Druck vertrieben wird. Ich erhalte einen Eindruck von den Skrupeln und Gewissenskämpfen. Dabei hat die Volkszeitung doch schon im letzten Jahr kräftig angefangen, eine neue Zeitung zu werden.

Nach 8 Stunden Lektüre in Stasi-Berichten verdichtete sich bei Marina Achenbach der Eindruck „des Stumpfsinns der Macht, die gefangen ist in den selbstgeschaffenen politischen Schemata. Die Hierarchie innerhalb des Apparats und die Formelhaftigkeit der Sprache verhinderten eine Lagebeschreibung: Sie kannten die Details aber wagten sie nicht zu bewerten." Nach Lektüre der Proben in der Volkszeitung frage ich mich, welche Riesenblibliothek von Geheimberichten uns da erwartet.

Jens Reich vom Neuen Forum schreibt den Leitartikel in Erwartung einer Wahlniederlage. Er vergleicht die „Bürgerbewegung" (was sich wie er sagt, zu sehr nach Politologieseminar anhört) mit einer Pilzkolonie, die über Nacht emporgeschossen und, eben noch prangend, schon wieder am Verschwinden ist. „Aber das Geflecht bleibt, merkwürdigerweise." Ist es der Ton der Wehmut angesichts der Möglichkeiten dieser Revolution, die nicht wirklich werden können? Im Slogan der Liberalen, „Freiheit ist Leistung", erkennt er eine Metastase von „Arbeit macht frei". Die Wähler sieht er entschlossen, ihre Stimmen abzugeben für Parteien, „deren beflissenen Versprechungen sie zwar jetzt nicht glauben, aber in trotzig sich selbst befohlenem Glauben wählen. Das Volk wählt die Macht und spricht ihr schon jetzt die Legitimation ab. Nur zur Schlüsselübergabe reicht das Mandat. Es ist eine unruhig gärende Hefe, die die Bundesrepublik da ahnungsvoll-ahnungslos verschlingt."

15. März 1990

Die politische Umgestaltung in der SU ist einen entscheidenden Schritt weiter: bei einer Präsidialdemokratie à la Frankreich oder USA, freilich ohne den dortigen zivilgesellschaftlichen Unterbau. Der Staat wird durch Wahlen legitimierter Staat

und lässt die Partei zurück, von der er sich emanzipiert. „Zentrum der Umgestaltung“, schreibt Christian Schmidt-Heuer in der heutigen „Zeit“, „ist der epochale Versuch, die Exekutivgewalt der Partei in demokratisch verankerte Regierungsstrukturen zu überführen.“ Er nennt das eine „Notstandsdemokratie“, und die Gesichter der Abgeordneten im Fernsehen drückten skeptischen Ernst aus.

*

Die „radikale Linke“ kämpft frontal gegen die Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Der Zielkonflikt, für Demokratie aber gegen demokratische Mehrheitsentscheidungen zu sein, kostet sie den Boden unter den Füßen. Der Einheitsstaat wird als Viertes Reich mit Faschismus assoziiert. Am 5. Mai (Marx’ Geburtstag) soll demonstriert werden. Merken sie nicht, dass sie dadurch dem Vorgang erst seine politische Bedeutung geben? Da der Zusammenschluss, wie auch immer, aufgrund des Drucks von unten in der DDR und den Einheitsinteressen in der BRD unaufhaltsam geworden ist, führt dies nur wieder dazu, den Marsch des Bösen durch die Geschichte zu denunzieren, statt das Ringen um die Gestaltung aufzunehmen. Dann bleiben auch Chancen für die Linken, die an sich gegeben sind, im bloßen Wünschen hängen.

Dass die Einheit bekämpft wird, heißt nicht, dass man sie nicht auch schon unterstellt. Zu notieren, wie sich das Kraftfeld auf der Linken in Antizipation der Einheit verändert. Die PDS ein Gravitationszentrum. Anscheinend fühlen Linke bei den Grünen schon die Anziehung. Reents erwägt die Zusammenarbeit mit der PDS. Die FAZ behauptet, seit einigen Wochen geistere durch die Flügelkämpfe bei den Grünen das Argument, „die Sozialisten müssten sich nun entscheiden, ob sie bei den Grünen verbleiben oder sich mit einer gewendeten PDS zusammentun wollen.“ Reents „denke über den Aufbau neuer politischer Strukturen nach“, die im künftigen gesamtdeutschen Staat „linke ökologische und radikaldemokratische“ Politik tragen könnten. Solange die PDS als relativ starke Kraft bestehen bleibt, nimmt sie in der Tat einen großen Teil des Platzes ein, den in der BRD die Grünen besetzen. Deshalb scheinen auch die Grünen und andere radikaldemokratische

Gruppen bei den Wahlen in der DDR nur wenige Prozente bekommen zu können. Reents geht es um eine „Neukomposition der linken... Opposition“. Diese Überlegungen sind vorerst durch den *cordon sanitaire* blockiert, der um die PDS liegt. Solange die PDS unberührbar für die anderen linken Kräfte bleibt, bleibt die Linke machtunfähig.

Wie zur Bestätigung höre ich soeben von der Gründung eines Hamburger PDS-Ortsverbands, gegründet von ehemaligen DKP-Mitgliedern.

*

Ein Beitritt der DDR zur BRD nach Artikel 23 GG (von Willy Brandt heute als „Holzweg“ bezeichnet) würde sie, wie Schewardnadse am 9.3. gesagt hat, „als souveränes Land sofort verschwinden“ lassen mitsamt „ihren Verpflichtungen und Rechten als Völkerrechtssubjekt“. „Damit ginge die Vereinigung einen extrem gefährlichen Weg, sie würde auf rein nationalistischer und nicht auf demokratischer, gleichberechtigter, zivilisierter Basis stattfinden.“ Am Ende wird der Art. 23 auch auf Gebiete angewandt, die außerhalb von BRD und DDR liegen. Durch das Hinauszögern von Wirtschaftshilfe bei finanziellen Anreizen zur Übersiedlung in die BRD schafft Bonn Eilbedürftigkeit. Die Dinge sollen sich überstürzen. Von den Rahmenverhandlungen (die 4 Alliierten plus die beiden deutschen Staaten) erwartet die SU die Lösung folgender Fragen: Anerkennung der Grenzen, Entmilitarisierung (präzisiert im Sinne von Angriffsunfähigkeit), „Garantien der Nicht-Wiedergeburt von Nazismus“, Positionierung Deutschlands in den Bündnissystemen, Viermächtekompetenzen, Abzug ausländischer Truppen, Kriegsentschädigungen. Die von Bonn forcierte Überstürzung droht die Verknüpfung des deutschen Einigungsprozesses mit der europäischen Integration zu zerreißen. „Die ‘Beschleunigung’ der Geschichte in Sachen Deutschland zwingt dazu, sofort mit der Herausbildung des Systems der gesamteuropäischen Räume zu beginnen, der rechtlichen, humanitären und wirtschaftlichen.“

*

Mathias Schreiber über das „katzenjämmerlich verbissene“ Denken der Vereinigten Linken. Wahrnehmung der besiegten Revolutionäre durch einen Mitesser der Restauration, der jene ungewollt den Weg bereiten halfen: „Die gewaltlosen ‘Revolutionäre’ (Anführungszeichen!) haben das falsche Volk befreit: So denkt zweifellos die frustrierte Linke in der DDR, wobei sie verkennt, dass Gorbatschow und der massive Druck der ...Abwanderer wohl mehr bewirkt haben. ...Dass die Übersiedler aus der DDR für die eigentliche materielle Gewalt der ‘Revolution’ gesorgt haben..., will die Linke kaum wahrhaben.“

*

Karen berichtete von ihrer Dresdenreise, und es war auffällig, wie sehr sie dabei mit den „Koordinaten“ politischer Wahrnehmung kämpfte. Das passt zur *Ratlosigkeit*, dem gemeinsamen Nenner aller Eindrücke. Alle, mit denen Karen sprechen konnte, waren vom Wahlkampf angewidert und fanden ihre Standpunkte von keiner Partei vertreten. Oder sie fühlen sich zerspalten: die schnelle deutsche Einheit wünschend wegen des drohenden Chaos sympathisieren sie mit Parteien, die den Prozess gerade langsamer und geordnet durchführen wollen. — Riesenplakate von der Jungen Union zeigen Lafontaine und Honecker, darunter „Nie wieder Sozialismus“. Die SPD antwortet mit dem Slogan „1949-1989 Koalition SED-CDU“.

16. März 1990

Der Niedergang und schließliche Zusammenbruch der Gemeinwirtschaft in der BRD wird von den bürgerlichen Parteien mit dem Scheitern der befehlsadministrativen Planwirtschaft zusammengebracht. Paradox: Die den gemeinwirtschaftlichen Standpunkt ablehnen, nehmen ihn ein, um die Gewerkschaften zu verurteilen. Sie üben aus, was sie prinzipiell ausschließen möchten: soziale Kontrolle über Wirtschaftsunternehmen. Die Form des Vorgangs widerspricht dem Inhalt. Das schlägt durch als immanente Kritik an den Gewerkschaftsunternehmen: „Die Mitglieder des Aufsichtsrats, die sich fast

ausnahmslos zum Sozialismus bekennen, haben eine Politik betrieben, die der Gemeinnützigkeit und der gewerkschaftlichen Idee diametral widerspricht", sagte H. G. Hüsch, der Vorsitzende des 3. Untersuchungsausschusses „Neue Heimat". Zur Sache sagte Hüsch: Von der NH-Leitung sei gebundenes Vermögen zugunsten verfügbaren Vermögens „ausgelaugt" worden. (Der DGB sagt in der Tat, die Kapitalausstattung sei unzureichend gewesen.) Obwohl die unmittelbare Stoßrichtung klassenkämpferisch ist und dem Sozialismus endgültig der Garaus gemacht werden soll, wäre es falsch, die Kritik der Bürgerlichen ungeprüft zu verwerfen. „Die Kommandowirtschaft der Gewerkschaften hat versagt." (Hans Gattermann, FDP) Die Erfahrung im Osten zeige, dass Plan- und Kommandowirtschaft nirgendwo auf der Welt andere Ergebnisse zeitigten. Der „effiziente Markt" stattdessen „bestrafe ohne Ansehen der Person alle, die sich eigenverantwortlich gegen seine Gesetze vergingen." Leider kennt man diese Gesetze ja nie *in concreto* im voraus. Nachträglich verbeugt man sich vor dem unerforschlichen Ratschluss des Erfolgs. Hinkelammert hat recht, das weist Züge eines Götzenkults auf. — Am selben Tag, an dem der bisher geheime Bericht veröffentlicht wurde, beschloss man, den sozialen Wohnungsbau wieder zu verstärken. Damals hatte man ihm die Hähne abgedreht. Der Skandal deckt den tieferliegenden Skandal.

In der DDR wurde — als Übergangsform zwischen bisherigem faktischen *Staatseigentum* und der zur Restauration anstehenden Ordnung des *Privateigentums*? — eine „Treuhandanstalt" zur „Wahrung des Volkseigentums" gegründet, „das sich in Fondsinhaberschaft von Betrieben, Einrichtungen, Kombinaten sowie wirtschaftsleitenden Organen und sonstigen im Register der volkseigenen Wirtschaft eingetragenen Wirtschaftseinheiten befindet". Minister Ullmann von „Demokratie Jetzt" begründete diese „Rechtskonstruktion" damit, dass es im Bürgerlichen Gesetzbuch der BRD den Begriff Volkseigentum nicht gibt. Man muss das Volkseigentum folglich in etwas verwandeln, was es bürgerlich „gibt". Daher wurde gleichzeitig mit der Gründung der Treuhandanstalt verfügt, die VEB in GmbH- oder AG-Form umzugründen. Aus Volkseigentum mach

„Kapitalgesellschaften“. Die Anteile bzw. Aktien liegen bei der Treuhand; ihr Verkauf „ist zulässig, sofern das durch Gesetz geregelt ist“, bedarf aber der Zustimmung des jeweiligen Aufsichtsrats. Ullmann ermäßigt das „Volkseigentum“ zum „Eigentum der Bürger“, das es diesen zu erhalten bzw. überhaupt erst einmal für sie zu realisieren gelte. So nimmt das Eigentum an den Produktionsmitteln den Schein wirklichen Volkseigentums in dem Moment an, wo man zu seiner kapitalistischen Privatisierung ansetzt. Es ist, als hätten die DDR-Bürger weniger zu konsumieren gehabt, seien dafür aber Eigentümer der Produktionsanlagen gewesen. Die Privation dieses Eigentums wird nun kompensiert durch ein Zwischending zwischen konsumtivem Privateigentum und Volkskapitalismus. Rückblickend wird es vielleicht einmal als Stillhalteprämie vor den Wahlen erscheinen.

Volkseigentum, sieht man jetzt immerhin, hat eben doch mehr Potenzen als bloßes Staatseigentum, das es ja auch im Kapitalismus gibt, wo der Staat quasi „privat“ darüber verfügen kann (unter Ausschluss der Bevölkerung).

In Zahlen: Man schätzt das Volkseigentum auf 650 Mrd Mark; pro Kopf ca. 40.000 Mark. Man denkt daran, 25-30 Prozent in Form von Vermögensurkunden (Anteilscheine, Anrechte) den Individuen zu geben, die sie zwar nicht verkaufen, aber womöglich für den Erwerb von Wohnungen oder Geschäftsräumen verwenden können.

*

Schewardnadse muss sich mit dem Vorwurf auseinandersetzen, er sei mitschuldig an der „Zerstörung des sozialistischen Lagers“. Er dreht den Spieß um: Diese Anschuldigung bezeugt eine „imperiale Mentalität: Wir haben das Recht zu diktieren, anzuweisen, zu befehlen ... Ignoriert werden die heutigen Anforderungen an unsere Sicherheit, die nicht ewig auf Gewaltandrohung beruhen kann.“ Er sagt, die sowjetische Führung sei nicht überrascht worden durch die Umbrüche im vormaligen Ostblock. Eingedenk der „Vergewaltigung der Geschichte, Demokratie,

Lebensweise, der Traditionen und schließlich des gesunden Menschenverstandes“ habe man „eine klare Vorstellung von der Entwicklung“ gehabt. Die SU könne kein Interesse haben an einem „Cordon sanitaire aus sehr zweifelhaften und labilen Regimes“.

Das Selbstbestimmungsrecht sei „ein Universalrecht, und das deutsche Volk bildet dabei keine Ausnahme“. Man hörte solche Sätze mit mehr Zustimmung, kämen sie nicht aus dem Munde von Staatsmännern und drückten sie nicht funktionalisierte Orientierungen in falscher Absolutheit aus. Falsch, weil sich die Staaten absolut nicht daran halten, sobald es ihren Strategien widerspricht.

Die USA boykottieren die Osteuropabank, falls dieser erlaubt wird, auch der SU Kredite zu geben. Kredite dürften nur an „Staaten mit demokratischer und pluralistischer Gesellschaftsform“ gegeben werden. Wasser auf die Mühlen der Perestrojka-Gegner.

*

Die „New Left Review“ sieht im Editorial ihres erst jetzt eingetroffenen Januar/Februar-Hefts „einen weiteren dramatischen Fortschritt der Welle von Volksmacht in Osteuropa“, von der „die Bourbonen von Osteuropa“ gestürzt worden seien. Das Illusionäre dieser Vorstellung verblüfft mich. Die NLR geht noch davon aus, die DDR-Bevölkerung wolle eine Konföderation beider deutscher Staaten, verbitte sich aber den kapitalistischen Anschluss. Da die westeuropäische Arbeiterbewegung kein Interesse am Entstehen eines osteuropäischen Minderkapitalismus haben kann, der mittelbar auch die sozialen Standards im Westen zu drücken erlaubt, verspricht sich die NLR „transnationale Solidarität und viel großzügigere Perspektiven ökonomischer und sozialer Rekonstruktion“ von einem Ost-West-Bündnis sozialer und demokratischer Kräfte.

Gorbatschow zerfällt für die NLR in einen, dem die entscheidenden positiven Entwicklungen in der SU und im ehemaligen Ostblock zuzuschreiben sind, und einen, der nur halbherzig und widersprüchlich reformiert, „phantasielos beim

Entwurf alternativer sozio-ökonomischer Formen“ und vor allem verantwortlich für den Militäreinsatz in Aserbaidschan. — Ich halte nichts von solchen Aufspaltungen. An der Ökonomie entscheidet sich das Schicksal der Perestrojka.

Gorbatschow muss nun mit seinen Präsidialvollmachten versuchen, gegen Litauen den Beschluss des Unionsparlaments durchzusetzen. Was immer er tut, wird (auch) falsch sein. In der produktiven Hauptsache wendet er sich nun endlich der Wirtschaftsreform zu.

*

Zbigniew Brzezinski entwirft ein „transeuropäisches Commonwealth“, dessen Zentrum die EG bildet, dessen Peripherie Osteuropa, und das offen ist „für eine mögliche Anbindung des Gebietes, das heute noch die Sowjetunion ist“. Diese ist „irreparabel und außerstande, sich zu erholen“. — Unter diesen Verzerrungen kommt dann aber eine Realpolitik hervor, die den Erwartungen Gorbatschows entgegenkommt und der momentanen Politik der BRD widerspricht: Konföderation der beiden deutschen Staaten, die in ihren Bündnissystemen bleiben können, das Ganze eingebettet in die europäische Integration; Förderung der Umgestaltung der SU in eine Konföderation. Finanzhilfen. Handel.

*

Laut Michael Schwelien („Zeit“ von heute) war Günter Schabowski der einzige, der vor dem Untersuchungsausschuss der Volkskammer das SED-Regime einigermaßen analysiert hat. Er soll den Absolutismus des Generalsekretärs + Stasi als Bonapartismus bezeichnet haben. Die SED hatte den Charakter eines Ordens. „Der Abstieg, der Verfall hatte ein so aberwitziges Ausmaß angenommen, dass wir uns schämen müssen.“

16. März 1990 (2)

Alain Touraine (Rinascita, 11.3.) sieht die SU auch jetzt noch ausschließlich von oben regiert, Gorbatschow ist für ihn ein „aufgeklärter Despot“. Die Alternative

(für die er sich ausspricht) ist ein Umbruchprozess wie in Polen, DDR etc., d.h. „eine Phase der weitgehend unkontrollierten und unvorhersehbaren Transformation". Den Übergang zu Parlamentarismus und Mehrparteiensystem honoriert er nicht als wirklichen Bruch mit dem alten System. Auch die Frage der Sezession Litauens sieht er ganz undifferenziert. Das einseitige Austreten gefährde die Perestrojka und drohe zu seinem Sturz beizutragen, habe G. zu den Litauern gesagt. Das interpretiert Touraine so: „In der SU scheinen folglich die Probleme des Staates die der Gesellschaft zu determinieren, während in Osteuropa gerade die Gesellschaft — vor allem die Jugend — rebelliert und sich befreit hat." Er differenziert nicht die gesellschaftlichen Kräfte. Die SU steht unmittelbar vor „dem Moment, in dem Gorbatschow die Grenze des kommunistischen Regimes überschreiten und ein Land radikal umgestalten muss, das damit aufhören wird, die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken zu sein".

T. verwendet lauter undifferenzierte Begriffe. Dass „kommunistisches Regime" ein solcher ist, sagt er bewusstlos selber, indem er sich wundert, „bis zu welchem Grad die kommunistischen Regime keine kommunistischen Gesellschaften hervorgebracht haben". Statt strukturanalytische, politik- oder gesellschaftswissenschaftliche Begriffe (wie „befehlsadministratives System" usw.) zu verwenden oder auch nur zu diskutieren, besteht er auf dem Eigenschaftswort „kommunistisch". Darin zeigt sich die unwillige Entschlossenheit, mit diesem ganzen Zeug fertig zu werden.

Überlegenswert seine Bemerkung, „dass diese Regime äußerst wenig fähig waren, in die Gesellschaft einzudringen", irgendwelche spezifischen Standards des Verhaltens, der Lebensweise etc. durchzusetzen. Das lege es nahe, den „realen Kommunismus" als „irrealen Kommunismus" zu begreifen, der nur als gewaltsam Aufgesetztes existierte. Daher nun das Vakuum, Hauptproblem auch der SU. „Die Leute wissen nicht, was ein Unternehmen ist, ein Preis, ein Markt, eine politische Debatte." Der Westen verschlimmere das alles, indem er in dieses Vakuum in Gestalt des wilden Liberalismus vorstoße, frei nach der Logik der zu

kolonisierenden Wüste dieselbe vollends herstellend. T. warnt davor, mit allem, was Sozialismus heißt, aufräumen. Neben staatlicher Industrialisierung heiße Sozialismus auch die soziale Bewegung zu mehr Gerechtigkeit, und diese Bedeutung bleibe aktuell.

Hauptthese: Um nicht gestürzt zu werden, muss Gorbatschow das „kommunistische Regime" stürzen. Merkwürdigerweise versteht T. darunter nicht viel mehr, als was bereits geschehen ist: das Ende des Einparteisystems, Trennung von Staat und Partei, Präsidentschaft. Der Parteistaat habe die wirkliche sowjetische „Andersheit" ausgemacht. Pauschale Sachen, die vor fünf, vielleicht drei Jahren gesagt werden konnten. Studiert nicht, sondern meint, d.h. wiederholt Meinung.

Die Gewaltlosigkeit fast aller osteuropäischen Revolutionen drücke die Stärke der demokratischen Idee aus, was T. zur Abrechnung mit den „(im Zuge der französischen und der bolschewistischen Revolution angewandten) sogenannten revolutionären Methoden" nutzt, die „sich zur Bildung absoluter Macht addierten". Gleichwohl möchte er statt von demokratischer lieber von anti-totalitärer Revolution sprechen. Er glaubt nämlich nicht, dass es zur „Verwestlichung, d.h. westlichen Demokratisierung" kommt. Der Ausdruck „demokratischer Sozialismus" sei „ohne Bedeutung, jedenfalls inaktuell".

*

Dass der Kapitalismus „in den letzten Jahrzehnten nicht alleine regierte", könnte, wie Edgar Gärtner in der Volkszeitung schreibt, der Grund sein, dass die Welt bisher vor der Katastrophe verschont blieb. Weint er dem exterministischen Weltsystem nach? Die Privatisierung öffentlicher Umweltschutzaufgaben hält er für leistungsfähig. „Unvorstellbar ist hingegen auf rein kapitalistischer Basis die Behebung der Armut in der Dritten Welt, der damit verbundenen Umweltschädigungen sowie der darauf erwachsenden globalen Gefahren." Nach dem Zusammenbruch der „stalinistischen Kommandowirtschaft" könne man einzig noch auf „demokratische Durchsetzung ethischer Normen" setzen, um so

„das Profitstreben in eine einigermaßen umwelt- und sozialverträgliche Richtung zu lenken“. Er sagt vorher, dass schon bald ins Zentrum der Auseinandersetzungen „die Bewahrung des Kapitalismus vor seiner ihm eigenen Maßlosigkeit“ rücken wird.

*

Verena Krieger, Vorstandssprecherin der Grünen, hat laut TAZ eine „deutsch-deutsche Oppositionskonferenz“ vorgeschlagen, an der das „ganze Spektrum der linken, ökologischen und radikaldemokratischen“ Gruppen beteiligt sein soll, einschließlich der PDS. Angesichts der Tatsache, dass der „Anschluss der DDR an die BRD nicht mehr aufzuhalten“ ist, gehe es nun darum, „Bündnisse zu zimmern“ und sich so auf die bei der Vereinigung entstehenden Konflikte und Probleme vorzubereiten (Arbeitsmarkt und Soziales, Ökologie und Energie, Fraueninteressen, Demokratisierung, AusländerInnenpolitik und Antifaschismus). Die Hoffnung auf Mitgestaltung gilt ihr als „Illusion“, als Perspektive bleibt einzig, „Abwehrkämpfe zu führen“. — Gegen Jürgen Reents vom „Linken Forum“ hagelte es Angriffe, weil er in seine Überlegungen zu einer „Neukomposition der linken, ökologischen und radikaldemokratischen Opposition“ auch die PDS einbezogen hatte. Es klingt nach „Sozialisten raus!“ Auch Wolfgang Templin und die DDR-Grünen weisen weiterhin jede Zusammenarbeit mit der PDS von sich. Für die Periode des Bruches mit dem alten Regime war das nicht nur verständlich, sondern auch notwendig. Aber jetzt hat sich die Situation wieder gewandelt. Mit den Spaltungen zur PDS verteidigen sie bereits ihre eigene Ohnmacht.

17. März 1990

Friggas Traum: Sie ging durch eine bewaldete Landschaft, die mit Farn bewachsen war und in ein Hochmoor überging. Langsam fing die Landschaft an zu zerbröckeln, und einzubrechen, eine tiefe Traurigkeit bemächtigte sich der Träumerin, und ihr, die auf ihrem schmalen Weg durch die versinkende Landschaft ging und selber nicht bedroht war, wurde klar, die Landschaft, die verschwinden

würde, war die DDR, und ein Stück Leben würde weg sein. Alles sehr langsam und langdauernd, ohne weitere Personen und Handlung.

Die FAZ ist beeindruckt von der „Atemlosigkeit, mit der in der Sowjetunion in diesen Tagen über grundlegende Veränderungen des politischen Systems debattiert und entschieden wird".

Im Leitartikel der deutschnationale Appell, „Sprachbewusstsein und Sprachstolz wiederzubegründen". Reinhard Olt: „Die historische Stunde ... darf nicht ungenutzt verstreichen." Die Erben des NS verstehen unter historischer Stunde die Schwäche der SU und die Ausnutzbarkeit der Politik der Konversion vom Zwangsstaat zur Zivilgesellschaft.

Heute vormittag die erste einer Reihe von Diskussionen, die der Ost-West-Verständigung über Perspektiven marxistischer Theorie dienen sollen. Als Einstieg hatten wir verabredet, zwei Kapitel aus dem „Pluralen Marxismus" zu besprechen. Die Initiatoren, die zudem die Diskussionsvorbereitung zur ersten Sitzung übernommen hatten, waren weggeblieben. Die Diskussion nicht zur Sache. Ein *déjà vu*. Offenbar ist es den wenigsten, die im „Realsozialismus" gelebt haben, möglich, kritisch erneuernd an Fragen marxistischer Theorie heranzugehen. Der ML soll tot sein, aber auf eine Weise, als hätte man nie dazu gehört.

Warum die DDR-Ordnung „wie ein Kartenhaus zusammengebrochen" sei, wird oft gefragt. Ein wichtiger Faktor war die innere Verfasstheit der Herrschaftsträgerin SED. Zu großen Teilen wollte sie die Revolution gegen die Herrschaft ihrer Führung. Das entsprechende Psychogramm selbst hoher Funktionäre findet sich etwa bei Volker Braun, im Hinze-Kunze-Roman. Dass dann aber das ganze Land nicht etwa revolutioniert oder reformiert wurde, sondern sich dem kapitalistischen Westdeutschland zu unterstellen drängte, muss andere Gründe haben. Einiges deutet darauf hin, dass gerade die Festungsmentalität des alten Systems die Herrschaftsübergabe anbahnte. Die Ordnung hielt sich nach einem einfachen Entweder-Oder-Kode; als das Entweder gefallen war, blieb nur das Oder. André

erzählt, dass in Halle bei der Post die Abbestellungsformulare für die Fernsehprogramm-Zeitschrift ausgegangen sind; die Leute bestellen wie wild ab und abonnieren die westliche, obwohl der Programmteil identisch ist und allenfalls der Inseratteil hinzukommt. In den Läden werden die Regale leergeräumt für Westwaren. Auf den Kriegskommunismus folgt — die Kapitulation. „Wir erleben eine Zeit schärfster sozialer, politischer, kultureller, ökonomischer Krisenprozesse, wirklich existenzieller Auf- und Zuzsammenbrüche bei Millionen Menschen." (Walter Friedrich, der Leiter des Leipziger Jugendforschungsinstituts, im „Sonntag" vom 11.3.).

17. März 1990 (2)

Gorbatschows Rede beim Antritt des Präsidentenamts: Er will die neuen Befugnisse zur „Radikalisierung der Umgestaltung" nutzen, und zwar „auf demokratischer Basis". Die alte weisungsgebundene Form des Wirtschaftens und die neue ökonomische „bestehen in antagonistischer Form nebeneinander und schwächen sich wechselseitig". Das meiste kenne ich seit langem. Neu ist mir der angekündigte „Übergang zur Naturalsteuer für die wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Rohstoffe in Verbindung mit dem freien Handel der Überschüsse". Das kehrt zurück zu Lenins erster Maßnahme zur Überwindung des Kriegskommunismus. Dieses Replikat frühsowjetischer Politik verblüfft mich.

Das „Prinzip der Trennung der Machtbereiche" setzt die Frage des Zusammenwirkens der Getrennten auf die Tagesordnung. Darin sieht G. merkwürdigerweise die Aufgabe des Präsidialrats, eines Gremiums von unklarer Zusammensetzung und Legitimität.

Die Personalunion Generalsekretär und Präsident sei „heute und für die nächste Zukunft von den Interessen der Perestrojka diktiert". Die KPdSU soll aber nurmehr gleichberechtigt mit anderen politischen Akteuren um Regierungsmandate ringen. Wichtige Aufgabe des Präsidenten sei daher der Beitrag zur „Konsolidierung der politischen Strömungen und gesellschaftlichen Bewegungen".

Die unterschiedlichen Richtungen sollen im Präsidialrat vertreten sein.

Es ist, als zöge G. sich in den Fluchtturm zurück, belagert von Chauvinismus und Rassismus, die er abwehrt mit Wünschen, die nach jahrelanger Beschwörung kraftlos wirken. So die beschworene Rekonstruktion der „ethischen Grundlagen" angesichts dessen, dass die Gesellschaft „durch Gruppenstreitigkeit zerrissen" ist, verstärkt durch „Privatfehden" innerhalb der Intelligenz.

Zum Schluss heißt es: „Wir müssen die Angst beiseite schieben und den Kopf nicht hängen lassen, wir müssen an unsere Kräfte und Möglichkeiten glauben." Aber genau darin scheinen Angst und Niedergeschlagenheit auf, und zu sagen, „wir müssen ... glauben", wird keinen bekehren.

18. März 1990

Unser Traum war eine radikaldemokratische DDR mit durchlässigen Grenzen, vergleichbar mit Österreich, auch hinsichtlich der Mischökonomie mit starkem Staatssektor.

Man muss ernst nehmen, wenn Gysi sagt, eine Auflösung der SED mit anschließender Neugründung wäre der leichtere Weg gewesen im Vergleich zu dem einer radikalen demokratischen Umgestaltung der Partei. Leichter nicht nur im Sinn geringerer Mühe, sondern des geringeren historischen Gewichts. Für ein künftiges vereinigtes Deutschland wäre eine demokratisierte sozialistische Partei ein ungeheuer produktives Mitbringsel. Schon jetzt spürt man eine erwartungsvolle Nervosität auf der Linken. Am linken Rand der Grünen vertiefen sich die Risse.

Das Ob des Zusammenschlusses der beiden deutschen Staaten ist ohne jede Wahl längst entschieden. Von der heutigen Wahl hängt nur noch ab, ob eine „Restchance besteht, zu einem Stufenplan zurückzukehren", schreibt „Sozialismus" im Editorial des März/April-Heftes. Dagegen wirkt der „Crash-Kurs", die Destabilisierungspolitik der konservativen Bundesregierung. Sie will den ungeordneten Rückzug, die kopflose Flucht, die bedingungslose Übergabe.

18. März 1990 (2)

Ein Erdrutsch zur CDU-Ost des Lothar de Maizière. Eine „Anschluss"-Wahl? Vielleicht doch nicht ganz. Bedenkenswert, dass es eine der alten „Blockparteien" ist: Erdrutsch innerhalb des alten DDR-Establishments. Auch ist de Maizière weder Scharfmacher, noch einfacher Befehlsempfänger der West-CDU.

Die Liberalen haben wenig von Genscher profitiert (ca. 5 Prozent).

Die PDS liegt auf der Linie der meisten Voraussagen (um 15 Prozent), die SPD weit darunter (um 20 Prozent); zusammengezählt nähern sich ihre Stimmen in etwa der alten magischen Zahl, die einst SPD + KPD in der letzten Wahl 1933 gehabt haben. Alle „linken" Gruppen zusammen scheinen ca. 40 Prozent zu erreichen. (Das Ergebnis erinnert auch an die Wahlen in Nicaragua.) Das Addieren ist, politisch gesehen, natürlich vorläufig rein fiktiv, denn für die SPD ist die PDS noch „unberührbar".

Stefan Heym: Es gab zwei Gruppen im November; die eine wollte eine *andere* DDR, die andere *keine* DDR. Die zweite hat gesiegt, die DDR wird verschwinden und bald nur noch eine Fußnote der Geschichte sein. Die erste freie Wahl in der DDR war schon nicht mehr die Wahl der DDR. Er hofft, nachdem die große Schlange den Igel verschluckt hat, dass sich beim Verdauungsversuch noch Überraschungen ergeben.

Wo wären denn die Igelstacheln im Fleisch der künftigen Bundesrepublik (denn so wird der Einheitsstaat nach dieser Wahl doch wohl heißen) zu erwarten? In Gestalt einer bundesweit sich ausdehnenden PDS, die das Dispositiv der Linken verändert? Auch die Bürgerbewegung könnte sich nach Westdeutschland ausbreiten, Ullmann sprach davon, dass sich bereits Interessenten aus dem Westen gemeldet hätten. Aus der Frauenbewegung höre ich von Überlegungen, auch im Westen einen Unabhängigen Frauen-Dachverband zu gründen.

Zur Dialektik von Revolution und Restauration in der DDR gehört der Umschlag

von Opposition-der-DDR in DDR-Position: Die aktiven demokratischen Opponenten von gestern wurden alsbald zu den letzten, welche die Position der DDR hielten. Ihre Revolution war nur der Zünder, der den Erdrutsch auslöste. Opposition war nicht opportun; Opportunisten halten nicht die Position. Vom Standpunkt derer, welche die demokratische Revolution gemacht haben, lässt sich sagen: ihr Unglück vor dem November wurde zu ihrem seitenverkehrten Unglück nach dem November: der Zement des Opportunismus rutschte auf die andere Seite. Erich Wulff, der diesen Gedanken heute äußerte, meinte, man müsse den Opportunismus als Grundeffekt der alten SED-Herrschaft begreifen.

19. März 1990

Mitsamt der Gesellschaftsformation wurde der Staat abgewählt, praktizierter Otto Reinhold. Die Wahlbeteiligung mit 93 Prozent enorm hoch; die Zahl der Spätentschiedenen ebenfalls (knapp die Hälfte). Die Frage, ob es eine „reale Wahl" gewesen sei, liegt daneben. Es war keine normale Wahl im Sinne einer systemimmanenten Konkurrenz von Programmen und Personen. Eine große Mehrheit will die deutsche Einheit, eine knappe Mehrheit will sie sehr schnell, in Form des Anschlusses an die Bundesrepublik.

Vermutlich spielte Sprachzauber mit, Namensgleichheit der alten Blockpartei mit der westlichen Regierungspartei, ein Zeichen-Glaube wie bei den „Gestattungsproduktionen" der Zigarettenindustrie, CDU wie OMO. Und materialistisch: das Geld. Auf dem Vehikel der Ökonomie ist die Volksbewegung ins Nationale geglitten.

„Die DDR-Bürger haben sich für die Bundesregierung entschieden", sagte Steffen Reiche, der seine SPD zwischen rechter Diffamierung (als sozialistisch) und Angstmache seitens der PDS zermahlen sieht.

Niemand hat die Wahl so hoch verloren wie die Gruppen, die sie möglich gemacht haben. Mehr als die Wahl, haben diese Gruppen ihre Revolution verloren. Da sie als politisch irrelevant eingestuft werden, erhalten sie überall Ehrenkränze

gewunden. (Elitz im Fernsehkommentar: „Es ist nicht zum ersten Mal, dass ein Volk seine Märtyrer schnell vergisst.“)

Macht des verärgerten Untertans, der sich von seiner Obrigkeit falsch geführt findet und sich nun nicht den Widerständigen anschließt, sondern der konkurrierenden Obrigkeit, die sich als stärker erwiesen hat, unterstellt? Wenig zivilgesellschaftliche Erfahrung. Die DDR-Menschen waren ja wirklich aus einem Kommandostaat in den nächsten gefallen, wie mir Hans Förtsch sagte, der diese Anschauung aus seinem Geburtsort Heinersdorf bezieht.

Wir Linken sollten jetzt unsere Widerstandsformen sehr genau prüfen, damit wir nicht in die von Paul Willis analysierte Falle tappen, die von uns abgelehnte Ordnung genau durch die Art und Weise zu bestätigen, wie wir unsern Widerstand artikulieren. Der zynische Humor („Wir Deutschen wählen keine Widerstandskämpfer“) ist unbrauchbar. Selbst die witzige Losung „Erneuern — nicht verscheuern!“, die am Sonnabend auf einer Westberliner Demo „wider Vereinigung“ verbreitet wurde, hat mit dem Wahlausgang ihren Tag verloren, ist „historisch“.

Gysi fürchtet, dass die Gründung einer neuen linken Partei zur Bundestagswahl (ausgehend von der Hamburger „PDS“) sowohl diese als auch die Grünen unter die Fünfprozentschwelle drücken könnte. Bei künftigen gesamtdeutschen Wahlen stellt sich die Frage anders.

Die PDS hat sich erstaunlich gut gehalten, vor allem in der DDR-Hauptstadt (35 Prozent).

Jetzt, da die Wahl vorbei ist, äußert Fromme in der Leitglosse der FAZ „beinahe Bewunderung“ für die Umgestaltung der SED in eine PDS, der es gelungen ist, „von einer über die absolute Macht verfügenden Partei zu einer zu werden, die sich mit Konkurrenz auseinanderzusetzen hatte“. Ohne die Wahlanalysen abzuwarten, weiß Fromme schon vorab, die PDS sei von Leuten gewählt worden, „die ihr nicht nur ihren Posten verdankten, sondern sogar die Existenz der entsprechenden

'Planstelle'. Die Motive mögen sich mischen aus alter Treue, aus dem Wunsch, nicht jetzt vor sich selbst als Opportunist zu scheinen." (Sic!) „Die einstigen Blockparteien... wussten bis zuletzt nicht genau, wieviel ihnen von dem Vergangenen angerechnet ...werde." Fromme schweigt darüber, dass eine dieser Blockparteien erdrutschartig gewonnen hat. — Die Hauptüberschrift auf Seite 1 lautet: „Allianz für Deutschland bei den Wahlen vorn". Die gleiche Diktion hörte ich vorhin vom FAZ-Korrespondenten Peter Jochen Winters im RIAS-Fernsehen. Die Formulierung lügt. Vorn ist die alte CDU-Ost. Die beiden Neugründungen aus der „Allianz" liegen weit zurück; die DSU mit ihren ca. 6,5 Prozent ist noch relevant; der „Demokratische Aufbruch" hat weniger als 1 Prozent erhalten. „Allianz für Deutschland" ist schon rein semantisch das Kind von Kohl, es muss ihm nun unter allen Umständen der Sieg zugeschrieben werden. So auch der Fernsehkommentator Ernst Elitz: Gewonnen habe nicht die CDU der DDR, sondern Kohl, weil er „den Schlüssel zur Kasse" habe. Ergänzend versucht die Rechte, Lafontaine zum eigentlichen Verlierer zu machen.

Auch Franz Sommerfeld sieht zunächst und vor allem den persönlichen Erfolg Kohls; dessen nationale Politik ohne Rücksicht auf außenpolitische Verluste hat unerwarteterweise gewonnen. Das werde sich auf die Wahlen in der BRD auswirken. Das ist möglich. Es kann aber auch anders kommen: der nationalen Begeisterung folgt die Nüchternheit des Zahltags. — Sommerfeld meint, die Entwicklung habe Lafontaine gegen Brandt recht gegeben. Die von diesem mitangeschobene nationale Welle ging nach rechts.

Lafontaine hatte gestern Abend die knappe und operativ orientierende Deutung parat: Kohls Versprechungen wurden gewählt; man muss nun ihre Einlösung fordernd und kritisch begleiten, dann kann es sein, wie Momper ergänzte, dass schon der nächste Wahltag am 6. Mai zum Zahltag wird.

Manfred Stolpe, der langgediente kirchliche Vermittler zwischen SED und Opposition, versteht das Ergebnis z.T. als Rache des benachteiligten Südens der DDR an der als Hauptstadt bevorzugten Berliner Region. Die Wahl bedeutet den

Wunsch nach schneller Übernahme des westlichen Systems.

Vera Wollenberger (die 1987 bei der RL-Demo verhaftet und dann nach England abgeschoben worden war) sah wenig programmatische Hinderungsgründe für ein künftiges Zusammengehen der Grünen mit der PDS. „Die Methoden", sagte sie, „sind der Prüfstein der Ehrlichkeit."

Otto Schily zeigte eine Banane, während Dorothee Willms von „Freiheit" sprach. Johannes Rauh: Die Akteure der Revolution, die für die Freiheit gekämpft haben, sind an den Rand gedrängt.

Stefan Heym, vogelgleich in die Runde blickend: Kohl wird nun zu liefern haben, Zweifel, ob er das kann. Überraschend gut das Resultat für die PDS. Modrow anständig, Gysi gescheit.

De Maizière, der dem sympathischen Sandmännchen aus dem Kinderfernsehen der DDR ähnlich sieht, sagt, die erste freie Wahl sei die letzte Volkskammerwahl gewesen. Man solle nicht vergessen, dass die Möglichkeit der Wende mit dem Jahr 1985 und Gorbatschow begonnen hat. Gedrängt, konkrete Zusagen Kohls bekanntzugeben, muss er passen. Gibt es sie nicht?

Der gegenläufige Wahlerfolg der SPD in Bayern.

*

Gustav Seibt (FAZ vom 17.3.) behauptet, in Leipzig gebe es 200 ML-Professoren, die jetzt entlassen würden. Aus der Umgebung des Leipziger Historikers Hartmut Zwahr, den er ganz respektvoll behandelt, schildert er Depression, die nicht nur Furcht vor dem Markt und Verlust von Berufsperspektive ausdrücke: „Der ganze Rahmen ihrer Arbeit, auch der für Opposition und Widerspruch, ist zerfallen." Zwahr habe gesagt, für den einzelnen sei jetzt entscheidend, ob er sich selbst noch lesen könne, „Aber wie lange", kommentiert Seibt, „ist das, was man heute noch lesen kann ohne rot zu werden, noch verständlich? Was unter der Diktatur objektiv oppositionell war, kann schon jetzt wie eine Variante der einstigen offiziellen

Wissenschaft wirken.“ Der *Bruch* bewirke, dass „auch an Zukunftsweisendes vor dem Bruch nicht ohne weiteres angeknüpft werden“ könne. Das ist, scheint mir, das Bitterste des historischen Moments. Das Alte zieht den Widerstand in seinen Untergang mit.

Was Seibt am Schluss beschäftigt, ist die Verwendung der „überdurchschnittlich intelligenten Gruppe“ der Geschichtsstudenten im künftigen Einheitsstaat. „Der Zwang zur Beschäftigung mit der Marx'schen Theorie bedeutete für sie eine formale Schulung, wie sie vielen westlichen Geschichtsstudenten abgeht, die sich derzeit lieber mit den Episoden der Alltagsgeschichte befassen als über Geschichte als ganzes nachdenken.“ Eine organische Anverwandlung dieser Nachwuchsintellektuellen verspricht er sich von der „Ressource Kommunikation“, die Habermas jüngst der DDR verordnet habe. „Ressource *der*“ übersetzt er in Ressourcen *für* Kommunikation und versteht darunter Geld für Austauschstipendien usw. Dass das funktionieren kann, dafür spricht die fieberhafte Umorientierung, die Frank Schirrmacher auf der Leipziger Buchmesse notierte und die er u.a. darin ausgedrückt fand, dass die Lesungen, „einst Treffpunkt der subversiven Intelligenz, kaum noch Zuspruch“ fanden und dass es etwa weder bei Günter Grass noch bei Rainer Kirsch zu Diskussionen unter den Zuhörern gekommen sei. Das Aufregende und Gewagte von gestern sei „jetzt plötzlich anachronistisch und rührend veraltet“. Schirrmacher mobilisiert sich so gewohnheitsmäßig und selbstverständlich in die Synchronie des jeweils Neuen, dass er sich in der DDR-Szene mit der wohlwollenden Unschuld eines Amerikaners in der Dritten Welt zu bewegen scheint.

20. März 1990

Wie gerädert vom Schreiben des Volkszeitung-Artikels zur Wahl.

„Anpassung an andere sozialökonomische und politische Bedingungen und Zustände“, umschreibt Schewardnadse, was der DDR jetzt bevorsteht. Seine Warnung vom 14. März vor „Anschlägen auf die volkswirtschaftlichen,

Vermögens- und gesellschaftlichen Strukturen“ kommt reichlich spät, macht aber deutlich, was die Bonner Politik alles zu überfahren gedenkt: „Nicht Einverleibung eines deutschen Staates durch den anderen, nicht voreilige und einseitige Handlungen, diktiert von konjunkturbedingtem Kalkül, sondern vereinte Anstrengungen aller interessierten Seiten“ usw.

Bei der Rede von der Souveränität der BRD handle es sich „marxistisch gesehen um die Souveränität der westdeutschen Bourgeoisie“, heißt es im „Arbeiterkampf“ (5.3., S.30, Verfasser „de.“). Vom Standpunkt des Proletariats sei folglich das Selbstimmungsrecht — er sagt nicht „der Völker“, sondern „der Nationen“ — „reaktionär“. Urs Schmidlin schickt uns die Kopie mit der Aufschrift „da argumentiert ein Marxist!“ Der Artikel geht weiter: „Diejenigen in der DDR, die heute die Wiedervereinigung fordern, wollen keine Revolution und nicht die politische Macht für sich, sondern eine andere herrschende Klasse: die der BRD.“ Das trifft wohl auf die Mehrheit zu. Aber zu sagen, ihr Votum sei kein Ausdruck von Selbstbestimmung, legitimiert bereits wieder eine Diktatur — zum Glück nur in der Einbildung. „Auschwitz“ dient als Legitimationsquelle. „Die Sekundärtugenden, mit denen sich ein KZ errichten (und betreiben) lässt, sind die Eigenschaften, die der Kapitalismus braucht.“

21. März 1990

Vor dem Möglichen erschreckend davon erfahren, dass Tim Mason sich anfangs des Monats das Leben genommen hat. Er war 50. Brachte einst die Faschismus-Debatte des „Argument“ auf Niveau und war dann ein paar Jahre (1966-69) Mitherausgeber der Zeitschrift. Er nahm mich mit ans Historische Seminar der Humboldt-Universität, als dort seine Thesen diskutiert wurden. Über ihn lernte ich die Faschismus-Historiker Eichholtz und Gossweiler kennen.

Wie Frigga vor ein paar Jahren, bin ich heute, mit dem Rad unterwegs, am Mexikoplatz von einem Auto angefahren worden, das aus einer Einfahrt herausschoß. Ich flog durch die Luft, landete weich auf dem Kühler, alles in

Zeitlupe, ohne Schmerzen. Das Fahrrad sieht aus wie von Dali gemalt. Jetzt fange ich an, mich durch die Mühle gedreht zu fühlen.

Im Café am Mexikoplatz traf ich auf Knödler-Bunte (von der Zeitschrift „Ästhetik und Kommunikation"). Er bedauert, seinerzeit von Berlin weggegangen zu sein (als Kulturreferent nach Saarbrücken). Jetzt zieht es ihn übermächtig zurück. Plant die Gründung einer Kulturakademie in irgendeinem der, wie er erwartet, verfügbar werdenden Häuser Ostberlins, mit Staat und Kapital als Geldgebern. Gründerstimmung. „Wenn ich nicht Marxist wäre, könnte ich mitmachen", sagte ich zweideutig und erwog die jähe Veränderung der Standorteigenschaften West-Berlins, unserer bis dato gemächlichen Provinz.

Die Wahlen in der DDR manifestierten einen Nord-Süd-Gegensatz der politischen Kräfteverhältnisse. Wären die Linken (im weiten Sinn, d.h. PDS, SPD und alle radikaldemokratischen „Oppositions"-Gruppen) nur in Ost-Berlin so stark, könnte man argumentieren, dass in der Hauptstadt das Staatshaupt residiere, die politische Klasse der DDR konzentriert sei. Gysi hat dort knapp 30 Prozent erhalten, Böhme 35. „Die Opposition", schreibt Johann Michael Möller in der FAZ, „ist von den Wählern zu einer kleinen radikalen Minderheit herabgestuft worden." Man muss sich klar machen, dass es sich dabei um die aktive Opposition gegen den SED-Staat handelt. Die SPD rechnet er nicht dazu.

Der revolutionären Opposition gegen die SED-Herrschaft geht es wie den führenden Reformern aus einigen der Bruderparteien der SED. Am „Ende dieses marxistisch-leninistischen Zwischenspiels", schreibt Georg Paul Hefty im FAZ-Leitartikel, fressen die osteuropäischen Revolutionen ihre Väter, „jene eben, die den Wandel ersonnen und eingeleitet und es anderen ermöglicht haben, relativ gefahrlos 'Revolution von unten' zu machen." Er denkt wohl vor allem an Kádár. „Ohne Gorbatschow", fügt Hefty an, hätte die alte Ordnung noch einige Zeit dauern können.

Für Agnoli, der den DDR-Umbruch nach dem Muster der Französischen

Revolution liest, bedeuten die Wahlen vom Sonntag den Thermidor, „d.h. die Volksbewegung wurde entmachtet durch die Parteien des Kapitals“. Begonnen habe es als Sansculottenbewegung, der Jakobinismus sei übersprungen worden. Alles obenhin.

Klaus Hartung sieht im Wahlergebnis den Ausdruck des alten monolithischen Staatsverständnisses der DDR, nur übertragen auf die BRD. Kohl werde für den ideellen Gesamtkapitalisten gehalten, der als solcher agieren, d.h. Kapital schicken könne. Die Situation gehe aufgrund dieses Quidproquo schwanger mit der „Wut der Enttäuschten“.

Le Monde schrieb, „le deutschmark“ habe die Wahl gewonnen. Man müsste präzisieren: die Deutschmark-Phantasie. Die Bonner Regierung hat das begriffen. Sie wird pünktlich zu den nächsten Wahlen in der Noch-DDR, den Kommunalwahlen vom 6. Mai, eine „Erklärung zur Währungsunion“ verabschieden, um den Zumutungsdruck, der von den Wählern ausgeht, abzufangen. Das wird seine Wirkung nicht verfehlen. Das System der Prämierung von Übersiedlern, genannt „Notaufnahme“, wird beibehalten bis zum 1. Juli. Der ungenannte Grund liegt auf der Hand: der Massenexodus war die entscheidende Daumenschraube, man will sie angezogen lassen, damit die neugewählten Volkskammerabgeordneten nicht Geschmack finden an ihrem Parlamentarismus. Die Crash- & Blitzkriegstrategie geht weiter. Die Übernahme des DDR-Währungswesens durch die Bundesbank, genannt „Währungsunion“, wird vermutlich simultan erfolgen.

*

Nach folgendem Grundgedanken soll die Bundesregierung die Lösung der Eigentumsfrage anzielen: „Da die DDR für die Bundesrepublik nie Ausland war, gilt nicht der Satz des Völkerrechts, dass beim Zusammenschluss zweier Staaten die jeweiligen Eigentumsordnungen bestehen bleiben.“ Nun war die BRD aber Ausland für die DDR, man sieht also, dass es gar nicht um „Zusammenschluss

zweier Staaten“ geht, sondern um Anschluss. Das Privateigentum als abstrakte Religion, als Leidenschaft, absolutes Recht. Die enteigneten Nazis, bzw. ihre Erben, sollen mit ihrem ehemaligen Privateigentum wiedervereinigt, dieses ihnen angeschlossen werden. Restauration im einzelnen. Die Opposition hat den Stasi beseitigt und das Volkseigentum fürs Volk reklamiert; die Restauration enteignet die Opposition. Der Begriff „Rechtsstaat“ wird von den Menschen- und Bürgerrechten ab- und zum absoluten Recht des Privateigentümers hingezogen.

Gegen Pieroth, den Weinunternehmer, der als Wirtschaftsminister der neuen DDR-Regierung vorgesehen ist, wird seit Jahren wegen Warenfälschung ermittelt, was bekanntlich mehr ist als bloß Etikettenschwindel. Seine Firma hat mindestens 10 Millionen Flaschen (u.a. mit Frostschutzmittel) gefälschten Weines verkauft, im Nettowert von weit über 60 Mio DM. Die Verantwortung für die Gebrauchswertfälschung wird mit Justizschwindel zu vertuschen versucht (vor vier Wochen wurden drei Staatsanwälte „entpflichtet“). Neuerdings kam ein Brief ans Tageslicht, der darauf hindeutet, dass Pieroth einem seiner Geschäftsführer 50 Prozent eines seiner Weingüter („Niedertäler Hof“) versprochen hat, falls er die Verantwortung auf sich nimmt. Kapitalismus, ein alltägliches Unterkapitel. Und jetzt ist Schwindel gefragt.

Die AEG hat das von ihr finanzierte Frankfurter Variété „Tigerpalast“ ein paar Tage lang in Leipzig auftreten lassen, Spektakel mit Werbeeffekt. Uwe Schmitt beschreibt in der FAZ „die zum Zurückzucken bereite Traurigkeit“ des Publikums. Dieselbe Haltung beobachtete er beim Publikum einer Wahlrede Genschers. „Zweifel lähmte Gesichter und Hände“, als dieser rief: „Ihr seid genau so aktiv wie die Leute im Westen, wenn man Euch nur lässt“!

Im Wirtschaftsteil wird am Beispiel des VEB Montan vorgeführt, wie der Blickwechsel zum abrupten Bildwechsel führt, als würden Kulissen ausgetauscht. Der Betrieb hatte Auszeichnungen erhalten, 7 Prozent vom Umsatz Gewinn gemacht, eine beachtliche Exportquote realisiert. Der Betriebsleiter war „nicht reiseberechtigt“, d.h. er durfte nicht in den Westen und hat nie eines der künftig,

bei integriertem Markt, konkurrierenden Unternehmen gesehen. Diese produzieren seit Jahren vollautomatisch, während hier noch die Mechanisierung vom Anfang der 70er Jahre herrscht, z.T. noch älter. 1989 durfte der Betrieb nur 0,5 Prozent des Umsatzes investieren. Was die Arbeitsbedingungen angeht, so würden in der BRD Gewerkschaften und Gewerbeaufsicht Anstoß nehmen.

Der Bundespostminister sagte bei der Eröffnung der Elektronikmesse „Cebit", die „undurchlässige Technologiemauer" des Cocom verhindere noch immer den Technologietransfer.

Die Konjunkturstimmung überschlägt sich. Die „Ostphantasien" wirken, als gösse man Öl ins Feuer.

Allein im vergangenen Jahr hat sich das Auslandsvermögen der BRD um 27 Prozent (100 Mrd DM) auf 470 Mrd DM erhöht. Ein Eindruck vom anlagesuchenden Kapital, das nun nationales Neuland sieht.

21. März 1990 (2)

Moskau-Reise gebucht, um mich vor Ort umzuhören; an Alexander Galkin geschrieben, der mich ans Institut für politische Wissenschaft eingeladen hatte.

Roland Beer kennengelernt. Er ist Indologe, schreibt an einem Buch über nordindische Architektur und hat jetzt einen Privatverlag gegründet, wo er, neben Gedichten Rabindranat Tagores, auch die beiden letzten Kapitel meines Gorbatschow-Buchs herausbringen will, weil ihm der Gedanke der Zivilgesellschaft in Verbindung mit der Bedeutung von Zivilisation wichtig ist. Er hat 1987 auf einer Indienreise blitzartig den eigentlichen Beginn der Perestrojka verstanden, als er Gorbatschows Januarrede gelesen hatte. — Anfang November hat er in der DDR die reale Chance für Perestrojka und Glasnost gesehen. Die von Schabowski flapsig mitgeteilte und durch die Mitteilung tatsächlich vorangepuschte Öffnung der Mauer, deren Hintergrund noch immer unaufgeklärt sei, habe die Möglichkeit einer sozialistischen Umgestaltung schlagartig zerstört. Er wünscht sich, dass mein

Gorbatschow-Buch sich nicht als Produkt des Wunschdenkens herausstelle. Er meint, in der DDR seien die Bedingungen für eine „Perestrojka“ besser gewesen als in der SU. Ich wende ein, dass die kleine DDR keinen Alleingang durchhalten könnte, während es für die riesige Sowjetunion nur den Alleingang gibt, schon weil kein großer reicher Bruder sie verschlucken wollte und könnte und mit qualitativ und quantitativ besserem Lebensstandard winkt.

Beer empfiehlt mir das „Gorbatschow-Fragment“ von Jörg-Michael Koerbl in der Volksbühne und verspricht, Karten zu besorgen.

Bei einer Nato-Tagung hat ein britischer „Ostforscher“ namens Frank erklärt: „Die Perestrojka ist zuende.“ Möglich sei ein Bürgerkrieg, möglich aber auch „ein allmählicher Zusammenbruch der Regierungsautorität nach einem möglichen Verfall der Partei.“

*

Thomas Metscher schickt mir einen für eine südkoreanische Zeitung geschrieben Artikel, der damit endet, „Entscheidungsfrage“ der Gegenwart sei, „ob *der Schritt nach vorn* — die Entwicklung eines neuen Sozialismusmodells — gelingt oder ob der Umbruch misslingt und die sozialistischen Gesellschaften in den Kapitalismus zurückfallen.“ Mir kommen Zweifel an diesem „Zurückfallen“, waren doch die gemeinten Hauptländer nie kapitalistisch und ist auch der Kapitalismus weder mehr derselbe, noch homogen oder eindimensional. Sollte man denn sagen, dass jene Länder in Menschen- und Bürgerrechte, Presse- und Versammlungsfreiheit usw. „zurückfallen“?

Jacques Bidet analysiert (in *Le Monde* vom 7.2.) die Herrschaftsverhältnisse im Realsozialismus in Begriffen der Privatisierung der Macht durch eine Staatsklasse, so dass es zweifelhaft wird, von einem „Rückfall“ in vorsozialistische (kapitalistische) Verhältnisse zu sprechen. Die Partei, die er anscheinend als „herrschende Klasse“ begreift, habe den Staat angeeignet, „privatisiert, also als Rechtsstaat vernichtet“. Die derart angeeignete und unkontrollierbar gemachte

legitime Gewalt besorgte die für den Zentralplan „notwendige Homogenität und Ordnung“. Auch Karl Marx war entsprechend angeeignet und entfremdet. Der Umbruch hat sein Denken nun wieder *allgemein verfügbar* gemacht. Es charakterisiert die Möglichkeit des historischen Moments und macht es so schwierig, sich im gegenwärtigen Wirbel zu orientieren, dass kein lineares Muster passt und Zurückfallen hinter bereits Realisiertes und Wiedereröffnen verschütteter Möglichkeiten durcheinandergehen. Lachen unter Tränen.

Statt von „Realsozialismus“ spricht Bidet vom „historischen Kommunismus“ und analog vom „historischen Kapitalismus“; er begreift sie als „zwei antithetische Klassensysteme, das eine auf der privaten Aneignung der Produktionsmittel gegründet, das andere auf ihrer staatlichen Aneignung“ und konstatiert den Sieg des ersten. Die in der Propaganda internationalistischen Staassozialismen reproduzierten sich auf nationaler Stufenleiter. Dieser Nationalismus der Tat sei es, was nun „explodiert unterm unwiderstehlichen Druck der Internationalisierung der Produktion und des Weltmarkts“. Es sei jedoch absehbar, dass das Projekt einer menschlichen Gesellschaft auf anderer Stufenleiter bald neu auftaucht, und zwar, wie Bidet sagt, als „diskursive Formation eines Allgemeinwillens“. Die neuen Produktivkräfte, mit ihrer Infragestellung der Naturbedingungen menschlicher Existenz, zwängen das von Marx gestellte Problem bald wieder auf die Tagesordnung. Als „Antinomie der Moderne“ stehe dem der Widerspruch zwischen der privat-interindividuellen und der zentral-allgemeinen Vertraglichkeit entgegen. Rot-grüne Perspektive auf Französisch.

22. März 1990

Die deutschen Aktien auf Höchstkursen; nun auch ein „Sprachboom“; zu Tausenden werden Russischlehrer zu Deutschlehrern (Ungarn...) bzw. Englischlehrern (DDR) umgeschult.

In der SU arbeitet man daran, das Recht der Republiken auf Austritt aus der Union zu konkretisieren, Prozeduren und Instanzenwege festzulegen.

23. März 1990

Man plant, die DDR-Sparguthaben bei der Umstellung auf DM zeitweilig zu sperren. Hans D. Barbier, derselbe, der nach Öffnung der Mauer den Wechselkurs von 1 Westmark zu 20 Ostmark als „unbestechlichen Spiegel“ gefeiert hat, feiert das im FAZ-Leitartikel als eine Art Reeducation: „Schon die Erfahrung, dass es in einem auf Anstand basierenden Wirtschaftssystem wie der Marktwirtschaft durchaus lohnend ist, zugunsten der Zukunft auf Gegenwartskonsum zu verzichten, ist sicher keine schlechte Ausgangsbasis für den Start ins ersehnte Wirtschaftswachstum.“ Der DDR-Wirtschaft widerfahre demnächst die „schöpferische Zerstörung“ — mit diesem Begriff von Schumpeter habe Karl Schiller das „richtige Wort zur rechten Zeit“ gefunden. Der Gute ahnt nicht, dass er Mephisto kopiert: „Denn eben wo Begriffe fehlen/ Da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein.“ Fakt ist, wie Barbier sagt: „Man wird sich auf beängstigend wirkende Zahlen vorzubereiten haben“. Er denkt Massenarbeitslosigkeit als Zahl und selbst diese Zahl nur von der Wirkung (auf die Öffentlichkeit) her. Im übrigen ist bis vor einer Woche solche Vorbereitung auf „beängstigend wirkende Zahlen“ als PDS-Angstmache abgetan worden.

Stasi-Schatten: Auch de Maizière...?

Gegenüber Litauen kehrt Gorbatschow den starken Staat heraus. In Worten. Mir ist schleierhaft, was er tatsächlich tun zu können glaubt. Er wird doch nicht die Armee einsetzen?

24. März 1990

Im sowjetischen Sezessionskonflikt verschieben sich die Akzente langsam aufs Militärische. Gorbatschow verfolgt indes keine im strengen Sinn militärischen Ziele; will erreichen, dass Litauen sich auf eine verfassungsmäßige Austrittsprozedur verpflichtet. Er muss dies zu erreichen versuchen, weil der Zerfall der Rechtsordnung sein Projekt des Übergangs zu einem demokratisch-sozialistischen Rechtsstaat von vornherein zum Scheitern brächte.

Boris Groys: Glasnost hat den sowjetischen Schriftstellern ihre vormals außerordentlich wichtige Bedeutung genommen. Nun müssen sie sich zwischen Kunst und Kommerz entscheiden, bzw. in den Worten von Groys: „Zu ihrem Kummer sehen sie sich vor die Wahl zwischen elitärem Anspruch und Unterhaltsamkeit gestellt, die ihren Kollegen im Westen wohl vertraut ist.“ Der Schriftstellerverband reagiere mit Konservatismus. Auch in den Zeitschriften hat Neues es schwer; 1990 wird „das Jahr Solschenizyns“, wie der Chefredakteur von *Nowyj mir*, Sergej Salygin, geschrieben hat (in Heft 1).

Die FAZ hat die Lösung für die deutschstämmigen Zuwanderer aus Osteuropa: „Ist denn in Bonn noch niemandem der Gedanke gekommen, sie demnächst auch in den teilentvölkerten (!) Gebieten der Noch-DDR anzusiedeln? Die Rußlanddeutschen jedenfalls brächten beste Voraussetzungen mit, dort den Übergang vom ‘real existierenden Sozialismus’ zu einer freiheitlichen Lebensordnung zu vollziehen.“ Zum letztenmal kam solche großräumige Bevölkerungspolitik im Nazismus zum Zuge. Das Reich als ethnische Festung. Ist die Zeit des multinationalen Europa schon wieder vorbei? Oder geht es um machtpolitische Ausgangspunkte in einem solchen? oder gehen die Dinge einfach — *durcheinander*? Nebenbei: sie denken das Wirtschaftssystem des Kapitalismus als „Lebensordnung“; sie mögen mit den Achseln zucken, wenn Habermas die „Lebenswelt“ davon absetzt.

In der FAZ proklamiert Rainer Hank das Ende der Arbeiterbewegung als Kulturbewegung. Der Demokratische Sozialismus wird gleich miterledigt, es ist ein Aufwasch. Den GEW-Vorsitzenden Dieter Wunder lässt er sagen: Angesichts des Zusammenbruchs des „Realsozialismus“ dürfe es keine Zuflucht zu einem idealen Sozialismus geben: „Ein dritter Weg existiert nur dem Namen nach.“ Das solle der IG Chemie gegen die IG Metall rechtgeben. Steinkühlers Rede wurmt sie noch immer.

25. März 1990

Günther Anders, den wir gefragt haben, ob er im Rahmen seiner Argument-Rubrik nicht etwas zum Heftthema („Revolution oder Restauration oder...?“) schreiben will, lehnt das mit folgender Begründung ab: „Ich bin *1933 ausgebürgert* worden. Als deutschsprachiger Autor habe ich (nach 17 Jahren ohne Nationalität) in der Hoffnung, etwas zur De-Faschisierung Deutschlands beitragen zu können, darauf gewartet, dass man mich auffordern würde, wieder Deutscher zu werden. Nicht das Geringste in dieser Richtung ist geschehen. Ich werde mich schön davor hüten, mich unter diesen Umständen in die Probleme Deutschlands oder der zwei Deutschländer einzumischen. Im übrigen ist das Niveau der Diskussion (bis auf die Beiträge von Grass) so niedrig, dass ‘ernsthaft mitzudiskutieren’ undurchführbar wäre.“

Dies lesend, durchzucken mich zwei Gedanken, der eine, dass die Nazivergangenheit noch nicht vergangen ist, und der andere, dass die in dieser Hinsicht moralisch Insensibelsten den Stab über die DDR brechen, die übrigens derzeit, noch unter PDS-Führung, ihre Unrechtsurteile und Ausbürgerungen aufzuarbeiten begonnen hat.

25. März 1990

Mit Datum vom 21.3. schreibt die „Tübinger Initiative für den Sozialismus“: „Die Vereinigte Linke wird sich über kurz oder lang neu formieren, — nicht als PDS, aber unter Einschluss von Gysi und seiner neuen PDS.“

Nikolai Petrakow, Gorbatschows neuer persönlicher Wirtschaftsberater, gilt laut New York Times als „eine Art russischer Milton Friedman“ — so klassifiziert ihn jedenfalls Ed A. Hewett, Spezialist für Sowjetökonomie an der Brookings Institution, Washington. Hewett sagt, 1989 sei die sowjetische Wirtschaft ins Trudeln gekommen, gewachsen sei nurmehr der Geldumlauf. Auf das Betriebsgesetz von 1988, das Löhne an Verkäufe koppelte, hätten die Betriebe damit geantwortet, dass sie von billigeren auf teurere Warengruppen auswichen, was oft nur eine kaschierte Preiserhöhung bedeutet habe. Taxifahrer nähmen keine

Rubel mehr von Touristen, sondern verlangten Dollars oder amerikanische Zigaretten. Der Schwarzmarktkurs des Dollars habe sich seit einem Jahr verfünffacht! Abalkins Plan sehe die Entstaatlichung (denationalisation) von 4/5 des staatlichen Anlagekapitals (state assets) vor. Die meisten Produktionsbetriebe sollen an Arbeiter verpachtet oder in Öffentlichkeitsgesellschaften umgewandelt werden, deren Aktien an einem zu schaffenden Aktienmarkt gehandelt werden. Die meisten Produkte sollen zu Marktpreisen gehandelt werden, und Kapital würde über ein zweigliedriges Bankensystem zirkulieren. Im Dezember habe Ryschkow einen anderen Plan durchgesetzt, der zunächst ein dreijähriges Stabilisierungsprogramm nach altem Mechanismus vorsah, dessen Erfolg dann die Reform nach sich ziehen sollte. Aber im selben Dezember habe Gorbatschow Petrakow zu seinem Berater gemacht und seither oft viele Stunden, manchmal ganze Tage, mit diesem an der Ausarbeitung eines umfassenden Reformkonzepts gearbeitet, das er nach Erlangung präsidialer Vollmachten durchsetzen wolle. Nun sei für den Sommer mit dem „polnischen Ansatz“ zu rechnen, den Abalkin als zu riskant abgelehnt hatte. Die unmittelbare Folge wären Arbeitslosigkeit, rasche Preissteigerungen bei Einfrieren der Löhne und einer Politik des harten Geldes. Ab 1991 sei mit einem Aufschwung zu rechnen. — Ein lähmender Konflikt mit den baltischen Staaten könnte die Reform blockieren.

Hewetts Artikel ist überschrieben mit „Ernste Prognose für Sowjetökonomie, aber Besserung“; darüber die Rubrik: „Capitalism's Chances“.

26. März 1990

Gestern abend mit Frigga in der Volksbühne das „Gorbatschow-Fragment“ von Jörg-Michael Koerbl (der das Stück auch inszeniert hat) gesehen. Sollte im Zusammenhang mit „Lenins Tod“ und mit „Weiter... weiter... weiter“ gespielt werden. Schatrows Lenin bleibt unangefochten, Brauns Lenin ficht sich selbst an in der Erfahrung seines Projekts, Koerbls Lenin ist verkrüppelt, weil ihm das fehlt, was Rosa Luxemburg verkörperte. Daher die Idee, den toten Lenin mit der ermordeten Rosa Luxemburg die Gestalt zeugen zu lassen, von der die große

Berichtigung zu erwarten ist: Gorbatschow. Das ganze völlig unbekümmert mit Elementen des Kabaretts, der Clownerie, der Chaplinaden, des absurden Theaters und des Symbolismus etc. montiert. Gut der Einfall, mit Ausnahme Lenins (der als bandagierte Mumie auftrat) die alte Garde der Bolschewiki, vor allem auch Stalin, durch Frauen spielen zu lassen. Das Stück wie eine Improvisation, die ständig verändert werden könnte. Zu Beginn liegt Lenins stinkender Halbleichnam (er ist eben nicht ganz tot) auf der Bühne, während hinter der Bühne die Rede Gysis vom a.o. SED-Parteitag im Dezember vom Tonband gespielt wird. Das Stück passt gut in den historischen Moment, drückt seine Stimmung aus, hält ihm den Spiegel vor, arbeitet die nachhinkenden Gefühle in einer närrischen Hölle um. In den Trümmern, die zum Teil ein Müllhaufen sind, noch Lebensfunken, Unabgegoltenes. Die alten Gefühlsbindungen wurden durch Musik, durch optimistische Märsche und Parteilieder repräsentiert; ihre emotionale Mächtigkeit in eine Situation hinein unverkürzt ausgestellt, die sie dementiert und blamiert. Das Theater war halb leer, in der Pause gingen welche. Avantgardistisch. Erreicht nicht „das Volk“. Aber das tun auch Braun und Schatrow nicht.

26. März 1990 (2)

Die Litauische Regierung stellt sich auf den Standpunkt, das Land könne ohne Einhaltung von Verfassungsprozeduren aus der SU austreten, weil es nie eingetreten sei, also (rechtens) nie dazugehört habe. Sie kann diesen Standpunkt einnehmen dank Gorbatschow, der, nähme er ihn hin, stürzen würde. Gorbatschow kann weder Gewalt anwenden, noch sie in keiner Form anwenden. Er muss parallel Austrittsprozeduren definieren lassen und die Austrittswilligen auf diese Prozeduren verpflichten. Diese Position muss er äußerstenfalls mit Gewalt verteidigen. Die FAZ verlangt im Leitartikel (Reißmüller) vom Westen, er müsse Gorbatschow diese Möglichkeit nehmen oder zumindest erschweren: „Sanktionen müssen angedroht werden.“

Im Organ der österreichischen Trotzkisten spricht Hermann Dworczak von „Michail Gorbatschow Bonaparte“ mit dem Zusatz: „bisher haben noch alle

Bonapartes auf unrühmliche Weise geendet". Sofern sie Macht haben, spielen die Trotzkisten mit dem Feuer; wo nicht, wenigstens mit Begriffen. Gorbatschows *Bonapartismus* („sein bonapartistisches Rollenspiel") soll in der „Schiedsrichterrolle zwischen Volk und Bürokratie" bestehen. Im Satz davor ist G. nicht Schiedsrichter *zwischen* diesen Kräften, sondern Vertreter der Bürokratie, deren „Machtverfall" er angeblich aufhalten möchte. — Bei Marx, dessen Bonapartismus-Begriff bemüht wird, kann sich der bürokratische Staatsapparat gegen die Gesellschaft verselbständigen, wenn der Klassenkampf im Unentschieden steckenbleibt. Die antagonistischen Klassen mit der Bürokratie über ihnen durch den Antagonismus zwischen Volk und Bürokratie zu ersetzen, löscht den Sinn des Marxschen Begriffes. Auch der gesunde Menschenverstand müsste D. sagen, dass die vielfachen Antagonismen, die das sowjetische Volk durchziehen, dieses keineswegs als klassenhaft homogenes Wesen der Bürokratie gegenüberstehen lassen. Wäre es im übrigen so, dann wäre es mit der Sonderstellung der Bürokratie im Nu aus.

Zur Abwechslung bietet D. für Gorbatschows Politik den Begriff „aufgeklärter Paternalismus". Er zeigt damit, was er von Öffentlichkeit, Mehrparteiensystem, Wahlen, Parlament, Rechtsstaat etc. hält, nämlich nichts. All diese Praxisformen und Instanzen sind dem Paternalismus entgegengesetzt, weil in ihnen sich die gesellschaftlichen Kräfte von unten formieren, sich gleichsam selber sagen, was gut für sie ist.

Marxistische Theoreme als Beutestücke neuer und alter Sekten.

27. März 1990

In Rußland hat die Oppositionsgruppierung „Demokratischer Block" 23 Prozent der Mandate gewonnen. In den Großstädten überdurchschnittlich. Im „Ogonjok" hat ein ZK-Mitarbeiter, Chazenkow, den chronischen Demokratiemangel der KPdSU bis zu den Anfängen unter Lenin zurückverfolgt.

28. März 1990

Keine westliche Regierung hat Litauen als selbständigen Staat anerkannt.

Gorbatschow scheint sich jetzt auf die Ökonomie zu konzentrieren, deren Krise er zu Recht als entscheidende Energiequelle für Nationalitätenkonflikte und Separatismen sieht. Nun sollen Marktbeziehungen forciert werden.

Gestern bekräftigte G. vor dem Präsidialrat den Revolutionscharakter der Perestrojka: „Es ist die in der Geschichte erste wahrhaft großangelegte soziale Revolution, die einen friedlichen Charakter aufweist." Eine der Hauptaufgaben bestehe darin, „die alten gesellschaftlichen Strukturen auf eine revolutionäre Weise abzutragen, dabei aber nicht vom gewaltlosen Weg abzugehen". „Konsolidierung aller realistisch denkenden Kräfte" nötig. „Unsere Perestrojka kann ein Zeitalter gewaltloser und unblutiger sozialer Umgestaltungen einleiten."

Zum erstenmal höre ich ihn über die Kluft zwischen Idee und Wirklichkeit sprechen. „Zwischen dem Gedanken und seiner Verwirklichung liegt natürlich eine unheimlich große Distanz, die nur mühsam zurückgelegt werden kann." Diese „unheimlich große Distanz" ist ja auch mein Problem. Rätselhaft, nach so vielen Jahren Reden, wie es nach Aufzählung der x-mal besprochenen ökonomischen Reformschritte noch immer heißen kann: „Aber mit der Realisierung ... wurde trotzdem noch immer nicht begonnen. Im Grunde genommen wurden die ökonomischen Hebel nicht betätigt. Dies gilt in erster Linie für die Preisbildung, das Bank-, Geld- und Finanz- und Besteuerungssystem." Ein Erklärungsansatz lautet, dass aufgrund der „Übermonopolisierung der Wirtschaft" die Konkurrenz nicht wirksam geworden sei. „Die Direktbeziehungen besitzen vornehmlich Vormarkt-, Naturalcharakter. Die Ware-Geld-Beziehungen wollen sich nicht entwickeln." G. kündigt für in 14 Tagen praktische Vorschläge an — einen neuen Anlauf, „den 'Natural- und Kartenzentralismus' der Leitung durch einen wirklich finanziellen Zentralismus abzulösen". Ein sonderbares Hoffnungswort: „finanzieller Zentralismus". Meint es die monetäre Abstraktion des Zentralismus? Dessen Rückzug aus der Anweisung des Konkreten auf die liberale Kommandobrücke der Steuersätze und Subventionen, der Leitzinsen und

Staatsanleihen?

G. ist fast sprachlos angesichts der Diskrepanz zwischen realer Umgestaltung und öffentlicher Wahrnehmung. Der Machttransfer an die Sowjets sei in vollem Gange, ohne dass die Gesellschaft die Bedeutung des Vorgangs richtig mitbekomme.

Ein Grund für den Konsensverlust in der Bevölkerung ist die Rechtsunsicherheit: „Es ist unerhört, Genossen, dass wir, obwohl ein sehr starkes und engmaschiges System dieser Organe vorhanden ist, steigende Kriminalität, Straflosigkeit, die systematische Verletzung von Bürgerrechten dulden. Im Grunde sind die persönliche Sicherheit der Bürger, ihr Eigentum bedroht." Dafür ein Dringlichkeitsausschuss unter Leitung von Jakowlew eingesetzt, was mich verblüfft, schien dieser doch eher fürs schöne Reden zuständig und soll nun KGB, Justiz und andere derartige Gewalten bei der Erstellung eines Dringlichkeitsprogramms rechtlich-polizeilicher Ordnung koordinieren.

*

In Ungarn blieb die Sozialdemokratie unter der 4-Prozent-Klausel, in gleicher Stärke wie die altkommunistische Partei. Die Unterstützung durch die SPD (ist nicht Glotz dort aufgetreten?) hat nichts gebracht. Die Konservativen höhnen über die Ankündigung eines sozialdemokratischen Zeitalters.

28. März 1990 (2)

Halle — eine noch im tristen Verfall profilierte Stadt. Aber ganze Straßenzüge wie ausgebrannt, eine elende Nachkriegskulisse. Die bedingungslose Selbstübergabe der Mehrheit äußert sich als entschlossenes Vertrauen zu den westlichen Markenartikeln. Überall „Hör zu"-Reklame, ein Monopolstreben meldet sich an. Fliegende Händler aus dem Westen, Glitzerware. In der Buchhandlung eine DM-Abteilung mit eigner Kasse. Dort gibt es Konsalik und die einzige DDR-Autokarte, aus dem Westen.

Aus dem Schornstein des Tschernischewski-Baus steigt dicker schwarzer Rauch.

Wir tagen im Wilhelm-Pieck-Saal. Es sind über sechzig Professoren, Dozenten und Forschungsstudenten anwesend, aus verschiedenen Bereichen des inzwischen aufgelösten ML-Komplexes, einige von der MEGA-Forschung, andere aus der neu eingerichteten Politologie. Ich strukturiere meinen Vortrag mithilfe der leitmotivisch wiederholten Frage: „Wer spricht hier eigentlich mit wem in welcher Situation", denn dieses unser Zusammentreffen ist „verrückt", wenn nicht die Verhältnisse der jüngsten Vergangenheit es waren. Der Kommunikationsstau hat uns geprägt. Auch kann man zu ihrer Zeit unterlassene Kommunikation nicht einfach nachholen.

Die Diskussion lebhaft, von unverarbeiteten heftigen Gegensätzen unter den Anwesenden geprägt. Der erste Diskutant sagt, meine Leitfrage aufgreifend, ich solle nicht denken, ich sei ein Unbekannter für sie. Man habe meine Schriften „als Untergrundliteratur gelesen", Leute wie ich seien „als Pornographen der Gesellschaftswissenschaften behandelt worden". Makaber erheiternd. Noch sei die Leiche des ML im Keller, in der Spannung zwischen Opfern und Tätern, in der alle auf beiden Seiten stünden, sei noch nichts diskutiert. Sauermann senior, der ein Buch über Makarenko und Marx geschrieben hat und gegen den solche Andeutungen gerichtet scheinen, betont die Notwendigkeit einer Aufarbeitung der Vergangenheit. Sauermann junior verlangt von mir eine Stellungnahme dazu, was aus dem Marxismus-Leninismus der DDR einbringbar sei in die internationale marxistische Diskussion. Darauf kann ich nichts anderes sagen, als dass die gesamte Rahmentheorie und innere Struktur des ML zunächst einer radikalen Kritik unterzogen werden müssten. Dann könnten, in einer anderen Wissenschaftslogik, mögliche Bestände von Dauer auftauchen. Sauermann jun. bringt daraufhin eine Rezension ins Gespräch, die ich vor zwei Jahren unter dem Titel „MEGA-Marxismus" veröffentlicht habe. Er sagt nicht, dass sie von mir ist, vermittelt aber den Eindruck von etwas Üblem. Ähnlich war er mir schon in Fulda gekommen. Ich nütze die Gelegenheit, die menschheitliche Bedeutung der MEGA zu betonen, die Hoffnung auszudrücken, dass das angefangene Werk zuende geführt werden kann, doch die dumm-triumphalistischen Einleitungen mancher bisheriger Bände blieben

nun über Generationen damit verbunden, und hier gebe es weder Auflösung noch Versöhnung, in diesen Spiegel könnten die Autoren nicht blicken ohne zusammenzuzucken.

Die Diskussion zeigt, dass marxistisch über den ML nachgedacht zu werden beginnt, etwa in der Frage, inwiefern er notwendiges historisches Produkt war. Asiatische Produktionsweise, Despotie, das Bleigewicht des unterentwickelten Rußland... Bauermann, der langjährige Revisionismusforscher, spricht darüber, dass nach 1945 Marx über Stalin vermittelt wurde. Dann rezipierte man vor allem Lenin. Heute liege ein Berg von „Schutt auf dem, was M/E *angedacht* haben", z.B. der von Schülern hineingetragene monolineare Fortschrittsglaube. Dann beginnt B., Defizite bei Marx zu nennen, z.B. die Unterschätzung bürgerlich-kapitalistischer Regulierungskapazität, die Überschätzung der Arbeiterklasse... Der ML liege nun definitiv in Trümmern. „Dass die Tendenz auf den Sozialismus geht, daran halten wir fest." B. fragt sich, was denn nun die Philosophie des Marxismus sei, und mich deucht das die alte fragwürdige Frage, die kaum anders als falsch beantwortet werden kann. Wir müssen neu einsetzen bei Marxens Fragestellung und sorgfältig nacharbeiten, wo und aus welchen Gründen wir Fragen anders stellen.

29. März 1990

Traumbildern gleich beschäftigen mich immer wieder unversehens Eindrücke aus Halle, die Stadt in der Erinnerung wie unter Wasser. Unter Verfall und Ruß Züge von Stadt, wie sie mir in Westberlin abgehen. Die Neustadt ist von gedrücktem Mittelmaß. Es leuchtet sofort ein, dass man denken kann, das Wesen sei, was gewesen sei, und man müsse dorthin zurück. Restauration wird auch angetrieben von der Hoffnung auf den Restaurator.

Im Hotel „Weltfrieden" tropft das Wasser aus der Heizung in eine Blechbüchse, chinesische Folter, die ich irgendwann zwischen Mitternacht und Morgengrauen dadurch beende, dass ich das Handtuch als Wasserleitung benutze. Das Doppelzimmer kostete freilich auch nur 22 DM. Wie ich nachts das Fenster

aufmache, ist es, als hätte ich ein Chemikalienfass geöffnet, von dem ein stechender Geruch, nein, ein Gas ausgeht. Ich merke, wie ich unwillkürlich die Luft anhalte. Aber das geht nicht lange, man muss mitatmen, es gibt kein Entkommen. — André erzählt am andern Morgen, in der Nacht habe nun auch der kleinere der beiden Knaben einen Anfall von Pseudokrupp erlitten, wie schon bisher der Fünfjährige.

Auf der Rückreise halten wir in Wittenberg, in das wir durch stinkende Industrieruinen einfahren, auf denen die bundesdeutsche Flagge weht, vorbei am Fertigbau mit abblätternder Farbe, nach Neubau-Slum aussehend: Berufsschule „Geschwister Scholl", Embleme des antifaschistischen Widerstands, angesichts derer wir zusammenzucken, weil uns ist, als ginge dieser einmal mehr unter. — Die Altstadt dann zum Vorzeigen, aber unwillkürlich denkt man sie als Unwahrheit, dünnes Fournier über jenem ausgepowerten Industrialismus. Ein Junge bietet irgendwelche Kirchenpostkarten zum Kauf an, verschämt, wie etwas Unzüchtiges, weil gegen DM. Ich kaufe nichts.

29. März 1990 (2)

In der FAZ erschienen vor ein paar Tagen Auszüge aus den Tagebüchern von Ernst Jünger, der heute 95 wird. Zu bemerken, dass Hitler für ihn eine Art Fixpunkt, zeitenthobener Zeitgenosse, an dem man Ansichten abgleicht, dessen Äußerungen wie markante Baufragmente in einer Landschaft umherstehen. Bedenkenswerterweise richtet sich der Blick dabei immer wieder auf Rußland. So notiert Jünger zum Beispiel am 24.8.82: „Hitlers großer Wurf: das dringend anstehende Soziale mit dem Nationalen zu verknüpfen war nicht gerade neu. Die Niederlage gab ihm die Brisanz. Wäre die Linke ihm darin vorausgegangen, so wäre sie in die Rolle der Jakobiner eingetreten, unter Anlehnung an Rußland, wie seinerzeit York, und mit besseren Aussichten." Die heitere Überlegenheit des Generalstäblers, der mit Dispositiven spielt und sich im Gegner wiedererkennt. Sachkundig begutachtet er die Energien, mit und in denen die Antagonisten jener Zeit gewirkt haben, wie ein Rennexperte die Pferde: „Die Weltrevolution ist eine Idee und gibt als solche nicht den Elan wie die Verletzung der nationalen Substanz.

Die Russen entdeckten erst durch Hitlers Angriff ihre eigentliche Kraft.“ Es liegt auf der Hand, dass das Interesse an Rußland sich mit dem Interesse am Großen Mann in Gorbatschow treffen musste. Am 2. Januar 1990 taucht er in Jüngers Tagebuch auf, eingeleitet durch eine Wetterparabel: „Erster Waldgang im neuen Jahr. Man braucht nicht Augur zu sein, um vorauszusehen, dass es große Veränderungen bringen wird.“ Die Rede gleitet über Tauwetter und Lawinen zum „neuen Frühling“, der sich so ankündigt, „wie ich mit vielen vom Kaukasus bis zu den Anden hoffe“. Nun ist klar: mit dem Waldspaziergang sind wir aufs Eis des Gleichnisses gelockt worden, und es geht um den vielberedeten „Völkerfrühling“. Damit ist Sein Auftritt vorbereitet: „Gorbatschow hat das Schneebrett abgetreten und Massen bewegt, deren Wirkung und Zusammenspiel noch unberechenbar sind.“ So wäre er nur fahrlässiger Auslöser und die handelnden Menschen glichen katastrophisch zu Tal rasenden Schneemassen? „Allerdings waren sie überfällig, wie wir nicht nur in Berlin und Leipzig, sondern überall vor und hinter dem Eisernen Vorhang sehen, von dem unsere Mauer nur einen Teil bildet. Als sie fiel, rief Alexander mich aus Berlin an und ließ mich in der Muschel den freudigen Tumult mithören. Die Enkel haben auf ihr getanzt. Wir waren überrascht und gerührt.“ In dieser Rührung ist die Katastrophe der losgetretenen Lawine verschwunden. Das Bedeutende wird, mit doppeltem Namenszauber, nachgeschoben: „In der Nacht fiel mir ein, dass Gorbatschow mit dem Gordischen Knoten die Vorsilbe teilt. Sein Unterfangen ist schwieriger als das Alexanders, weil er nicht vom Westen nach Osten, sondern vom Osten her operiert. Und damals kamen Halbgötter.“ Kein Gedanke daran, dass G. nicht zum Schwert greift, dass er in einer Hinsicht der umgekehrte Eroberer, nämlich der Freilasser ist, der, mit Enzensberger zu sprechen, den Rückzug aus der Eroberung anführt, während er andererseits mit vernünftigen Gründen und durch Öffnung ziviler Formen politischer Kultur die Seelen und Köpfe der Menschen zu gewinnen sucht. Ost, West und Halbgötter fungieren als Fertigmythen. Die wirkliche Tragödie bestünde darin, dass jener umgekehrte Alexander die Seelen und Köpfe der Menschen verlöre.

Eberhard R., der unermüdliche Organisator eines Vereins für deutsch-sowjetischen

Kulturaustausch, sagte mir vorhin am Telefon, die russischen Intellektuellen wichen massenhaft ins Mystische. Dort könnten sie sich mit Jünger treffen.

*

Im Aprilheft von „Marxism Today“ führt Charlie Leadbeater die sowjetische Wirtschaftskrise auf die Perestrojka zurück und sieht das Land am Scheideweg zwischen großrussischem Nationalismus und Sozialdemokratie. Das Land in einem „verzweifelten Rennen zwischen Reform und Zerfall“ (disintegration). Die Reform trage zur Krise bei durch Schwächung von „ökonomischer Disziplin, Hebel (incentive), Autorität und Zusammenhalt (cohesion)“. Das Plansystem sei vielfach unterminiert, aber durch nichts Neues ersetzt. Das größte Problem sei der Monopolismus. Die neueingeräumten Möglichkeiten werden von den Monopolen genutzt und dadurch ad absurdum geführt. „Die Eigenfinanzierung hat auf diese Weise eine Art Bürgerkrieg zwischen Ministerien, Unternehmen und ihren Kunden hervorgetrieben.“ Nur sehr wenige Joint ventures funktionieren, noch weniger in der Güterproduktion, und diese wenigen wiederum neigen zur Abschottung vom chaotischen Umfeld, geben also keine ökonomischen Impulse weiter. In den Löhnen herrsche unvermindert Gleichmacherei. Der Markt ist fast leergefegt von Konsumgütern. Die Firmen antworten darauf mit privilegierten Kaufzugängen für ihre Angestellten, auch was Wohnungen oder Autos angeht. So erreichen immer weniger Waren den offenen Markt. Bedingungen und Verhaltensweisen eines verzweifelten Überlebenskampfes verallgemeinern sich. Selbst eine Stadt wie Leningrad versuche sich „sektiererisch“ gegen ihr Umland abzuschließen, indem sie den Pendlern verboten haben soll, in der Stadt einzukaufen. Rette sich wer kann, heißt die Devise. Dieser Fluchtimpuls ergreift die Republiken.

Vom Übergang zu Marktwirtschaft erwartet L. „eine heftige Mixtur von Inflation, zunehmender Ungleichheit und mehr Armut“, verbunden mit „einer ungeheuren Autoritätskrise“ des Staates. Dieses Arrangement gliche einer riesigen Zentrifuge, die ins Laufen kommt.

Wäre Rebreschnewisierung zur Zähmung der Monopole ein Ausweg? Politisch nein, meint L., weil kein Politiker sich mit einem solchen Rückfallprogramm sehen lassen könnte. Ist mit einem menschewistischen Phönix aus der Asche, in Gestalt einer Sozialdemokratisierung derSU, zu rechnen? Dies hält L. für die attraktivste Perspektive, sieht aber keinen „glatten Übergang" (was noch untertreibt). Die dritte Option sei Stalinismus mit südkoreanischer Wirtschaftspolitik: Staatlich durchgesetzte Weltmarktfähigkeit, grundiert mit Ideologie. Mögliche Säulen wären die Partei, das Präsidialregime oder der Nationalismus.

Da sich der Nationalismus nicht mehr stillstellen lasse, werde die SU entweder zerfallen oder neu ausgehandelt werden; im zweiten Fall würde die Präsidentschaft zu etwas wie die der Europäischen Kommission. Bei der (für L. wahrscheinlichen) nationalistischen Lösung, die Spiritualismus mit nacktem Eigennutz verbinde, müssten die Nichtrussen die Kosten tragen.

„It could all explode in a sweeping, tumultuous, chaotic popular uprising." Alles könnte in einem chaotischen Volksaufstand explodieren. Auf jeden Fall solle man sich beim Abschätzen der Entwicklung mehr vom Fernen Osten und von Südamerika anregen lassen als vom Westen: Autoritärer Nationalismus oder Volksrevolte.

Gorbatschows jetzige Position sei als „imperiale Präsidentschaft" zu begreifen (imperial presidency).

Die Kategorie, in der Leadbeater seine Gedanken über die sowjetische Zukunft zusammenfasst, ist die des *Tragischen*. Zwar sei es „unmöglich, aus der SU zurückzukehren, ohne sich aufgeheitert (exhilarated) zu fühlen durch den Aufruhr, die Hoffnung, die Ideen und die Energie, die Gorbatschow entfesselt hat. Aber das Gefühl, das sich in mir am längsten festsetzte, ist die Tragödie all dessen." Eine glückliche Lösung „würde gegen den Strich der sowjetischen Geschichte gehen — und zwar nicht den kommunistischen, sondern den tragischen. Die Tragödie der Sowjetunion ist noch lange nicht vorbei." So endet der Artikel.

Ich fühle mich getroffen von dem Gedanken, dass leninistische Muster mitschwingen, wenn man im Westen glaubt, Partei, Staat und Gesellschaft zu verstehen, indem man den Generalsekretär versteht. „Gorbatschow ist nur eine der Quellen politischer Initiative in einer pluralistischeren Gesellschaft, die anfängt, ihre Muskeln gegen den Staat spielen zu lassen."

Im selben Heft ein Gespräch von Beatrix Campbell mit Tatjana Saslawskaja, ausgehend von deren Buch *Die Zweite Sozialistische Revolution* (IB Tauris, 1990). Sie wird als „Architektin der Perestrojka" vorgestellt, mit gewissem Recht, denn ihr Nowosibirsker „Gutachten" von 1983, das zu dem revolutionären Schluss kam, die Produktionsverhältnisse müssten geändert werden, hat eine wichtige Rolle gespielt. Das Gespräch verrät wenig von der augenblicklichen Krise. Allenfalls indirekt, indem Saslawskaja mitteilt, dass 40 Prozent zur Preisreform, diesem Eckstück der ökonomischen Umgestaltung, keine Meinung haben, der Rest geteilt ist. Unter diesen Umständen versteht man, dass Gorbatschow solange davor zurückschreckte. Saslawskaja, die sagt, es gebe keine wissenschaftliche Definition von Sozialismus mehr, ist für die Spaltung der KPdSU, von der sie sagt, dass sie „zumindest drei unterschiedliche Parteien beinhaltet".

30. März 1990

Robin Blackburn von der *New Left Review* tauchte über die Maßen seriös kostümiert bei uns auf, weil „geschäftlich" hier, auf Einladung der Sozialdemokraten. Dass Gorbatschow jetzt den Übergang zu Marktwirtschaft forcieren will, deutet er als Ende der sozialistischen Phase der Perestrojka. *Bisher* wollte G. Sozialismus, *nun aber* geht es in Richtung Kapitalismus. Ich bin nicht davon überzeugt, Robin schildert aber zumindest seine eigne surreale Verwandlung in einen westlichen Kapitalisten, der für NLR in Moskau ein Joint venture mit einem staatlichen Verlag („International Affairs") gegründet hat, mit 11 Angestellten und einem fürs erste Halbjahr angepeilten Umsatz von 1 Million Rubel. Das sei eine Erfahrung in Frühkapitalismus. Das Unternehmen erlaube den Staatsangestellten, nebenbei, ohne viel zusätzliche Arbeit, ihr Einkommen zu vervielfachen, überdies auch ohne

Rücksicht auf Vorgesetzte entscheiden zu können. NLR brachte als Kapital kaum mehr als das Versprechen ein, sich um solches zu bemühen, was dann aber scheiterte. Gebraucht wurde indes nur die Unterschrift, der Mythos der Westfirma genügte. Das bringt mich auf den Gedanken, dass dieses ganze Joint venture auch etwas Imaginäres hat, eine in gewisser Hinsicht realitätsenthobene zusätzliche Dimension aufmachend, in der unter Berufung auf die andere (westliche) Welt anderen Regeln gefolgt werden kann, ein Kapitalismus der Simulation. Aber ist das in der westlichen Welt im Großen anders? Ruht nicht das Weltfinanzsystem (in Gestalt der Schuldenverhältnisse) großenteils auf *fiktivem Kapital*?

Kagarlitzki ist in Moskau zum Stadtdeputierten gewählt worden. Er hatte für die Liste „Stadt in der Welt" kandidiert und kam in die Stichwahl gegen einen Pamjat-Vertreter. In letzter Zeit habe er sich positiver zu Gorbatschow geäußert. Um meine Zweifel an Kagarlitzkis trotzkistischen Extremismen zu dämpfen, spielt Robin die Pamjat-Gefahr herunter. Überdies sei auch G. Nationalist. Ich widerspreche: G. ist Verfassungspatriot. Zur Vereinfachung der Diskussionslage führe ich diesen von Habermas aufgegriffenen Begriff ein. G. geht es um die Emanzipation des menschlichen Individuums — des abstrakten, d.h. des aus naturalen, rassischen, kulturellen oder religiösen, auch nationalen Kollektivzugehörigkeiten herausgelösten und rechtsunmittelbar sein Leben gestaltenden Individuums. Auch Rußland wäre ja, wie G. bewusst ist, in höchstem Grade multinational. Was G. anstrebt, ist eine multinationale und multikulturelle Zivilgesellschaft mit rationaler politischer Kultur. Aber wer folgt ihm zu diesem Ziel? Zur Zeit scheinen sich die meisten auf Partikularismen zurückzuziehen. Darum ist G., wie Enzensberger gesagt hat, ein sehr einsamer Mann.

Was die Bewertung Gorbatschows durch die New Left Review angeht, sagt Robin: Wenn ein Artikel G. lobt, kritisieren wir ihn im Editorial, wenn ein Artikel ihn kritisiert, loben wir ihn. So halten sie das Urteil mechanisch in der Schwebe.

NLR hat einen Aufsatz von Jens Reich veröffentlicht, von dem Robin zu Recht sehr angetan ist. Ich frage mich, was die Gruppe, für die Reich steht, morgen zu

sagen haben, welche politische Position und Kraft sie ausbilden bzw. zu welcher sie stoßen wird. Diese demokratischen Antagonisten des befehlsadministrativen Regimes sind ja nicht nur die Verlierer der Wahlen vom 18.3., sie haben die Macht schon vorher — nicht so sehr *verspielt*, als nicht *genommen*. Für den Aufbau einer tragfähigen revolutionär-demokratischen Macht fehlte es an gesellschaftlichen Ansatzpunkten, auch Handlungsperspektiven. Mangels neuer Konzeptionen personifizieren die Revolutionäre noch immer den *Antistasinismus*; das war für kurze Zeit revolutionär, von größter Wichtigkeit, hat diese Bedeutung aber schnell verloren: Als die alte Macht zusammenbrach, blieben sie diejenigen, die gegen die alte Macht waren, genauer: *gewesen* waren. Sie beschleunigten sogar noch den Phasenwechsel der Revolution, der sie an den Rand schob. Sie bedachten nicht klar genug, dass sie selbst in ihrer heroischen Zeit nicht die Subjekte im Sinne der Urheber der Geschehnisse waren, sondern die *Exekutoren*, die vor Ort vollzogen, was andernorts, nämlich in der SU, umfassend angebahnt war. Zudem erhielten sie die volle Unterstützung des Westens, solange sie gegen die alte Macht und deren Stützen agierten, und dieselbe Kraft, die da hinterrücks in ihre Taten fuhr, servierte sie gleich darauf ab. Waren die Führer der alten Macht mit Blindheit geschlagen, so auf entgegengesetzte Weise auch diejenigen, die sie stürzten, indem sie sich wie *imaginäre Subjekte der historischen Konstellation* gebärdeten.

Bin neugierig, in welcher Konstellation wir uns morgen in der gesamtdeutschen Linken zusammenfinden. Neugier das falsche Wort, richtiger: Bin begierig, mit den Reich, Schorlemmer, Bohley, Ullmann, Böhme und wie sie alle heißen, in einer gemeinsamen politischen Kultur zusammenzukommen. Sie würde freilich nichts ohne die Gysi, Brie und viele andere von der PDS. Wird daraus also fürs erste nichts? Dialektik gegen Gewohnheit.

*

Gestern abend in der Gethsemanekirche stellte sich Stefan Heym genau die Frage, was er hätte tun müssen, um der Revolution die Macht zu gewinnen. Was, wenn er am 4. November die Million Menschen dazu aufgerufen hätte, vors

Staatsratsgebäude und zum ZK zu ziehen, das Fernsehen zu besetzen und eine revolutionäre Regierung auszurufen? Es fehlte, sagte er, ein Lenin. Helga Königsdorf wandte ein, damals sei alles schon entschieden gewesen, das System der Mangelsteuerung verfügte nicht über innere Triebkräfte, und längst war es ökonomisch und politisch unmöglich geworden zu akkumulieren. Volker Braun sprach noch immer in subversiven Andeutungen, jene Aufmerksamkeit voraussetzend, welche die Zensur hervorbringt. Aber nun ist die alte Zensur nicht mehr da (von der Schere im westlichen Kopf schweigen wir einstweilen), und ich frage mich, ob Volker, so sprechend, noch lange verstanden werden wird. Heym und Braun sind altgediente Widerständler, unerbittlich, wie man es vielleicht nur als Vertreter der rettenden Kritik (Benjamin) sein kann. Sie halten auch in der neuen Situation stand. Helga Schubert wendet sich gegen Heym mit dem Honeckerschen Argument, in der DDR habe kein stalinistisches, sondern das einzig mögliche sozialistische System bestanden, so dass aller Sozialismus nun als miterledigt zu gelten habe. Angesprochen auf die in den Medien vielberedete Spaltung zwischen Intellektuellen und Volk, wehrt sich Heym: das ist kampagnemäßig von der FAZ bis zum Spiegel und von der Kohl-Umgebung bis zur SPD verbreitet worden mit dem Zweck, „Leute mundtot zu machen, die noch unabhängige Meinungen haben in einer Zeit, in der alles über einen Kamm geschoren wird. Einige haben sich deshalb zurückgezogen und schweigen inzwischen." Helga Schubert und Renate Feyl, die populistische CSU-Töne pflegt, greifen Heym an wegen dem Aufruf „Für unser Land", der noch einmal einen Gegensatz zum Kapitalismus artikuliert hatte. Heym räumt ein, es könnte manches zu sehr schwarz-weiß sein, doch sei der Aufruf berechtigt gewesen als Antwort auf Kohls 11-Punkte-Programm, das mit einem Schlag die politische Situation verändert habe.

*

Der Standpunkt der Sieger, den jetzt so viele bürgerliche Intellektuelle einnehmen, gefährdet ihren Intellekt. Es ist, als schlüge der Sieg sie mit Geschichtslosigkeit. Nach dem pseudokommunistischen Triumphalismus der diskret kapitalistische.

Unfähig, beide Seiten zu denken, unfähig, die eigne Zweideutigkeit zu reflektieren.

Thomas Gatzemeier, ein bildender Künstler der Leipziger Schule, der 1986 mit 32 die DDR verlassen hat, rechnet nun in der FAZ mit seinen dort gebliebenen Kollegen ab: „sie waren korrumpiert". Nicht dass man das nicht behaupten könnte! Aber skandalös die moralische Siegerpose: mit dem Westen im Rücken die reine Weste weisend. Als gäbe es bei uns, also im korporatistischen Kapitalismus mit seinen enorm ausgebauten Hegemonieapparaten, keine Korruption, als wäre das Leben nicht auch hier, wenn auch anders, verlogen. Die Lüge verdichtet sich heute in der Gleichsetzung der DDR mit dem Nazismus. Da gäbe es ganz im Gegensatz zu dieser opportunen Tagesmeinung einige Unterschiede zu denken. Bezogen auf Kunstproduktion: Der NS war nicht förderlich, weder die politisierte noch die unpolitisierte Kunst entging der Lüge; ganz anders der autoritär-bürokratische Sozialismus, der Künstlern ungeplant die Wahrheitsfähigkeit zuwachsen ließ, die dem Offizial-ML abhanden kam. Gatzemeier bestätigt das indirekt, indem er mit der in Bezug auf den NS sinnlosen Frage endet, was die Künstler denn nun bloß machen sollen, wenn man ihnen die Unterdrückung entzieht — im Westen sieht er keine. Seine Antwort ist seltsam schal: „Die Gegner sind besiegt, es gibt nur noch den Gegner im Künstler, das selbstgefällige Ich. ...Der leichtfertige Glaube an eine sich durch Fortschritt befreiende Menschheit bringt die Kunst in neue Abhängigkeiten" usw.

*

Die FAZ beschreibt sich als „ein Unternehmen im Aufbruch", das seinen Jahresgewinn verdoppelt hat, inzwischen 80.000 Exemplare in die DDR liefert und „eine angemessene Präsenz für Redaktion und Verlag am Standort Berlin" anstrebt. Sie haben vier Tageszeitungen der DDR aufgekauft, denen ab morgen ein „speziell für sie zusammengestelltes Wochenendjournal" beigelegt wird. Damit hat die FAZ mit einem Schlag eine DM-Quelle in der DDR aufgetan: indem sie westlichem Kapital Inseratplatz verkauft. Die FAZ nahm übrigens 1989 das 1.000-fache ihrer Auflage in Form von Anzeigenerlösen ein: 373,9 Mio DM oder 75 Prozent des

Gesamtumsatzes von 506,6 Mio DM.

31. März 1990

Unruhige Nacht, mein Kopf eine absurde Formulierungsmaschine, die sich nicht abstellen ließ. Gegen Morgen ein Traum: Es ist, wie ich weiß, ein Flughafen, obwohl es kein einziges Flugzeug gibt. Menschenmassen strömen hin und her, stauen sich am Ausgang, dort sind wohl, denke ich, die Kontrollen. Nie abreißender Strom der Hereinkommenden. Irgendwie ist klar, dass das in Moskau ist. Eine Stimmung von Aufbruch liegt über der Szene, Völkerwanderung, zwischen Erwartung und Unklarheit. Mit mir ist André mit seinem kleinen Sohn, den ich an der Hand führe. Dann erkenne ich, dass der Platz, den wir entlang gehen, in die Esslinger Bahnhofsstraße meiner Schulzeit einmündet, links geht es zum Schwimmbad, von rechts nähert sich eine Art Karnevalszug mit Bud Spencer, der in dem verrückten Auto aus „Zwei bärenstarke Kerle“ daherfährt, dahinter weitere Luxusautos, und meine Schwester sagt, ihre Söhne seien unter den Fahrern. Dann steigen wir eine aus Metallgittern gebaute Treppe hoch auf eine Aussichtsplattform, die sich verzweigt und aus Sandstein errichtet ist wie die Esslinger Burg, und während André auf der Mauer seine Bücher aufstellt und zu arbeiten beginnt, begebe ich mich weiter an eine Stelle, wo man eine gute Aussicht hat. Wie ich zurückkomme, sind die Menschen weg, auch André mit meiner Mappe, mit allen Papieren, vermutlich ist unser Flugzeug aufgerufen worden, und ich haste die Metallgittertreppen hinab, die aber schwindelerregend steil geworden sind und kein Ende nehmen. Unten suche ich die verlorenen Freunde, ohne sie zu finden. Plötzlich fährt es elektrisierend durch die Massen, alle wenden sich zu einem bestimmten Punkt hin, auch ich fühle diese blitzartige und mächtige Anziehung: *Gorbatschow!* Aber schon ist der Moment wieder vorbei, und es ist unklar, ob G. wirklich da war oder überhaupt kommt, vielleicht nicht, in der Menge sehe ich Schewardnadse.

*

Dass mehrere Banken, darunter die Deutsche, die DDR „flächendeckend“ überziehen wollen, hat die Konjunktur (und die Preise) für Luxus-Bürocontainer hochgetrieben: Die Filialen kommen im Fertigbau.

Die großen Autokonzerne Japans, der USA und Europas haben Fuß gefasst in Mitteleuropa. VW übernimmt Zwickau und Skoda, Rover montiert in Bulgarien, Daimler besetzt Chemnitz, Opel Eisenach, General Motors baut überdies Motoren und montiert Opel-Kadett in Ungarn, Suzuki scheint „Ikarus“ zu schlucken, den größten Autobushersteller der Welt, der dieser Tage die Produktion hat einstellen müssen, FIAT investiert weiter in Polen, Jugoslawien und der SU. Der Bundesverkehrsminister hat einen gewaltigen Straßenbaubedarf für die DDR ausgerufen; er plant die Privatisierung der Straßen und ihre Finanzierung mittels Straßenzolls. Da zeichnet sich ein Szenario ab: Nachholende private Motorisierung en gros; die Banken werden die Kredite finanzieren.

*

Michael Stürmers Definition der „deutschen Frage“: „Stets in der Geschichte hatte die deutsche Frage die Form, wem Deutschland gehört und wohin die Deutschen gehören.“ Stürmer plädiert für den Verzicht aufs deutsche Eigentum an der deutschen Frage. „Es geht um die zukunftsfähige Bewahrung von Supranationalität und Souveränitätstransfer“. Neutralität als Versuchung. Dagegen beschwört er „die Deutschen“, wie er die Deutschnationalen zu adressieren scheint, in der Nato zu bleiben, der nationalen Großmacht-Versuchung zu widerstehen und die USA in Europa zu halten. Seine Lagebeschreibung: „Die Revolutionen Ost- und Mitteleuropas nehmen von Deutschland den Druck des Kalten Krieges. Die Sowjetunion ist vorwiegend mit Abwehr des eigenen Verfalls beschäftigt.“

31. März 1990 (2)

Bei einem Wochenendseminar der Evangelischen Akademie, wo ich über Gorbatschows Gesellschaftsvorstellungen zu referieren hatte, berichtete Beatus Brenner, wie der Vatikan Gorbatschow einschätzt: Neben dem Papst ist die große

Umgestaltung in Osteuropa „auch“ G. zuzuschreiben, „die göttliche Vorsehung bedient sich seiner“, soll der Nuntius in Bonn gesagt haben (Tagespost, 27.3.). Der Papst hat den Umbruch in Osteuropa mit den Worten kommentiert: „Gott hat gesiegt“. Da es sonst im Westen heißt, der Kapitalismus habe gesiegt, überlegte Brenner, ob da vielleicht ein Zusammenhang zwischen jenem Gott und dem Kapitalismus bestehe. Das Portrait, das er von der päpstlichen Politik, die mit „Glaubensgehorsam“ auf die Glaubenskrise antwortet und den Zentralismus vor allem auch in der Kaderpolitik verstärkt hat, entwarf, ließ mich an das befehlsadministrative System denken. Der Papst, dachte ich mir, steht für die Gegenreformation, wie Gorbatschow für die Reformation. Merkwürdigerweise hat Wolf Jobst Siedler 1987 die Fronten völlig umgedreht und behauptet, jetzt werde „im Kreml die Gegenreformation verkündet“, worunter er die Wendung zur Demokratie verstand. Jedenfalls sagt der gegenreformatorische Vatikan Gorbatschows Scheitern voraus.

Die SU-Regierung hat endlich auf Modrows Hilferuf reagiert und erklärt, die Eigentumsverhältnisse in der DDR seien unantastbar, soweit im Kriegsausgang verankert bzw. vom Alliierten Kontrollrat oder der SMAD eingerichtet. Das soll auch die Ergebnisse des Volksentscheids in Sachsen vom 30.6.46 sichern, bei dem es um die Bodenreform ging. „Absolut unannehmbar wären eventuelle Versuche, die Rechte der gegenwärtigen Besitzer von Boden und anderen Vermögens in der DDR in Abrede zu stellen, die seinerzeit mit Einwilligung oder auf Beschluss der sowjetischen Seite... erworben wurden.“ Rückendeckung für Modrow.

#tb#2. April 1990

Mit der Heiterkeit eines Epikurschen Gottes, der in seiner ortlosen Zwischenwelt über die Schicksale der Welt doziert, legt Adam Przeworski im Märzheft der Zeitschrift „Prokla“ Meinungs- und Handlungsmöglichkeiten auseinander, die sich auf ein gedachtes Subjekt beziehen, welches zwischen Kapitalismus und Sozialismus wählt. Was mich — abgesehen von der dabei bewiesenen Kunst der Umschreibung — verblüfft, ist das unterstellte Wir, das wie ein souverän über den

Dingen stehendes Subjekt disponiert: „Der Kapitalismus ist daher in dem Sinne irrational, dass wir [!] unter diesem System nicht das ganze produktive Potential benutzen können, ohne jene zu belohnen, die die Produktionsbedingungen kontrollieren."

P. geht davon aus, dass die Demokratie am Kapitalismus notwendig scheitert. Er drückt das freilich viel weniger plump aus: „Die Rechtfertigung für die Behauptung, der Kapitalismus sei irrational, rührt von dem Umstand her, dass die Individuen gleichzeitig Marktteilnehmer und Bürger sind. Die Allokation von Ressourcen, die sie als Bürger bevorzugen, fällt im allgemeinen nicht mit der zusammen, zu der sie qua Markthandeln gelangen." Prinzipiell sind „auf demokratischem Wege ausgewählte Allokationsmuster im Kapitalismus nicht realisierbar".

Im Sozialismus dagegen wäre dies, abstrakt gesehen, möglich. „Abstrakt gesehen" heißt, dass man von der Realität der notwendigen Voraussetzungen abstrahieren muss. Als Modell ist der Sozialismus überlegen, das Modell operiert aber mit kontrafaktischen Annahmen, daher ist der Sozialismus konkret nicht möglich.

Hier die kontrafaktischen Annahmen: „Wenn die Individuen ihre Bedürfnisse und ihre produktiven Möglichkeiten wahrhaftig offenlegen würden, wenn sie unabhängig von der Entlohnung ihre ganze Leistungskraft aufbieten würden, wenn die Planer sich als perfekte Agenturen verhalten würden und die Probleme der optimalen Allokation lösen könnten, würde der Sozialismus all die wunderbaren Ergebnisse zeitigen, die seine Proponenten anpreisen. Aber all dies heißt nur, dass vernünftige Kritiken des Sozialismus nicht gegen seinen Entwurf gerichtet sind, sondern gegen dessen Realisierbarkeit und gegen seine realen Erscheinungsformen."

Fragwürdig ist P.s Voraussetzung, den Kapitalismus als „Modell" aufzufassen, als existierte er zunächst als Entwurf, der anderen Entwürfen vorgezogen würde. Kapitalismus ist Macht der Fakten und Fakt der Mächtigen, Naturwuchs, immer nachträglich gezügelt, ein Tiger, den der Staat reiten soll. Dieser analytische

Marxismus Przeworskis ist nicht oberflächlich, sondern über-flächig; er operiert in einer selber kontrafaktischen Ebene der Idealisierung. So kommt er nach allen Unterscheidungen zu dem Schluss, dass die Fakten recht haben: „Der Kapitalismus ist irrational, der Sozialismus ist unmöglich".

Die ökonomischen Reformen im Rahmen der Perestrojka, wozu er Abalkin, Petrakow und Jassin mit längst überholten Äußerungen (die Desiderate ausdrückten) von 1988 zitiert, hält P. folglich für unmöglich. Zu seinen Annahmen gehört die, dass er bestreitet, „dass Eigentumsformen als solche wichtige Konsequenzen für gesellschaftlichen Reichtum haben". Daher: „Wenn der 'Marktsozialismus' ein System ist, in dem nur einige wenige Formen des Eigentums gesetzlich verboten sind und in dem die meisten Ressourcen über Märkte gesteuert werden, ist er identisch mit Kapitalismus." Folglich erklärt Przeworski den Perestrojkisten ihr Projekt als einen wirklichen und notwendigen Übergang zum Kapitalismus.

Dazu dient der Hinweis, dass alle kapitalistischen Ökonomien mehr oder minder „gemischt" sind, dass der staatliche Sektor von 6 Prozent in Schweden bis 50 Prozent in Österreich und Israel reicht. „Und außerhalb der für den Staat reservierten Bereiche sind Kooperativen im Kapitalismus nicht illegal; es ist nun einmal — aus bisher kaum verstandenen Gründen — der Fall, dass bei völliger Wahlfreiheit der Unternehmensform die überwiegende Mehrheit der Firmen schließlich bei der Kombination von privatem Kapitalbesitz und Lohnarbeit landet."

Um ein „eigenständiges System" zu sein, müsste der Marktsozialismus rechtlich zugunsten von Arbeitergenossenschaften diskriminieren, wie Alec Nove in seinem Entwurf eines „machbaren Sozialismus" dies vorsieht. Freie dezentrale Entscheidungen bringen andere Ergebnisse als demokratische Mehrheitsentscheidungen, zum Beispiel Kapitalismus statt Marktsozialismus: „Demokratische Wahl kann suboptimal sein, während freie dezentrale Entscheidungen bisher zum Kapitalismus geführt haben."

Laut Jon Elster sprechen keine Effizienzgründe für Genossenschaften, nur Gerechtigkeitsgründe, weshalb er sich für den Versuch mit Genossenschaften ausspricht. Przeworki nennt das einen aus dem Hut gezauberten Hasen.

Den Kapitalistenkonsum fasst er als den Preis, den die Lohnarbeiter fürs Privateigentum an Produktionsmitteln bezahlen (im Unterschied zur Investitionssumme). Die Rate ist sehr unterschiedlich nach Ländern: Österreich und Norwegen 10 Prozent, USA und England 40 Prozent, Brasilien 60 Prozent, Argentinien 70 Prozent. Unter Verteilungsaspekten hätten also österreichische Lohnarbeiter am wenigsten von Vergesellschaftung zu gewinnen; sie verlassen sich auch tatsächlich auf Marktmacht und Stimmgewicht bei den Wahlen. In Brasilien und Argentinien dagegen wäre der Nationalisierungsgewinn für die Arbeiter immens. Macht zur Durchsetzung von Sozialismus und Interesse daran seien aber umgekehrt proportional verteilt. So landen wir beim nächsten hübschen Paradox: „Der Sozialismus als das Projekt öffentlichen Eigentums am produktiven Reichtum ist also nur das Projekt jener Bewegungen, die ihn nicht durchsetzen können."

Marktsozialismus böte mehr Verteilungsgerechtigkeit, aber nicht mehr Demokratie. „Wenn Firmen im Arbeiterbesitz konkurrieren und ein bestimmter Weg der Produktionsorganisation die Profite maximiert, muss er gezwungenermaßen eingeschlagen werden."

Die gesamte Argumentation läuft darauf hinaus, die sozialdemokratische Perspektive der Reformierung des Kapitalismus zum einzig wahren Jakob zu erklären. Kurzen Prozess macht P. mit der Annahme, das Reichtumsniveau der entwickelten kapitalistischen Länder hänge von der Ausbeutung anderer Länder ab: das „scheint empirisch falsch". „Das sozialdemokratische Modell ist theoretisch haltbar. Der Grad der Irrationalität des Kapitalismus ist keine feste Größe." Richtungsänderung und Hinausverlagerung von Dynamiken aufgrund von Sozialkompromissen sind ihm unvorstellbar. Der Welthunger, also die Existenz des absoluten Mangels für Milliarden Menschen, ist am Schluss sozusagen das Ding an sich dieser Überlegungen. Die Irrationalität des Kapitalismus besteht laut P. darin,

dass man den Mangel beseitigen könnte nur aufgrund von Bedingungen, die ihn in anderer Form reproduzieren, dass man ihn also nicht beseitigen kann. Durch irgend einen Wundersprung verheißt er es aber dennoch, dass „wir“ es könnten. „Daher stellt sich schließlich das ‘Wir’ unserer Frage als wichtiger heraus als das ‘könnte'. Die Antwort hängt nun offenbar ebensosehr von der Politik wie von der Ökonomie ab.“ Wie das, wo wir doch in einer Welt leben, „in der es kein ‘Wir’ gibt, sondern nur partikularistische Staaten, Gruppen und Individuen, die um die Durchsetzung ihrer eigenen Interessen kämpfen“? Dafür ist die Politik, nicht die Ökonomie zuständig. Kurz: Sozialdemokratie + Kapitalismus.

5. April 1990

Die ersten Lesungen aus diesem Journal: Vorgestern in Tübingen — schwierig, weil in ein überladenes Programm eingebaut, auch hatte man mir den Politologen Winfried Thaa als Gegenredner zugeordnet, der meine Reflexionen konterte, als wären es Leitartikel, die er nicht einmal lesen musste, weil er eh wusste, was ich unbelehrbar sagen würde. Mein Satz, der Westen habe seinerzeit die Mauer mitgebaut, stieß bei einigen auf empörtes Unverständnis. Interessant die Beiträge aus der DDR. Reiner Flügge, der zunächst bei der kirchlichen Friedensbewegung, dann, ab dem 12. November, bei „Demokratie Jetzt“ war und nun in die SPD gegangen ist, sprach davon, nur knapp 100 Leute hätten den Oppositionsherd gebildet und dann im Herbst die unterschiedlichen politischen Gruppen organisiert. Der Stasi habe das genau gewusst. Die Maueröffnung sieht er als beabsichtigten Störeffekt, Schabowski, der „das Ding mit der Mauer gedreht“ habe, als „ganz schlimmen Finger“. Gysi schildert er mit Respekt. Die Delegierten des SED-Parteitags hätten ihn nicht kapiert. Nach ihm Andreas Kühn, Parteisprecher der Grünen, sprach auch wie ein solcher. Ganz anders Ferdinand Reul, der ein Kulturzentrum in Ostberlin leitet, und erzählte, wie er vor dem Umbruch nicht wusste, dass er mehr links war als die Linken, nur dass er in Opposition zum Regime war. Hat dann gedacht, nun sei er nicht mehr in Opposition. Ein Irrtum! — Bei Flügge meinte ich eine Art Eigentumsanspruch herauszuhören, wenn er

über „seine“ Freunde und „seine“ Revolution sprach. Die große Demo vom 4.11. auf dem Alex schildert er als manipuliert, das war offenbar nicht „seine“ Demo. Unvorstellbar, mit Kräften aus der SED gemeinsame Sachen gegen das SED-Regime zu machen. Markus Wolf für ihn halt ein Stasi-Mann. Der Bärbel Bohley sei schier die Hand abgefallen, als sie bei der Vorbesprechung die von Wolf gedrückt hatte. Pathos von einem Volk, das seinen Geheimdienst auflöst. Er bedenkt nicht, dass sich dabei auch das Volk auflöste, halbe großartige Sache machend, am Ende in der Obhut eines andern Geheimdienstes.

Gestern im „Goldenen Anker“ in Pforzheim die Gegenerfahrung einer geradezu intensiven Atmosphäre. Heute Abend in Göppingen.

7. April 1990

Mit Detlev Albers ein paar Stunden durch den Grunewald gewandert und die „Weltlage“ besprochen. Zweifel, ob es einen Sinn hat, sich weiterhin als Marxist zu verstehen. Ich verstehe die Zweifel und wundere mich doch, erinnere an unsere Gespräche bei ähnlichen Spaziergängen noch vor ein, zwei Jahren, als wir uns fragten, ob „Reform des Marxismus“ oder „Erneuerung des Marxismus“ besser geeignet wäre, unser Projekt zu artikulieren. Der Dialog der SPD mit der SED war für ihn, wie mir jetzt deutlicher wird, so wichtig, dass er das Verschwinden der SED nicht als historisches Rechtbekommen empfindet, sondern als realpolitischen Gewichtverlust.

Wir verständigen uns auf die Notwendigkeit, „linke“ Positionen in die deutsche Vereinigung einzubringen, dies zumindest zu versuchen. Detlev arbeitet an deutschlandpolitischen Überlegungen. Da er im Unterschied zu mir einen Zugriff auf Parteipolitik hat, wenn auch keinen sehr mächtigen, hat die Parteipolitik einen mächtigen Zugriff auf ihn. Dass meine Reflexionen schwereloser laufen, ist auch ein Ausdruck ihrer politischen Gewichtlosigkeit.

8. April 1990

Von Peter Schneider endlich den Text erhalten, von dem er mir seinerzeit in der U-Bahn erzählt hatte: seine Wortmeldung vom 22.12., beim Kulturtreff „Zwischenrede“ in der Ostberliner Akademie der Künste (veröffentlicht im Februar in der Süddeutschen Zeitung unter dem Titel: „Man kann ein Erdbeben auch ‘verpassen'„). In „unserer Kultur des Rechthabens ... gilt der Zweifel und erst recht der Widerruf als Verbrechen: das Nachdenken selbst unterliegt dem Verratsverdacht.“ Ich möchte ihm zustimmen, bis mir einfällt, dass etwa die FAZ genau solche Sätze derzeit prämiert, weil sie (quer zum Ausgesagten) nach Widerruf der Linken klingen. Dass Schneider dieses Moment der Opportunität in seinem vorgeführten Antiopportunismus nicht reflektiert, prägt seinen geistigen Habitus mit. Er sucht, in zweideutig-produktiver Intellektuellenmanier, nach einem Standpunkt außerhalb des Erwarteten, von dem aus ein Überraschungsangriff auf möglichst alle andern Intellektuellen möglich wäre. Dennoch bedenkenswert.

Hier sein erster Widerruf: Bis zu Beginn der Ausreisewelle war er dafür, die BRD solle die DDR-Staatsbürgerschaft anerkennen. Die dieser Weigerung zugrunde liegende Lebenslüge der Nachkriegspolitik habe sich indes unerwartet als produktiv erwiesen, weil der Massenexodus, den sie ermöglichte, zum eigentlichen Anstoß für die Revolution in der DDR wurde. „Der Chor der ‘Wir wollen raus'-Leute hat den Chor ‘Wir bleiben da’ hervorgerufen.“

Dann macht er sich zum Dolmetscher des östlichen Einheitsverlangens und der wohlstandsorientierten Absage an ein demokratisch-sozialistisches Experiment. Der „Glaubenskrieg zwischen Separatisten und Unionisten“ sei „eher unwichtig und zweitrangig“.

Kritisch prüft er die Strohhalm-Ausdrücke, an denen wir Ertrinkenden uns zu halten versuchen: Demokratischer Sozialismus, sozialistische Marktwirtschaft — bedeutet es etwa sozial gezähmten Kapitalismus, wie bei uns? Es zeuge „entweder von Denkfaulheit oder Verantwortungslosigkeit“, wenn Westlinke den Östlichen einen Demokratischen Sozialismus (DS) empfehlen. Zumal der Begriff im Kapitalismus etwas völlig anderes bedeute als unter Bedingungen gesellschaftlichen

(oder staatlichen, der Unterschied interessiert hier nicht) Eigentums. „Intellektuelle Aufräumarbeit“ sei zunächst im Westen nötig, um herauszufinden, ob die Phrase DS notwendig Phrase bleiben musste, oder ob und welchen realen Gehalt sie bekommen könnte. „Markiert die Option ‘DS’ tatsächlich einen ‘dritten Weg’ oder nur das Modell eines ‘demokratischeren’ Kapitalismus? Das möchte ich gern wissen. Denn ich möchte schon, dass ich der Idee des Sozialismus mehr zubilligen kann als das Recht auf Religionsfreiheit.“ Bis hierher bin ich ganz einverstanden. Doch dann schleift es hinüber zur Absage: „Eine Hypothese, die sich im Experiment immer wieder als falsch erweist, ist falsch.“ Aber bisher gibt es nur das eine historische „Experiment“ mit dem befehlsadministrativen System. Von „immer wieder“ kann noch keine Rede sein.

Falsches Marx-Bild im Schlusssatz: „Die Widersprüche, genauer die Skandale des Kapitalismus, die den jungen Marx zu seiner Fundamentalkritik provozierten, sind leider weit lebendiger geblieben als die Therapie, die der ‘reife’ Marx verschrieb.“ Mir scheint das Gegenteil richtiger. Wenn Marxsche Gedanken in die Nähe eines Opiums der Intellektuellen kommen, dann die des jungen Marx, des hegelianisierenden, in dessen Totalitätsdenken Utopie und Gewalt auf eine Weise verschwistert sind, die totalitäre Anknüpfungen nicht ausschließt. Der reife Marx dagegen hat nicht eigentlich eine „Therapie“ verschrieben, sondern sich auf die immense *Arbeit der Kritik* konzentriert.

Mir fällt ein, dass Peter Schneider mein erster Prüfling gewesen ist, irgendwann in den siebziger Jahren. Ich war frischgebackener Privatdozent und wurde vom Landesprüfungsamt eigens dazu mit außerordentlicher Prüfungsgenehmigung versehen. Man hatte höherenorts anscheinend beschlossen, Peter Schneider zwar als „Verfassungsfeind“ aus der Lehrerlaufbahn auszuschließen, aber sozusagen mit Komplimenten, denn ich wurde geradezu zu einer Eins überredet. Prüfungsthema war der junge Marx, den mein prominenter Kandidat etwas unscharf und kritiklos darstellte.

9. April 1990

Gängige Verschiebung: Als Moral abzuhandeln, was Ökonomie ist.

Naheliegender Lehrsatz: Die Ökonomie determiniert die Politik nicht in letzter Instanz, sondern in erster.

10. April 1990

Gestern Abend im Kulturbund Friedrichshain aus dem Perestrojka-Journal gelesen. Ich meinte eine gänzliche andere Form der Entgegennahme zu spüren als bei meinen bisherigen Lesungen im Westen. Das ist kein Wunder, waren sie es doch vor allem, deren Leben durch die Ereignisse (und oft genug durch eignes Mittun) revolutioniert worden ist. Und sind sie es doch, die jetzt ihre Revolution verloren haben. Nach intensivem Zuhören eine intensive Diskussion. Einer sprach davon, wie er 1945 als Hitlerjunge das Kriegsende erlebt hatte und wenig später die Kommunisten ihn als Arbeiterjungen hatten studieren lassen. „Ich habe bei Kurt Hager den DiaMat gelernt."

Hans Mottek, der mir von seiner „Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik" ein Begriff war und dessen Tochter diese Veranstaltung organisiert hatte, wandte sich gegen meine Darstellung der DDR als sowjetischer Zwangsfiliale. 1945 habe eine revolutionäre Situation bestanden. Ohne Intervention von irgendeiner Seite seien überall dieselben Vorschläge und Forderungen vorgebracht worden: Bodenreform, Enteignung der Kriegsverbrecher, neue Demokratie, neue Gesellschaft. Ohne diese Ausgangsposition hätte sich die DDR nie so lange halten können. Monika Leske stellte den Deformationsbegriff infrage. Die Wurzeln des Stalinismus reichen, sagte sie, in die Oktoberrevolution und noch weiter zurück. Helmut Hauptmann von der NDL und eine Kollegin vom Sonntag interessieren sich für Vorabdrucke. Möglichkeiten... Auf der Rückfahrt geht mir die faszinierende Vorstellung im Kopf herum (morgen wird sie neuen Enttäuschungen weichen), dass wir aus den Elementen dieser Umbruchsituation vielleicht doch eine neuartige gemeinsame Öffentlichkeit zu bilden vermöchten...

11. April 1990

Von Detlev Albers zwei Artikel aus dem „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt“ erhalten, einen vom Dezember, einen vom 16. März. Darin interpretiert er den Zusammenschluss der beiden deutschen Staaten mit Otto Bauers Definition der Nation als „Schicksalsgemeinschaft“: „Die Nation ist die Gesamtheit der durch Schicksalsgemeinschaft zu einer Charaktergemeinschaft verknüpften Menschen“ (Werke, Bd. 1, 194) — was für schwülstige Kategorien! Kein Wunder, stammt doch die Definition noch aus der Kaiserzeit. Auch schwingt Kautskyanischer Evolutionismus mit.

Im Dezember schrieb D.A., heute seien es „die gemeinsamen Erfahrungen der Geschichte“, was die Deutschen in den beiden Staaten zu einer „Charaktergemeinschaft“ mache, zur „deutschen Schicksalsgemeinschaft“, die, wie die Geschichte lehre, nicht an die Nationalstaatlichkeit gebunden sei. (Von Österreich, woher diese Diktion stammt, ist keine „deutsche“ Rede mehr.) Im Konkreten stellt die „Schicksalsgemeinschaft“ sich dann eher als Verbrechergemeinschaft dar, mit Auschwitz als nationalem Zement: „Führen nicht gerade auch Katastrophen wie der in deutschem Namen begangene Holocaust dazu, die Teilhabe an der nationalen Schicksalsgemeinschaft bewusster zu machen“?

In der Sache stimme ich zu, dass wir auf der durch Deutschland laufenden Weltteilung der Nachkriegsordnung keine „permanente Trennwand zwischen einer ersten und einer zweiten deutschen Nation errichten“ dürfen. Zumal angesichts der Asymmetrie, dass der größere deutsche Staat auf Konsens, der kleinere vorwiegend auf Zwang beruhte. Aber das galt, wenn es denn gilt, die ganze Nachkriegs-Zeit über. Nun aber, da jene Weltordnung aufgelöst ist, hinkt es lediglich hinter ihrem Untergang her, auf dem nicht mehr Vorhandenen keine Trennwand mehr errichten zu wollen. (Freilich musste im Dezember diese Trennwand im linken Denken zunächst einmal infragegestellt werden.)

Ungenau ist es, wenn D.A. schreibt, gemeinsam sei den Revolutionen im ehemaligen Ostblock „das Abschütteln eines zur Staatsdoktrin verknöcherten und

missbrauchten Marxismus“. Das verkennt, dass es um den Marxismus-Leninismus geht; dieser war, streng genommen, als Staatsdoktrin stalinistischen Typs *geschaffen und gebraucht*, nicht „zur Staatsdoktrin verknöchert und missbraucht“. Wem dieser Gegensatz verfließt, der wird dazu neigen, sich nun vom Marxismus zu verabschieden.

Im März-Artikel von Detlev Albers geht es bereits um den inzwischen definitiv angebahnten Anschluss der DDR an die BRD. Ausgangspunkt ist die Notwendigkeit, „jetzt wieder deutsch-deutsch *links* denken“ zu lernen, worauf kaum einer vorbereitet sei. Das ist gewiss nötig, doch frage ich mich, ob die Bauersche Kategorie der „Schicksalsgemeinschaft“ nicht die Analyse des wirklichen Vorgangs in der Art eines Sorelschen Mythos blockiert: Nicht die Fortexistenz einer „Schicksalsgemeinschaft“ zwingt nun die DDR zum Anschluss, sondern der Abbruch des befehlsadministrativen Sozialismus sowjetischer Provenienz hat für die DDR-Bevölkerung die deutsche Nationalität zum entscheidenden Vehikel des Systemwechsels werden lassen. Das Nationale als abhängige Variable, aber entscheidend für die Durchsetzung des Wandels.

12. April 1990

Moscow in 4 days, wenig mehr als 2 Tage, lässt man die Zeit der An- und Abreise weg: Amerikanismus des Reisens. Immerhin liegen drei Jahre intensiver Beschäftigung mit der sowjetischen Perestrojka hinter mir, Gespräche mit Besuchern der SU und aus derselben, und dann die jahrelange Schreibtischarbeit an Texten, die ich zu analysieren versuchte, wie man Gesteinsproben untersucht. Als jemand, der nie in der SU war und nur wenige Brocken russisch versteht, über sowjetische Politik zu schreiben, war anfechtbar. Aber ich schrieb ja nicht über Rußland als solches, meine Fragen galten Erfahrungen mit dem sozialistischen Projekt, die für Sozialisten in aller Welt interessant sein müssen, schreiben sie sich doch ein in jene weltumfassende Geschichte der Arbeiterbewegung, mit ihrer großen Spaltung und dem Gegensatz von Verhärtung und Aufweichung... eine Geschichte, deren revolutionäre Linie, 1917 in Rußland an die Macht gekommen,

sich dort mehr als 70 Jahre lang bleiern verankert hatte, hinterrücks ereilt von jener kafkaesken Verwandlung. Die stalinistische Entfremdung lag wie ein Bann über dem Weltsozialismus. Dieser Weg führte schließlich auch machtpolitisch und technokratisch in eine Sackgasse. Die Entfremdung konnte nicht länger als der Preis für Entwicklung angesehen werden, ging sie doch einher mit Korruption und Stagnation.

Seit sich 1985 in der sowjetischen Führung die Kräfte durchgesetzt haben, die entschlossen sind, die stalinistische Sackgasse zu verlassen und einen neuen Anfang zu suchen, haben sich die Bedingungen sozialistischen Denkens und Handelns radikal und weltweit gewandelt und müssen alle Fragen neu gestellt werden. Die Perspektive ist ungewiss, aber wenigstens der Horizont wieder offen. Die sowjetischen Erfahrungen zu verarbeiten scheint mir eine Überlebensbedingung sozialistischen Denkens. Der Abbruch dessen, was unter Stalin und seinen Nachfolgern aus dem „Kommunismus“ geworden war, hat die Welt verändert und ist eingeschrieben in eine Veränderung der Weltverhältnisse, die noch ungedacht ist und deren Strukturen noch nicht heraus sind.

Eine Tür mit mehr als einem Schloss; nicht alle Schlüssel liegen in Moskau, aber der erste, ohne den sich nichts weiteres erschließt, liegt dort. Die Ereignisse z.B. in der DDR sind nicht aus der DDR heraus zu begreifen. Und um keinen Namen kristallisiert sich gestaltendes Denken mehr als um Gorbatschow.

*

Vom Ostberliner Flughafen Schönefeld, dessen Vorhalle seltsam verlassen wirkte, startete die Interflugmaschine mit der Pünktlichkeit einer Präzisionsuhr. Vom Moment der Landung in Moskau an begann eine andere Zeitrechnung. Die Vorgänge wie in einer trägen Gallerte. Nicht so sehr die Abfertigung durch die Zollbeamten, als die Bewegungsform der Reisegruppe unter unserer Reiseleiterin Tanja. Um vom Moskauer Flughafen wegzukommen, brauchten wir fast solange, wie von Berlin nach Moskau.

Auf dem Flughafen ein unvermutetes Wiedersehen mit Stephan Stein, den wir in der Studentenbewegung kennengelernt hatten, wo er als Musikstudent in der Gruppe um Johannes Hodek aktiv war. Jetzt vertritt er Hansa-Tourist in Moskau. Zuerst habe ich Mühe, den Stattlich-Gewordenen wiederzuerkennen, aber nach zwei Stunden ist es, als hätte die Zeitlücke sich geschlossen. Vor über zehn Jahren hat er eine Russin geheiratet und lebt seitdem hier. Noch auf dem Flughafen gibt er uns die ersten Meldungen aus dem sowjetischen Alltag. Es sind Schreckensmeldungen, angefangen beim Warenmangel, über die allgegenwärtige Korruption und die Angst vor Raubüberfällen in der Mietwohnung bis hin zur explosiven Stimmung der Leute und dem sich ausbreitenden Haß auf Gorbatschow.

Endlich fahren wir vom Flughafen los, in einem Bus, dessen dreckbespritzte Scheiben nur trüben Ausblick gewähren auf Straßenränder, die in schlechtem Zustand und mit Abfall übersät sind. Die Vegetation ist um Wochen hinter dem Berliner Frühling zurück. Dadurch zeigt sich die Wirklichkeit desto schonungsloser. Später wird Gras gewachsen sein über den Müll. Die Landschaft wirkt wie schwer verletzt. Wir umfahren die Stadt; was wir von ihr sehen, zeigt sich massiv und unharmonisch.

Das Hotel Saljut, am Außenrand Moskaus gelegen, hat 2.000 Betten; wir werden im 14. Stock untergebracht. Ausblick auf eine unorganische Stadtrand-Landschaft mit Großbaustellen. Zur Ausstattung des Zimmers gehört ein farbenprächtiger Prospekt des Hotels: welcher Abgrund zwischen Abbild und Bild, Diskurs und Realität — *Saljut, Hotel Potjemkin!* Nach dem Mittagessen verabreden wir uns mit Jan Vogeler, dem Sohn des Malers und utopischen Kommunisten. Als Treffpunkt schlägt er die Marx-Statue auf dem Swerdlowskplatz vor. Wir tauschen an der Rezeption Rubel ein und stürzen uns ins Abenteuer.

Der Weg zur Endstation der U-Bahn, die Jugo-Zapadnaja („die Südwestliche“) heißt, führt durch eines jener stereotypen Neubauviertel, von denen wir noch einige sehen werden: riesige Zeilenbauten, achtstöckig und höher, die eine Zone mit

Versorgungseinrichtungen, Schule, Kindergarten, Spielplätzen umschließen. In der Idee nicht schlecht, in der Realität verkommen, die Wege schmutzig, kaum ein Baum. Frigga steuert den ersten Lebensmittelladen an: das Angebot beschränkt sich auf bescheidenstes Elementarniveau. Geschäfte ohne Auslagen, vor manchen lange Schlangen, vorwiegend Frauen, die um irgendetwas anstehen. An der U-Bahnstation mächtige und nie versiegende gegenläufige Menschenströme. Wie soll die Bahn diese Menge fassen? Aber die Züge folgen fast im Minutenabstand, fahren schnell, das System ist staunenswert. In zwanzig Minuten steigen wir im Stadtzentrum bei der Leninbibliothek an die Oberwelt. Leniniana überall, der Name inflationär. Vergleichbar, schießt es mir durch den Kopf, mit katholischer Kolonisation. Wie dort die Kirche mit ihren Heiligen Heidnisches besetzte, so hier die KPdSU mit ihren Symbolnamen das National-Klerikale. Der Kreml wie erwartet. Mit den vergoldeten Zwiebeln und blauroten Spiralen der Sakralbauten kann ich mich nicht anfreunden. Die alltäglichen Seiten der Stadt überraschend. Täuschen wir uns oder haben die Gesichter etwas Müde-Sorgenvolles? Kaum je ein Lächeln...

*

Wo der Marxprospekt den Swerdlowskplatz schneidet, gegenüber vom Bolschoitheater, finden wir die angekündigte Marxstatue, den Schnurrbart ins Stalinsche hinübergezwirbelt, die Büste nach unten in eine Art monumentaler Kanzel übergehend — undenkbar, dass der Mann, den das darzustellen behauptet, den Staatspomp verabscheut und Analytik mit Witz verbunden hat!

Ein eher zierlicher, freundlicher Herr, gepflegtes Deutsch (und zwar gern) sprechend, so erscheint uns Jan Vogeler, den ich vor über zehn Jahren zum letzten Mal in Westberlin gesehen hatte. Zunächst führt er uns ein bißchen umher, am Kaufhaus Gum vorbei, von dessen Gedränge er uns abrät, zum Lenin-Mausoleum. Der Abend ist kühl und feucht, wir wollen uns irgendwo mit ihm hinsetzen, reden, einen Tee trinken. Dies stellt sich als unmöglich heraus. Lange Schlangen vor verschlossenen Toren, ab und an ein abweisender Portier, der wie ein Engel des

Absurden die Menge vor irgendeinem verlorengegangenen Paradies in Schach hält. Im Ausländerhotel verfangen wir uns im Gestrüpp der Ober, nein, in die Bar dürfen wir nicht, nein, nicht hier hinsetzen, dann aber: Haben Sie Deutschmark? Wir haben, und so kaufen die DM, nicht die ordnungsgemäß eingetauschten Rubel, den Zutritt, aber ins Musikrestaurant, und wir, die wir bloß in Ruhe zusammensitzen, einen Schluck trinken und vor allem reden wollten, erhalten nicht nur Wein und Wasser, sondern zwei große Platten mit kaltem Fleisch, Wurst, Fisch. Die Mangelwirtschaft zeigt sich dem Devisenbesitzer als unerbetener Überfluss, dazu Salonmusik, dank Verstärker so laut, dass wir kaum unser eigenes Wort verstehen. Entweder man schreit einander in die Ohren oder wartet die Pausen ab. Wir bleiben nicht allzu lang. Draußen hat es zu regnen begonnen, die Taxisten wollen Devisen, keine Rubel; 10 DM kaufen uns die (weite) Fahrt ins Hotel. Vogeler fährt mit, freudig gespannt, das Mitbringsel in Empfang zu nehmen: das *Kritische Wörterbuch des Marxismus*. Seine Freude steckt uns an. Sie scheint uns die Ankunft in der marxistischen Gelehrtenrepublik zu signalisieren.

Vogelers Lagebeschreibungen:

Die gegenwärtige Situation sei vor allem *unklar*. Die Gefahr einer explosiven Entwicklung à la Osteuropa rücke näher. Die „extreme“ Stimmung von Afanasjew, auf dessen Spiegel-Interview vom 4.4. mich Vogeler mehrfach aufmerksam macht und der sich zunehmend deutlich für Kapitalismus ausspreche, „drückt etwas aus“. „Eine DM-Wahl wie in der DDR wäre auch in der SU möglich.“

Die Reform sei in der „Provinz“ — und das ist bei dem riesigen Land ja nur ein anderer Name für dieses Land selbst — noch nicht angekommen. Das Fleisch übrigens ebensowenig, bzw. in der Provinz sei es viel teurer als in Moskau.

Entscheidend sei die richtige Beurteilung der Rückständigkeit. Die Arbeiterklasse sei noch jung, die Kultur der Arbeit fehle. Gearbeitet werde oft unqualifiziert, ja liederlich. Das seien noch immer Industrialisierungsfolgen.

Ich frage ihn, was ich ins Vorwort der zweiten Auflage meines Buches über

Gorbatschow schreiben soll. Es entsprach, sagt er, dem Anfang des Prozesses. Die Wirtschaftsreform dauert aber viel länger als angenommen, und „absolut nicht vorausgesehen hatten wir das nationale Problem“. Litauen sei nicht das Problem. Wenn Litauen darauf bestehe, nicht zur SU zu gehören, dann gehörten Gebiete wie das Memelland, die erst bei der Einverleibung in die SU hinzugeschlagen worden waren, nicht zu Litauen. Die SU müsse umgeformt werden in eine ganz neue Form der Konföderation weitgehend selbständiger unterschiedlicher Republiken.

Bei der Jugend herrsche absoluter Pessimismus und Antikommunismus. Sie sehe eben, dass es wirtschaftlich nicht klappt. Der Komsomol, der ein Drittel seiner Mitglieder verloren habe, sei nurmehr Jugendapparat, die „eigentliche Jugend ist ganz außerhalb“. Die Perestrojka kein Ideal geworden.

Vogeler äußerte sich begeistert über die Atmosphäre, die er im Umkreis von Gysi herrschen sieht. Es sei richtig, zu verteidigen, was noch zu verteidigen ist, nicht zwar den Sozialismus, wohl aber soziale Errungenschaften.

Gorbatschow schildert er als abgeschottet in einem Milieu von Beratern. „Man müsste einen Juso-Paragraphen erlassen: Keinen über 40 in entsprechende Positionen!“ Zum Beispiel sei G. überrascht worden vom Streik, den man doch angesichts der Lebensbedingungen und Massenstimmungen hatte erwarten müssen. Inzwischen sei ein Aufleben der Arbeiterbewegung festzustellen, das mit der polnischen Solidarnost verglichen werden könne. Die Kumpels von den Kohlezechen hätten aber gesagt, wir streiken erst, wenn es wärmer ist, damit nicht als direkte Folge unsres Streiks sofort die Temperaturen in den Wohnungen der Leute sinken. Nein, Gorbatschow habe keinen echten Kontakt mit der Bevölkerung. So komme es, dass er immer verspätet reagiere: in der nationalen Frage, angesichts der Streiks, im Verhältnis zur Jugend.

Es dauere noch Jahrzehnte, bis die Parteiendemokratie nicht mehr nur proklamiert sei. Was die Sowjets betrifft, so sei bisher nur im Obersten Sowjet eine Revolution erfolgt. Aber die Gesetze bleiben auf dem Papier. Regional und in den tieferen

Etagen des Rätesystems herrschten noch Inkompetenz, schöne Losungen, undurchgearbeitet, ohne Politik. Wenn er dagegen an die Arbeit der SPD-Fraktion unter Vogel denke! Ich wende ein, dass diese Arbeit sich auf einer Ebene abspielt, die der des Obersten Sowjets entspricht.

Ein Zweiparteiensystem sei wünschbar, bleibe aber vorerst eine Idealkonstruktion, an einer Realität vorbeigehend, die Vogeler folgendermaßen zeichnet: Jeder Unterschied führt schnell zur Spaltung, und die Spaltung kann schnell zum Vehikel eines chaotischen Volksaufstandes werden, der keiner der beiden Parteien in der Partei nützt, sondern alle Kommunisten die Existenz kostet.

Die Perestrojka der KPdSU sei nicht verwirklicht. Falls die Partei überhaupt überleben sollte, müsse sie wahrscheinlich eine historische Niederlage einstecken. „Aber braucht es noch KPen?“ Die Mutationen des sozialdemokratisierten Kapitalismus ließen dies fraglich erscheinen. Dabei seien die Produktivkräfte im entwickelten Kapitalismus auf einem Niveau, wie Marx es für den Kommunismus erwartete. Neue Problemfronten und Akteure seien aufgetaucht, neue soziale Schichten und Bewegungen in einer Risikogesellschaft, zu denken sei etwa an Ökoprobleme und neue Frauenbewegung. Müssten nicht Lebensstandard und Bildungsniveau Subjekte eines neuen Sozialismus hervorbringen? High-Tech-Potentiale, allseitige Entfaltung der Persönlichkeit... Ich versuche zu bremsen und spreche von der Zweideutigkeit der Entwicklung, von der Reproduktion der Barbarei auf hochtechnologischem Niveau, zum Beispiel in den elektronisierten Spielsälen, wo die Halbwüchsigen sich zu Laserkanonieren ausbilden.

Wir verabreden uns für den kommenden Morgen im Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU, dessen Vizerektor, Alexander Galkin, mich brieflich eingeladen hatte, nachdem Askoldow ihm mein Buch überbracht hatte. Auch den Rektor, Juri Krassin, kenne ich aus Cavtat seit einem Jahrzehnt. Vogeler sagt, durch die intensiven Kontakte mit dem Ausland denke man im Institut weiter als in manchen anderen Institutionen der KPdSU. Krassin und andere seien der Meinung, Kommunisten und Linke sollten alle in die SPD.

*

Frigga und ich versuchen noch, in der Bar einen Kognak als Schlaftrunk aufzutreiben. Den Kognak gibt es, aber er wird nur in Coca-Cola (oder ist es Pepsi?) verabreicht; da ich beides verabscheue, lehne ich ab. Darüber ist Frigga verstimmt. Der Moskau-Schock ist uns in die Glieder gefahren. Jetzt entladen sich die Frustrationen des Tages...

13. April 1990

Zunächst nehmen wir an der Stadtrundfahrt unserer Gruppe teil in der Absicht, uns im Stadtzentrum absetzen zu lassen. Wir bereuen alsbald, uns nicht selbständig gemacht zu haben. Die Erklärungen beginnen auf dem Hotelparkplatz, wo wir uns, im Bus sitzend, anhören, dass uns jetzt eine Stadtrundfahrt bevorstehe, dass zu unserer Linken das Hotel Saljut sei, dass es 2.000 Betten habe usw. Eine lähmende Entfremdung scheint uns im Griff zu haben.

Die Lomonossow-Universität mit ihrer Beeindruckungsarchitektur finden wir weniger erschlagend als auf den Fotografien. Ihr Vorbild ist unverkennbar das feudal-absolutistische *Schloss*; trotz der überreichlich aufgestellten gußeisernen Brunnenschalen, deren Rostschutz gerade erneuert wird, fehlt das feudale Genußmoment. Das Bauwerk repräsentiert Staat-über-der-Gesellschaft. Es scheint für einen militarisierten Orden von Technikern bestimmt. Das Material der Fassade eine Art Sandstein in Form und Format eines überdimensionierten Ziegels. Erinnert in dieser Hinsicht an öffentliche Bauten des alten Roms, die aus der Kombination von rationalistischer Ingenieurskunst mit der Produktionsweise sklavischer Massenarbeit hervorgingen: das Bauelement ist absolut einförmig und in riesigen Massen vorhanden.

Von den Leninbergen — früher Sperlingsbergen genannt, wie uns in einem Ton gesagt wird, der zu bedeuten scheint, der alte Name werde bald wieder auferstehen — blicken wir über den Moskwafluss auf die regnerisch verhangene Stadt.

Das Kirchlein zur Linken barbarisch, vollgestopft mit vergoldeten Fetischen. Es bringt uns darauf, was wir Abkömmlinge des Protestantismus der frühbürgerlichen Kulturrevolution, vor allem dem „Bildersturm", verdanken; er hat Platz gemacht für die Musik Bachs und für die aufklärerische Predigt. Hier dagegen hat man dumpf oder gebückt oder auf eine archaische Weise innig zu sein.

Am Swerdlowskplatz steigen wir in die U-Bahn, orientieren uns dank Vogelers Instruktionen ohne Mühe, bewundern wieder die enorme Leistungsfähigkeit und verlassen wenig später die Station Aèroport, wo am Rande einer kleinen Parkanlage das stattliche Gebäude steht, neben dem Portal ein rotgoldenes Schild: *Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU*. Noch vor wenigen Jahren wäre es undenkbar gewesen, dass wir hier als Gäste geschätzt würden.

Am Eingang erwartet uns Jan Vogeler. An der Einlasskontrolle händigt man uns die fertig vorbereiteten Besucherscheine aus, und wir betreten die hohe Empfangshalle mit ihren Säulen im Stil des sowjetischen Klassizismus. Diese Halle verlassen wir durch einen Seitengang, dessen gewöhnliche Dimensionen sonderbar davon abstechen. Es ist, als begäbe man sich aus den prangenden Repräsentationsbezirken ins Innenleben einer Art von Vatikan. Unserem Begleiter folgend und seinen Erklärungen lauschend durchqueren wir Gänge, die sich erstaunlich in die Länge ziehen. Das Gebäude erweist sich viel größer als von der Vorderfront angekündigt. Man hat seit der Eröffnung des Instituts immer wieder angebaut, erläutert unser freundlicher Führer. Aus einem Fenster blicken wir in einen Innenhof hinab auf einen Marx, der ein Buch vor seine Scham hält. Vogeler nimmt an, dass es das „Kapital" darstellen soll. Aber nie würde ein Intellektueller ein Buch auf diese Weise halten.

Galkin befindet sich, wie wir von seiner Sekretärin erfahren, in einer Konferenz über „Die Perestrojka und ihre Bedeutung für Lateinamerika", und wir machen uns erneut auf den Weg durchs Labyrinth, um ihn dort herauszuholen. Wieder vorbei an dem Marx, an einer Cafeteria, einem Speisesaal, wohlausgestatteten Konferenzräumen, unter uns soll sich ein Schwimmbad mit Sauna befinden,

irgendwo ein hotelartiger Wohntrakt. Welch ein gewaltiger und wohlversorgter Komplex, den dieser Staat der Propagierung der Lehre gewidmet hatte, denn hier waren die Staatsintellektuellen der sozialistischen Länder geformt worden, hier lebten sie wie Angehörige eines wohlhabenden Ordens, versorgt und diszipliniert, bedient und beaufsichtigt.

Wir begeben uns in den Konferenzraum, setzen uns in die letzte der im Halbrund angeordneten Reihen. Vertraute spanische Klänge. Wir brauchen nicht zu warten. Galkin hat sich schon erhoben, und wir folgen ihm aus dem Raum, dann zurück durchs Labyrinth der Gänge, vorbei am verschämten Marx, zum Prorektorat, wo wir uns zum Gespräch niederlassen.

Alexander Galkin, dem Askoldow mein Buch gebracht hatte und der sagt, darin „geblättert" zu haben, ist eine durchgearbeitete, beherrschte und einen selbstverständlichen Herrschaftsanspruch ausstrahlende Erscheinung. Es ist nicht leicht, bei ihm zu Wort zu kommen. Seine immer wiederkehrende Wendung lautet: „Es gibt Standpunkte..." Es ist schnell erkennbar, dass er offizieller und traditioneller redet als Jan Vogeler.

Dreht es sich, frage ich, bei der Perestrojka noch um eine Erneuerung des Sozialismus, oder rückt der Übergang zum Kapitalismus an die Stelle? Es gibt, erwidert er, tatsächlich eine politische und gesellschaftliche Bewegung hin zum Kapitalismus. Die Grenze verlaufe *innerhalb* der Anhänger der Perestrojka. Was ich auf diese Frage zu hören bekäme, hänge davon ab, mit wem ich redete. Die Prokapitalisten erhielten im Westen mehr Echo, in der SU sprächen sie sich nur indirekt aus, sagten zum Beispiel, es sei unklar, was Sozialismus sei oder wendeten sich gegen Klischees usw. Auf die Berühmtheiten dieser Richtungen wirft er Urteile, wie sie direktem Parteienstreit entspringen: Popow — ein Mitläufer und Karrierist. Jelzin — ein politisch toter Mann. Aber hat Jelzin nicht eine große Mehrheit bei den jüngsten Wahlen erhalten? Ja, aber das sei in Swerdlowsk gewesen, wo er jahrelang als Parteichef gewirkt habe.

In der DDR sei gutes Geld und höheres Lebensniveau gewählt worden, das sei keine Wahl „im wirklichen Sinne“ gewesen, zudem nur die erste Etappe. Nun komme die wirkliche Entwicklung, wie in Ungarn. Im übrigen unvergleichbar mit der SU. Dort die Idee tief verankert, dass der Sozialismus vieles gebracht habe. Dazu passe die überaus negative Einstellung gegen die Genossenschaften, wegen der materiellen Ungleichheit, die sie bringen. Natürlich seien die Leute dafür, dass für bessere Arbeit mehr bezahlt würde. Aber bei den Kooperativen hätten sie das Gefühl, es drehe sich oft um Spekulation. Im Westen sei ferner schwer zu verstehen, dass der Sozialismus in der SU eng mit dem russisch-nationalen Gedanken verbunden sei. Das habe auch etwas Negatives, weil es dem Internationalismus widerspreche. In Litauen trete der russische Bevölkerungsteil mit roten Fahnen auf. Die dortige Stellung der Russen könne man mit der unserer Gastarbeiter vergleichen, mehr noch, sie überwögen in der Arbeiterklasse, repräsentierten diese geradezu, wie die Einheimischen die Bauern und die Intelligenz.

Marxismus-Leninismus: Man ziehe jetzt weithin vor, einfach von Marxismus zu sprechen, was Galkin sehr begrüßt. Den Term ML habe Stalin von Bucharin übernommen und dann sein System damit getarnt. Im ZK gibt es diesbezüglich keine Festlegung, die Umorientierung im Theorieverständnis geht mehr atmosphärisch vor sich, auch soll es ja jetzt keine letzte Instanz für „ideologische Fragen“ mehr geben.

Schließlich bringe ich das Gespräch auf unser marxistisches Wörterbuchprojekt, um die Möglichkeit von Zusammenarbeit zu erkunden. Galkin antwortet mit der Einladung zu einer Tagung im Mai über die Entwicklung in Osteuropa. Ich wehre ab, ich sei kein Spezialist.

*

In der Cafeteria macht Vogeler uns mit Ludmilla Nikititsch bekannt, die auf italienische Philosophie spezialisiert ist, besonders zu Labriola und Gramsci

gearbeitet hat und nun zufällig am Nebentisch sitzt. In der DDR ist ein Buch von ihr über Labriola erschienen. Wir verständigen uns auf italienisch, das sie vorzüglich spricht. Bisher habe noch keine wirkliche Perestrojka in der Philosophie stattgefunden, das Denken sei noch nicht verändert. Jetzt, da die Theorie nicht mehr die „objektiven Gesetze" in den Mittelpunkt stelle, sondern sich zum Menschen wende, wären Gramscis *Gefängnishefte* eigentlich hochaktuell. Deren Rezeption, die es nennenswert noch nicht gebe, könnte schon aufgrund der gramscianischen Lexik ein Stimulus fürs Umdenken sein. Zu Gramscis 50. Todestag vor zwei Jahren hatte sie einen Artikel geschrieben, der ihr von der Redaktion völlig „ruiniert" wurde, anonym umgeschrieben. Wie oft habe ich, auch aus der DDR, diese Geschichte schon gehört. Für einen Autor gehört diese anonyme Enteignung zum Schlimmsten. Die Lehrenden, fährt Ludmilla mit ihrer Beschreibung fort, beschränkten sich noch immer oft darauf, zu reproduzieren, was man ihnen früher einmal beigebracht hat. Der Apparat praktiziere „Wissen ist Macht" wie einen Filter: Nehmen, nicht geben. Zum Beispiel sei die vierbändige *Geschichte des Marxismus*, von Eric Hobsbawm und anderen, ins Russische übersetzt, aber nicht veröffentlicht worden. In manchem lasse sich heute wieder bei Labriola anknüpfen, der es ablehnte, den Marxismus als Ideologie zu fassen. An den Marxismus dürfe man nicht wie an eine fertige Lehre herangehen, sondern der Akzent liege auf der Analyse der Realität. Die Krise des Marxismus sei auch die des Objekts selbst. Die alten ideologischen Formen passten nicht mehr. Mir gefällt es, in Gestalt von Ludmilla Nikititsch hier unvermutet verwandte Bestrebungen zu finden, während Vogeler sie zu ideenbezogen und von der Realität abhebend findet — aber dazu neigen wir alle, jeder auf seine Weise.

Sie kritisiert I.Frolow, der schon deshalb nicht progressiv sein könne, weil sein Denken auf Biologismus basiere. Hinter seinen Ideen von „Ewigkeit" und „Unsterblichkeit" vermutet sie einen Flirt mit der Kirche. Im übrigen sei es eine Tragödie, wieviele fähige Intellektuelle in jüngster Zeit zur Religion übergegangen seien. Als Beispiel nennt sie den Dostojewski-Forscher Juri Karjagin, der vor zwei Jahren in *Snamja* einen bemerkenswerten Artikel über Schdanow veröffentlicht hat

und im letzten Jahr bei der ersten Tagung des Kongresses der Volksdeputierten mit dem Vorschlag Skandal machte, Lenin aus dem Mausoleum zu holen und normal zu beerdigen. Was wie ein Akt der Verweltlichung und Normalisierung aussah, des Abschieds vom Reliquienkult, sieht jetzt nach Rückkehr zu den „wahren Heiligen" aus. Der Weg aus dem Mausoleum nicht ins Freie, sondern ins Klerikale.

*

Jelena Baschin ist im sowjetischen Frauenverband für einen Teil der Auslandskontakte zuständig. An den deutschen und englischen feministischen Titeln in dem mit Büchern und Zeitschriften vollgestopften kleinen Büro, das sie mit einer Kollegin teilt, kann man ihre Hauptgebiete sehen. Sie spricht vorzüglich deutsch. Frigga kennt sie von der letzten Volksuni, zu der sie Olga Woronina begleitet hatte. Depressive Berichte vom „Fleischwolf" der Wahlen mit ihrem Wahlkampf. Bisher hatte der Frauenverband ja wie andere formelle „gesellschaftliche Organisationen" eine festgelegte Zahl von Abgeordneten stellen dürfen. Jelenas Deprimiertheit drückt wohl aus, dass solche korporatistischen Organisationen im Zuge der Demokratisierung ihre Funktion verlieren. Als „Frauenpartei" haben sie im Spiel der politischen Spaltungen wenig Chancen. Zu meiner Überraschung spricht sie vom anstehenden Übergang zu *freier Marktwirtschaft*; dass man dabei einen Umfang von 30 Prozent der Ökonomie anziele, sei gemeint, wenn von „kontrollierter" oder „regulierter Marktwirtschaft" die Rede ist. Nach ihrer Auffassung gibt es *entweder* Planung *oder* Unternehmensfreiheit, die Kombination scheint ihr absurd. Sie erzählt von den widersinnigen Auswirkungen einer halbgaren Reform: Solange der Lohnfonds von oben festgelegt ist, wachsen bei steigendem Umsatz bzw. Rohertrag vor allem sprunghaft die Steuern, woran die Belegschaften natürlich kein Interesse haben. Die Reformen haben neuartige Betriebsegoismen freigesetzt und das Zusammenwirken der Betriebe gestört. Ihr Bericht deutet darauf hin, dass sie die Preisgabe des Sozialismus kommen sieht. Wie immer in düsteren Zeiten grassiere der Glaube an den besseren Zaren, ein Glaube, der sich inzwischen gegen

Gorbatschow gekehrt habe. Allerlei Ausweichideologien gediehen, und die Fliegenden Untertassen würden wieder einmal vermehrt gesichtet. Als Mangel an politischer Kultur beschreibt sie den vorherrschenden Habitus, „dass wir nicht nach der Wahrheit *suchen* in der Diskussion, sondern immer nur die eigene Wahrheitsmacht bestätigt haben wollen“. Das ist natürlich nichts spezifisch Russisches, aber es fehlt wohl noch an gegenwirkenden Erfahrungen und Instanzen.

Was die DDR angeht, so war ihr seit November klar, dass es auf den Anschluss an die BRD hinauslaufen würde. Dies, und dass der Fall Böhme ein großer Schock für sie ist, deutet auf sozialdemokratische Neigungen, wie ich sie bei den meisten meiner Gesprächspartner herauszuspüren meine.

*

Eingedenk der gestrigen Erfahrung versorgen wir uns im Devisenladen mit einer Flasche Wein für den Abend. Der Taxist will diesmal keine Devisen, sondern Devisenware, nämlich vier Packungen amerikanischer Zigaretten, die zu besorgen sich als äußerst umständlich und zeitraubend herausstellt. Wir hätten besser die U-Bahn genommen.

*

Abends kommt Anatol Popow zu uns ins Hotel, der viele Jahre als Botschaftsrat in Bonn gewesen ist und dem Jutta Meyer-Siebert mein Gorbatschow-Buch gegeben hat. Jetzt arbeitet er im IML und soll besonders für Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung zuständig sein. Er ist etwas älter als wir, und in seinem dunkelgrünen Rollkragenpulli unter der abgetragenen Lederjacke sieht er wie ein Arbeiter aus. Er berichtet informativ und konkret, hat eine Vorstellung davon, was uns interessiert. Zu meinem Buch sagt er: Es sei richtig gewesen, die Perestrojka als Revolution aufzufassen, auch sei sie nicht mehr nur eine Revolution-von-oben. Die neuen Sowjets seien gewählt, hätten aber die Macht noch nicht von der Partei fortgenommen. Derzeit stehe die Formierung der neuen Räte von unten an. In

Moskau, wo wie in Leningrad der „Demokratische Block“ die Mehrheit erreicht habe, kandidiere Gawril Popow für den Vorsitz. Moskau sei so vernachlässigt, dass die neuen Kräfte es eigentlich nur besser machen könnten, vorausgesetzt, sie machen überhaupt irgendetwas. Saikow als Moskauer Parteichef nach Jelzins Sturz sei keine glückliche Lösung gewesen. Jelzin habe etwas versucht, sich mit Leib und Seele engagiert. Was die Wahlen angeht, so fehlten profilierte Parteien, und es standen also nur *Personen* zur Wahl, *formelle Sympathien* gaben den Ausschlag, nicht ausgearbeitete Programme berechenbarer politischer Akteure.

Anatol spricht von den vielen neuen Gesetzen, die seit Abschluss meines Buches erlassen worden sind, darunter das Eigentumsgesetz und das Unionsgesetz (wobei die Austrittsprozedur noch in Bearbeitung ist). Das zweite Betriebsgesetz sei in Arbeit. Am ersten Betriebsgesetz (von 1988) lasse sich verfolgen, in welche Widersprüche die Perestrojka sich verfangen habe: die Wahl des Betriebsleiters habe sich nicht bewährt, weil meist Bequeme gewählt worden seien und überhaupt ein Betrieb *geleitet* gehörte, nicht mit Diskussionen von der Arbeit abgehalten. Außerdem seien statt Qualität und Quantität der Produktion vor allem die *Preise* (und in der Folge die Löhne) erhöht worden, indem man Produkte alten Zuschnitts als quasi-neue Waren aufmachte. So sei es zu einem Inflationsschub gekommen. — Es ist, als schlüge jeder Verbesserungsversuch bisher zum Schlechteren aus, als lauerte eine flexible und allgegenwärtige Gegenintelligenz auf immer neue Einbruchstellen für ihre Partikularzwecke.

Man spreche inzwischen nicht mehr von sozialistischer Marktwirtschaft, da niemand zu sagen vermöge, was das sei. Sogar der Sozialismus-Begriff verschwimme. Jetzt werde der Übergang zur Marktwirtschaft entschlossen betrieben, Abalkins Plan habe einen zu langen Zeithorizont angesetzt. Freilich wolle man nicht wie in Polen vorgehen, sondern „vernünftig“.

Inzwischen gibt es eine Leninismus-Diskussion. Manche machen Lenin für alles haftbar. Anatol meint dagegen, dass der ML nach dem Tode Lenins als stalinistische Variante des Marxismus geprägt worden ist. In der von J.Semjonow

herausgegebenen Wochenzeitung *Sowermenno sekretno* („Streng geheim", H. 1, 2/1990), schreibt G.Lisitschkin über die Verfälschung des ML durch Stalin. Gefragt, ob diese Sicht in offiziellen Dokumenten auftauche, verweist er auf die Tagung der ideologischen Kommission des ZK unter W.A.Medwedew vom Januar oder Februar. Als Fehler Lenins sehe man jetzt: die Ausweitung des Terrors und die Verabsolutierung des Standpunkts der Arbeiterklasse und der Revolution, wodurch das, was hierin nicht aufging, auf die Gegenseite geschoben wurde. Lenins Programmbegriff der *Diktatur* des Proletariats habe den Grundfehler des politischen Systems des Sozialismus befördert. Einen anderen Grundfehler sieht er in der Verstaatlichung des Bodens; wie Marx im Brief an Vera Sassulitsch den Boden weder als Privateigentum noch als Staatseigentum, sondern in der Verfügung der Gemeinde hatte sehen wollen, so hätten es auch die Bauern gewollt, deren Forderungen von den Sozialrevolutionären 1917 veröffentlicht worden waren. Nach Lenins Tod, 1925, beschloss das ZK ohne große öffentliche Diskussion, dass der Boden Nationaleigentum sei. Dadurch wurden die Bauern in der Folge zu Leibeigenen des Staates, ja schließlich als Bauern zerstört. Auf meine Frage, ob es stimme, dass die Bauern jetzt die Pacht nicht annehmen, protestiert er und verweist auf noch fehlende Bedingungen, vor allem die Versorgung der künftigen Pächter mit Brennstoff, Material, (kleinen) Maschinen, Infrastruktur.

Dann sprechen wir über die Entwicklung in der KPdSU. Die „Perestrojka der Partei", die in der ZK-Plattform zum 28. Parteikongress proklamiert sei, hänge irgendwo zwischen schon und noch nicht. Der Demokratische Block steuere auf Spaltung zu, meint Anatol, während Gorbatschow noch jüngst beim Kongress des Komsomol dazu aufgefordert hat, die plurale Einheit der Partei zu wahren. Aber auf dem März-Plenum des ZK hätten viele Parteisekretäre noch jene alte Sprache der Einheit gesprochen, die Fraktionen ausschließt, obwohl doch, wie Gorbatschow irgendwann bemerkt hat, die Plattformen der beiden Hauptströmungen zu 90 Prozent identisch sind. Die Spaltung sei also möglich.

Über Gorbatschow schimmert das Urteil durch, dass er superjuristisch ist. Ihm

wird „Untätigkeit“ vorgeworfen.

14. April 1990

Samstag vor Ostern — die Telefone derer, die unsern Anruf für 10 Uhr bestellt haben, Alexejew, Engelbrecht, Vogeler, sind besetzt, vielleicht wollen diese Leute einfach ihre Ruhe. Wir brechen auf eigene Faust in Richtung Zentrum auf, nun schon routiniert der U-Bahn zustrebend, die uns im Nu in die Stadt befördert. Das Kaufhaus Gum ist wegen Überfüllung geschlossen, wir bummeln durchs Stadtviertel. Als wir den Stadtplan zu Rate ziehen, um den Weg zur Fußgängerzone des Arbat zu finden — ein im Reiseführer von Schilling empfohlenes Ziel, dessen Name uns die „Kinder des Arbat“ von Rybakow ins Gedächtnis ruft — fragt uns ein kleiner bärtiger Mann in Baskenmütze freundlichst, ob er helfen kann, und erklärt uns den Weg. Vermutlich ein jüdischer Intellektueller, denken wir. In einem Hotel am Marx Prospekt versuchen wir noch einmal unser Glück mit den vorgesehenen Gesprächspartnern. Diesmal erreichen wir Uwe Engelbrecht und treffen eine Verabredung.

Engelbrecht wohnt in einem Ausländerviertel. Vom Kiewer Bahnhof sollen wir auf das Hotel Ukrajna zugehen, eines der sechs Hochhäuser im stalinistischen Stil. Uns kommt in den Sinn, dass unsere Reisegruppe heute dort ihr Mittagessen einnehmen soll, auch die Uhrzeit stimmt. Wir wenden uns an einen der Türhüter, und nach einigem Radebrechen winkt er uns, ihm zu folgen. So kommt es, dass wir ins Hotel Ukrajna durch den Souterrain einziehen, und uns alsbald ein Labyrinth niedriger Gänge verschluckt, an deren Decke Röhren entlanglaufen; der Blick öffnet sich auf Nebengelasse, Abzweigungen, dazwischen Einblicke in düstere Küchen, immer neue Flure, manche vollgestellt mit Gerümpel, aber vielleicht übertreibt meine Erinnerung, die diesen endlosen unterirdischen Weg traumförmig entwirklicht, Szenen wie auf einem Bahnhof mit Umherstehenden, die auf irgendetwas zu warten scheinen, keine Szenen der Arbeit, herumlungernde Männer im Räuberzivil, dazwischen dicke Frauen, die aussehen, als seien sie in Küchenlaken gewickelt, und an undefinierbaren Töpfen herummachen, der Weg um immer neue Ecken,

unvorstellbar lang, längst haben wir alle Orientierung verloren, der gravitätisch uniformierte Portier, der vor uns herschreitet, könnte im Kreis gehen, wir würden es nicht merken; bis wir unvermutet über eine enge Treppe durch eine Seitentür aufs Parkett eines hohen weiten Vorraums treten, in die andere Welt eines Schlosses, wo wir in einem der prächtigen Speisesäle unsere Gruppe treffen.

Während des Essens verfolgt mich der Gedanke an die Maulwurfexistenzen unter unseren Füßen. Es gibt kein Bier, nur einen synthetischen Saft mit penetrantem Bonbongeruch, aber der Oberkellner exhibiert unterm Tisch Kaviar und Wodka, für Devisen, und an unserem Tisch wird eifrig gekauft. Das Essen aus den düsteren Küchen ist nicht schlecht.

*

Aus einem von Horst Temmen herausgegebenen Buch mit kommentierten Auszügen von Reden Gorbatschows kenne ich seit Ende 1987 den Namen Uwe Engelbrecht. Sein Beitrag beeindruckte mich durch den — damals noch ganz seltenen — klaren Blick für den revolutionären Anspruch der Perestrojka. Später stieß ich immer wieder auf Zeitungsberichte desselben Verfassers, die immer außergewöhnlich informativ und durchdacht waren. In meinem Buch gehört er zu den häufiger zitierten Autoren.

In Engelbrechts Arbeitszimmer empfängt uns das gleichmäßige Rauschen eines PC, Bücherwände, auf dem Boden fast überall Zeitungs- und Zeitschriftenstapel — abgesehen vom Pfeifenrauch ist es wie bei uns zuhause. Unser Gastgeber ist in etwa unser Jahrgang, es stellt sich sogar heraus, dass er zur selben Zeit wie Frigga und ich im SDS war. Nun lebt er seit rund 20 Jahren in Moskau und will nicht wieder weg.

Mein Buch kennt er nicht, hat aber eine Rezension darüber archiviert. Ich schildere mein Anliegen und er kommt sofort zur Sache. Die Lage ist finster. Z.B. war Moskau unter Breschnew viel säuberer. Unter Gorbatschow ist auf allen möglichen Gebieten der Lebenssicherung ein enormer Verfall eingetreten. Zum Beispiel

funktioniert die Schneeräumung Jahr für Jahr langsamer. Noch immer fehlt die Initialzündung für die neue Wirtschaftsweise. Es fehlen ja selbst die bloßen Erinnerungen an marktorientierte Initiative unter Konkurrenzbedingungen, ganz zu schweigen von den Erfahrungen. Freie Hand für die Betriebe hätte sozialpolitisch verheerende Folgen. Auch sind die tückischen Zwickmühlen, die sich aus der Mängelwirtschaft ergeben, angsterregend. Zum Beispiel diskutiert man seit längerem den Plan, Aeroflot in zwei Fluggesellschaften aufzuteilen, um Konkurrenz zu schaffen. Aber so wie die eine Gesellschaft jetzt ständig überbucht ist, wären es dann beide Gesellschaften, und der Konkurrenzeffekt wäre gleich null. Die Genossenschaften wiederum werden noch immer vielfach behindert, wirtschaften freilich auch oft parasitär. Bunitsch, der für die *Arenda*, die Verpachtung von Betrieben eintritt, denkt an ein Verhältnis von Pacht- zu Staatsbetrieben wie zwei zu eins. Aber noch immer verharrt man an der Schwelle, und die wesentliche Frage lautet: Wie praktiziert man die Entstaatlichung?

Läuft denn nun, frage ich, die Entstaatlichung auf Durchkapitalisierung der Verhältnisse hinaus? Oder zielt die Politik noch auf einen *anderen Sozialismus*? Im Moment, sagt er, ist die Not so groß, dass jedes Mittel recht ist, das mehr Waren in die Läden zu bringen verspricht. Außerdem ist es praktisch nicht in allen Einzelfällen überprüfbar, ob es sich noch um Genossenschaften oder bereits um Lohnarbeitsverhältnisse handelt. Leute wie Lisitschkin und Petrakow sind längst im kapitalistischen Lager. Bei Meinungsumfragen spricht eine große Mehrheit sich für Sozialismus aus, ist aber gespalten und verwirrt über der Frage des *Wie*. Die vielbeschworene Vielfalt von Eigentumsformen ist bisher noch eine Sprechblase. Die Bürokratie hat sich als flexibel und initiativ herausgestellt, wo es um Verteidigung ihres Besitzstands geht. Hinzu kommt, dass kaum jemand hier Gesetze einhält, dass entscheidender als die Gesetze oft die subgesetzlichen Akte der Ministerien sind, die Art also, wie diese ihre Auslegungskompetenz wahrnehmen. Auch Jelzin könne jederzeit zu einer nicht genehmigten Demonstration aufrufen. Die Staatsmacht scheine eher fähig, die Schlacht von Stalingrad ein zweites Mal zu gewinnen, als eine Demonstration gewaltfrei daran zu

hindern, das Stadtzentrum lahmzulegen. Vom Innenminister Bakatin spricht er gleichwohl mit Respekt.

Ich frage nach einzelnen Intellektuellen, die für mein Buch wichtig gewesen sind, um Gorbatschows Umfeld zu verstehen. Autoren wie Gelman, dessen Sekretär übrigens einmal Kagarlitzki gewesen ist, oder Schatrow sind voller Sorge und vom öffentlichen Bewusstsein gleichsam abgedrängt. Saslawskaja arbeitet noch immer sehr seriös, Otto Lacis hält noch an marxistischen Kriterien fest, Nuikin, ein anderer alter Bekannter aus meinem Buch, hat nach Anti-Gorbatschow-Demonstrationen einen großen Artikel veröffentlicht, wo er fragt, ob alle verrückt geworden sind, ob es denn jemand gebe, der die Perestrojka mehr als Gorbatschow verteidige. Aber viele ursprüngliche Mitdenker und Unterstützer der Perestrojka sind inzwischen wie umgedreht.

Zu den spezifisch sowjetischen Determinanten öffentlicher Rede gehören Doppelsprache und Privatstrategien, die es fragwürdig machen, ob man Texte so nehmen darf, wie ich das in meinem Buch getan habe. In öffentlicher Rede operieren viele bloß scheinhaft mit Lenin oder Marx. Außerdem will spontan jeder der Führer sein. Afanasjew von brennendem Ehrgeiz verzehrt. Und nicht nur er. Gawril Popow ein ultra-wildgewordener Horst Ehmke, mit schnellen Einfällen und großem Mundwerk. Viele prominente Intellektuelle suchen krampfhaft nach Originalität um jeden Preis. Dazu kommt eine sektiererische Rechthaberei, verbundenen mit dem binären Lagerdenken entweder-wir-oder-sie, was Elemente des Stalinismus fortsetzt. Zum Beispiel haben Jelzin und seine Freunde eine Ökonomin ausgeschlossen, weil sie ihre Idee kritisiert hatte, in einem Moskauer Bezirk Lebensmittelkarten einzuführen. Unterschiede werden unter solchen Bedingungen sofort zu feindlichen Gegensätzen. Z.B. sagte der Vertreter einer Polizeigewerkschaft angesichts von Meinungsunterschieden, lauter Provokateure hätten sich eingeschlichen.

Migranjan, auch er unter den oft Zitierten in meinem Buch, vertritt inzwischen wie Karjagin die These, man könne die Demokratisierung nur *autoritär* auf den Weg

bringen und das Präsidialregime habe diese Funktion. Das bringt mich auf die Frage nach der Gefahr eines neuen Bonapartismus, die im Westen derzeit viel ventiliert wird und auch in der Aprilnummer der „Moskau News“ ihren Niederschlag gefunden hat. Engelbrecht findet es unsinnig, in Gorbatschow einen neuen Bonaparte zu wittern. Trotz großer Missstimmung in der Armee mit sich häufenden Meutereien sei auch mit entsprechender Initiative des Militärs nicht zu rechnen. Allerdings sieht er neue absolutistische Elemente in der präsidialen Machtstruktur, schon weil die Mobilisierung der Sowjets nicht so schnell gelingt. Dazu kommt die Kluft, die infolge der sozialen Krise zwischen der Bevölkerung und den neuen Institutionen und gewählten Repräsentanten der politischen Demokratie aufgebrochen ist. Das Volk fühlt sich im Obersten Sowjet nicht repräsentiert. Grob gesagt: Das Volk will Waren, nicht Rechtsstaat. Frei nach Brecht: Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral. Abgesehen davon waren die Wahlen für die Regional- und Lokalsowjets enttäuschend. Der Apparat war trickreich. Die noch von den alten, vom Apparat beherrschten Gremien eingesetzten Wahlkommissionen in der RSFSR haben, wie Engelbrecht vermutet, zigtausend Alternativkandidaten einfach nicht registriert. Denen, die registriert wurden, machte man das Leben dadurch schwer, dass die Medien und andere Machtmittel einzig dem jeweiligen Apparatvertreter offen standen. Das ist zwar gesetzwidrig, jedoch werden Beschwerden in der Regel genau an diejenigen zur Bearbeitung geleitet, die für die Verletzung verantwortlich sind. So wird der Rechtsstaat zum Witz. Die andere Seite der Sache ist, dass dem Apparat immer wieder lokale Revolten zum Verhängnis werden, gegen die seine Machtmittel zunehmend versagen. Immer wieder muss irgendwo ein Parteichef zurücktreten, weil die Masse vor seiner Tür demonstriert. Insgesamt sieht Engelbrecht den Apparat von einer solchen Blindheit geschlagen, dass einen ein viel allgemeinerer künftiger Sturz dieser Art nicht wundern müsse.

Dass die DDR wie ein Kartenhaus zusammengebrochen ist, sei hierzulande nicht als Schock empfunden worden. Die Leute hätten das Gefühl, alles selber schon durchgemacht zu haben und seien auf ihre eigenen Probleme zentriert. Anfang der

80er Jahre war das ganz anders; damals wurde geschimpft über Solidarnost. Engelbrecht erklärt das ganz rational damit, dass inzwischen mitsamt dem Feindbild der Bedrohung die Notwendigkeit von Pufferstaaten entfallen ist. Im übrigen beweise das fassungslose Entsetzen der DDR-Leute über die Korruptionsfälle, dass dort im Unterschied zu hier ein ethisches Fundament bestanden habe.

Als wäre der historische Moment von 1921-23 tiefgefroren gewesen, seien alle Richtungen von damals wieder da. Eine Spaltung der KPdSU sei möglich. An die „Demokratische Plattform", die sich der Plattform des ZK entgegenstellt und zu deren Mitautoren etwa der Rektor der Moskauer Parteihochschule gehört, Schostakowski, hingen sich auch Leute wie Gawril Popow und Juri Afanasjew, die in Wahrheit bereits entschlossen seien, eine Sozialdemokratische Partei zu gründen. Diese Richtung sei gespalten in der Frage, ob man am 28. Parteikongress noch teilnehmen oder parallel den eignen Gründungsparteitag abhalten soll. Dummerweise sei vor 3-4 Tagen ein von Razumowski zu verantwortender Brief des ZK an die Parteimitglieder veröffentlicht worden, der äußerst scharf gegen die Demokratische Opposition schieße. „Diese Apparatschiks begreifen nichts, bevor ihnen nicht die Fenster eingeworfen werden."

Marx und Engels seien hier wenig bekannt, und mit Lenin gehe es den meisten wie bei uns mit Goethe und Schiller: die Schule hat einem das Interesse an den Klassikern fürs Leben ausgetrieben. Die Jugend will jedenfalls nichts davon wissen. Die „Sechziger" — das sind nicht die Sechzigjährigen, sondern die in der ersten Hälfte der 60er Jahre, also noch unter Chruschtschow, Geformten — halten am ehesten am Marxismus fest, während die unter Breschnew Indoktrinierten sich eher abwenden. So ist die Haltung zum Sozialismus oft auch eine Frage der Altersschicht.

Als Form der Lenin-Demontage sei ein wahrer Zarenkult aufgeflammt. Die Hinrichtung der Zarenfamilie werde melodramatisch aufbereitet, von *Moskau News* und der Zeitschrift *Ogonjok* bis zu den Theatern, wo die Leute zu schluchzen

anfangen. Dabei wird die Frage immer weiter vorgeschoben, ob nicht Lenin davon gewusst, ja gar es angeordnet habe. Die derzeitige Stimmung knüpft wieder an die Stimmung der 70er Jahre an. Fliegende Untertassen, Wundertäter, die sogar im Fernsehen auftreten. Engelbrecht bringt den russischen Volkscharakter ins Spiel, der geprägt sei durch das Fehlen der Erziehungsresultate von zweihundert Jahren Kapitalismus. Er denkt dabei nicht nur an Pünktlichkeit und Disziplin, sondern zum Beispiel an den Sinn fürs Tatsächliche, für Fakten. Selbst bei ernsthaften Wissenschaftlern müsse man alles nachprüfen. Konfrontiere man sie mit Diskrepanzen zwischen ihrer Darstellung und den Fakten, würden sie böse, weil sie spontan immer die exotische Version der nüchternen vorzögen. Für die jetzige geistige Situation sei kennzeichnend, dass ein junger Jude sich unlängst zu der Frage verstiegen habe, ob es nicht besser gewesen wäre, Hitler hätte über Stalin gesiegt.

Trotz alledem erklärt Engelbrecht sich für „eigentlich optimistisch", sieht jedenfalls die Perestrojka noch keineswegs verloren.

Im Aufbrechen bewundern wir die Gemälde, die vor allem das Wohnzimmer in eine kleine Ausstellung verwandeln. Neben konstruktivistischen Werken hängt ein Bild, für das sich Frigga besonders interessiert: ein Strand an einer düsteren See, im Vordergrund eine Frau, im Hintergrund ein Mann, jeweils auf einem riesigen Kiesel stehend, sie in einem Licht, das sie wie eine Kapsel isoliert, er im Dunkel, eine Atmosphäre lastender Einsamkeit über beiden. Das Bild verarbeitet eine Kindheitserinnerung des Malers, die Situation zwischen den Eltern, als die Mutter erfahren hatte, dass der Vater für den KGB arbeitete. — Das Gespräch kommt auf Bilderkauf, und Engelbrecht gibt uns den Wink, am Arbat auf die kleinen Landschaften in doppelter Postkartengröße zu achten, darunter seien manchmal handwerklich gut gearbeitete Stücke, die für rund 10 DM verkauft würden. Wir fragen nach dem Weg, und er sagt, es ist ganz leicht, wir müssen nur links am Außenministerium vorbei gehen, und er führt uns ans Fenster, um das Gebäude zu zeigen.

Wir blicken auf die Silhouette eines der Ende der 40er Jahre erbauten Hochhäuser im stalinistischen Stil, vor deren massivem und riesenhaft-primitivem Willen zur Macht mir schaudert, archaisches Science Fiction, im englischen Sinn von *Gothic*, Draculas Schloss, aber in Manhattan... Der spitz aufragende Mittelturm, erläutert Engelbrecht, war vom Architekten, Possochin, nicht vorgesehen und wurde von Stalin höchstpersönlich hinbefohlen. Nach Chruschtschows Kritik am Stalinismus versuchte der verzweifelte Possochin alles, um jene Spitze wieder loszuwerden, doch fehlte es an technischen Möglichkeiten dazu. Ende der 60er Jahre hat Possochin dann das benachbarte RGW-Hochhaus gebaut, das wir ein aufgeschlagenes Buch dasteht, dessen Seiten vom zentralen Versorgungsturm aus leicht gebogen nach außen schwingen. Ich traue meinen Augen nicht: dieses rationale und dabei fast musikalische Bauwerk soll vom selben Architekten sein? Ist das alles nur Simulation im Staatstheater? Seit ich weiß, dass ein und derselbe Architekt die beiden Gebäude entworfen hat, die kaum gegensätzlicher bzw. disparater sein könnten, dementiert in meinen Augen eines das andere, und in mir rebelliert alles gegen soviel Plastizität im Griff der Machtverhältnisse.

Vorbei an langen Schaufensterfronten, in denen aber keinerlei Waren ausgestellt sind, machen wir uns auf den Weg durchs Wohnviertel, ans Moskwa-Ufer, über die Brücke zum aufgetürmten Monster des Außenministeriums. Das Brückengeländer ist an manchen Stellen mit Draht umwunden, um es am Auseinanderfallen zu hindern, das Eisen ähnelt splitterndem Holz, dicke Rostschuppen stehen ab, Draht und Rost übermalt mit mehreren Schichten graugrüner Farbe. Aus einiger Entfernung sieht das übertünchte brüchige Gebilde wie ein normales Eisengeländer aus, aus der Nähe erinnert es an Gemälde polnischer Absurdisten, und der Gedanke keimt in mir auf, diese könnten am Ende doch die Realisten einer absurden Realität gewesen sein. Nach einem Kaffee im Hotel Belgrad, froh, endlich etwas für unsere Rubel gekauft zu haben, tauchen wir ins Gewimmel des Arbat, entdecken links und rechts die kleinen „kooperativen“ Cafés und Restaurants mit ihrer vom staatssektoralen Einerlei abstechenden Vielfalt, und beginnen, die zwischen allerhand Nippes an den Hauswänden aufgereihten kleinen Bilder zu

prüfen. Zwischen viel falscher Mystik entdecken wir einige detailgenaue Birkenlandschaften mit Wasser und entscheiden uns für eine davon. Was an größerformatigen Malereien angeboten wird, scheint uns uninteressant.

Unvermutet zieht gegenüber der Polizeiwache des Arbat ein rätselhaftes Bild meine Aufmerksamkeit an: Drei sonderbare alte Männer, zwei mit Baßgeigen, deren Stege nach hinten gebogen sind, hinter ihnen, halb verdeckt, mit dem Rücken zum Betrachter und einer weiteren Baßgeige, ein nackter Knabe mit weißem Strohhut, von dem ein Schleier weht, rechts vorn ein weißlicher Klavierflügel, dessen Deckel am gerundeten Ende offensteht wie ein Fischmaul und auf dem eine Pflanze steht, deren fünf Blätter sich wie die Fangarme eines grünen Polypen auseinanderkrümmen, hinter dem Klavier, unter dem ein schlafender Hund liegt, steht, mit dem Blick zum Betrachter, halb verdeckt ein kleines Mädchen, nackt wie der Knabe, und der dritte der Alten beugt sich zu ihm hinüber, sein schlaues Auge seitlich wie bei einem Fisch. Die Szene in einem grasbewachsenen Hof, im Hintergrund eine Mauer aus Feldsteinen, im Vordergrund der Boden gepflastert, die gerundeten Steine kreisförmig angeordnet. Ein Bann liegt über dieser Welt, und auf eine märchenhafte Weise deutet das Bild eine Wahrheit an, für die mir die Worte fehlen. Mir fallen Maler aus der deutschen Unglücksgeschichte zwischen der niedergeschlagenen Bauernrevolution und dem Dreißigjährigen Krieg ein, auch im Handwerklichen scheint der Maler an sie anzuknüpfen. Der ich selber einmal gemalt, aber noch nie ein Bild gekauft habe, weiß, dass ich mir dieses aneignen möchte. Ich frage nach dem Preis; der Verkäufer, ein ärmlich gekleideter und ungesund aussehender jüngerer Mann, schreibt Zahlen in die Luft, schließlich aufs Papier. Wenn ich ihn recht verstehe, will er tausend (oder mehrere tausend?) Rubel oder 200 Dollar. Wir zählen unser Geld und kommen auf 36 Dollar, die wir auf Anraten von Freunden als Taxigeld mitgenommen haben. Wir legen 180 DM dazu, und der Handel ist perfekt. Der Verkäufer bedeutet uns, er sei der Maler des Bildes, und wir sollten ihm ein Farbfoto davon schicken. Aus einem Büchlein, das er sich von seinem Freund geben lässt, schreibt er eine Adresse auf, und wir geben ihm im Austausch die unsere. Mit einem kleinen Schraubenzieher löst er die Leinwand vom

Rahmen, um sie einzurollen und mit einer Schnur zu umwickeln. Inzwischen hat sich eine Menschentraube um uns gesammelt, und ich meine die bohrenden Blicke zu spüren, die sich auf die nun folgende Ware-Geld-Transaktion heften. Wir verabschieden uns mit Handschlag und wenden uns zum Gehen. Was nun blitzschnell geschieht, erlebe ich schattenhaft undeutlich: Keuchen, ein Schrei, Niederfallendes, wir wenden uns um, ein Überfall, unser Maler zu Boden gerissen, die Bilder herabgestürzt, der Impuls, zu Hilfe zu eilen, aber wir werden von einem jungen Mann in Parka und Jeans am Arm gefasst, ein kleiner Plastikausweis wird aufgeklappt, *Miliz*. Der Maler wird im Polizeigriff vorbeigeführt, desgleichen sein Freund, die Bilder, wir hinterher.

14. April 1990 (2) — aus Friggas Notizen:

Die bilderbehängten Wände in Engelbrechts Wohnung ließen mehr noch als seine Worte die Möglichkeit erstehen, neue Bilder zu erwerben und mit ihnen zu leben. Auf dem Arbat kaufte ich eine kleine Landschaftsmalerei, wie er geraten hatte. Und plötzlich standen wir vor einem großen Gemälde, das anders als alle anderen war und eine eigentümliche Botschaft zu vermitteln schien. Musikinstrumente, Menschen und Pflanzen verdichteten sich zu Bosch-artigem Realismus und symbolistischer Sprache. Wir wollten das Bild kaufen. Der Maler sprach nur russisch, aber es war schnell herauszubekommen, dass er 1000 Rubel oder 200 Dollar wollte. Das schien keinesfalls zuviel. Wir erklärten ihm also, dass wir hauptsächlich in DM zahlen würden, über deren Wert er nichts wusste, sich aber von uns ohne Weiteres aufklären ließ. Auf einem Blatt rechneten wir alles aus: 36 Dollar, 280,- DM und holten aus unseren beiden Geldbeuteln die Scheine, die wir ihm inmitten einer immer dichteren Menge von Neugierigen in der Montmartre-ähnlichen Straße, wie der Arbat im Fremdenführer heißt, in die Hand drückten. Am Ende holte er das Bild aus dem Rahmen, entfernte mit einem Schraubenzieher die Nägel, rollte die schwere Leinwand vorsichtig zusammen, bedeutete uns, dass wir ein Foto des Bildes machen sollten, um es ihm zu schicken. Dafür gab er uns eine Adresse, die er eigentümlicherweise nicht auswendig kannte, sondern aus

einem Notizbuch abschrieb. Wir schüttelten uns zum Abschied die Hände.

Mitten in meine Frage, die ich beim Davonschreiten stelle, ob der Maler nun wohl mehr traurig wegen des fortgegebenen Bildes oder mehr froh wegen der Devisen sei, gibt es hinter uns eine plötzliche Bewegung, einen Schrei, rennende Schritte, ein Mann springt auf uns zu. Ich wende mich zurück. Der Maler liegt schon auf dem Boden, drei oder mehr Halbstarke knien auf ihm, ein Kampf. Ich rufe: „sie nehmen ihm das Geld ab", und bleibe stehen, der Mann hält uns eine Karte vor: Kriminal-Polizei. Ich denke, er muss doch dem Überfallenen helfen, rufe so etwas. Mein Herz bleibt erst stehen, rast dann. Ich sage: mir ist so schlecht, und Wolf stammelt: jetzt ist alles verloren — ich habe darüber geschrieben. Wir werden in einen Gang gezogen, eine dreckige Durchfahrt und ich zögere, weil ich denke, wir können ja die rote Karte gar nicht lesen, vielleicht ist es ein weiterer Halbstarker, der auch uns ausrauben will. Und wir gehen dennoch durch eine alte schiefe Holztüre in einen übelriechenden dunklen Gang zu einem Käfig, in dem zwei Leute auf dem Boden liegen. Für den Bruchteil einer Sekunde denke ich, dass sie uns dort hineinstecken wollen. Aber es geht weiter die Treppe hinauf. Immer wieder versucht der Polizist in Zivil eine Tür zu öffnen und führt uns immer weiter und sagt: kein Problem, nur fünf Minuten. Meine Beine zittern, mein Herz, und ich folge. Schließlich stehen wir in einem kleinen fensterlosen Flur, es stinkt aus einer Toilette. Wir bekommen Stühle und er sagt: Nix Probleme, nur 5 Minuten. Und ähnliches mehr als eine Stunde. Und dazwischen wird immer wieder gefragt, wieviel wir dem Mann für das Bild gaben in Dollar und DM und Wolf antwortet wahrheitsgemäß, sie fragen nicht mich, sondern ihn. Ironischerweise hat ja die gesamte Transaktion in aller Unschuld direkt vor der Polizeistation stattgefunden. Sie wollen wissen, wer den Vorschlag machte, in Devisen zu zahlen, der Maler oder Wolf. Wolf wiederholt immer wieder: ihr hättet ihn nicht schlagen dürfen, er ist ein Künstler, ein Maler, kein Schieber. Deswegen kommen sie mit dem Schraubenzieher und behaupten, der Maler habe sie damit angegriffen, und sie zeigen uns den aufgeschürften Handrücken des jungen Milizionärs. Wir vermuten, dass er sie sich aufgekratzt hat, als er sich auf den maler warf und mit diesem zu Boden ging. Und immer wieder

höre ich die rennenden Leute und sehe den Maler am Boden und weiß, dass sie ihm das Geld nehmen und dass es in dieser Höhe für ihn auch ist, als ob sie ihm ein Stück seines Lebens nähmen. Sie bringen ihn und seinen Freund in den Nebenraum, wo die beiden zusammengesunken sitzen. Wir versuchen, die Erlaubnis zu bekommen, zu telefonieren. Erst sagen sie: später, dann: nachher, dann: das Telefon sei besetzt und schließlich: Wolf dürfe gar nicht telefonieren, da auch er ein bißchen schuldig sei. Wir bedeuten, dass wir im Hotel erwartet werden, Essen und Freunde. So beschließen sie, mich gehen zu lassen, zumal ich in ihren Augen sowieso nicht wirklich da bin im Sinne einer möglichen Täterin von irgendetwas. Es scheint mir tatsächlich wichtig, jetzt ins Hotel zu fahren und zumindest den Menschen, mit denen wir verabredet sind, zu sagen, dass wir nicht kommen. Schon habe ich Probleme, mir vorzustellen, mit 10 DM Taxi zu fahren, aber anders bekomme ich kein Taxi und doch könnte ich, wieder mit DM bezahlend, sofort ein zweites Mal hier landen, schließlich ist es das gleiche Vergehen. Ich will vom Hotel aus die Leute anrufen für den Fall, dass Wolf immer noch auf der Polizei festgehalten wird, und lasse mir von Wolf die wichtigsten Nummern geben. Vergeblich hat er den Polizisten klarzumachen versucht, dass wir auf Einladung des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK da sind — sie scheinen unbeeindruckt. Sie sind nicht unhöflich und fragen lediglich von Zeit zu Zeit immer die selben Fragen, wieviel Geld, warum wir da sind etc.

Auf dem Arbat, es ist inzwischen dämmerig, kommt es mir plötzlich ausgeschlossen vor, Wolf allein dort zurückzulassen. So spreche ich Leute an, die mir ohne zu zögern Kopeken zum Telefonieren geben. Ich erreiche Engelbrecht, und er verspricht, auf der Polizeistation anzurufen und zu kommen. Bei anderen Nummern antwortet niemand — kein Wunder, es ist schließlich Ostersamstagabend.

Eine halbe Stunde später erscheint Engelbrecht, und wir begeben uns ins Polizeirevier. Keiner wundert sich übrigens, dass ich nicht im Hotel bin, sondern mit Verstärkung auftauche. Engelbrecht beginnt sofort, die vielen wie Halbstarke

aussehenden Zivilpolizisten auf russisch anzuschreien. Eine allgemeine aufgeregte Schreierei entsteht, mit südländisch anmutender Freude am Hin und Her, offenbar jenseits konkreter Anlässe. Immerhin wissen wir jetzt, wir warten auf einen höheren Vernehmungsbeamten und einen Dolmetscher, die beide irgendwann nach 4 Stunden da sind, und es dauert und dauert, und endlose Protokolle müssen von Wolf in der Ich-Form über den Hergang geschrieben werden. Ich mische mich ein, als schließlich ein Mensch von der Staatsanwaltschaft erscheint und uns alle hinausschickt, weil er es jetzt mit Wolf allein zu tun haben will. Der Dolmetscher, ein Sprachstudent, der wiederholt sagt: „Sie sind zu früh gekommen, ich schäme mich für alles“, beteuert, ich könne ruhig hinausgehen, ich müsse keine Angst um Wolf haben. Aber ich bestehe darauf, nicht Angst zu haben, sondern Akteurin in dieser Sache zu sein. Man sagt mir, es gäbe dann nur die Möglichkeit, die ganze Prozedur von vorn zu beginnen, sodass ich schließlich aufs Subjekt-Sein verzichte.

Mit der Anwesenheit von Engelbrecht, der sprechen und verstehen kann, und der Ankunft des unangenehmen Vertreters der Staatsanwaltsschaft hat sich das Klima gelockert. Es geht jetzt um Konkretes: Wir sollen bezeugen, dass ein solches Devisen-Vergehen tatsächlich sich ereignet habe, und weder Geld noch Bild zurückerhalten. Wir wenden ein, letzteres sei unangemessen, jeder tue es, und wir bekämen nichts für unsere Rubel, kein Essen, kein Taxi, noch beim Mittagessen habe uns der Ober Teile des für uns gedachten Essens unterm Tisch gegen Devisen angeboten und an einige verkauft. — Gegen 23 Uhr, nach 5 Stunde, schließlich besichtigen wir noch einmal alle zusammen das Bild, ich mache ein Foto davon, und wir verlassen entmutigt diese Räume, deren Käfig im Parterre inzwischen ca 10 Leute "beherbergt", die sich laut schreiend mit den Wachhabenden auseinandersetzen, während im Obergeschoß die Vernehmung des Malers beginnt. Steinern, geschlagen, hoffnungslos sieht uns sein „Freund“ nach. Der Maler hat uns zum Abschied versprochen, ein weiteres Bild zu malen und uns zu schicken.

Die Nacht ist besetzt vom Geräusch der rennenden Männer, dem Keuchen und

dem Schrei, dem Geruch und Anblick der fensterlosen Flure mit dem abgetretenen Linoleum und der Intensität des Bildes.

15. April 1990 — Ostersonntag

Waren die Polizisten in Uniform oder in Zivil, fragt Tanja beim Frühstück. In Zivil, sagen wir. „Dann war es der KGB." War er es? Und warum war der Maler, der die Verhältnisse im Unterschied zu uns doch kennen musste, so naiv, den Handel gegenüber der Wache und in aller Öffentlichkeit abzuwickeln? Waren wir in eine Falle gegangen? „Izwinite", sagte der gedrückt und zusammengefallen dasitzende Maler, falls er denn der Maler war, als ich durch den Raum geführt wurde. „Ich entschuldige mich im Voraus", sagte der Sprachstudent, den sie endlich als Übersetzer aufgetrieben hatten. Als ich fragte, ob er als Übersetzer vereidigt sei, lachten sie ungut. Worauf denn? Auf die Bibel etwa? Ich sagte: Nein, auf die Verfassung. Wer garantierte, dass er, eingeklemmt zwischen Drohung und Belohnung, wahrheitsgemäß übersetzte?

Die Zweideutigkeit der Personen und Dinge stiftet eine Art Labyrinth, worin die Erinnerung auswegslos hin- und herhastet. Die ständig ausgewechselten Gründe, warum ich nicht telefonieren durfte, verbinden sich bildhaft mit dem fast zum Kragen reichenden geschniegelten Haar und schlauen Lächeln des Justizrats Netschajew, den nur die formelle Absicherung der Beschlagnahme von Geld und Bild interessierte. Plötzlich meinte ich, eine Ähnlichkeit zwischen ihm und dem Alten auf „unserem" Bild zu erkennen, der lüstern hinter das Klavier starrte.

Als die Geschichte zum drittenmal, diesmal vom Justizrat, von Hand in ein Formular eingetragen wurde, fragte er mich nach Parteizugehörigkeit, wofür das Formular eine Spalte enthält, und nach einem Moment der Verblüffung sagte ich mir, dass die Frage im Einparteisystem der Mitgliedschaft in der KPdSU gelten mochte und die beiden Dateien, die justizielle und die der Partei, miteinander verknüpfte, absurdes Relikt eines im wesentlichen bereits untergegangenen Systems, das aber weiterhin formalistisch bedient wurde und für Ausländer sowieso

nie gepasst hatte.

Während der Beamte die zuvor niedergeschriebenen Aussagen studierte, blickte ich auf eines der beschlagnahmten Bilder, die am Boden gegen die Wand gelehnt standen: Eine von Trümmern durchschnittene Freiheitsstatue, links unten vor der Trümmerwand eine alte Frau mit Kopftuch, aus einer Trümmerlücke blickt ein junges Frauengesicht, im Augenwinkel eine theatralisch gefrorene Träne, darüber schwebt halb im Flug, halb im Sturz, halb in exhibitionistischer Darbietung ihres Körpers eine junge Frau in Jeans, den Oberkörper nackt, mit wildem rotem Haar, die mit der linken Hand, an der sie einen scharlachroten Handschuh trägt, ein Licht am Himmel abdeckt, vielleicht einen Stern. Ein wildentschlossener Symbolismus, pubertär wirkend, inspiriert von Kinoplakat und Werbung. Das Bild konnte nicht vom selben Maler stammen. War er also doch nur der Verkäufer? Oder etwas Drittes?

Der Student übersetzte mir mündlich das vom Justizrat aufgenommene Protokoll. Danach sollte ich bestätigen, die Festnahme des Malers beobachtet zu haben. Ich bestand darauf, an einen Überfall geglaubt zu haben. Schließlich sollte ich unterschreiben, dass das Protokoll den Vorgang richtig darstellte. Ich schrieb pedantisch-wahrheitsgemäß hinzu, dass ich das Protokoll nicht lesen könne, dass mir jedoch, was der Student auf Deutsch gesagt habe, richtig erscheine, ohne dass ich wissen könne, ob es dem Niedergeschriebenen entspreche. Zusätzlich verlangte ich eine schriftliche Erklärung über die Beschlagnahme des Geldes. Der Justizrat verweigerte das mit der Erklärung, es sei zum Zeitpunkt der Beschlagnahme nicht mehr mein Geld gewesen. Bedeutete sein schlaues Lächeln, dass er wohl wusste, was alle wussten, dass die Milizionäre das Geld in die eigne Tasche gesteckt hätten, dass er jetzt wahrscheinlich dasselbe seinerseits tun würde, nachdem mein Verhalten sein Erscheinen notwendig gemacht hatte? Glaubte nicht jeder zu wissen, dass die Verkäufer draußen auf dem Arbat von Mafien kontrolliert waren, die ihre Territorien gegeneinander blutig verteidigten und wiederum mit der Miliz unter einer Decke steckten? Oder war es so, dass die Polizei, nervös wegen des

öffentlichen Vorwurfs der Untätigkeit, dann wieder der Brutalität, ihre Statistik mit gelösten Fällen und überführten Verbrechern aufbesserte, dies mit Dummen wie mir bequemerweise direkt vor dem Eingang zu ihrem Revier? Über dieses System, die mafiose Korruption der Polizei zu kompensieren durch die massenhafte Produktion von Delinquenten aus harmlosen Angeheiterten und kleinen Verkehrssündern, hatte ich in meinem Buch geschrieben. War ich nun selber in diese Mühle geraten? Oder taten die Polizisten einfach ihre Pflicht, auf mechanisch-plumpe Weise mechanisch-plumpe Anweisungen eines aus allen Fugen geratenden Staates ausführend? Warum dann in einem Revier, das als Verbrecherbezirk gilt, wo Gewalt, Drogen und Mafia im Spiel sind, eine ganze Truppe stundenlang mit einem dummen Touristen beschäftigen, der einem Maler ein Bild gegen 350 Mark abgekauft hat? Nein, so dumm konnte keine Polizei der Welt sein. War also doch die Polizei die eigentliche Mafia? War der angebliche Maler ein Lockvogel? Aber von wem war dann das Bild, das einen lähmenden Bann über der Gesellschaft darzustellen schien. Wir würden es nie erfahren.

15. April 1990 (2) — aus Friggas Notizen:

Und was berichten die anderen Touristen am letzten Morgen beim Frühstück? Sie sahen schöne Gebäude und Plätze, den Zirkus und das Bolschoj-Theater und saubere Wohnviertel, in denen man ruhig alleine spazieren gehen kann, weil man nirgends fürchten muss, belästigt zu werden.

Direkt vor der Abfahrt spricht uns ein DDR-Student an, schmal und blass. Im November soll seine Dissertation in Geophysik fertig sein. Bis dahin reicht auch sein Stipendium. Aber er weiß nicht, wer es ihm jetzt zahlen wird. Ich sage, vielleicht bekomme er es ja in Devisen. Ein wenig Hoffnung in seinem alles Schlechte erwartenden Gesicht. Da würden 20,- DM pro Monat ja reichen. Mehr bekomme er — umgerechnet in Rubel — jetzt auch nicht, obwohl man davon nur schlecht leben könne. Gorbatschow scheint ihm ein kleiner Stalin zu sein.

Am Flughafen treffen wir Stephan Stein wieder; seine Geschichten haben an

wohlrasierter Gemütlichkeit verloren. Er berichtet vom Krieg der Taxifahrer, bei dem es Tote gegeben habe. Zwei rivalisierende Mafien kämpfen gegeneinander um die devisenzahlenden Gäste vom Flughafen. Eine Fahrt in die Stadt kostet immerhin 100 DM, das lohnt den Krieg. Einen Mörder zu dingen koste in Moskau nur umgerechnet knapp 700 DM. Seiner Frau, die ebenfalls bei der Reisegesellschaft arbeitet, wurde geraten, die deutschen Gäste einer bestimmten Taxigruppe zuzuführen. Auf ihre Weigerung erhielt sie die Drohung, überfahren zu werden. Ruhe kehrte erst ein, als Stephan im Flughafenhotel mit dem ebenfalls korrupten Staatsanwalt speiste. Man konnte ihn jetzt als Mann mit Einfluss erkennen. Er meinte im übrigen, ein kleiner Geldbetrag an den ersten Polizisten hätte uns schnellen Abzug mitsamt dem Bild gebracht. Durch unser übersteigertes Rechts- und Schutzempfinden gegenüber dem Maler hätten wir erst die gesamte Maschinerie in Gang gebracht — zu unseren Ungunsten."

16. April 1990

Als wir die Interflugmaschine in Moskau bestiegen hatten, waren wir in einer anderen Welt. Nein, wir waren in Wirklichkeit schon im Westen. Die ganze Zeit hatten wir uns getäuscht, als wir die DDR zum Osten rechneten. Auf die Minute pünktlich hob die Maschine ab. Die Stewardessen kamen uns höflich, fast freundlich vor, der Imbiß bescheiden aber einwandfrei. Falls wir es nicht gewusst hatten, jetzt wussten wir es: Unser Blick war durch und durch westlich, unser Bericht geprägt durch Zivilisationszentrismus, denn das war ja kein Ethnozentrismus. Zwei naive Westler in Moskau...

Aber wir wussten auch, dass die Perestrojka noch viel notwendiger und zugleich viel gefährdeter war, als wir geglaubt hatten. Auf dem Polizeirevier hatte es einen Moment gegeben, als die Luft zum Schneiden dick schien, dies war, als ich das Gespräch auf Gorbatschow brachte und meinen Respekt für ihn ausdrücken wollte — ich brach mitten im Satz ab. Die Polizisten beschwerten sich, dass sie zu wenig Rechte hätten, worauf ich erwiderte, bei uns hätten sie viel weniger.

Vielleicht, ging mir durch den Kopf, war die Perestrojka, deren Namen auf diesem Polizeirevier so böses Lachen hervorrief, als sozialistische undurchführbar. Vielleicht war sie aber gerade deshalb möglich, weil es unmöglich so weitergehen konnte wie bisher. Aber wiederum schien die Lage momentan auswegslos wie uns das Labyrinth unterm Hotel Ukrajna vorgekommen war. Auf dem Flur des Polizeireviers roch es irgendwie nach kommender Diktatur. Und als ich gestern auf dem Flughafen den Steins von unserm Ärger mit der Miliz erzählt hatte, fuhr mir Steins Frau ins Wort und sprach schärfstens gegen den Maler, nannte ihn einen Spekulanten. Der Betrag um den es gegangen war, für uns bescheiden, sah für sie enorm aus. Auch auf die Genossenschaften war sie sehr schlecht zu sprechen, verlangte Staatsdurchgreifen gegen diese Parasiten, Schwindler, Spekulanten. Das Geld, die Devisen — es war, als ob sie eine Lebenssubstanz repräsentierten, die den meisten abging und um die ein Überlebenskampf tobte.

28. April 1990

ML — Diskussionspunkte für die Ost-West-Werkstatt:

System einer Lehre im Zusammenhang des Systemcharakters der Macht

Schachtelverhältnisse im Theorie-Aufbau:

scheinbares Primat der Philosophie (= Dialektik ?)

Folge der *Anwendungen*:

Anwendung auf Natur = Diamat

Anwendung auf Gesellschaft = Histomat

Funktion der „Grundfrage“ in der gedanklichen Polizierung der Gesellschaft

Gesellschaftspolitik als *realfiktive Anwendung* der „Ideologie“

Voraussetzung des von den Machthabenden jeweils Praktizierten rückprojiziert —

bedingt Denkform

28. April (2)

Heute haben wir in Gestalt der Ost-West-Werkstatt wieder eines der Projekte beerdigt, die der revolutionären Periode der DDR entstammen. Als die Initiative zu einem „Diskussionskreis 'Pluraler Marxismus'" an mich herangetragen wurde, machte ich mir große Hoffnungen auf einen künftigen Diskussionszusammenhang. Jetzt wird der Friedhof flüchtig aufscheinender Möglichkeiten, die sich dann als leblos herausstellten, immer größer.

Therese Dietrich vom Institut für Philosophie der Akademie hatte Thesen zu Labicas Kritik des Marxismus-Leninismus verfasst. Sie war es, die schließlich aussprach, was die Auflösung besiegelte. Seit dem letzten Treffen habe sich ihre Sichtweise weiterentwickelt. Sie sieht die Brüche jetzt schärfer. Es gehe darum, den ML nicht zu erneuern, sondern zu beenden, und zwar nicht im lautlosen Vollzug, wie derzeit zu erleben sei, sondern explizit: als ein 70jähriges Scheitern, das bereits in den ursprünglichen „Hypothesen" begründet sei. Bei Hans Peter Krüger (in H. 2 der Zeitschrift „Initial") sieht sie Ansätze. Auch in Band II meines *Pluralen Marxismus* habe sie neue Lektüre-Ansätze gefunden. Bei Marx *jetzt* etwas Produktives zu finden, sei ihr momentan unmöglich. Seit fünf Jahren war sie, nach Begegnung mit stalinistischen Lehrkräften, den Weg der inneren Emigration gegangen. Was sie jetzt im Rückzug bestärkt, ist die von ihr sehr scharf herausgestellte Unfähigkeit jenes marxistisch-leninistischen Milieus zur kritischen Aufarbeitung der eignen Vergangenheit. Daher klaffe weiterhin ein Riß zwischen unterschiedlichen marxistischen Forschungsrichtungen. Wo sei zum Beispiel die Entschuldigung von Hans Heinz Holz und anderen für die seinerzeitige Generalabrechnung mit dem *Argument* („Krise des Marxismus oder Krise des 'Arguments'?" von 1984)? Sandkühlers Aufsatz in der DZPh sieht sie als 180-Grad-Wendung statt des fälligen Beitrags zum „Schuld-Abbau" — nicht anders kannte sie es von Manfred Buhr im Juni 1989. So bleibe wieder einmal nur der Weg für die einzelnen. Für sich brauche sie nun erst einmal eine Schweigezeit. Ich erzähle, wie

anders Thomas Metscher, der allerdings schon damals eine eher vermittelnde Position eingenommen hatte, mit diesem Problem umgeht, beschreibe unsere Auffassung von kritischer Theorie dieser Zeit, was wir eben „marxistisch“ nennen. Aber das kann die brennenden Probleme des philosophischen Nachwuchses der DDR natürlich nicht beantworten.

In der Diskussion Interessantes von Bernd Florath, der, zu den andern Teilnehmern aus der DDR gewandt, den ML „unser Kindheitsmuster“ nannte. Michael Grabek führte den jetzigen geräuschlosen Zerfall desselben darauf zurück, dass er immer nur eine hierarchische Pseudogemeinschaft gebildet habe, mit allenfalls subkulturellen Kommunikationsgemeinschaften, von denen sich noch einiges halte — er verwies auf die Anwesenden. Die Subversiven hatten sogar eine gewisse Funktion für die Reproduktion der Offizialideologie. Ab und zu durfte etwas ans Licht der Öffentlichkeit oder wurde benutzt. Sie waren natürlich immer froh, wenn sie mit irgendetwas zum Zuge kamen. Um die Namen der bisher in den Philosophieverhältnissen Mächtigen sei es plötzlich still geworden. Dagegen sei die Aufdeckung der wirklichen Vermittlungen zu fordern. Zum Beispiel stelle der Fall Ruben die umfangreichste Revisionismus-Debatte der DDR dar. Am Ende der Reihe der Stellungnahmen stehe Hager, der entschieden habe.

Einen Aspekt der Entstehung des ML beleuchtete Slawik Hedeler: man wollte in der damaligen SU unter allen Umständen Lenin als gleichrangig mit Marx darstellen, und da Marx als „Philosoph“ galt, musste folglich Lenin zum Philosophen befördert werden. Ehrenfried Galander aus Halle wies darauf hin, dass der ML weitgehend Ergebnis des Diskussionsstandes der II. Internationale war. Damals konnte man sich außer aufs „Kapital“ im Wesentlichen nur auf den „Anti-Dühring“ und den „Ludwig Feuerbach...“ von Engels stützen. Daraus erklärt sich das Unverständnis für die Marxsche Ideologiekritik wie für die Methode der Kritik der politischen Ökonomie.

29. April 1990

Wie Durchreisende zeigen sich im Rückblick viele derer, die durch den Umbruch in der DDR freigesetzt worden sind. Die Doppelbödigkeit dieser Freisetzung macht verständlich, warum auch der „plurale Marxismus“ für sie nicht mehr als eine Durchgangsstation sein konnte. Dass einer „Marxist“ bleibt, entspringt vielleicht eher dem Notstand oder dem Wohlstand, als der Mittellage.

Der Zusammenbruch des ML. Ich mache mich mit dem Gedanken vertraut, dass darunter kaum kritisch-marxistisches Denken betrieben wurde. Daher nun doch keine Renaissance? Abends zu Michael Brie, auf den wir Hoffnungen setzen.

30. April 1990

Materialarten. Ökonomie und Meinungen. Letztere nur scheinbar weich; Zement von Herrschaftsmacht; zumeist als Besiegelung von Ohnmacht.

#tb#1. Mai 1990

G. auf der Moskauer Maidemo niedergeschrien. Verließ die Tribüne. Geschlagen?

Ist es das Verlangen, an ihn glauben zu dürfen, was sich in mir gegen diese Meldung wehrt?

2. Mai 1990

Jörg von Uthmann macht sich im Feuilleton der FAZ über den Begriff „Dritter Weg“ her, „bevor er endgültig in die Kloake der Geschichte absinkt“. Er erklärt ihn mit der „sonderbaren Anziehungskraft der Zahl drei auf politische Tagträumer“ und macht folgenden Beispielkatalog auf: die „Dritte Kraft“ im Vietnamkrieg, das „Dritte Reich“, die „Dritte Welt“.

4. Mai 1990

Marx

Gesellschaft, Wissenschaft und industrielle Technologie vor Augen, hat er zum

erstenmal in der Geschichte Maß genommen an der Vorstellung, *WIR* könnten gemeinsam --

Sofort schieben sich dazwischen: der Turmbau zu Babel und der endlose Produktivismus --

Auch wir taten es, wussten es aber nicht --

Wie geprügelte Hunde duckten sie sich unter den Gewaltstreichen, den begrifflichen, undurchschaubar einleuchtenden --

Auf der Suche nach Geburtstagsrhetorik stocke ich.

*

Reinhard Kühnl begreift (in der „Volkszeitung“) die Perestrojka als die Ratifizierung der Niederlage im „Kampf mit dem übermächtigen Kapitalismus“, „das Eingeständnis, dass die Sowjetunion den Kampf nicht mehr fortsetzen kann“. Ein 60-jähriger Krieg ist beendet: „Der Kapitalismus als Weltsystem hat ihn gewonnen.“

Mir scheint, das idealisiert, indem es einseitig ungünstige Kräfteverhältnisse zur Erklärung heranzieht und die totalitäre Staatsfalle, in der sich das Leninsche Projekt gefangen, entfremdet und schließlich verloren hat, theoretisch im Ernst zu denken versäumt. Gleichwohl befriedigt der Text nicht nur nostalgische Bedürfnisse. Es gibt eine Art Manöverkritik, die allerdings daran krankt, dass sie eine Art historisches Wahlsubjekt unterstellt, statt den historischen Entfremdungsprozess zu analysieren: „Gewählt wurde der administrative und der repressive Weg“. Immerhin korrigiert Kühnl so die These von der Niederlage ein wenig: die Perestrojka ist außerdem „zugleich der Versuch, jetzt noch in allerletzter Stunde eine durchgreifende Kurskorrektur einzuleiten, um wenigstens einige Grundbedingungen sozialistischer Entwicklung zu retten.“

5. Mai 1990

Zum erstenmal mit Gysi zusammengetroffen, bei einem „Stammtisch“ im Zelt, im Hof des Kinos Babylon, zu Ehren von Marx, der heute Geburtstag hat. Mit uns die Liedermacher Bettina Wegener und Reinhold Andert, der das Gespräch moderiert. Michael Brie, der ebenfalls teilnimmt, hatte mich zu einer Podiumsdiskussion über Fragen der Aktualität von Marx eingeladen, aber vorenthalten, dass Gysi dabei wäre. Vielleicht wusste er es selber nicht, vielleicht fürchtete er, ich würde, einen Tag vor den Kommunalwahlen, nicht mit Gysi zusammen auftreten wollen. Die Furcht wäre in diesem Fall unbegründet gewesen. „Ist der Ruf erst ruiniert, lebt es sich ganz ungeniert“, wie mein Vater Wilhelm Busch zu zitieren pflegte. Die Hauptsache, nicht hinterm Berg zu halten mit dem, wofür es sich lohnt.

Nun sitzt er also unversehens neben mir. Die braunen Augen aus der Nähe sehend, denke ich daran, was Frigga über unsere Ähnlichkeit sagt... Das Zuspitzen des kritischen Gedankens stellt sich in diesem Fall als gar nicht so leicht heraus, denn es herrscht die Stimmung eines Familienfests; ein enormes Bedürfnis nach Gemeinschaft kommt zum Ausdruck, und Gysi befriedigt es. Ich sage, er rede mir zu beruhigend, worauf er mir zumurmelt: „Wollen Sie lieber Panik?“ Und als ich ihm Galgenhumor bescheinige, sagt er, der Humor habe vielleicht dazu beigetragen, den Galgen außer Funktion zu halten. Er hat große Qualitäten, ein Intellektueller, der mit den Menschen zu sprechen vermag, kein Theoretisierer, aber eben auch kein Theoretiker.

Der neue Rektor der Humboldt-Universität, Heinrich Fink, dessen menschliche Qualitäten eines Befreiungstheologen ich schon im Februar bewundert habe, eröffnet die Diskussion und parallelisiert die Geschichte des Marxismus mit der des Christentums. Diesen Ball greife ich auf, spreche über die konstantinische Wende zur Staatsideologie und über die symbolische Ordnung der Namen und Insignien, womit das Christentum die Gesellschaft überzogen hat. Verbrechen, Sturz, Wiederauftauchen — falls die Parallele trägt, ist einige Lebensfähigkeit vom Marxismus zu erwarten. Wer einwendet, der Marxismus sei keine Religion, hätte unmittelbar recht, müsste sich aber von Fink sagen lassen — und Helmut

Gollwitzer oder der katholische Theologe Kuno Füssel hätten es mit andern Worten genauso scharf gesagt --, dass die Religion auch vom Standpunkt des Christentums sozusagen des Teufels ist: „Religion ist gottlose Bindung." Diese Religionsablehnung verblüfft, solange man keine Ahnung von den Feinheiten des Christentums hat. Auch Christen haben ihre Esoterik, in die sich der befreiende Gedanke zurückzieht, um unversehens seine Ausfälle zu machen. Beim Marxismus, soweit er Theorie der Befreiung ist, verhält es sich nicht anders, und er ist aller Ideologie entgegengesetzt.

Mitten in unserer Diskussion drehe ich in Gedanken einen absurdistischen Film über und mit Marx-Denkmäler(n).

Von keinem zuvor oder seither sind Herrschaft und Entfremdung so scharf gedacht worden wie von Marx. Diesen Gedanken werden wir weiterdenken.

6. Mai 1990

In der Frankfurter Rundschau von gestern charakterisierte Thomas Assheuer dieses Journal als „für das *Argument* revolutionär — und tragisch dazu". Er hat den Vorabdruck im Aprilheft gelesen und sieht mich „schließlich *auch* Abschied von einem Stück theoretischer Lebensgeschichte" nehmen. Er hat *auch* recht, vermischt aber damit seinen Abschied (hoffentlich ist es einer) von Vorurteilen. Er sieht die Linke von der „Drohung der One-World eines planetarischen Marktes" geschockt „bis zur Sprachlosigkeit". Man merke das „auch daran, wie lange das altlinke *Argument* gebraucht hat, um in seiner mit blauen MEW-Bänden abgedunkelten Mönchszelle Realitätskontakt mit dem Osten aufzunehmen". Er muss vor 15 Jahren zum letztenmal ein Heft der Zeitschrift in der Hand gehalten haben.

8. Mai 1990, auf der Reise nach Wien

FAZ-Redakteure wie Reißmüller oder Maetzke arbeiten angestrengt daran, das SED-Regime rückblickend zum äußerst brutalen, ja blutigen Regime zu stempeln, als sei der gestürzte Gegner noch nicht gänzlich gestürzt. Meinen sie die PDS?

Oder die Stützpunkte, die das sozialistische Projekt noch in unseren Seelen hat?

André Glucksman im *Figaro* (von der TAZ vor einigen Tagen nachgedruckt, „civil" als „bürgerlich" übersetzend): Perestrojka sei „ein leeres Wort geblieben. Zeichen ihres kompletten Fehlschlags". Witzelt über Augstein, der die Ära der Kriege und Revolutionen von Alexander dem Großen bis Gorbatschow hat reichen lassen (in der Neujahrsausgabe des „Spiegel"). Die SU sei ein Imperium von der Art der Kolonialreiche, daher wie diese aufzulösen. Er meint bereits jetzt die unwiderstehliche Eigendynamik zu spüren, die „Zersetzung und Dekolonisierung, sind sie erst einmal in Gang gekommen", auszeichnen.

Indem wir Linksintellektuellen Ausdrücke wie „hegemonial" verwenden, statt *konsensfähig* oder *allgemein annehmbar* zu sagen, nehmen wir einen Standpunkt zwischen Tür und Angel ein, manifestieren unterwegs stehenbleibendes Denken, Übersetzung, die mitten drin abbricht. Bezeichnend ist, dass sich gerade an solche *Rohübersetzungen* die ausgefeiltesten Deutungen heften.

9. Mai 1990, Wien

Vormittags ein Workshop, gemeinsam mit Joachim Bischoff und Rolf Reißig, zum Thema: „Ende des Marxismus-Leninismus — Anfang eines neuen integralen Marxismus?" Als ich sage, meine beiden Mitdiskutanten seien früher auf jeweils anderen Seiten von Barrikaden gewesen, will Bischoff das nicht gelten lassen. Vergessen wir das also. Dass wir drei uns heute problemlos verständigen können, gehört zu unserer „Friedensdividende".

Rolf Reißig, den ich zuletzt vor 8 Monaten, ebenfalls in Österreich, getroffen hatte und der damals sich als Reformer profiliert hatte, stimmt mit mir überein, dass der Marxismus-Leninismus als aparte Formation beendet ist und es nun um marxistische Theorie sans phrase geht. Obwohl ich ihn aufgrund der früheren Bekanntschaft glaubwürdig finde, befremdet mich doch, wie gründlich, nein, wie flott er den Rückzug antritt und wie weit nach hinten er die Auffangposition verlegt. Gestern war er bei einem Colloquium der Quandt-Stiftung, wo alles, was

gut und teuer ist, auftrat: Alfred Grosser, Elisabeth Noelle-Neumann, Fritz Pleitgen... Sie behandeln ihn als VIP. Was erwarten sie von ihm?

Er hat eine Wissenschafts-GmbH gegründet als Auffangstruktur für jene Kräfte der ehemaligen Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, die sich zutrauen, am Markt bestehen zu können. Die Interessenten mussten sich in aller Form bewerben. Wer genommen wurde, dessen Pensionsansprüche an die PDS erloschen damit. Dafür hat die Partei die GmbH mit einem zinsgünstigen Darlehen ausgestattet und ihr die Nutzungsrechte am „Internat" der AGW übertragen. Reißig wird versuchen, das Institut durch Auftragsforschung zu finanzieren. Später hofft man, in den Staatshaushalt aufgenommen zu werden. Aber auf welchen Staat hoffen sie da? Und was könnte dieser Staat sich von ihnen erhoffen?

10. Mai 1990, Wien

Claus Offe, den ich noch aus SDS-Zeiten kenne, hat sich zwischenzeitlich in einen internationalen Reiseprofessor verwandelt, sein Gestus jovial und reserviert zugleich, von zurückgenommener Un/Verbindlichkeit. Hochgewachsen, hält er sich leicht vornübergebeugt, als beuge er sich *über* die Leute. Sozialismus ist für ihn nurmehr eine regulative Idee, Ethik tritt vor die Politik.

Jacques Rancière verwickelte sich mit dem französischen Gestus ins Englische. Klagte eine Politik der Gleichheit ein und warf den französischen Sozialisten vor, im Widerspruch zu ihren Worten ein neues System der Teilungen, Ungleichheiten und Hierarchien zu begründen.

Gestern in Salzburg auf Einladung des Kommunistischen Studentenbunds zu einer Lesung aus diesem Journal; die Hinfahrt doppelt blockiert, indem ich den ersten Zug verpasste und der folgende mit einem Triebwerkschaden eine Stunde auf der Strecke liegen blieb. In Salzburg, wo ich mit zweistündiger Verspätung eintraf, hatten zwanzig zumeist jüngere Leute ausgeharrt und sich ins Hinterzimmer eines chinesischen Restaurants zurückgezogen. Die Lesung kam an, gewann Intensität.

Nach einer Stunde unterbrach ich und fragte, ob wir zur Diskussion übergehen sollten, aber man wollte mehr, und dies wiederholte sich 20 Minuten später. So las ich bis kurz vor Mitternacht, und dann folgte eine lebhafte Diskussion.

Tags zuvor, nach einer Flug-Odyssee von Berlin über Düsseldorf, wo es Bombenalarm gab, nach Köln, von dort nach Frankfurt, endlich um einen halben Tag verspätet nach Wien. Abends vor dem schütter besetzten — freilich auch viel zu großen — Saal des Porr-Hauses die erste Lesung. Ich war verunsichert. Peter Huemer drängte auf Diskussion. Die Akustik war schlecht. Die Lesung gewann keine Dichte, die Textstücke schienen auseinanderzufallen. Mittendrin verließen einige Senioren aus der ersten Reihe, die aussahen wie der alte Marcuse und mir vielleicht deshalb unbestimmt bekannt vorkamen, den Saal. In der Diskussion mit Huemer war ich schweißüberströmt. Die Zuhörer diskutierten nicht.

Um zu wirken, verlangt der Text eine Balance, die überaus störanfällig ist. Vielleicht ist das nur etwas für die Linke, wo sie unter sich ist und zum Nachdenken und Nachfühlen bereit ist. Oder allenfalls für solche Linken, die dem nicht ausweichen können, wie vor vier Wochen in Ostberlin.

11. Mai 1990, auf dem Flug von Wien nach München

Die FAZ wütet gegen die wütenden Arbeiter und Bauern der DDR. Zur Strafe nennt sie die letzteren „Landarbeiter“. „Es wäre richtig“, fordert die Leitglosse (fr.), „den Deutschen in der DDR rechtzeitig“ — vor dem Anschluss? — „klarzumachen, dass Pluralismus nicht bedeutet, das eigene Interesse mit Gewalt durchzusetzen.“ Anlass sind Grenzblockaden, Warnstreiks, Protestversammlungen. „Gewalt“ läutet die Alarmglocke; die Kriminalisierung künftiger Proteste kündigt sich an.

Hans D. Barbier im Leitartikel: „Das Kapital kann für die Menschen arbeiten, doch es kann nicht für sie opfern.“ Auch diese sonderbare Botschaft richtet sich an die Adresse der DM-Wähler in der DDR. Wir befinden uns in den Schlaufen der Ideologie. B. beschwört „die eherne Regel ‘Von nichts kommt nichts'„.

Weiter im FAZ-Text mit Reumann: „Wird man zur Verdeutlichung, dass 'die' Universität weiblich ist, bald 'Universitätin' sagen?" Die Glosse ist „Eselinnenbrücke" betitelt.

Schließlich ventiliert Patrick Bahners namens des Postmodernismus die Umgestaltung Europas in ein neues Kaisereich mit Elizabeth II von England an der Spitze. Das leitet er daraus ab, dass „mit dem historischen Materialismus die spekulative Geschichtsphilosophie nun vielleicht endgültig an der Realität gescheitert" sei. Eher scheitert endgültig die Realität an solcher Simulation. Im Feuilleton grüßt übrigens der „sowjetische Absurdismus".

„Ideologische Sektkorkenknallerei" nannte das der IG Metall-Vorsitzende; aber vielleicht wohnen wir einer ideologischen Crack-Party bei.

Zur Ernüchterung eine Meldung vom Weltmarkt: 1980 hatte Polen 20 Milliarden Dollar Schulden. Seither zahlte es 20 Milliarden Tilgung und Zins. Inzwischen hat das Land unterm Strich 40 Milliarden $ Schulden.

17. Mai 1990, auf dem Flug nach Paris

Der Satz „Wir sind das Volk" entzieht den Vertretern die Vertretung.

Dagegen Habermas' Verabschiedung des Ziels unmittelbarer Solidarität, der Wärme der Mitmenschen, hin zur *abstrakten Solidarität* des Konstitutionalismus der Prozeduren (Formalisierung des Demokratischen, Weitertreibung der Vertretungssysteme, Verrechtlichung der Konflikte). Daran richtig die Fragestellung: Kleinräumige Modelle sind nurmehr sekundär brauchbar, subkulturell gleichsam. Die großräumigen Vermittlungsinstitutionen unter Bedingungen höchster Komplexität und Anonymität sind unser Schicksal. Und doch genügt das allenfalls zur inneren Reproduktion und Repräsentation der Wohlstandsfestung. Die abstrakte Solidarität lässt die Dritte Welt außen vor.

18. Mai 1990, Paris

Gestern Abend der erste Eindruck der Stadt wie eine Kränkung. Das Hotelzimmer ebenerdig zur Straße, die Nacht eine Folter mit der Wahl zwischen Lärm und Hitze, beide gleichermaßen unerträglich. Heute früh zweimal gefrühstückt, um den *Deux Magots*, wo es noch richtige Croissants gibt, Reverenz zu erweisen.

Man hat mich im Quartier Latin untergebracht. Das Hotel an diesem Morgen verlassend, trete ich unvermittelt ein in einen Film der Erinnerungen. Hier war ich mit neunzehn, als Hilfsarbeiter mein Geld verdienend, in der freien Zeit einen Skizzenblock nach dem andern mit Tuschzeichnungen von Straßenszenen füllend, Gedichte schreibend, als einsamer Passant unermüdlich die Hauptstadt des 19. Jahrhunderts durchwandernd, die damals, 1955, noch nicht im Automeer untergegangen und von Hochhäusern belagert war. Auf dem Weg in die damals für mich verschlossene Welt der Sorbonne, springt mich auf deren Vorplatz, am Café Glacier — nomen est omen --, eine andere Erinnerung an. Als ich zum letztenmal hier war, 1983, traf ich hier den Linguisten Michel Pêcheux, Schüler Althussers, ich sehe ihn noch hinter den Scheiben des Cafés in seinem Jeans-Anzug sitzen. Die Krise des Marxismus, die sich mit der Tragödie Althussers und dem Freitod von Poulantzas assoziierte, schien mit einer persönlichen Krise Michels verschmolzen. Die Ideologieforschung hatte uns 1982 zum erstenmal zusammengebracht, nun war ich dabei, einen seiner Texte aus diesem Zusammenhang zu übersetzen, und wir diskutierten Übersetzungsfragen. Meine Arbeitshaltung wirkte auf ihn oberflächlich, wie unangebrachter Optimismus von seiner verknoteten Verzweiflung abstechend. Ich meinte etwas wie eine Kontaktsperre zu spüren, die er um sich aufgebaut hatte. Einige Monate später ist er ins Wasser gegangen.

Wieder, wie schon einmal 1983, ist es ein Marx-Kongress, der mich hierher führt. Damals bot der hundertste Todestag von Marx den Anlass, heute die Frage, ob *das Ende des Kommunismus eine erneute Aktualität des Marxismus* einleiten könnte. Tatsächlich sind viele zusammengeströmt, gleichsam am Grab des Marxismus-Leninismus die Totsagung des von Marx sich herleitenden Denkens widerlegend.

Die Akustik im alten Amphitheater ist schlecht, das Französische doppelt schwer

zu verstehen, nur wenige Beiträge fesseln meine Aufmerksamkeit. Domenico Losurdo interveniert in den gegenwärtig üblichen Diskurs von der totalitären Tendenz bei Marx, indem er sorgfältig die Kontinuität Marxscher Kritik an unmittelbarer Herrschaft nachweist. Sein Beitrag ist heute in der *Unità* erschienen.

Meine Gedanken schweifen zu den unglaublichen Sexdramen, mit denen die Stirnwand ausgerechnet des Amphitheaters, das den Namen Descartes trägt, bemalt ist. Weibliche Welt der Schleier kontrastierend eingerahmt von der männlichen Welt der Nacktheit, links der angeschmiedete Prometheus, der Adler presst einen Flügel zwischen seine Schenkel, die Prometheus abwehrend zusammendrückt, das rechte Knie hochziehend, rechts ein nackter Knabenkörper als Hermes. Das Imaginäre einer Bildung, die ihre Adepten dazu aufreizt, sich gegen Bilder von körperlicher Schönheit und Berühmtheit zu befriedigen, und dabei irgendetwas voranzubringen; eine philosophische Ordnung, die wie eine höhere Entsprechung der Fortpflanzungsordnung wirkt: das Subjekt der Begierde — ein produktiver Tantalus. *Keeps us going.*

*

Alain Lipietz, der mir als Regulationstheoretiker ein Begriff ist und einmal Präsidentschaftskandidat der französischen Grünen war, stellt einige Muster des Verhaltens und der Abfolge dar, die sich in allen Krisen des Marxismus regelmäßig zu wiederholen scheinen. Jedesmal nützten Intellektuelle bestimmte Schwächen des Marxismus aus, um sich von den strategischen Zielen loszusagen. Gegenwärtig die vierte Krise des Marxismus. Die erste ereignete sich Ende des 19. Jahrhunderts, gleichsam als Krise der Krisenerwartung, Zusammenbruch der Zusammenbruchstheorie. Derzeit tragen wir die „Krise des Prinzips Hoffnung" aus. Lipietz glaubt nicht mehr an ein kommunistisches Ziel, gar eine immanente Teleologie. „Die Worte sind beschmutzt." *Kritik der politischen Ökologie* ist an der Zeit, und nichts ist so wichtig wie Realanalyse.

Dann spricht Imre Marton, ungarischer Altkommunist, Ökonom, den ich vor acht

Jahren bei der Universität der Vereinten Nationen in Tokio kennengelernt habe. Seine Eltern waren im Zweiten Weltkrieg nach Frankreich emigriert. Dank Henri Lefebvre sei er über Hegel zu Marx gekommen. Er spricht sein Leben und sein Credo durch, *zwischen Schuld und Stolz*. Erklärt sich glücklich, diese Geschichte hier diskutieren zu können, während sie in Ungarn aus dem öffentlichen Raum verbannt ist. Embleme, fast nichts zur Sache. Das Ende der staatssozialistischen Ordnung war gekommen, als sie nicht einmal mehr die einfache Reproduktion garantieren konnte. Zwei Lehren zieht er: Man müsse mit dem Ouvrierismus brechen, der Mythisierung der Arbeiterklasse. Und das sozialbiologische Erbe, die Aggressivität der menschlichen Natur, müsse im Marxismus berücksichtigt werden. Nur halb gedacht und nicht ungefährlich.

Juillard, der stellvertretende Chefredakteur des *Nouvel Observateur*, ein Historiker, erklärt sich als Nichtmarxist, um sein wissenschaftliches Interesse an Marx desto nachdrücklicher zu bekunden. Ich stelle mir vor, ein leitender Redakteur des „Spiegel" oder der „Zeit" spräche bei uns so. Er notiert die paradoxe Tatsache, dass die bislang „sozialistischen" Länder durch das ideologische Regime gelernt haben, auf den Kapitalismus hinzublicken. Ihr „Kommunismus", vermeintlich nachkapitalistisch, stelle sich nun als Präkapitalismus heraus. Auch stellte er, wieder gegen alle Bekundung, keine eigenständige Produktionsweise dar. Er liest dies daran ab, dass die vermeintliche Produktionsweise in Frage gestellt war, sobald ein Stück der politischen Repression angeschlagen war. Er scheint Züge des politischen Theaters der kleinen osteuropäischen Staaten, deren „Sozialismus" halb aufgezwungen, halb geborgt gewesen ist, auf die Sowjetunion zu übertragen, deren unvergleichliches Schwergewicht außer acht lassend. „Nächste Woche fliege ich nach Leningrad, und ich weiß nicht, ob ich nicht von Petrograd zurückkehren werde." Die kapitalistische Welt, notiert er, ist inzwischen die Welt schlechthin. Somit bleibt auch ihr Theoretiker Marx aktuell. Jedoch habe heute die politische Unterdrückung sich verselbständigt, was sich mit Marx nicht denken lasse, für den sie ein Beiprodukt der Ausbeutung sei. Mich wundert, dass der Historiker Juillard Marxens Analyse der „absoluten Verselbständigung" des repressiven und

bürokratischen Staatsapparats bonapartistischen Typs übergeht.

Lucien Sève sieht noch ganz so aus, wie seinesgleichen um 1950 ausgesehen haben würde, proletarischer Intellektueller mit machtbewusstem Kinn. Sein Vortrag hat den Saal merklich voller werden lassen, er spricht leidenschaftlich und erntet großen Beifall. „Das Ende des historischen Kommunismus", diese Titelformulierung des Colloquiums, hat ihn provoziert. Es gab keinen Kommunismus, wie sollte es nunmehr sein Ende geben? Die Vertreter dessen, was jetzt an sein historisches Ende gekommen ist, nannten sich Sozialisten, nicht Kommunisten. Marx mochte diesen Begriff nicht. „Die Regime, die Sozialismus genannt wurden" — so nennt er nun die staatssozialistischen Ordnungen. Mit Gorbatschow denkt er an eine Revolution in der Revolution und versucht, eine kommunistische Perspektive zu reartikulieren. Am paradoxen Warencharakter der Information — man kann sie nicht eigentlich weggeben, man kann sie nur mit jemandem teilen — versucht er einen historischen Indikator abzulesen für die fällige Transzendierung des Marktes. Er verwirft die Zielvorstellung eines „socialisme à la Française" zugunsten eines europäischen Projekts. „Der Marxismus bleibt unüberschreitbar (indépassable) in der Ära der Klassen", sagt er unter Berufung auf Sartre. Später greift er noch einmal ein, wiederum leidenschaftlich, offenbar mit aller Kraft um einen Platz in diesem intellektuellen Milieu kämpfend: Der Leninismus bedeute nichts, aber Lenin sei unentbehrlich.

Ich frage ihn, ob er ein Gutachten für Frigga schreiben will, deren Arbeiten zur Automationsforschung ihm ein Begriff sind. Er sagt bereitwillig zu und behauptet, mich wiederzukennen, duzt mich, kein Vergleich mit dem steifen, übervorsichtigen Sève, der Frigga und mich vor sieben Jahren, in jener längst untergegangenen Epoche des „sozialistischen Weltsystems", im *Institut de recherches marxistes* (IRM) empfangen hatte. Wir sind auf eine Weise miteinander verbunden, die ihn eigentlich zusammenzucken lassen müsste, denn seine neuerungswillige Formel aufgreifend hatte ich damals geschrieben, der Marxismus existiere im Plural, als Marxismen. Die Buhr und Steigerwald schlugen auf diese Formulierung ein,

schlugen den Sack und meinten den Esel, der Sack war ich, und der Esel schwieg zu alledem.

Als ich Maurice Godelier zuletzt gesehen hatte, war er einer der großmächtigen Chefs der französischen Forschungsorganisation CNRS, und er war in einem Wagen der französischen Armee bei uns in der Altensteinstraße vorgefahren. Jetzt sieht er „kleiner" aus, seine Erscheinung ist sozusagen entstaatlicht, was ich mit Erleichterung wahrnehme, er ist wieder Wissenschaftler und hält gerade als solcher an Marx fest. Wir essen zusammen in einem vietnamesischen Restaurant unweit des Boulevard St.Michel, wohin mich vor Jahren Erich und Edith Wulff geführt hatten. Maurice lebt seit November als Humboldt-Preisträger in Berlin und betrachtet den Umbruch fasziniert mit ethnologischem Blick. Er hat sich neu verheiratet mit einer Doktorandin, erzählt von seinem anderthalbjährigen Sohn wie von einem enormen Glück. Er spricht von seiner Forschung über *Verwandtschaft*. Später erzählt er von seiner Freundschaft mit Foucault, mit dem er zusammengewohnt habe, bis es zum Bruch kam. Foucault pflegte ihm Gedichte vorzulesen.

19. Mai 1990

Heute tagen wir im Amphitheatre Liard. Unterm Bild Richelieus breitet Immanuel Wallerstein welt- und geschichtsumspannende Thesen aus, die er selber als „maoisierend" bezeichnet. Im System von Jalta sei die Sowjetunion ein Subimperialismus gewesen, gleichsam ein Organ des US-Imperialismus. Nicht die SU, sondern die USA seien als Weltvormacht im Untergang begriffen, und das Projekt Gorbatschows bestehe in Wirklichkeit genau darin, die SU aus diesem Untergang herauszuhalten. Merkwürdigerweise versetzen mich diese Thesen, gerade wegen ihres Unterhaltungswertes, in Lethargie, um nicht zu sagen Langeweile. Amüsante Spiele. Will ich denn nicht unterhalten werden? Oder nicht mit den Jet-Gags eines superintellektuellen Bob Hope? Oder gilt das Unbehagen meinen eignen früheren Thesen von der Konkurrenz und Dialektik der antagonistischen Gesellschaftssysteme, nun, da diese Konkurrenz gegenstandslos

und dem vergeßlichen Rücklick längst rätselhaft geworden ist? Meine Sicht jenes entschwundenen Weltzustands, festgehalten in Band 2 des *Pluralen Marxismus*, möchte ich heute lieber „erzählen“ — als unter bestimmten Umständen Gesehenes.

Wallerstein schlägt vor, die liberale Vision zu radikalisieren, zum Beispiel jedem das Recht zuzuerkennen, jegliche Landesgrenze zu passieren und sich niederzulassen, wo immer es ihm beliebt. Man müsse die Herrschenden durch eine Multiplikation von Druckpunkten, kleinen Eruptionen und Verbindungslinien verstricken. Das Herrschaftssystem müsse überall etwas nachgeben, ohne gleichsam woanders hingehen zu können.

Und Gorbatschow? Der große Bruch mit dem alten Regime, für den er steht, erleichtere etwas die Last. Nicht nur das Auffliegen der Einheitspartei, sondern auch das Aufgeben des national-bornierten Entwicklungsparadigmas habe etwas Befreiendes.

Maurice Godelier führt vor, wie Marx „Übergangsprozesse“ gedacht hat und wie in diesem Kontext der Begriff der „Durchbrechungspunkte“ auftaucht. Z.B. konnte die vorkapitalistische Zunftordnung nicht an ihrem angestammten Ort, der Stadt, durchbrochen werden, wohl aber auf dem Land, wo der Durchbruch zur Manufaktur erfolgte und schließlich die Stadt einkreiste. Eine theoretische Konsequenz der staatssozialistischen Erfahrung sieht er darin, die in Verstaatlichung bzw. Nationalisierung gefangene Perspektive der Vergesellschaftung aus dieser Befangenheit radikal herauszuarbeiten. Ebenso den revolutionären Charakter der Demokratie. Muss ein Kommunist den Kommunismus aufbauen? Muss er nicht vielmehr *in* der Bewegung der Massen arbeiten? Die Massen, um deren Glück es geht, kann man nicht eliminieren. Andrerseits weist er die Zumutung, die Revolution von 1917 gleichsam im Denken zurückzunehmen, als absurd zurück, während Alain Quiniou sie zum ersten Verrat erklärt... Freilich, wo laufen denn gegenwärtig in der kapitalistischen Welt Übergangsprozesse, verdichten sich Durchbrechungspunkte, finden

Verschiebungen ins Unerwartete statt? Im Osten konnten wir das beobachten, aber bei uns? Vielleicht kann das „grüne Feminat“ so betrachtet werden oder die aufgrund des veränderten Produktionsprozesses notwendig gewordenen neuen gewerkschaftlichen Politikformen...

Rossana Rossanda trägt eine schwarze Bluse unter einem dunkel gestreiften Jackett, was die Blässe ihrer Haut und das Weiß ihrer Haare hervorhebt. Der kleine, aber fein geschnittene und geschwungene Mund mit dem Leberfleck auf der Oberlippe hat etwas Bitteres. Aus diesen Zügen und der fast düsteren Stimme sprechen Ernst und Einsamkeit wie aus dem Portrait einer mächtigen Dame aus dem Absolutismus. Sie redet über *weibliche Identitätsnahme* als das radikalste Phänomen der Gegenwart. Sarkastisch nimmt sie die Botschaft der Veranstalter auf: „Der Kommunismus ist tot, Karl Marx geht es gut?“ Nein, sie hält am kommunistischen Ideal fest.

Den Markt zu verteufeln war ein primitiver Irrtum, sagt Robin Blackburn, es komme darauf an, ihn zu sozialisieren. Das bezieht sich auf Tendenzen im Marxismus und hat sein Recht. Bei Jacques Bidet hingegen, einem der beiden Hauptveranstalter des Colloquiums, kippt die notwendige Revision um in Preisgabe des Gedankens, wenn er Marx vorhält, dieser habe die Wertform „verteufelt“. Da fließen neoricardianische Tendenzen mit der aktuellen Konjunktur zusammen in ein aggressives Unverständnis. Hat Kant etwa die reine Vernunft verteufelt?

Es scheint mir, ich bin für solche Kongresse nicht mehr geeignet, weil eine gewisse Rhetorik einen Verstehensstop bei mir auslöst. Einer absurden und gleichgültigen Organisation ist es zuzuschreiben, dass ich mein Referat (dasselbe wie Wien, aber in ein notdürftiges Französisch gebracht) verlese, um dann ohne Diskussion zum Flughafen zu eilen, gerade als mein Freund Georges Labica zu sprechen beginnt.

Als ich den Saal verlasse, fasst mich jemand am Ärmel, der sich als Jean-Marie Vincent in Erinnerung ruft, und den ich vor dreißig Jahren bei einem Seminar über Selbstverwaltung in Belgrad kennengelernt hatte. Er war Trotzkist, Mitherausgeber

der Zeitschrift „Socialisme ou barbarie“. Allmählich taucht sein Gesicht wieder in der Erinnerung auf. Er ist blass und schmal geworden. Er überreicht mir die erste Nummer einer neuen Zeitschrift, die er herausgibt. In der *métro* werde ich darin blättern und meinen Augen, die auf etwas Trotzkistisches eingestellt waren, nicht trauen: Lacancan, postmodernes Geblödel, aber in allem Ernst vorgebracht... Zeit der Umbrüche, Zeit der Metamorphosen... Zeit der Trauer... Es ist wahr, wir leben in der Krise des Prinzips Hoffnung.

Der Weg zur Bahn, die mich zum Flughafen bringen soll, führt durch den Jardin du Luxembourg. Sonderbare Versöhnungen mit dem massenhaften Alleinsein, die so nur Paris bereithält.

Auf dem Flughafen treffe ich zufällig den ägyptischen Soziologen Anouar Abdel Malek, den ich aus Cavtat und von der Universität der Vereinten Nationen kenne. Jetzt wartet er auf dasselbe Flugzeug wie ich, denn Berlin ist für ihn seit dem 9. November 1989 zum strategischen Ort schlechthin geworden, und er, der Fünfundsechzigjährige, will sich dort niederlassen und deutsch lernen, um am Puls des Geschehens zu sein. Unheimlich und zweideutig, diese Konjunktur des Deutschen.

20. Mai 1990

Archaisches in der menschlichen Natur. Noch wichtiger, die archaisierenden Mechanismen von Kulturindustrie und Warenästhetik zu sehen. Der Zwang, bei Strafe des Untergangs die Waren loszuschlagen und ihren Wert zu realisieren, mündet in den totalen Vorrang der Verkäuflichkeit. Der daraus resultierende Absolutismus des Ankommens (der Ware bzw. ihrer Aufmachung beim Käufer), dieses Vehikel der Moderne, reißt das Archaische aus der Latenz. Das Ankommen der Erscheinung zum archimedischen Punkt der Produktion zu machen, hebt unsere Kultur aus den Angeln. Organisierte Überwältigung des Entwickelteren durch Primitives, mittels der weitest entwickelten Techniken organisiert.

23. Mai 1990

Die „Forschungsgruppe Philosophie im NS-Staat“ (FPN), die aus der Zusammenarbeit zwischen Monika Leske und Arno Schölzel von der Humboldt-Universität und unserm Forschungsprojekt „Philosophie im deutschen Faschismus“ entstanden ist, scheint etwas zu werden. Das wäre denn immerhin ein Ertrag aus der neuen Situation. Nimmt man hinzu den Beitritt von Wolfgang Bialas zur Argument-Redaktion und seine Mitarbeit und die der beiden Galanders und Christian Lösers beim „Neuen Marxistischen Wörterbuch“, dann ist einiges gewonnen. Michael Brie hat versprochen, bei der Gewinnung weiterer DDR-Autoren zu helfen. Last not least: die „Ost-West-Kooperation“ mit Klaus Bochmann und Joachim Meinert zwecks deutscher Fassung der kritischen Ausgabe von Gramscis *Gefängnisheften*. Der Ertrag kann sich doch sehen lassen.

24. Mai 1990

Für die Westberliner Stadtzeitung „Zitty“ einen Artikel über das Motto der Volksuni:

Der Sozialismus ist tot. Es lebe der Sozialismus?

Ohne sein Fragezeichen klänge das Motto der diesjährigen Volksuni nach flottem Zynismus. „Der König ist tot — es lebe der König“ ruft es in der Monarchie, wenn die Thronfolge ansteht. Nur ein Moment trennt eine Herrschaftszeit von der nächsten: Kontinuität in der Diskontinuität.

Solche Kontinuität wird es im Geschichtsmoment des Umbruchs unserer Tage nicht geben. Jenes Fragezeichen deutet auf ein Meer von Fragen, quälend offene. Nicht ein sozialistischer Monarch ist tot, sondern die sozialistische Monarchie. So weit, so gut. Die von Napoleon eingesetzten Bayrischen und Württembergischen Könige, die, französischen Machtinteressen dienend, einen Schutz-Zaun um deren Gebiet zu ziehen halfen, hat man einst „Zaun-Könige“ genannt. Aber im sowjetisch eingesetzten *Mauer-Königtum*, welches jetzt gestürzt worden ist, schoben sich sozusagen mehrere Schichten und Gesichter übereinander, deren meiste im Moment des Untergangs übersehen werden, die aber im Rückblick einmal wie Züge

eines schillernden Rätselbildes wieder auftauchen werden. Dazu gehören: die von Ost und West gewollte Festschreibung der militärischen Niederlage, der eine moralische Selbstvernichtung des nazistischen deutschen Einheitsstaates vorausgegangen war; Antifaschismus, aber affiziert vom Anti; Staatskommando, aber paradox durchgeistert von anarchischen Hoffnungen; Korruption, aber auf dem Boden einer wenn auch mechanischen Gerechtigkeit; patriarchalische Staatlichkeit, aber unterhalb der staatlichen Bühne gesellschaftlich weit vorgeschobene Stellungen der Frauen; spießige Kleinbürgerlichkeit, aber dazwischen, halb erdrückt, halb subversiv, einige der bedeutendsten schöpferischen Geister der Epoche. Die DDR, dieses staatgewordene Nie Wieder, war, wie die Gegendämonen an unseren gotischen Kirchen, dem abzuwehrenden Dämon in vieler Hinsicht ähnlich — und war doch auch sein Gegenteil.

Das Vexierbild wiederholt sich im Umbruch: Werk einer demokratischen Revolution, diese aber erst ermöglicht durch die sowjetische Revolution-von-oben, die Perestrojka des Michail Gorbatschow; schließlich unwiderstehlich angezogen vom Kraftfeld des demokratisch-kapitalistisch verfassten Westdeutschland. Eine Befreiung, Freisetzung der Linken aus babylonischer Staatsgefangenschaft, was für ein Glück! Ja, was für ein Glück? Ist es die Geschichte eines neuen Hans im Glück, der mit der Last die Macht los ist? Haben die demokratischen Revolutionäre ihre Revolution verloren? Wachsen dem neuen Einheitsstaat aus der doppelten Konkursmasse wenigstens demokratische Revolutionäre zu?

Der historische Moment riss uns in den Wirbel. Der Fall der Mauer trennt wie eine Zeitgrenze die jüngste Vergangenheit in ein Vorher und ein Nachher: Zuvor konnten wir „es“ uns noch nicht vorstellen, und seither haben wir die vorige Unvorstellbarkeit bereits vergessen. Vieles deutet darauf hin, dass wir uns an einer Epochenschwelle befinden. Sinn und Ausgang der Umbrüche im Osten und ihrer Auswirkungen auf das Nord-Süd-Verhältnis sind noch nicht abzusehen.

Als auf einem großen Ratschlag von Organisatoren und Interessenten der Volksuni im Herbst 1989 das Motto beschlossen wurde, ahnte niemand, dass zwei Monate

später die Mauer aufgebrochen und mit ihr der DDR-Sicherheitsstaat wie ein Kartenhaus zusammenbrechen würde. Einige fürchteten eher, das Motto würde dadurch blamiert, dass es zu blutiger Unterdrückung der Opposition wie im Juni 1989 in China käme. Für andere war das Fragezeichen die Bedingung für ihre Zustimmung. Der nächste Ratschlag fand dann schon in Anwesenheit von Vertretern der Vereinigten Linken und des Neuen Forums aus der DDR statt, und die Vorzeichen und Bedingungen des Unternehmens hatten sich radikal verändert. Die Fragen hatten sich eher noch vervielfältigt. Eine neue Alternative stellte sich: ob die DDR sich als eine Art radikaldemokratisches Österreich würde halten können oder ob es zur Bildung eines Einheitsstaats nach westdeutschem Muster kommen würde. Mit dem Herzen hingen wir an der ersten Variante, aber der Verstand sagte uns zunehmend unüberhörbar, dass die zweite Variante Platz greifen würde. In diesem Fall zeichnete sich ein zuvor unerwartetes Aufgabenfeld ab: die erste gesamtdeutsche Volksuni würde dazu beitragen müssen, dass die unterschiedlichen politischen Kulturen der Linken in Ost und West sich begegnen, ineinanderarbeiten und vernetzen.

Weitere zwei Monate später hatten die Enthüllungen über Korruption, allseitige Bedrückung und andere Formen von Staatskriminalität, dazu das Gewahrwerden, in welch unerwartetem Ausmaß „der Sozialismus“ in der DDR ökonomisch, ökologisch und sozial versagt hatte, das politische Klima in solcher Heftigkeit ins Konservative und Nationale, ja Nationalistische umschlagen lassen, dass es riskant wurde, sich zu Sozialismus zu bekennen, sei es auch zehnmal demokratischer Sozialismus. Uns westdeutschen Linken begegnete die fürchterliche Tatsache, dass im Bewusstsein des DDR-“Volkes“, vor allem der Arbeiterklasse, „Sozialismus“ unterschiedslos blamiert, diskreditiert und Hassobjekt geworden zu sein schien. Konnte man, fragten sich nun einige der Organisatoren der Volksuni, überhaupt noch riskieren, den Ausdruck „Sozialismus“ im Motto zu führen? Die Kompromissbedingung vom Herbst, das Fragezeichen, schien nicht mehr zu genügen. Dieser Zweifel ist nicht nur aus dem historischen Moment heraus völlig verständlich, sondern er gehört zur Signatur des historischen Moments. Desto

weiter reichen die Fragen. Es wurde aber auch deutlich, dass für die Linken aller Richtungen eine Widerstandslinie erreicht ist, wo das Bewusstsein sich verdichtet, dass es nun darauf ankommt, das Projekt einer sozial gerechteren Gesellschaft im Einklang mit ihren Naturbedingungen und emanzipiert vom Patriarchat zu reformulieren, nicht mehr national, sondern transnational, auf die kühnste Utopie zielend, zu der wir kaum den Mut haben: dass unsere Erde bewohnbar bleibe, statt, wie es sich abzeichnet, Schauplatz ökologisch dramatisierter Verelendung und daraus folgender Völkerwanderungen, Kriege, Rassismen zu sein, wobei unserer Weltregion vorbehalten wäre, sich in einer Festung des Wohlstandschauvinismus einzuigeln. Eine Realpolitik des bloßen Überlebens wird Muster sozialer und demokratischer Umgestaltung unserer Gesellschaften erfordern, die in neuer Form beinhalten, was uns bisher als „Sozialismus" vorschwebte. Wenn sich die Staubwolken über dem Trümmerfeld des „Realsozialismus" verzogen haben, wird man rückblickend womöglich in dessen Zusammenbruch die neue Freisetzung der Idee des Sozialismus sehen können.

Gleich, wie man es nennt, niemand bestreitet die Notwendigkeit der Suche nach Lösungen für jene Probleme. Zweifel und Streit gelten unterschiedlichen Strategien und der Erreichbarkeit wirklicher Lösungen. Und ohne jeden Zweifel geht es heute um die Bildung einer neuen gesamtdeutschen Linken bzw. eines pluralistischen Feldes sozialer, ökologischer, radikaldemokratischer Bewegungen und Kräfte. Die Spaltungslinien, die dieses Feld durchziehen, verlangen nach Bearbeitung: Wie werden die Frauenbewegungen sich miteinander verbinden? Welche Veränderungen werden die demokratischen Revolutionäre der DDR im Spektrum und in der Mentalität der bisherigen Westlinken bewirken können? Wie wird die PDS sich in diesem Feld positionieren? Wird sie sich gesamtdeutsch einbauen und längerfristig halten können? Wird ihre derzeitige, aus der SED-Erblast herrührende, „Unberührbarkeit" in einem Netz von Allianzen im Rahmen einer reformulierten rot-grünen Perspektive aufgehoben? Wird die SPD eine Strategie der Isolation und Verdrängung gegenüber einer linkssozialistischen Konkurrentin aufrechterhalten? Wird sich ein neuer Linksradikalismus dauerhaft abspalten? Wird es möglich sein,

einen von der staatsideologischen Verquickung befreiten Antifaschismus gegen neu entfesselte nationalistische Gewaltpotentiale zu formulieren? Fragen über Fragen. Befürchtungen vor der unbeherrschten Dynamik einer künftigen deutschen Großmacht durchdringen sich mit den Hoffnungen auf neue Handlungsfähigkeiten und der Neugier auf die künftigen MitstreiterInnen von der jeweils anderen Seite. Der stalinistische Sozialismus ist tot. In welchem Horizont wird die vielgestaltige Linke sich neu gruppieren?